

11. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



2.-5. Juni 1962

DORTMUND

Wer sie
kennt,
liest sie
täglich!

Überall, wo diskutiert wird – über das politische und wirtschaftliche Tagesgeschehen oder über aktuelle Probleme der Kunst –, beruft man sich gern auf die unabhängige und überparteiliche Stimme der Süddeutschen Zeitung. Täglich wird die Süddeutsche Zeitung von Rundfunk und Weltpresse zitiert.

Gewissenhafte Berichterstattung aus weltweiter Sicht, richtungweisende Leitartikel namhafter Publizisten, freimütige Kommentare und das unnachahmliche „Streiflicht“ haben die SZ zu einem Informationsblatt von europäischem Rang werden lassen.

Süddeutsche Zeitung

Die größte Tageszeitung Süddeutschlands

11. BUNDESPARTEITAG DER CDU

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn,
Nassestraße 2 · Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Siering ·
Druck: Gebr. Hermes KG, Bonn · Lizenzausgabe der Presse- und Informationsdienste
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft m. b. H., Bonn
Verlag: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 1, Große Allee 10

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

11. BUNDESPARTEITAG



DORTMUND · 2. - 5. JUNI 1962

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1

Erster Tag: Samstag, 2. Juni 1962

Der 11. Bundesparteitag

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
in der Westfalenhalle in Dortmund

begann um 15.00 Uhr mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

Die Sitzung des Bundesausschusses

begann um 17.30 Uhr in der „Krone Am Markt“

Dr. Rainer Barzel, MdB, berichtete über sein Gutachten, das er im Auftrage des Bundesvorstandes erstellt hatte. (Siehe Anlage)

Zweiter Tag: Sonntag, 3. Juni 1962

Eröffnung und 1. Plenarsitzung

Beginn 11 Uhr

Nach den Gottesdiensten (Erzbischof Dr. Lorenz Jäger in der Liebfrauenkirche, Vizepräsident Dr. Hans Timme in der Reinoldikirche) nahm das Wort der 1. Vorsitzende

Bundeskanzler Dr. ADENAUER (mit anhaltendem lebhaftem Beifall begrüßt):

Meine lieben Parteifreunde! Ich eröffne den 11. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und heiße Sie und alle Gäste einschließlich der Gäste von der Presse, aus dem Inland und aus dem Ausland herzlich hier willkommen.

Der Vorstand und der Parteiausschuß schlagen Ihnen vor, als Präsidenten dieses Bundesparteitages den Vorsitzenden der CDU Westfalen, Herrn Minister Duffhues, zu wählen. (Beifall.) Ich darf feststellen, daß Sie diesem Vorschlag zustimmen und bitte Herrn Duffhues die Leitung der Versammlung zu übernehmen.

Präsident Minister DUFFHUES:

Herr Bundeskanzler! Hochverehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten dieses Bundesparteitages ausgesprochen haben. Gemeinsam mit den noch zu wählenden Mitgliedern des Präsidiums hoffe ich dazu beitragen zu können, einen harmonischen Ablauf der Beratungen zu gewährleisten.

Ich sagte bereits, daß die übrigen Mitglieder des Präsidiums noch zu wählen sind. Im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß schlage ich Ihnen vor, folgende Parteifreunde in das Präsidium zu delegieren: Arndgen, Frau Blohm, Dichtel, Dr. Bert Even, Krüger, Bundesminister Lemmer und Frau Dr. Rehling.

Darf ich fragen, ob Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind? (Beifall.) Dann darf ich zugleich namens der von Ihnen gewählten Mitglieder des Präsidiums die Wahl annehmen.

Als Präsident des Bundesparteitages begrüße ich mit besonderer Herzlichkeit den Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Anhaltender lebhafter Beifall, Bravo-Rufe!) Herr Bundeskanzler, wir freuen uns, Sie gesund und voller Tatkraft unter uns zu sehen.

Mit dem Herrn Bundesvorsitzenden begrüße ich die stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, Herrn Bundesarbeitsminister Theodor Blank, (Beifall) Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier, (Beifall) Herrn Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel (Beifall) und Herrn Bundesminister Dr. Heinrich Krone. (Beifall.) Ich begrüße ferner den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, unseren Parteifreund Dr. Heinrich von Brentano. (Beifall.)

Mein Willkommensgruß gilt den Ministerpräsidenten Herrn Dr. Peter Altmeier, (Beifall) Herrn Dr. Franz Meyers (Beifall) Herrn Dr. Franz Josef Röder. (Beifall.) Unser Parteifreund Kiesinger wird voraussichtlich erst morgen eintreffen, weil er infolge einer Erkrankung am pünktlichen Erscheinen gehindert ist.

Wir erfreuen uns der Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Bundeskabinetts. Ich begrüße herzlichst Herrn Vizekanzler Bundeswirtschaftsminister Professor Ludwig Erhard, (Lebhafter Beifall, Bravo-Rufe!) Herrn Bundesminister Dr. Schröder, (Beifall) Herrn Bundesminister Höcherl, (Beifall) Frau Bundesministerin Schwarzhaupt, (Beifall) Herrn Bundesminister Stücklen, (Beifall) Herrn Bundesminister Wuermeling, (Beifall) Herrn Bundesminister Lemmer, (Beifall) Herrn Bundesminister Seehofer, (Beifall) Herrn Bundesminister Dr. von Merkatz, (Beifall) Herrn Bundesminister Balke, (Beifall) und nicht zuletzt Herrn Bundesminister Lücke, dem wir herzlich zu seiner Wiedergenesung gratulieren. (Beifall.)

Wir freuen uns über die Anwesenheit mehrerer Landtagspräsidenten und zahlreicher Landesminister. Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich unsere Parteifreunde aus den Fraktionen des Bundestages und der Landtage.

Aufrichtige und herzliche Grüße gelten unseren Freunden aus der Christlich Sozialen Union, an ihrer Spitze dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hans Weiss. (Beifall.) Der Vorsitzende der CSU, Bundesverteidigungsminister Strauß, kann erst ab Montag an den Verhandlungen dieses Parteitages teilnehmen. Ich bin überzeugt, daß unsere bayerischen Freunde sich in der größten Bierstadt Deutschlands besonders wohlfühlen werden. (Heiterkeit.)

Meine lieben Parteifreunde! Hohe und befreundete Gäste aus dem In- und Ausland beehren uns mit ihrem Besuch. Ich begrüße

für die Konservative Partei Großbritanniens Frau Emmet und Herrn Ridsdale (Beifall.)

für die konservative Partei Norwegens Herrn Reichstagsabgeordneten Stray (Beifall.)

für die Konservative Partei Dänemarks die Herren Jensen und Hastrup (Beifall.)

für die Katholische Volkspartei Hollands Herrn von Beek (Beifall.)

für die Christliche Volkspartei Belgiens Herrn Generalsekretär Tindemans (Beifall.)

für die Österreichische Volkspartei Herrn Staatssekretär Dr. Steiner und Herrn Bundesrat Dr. Eckert (Beifall.)

für die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz Herrn Regierungsrat Dr. Jeger (Beifall.)

für die Democrazia Christiana Italiens erwarten wir die Herren dal Falco und Passoni,

als Mitglied der Hohen Behörde der Montan-Union Herrn Dr. Hellwig (Beifall.)

als Vertreter der Stadt Dortmund Herrn Bürgermeister Parteifreund Scherer (Beifall.)

die Vertreter der Kirchen:

für die Katholische Kirche Herrn Prälat Wissing (Beifall.)

für die Evangelische Kirche Herrn Oberkirchenrat D. Doehring (Beifall.)

für den Zentralrat der Juden in Deutschland Herrn Generalsekretär Dr. van Dam (Beifall.)

die Herren Vertreter des Diplomatischen und Konsularischen Corps, (Beifall.)

die Vertreter der Deutschen Bundeswehr, an ihrer Spitze Herr Brigadegeneral Schaefer (Beifall.)

die zahlreichen Vertreter des kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Ich begrüße insbesondere Herrn Richter vom Deutschen Gewerkschaftsbund. (Beifall.) Herrn Seiler vom Christlichen Gewerkschaftsbund (Beifall.) Herrn Späten von der Deutschen Angestelltengewerkschaft (Beifall.) Herrn Krause vom Deutschen Beamtenbund (Beifall.) Ich begrüße ferner die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (Beifall.)

Ich begrüße herzlichst die Vertreter von Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen. (Beifall.) Ich freue mich, daß gerade Sie trotz der Aufeinanderfolge von drei Parteitag in so großer Zahl zu uns gekommen sind. Ich lade Sie insbesondere zu den Beratungen der Arbeitskreise ein, die auf unserem Parteitag ohne Ausnahme in Anwesenheit von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film diskutieren werden. (Beifall.)

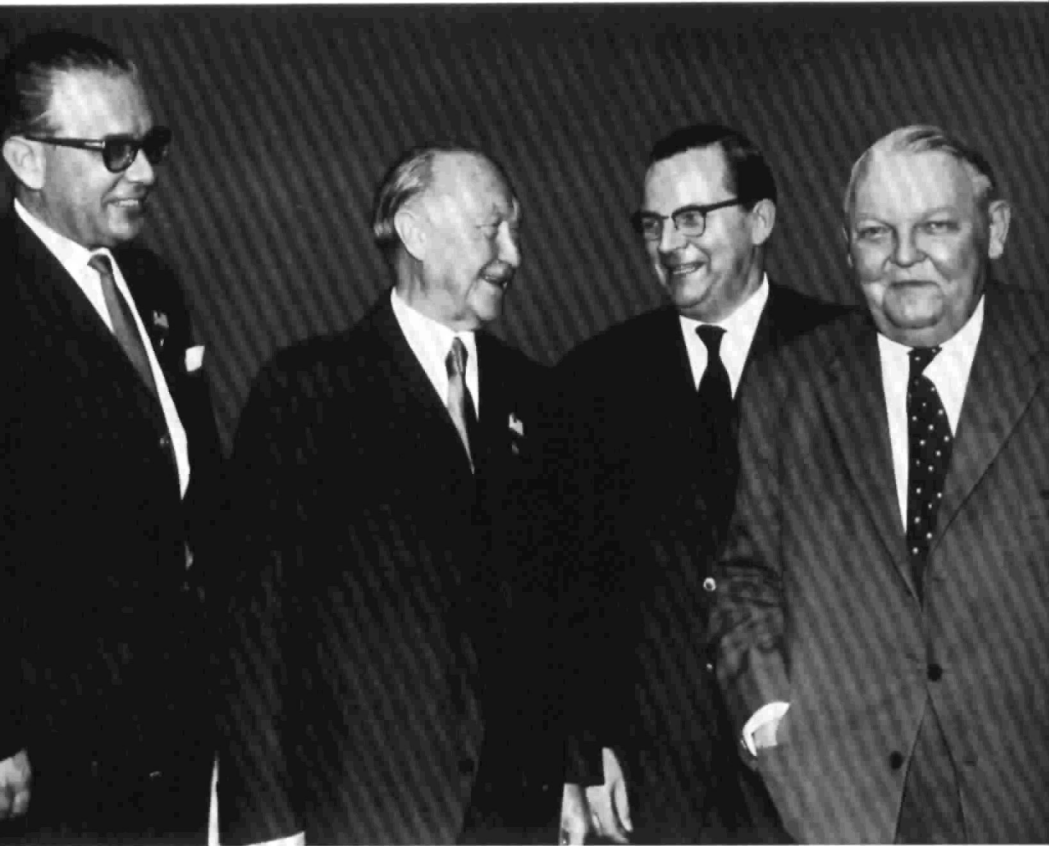
Namens des Präsidiums begrüße ich unsere Delegierten. Ich bedauere, daß wir den Kreis der nicht stimmberechtigten Delegierten aus räumlichen Gründen haben ein wenig beschränken müssen.

Ehe wir an die Arbeit gehen, wollen wir in Ehrfurcht und Dankbarkeit unserer Toten gedenken. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.)

Wir gedenken unseres Freundes

Jakob Kaiser

des langjährigen Stellvertretenden Bundesvorsitzenden unserer Partei. Jakob Kaiser: tapferer Vorkämpfer gegen Unrecht und jegliche Willkür, die des Nationalsozialismus in gleicher Weise wie des Kommunismus, wird uns immer an unsere Pflicht erinnern, opferbereit der Freiheit zu dienen. Er bleibt uns Mahnung, niemals Berlin und die Deutschen der Zone zu vergessen. Seine unter uns weilende Lebensgefährtin wird



Vier Männer aus dem siebenköpfigen Parteipräsidium:
Ministerpräsident von Hassel, Stellv. Geschäftsführender Vorsitzender
Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundesvorsitzender
Minister Duffhues, Geschäftsführender Vorsitzender
Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, erstmals in die Parteispitze gewähltes
Präsidiumsmitglied
Außerdem gehören dem Parteipräsidium an:
Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier und die Bundesminister Blank und Dr. Krone



Westfalenhalle, Dortmund

Das Tagungsbüro



das Bewußtsein haben, daß das Vermächtnis ihres verstorbenen Gatten guten Händen anvertraut ist.

Wir gedenken unseres vor wenigen Tagen verstorbenen Freundes
Dr. Erich Stuckel

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Sein Leben war dem Dienst am Nächsten gewidmet und der Idee der Union.

Mit diesen Toten ehren wir alle Freunde, die – an welchem Platz auch immer – für die Union gearbeitet haben und von uns gegangen sind. Ich danke Ihnen.

Lassen Sie mich herzlichst begrüßen Frau Ehlers und Frau Cillien. (Beifall.) Sie sind uns stets willkommene Gäste auf unserem Parteitag.

Meine lieben Parteifreunde! Die Stadt dieses Bundesparteitages und das Land an der Ruhr sind Zeugen eines Wiederaufbaus, der im Buche unserer Geschichte für immer mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union verbunden bleiben wird. Das Land an der Ruhr mit seiner ungewöhnlichen Massierung von Menschen, Werkstätten und Fabriken ist zugleich Sinnbild der großen Aufgaben, vor die wir als moderne Partei gestellt sind. Diese Aufgaben mit nüchternem Wirklichkeitssinn und unter dem Gesetz der sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen, ist unser Bestreben. Hier wie in allen Teilen unseres Vaterlandes steht vor allem unsere Wirtschaftspolitik vor ihrer sozialen Bewährung.

Mögen sich die Beratungen unseres 11. Bundesparteitages dahin auswirken, daß der innere Zusammenhalt der Union gestärkt wird. Möge der Parteitag den Millionen unseres Volkes das Bewußtsein vermitteln, daß eine kraftvoll geführte Union auch die Aufgaben der Zukunft meistern wird.

Lassen Sie mich damit das Grußwort des Präsidiums des Bundesparteitages schließen. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß noch einige Formalien erledigt werden.

Wir haben wie üblich ein Redaktionskomitee zu wählen. Vorstand und Ausschuß schlagen Ihnen vor, folgende Personen in das Redaktionskomitee zu wählen:

Herrn von Hassel als Vorsitzenden, als Mitglieder unsere Parteifreunde: Bauknecht, Etzel, Gerstenmaier, Dr. Heck, Katzer, Kiesinger, Dr. Kraske, Dr. Krone, Dr. Pettenberg, Dr. Otto Schmidt, Schmücker, Dr. Schröder, Frau Dr. Teusch und außerdem mich als Präsidenten dieser Tagung. Darf ich feststellen, daß Sie diesem Vorschlag zustimmen? (Zustimmung.)

Wir haben außerdem eine Mandatsprüfungskommission zu wählen. Hierfür schlagen Vorstand und Ausschuß vor, die Kommission möge bestehen aus den Parteifreunden Blumenfeld, Müllensbach, Braun und Busch. Ich bin sicher, daß auch diesem Vorschlag zugestimmt wird. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren, damit sind die Formalien dieses Bundesparteitages erledigt.

Ich darf nunmehr zu einem Grußwort das Wort erteilen, Herrn Ministerpräsidenten

Dr. Franz MEYERS (mit Beifall begrüßt):

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde in der Union! Zum zweitenmal während der Amtszeit der von mir geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen habe ich die besondere Freude, einen Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union im Lande Nordrhein-Westfalen willkommen zu heißen. Im vorigen Jahr waren wir in Köln, der alten rheinischen Metropole, von der im Jahre 1945 wesentliche Impulse für die Gründung unserer Union ausgingen.

In diesem Jahr hat die CDU mit der Wahl einer großen Stadt des Ruhrgebietes, wie mir scheint, zugleich auch eine Vorentscheidung über Arbeit und Stil dieses Bundesparteitages getroffen. Hier im Ruhrgebiet formt sich unter den Bedingungen eines technischen Massenzeitalters die Welt, in der wir morgen leben und arbeiten müssen. Hier läßt sich in unmittelbarer Anschauung Gültiges aussagen über die wirtschaftlich-soziale, die kulturelle und gesellschaftliche Wirklichkeit unserer Zeit, über ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen, über ihre Entwicklungstendenzen und ihre Gefährdung.

Als der Dichter des rheinisch-westfälischen Industrieraumes, Heinrich Lersch, vor nunmehr etwa 50 Jahren mit dem Wort „Arbeit heißt dieses Land“ die schon damals größte Industrielandschaft unseres Kontinents sinnfällig umschrieb, da klang in diesem Wort noch Stolz und Zukunftserwartung einer Gesellschaft mit, die sich am Beginn eines unaufhaltsamen menschheitsbeglückenden Fortschritts fühlte. Wir Heutigen sind gerade in dieser Beziehung skeptischer geworden, weil wir wissen, daß in diesem so viel gepriesenen Fortschritt zumindest ebensoviele Gefahren wie Werte stecken. Vor allem aber wissen wir, daß selbst die Verwirklichung des Fortschritts im guten Sinne in den letzten Jahrzehnten mit Opfern erkaufte worden ist, die uns als Politiker aus christlich-demokratischer Verantwortung besonders berühren müssen. Man braucht nur durch dieses Ruhrgebiet zu fahren oder gar einige Zeit hier zu leben, dann wird man diese Gefahren für Leben, Gesundheit und Arbeitskraft schnell erkennen.

Hier liegt nach meiner Überzeugung ein großer Teil der Aufgaben beschlossen, die eine christlich-demokratische Politik im Deutschland der Gegenwart zu bewältigen hat. Es geht um nichts weniger als um die Aufgabe, die Entwicklung einer Massengesellschaft im Zeitalter ständig fortschreitender Technik in den Griff zu bekommen und nach dem christlich-demokratischen Ordnungsbild zu formen.

Das sagt sich leicht. Die Verwirklichung dieser Forderung ist aber nur möglich, wenn unsere Union noch mehr als bisher bereit ist, auf die Zukunft hin zu arbeiten und diese Zukunft klar, nüchtern und ohne

sozialromantische Verbrämung zur Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns macht.

Die von mir geführte Landesregierung hat auf vielen Gebieten in den letzten vier Jahren die Grundlagen für eine solche Politik geschaffen. Auf anderen Gebieten liegt die exakte Analyse der wirtschaftlich sozialen Wirklichkeit dieses Landes und seiner Entwicklungstendenzen vor und zeigt uns, was wir zu tun haben, um in diesem bevölkerungs- und industriereichsten Land der Bundesrepublik dem Menschen von morgen Leben und Arbeit in Freiheit, Gesundheit und Sicherheit zu schaffen. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß in diesem rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch im gesellschaftlichen und staatspolitischen Sinne die wesentlichen Entscheidungen über die Grundlagen fallen, auf denen sich unser öffentliches Leben in der Zukunft gestalten wird. Wir hier an Rhein und Ruhr sind weder stolz noch besonders erfreut darüber, daß dies so ist; aber wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die sich daraus ergibt. Wenn von diesem Land so mannigfache Einflüsse auf die Zukunft Deutschlands ausgehen, dann wollen wir hier alle Kräfte daran setzen, diese Zukunft aus christlich-demokratischem Geiste mitzugestalten.

So gelten die herzlichen Wünsche und Grüße der Landesregierung dem Erfolg dieses Parteitages in einer der größten Metropolen des Ruhrgebietes. Möge die CDU hier in Dortmund für ihre Arbeit in der Zukunft neue Kraft finden zum Besten der ganzen Bundesrepublik Deutschland, der freiheitlich-demokratischen Ordnung ihres öffentlichen Lebens und zum Besten all der Millionen unserer Mitbürger, die Tag für Tag in harter Arbeit darum ringen, ein Leben in Freiheit, Menschenwürde und Sicherheit finden zu können. Ihnen gilt unsere Arbeit und unsere Sorge. Mit ihnen fühlen wir uns gerade in diesen Tagen gemeinsamer Beratungen und Beschlüsse besonders verbunden. So grüße ich denn den Dortmunder Parteitag der CDU mit dem alten vertrauten Gruß des Ruhrgebietes: Glück auf!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident DUFHUES:

Ich danke Herrn Ministerpräsidenten Dr. Meyers für sein Grußwort. Der Bundesparteitag wünscht Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß Sie Ihre politischen Vorstellungen auch während der nächsten Jahre in diesem Lande an Rhein und Ruhr zum Wohle seiner Bevölkerung verwirklichen können.

(Lebhafter Beifall.)

Für die Stadt Dortmund spricht unser Parteifreund Bürgermeister Scherer zu uns.

Bürgermeister SCHERER (Dortmund):

Herr Bundeskanzler! Meine Herren Ministerpräsidenten und Minister des Bundes und der Länder! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe die

Ehre, namens der Stadt Dortmund den Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in den Mauern der Stadt Dortmund zu begrüßen. Der Gruß soll besonders herzlich sein, denn ich möchte mich zum Dolmetsch all derer machen – und es sind recht viele in Dortmund –, die die Arbeit der Christlich Demokratischen Union und ihre Erfolge kennen und schätzen und die bereit sind, diese Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen.

Es mag ein glücklicher Entschluß gewesen sein – so sehen wenigstens wir Dortmunder es –, als entschieden wurde, daß dieser so bedeutsame Bundesparteitag in Dortmund stattfinden soll. Dortmund hat ein besonderes Profil. Dortmund ist keine Stadt der Beamten, der Rentner, der großen Kongresse mit rauschenden Festen. In Dortmund wird viel und schwer und intensiv gearbeitet. Diese Arbeit, insbesondere in der Erde und über der Erde prägt den Menschen; sie macht ihn hart und erzeugt Spannungen. So ist Dortmund eine mit Dynamik geladene Kraft.

Ich erwähne das deshalb, weil mir scheint, daß dieser Bundesparteitag eine besondere Aufgabe hat. Er wird in die Geschichte der Christlich Demokratischen Union als ein Parteitag der Reform, der Erneuerung, der geistigen Entwicklung eingehen. Hierfür ist Dortmund mit seiner Dynamik, mit seinem spannungsreichen Leben, mit der Auseinandersetzung, auf allen Gebieten – so scheint mir – der richtige Ort. Möge das besondere Fluidum der Stadt auch in diesem Parteitag seinen Niederschlag finden.

Nun wünsche ich – nicht als Bürgermeister der Stadt allein, sondern nunmehr als Parteifreund und Vorsitzter der Christlich Demokratischen Union in Dortmund –, daß dieser Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union die Erwartungen erfüllen möge, die Tausende und Millionen von christlichen Demokraten an ihn knüpfen. Dazu ein herzliches Glückauf.

(Beifall.)

Präsident DUFHUES :

Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Bürgermeister Scherer. Nehmen Sie zugleich für die Stadt Dortmund und ihre Bevölkerung den herzlichen Dank des Parteitages für die freundliche und gastliche Aufnahme entgegen, die wir hier gefunden haben. (Beifall.)

Ich erteile das Wort dem Vertreter der Christlich Sozialen Union, Herr WEISS:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Ich überbringe Ihnen die Grüße unseres Landesvorsitzenden, Herrn Bundesminister Strauß, der auf Grund seiner Auslandsreise leider zu dieser Eröffnungsveranstaltung nicht persönlich kommen konnte, aber noch Gelegenheit nehmen wird, die weiteren Veranstaltungen zu besuchen.

Ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße der Christlich Sozialen Union, einer Partei, die nicht nur als Bruderpartei mit der CDU in treuer Fraktionsgemeinschaft verbunden ist und seit Bestehen der Bundesrepublik mit Ihnen große gemeinsame politische Verantwortung trägt, sondern die sich auch trotz aller Selbständigkeit und allen bayerischen Selbstbewußtseins mit der CDU in der Geschlossenheit der christlichen politischen Aktion einig und eins fühlte und fühlt.

Die politische Einheit der Christen aller Konfessionen in der Bundesrepublik kann und darf nicht mehr zerstört werden; sie ist ideell gefestigt und stark, und sie ist rationell gesehen, eine nationale deutsche Notwendigkeit; denn die Geschichte der deutschen Demokratie und nicht nur die nationalsozialistische Perversion eines unchristlichen Staates liefert uns hierfür zahlreiche Beweise. Die Einheit und die Einigkeit der Union im Grundsatz und im Ziel, ihr Freisein von antiquierten traditionellen Vorstellungen – all das war entscheidend für die großen politischen Erfolge, auf die wir zwar sehr stolz sind, auf all das, was die Union mitgeleistet hat.

Aber wir können und dürfen beim Rückschauen nicht verbleiben; denn die Union ist nicht am Ende, sondern immer noch am Anfang ihrer politischen Verantwortung. Neue große Aufgaben in ihrer Problematik und in ihrer Auswirkung, die teilweise nur in groben Grundrissen erkennbar sind, kommen auf uns zu. Diese Aufgaben anzugehen und sie zum Wohle unseres Volkes in der Verbundenheit mit der freien Welt zu bewältigen, das ist auch heute wieder wie eh und je unsere Forderung an alle, die aus dem Geiste der Union und mit dieser Union Politik gestalten und politische Arbeit leisten. Es ist selbstverständlich, daß solche Unionspolitik auch weiterhin von der Christlich Sozialen Union mit getragen und mit verantwortet werden wird. Wir sind – und das darf ich klar und deutlich vermerken – mit Ihnen, der CDU, nicht nur eng verbunden im Geiste und der Einheit einer christlichen politischen Union, wir sind mit Ihnen in gleicher Weise in der gemeinsamen Verantwortung unserem deutschen Vaterland gegenüber verbunden. Denn gerade – und das darf ich zum Schlusse meiner Worte klar und deutlich herausstellen –, weil wir als bayerische Partei besonders eng mit Bayern verbunden sind, sind wir betont eine deutsche Partei, die sich in erhöhtem Maße ihrer deutschen Pflicht und Verantwortung bewußt ist.

(Starker Beifall.)

Präsident DUFHUES :

Ich danke Ihnen, Herr Weiß, besonders herzlich für Ihre Worte, vor allem für Ihr Bekenntnis zu unserer gemeinsamen Verantwortung. Mögen CDU und CSU auch organisatorisch getrennt sein – stärker wiegt das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung und das gemeinsame geistige Band. In diesem Sinne und in dieser Verbundenheit werden wir auch in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Die Ehre ihres Wortes schenkt uns für alle ausländischen Gäste Frau EMMET, Konservative Partei Englands:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler ! Herr Dufhues! Meine Damen und Herren ! Es ist schon das dritte Mal, daß ich die Gelegenheit gehabt habe, herzliche Grüße von England Ihnen für Ihre Partei zu überbringen. Ich bin gebeten worden, im Namen aller ausländischen Gäste und befreundeten Parteien, der CDU ein Grußwort zu überbringen. Das tue ich mit ausdrücklicher Freude besonders als Engländerin für die Freunde des kontinentalen Europas. (Starker Beifall.) Vor drei Jahren hätte ich nicht gedacht, daß wir so weit auf dem Wege der Vereinigung Europas vorgeschritten sein würden. Aller Anfang ist schwer ! Einiges ist noch schwieriger. Es sind noch Hindernisse zu überwinden. Aber wenn der gute Wille da ist – und ich glaube, daß der gute Wille doch dabei ist –, werden wir Erfolg haben. Wir dürfen aber jetzt nicht zu viel Zeit verlieren ! (Starker Beifall.) Chruschtschow ist schon aufmerksam geworden. (Heiterkeit. – Sehr gut ! – Beifall.) Nichts kann in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West bedeutungsvoller sein als die Stärkung europäischer Gedanken. (Beifall.)

In der Verwirklichung europäischer Zusammenarbeit und in der Verwirklichung europäischer Politik haben wir einen großen Schritt getan: nämlich das Ersuchen der Britischen Regierung um Eintritt in die EWG. (Lebhafter Beifall.) Ich bin sicher, daß Sie hier in Deutschland gut verstehen, daß das Commonwealth für uns etwas Wichtiges und Lebendiges ist – nämlich unsere liebe Familie, und man kann und wünscht nicht, seine Familie zu verlassen. (Beifall.) Dann haben wir auch europäische Kameraden – und die können wir auch nicht vergessen. (Beifall.)

Wenn diese zwei Dinge Schwierigkeiten mit sich bringen, die gelöst werden können, führen sie doch auch wichtige neue Kräfte Europa zu. Wenn sich Europa zusammenfindet und die ganze westliche Welt eng und stark zusammenarbeitet, dann werden wir die Worte von Edward Grey „The lights are going out in all Europe“: Die Lichter gehen aus im ganzen Europa, umkehren können. Dann wird auch Europa eine feste Burg, mit Lichtern aus den Fenstern strahlend, ein Leuchtturm für die freie Welt sein, eine helle Kerze für die christliche Welt und ein leuchtendes Beispiel für das bedrückte Volk hinter dem Eisernen Vorhang, das sie zu der Freiheit ruft.

(Starker Beifall.)

Präsident DUFHUES :

Sehr verehrte gnädige Frau! Namens des Präsidiums und des Bundesparteitages danke ich Ihnen herzlich für das Grußwort, das Sie für die Konservative Partei Großbritanniens und die übrigen hier vertretenen befreundeten ausländischen Parteien vor diesem Parteitag abgelegt haben.

Wir sind besonders dankbar für Ihr Bekenntnis zur europäischen Idee, und ich darf die Hoffnung, die Erwartung und den Wunsch dieses Bundesparteitages aussprechen, daß die begonnenen Verhandlungen zu einem guten Ergebnis im Sinne einer weiteren Stärkung und Festigung Europas führen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren ! Damit sind die Grußworte abgeschlossen. Ich erteile nunmehr das Wort unserem Bundesparteivorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Lebhafter Beifall.)

Bundeskanzler Dr. Konrad ADENAUER :

Herr Präsident ! Meine sehr verehrten Damen und Herren ! Es ist eben vom Herrn Ministerpräsidenten Meyers aus diesem Lande von der kommenden Wahl gesprochen worden. Ich glaube, ich kann namens der Bundespartei unserer Partei in Nordrhein-Westfalen sagen, daß wir für die Schwierigkeiten, die der Bergbau gegenüber dem Vordringen des Ols hat, volles Verständnis haben, und wir sind uns auch darüber klar, daß diese Schicht der Bevölkerung, die mit dem Bergbau direkt oder indirekt zu tun hat, sehr groß ist, und unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen können sich darauf verlassen, daß wir daran denken werden. (Lebhafter Beifall)

Nun komme ich zu einer Art Rechenschaftsbericht gegenüber dem Parteitag über die wesentlichen Entwicklungen seit dem letzten Parteitag:

Wir haben die Bundestagswahl hinter uns, und diese Bundestagswahl des Jahres 1961 hat nicht das Ergebnis gehabt, das wir erwartet hatten. Meine Damen und Herren ! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man gerade in der Politik die Dinge so sehen und aussprechen soll, wie sie sind, und daß man nichts beschönigen soll, allerdings auch nicht bei anderen Parteien. (Heiterkeit.) Ich wiederhole: Diese Wahl des Jahres 1961 hat nicht das von uns gewünschte Ergebnis gehabt. Es ist von der Bundesgeschäftsstelle eine sehr sorgfältige Analyse dieser Wahl aufgestellt worden, und diese Analyse verdient sehr große Beachtung. Es scheint, daß sich unsere Verluste fast gleichmäßig auf die verschiedensten Stände und die verschiedenen Berufe verteilen. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir in unserer Organisation dem zu wenig Bedeutung geschenkt haben, was in der heutigen Zeit wirklich bestimmend für alle Parteien ist, das heißt, dem Organ, das die öffentliche Meinung in einem Lande – nun, ich will nicht den Ausdruck gebrauchen: machen, aber doch – vermitteln. Das ist die Presse. Das ist aber auch der Rundfunk, und ist vor allem das Fernsehen. (Lebhafter Beifall.) Es scheint mir, daß wir diesen Werkzeugen, die auf die öffentliche Meinung einwirken, eine viel größere Beachtung schenken müssen, als wir das in den vergangenen Jahren getan haben. (Lebhafter Beifall.)

Ich begrüße es darum, daß, entsprechend einem Wunsche, den ich schon vor Jahren gehabt habe, ein Geschäftsführender Vorsitzender gewählt wird, Herr Dufhues, der die Parteileitung gerade auf diesem Gebiet entlasten und führen kann. (Beifall.) Herr Dufhues, meine Freunde, ist Ihnen bekannt. Er ist Ihnen bekannt aus seiner Tätigkeit als ausgezeichnete Organisator der Partei in Westfalen. Er ist Ihnen bekannt als Minister des Inneren in diesem Lande. Wir alle miteinander freuen uns, wenn er kommt, und wir setzen in seine Arbeit sehr große Erwartungen. (Lebhafter Beifall.)

Die Wahl hat uns den Verlust der absoluten Mehrheit im Bundestag gebracht. Es war kein großer Einschnitt: Acht Mandate mehr auf der einen Seite und weniger auf der anderen Seite hätten genügt, eine knappe absolute Mehrheit herzustellen, aber immerhin, wenn man jahrelang an eine absolute Mehrheit gewöhnt ist, dann ist es empfindlich, sie nicht mehr zu haben. Als erstes muß man daraus den festen Willen entwickeln, unter allen Umständen bei der nächsten Bundestagswahl diese absolute Mehrheit wiederzugewinnen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Das, meine Freunde, stelle ich an die Spitze unserer gesamten Parteiarbeit, auf dieses Ziel den Blick zu lenken, denn, meine Damen und Herren, ich werde im Laufe des Vormittags und wahrscheinlich noch mehr heute nachmittag darauf zurückkommen, daß sich eine neue Volkspartei in vielfarbiger Bemalung gebildet hat. (Heiterkeit.) Wir werden darauf achten müssen, was sie tut und was sie läßt, und werden uns mit ihr auseinandersetzen müssen.

Aber trotzdem: Die Leistungen der Zeit seit dem Jahre 1949, meine Freunde, haben wir aufzuweisen! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) Diese Leistungen waren ganz außerordentlich groß. Wenn die CDU nicht in den zwölf Jahren gewesen wäre, dann – davon bin ich überzeugt, meine Freunde – würde dieses Land nicht mehr zu den freien Ländern auf der Welt gehören. (Zurufe: Sehr gut! – Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Nur zu leicht vergißt man ja die vergangenen Gefahren; aber, meine Freunde, ich werde noch darauf zurückkommen: Sind die Gefahren wirklich vergangen? – Ich sage Ihnen, sie sind nicht vergangen; sie sind etwas zurückgetreten, aber die Gefahr, daß wir und damit Europa seine Freiheit verliert, besteht nach wie vor! (Beifall.)

Ich kehre zurück zu unserer Wahl und zu dem Ergebnis der Bundestagswahl. Wir mußten eine Koalition bilden. Nun, ich bin immer dafür gewesen, daß unsere Partei, auch als sie die absolute Mehrheit jahrelang hatte, nicht allein die Verantwortung übernehmen sollte; doch sind, wenn man die absolute Mehrheit hat, Koalitionsverhandlungen sehr viel bequemer, (Heiterkeit) als wenn man sie nicht hat.

Ein Weiteres kommt noch hinzu: Einer Fraktion, die jahrelang im Besitz der absoluten Mehrheit war und damit hat arbeiten können, fällt es manchmal etwas schwer, sich darauf einzustellen, daß sie diese absolute Mehrheit nicht mehr hat. Nun boten sich an, meine Damen und Herren, das ist bildlich, vielleicht auch richtig gesprochen, (Heiterkeit.) so wie ich es sage – ich überlasse das Ihnen, die Auswahl zu treffen – auf der einen Seite die FDP, auf der anderen Seite die SPD.

Von der FDP trennt uns selbstverständlich sehr vieles; aber von der SPD trennt uns noch unendlich viel mehr, (Beifall.) und es ist immer klüger, einen Koalitionspartner zu haben, der doch in der Zahl der Bundestagsmitglieder weit hinter einem zurücksteht, als mit einer Fraktion eine Koalition zu schließen, die nahe aufrückt. Das ist der

Bundeskanzler Adenauer berichtet über die Lage



Der Plenarsaal





Minister Dufhues und Dr. Barzel, MdB

praktische Grund. Das andere war der ideelle Grund, der unsere Fraktion dazu bewogen hat, die Koalition mit der FDP abzuschließen. Nun werden Sie mich fragen, war es schwer und wie läuft die ganze Sache? Sie stehen hier im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen gegen die SPD und gegen die FDP. In einem Wahlkampf soll man natürlich nicht jedes Wort auf die Waagschale legen, aber immerhin hätte ich mir doch gewünscht, daß bei den Rednern der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen gewisse kulturelle Momente eine andere Rolle gespielt hätten und nicht so viel Verletzendes für uns dabei ausgesprochen worden wäre. (Beifall.)

Was die Verhandlungen im Bund angeht, meine Freunde, so sind Koalitionsverhandlungen immer schwierig; dem einen paßt die Nase des anderen nicht, dem anderen paßt das Gesicht nicht, dem dritten paßt der Rock des anderen nicht. Das geht aber auf beiden Seiten so. Aber Geduld überwindet diese Schwierigkeiten und hat sie auch in diesem Falle überwunden. Im großen und ganzen glaube ich Ihnen heute sagen zu können, daß die Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner, der CDU/CSU und der FDP, im Bundestag sich mit weniger Reibungen vollzieht, als wir das von vornherein gedacht hatten. Es ist auch nicht richtig, was der Vorsitzende der Oppositionspartei – entschuldigen Sie dieses Wort „Oppositionspartei“, das kommt mir nur sehr schwer über die Lippen – nach dem Parteitag der SPD in Köln gesprochen hat. (Beifall.) Aber jedenfalls ist sie nicht in der Regierung. Unsere Arbeit in der Koalition ist viel besser und viel fruchtbarer, als das Herr Ollenhauer, der Vorsitzende der Fraktion – die nicht in der Koalition ist –, es haben will. Ich glaube, daß wir auch im Laufe der Zeit immer mehr zusammenarbeiten werden und daß auch dieser Bundestag zum Wohle des deutschen Volkes, aber auch zum Wohle Europas und des Friedens in der Welt fruchtbare Arbeit leisten wird. (Beifall.)

Bei diesen Koalitionsverhandlungen spielte natürlich die Frage eine große Rolle: Wer wird Bundeskanzler? Das ist ja ganz klar. Die FDP hatte sich zuerst nicht auf mich eingestellt, (Heiterkeit) aber Träume verwirklichen sich nicht immer, so auch hier. (Beifall.) Ich wurde gebeten, wieder das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen, und zwar zum vierten Male. (Beifall.)

Meine Freunde! Nun möchte ich Ihnen sehr menschlich und sehr offen doch einiges sagen. Als ich zum ersten Male vor über 12 Jahren Bundeskanzler wurde, habe ich den Professor Martini in Bonn gefragt, ob er wohl glaube, daß ich trotz meines Alters noch ein Jahr lang die Arbeit leisten könne. Er hat mich pflichtgemäß untersucht und mir dann gesagt – und das hat mich sehr beruhigt –, Sie werden sicher anderthalb Jahre lang die Arbeit leisten können. Und das sind jetzt 11 Jahre her, meine Damen und Herren. (Heiterkeit.) Man sieht an diesem Beispiel, daß man der Barmherzigkeit Gottes keine Schranken setzen soll. (Heiterkeit und Beifall.)

Aber, meine Freunde, weil die Presse – auch uns nahestehende Zeitungen – fortgesetzt darauf loshackt: wann geht er, wann hat die

Aera Adenauer ein Ende usw., – möchte ich sehr offen ein Wort darüber hier sprechen, und zwar weil ich gerade Ihnen – ich habe das eben schon gesagt – verantwortlich bin für meine ganze Tätigkeit.

Ehe ich die Wahl als Bundeskanzler annahm, habe ich den damaligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Herrn Dr. Krone, in einem Brief geschrieben, ich beabsichtigte nicht, den nächsten Wahlkampf im Jahre 1965 zu führen. Ich würde so rechtzeitig von dem Amt als Bundeskanzler zurücktreten, daß mein Nachfolger in der Lage wäre, diesen Wahlkampf zu führen. Ein Datum habe ich nicht genannt! Ich glaube, es war auch richtig, das nicht zu tun, meine Freunde; denn der Entschluß, von diesem Amt zurückzutreten, wird abhängig sein von einer Reihe von Umständen innenpolitischer, außenpolitischer und persönlicher Art. (Zurufe: Sehr gut!)

Darum müssen Sie mich bis auf weiteres ertragen! (Beifall.) Auch die Presse muß mich ertragen! (Beifall.) Sie muß sich darin fügen, daß ihre ständigen Prophezeiungen nicht zutreffen. Es ist schwer für einen Journalisten, aber er muß es lernen. Das passiert jedem von uns.

Was mich aber dabei doch sehr zum Nachdenken veranlaßt hat, ist, wie falsch und wie unrichtig die Presse – auch uns nahestehende Zeitungen – unsere Partei und unsere Fraktion beurteilt. (Beifall.) Es ist doch geradezu blind, die Augen davor zu verschließen, daß ein Bundeskanzler nichts ausführen und nichts leisten kann, wenn er nicht die Mehrheit seiner Partei und seiner Fraktion hinter sich hat. (Lebhafter Beifall.) Darum ist es total unrichtig zu schreiben, diese Aera ginge zu Ende.

Meine Damen und Herren! Der Geist, der uns die vergangenen zwölf Jahre geleitet und uns zu diesen Taten befähigt hat, bleibt in der Bundestagsfraktion und in unserer Partei erhalten. (Beifall.)

Nun möchte ich einige Fragen der Innenpolitik streifen. Ich weiß, daß ich jetzt Fragen anrühren werde, die wahrscheinlich bei diesem oder jenem sicher auch unter Ihnen Anstoß erregen werden. Aber auch hier kann ich nur sagen, man muß die Dinge sehen, wie sie sind, sonst leidet man eines Tages Schiffbruch.

Das kommende Haushaltsjahr, das Jahr 1963, verlangt von uns eine Finanzverfassungsreform und eine Steuerreform. Dabei müssen Bund, Länder und Gemeinden berücksichtigt werden. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern, wie es jetzt ist, entspricht nicht dem Geiste des Grundgesetzes. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß der Bund auf den guten Willen der Länder angewiesen ist, um seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Da ist etwas nicht in Ordnung infolge der Entwicklung, die im Laufe der Jahre eingetreten ist. Auf der einen Seite ist diese Entwicklung eine Folge der großen Steigerungen der Ausgaben für den Bund – namentlich für die Verteidigung – und auf der anderen Seite eine Folge der Entwicklung der verschiedenen Steuern. Es muß also eine Finanzverfassungsreform und eine Steuer-

reform kommen. Was diese Steuerreform angeht, werde ich mich hüten, unserem Finanzminister jetzt dazwischen zu reden, was er sich in dieser Hinsicht überlegt hat oder überlegt. Aber, als ganz einfacher CDU-Wähler möchte ich folgendes sagen (Heiterkeit.) – Ich habe auch nur eine Stimme, genau wie Sie. – (Heiterkeit.)

Manche steuerlichen Erleichterungen, die wir in den Zeiten des Wiederaufbaues geben mußten, müssen fortfallen. (Lebhafter Beifall.) Und noch ein Weiteres: Der Aufwand, der von gewissen Schichten unserer Bevölkerung getrieben wird, ist meines Erachtens nicht weiter tragbar. (Lebhafter Beifall.)

Ein sehr ernstes Problem, das uns ebenso wie andere Länder beschäftigt, ist die Frage des Wertes des Geldes. Glauben Sie nicht, daß es da eine Patentlösung gibt. Da muß in der Tat an sehr vielen Stellen dafür gesorgt werden, daß uns der Wert unseres Geldes erhalten bleibt. (Beifall.) Die Schaffung eines Gremiums von unparteiischen Sachverständigen – eine Frage, mit der wir uns wirklich sehr ernstlich befassen – wird allein die Frage nicht lösen. Denn auch auf das Votum der besten Sachverständigen hören die Menschen in unserer Zeit nicht, wenn sie nicht darauf hören wollen.

Nun, meine Freunde, lassen Sie mich noch ein Wort zu unserer Zeit sagen. Ich denke da an ein Gespräch, das ich mit dem Erzbischof von Paderborn heute morgen gehabt habe über die maßlose Unzufriedenheit unserer Welt, nicht nur der deutschen. Diese maßlose Unzufriedenheit ist fast ein Kennzeichen unserer Tage. Immer mehr und immer mehr zu verlangen, ist unmöglich, und kein Mensch in der Welt soll glauben, daß man dadurch glücklich wird, wenn einem jeder Wunsch erfüllt wird. Denn dann hat man überhaupt keine Freude mehr am Leben und keine Freude an der Arbeit. (Beifall.)

Nun werde ich ein sehr heißes Eisen anfassen. Aber man lernt ja, sich daran zu gewöhnen. Ich möchte sehr kurz und knapp so sagen: Die beiden Sozialpartner in allen Ehren. Aber sie sind nicht die höchste Macht im Staat. (Anhaltender lebhafter Beifall, Bravo-Rufe.) Die höchste Macht im Staat müssen die Organe haben, die durch demokratische Wahlen im Staat zustande kommen und nicht die Sozialpartner. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte gern einmal wissen, wer diesen Ausdruck erfunden hat. Der Mann kann dafür etwas ein-kassieren. – Nicht die Sozialpartner also sind die höchste Macht, deren Interessen nicht immer gegeneinander gehen, sondern die oft auch gemeinsam gehen auf Kosten des armen Verbrauchers und Verzehrers. (Beifall.)

Das wollte ich einmal hier vor Ihnen aussprechen und Sie bitten, – wir tragen alle die Verantwortung – nicht blind zu sein für die Fehler und Schäden unserer Zeit. Und diese Fehler und Schäden unserer Zeit sind in der Tat erschreckend. Arbeit, ist das ein Fluch, meine Damen und Herren? Ich möchte einmal sehen, was geschieht, wenn man Leute dazu verurteilt, überhaupt nicht mehr zu arbeiten. Ich

habe, wie Sie wissen, im Gefängnis gesessen und hatte nichts zu arbeiten. Da lernt man erst den Wert der Arbeit kennen, (Beifall.) auch den Wert der Arbeit für die innere Entwicklung des Menschen. Ich sage deshalb: Arbeit ist kein Fluch, sie ist ein Segen für den Menschen. (Beifall.) Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn das gesamte deutsche Volk in allen seinen Schichten – ich nehme keine Schicht und keinen Stand aus – sich darüber klar werden würde, daß die Arbeit ein Segen ist und kein Fluch. (Beifall.)

In Köln war der Sozialdemokratische Parteitag. Herr Ollenhauer hat in seiner Eröffnungsrede gesagt: Weg mit dem Bundeskanzler! Ich wäre ein schlechter Bundeskanzler, wenn der Führer der sogenannten Opposition das nicht erklärt hätte. (Heiterkeit.) Wenn er erklärt hätte, ich sei ein ausgezeichnete Bundeskanzler, dann würde ich ganz allein in mein Kämmerlein gegangen sein und darüber nachgedacht haben: Was hast du für eine Dummheit gemacht? (Heiterkeit.)

Daß mir also Herr Ollenhauer ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt hat, nehme ich ihm wirklich nicht übel. Dagegen ist nicht wahr, wenn er sagt, die Bundesregierung und die Koalition seien steril. Das ist nicht wahr! Ich glaube, es sind in der verhältnismäßig kurzen Zeit schon 45 Gesetze von dem Bundestag verabschiedet worden, die zum weitaus größten Teil von der Bundesregierung vorgelegt waren, und eben so viele Gesetze sind jetzt in der ersten Lesung. Aber lassen Sie mich auch da etwas einschieben: Ich bin gar nicht glücklich darüber, meine Freunde, wenn so furchtbar viel Gesetze gemacht werden. (Beifall.) Das ist noch lange kein Beweis dafür, daß die betreffende Regierung, die sie vorgelegt hat, oder die betreffenden Parteien, die sie angeregt haben, oder das Parlament, das sie beschlossen hat, nun wirklich staatsmännisch klug gearbeitet haben. Nein, meine Damen und Herren, wenn wir die Zeit dazu hätten, dann würde ich vorschlagen, daß wir unsere ganze Gesetzgebung vom ersten Tage, an dem wir im Jahre 1949 angefangen haben, einmal einer Nachprüfung daraufhin unterziehen können, ob sie noch für die heutige Zeit paßt oder nicht. (Beifall.)

Und noch ein anderes würde ich tun. Ich würde die Landtagswahlen der elf Bundesländer auf einen Monat zusammenlegen. (Sehr richtig! – Beifall.) Wir haben im Spätsommer, im Herbst, die Bundestagswahl abgehalten. Dann ist der Bundestag zusammengetreten, in jeder Fraktion sind Veränderungen vorgenommen worden, und allmählich hatte man angefangen, sich einzuarbeiten. Nun aber kommen die Landtagswahlen, zuerst Nordrhein-Westfalen, dann Schleswig-Holstein, Hessen, und in den ersten Monaten des nächsten Jahres Niedersachsen, zum Schluß aber kommt Rheinland-Pfalz. Dann eine kleine Pause, und schon geht es weiter.

Allmählich ist es so geworden, daß bei der Propaganda für die Wahlen in den Ländern nicht die Angelegenheiten der Länder die Hauptrolle spielen, sondern die der Bundesrepublik. Deshalb kommen auch unsere Bundestagsabgeordneten niemals zur ruhigen Überlegung und zur ruhigen Arbeit. Daher wäre ich sehr glücklich, wenn sich die

Länder einigen könnten, ihre Wahlen im selben Monat, etwa in der Halbzeit der Bundestagswahl, abzuhalten. Das würde für das politische Leben sehr gut sein, in den Ländern und erst recht im Bunde. Nun komme ich zur Sozialdemokratie zurück. Wahrscheinlich haben Sie nicht die Zeit dazu gehabt, diesen Parteitag der SPD in Köln mit großer Genauigkeit zu verfolgen. Selbstverständlich sind dort alle Vorschläge angenommen worden. Das brauche ich gar nicht erst zu erwähnen. Sehr nachdrücklich und aus Überzeugung sage ich, daß der beste Parteimanager, den ich je in meinem Leben kennengelernt habe, Herr Wehner ist. Ich sage nicht: der beste Parteiführer, geschweige denn derjenige, der das beste Programm aufstellt. Nein, der beste Parteimanager, und der hat das so gemacht, daß dieser ganze Parteitag, der an sich Beschlüsse gefaßt hat, die vor Jahren ganz unerhört gewesen wären, lautlos, still und geduldig geschluckt und zugestimmt hat.

Meine Freunde, ich würde viel eher daran glauben, daß es sich hier um eine ernste Bekehrung handelt, wenn auf diesem Parteitag lebhaft Auseinandersetzungen stattgefunden und dann schließlich eine der Richtungen obsiegt hätte; dann könnte man an den Ernst der ganzen Sache vielleicht glauben, jedenfalls eher als jetzt. Aber wenn sich so etwas vollzieht, wie es sich da ereignet hat, genau wie ein Stück auf der Bühne, wo dieser oder jener seinen Spruch sagt, und das wird dann beschlossen wie im Theater, dann muß man zweifeln; eine ernsthafte Auseinandersetzung um Themen, die noch vor wenigen Jahren von der Sozialdemokratie mit allem Elan verteidigt wurden, dessen sie fähig war, einen solchen Kampf gab es nicht.

Ich freue mich eigentlich über jeden Sünder, der Buße tut. Aber in der Bibel heißt es ja auch so: „Es ist im Himmel“ – ich gehöre noch nicht dazu, meine Damen und Herren – (Heiterkeit.) „mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen!“ (Heiterkeit.)

Wenn auf diesem Parteitag einer aufgestanden wäre und hätte gesagt: Meine verehrten Genossen – verzeihen Sie, nein –, meine verehrten Damen und Herren! – (Heiterkeit.) Wenn also einer gekommen wäre und hätte gar nicht etwa zurückgegriffen bis in die Zeiten Dr. Schumachers, sondern wenn er nur davon gesprochen hätte, daß dieselbe Partei in den Jahren 1959 und 1960 den Deutschlandplan entwickelt und verteidigt hat – dessen Annahme uns totsicher den Verlust unserer Freiheit gebracht hätte –, dann wäre es etwas anderes gewesen. Doch davon wurde nicht gesprochen. Es kam sofort der brillante Redner des Parteitages, Herr Brandt, und verlangte als Belohnung den Eintritt in die Regierung.

Sehen Sie, das stimmt dann eben nicht mit dem Bibelwort überein, denn danach muß der Sünder Buße tun. (Große Heiterkeit. – Beifall.) Hier aber, meine Freunde, verlangt der Sünder sofort und a tempo Eintritt in die Regierung. Das wirkt etwas ernüchternd; so etwas tut man nicht. Man muß sich dann wenigstens eine Anstandspause gönnen, nicht aber auf demselben Parteitag diese Belohnung fordern. Es

hat ja noch Zeit, wahrscheinlich hat es noch sehr lange Zeit ! (Heiterkeit.) Und deswegen wollte man sofort etwas haben. Aber immerhin, wir werden uns in unserer Parteiarbeit mit diesem parteipolitischen Phänomen, das wir erlebt haben, sehr intensiv beschäftigen müssen, damit keine Menschen irreführt werden.

Lassen Sie mich jetzt einige Worte zur Außenpolitik sagen: zu Berlin, zu der Zone, zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der gesamten Europapolitik. Nach meiner Meinung ist es eine absolute Selbstverständlichkeit, daß bei dieser großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, zwischen Freiheit und Sklaverei die Vereinigten Staaten die Führung behalten müssen. (Beifall.) Und wer, meine Freunde, uns und speziell mir unterstellt, daß ich anderer Ansicht sei, der hat die letzten zwölf Jahre geschlafen. (Sehr richtig ! – Beifall.) Aber Europa, und das ist der Inhalt von Gesprächen gewesen, die ich mit dem verstorbenen Staatssekretär Foster Dulles öfters gehabt habe, muß ein wertvoller Partner der Vereinigten Staaten sein. (Beifall.)

Das ist unser Bestreben: Wir wollen die Führung der Vereinigten Staaten, Europa soll ein wertvoller Partner sein. Und ich glaube, die Vereinigten Staaten legen auch in der jetzigen Administration noch Wert darauf, daß Europa ein wertvoller Partner der Vereinigten Staaten ist und bleibt. (Beifall.) Das, meine Freunde, liegt in unserem Interesse, liegt aber auch im Interesse der Vereinigten Staaten.

Man muß sich über folgendes klar sein: wenn es Sowjetrußland gelingen sollte, Westeuropa auf irgendeine Weise in seine Sphäre zu bekommen – nicht durch einen Krieg; ich denke jetzt nicht an einen Krieg –, dann würde sich in der Hand dieser Diktatur Sowjetrußland eine wirtschaftliche Macht vereinigen, die den Vereinigten Staaten sehr schwere Sorgen machen würde. Daher ist die Konzeption für uns beide dieselbe für die Vereinigten Staaten und für die Europäer: die Führung müssen die Vereinigten Staaten haben, weil sie das größte Potential einsetzen können; Europa aber muß ein wertvoller Partner der Vereinigten Staaten sein und bleiben. (Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht an einen großen Krieg mit nuklearen Waffen. Ich glaube nicht daran, weil bis auf weiteres – man kann bei all diesen Dingen nicht für die Ewigkeit sprechen; man muß immer sagen: bis auf weiteres – bei einer kriegerischen Auseinandersetzung mit großen nuklearen Waffen man kaum von Siegern und Besiegten sprechen könnte; denn auch derjenige, der dann noch übrig bleibt, ist so schwer angeschlagen, daß er auf lange, lange Zeit aus diesen Wunden bluten würde.

Ich glaube nicht, daß sich Chruschtschow über diese Dinge im unklaren ist und sich darüber keine Rechenschaft gibt. Ich war im Herbst 1955 sechs Tage mit Chruschtschow zusammen. Wir haben sehr viele Gespräche gehabt, dreimal am Tage sechs Stunden lang. Ich habe ihn als einen kaltblütigen klugen Mann kennengelernt, der seine Interessen vertritt, der sich aber auch klar darüber ist, wo die Grenze für ihn und für andere liegt.

Etwas kann einem manchmal Sorge machen: daß Sowjetrußland zu der falschen Meinung kommen könnte, der freie Westen sei nicht einig. Das muß unter allen Umständen verhütet werden, meine Freunde. Ich bin fest überzeugt; wenn Chruschtschow und seine Leute die feste Überzeugung hätten, daß die freien Völker des Westens einig sind, dann wären wir in manchen Fragen – in der Deutschlandfrage, in der Frage der kontrollierten Abrüstung – sehr viel weiter, als wir jetzt leider gekommen sind. (Beifall.)

Selbstverständlich können auch bei den freien Völkern des Westens Meinungsverschiedenheiten auftreten. Aber das müssen Sowjetrußland und insbesondere Herr Chruschtschow sich doch immer sagen: Die freien Völker des Westens sind sich voll klar und einig im Ausgangspunkt und in den Zielen ihrer Politik. Wenn dann und wann einmal über etwas disputiert wird, so sind das Meinungsverschiedenheiten, die den Kern der Sache nicht berühren; das sind Meinungsverschiedenheiten zweiten und dritten Ranges.

Aber auch da muß man vorsichtig sein. Namentlich die Presse aller Länder sollte sehr vorsichtig in der Behandlung von Meinungsverschiedenheiten des freien Westens sein. Sie sollte immer darauf hinweisen, daß es sich um Angelegenheiten und Meinungsverschiedenheiten handelt, die entweder durch Aussprachen beseitigt werden können oder in der ganzen Politik überhaupt keine Rolle spielen.

Ich bedauere, daß auf dem Parteitag der Sozialdemokraten die Rede von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik – und speziell von mir – mit den Vereinigten Staaten, mit Kennedy gewesen ist. Meine Damen und Herren, es hat gewisse Meinungsverschiedenheiten gegeben. Aber ist es nicht gut, wenn auch dann und wann in der Auseinandersetzung einmal eine andere Meinung ausgesprochen wird? (Beifall.) Gibt das nicht die Klärung, an der alle das größte Interesse haben? Da sollte die Presse aller Länder sehr viel zurückhaltender und vorsichtiger sein und nicht Bagatellen übermäßig aufbauschen. (Beifall.)

Gibt es denn nicht etwa auch auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten? Glauben Sie denn, daß zwischen Rotchina und Sowjetrußland vollste Harmonie herrsche? Glauben Sie, daß z. B. zwischen Albanien und Moskau vollste Harmonie herrsche? Sind Sie etwa der Auffassung, daß zwischen Moskau und Jugoslawien absolute Harmonie herrsche? – Keineswegs, aber unsere Presse – ich spreche jetzt von der Presse der freien Länder – führt das gelegentlich an, macht aber – auch mit Recht – nicht viel Aufhebens davon. Nur wenn auf der anderen Seite einmal eine kleine Meinungsverschiedenheit auftritt, wird Gott weiß was für ein Spektakel daraus gemacht. Das sollte und darf nicht geschehen.

Lassen Sie mich nun ein Wort zu Berlin sagen. Ich war vor wenigen Wochen in Berlin. Als ich wieder in der Bernauer Straße war und das Ganze da erlebt habe – es waren sehr viele Menschen da, um mich zu begrüßen und zu sehen –, da war ich in der tiefsten Seele

empört, daß so etwas in unserer Zeit inmitten Europas möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Ich mache hier aus meinem Herzen keine Mördergrube und möchte insbesondere an die Adresse Sowjetrußlands sagen: für uns – insbesondere auch für mich – sind die Fragen der Zone nicht in erster Linie politische Fragen, geschweige denn nationalpolitische Fragen; für mich sind das in erster Linie menschliche Fragen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wenn Sowjetrußland das bedenken würde, und wenn es dafür sorgen würde, daß die Deutschen in der Zone ein Leben führen können, wie sie es wollen – Sowjetrußland erkennt doch das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker an –, dann wäre die politische Seite der Angelegenheit in hohem Maße entschärft. (Beifall.) Nun ein Wort zu Berlin: Die drei westlichen Alliierten haben ein Recht darauf, in Berlin zu sein, und sie haben Verpflichtungen gegenüber Berlin. Aber mit uns steht es so: Wir wollen Berlin retten, und wenn die Freiheit Berlins bedroht ist, dann stellen wir unsere gesamte Macht zur Rettung dieser Freiheit zur Verfügung. (Starker Beifall.) Meine Damen und Herren! Europa: Sie wissen, daß Verhandlungen über den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schweben. Die Situation ist für Großbritannien – das erkenne ich, meine Freunde, absolut an – außerordentlich schwer, weil Großbritannien mit den Commonwealth-Staaten durch viele, viele Bande auch menschlicher Art und menschlichen Gepräges verbunden ist und wir auf der anderen Seite dieses ungeheure Commonwealth mit seinen großen Wirtschaftsgebieten innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wohl nicht verdauen können. Das ist die Schwierigkeit dieses Problems.

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich es begrüßen würde, wenn Großbritannien in die EWG einträte. Aber die Commonwealth-Frage muß im Einvernehmen aller Beteiligten geregelt werden; denn wir können auch nicht etwas tun, was das innerhalb der EWG bis jetzt Erreichte gefährdet, ohne daß Großbritannien überhaupt einen Gewinn davon haben würde.

Sie wissen, meine Freunde, daß heute de Gaulle und Macmillan zusammen sind, um diese Frage zu besprechen. Daher werden Sie auch verstehen, wenn ich es gerade in diesen Tagen der Besprechungen zwischen diesen beiden peinlich vermeide, irgendwie etwas so oder so zu sagen; damit würden wir nach meinem Empfinden und nach meiner persönlichen Kenntnis der Charaktere der beiden Herren, die heute miteinander sprechen, Gefahr laufen, mehr zu schaden als zu nützen.

Um so bedauerlicher finde ich es, daß von Männern, deren Name einen Klang hat – sowohl in den Vereinigten Staaten, dort noch mehr, aber auch in London –, jetzt gesagt wird, Deutschland und speziell Adenauer müßten wählen zwischen de Gaulle auf der einen Seite und Großbritannien und Kennedy auf der anderen Seite. Diese vorwiegend amerikanischen Zeitungen, die in diesen Tagen derartige Artikel in die Welt hinausjagen, schaden der europäischen Einigkeit



Frau Emmet, Vertreterin der Konservativen Partei Großbritanniens, spricht für die Gäste aus den befreundeten Parteien des Auslandes



Minister Dufhues begrüßt Frau Ehlers, dahinter der Geschäftsführer des gastgebenden Landesverbandes Westfalen, Herr Laipold



unendlich ! (Starker Beifall.) Herr Chruschtschow hat in diesen Tagen viel Ärger wegen der Erhöhung der Fleisch- und Fettpreise. Wenn er aber solche Artikel liest, dann glaube ich, daß sie ihm das Tragen des Ärgers über die Steigerungen der Preise außerordentlich erleichtern werden. (Heiterkeit.) Wer solche Artikel schreibt, meine Freunde, der nutzt Chruschtschow und niemandem sonst. (Starker Beifall.) Das muß ausgesprochen und es muß dafür gesorgt werden, daß diese sehr schwierigen Verhandlungen, die den Eintritt Großbritanniens und vier weiterer Staaten in die EWG zum Inhalt haben, klug, zurückhaltend geführt werden und daß möglichst nicht vor dem öffentlichen Forum verhandelt wird.

Dahinter steht die Frage der politischen Einigung Europas. Die Frage stellt sich von selbst, ob, wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft um so viele Mitglieder vergrößert sein wird, man nicht prüfen sollte, ob die europäische politische Gemeinschaft auf einen kleineren Kreis beschränkt werden könnte. Ich bedauere es unendlich, daß wir in dieser Frage der europäischen politischen Gemeinschaft noch nicht weitergekommen sind. Ich habe, weil diese Fragen jetzt so akut geworden sind, nachgelesen, was Robert Schuman, als er mir seinerzeit den Entwurf des Montanunion-Vertrages schickte, damals über die europäische Einigung geschrieben hat und was er mir insbesondere auch über die Frage Frankreich-Deutschland geschrieben hat.

Frankreich und Deutschland haben schwere Kriege miteinander geführt, aber wir sind Nachbarn. Es kann keine europäische Einheit, auch nicht eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geben, wenn Frankreich und Deutschland nicht Freunde bleiben. (Starker Beifall.) Glauben Sie mir, es handelt sich dabei nicht, wie jene Journalisten meinen, um eine Freundschaft zwischen de Gaulle und mir. Sicher: mein persönliches Verhältnis zu General de Gaulle ist ausgezeichnet. Aber was doch unendlich viel wichtiger ist, das ist die enge Verbundenheit zwischen dem französischen und deutschen Volk. (Starker Beifall.) Daß es uns gelungen ist, diesen alten Zwist aus der Welt zu schaffen und aus den beiden Nachbarvölkern wirkliche Freunde zu machen – das ist ein historisches Verdienst auch unserer Partei. (Starker Beifall.)

Ganz durch Zufall fiel dieser Tage – ich suchte bei mir zu Hause nach einem Brief – ein kleiner Karton in meine Hände, der mir, ich glaube, Anfang der 50er Jahre übergeben worden ist, und zwar – die Szene fiel mir dann wieder ein – von einem französischen Mädchen, das 20 oder 21 Jahre alt war. Ich war damals in Paris; das Mädchen kam zu mir ins Hotel und überbrachte mir das Kriegskreuz, das ihrem im Krieg gefallenen Vater verliehen worden war. Sie brachte mir das als Dank dafür, daß es gelungen sei, Freundschaft zwischen den früheren Feinden herzustellen. (Starker Beifall.)

Mehrere Redner, die uns begrüßt haben, haben von den Aufgaben, die vor uns stehen, gesprochen, von den Aufgaben von großer Bedeutung. Die Herren haben recht gehabt. Aber die historische Wahrheit

ist, daß die ganzen Entwicklungen, die in die Welt gekommen sind, zu unserem Nachteil anders verlaufen wären, wenn die CDU/CSU nicht jahrelang gegen den härtesten Kampf von sozialdemokratischer Seite daran festgehalten hätte, daß Deutschland zum Westen gehört. (Starker Beifall.)

Die Einführung der Wehrpflicht war nicht populär. Wir haben es gewagt, wir, und wir haben damit Erfolg gehabt, und so könnte ich Ihnen eine ganze Reihe von Erfolgen hier vortragen, die unsere Partei im Laufe dieser zwölf Jahre für Deutschland und für Europa, und für den Frieden und für die Freiheit in der Welt errungen hat.

Darum glaube ich: Wir sind die Partei der Zukunft. Wir werden wieder siegen, auch im Jahre 1965, wenn wir uns selbst treu bleiben, wenn wir an uns glauben; wenn wir daran glauben, daß wir so, wie in den Jahren der schwersten Not Deutschlands und Europas, an unserer Politik festhalten und dadurch den Frieden in der Welt, soweit man überhaupt davon sprechen kann, auch in Zukunft sichern werden. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Ich hoffe, daß Sie von diesem Parteitag in der festen Überzeugung scheiden, daß wir eine starke und eine große Partei sind. Wir müssen vor allem eine Partei sein und bleiben, die an sich selbst glaubt. Dann werden auch die anderen an uns glauben.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Präsident DUFHUES:

Herr Bundeskanzler! Namens des Bundesparteitages danke ich Ihnen für Ihre Worte, vor allem für die Worte des Selbstvertrauens und der Ermunterung, die Sie zuletzt an diesen Parteitag gerichtet haben. Ihre Rede war ein Beweis für Ihre Bereitschaft und Ihren Willen zur Verantwortung. Dafür danke ich Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Beratungen des Bundesparteitages werden am Montag um 9 Uhr in dieser Halle fortgesetzt. Ich lade Sie noch recht herzlich ein, heute nachmittag um 15.30 Uhr an der öffentlichen Kundgebung in der Großen Westfalenhalle teilzunehmen, mit der dieser Bundesparteitag an die weite Öffentlichkeit tritt.

Ich schließe damit die Beratungen der heutigen Sitzung.

Schluß der Sitzung 12.54 Uhr.

Dritter Tag: Montag, 4. Juni 1962

2. Plenarsitzung

Beginn: 9 Uhr

Präsident DICHTEL:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne hiermit die 2. Plenarsitzung und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. Auf der Tagesordnung des heutigen Vormittags steht erstens ein Vortrag von Professor Dr. Ludwig Erhard und zweitens von unserem Arbeitsminister Theodor Blank, beide zum Thema „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“. Ich heiße unsere beiden Redner herzlich willkommen und gestatte mir, damit in die Tagesordnung einzutreten, indem ich Sie, Herr Bundesminister, bitte, das Wort zu ergreifen. (Beifall.)

„Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“

Prof. Dr. Ludwig ERHARD, Bundesminister für Wirtschaft:

Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Niemand wird von mir erwarten, daß ich mich ein weiteres Mal bemühe, die Ordnungsfunktion und -elemente der Marktwirtschaft – der Sozialen Marktwirtschaft – darzulegen und auszudeuten. Dieser 11. Parteitag der CDU fällt in das Geschehen einer Zeit, die innen- und außenpolitisch von Spannungen geladen ist. Darum geht es hier weder um theoretische Abstraktionen, noch erscheint es notwendig, die Erfolge der von uns getragenen Wirtschaftspolitik unter Beweis zu stellen. Sie sind Wirklichkeit.

Es ist die Gegenwart, die unseren wachen Sinn und unseren starken Willen herausfordert, wenn wir die Fährnisse in allen unseren Lebensbereichen vom menschlichen Sein bis hin zum Schicksal unseres Volkes glücklich meistern und uns den allumfassenden politischen Aufgaben im nationalen und weltweiten Raum gewachsen zeigen wollen. Es geht also um viel mehr als um ein „System“ oder um eine „Teilordnung“ unseres Lebens, so sehr wir auch fernab eitler Selbstgefälligkeit bereit, ja sogar gehalten sind, unsere wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Gegenwart fruchtbar fortzuentwickeln. Wenn wir uns des Anfangs unserer politischen Arbeit bewußt werden und uns besinnen, woher wir kommen, dann können wir von der CDU, zusammen mit unserer Schwesternpartei, der CSU, die feste Zuversicht hegen, daß wir auch morgen selbst harte Prüfungen bestehen werden. Und wir sind es ja nachgerade gewohnt, daß uns auf unserem Wege geistlose Nörgelei begleitet, aber wo wäre das deutsche Volk geblieben, wenn wir in den letzten 15 Jahren den innen- und außenpolitischen Vorstellungen der Opposition gefolgt wären, von denen sie heute selbst

nichts mehr wissen will? (Beifall.) Die Vergeßlichkeit der sozialdemokratischen Führung ist ebenso bemerkenswert wie ihre Gelehrigkeit, fremdem Gedankengut nachträglich den eigenen Stempel aufdrücken zu wollen und sich als „bessere CDU“ oder als eine Art „CDU-Ersatz“ auszugeben. (Beifall.)

Wir sind nicht die Sklaven eines Systems, eines Dogmas oder gar einer Ideologie, wenn wir gewiß auch nicht bereit sind, bewährte Grundsätze über Bord zu werfen, die von letzten sittlichen und religiösen Werten beherrscht werden. Das sogenannte pragmatische Prinzip muß dort ein Ende finden, wo die Grundsatzlosigkeit zur Auflösung aller Bindungen und damit zum Chaos führt. (Beifall.)

Inmitten unseres Weltbildes steht der Mensch, dem Gottes Wille als Kompaß für das irdische Leben die Gnade des Gewissens hat zuteil werden lassen. Und darum möchte ich, ohne der Fragestellung nach der sozialen Bewährung der Wirtschaftspolitik ausweichen zu wollen, eine Umkehrung der Beweisführung vornehmen und die Frage stellen, ob und inwieweit die Menschen in der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft die Bewährungsprobe bestanden haben.

Das wäre ein unwürdiges Leben, anzunehmen, daß jeder tun und lassen dürfe, was ihm gerade behagt, und daß es das gute Recht des Individuums sei, innerhalb oder am Rande bestehender Gesetze und fühllos gegen seine Mitmenschen seichtestem Egoismus zu fröhnen – kurz und im besonderen gesagt, die Soziale Marktwirtschaft wäre nicht mehr und hätte nichts anderes zu besorgen, als fernab jeder menschlichen Verantwortung den mechanisch-gesetzmäßigen Ablauf des ökonomischen Geschehens zu regeln. Eine solche Ordnungsvorstellung müßte unsere Welt zu einem Automaten werden lassen, in dem sich die Bewegungsfreiheit nur innerhalb streng gesetzter Normen vollzieht.

Welches Armutszeugnis stellen wir uns selbst aus, wenn wir innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft Besinnung und Verantwortung als systemfremd außer Kraft setzen wollten. Wilhelm Röpke, dem gewiß niemand Verrat an der Marktwirtschaft vorwerfen möchte, hat es gesagt, daß die entscheidenden gesellschaftspolitischen Kriterien jenseits von Angebot und Nachfrage liegen. Die Marktwirtschaft besteht nicht in sich selbst, sie vollzieht sich nicht in einem isolierten Lebensraum, sondern macht nur einen Teil des Schicksals der Menschen und Völker aus. Die Soziale Marktwirtschaft will die Menschen nicht in die seelenlose Ode eines Termitenstaates pressen. Sie will das gesellschaftliche Zusammenleben nicht auf die Formel des Befehlens und Gehorchens reduzieren.

Das ist die menschlichste und zugleich beste Ordnung, in der dem einzelnen ein Höchstmaß an Freiheit, aber dazu dann auch an Verantwortung anheim gegeben ist. Freiheit in der sittlichen Bindung und in der Verantwortung vor Gott und den Menschen, das sind und bleiben die unantastbaren Grundlagen unserer Politik. (Beifall.) Mit denen, die einen sittlichen Appell an die menschliche Verantwortung und an die Bewährung in der Freiheit als gegen den Geist der Marktwirtschaft verstößend nicht gelten lassen wollen, habe ich jedenfalls nichts ge-

mein. Diesem grundsätzlichen Problem kommt weit über den ökonomischen Rahmen hinaus absolute Geltung zu.

Lernen wir aus der Geschichte! Nicht zuletzt kam in den letzten 50 Jahren soviel Unheil über die Welt, weil die Völker und Staatsmänner eine Synthese zwischen Freiheit und Verantwortung nicht zu finden vermochten, weil sich weder der Wille zur Freiheit und zur Abwehr jedweder Gewalt deutlich genug ausprägte, noch sich über partielle oder nationale Interessen hinaus eine höhere gemeinsame Verantwortung manifestierte. Nicht nur daß die Völker ihr Leben in nationaler Engstirnigkeit bewahren zu können glaubten, es war auch nichts von der Einsicht zu spüren, daß die einzelnen Seins-Bereiche der Menschen vom Erleben des Alltags in der Familie und im Beruf über gesellschaftliche Bindungen profaner Art bis zu den höchsten Werten der Gemeinschaft und der Religion sowie der schicksalhaften Verflechtung des volllichen Lebens mit politisch geschichtlichen Entwicklungen und Ereignissen ein untrennbares Ganzes bilden. Man glaubte noch wie zu Metternichs Zeiten, daß z. B. Wirtschaft nur „Wirtschaft“ und Politik eben „Politik“ sei, daß jeder Ausdruck des menschlichen Lebens sozusagen ressortmäßig manipuliert werden könne, und dabei noch eine ewig gültige Rangordnung vorgegeben wäre. So kam es über die Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, nationalistisch-egoistische Inzucht und die Auflösung aller Bande der Völkergemeinschaft fast zwangsläufig dahin, daß verbrecherische Elemente auf dem Hintergrund wirtschaftlicher und sozialer Krisen jenes schreckliche Inferno auslösen konnten, dessen lebendige Zeugen wir waren und dessen Trümmer wir vorfanden, als wir die politische Verantwortung in Deutschland übernahmen.

So viel Unheil mußte die Geister anrühren und die Völker für neuzeitliche Ideen der Zusammenarbeit und der Versöhnung aufgeschlossen machen. Erkennen wir es immer wieder dankbar an, daß jenes Europa, das mehr und mehr solchen Geist atmet, nicht zuletzt der Initiative der Vereinigten Staaten zu verdanken ist. Und wir haben uns heute die Frage vorzulegen, was uns zu tun aufgegeben bleibt, damit sich gefährliche Entwicklungen wie die der Dreißiger Jahre, von innenpolitischen Fehlleistungen ausgehend, sich in der Demontage der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit fortsetzend und am Ende in einer fast fatalistischen Einstellung gegenüber Drohung und Gewalt gipfelnd, nicht noch einmal wiederholen können. Anders ausgedrückt heißt das: Wie können wir unsere innere und äußere Ordnung so festigen, daß sie den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird?

Zwar sieht uns das Jahr 1962 formal noch immer in einer Welt der Nationalstaaten, aber eine isolierte nationalstaatliche Politik als solche kann kaum mehr als eine Erinnerung an gestern, als eine geschichtliche Reminiszenz bedeuten. Das Bewußtsein eines unteilbaren und gemeinsamen Schicksals aller freien Völker lebt als eine ständige Mahnung in uns. Die Denkmodelle der Vergangenheit sind für alle Nationen unbrauchbar geworden. Das Schicksal der Bevölkerung von Hamburg oder von München wird am Ende ein gleiches sein wie das der Men-

schen in Paris oder Rom, und ihr Ergehen wird sich wiederum nicht unterscheiden von dem der Bewohner New Yorks oder Londons. Gemessen an den letzten Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten dieser Welt zwingen uns Sorge und Zuversicht gleichermaßen zusammen. Die Erkenntnisse der Naturwissenschaft sowie die stürmische Entwicklung der Technik, der Wirtschaft, des Verkehrs und der Waffen haben die Bedingungen unseres Daseins so grundsätzlich verändert, daß gerade die praktische Politik diesem dynamischen Prozeß Rechnung tragen muß. Nicht nur wir Deutschen spüren es angesichts unserer nationalen Not, daß in der angestoßenen weltweiten Auseinandersetzung auf allen Ebenen des Lebens der isolierte Nationalstaat zur Unfruchtbarkeit, wenn nicht gar zum Untergang verurteilt ist. Das aber wiederum heißt, daß wir nicht nur aus der Interessenlage des Augenblicks und auch nicht um materieller Vorteile willen politische Entscheidungen zu treffen haben, sondern in unlösbarer Bindung an höchste gemeinsame Werte und um ihrer Verteidigung willen einen klaren Standort beziehen müssen. (Beifall.)

Bittere Erfahrung sollte uns gelehrt haben, daß diese allumfassende Verpflichtung eine Aufspaltung nach politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen nicht mehr zuläßt und daß unser Handeln und Unterlassen nicht an bloßer Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit aus nationaler Schau heraus orientiert sein darf. Das westliche Bündnis schließt die Notwendigkeit ein, es immer mehr und mehr und immer dichter zu einer umfassenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gemeinschaft auszubauen und es damit zum stärksten Hort der Freiheit in dieser Welt werden zu lassen. Unsere Freunde haben ein Recht darauf, in unmißverständlicher Weise zu wissen, wo wir stehen. Ihre Bereitschaft, auch für die Belange des deutschen Volkes, sein Selbstbestimmungsrecht und für die Freiheit Berlins einzutreten, erfordert in unserer Haltung und Gesinnung, aber auch im Politischen überzeugenden Ausdruck und eine von jedem Zwielicht freie, klare und unmißverständliche Antwort.

Wie im Zusammenleben der Menschen die Grundlage des Verstehens das gegenseitige Vertrauen ist, so dürfen auch Bündnisse der Völker nicht von Mißtrauen oder Zweifel überschattet sein. Ein politisches Klima solcher Art könnte die Position keines Partners stärken, wohl aber müßte es zuletzt die Einheit gefährden und die gemeinsame Kraft schwächen.

Lassen Sie mich nun im besonderen von der europäischen Politik sprechen! Es ist uns gelungen, die integrierende Wirkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dem Reifeprozess einer immer besseren politischen Verständigung nutzbar zu machen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich zu einer starken Kraft entwickelt. Ihr die in den Römischen Verträgen vorgesehene Fortentwicklung zu ermöglichen und ihre Ausweitung auf alle Staaten des freien Europa zu verwirklichen, die willens und in der Lage sind, ihre Ziele anzuerkennen, ist eine der großen Aufgaben, die unmittelbar vor uns liegen. Auch wollen wir den unserer geistigen Welt zugehörigen Neutralen mit Aufgeschlossenheit begegnen, um Schaden von ihnen abzuwenden.

Der ungetrübte Fortbestand freundschaftlich vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Frankreich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bleibt nicht nur im Interesse dieser beiden Länder ein entscheidendes Element der europäischen Politik überhaupt. Wir bekennen uns zu dieser Freundschaft ausdrücklich und aus ehrlichem Herzen. (Beifall.)

Die europäische Einigung aber muß im Interesse der Freiheit und der Selbstbehauptung des Kontinents vollendet werden. England gehört zu Europa! Jede andere Vorstellung ist und bleibt gespenstische Unwirklichkeit und bedeutet einen gefährlichen Rückfall in die politischen Denkkategorien des vergangenen Jahrhunderts. (Beifall.)

Aber auch jenen anderen Staaten, die auf dem Wege zu uns sind, sollten wir verständnisvoll entgegenkommen, um mit ihnen unsere Gemeinschaft noch kraftvoller zu gestalten. Die räumliche Weitung der EWG wird ihre innere Geschlossenheit nicht beeinträchtigen. Ich vertrete den Standpunkt, daß manche Spannungen und Störungen im engeren Raum einen besseren Interessenausgleich im weiteren Rahmen finden und damit indirekt, aber organisch zu einer Stärkung der politischen Kraft dieser Gemeinschaft führen werden. Selbst Herr Chruschtschow hat das inzwischen erkannt.

So geschlossen und stark aber auch dieses freie Europa sein mag, seine weltweite historische Aufgabe wird es doch nur in einem engen Zusammenhalt mit den Vereinigten Staaten von Amerika erfüllen können. Die Welt soll wissen, daß wir Deutsche zu diesem Bündnis stehen und daß wir den uns daraus erwachsenden Verpflichtungen getreulich nachkommen werden. Wieviel Europa Amerika zu verdanken hat, habe ich bereits anklingen lassen; aber es ist nicht nur das Gefühl der Dankbarkeit, und es ist auch nicht bloß politische Taktik, sondern gleichermaßen gebieten uns Vernunft und Einsicht, das Bündnis mit den Vereinigten Staaten durch unseren eigenen Beitrag unzerstörbar und unlösbar werden zu lassen. (Beifall.)

Die Weltlage erfordert auch aus spezifisch deutscher Sicht einen immer festeren Zusammenhalt der freien Welt. Eine solche Stärkung aber erreichen wir gewiß nicht durch Zweier- oder Dreierlösungen. Der Bilateralismus hat sich nicht nur in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker als schädlich und unbrauchbar erwiesen; darum kann und darf diese Idee auch nicht länger Modell für das politische Zusammengehen der Völker sein. Kein derartiger Versuch bedeutet eine brauchbare Antwort auf die zur Entscheidung stehenden Fragen unserer Zeit.

Halten wir uns an Stelle einer dem einen oder dem anderen lieb gewordenen Romantik lieber an die Wirklichkeit. Diese verlangt, daß die Interessen in möglichst großer Übereinstimmung bleiben. Das aber heißt, daß wir fachlich und sachlich regionale Differenzierungen oder gar Teilungen im Rahmen des größeren Bündnisses überwinden bzw. meiden müssen. Die Initiative des amerikanischen Präsidenten, die wirtschaftlichen Verbindungen der Vereinigten Staaten zu der übrigen freien Welt – und dabei insbesondere im atlantischen Raum – wesentlich zu intensivieren, wird – dessen bin ich gewiß – nicht zuletzt auch

dem Bewußtsein der politischen Zusammengehörigkeit dienen. Das Verlangen der Menschen nach Frieden, Freiheit und Sicherheit findet keine letzte Antwort in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch in einer europäischen Einigung überhaupt, sondern verlangt nach einer Verklammerung der atlantischen Welt, die unserer Generation und denen, die nach uns kommen, Schutz und Sicherheit bietet.

Damit ist aber wieder eine grundsätzliche Frage angerührt. Führt die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sozusagen „automatisch“ zu einer engeren politischen Übereinstimmung oder Einheit? Diese Frage ist gewiß nicht ketzerisch gemeint, denn jedwede Integration – auf welchem Felde auch immer – verstärkt das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals in allen Lebensbereichen. Auf Deutschland bezogen ist die Problemstellung wegen der Ausdeutung auf den europäischen Raum nicht uninteressant, ob etwa der Deutsche Zollverein, d. h. also eine wirtschaftliche Integration, zu der politischen Formierung unseres Landes geführt hat oder ob nicht umgekehrt das politische Bewußtsein um die Zusammengehörigkeit zerrissener deutscher Länder und Stämme den Deutschen Zollverein erzwang. Ich neige jener letzteren Auffassung zu und ziehe daraus die Konsequenz, daß auch aus der EWG nicht „automatisch“ eine neue, festgefügte politische Gestalt Europas erwachsen muß, wenn sie nicht von einer europäischen Idee, einem neuen europäischen Leitbild und vor allem von einem starken politischen Willen getragen wird. (Beifall.) Nicht daß in dieser Richtung keine hoffnungsvollen Ansätze vorhanden wären, daß es an einem europäischen Idealismus gebräche, daß es der Sehnsucht nach einer europäischen politischen Einheit ermangelte; aber bleiben wir nüchtern und vertrauen wir nicht darauf, daß uns Konstruktionen und Institutionen allein das ersehnte Ziel erreichen lassen.

Ziehen wir die Nutzenanwendung: Unser gemeinsames politisches Schicksal entscheidet im letzten nicht nur über Frieden und Freiheit, sondern vordem über unser wirtschaftliches und soziales Sein. Aber dieses letztere ist wiederum nicht nur die abhängige Komponente, sondern es erwächst umgekehrt aus einer gedeihlichen und befriedeten Ordnung die Kraft und die alle freien Völker versöhnende Bereitschaft, um solcher Werte willen entschlossen und geschlossen den vollen politischen Einsatz zu wagen. Gewiß ist die soziale Sicherheit ein unverlierbarer Bestandteil der inneren Kraft zur Gewährleistung eines freiheitlichen demokratischen Lebens; aber gerade diese Erkenntnis muß uns daran hindern, im nationalen Bereich über die Maße und Grenzen, die sich alle Partner gesetzt haben, hinwegspringen zu wollen. In meiner Rede vom 21. März sagte ich aus wohlwolgenden Gründen:

„Der Konkurrent auf dem Weltmarkt mag sich vielleicht freuen, wenn sich der deutsche Mitanbieter aus eigener Schuld selbst schwächt; aber das wäre nur die primitive Seite dieser Reflektion. Ich hege nicht ohne Grund die tiefe Besorgnis, daß man in der freien Welt am Ende gar befürchten könnte, ein Volk, das aus tiefer Tragik heraus so Großes vollbracht hat, könnte in erneuter Maßlosigkeit seiner Wünsche und Vorstellungen noch einmal zum Störenfried werden. Welchen Schutz, so



Am Präsidium (von links nach rechts):
Dr. Bert Even, Frau Dr. Rehling, Minister Dufhues, Präsident Dichtel, Frau Fera, Herr Krüger (ganz rechts)
Am Vorstandstisch: Ministerpräsident von Hassel, Dr. Adenauer
Es spricht Prof. Erhard

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier, Bundesminister f. Atomenergie Prof. Dr. Balke (CSU) u. Dr. Barzel, MdB





Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Werner Schwarz im Gespräch mit Ministerpräsident von Hassel und Bundesminister a. D. Hellwege

Dr. Adenauer beglückwünscht Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske zum Geburtstag, vor ihm Ministerpräsident von Hassel



könnte man allenthalben im Ausland fragen, haben wir gegenüber gefährlichen Reaktionen des deutschen Volkes nach außen, wenn dieses selbst, die eigene, innere Leistung mißachtend, sich auf den Weg des wirtschaftlichen und sozialen Abenteuers zu begeben bereit ist?"

Diese Sorgen gelten der inneren Ordnung in außenpolitischer Sicht. So wie wir uns in den rückliegenden Jahren dessen bewußt waren und auch entsprechend gehandelt haben, daß über das nationale Interesse hinaus wir auch Verantwortung für das Gefüge der freien Welt tragen, so sollten wir heute erkennen, daß der bedenkenlose Egoismus mancher Gruppeninteressen sehr wohl dahin wirken könnte, die in der freien Welt mühsam zurückgewonnenen Handels- und Zahlungsbilanz-Gleichgewichte nochmals zu gefährden. Von deutscher Seite aus können wir zur Ordnung und zum Ausgleich des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs nichts Besseres beitragen, als uns in den Maßen und Grenzen zu bewegen, die heute fast zu einer wohlherwogenen, selbstverständlichen Verpflichtung der modernen Industriestaaten geworden sind. Leider kann das noch nicht besagen, daß die intervalutare Ordnung frei konvertierbarer Währungen befriedigend funktionieren würde. Ungeachtet des Fortschritts im System dauern die Wettbewerbsverzerrungen vor allem durch nationale Einwirkungen auf die Belastungen im grenzüberschreitenden Verkehr fort und stören die echte Verwirklichung eines „gemeinsamen“ Marktes.

Die Bundesrepublik hat es bezeugt, daß sie um Europas willen manches Opfer zu bringen bereit ist; aber diese Entsaugung hat auch Grenzen, die dort liegen, wo die Lebenshaltung des deutschen Volkes ernstlich Schaden leiden oder aber unsere bäuerliche Bevölkerung in Existenznot geraten müßte. Wir wissen alle darum, daß die Agrarpolitik in aller Welt nicht streng liberalen Prinzipien huldigt; aber wir wollen es deutlich aussprechen, daß kein Agrarisolationismus der Sechs uns von unseren traditionellen Märkten trennen darf. Das Europa, das wir meinen, ist kein „Geschäft“. Es findet seinen Sinn nicht im Geben und Nehmen, d. h. im Aushandeln von materiellen Vorteilen und Nachteilen; nein, das wirkliche Europa muß seinen tiefen Gehalt in der organischen Zuordnung aller Lebensbereiche der Völker finden. Es ist auf diesem Wege ohnehin nicht leicht, die Grenzen zwischen nationalem Eigennutz und übernationaler gemeinsamer Verantwortung richtig abzustecken. Derzeit bewegen wir uns sozusagen zwischen den Fronten und zwischen den Zeiten, was besagen soll, daß unsere Zusammenarbeit noch nicht ausgereift genug ist, um damit allein unsere Gegenwart bewältigen zu können, die schon die Konturen von morgen erkennen läßt.

Mit meiner schon zitierten Rede habe ich nicht Gruppen und Organisationen, sondern vor allem den einzelnen Menschen ansprechen wollen. Von denen wurde ich auch gehört und verstanden; aber das war es ja gerade, was die Opposition zum Widerstand und Widerspruch reizte. Die Macht des Kollektivs über die menschlichen Seelen soll nicht geschwächt werden. Diese Haltung ist nicht etwa wegen des besonderen Anlasses interessant; sie gewinnt vielmehr Bedeutung unter

einem demokratischen Aspekt und zwingt fast zu der Fragestellung, ob der Bürger etwa nur vor Wahlen der Ehre einer direkten Ansprache seitens verantwortlicher Politiker teilhaftig werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Ich gehöre nicht zu denen, die mit schönen Reden und leeren Versprechungen um die Gunst des Volkes buhlen und ihm deshalb nicht auch einmal eine bittere Wahrheit zu sagen bereit sind. So habe ich denn auch von dem Gesagten nichts zurückzunehmen. Ja, von Monat zu Monat zeigt sich immer deutlicher, wie richtig meine Prognose war und wie berechtigt mein Anliegen ist. Mit Fatalismus oder Pessimismus hat das nichts zu tun. In diesen Fragen aber ist meine unmittelbare Verantwortung angesprochen, und dazu glaube ich, daß es weiser ist, einer bedenkliehen Entwicklung rechtzeitig zu begegnen, als die Dinge – oder besser gesagt, die Menschen – treiben zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Man lese nur die Berichte der Deutschen Bundesbank, die in der Amtssprache inhaltlich genau das gleiche wiedergeben, was zu sagen notwendig ist. Die SPD, die bisher zu jeder Zeit den Teufel an die Wand gemalt und periodisch immer wieder kommendes Unheil vorausgesagt hat, findet – mit der Ausnahme natürlich, daß die Regierung, wie immer, versagt habe – mit einem Male, daß unsere wirtschaftliche Lage und Entwicklung durchaus gesund seien und darum überhaupt kein Anlaß bestünde, Mahnungen und Besorgnisse auszusprechen. All das sei vielmehr nur geeignet, diese gute Konjunktur unheilvoll zu beeinflussen. Diese Taktik wäre unverständlich, wenn hinter ihr nicht Methode steckte. (Sehr richtig! – Sehr wahr!) Die Opposition will die aktivistische Lohnpolitik nicht gezügelt wissen, und vor allem soll sich nicht auch noch die öffentliche Meinung mit dieser Frage befassen. Die Bevölkerung soll wegen der steigenden Preise nur auf die Regierung schimpfen dürfen, die es – wohlgemerkt trotz der guten Konjunktur – an jeder konjunkturpolitischen Voraussicht habe fehlen lassen. (Sehr gut!)

Im besonderen wäre hier anzumerken, daß in bezug auf die Aufwertung – ganz gewiß ein konjunkturpolitisches Mittel – eine moderne Form von „Dolchstoßlegende“ im Entstehen begriffen ist, die besagt, daß an der allenthalben spürbaren Abschwächung unserer Wettbewerbsfähigkeit – auf einmal also doch! – eben jene Aufwertung schuld trage. Diese Aussage bedeutet in Wahrheit kaum mehr als ein dürftiges Feigenblatt, das das Versagen der Sozialpartner nicht verdecken kann die sich trotz ständiger Hinweise so benahmen, als hätten wir nicht auf-, sondern abgewertet. (Beifall.) Das heißt, man hat sehenden Auges und doch blind gegenüber den unausweichlichen Folgen die Kostenerhöhungen auf allen Ebenen munter vorangetrieben.

Es ist überhaupt psychologisch interessant und verdient auch politisch registriert zu werden, daß sich die Tarifpartner, deren autonome Entscheidungen doch wahrlich von großem Einfluß auf die Entwicklung sind, bei sichtbar werdenden Fehlleistungen zuerst einmal die Hände in

Unschuld zu waschen suchen und dann – so oder so – schließlich doch die Ursache des Übels bei der Regierung oder den politischen Parteien finden. Der Wirtschaftsexperte der SPD streichelt sogar beide Partner; denn abgesehen von den „Konzernherren“ und „Großkapitalisten“, die ihre Macht mißbrauchen, seien weder die Unternehmer noch die Arbeitnehmer für Preiserhöhungen verantwortlich zu machen; Schuld trägt eben immer wieder die Bundesregierung allein. Ja, wenn Sie es noch nicht wissen sollten: Der Bundesvorstand der SPD hat beschlossen, daß die starken Kurseinbrüche vom Dienstag letzter Woche an allen internationalen Börsen auf meine „völlig unbegründeten“ Alarmreden zurückzuführen seien. (Heiterkeit.) Was sind diese „Kapitalisten“ an den Börsen doch für merkwürdige Leute, und welche geheimnisvolle Absprache mag da wohl vorgelegen haben, daß zehn Wochen nach der besagten Rede alle Börsen der Welt gleichzeitig und in gleicher Weise reagierten. Jetzt fehlt nur noch die Feststellung, daß die „Aufklärung“ dieses Falles durch den Parteivorstand der SPD alle Börsen sofort wieder beruhigt hätte. (Heiterkeit.) Man ist geneigt, hier an die lustigen Streiche von Max und Moritz zu denken, denn erster sind solche Witze wirklich nicht zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Aber lassen Sie uns wieder zu sachlicher Betrachtung zurückkehren: Ich bin keineswegs der Auffassung, daß nicht auch Regierung und Bundestag – aber das gleiche gilt analog für die Länder und Kommunen – durch die starke Aufblähung der Haushalte wie auch durch die spezifische Verwendung der Mittel nach der produktiven oder konsumptiven Seite hin der latenten Preissteigerung nach Auftrieb gegeben haben. Auch wir Abgeordnete von der CDU/CSU haben da und dort wohl gefehlt. Wir sind keine Pharisäer, die immer nur der Opposition mit ständig ausgestrecktem Finger alle Schuld anlasten wollen. Aber wie sähe wohl der Bundeshaushalt aus, wenn unsere Fraktion in den rückliegenden Jahren allen Anträgen der Opposition nach Mehrausgaben gefolgt wäre, und wie wäre es dann um unsere Währungsstabilität bestellt! (Lebhafter Beifall.)

Ich hoffe, wir stimmen darin überein, daß angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage eine allgemeine Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer überhaupt nicht in Frage kommen kann, – ja, daß diese das sicherste Mittel wäre, um das Steueraufkommen von morgen zu mindern. (Sehr gut! – Beifall.) Es würde indessen den Rahmen dieses Parteitagess sprengen, wenn ich mich in einem volkswirtschaftlichen Fachreferat erschöpfte oder Sie gar mit Zahlen überfüttern wollte. Ich kann für mich gewiß in Anspruch nehmen, daß ich nunmehr über 14 Jahre hinweg die wirtschaftlichen Entwicklungen richtiger beurteilt habe als meine Widersacher. (Bravo! – Starker Beifall.) Aus den Drucksachen des Bundestages allein könnte man Bände füllen, die dafür zeugen.

Ich wiederhole es darum noch einmal, was ich immer wieder gesagt habe: Mich bewegt nicht die Sorge um die Konjunktur als solche; – ja, man kann es nachlesen, daß ich zum Jahreswechsel für das Jahr 1962 die Erhaltung der Vollbeschäftigung und einen weiteren Anstieg

des Sozialprodukts vorausgesagt habe. Aber es ist fast unmöglich, dabei zu verkennen, daß sich der weitere Ablauf der Hochkonjunktur unter entscheidend veränderten Daten und auch in einem anderen wirtschaftlichen Klima vollzieht. Diese Wandlung kann auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auf das Konjunkturbild und das Wirtschaftsgeschehen bleiben, wenn wir nicht alle bereit sind, in innerer Wahrhaftigkeit Bilanz zu ziehen, die neuen Fakten zu erkennen und danach zu handeln. Man muß wirklich kein zünftiger Nationalökonom sein, um die Unhaltbarkeit mancher Entwicklungen zu begreifen.

Man wiederhole auch nicht das fade Geschwätz, daß ich gewerkschaftsfeindlich eingestellt sei, wenn ich um des Ganzen willen in mancher Sache auch diese ansprechen muß. Handele ich denn gegenüber Unternehmerorganisationen anders? – Ich kenne nicht nur schwarz oder weiß, gut oder böse, so wie die Opposition die Welt sieht. Aber hier in Dortmund muß es klar ausgesprochen werden, daß es eine nun schon geschichtliche Tatsache, aber auch die Wirklichkeit von heute ist, daß es unsere Politik – unsere Politik! – war, die den Arbeitnehmern zu Wohlfahrt und sozialer Sicherheit verholfen hat, (starker Beifall.) und zwar – in den entscheidenden Phasen – gegen den Widerstand der Opposition, die – was ich verstehen kann – daran nicht mehr erinnert werden möchte.

Umgekehrt möchte ich das alles gewahrt wissen. Ich kann mein Verhalten darum auch nicht von der Gunst oder Ungunst der Meinungen bzw. von der Gnade oder Ungnade von Organisationen abhängig sein lassen. (Lebhafter Beifall.) Zum Wesen einer harmonisch befriedeten Gesellschaft gehört auch, daß sich die Menschen aus den verschiedensten Lagern verständnisbereit zeigen und einander unvoreingenommen anhören, Meinungen gegeneinander abwägen und in dem, der einen anderen Standpunkt vertritt, nicht den unversöhnlichen Feind erblicken, der verdächtigt und beschimpft werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Die wenigen statistischen Zahlen, die ich jetzt anführe, sind weder von mir erfunden noch erstellt. Denken Sie also mit mir nach!

Ich habe schon betont, daß wir uns nicht einfallen lassen sollten, die Maße zu sprengen, die in der wirtschaftlichen Welt der Realitäten Barrieren setzen. Wir würden dadurch unsere Ordnung gefährden. So schlecht und unsozial kann ja wohl die deutsche Wirtschaftspolitik nicht gewesen sein, wenn sie es aus einem rauchenden Trümmerhaufen und allem übrigen Unheil neben der fast unvorstellbaren materiellen Wiederaufbauleistung, den erdrückenden Lasten aus Krieg und Kriegsfolgen sowie den Verteidigungsaufwendungen dennoch zuwege brachte, daß heute – im Jahre 1962 – der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern über die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub, den höchsten Lohn sowie über das fortschrittlichste soziale System der Welt verfügt. Im Grunde genommen müßte selbst der politische Gegner vor Scham erröten, wenn er das alles nicht gelten lassen will. Niemanden kann dieser

Erfolg mit mehr Freude und Stolz erfüllen als mich, aber das eben gibt mir auch das Recht der freien Rede gegen jedermann. Wenn wir uns im Jahre 1959 bezüglich der Lohnhöhe in die absolute europäische Spitzengruppe eingereiht haben, verdient es im Hinblick auf die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit verzeichnet zu werden, daß in den darauffolgenden zwei Jahren die Löhne und Gehälter je geleisteter Arbeitsstunde in Deutschland um 23 %, in Frankreich um 14 %, in Großbritannien um 9 %, in Belgien um 7 % und in den USA nur um 6 % anstiegen. Die Lohnkosten je Produktionseinheit stiegen während des gleichen Zeitraumes in Deutschland um 8 %, in Frankreich und Großbritannien um 4 %, in Belgien ergab sich mit plus minus null ein Ausgleich, die Vereinigten Staaten gar können mit minus 3 % einen beachtlichen Erfolg verbuchen. Das Jahr 1962 wird mit fast absoluter Sicherheit die wettbewerbschmälernde Diskrepanz noch weiter aufreißen, denn bei unseren Partnern richtet man sich auf eine Lohn-erhöhung von rund 3 % ein.

Was das deutsche Volk im Wiederaufbau geleistet hat, mag als ein Wunder anmuten, aber jetzt versuchen wir gar noch zu zaubern. Hatte sich schon im Jahre 1961 die negative Produktivitätsscheere mit einer Erhöhung des Arbeitseinkommens aus Lohn und Gehalt von rund 10 % je Beschäftigten und nur noch einem Produktivitätszuwachs von rund 4 % weit geöffnet, so ist für das laufende Jahr noch ein ungünstigeres Ergebnis zu erwarten. Der oft gehörte Hinweis, daß die Arbeitskosten zwar unterschiedlich, aber im ganzen doch immer nur einen Teil der Herstellungskosten ausmachen, ist nicht mehr als eine Milchmädchenrechnung, denn es gibt keinen Wirtschaftszweig, bei dem in den Roh- und Hilfsstoffen, in den Dienstleistungen Dritter, in den Investitionsgütern und über diese wieder zurück bis zu den Grundstoffen nicht die gleiche Lohnkostenbelastung wirksam wäre.

Eine von der Deutschen Bundesbank ausgewiesene Statistik beleuchtet schlagartig, wie unverkennbar und wie rasch sich unsere internationale Wettbewerbsposition gerade auch im EWG-Raum verschlechtert. Wenn wir die Arbeitskosten pro Stunde in der verarbeitenden Industrie Deutschlands von 1959–1961 jeweils gleich 100 setzen, dann ist diese Belastung in Belgien vergleichsweise von 98 auf 83 %, in Frankreich von 93 auf 84 %, in Italien von 78 auf 70 % und in den Niederlanden von 73 auf 71 % abgesunken. Aus der Statistik geht zugleich hervor, daß wir im Kreis der EWG-Länder bereits 1959 an der Spitze lagen. Für 1961 stellt sich die Relation also wie folgt:

Deutschland = 100, Frankreich = 84, Belgien = 83, Italien = 70, Niederlande = 71.

Es kommt in bezug auf unsere Wettbewerbskraft nicht nur auf die absolute Lohnhöhe an, die wir für angemessen halten würden, sondern auf die internationale Lohnkostenrelation. Für ein Land wie die Bundesrepublik, die die zweite Position im Welthandel inne hat, kommt dieser Frage geradezu schicksalshafte Bedeutung zu. Ich würde den Pflichten meines Ministeramtes zuwiderhandeln, wenn ich in der Vorausschau auf das Jahr 1962 die Besorgnisse, die ich hege, nicht

auch aussprechen würde. Die Opposition möchte die Wahrheit verschweigen. Das deutsche Volk aber ist – durch Erfahrungen gereift – für ein offenes Wort aufgeschlossen. Die Menschen wollen wissen, was für jeden einzelnen auf dem Spiele steht.

Hinzu kommt, daß wir in bezug auf die Erwerbsbevölkerung eine ungünstige Entwicklung zu erwarten haben. Der Stagnation in der Bundesrepublik stehen bis zum Jahre 1970 Zunahmen gegenüber in Italien von 5,3%, in Frankreich von 6,6% und (man höre!) von 18,6% in den Niederlanden.

Das Beweismaterial für meine These ist eindeutig. Auch Bundesbank und Statistisches Bundesamt stellen fest, daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts nur noch sehr bescheiden sind und daß auch der Auftragsingang eine sehr labile Größe bleibt. Demgegenüber wird der ausländische Wettbewerb auf dem deutschen Markt immer stärker, während die Behauptung der deutschen Position auf den Weltmärkten schwieriger wird. Die Einfuhr an Fertigwaren gewerblicher Art erhöhte sich in den ersten 4 Monaten 1962 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1961 um 20%, bei Endverbrauchsgütern sogar um 28,5%. Der Überschuß unserer Handelsbilanz weist für das erste Drittel dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr eine Minderung um 1,1 Milliarden DM aus.

Vielleicht werden Sie mich jetzt fragen wollen, ob das denn der rechte Stil einer Parteitage-Rede wäre. Anstatt mit den stolzen Erfolgen, die wir gewiß zu verzeichnen haben, zu prunken, sage ich Dinge, die man im allgemeinen nicht gern hört. Das aber eben charakterisiert die in erster Linie verantwortliche Regierungspartei – unsere CDU/CSU –, daß sie vor dem deutschen Volk, statt ihm Sand in die Augen zu streuen, redlich bleibt. Nach allem, was ich soeben beweisbar und nachprüfbar ausführte, stellt eine Partei wie die SPD einfach ihre Glaubwürdigkeit in Frage, ja, sie läßt Schuld auf sich, wenn sie, nur um ihre sozialistische Kampfgruppe in den Gewerkschaften nicht zu vergrämen, das ganze deutsche Volk gegenüber drohender Gefahr narkotisieren möchte. Nach allem, was da vor der ganzen deutschen und internationalen Öffentlichkeit unmißverständlich zutage liegt, hält es der Parteivorstand der SPD für richtig – gewiß nicht mir zum Lobe –, aus rein parteipolitischen Opportunismus heraus zu behaupten, daß meine Sorgen „völlig unbegründet“ wären. Das heiße ich nicht mehr Politik, – es sei denn, Vogel-Strauß-Politik.

Aus Presseinterviews wurde es ja deutlich erkennbar, von welchen taktischen Überlegungen sich ein Teil der Gewerkschaftsführung in der Lohnpolitik leiten läßt. In schöner Offenheit wurde erklärt, daß gerade die Hochkonjunktur mit der Verknappung der Arbeitskraft die Möglichkeit eröffnet, endlich die unternehmerischen Gewinne zu beschneiden, um solcherart eine Andersverteilung des Volkseinkommens und indirekt auch des Volksvermögens zu erzwingen, zumal der zunehmende Wettbewerb ein Ausweichen in steigende Preise versperre. Der intellektuelle Ansatz dieser Rechnung ist richtig, aber es fragt sich nur, ob die Rechnung, was die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen

anbelangt, auch aufgeht. Nehmen wir wieder die Statistik zur Hand! Nach ihr sind die Nettolöhne und -gehälter aus unselbständiger Arbeit jeweils im Verhältnis zum Vorjahr in 1959/60 um 11 %, in 1960/61 um 12 % gestiegen. Die Nettoeinkommen der Unternehmer sind von einer Zuwachsrate von 13,1 % auf ein Plus von 0,8 % abgesunken. Natürlich besagen die Relationen nicht alles, und sie lassen vor allem auch nicht die absolute Höhe der angezogenen Einkommenskategorien erkennen. Auch möchte ich der letzte sein, der die Selbstfinanzierung als vorrangiges Prinzip der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung heilig sprechen will. Aber, was unter Berücksichtigung aller Umstände nach der Währungsreform eine zwingende Notwendigkeit war, was allein den Wiederaufbau ermöglichte und die Not der Menschen bannte, darf dann auch nicht als eine moralische Sünde gebrandmarkt werden. Der Unternehmer, der gewiß zum eigenen Vorteil, aber auch im Interesse des Ganzen so handelte, weil überhaupt kein anderer Ausweg möglich war, hat ein Recht darauf, nun nicht etwa gar als Schädling des Volkes gebrandmarkt zu werden.

Zu sagen, daß diese Methode der Selbstfinanzierung nach objektiven Maßstäben zu leichter und auch „ungerechter“ Vermögensbildung verhalf. Aber sicher sind wir alle einer Meinung, daß eine nachträgliche Umverteilung der bestehenden Vermögen im Sinne einer „Wiedergutmachung“ untauglich ist. Dieses Problem ist zweifellos erregend, und es ist darum wegen seines sittlichen Gehalts nur zu verständlich, daß sich auch die Kirchen mit wertvollen Beiträgen in die Diskussion eingeschaltet haben. Das Thema ist von so grundsätzlicher Bedeutung, daß es in einer Parteitagssrede mindestens zu diesem Zeitpunkt noch nicht erschöpfend abgehandelt werden kann; aber wir stellen uns dieser sozialen Aufgabe ersten Ranges. Die Grundfrage lautet: Wie soll das Problem einer breiten Eigentumsstreuung und einer echten individuellen Mitbeteiligung aller Schichten an dem volkswirtschaftlichen Produktivkapital gelöst werden? Würde die These, daß der „Leistungs“-Lohn kein volles Äquivalent des Beitrags der Arbeitnehmer zum Sozialprodukt ist nicht der Marx'schen Mehrwert-Theorie Vorschub leisten? Aber sowenig dies allein ein Grund für die Ablehnung einer noch anderen Lohnkategorie – etwa des Investivlohnes – sein dürfte, erhebt sich doch gleichzeitig die Frage, welche Wertmaßstäbe dafür brauchbar sein könnten. Volkswirtschaftlich gilt der Satz absolut, daß sich Eigentum nur über Sparen – von wem und an welcher Stelle auch immer geübt – manifestieren kann. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Lohnpolitik und auch die Lohnhöhe selbst in einem anderen Licht erscheinen, wenn wir es erreichen würden, daß ein größerer Teil des Lohnes bzw. des Masseneinkommens, jetzt als eine Einheit und als ein Ganzes verstanden, langfristig echter volkswirtschaftlicher produktiver Anlage zugeführt werden würde. (Lebhafter Beifall.)

Gibt es – das wäre zu klären – nur die eine Möglichkeit, dem unsichtbaren Zwangssparen der breiten Massen in der Wiederaufbauphase nun ein bewußtes, sichtbares und spürbares Zwangssparen, nun allerdings für eigene Rechnung entgegenzusetzen? Es wäre dann sicherzustellen, daß die aus dieser Sparkapitalbildung fließenden Mittel nicht

nur den großen Kapitalgesellschaften in Form direkter Aktienbeteiligung oder einem anonymen Kapitalfonds zufließen, sondern gleichermaßen die gesamte mittelständische Wirtschaft befruchten würden. Wir wollen auf keinen Fall dabei der Konzentration und der einseitigen Stärkung der Großunternehmungen Vorschub leisten. Sozialpolitische Lösungen dürfen nicht in Widerstreit zu lebenswichtigen mittelständischen Interessen geraten. (Lebhafter Beifall.)

Vom Augenblick her gesehen, aber möchte ich der einseitigen Freude ob der Beschränkung bzw. Reduzierung der unternehmerischen Gewinne doch das sachliche Bedenken entgegenstellen, ob die Gewerkschaften bzw. die Arbeitnehmer gut beraten sind, wenn sie dieses Ergebnis ihrer aktiven Lohnpolitik als einen absoluten Erfolg oder als ihren Gewinn verbuchen zu können glauben. Es steht hier auch gar nicht die Angemessenheit unternehmerischer Gewinne zur Diskussion; ja, ich bin sogar geneigt, zuzugestehen, daß in der rückliegenden Zeit manche Unternehmer hinsichtlich ihrer Gewinnerwartung oder vielleicht sogar ihres vermeintlichen Gewinnanspruchs sich unrealistischen Vorstellungen hingaben. Wenn aber mit zunehmender Erschwerung des Wettbewerbs bei rückläufigen Unternehmensgewinnen das Wagnis weiterer Investitionen subjektiv zu groß erscheint und die materielle Grundlage für die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit schmaler wird, dann kann aus dieser Wurzel sehr wohl nicht nur eine Konjunkturabschwächung Platz greifen, sondern es könnte daraus die noch viel größere Gefahr erwachsen, daß wir im Produktivitätsfortschritt gegenüber unseren Partnern ins Hintertreffen geraten.

So möchte ich den sozialdemokratischen Experten doch nahelegen, daß sie in dem von ihnen verleugneten Karl Marx nachlesen, wie entscheidend, unbeschadet der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine ausreichende Kapitalbildung das soziale Schicksal gerade auch des Arbeiters bestimmt. Eine Sparrate von etwa 8,8%, wie wir sie in der Bundesrepublik seit Jahren zu verzeichnen haben, ist zwar nicht gerade unbefriedigend, aber angesichts eines ständig und stark ansteigenden Masseneinkommens auch nicht dazu angetan, den Ausgleich für tendenziell rückläufige unternehmerische Erträge zu schaffen.

Der Parteitag der SPD gipfelte wirtschaftspolitisch in einer einzigen Anklage gegen die Großunternehmungen, deren Willkür und Machtmißbrauch durch eine Monopolkommission, durch die Kontrolle des Managements und radikale Publizität unterbunden werden soll. Das zu fordern, mag gewiß populär sein, aber die Sozialdemokraten haben es sich allzu leicht gemacht, denn wieder einmal ist daran zu erinnern, daß wir nicht allein in der Welt sind und daß die Entscheidung, wo morgen in dem sich weitenden Markt die Kriterien und Maßstäbe für „Größe“ und „Marktbeherrschung“ liegen, sorgfältigster Überlegung bedarf. Mit billiger Rhetorik ist diesem ernststen Problem jedenfalls nicht beizukommen, wie überhaupt der Opposition gesagt werden muß, daß Sentiments oder gar Ressentiments die schlechtesten Ratgeber sind.

Der innere Zwiespalt, ja, die Zwielfichtigkeit in der Politik der SPD, tritt so offen zutage, daß gerade unsere mittelständische Wirtschaft von

allen guten Geistern verlassen sein müßte, wenn sie den Pferdefuß übersehen würde. Unter Berücksichtigung der soziologischen Struktur der SPD-Fraktion ist es zwar nicht verwunderlich, wenn sie die Gewerkschaften von jeglicher Kritik aussparen, ja, am liebsten deren Politik totschtweigen möchte. Demgegenüber kann der konzentrierte und haßerfüllte Angriff auf die (im übrigen mitbestimmten!) Großunternehmungen – deren Sprecher ich gewiß nicht bin – nur als ein Ablenkungsmanöver gekennzeichnet werden. Wie liegen denn die Dinge wirklich? Soweit gewerkschaftliche Forderungen die Leistungskraft der Volkswirtschaft im ganzen übersteigen, mögen zwar hochrationalisierte Großbetriebe dank hoher Produktivität in der Lage sein, derartige Kostenerhöhungen noch abzufangen; ja, man hat den Eindruck, daß gerade die höchste industrielle Leistung manchen Gewerkschaftsführern zur Orientierung ihrer Lohnbemessung dient.

Was aber folgt daraus? Die in ihrer Produktivität nachgeordneten, das sind im Regelfall mittelständische Unternehmungen, geraten wettbewerbsmäßig mit zunehmendem Abstand ins Hintertreffen und liegen am Ende im geschlagenen Felde. Wenn aber die Großunternehmungen Preise nehmen, die auch die mittelständische Wirtschaft mitkommen lassen, dann sind die ersteren „Monopolkapitalisten“ und „Schädlinge“, denen das Handwerk gelegt werden müsse. Die Rechnung geht einfach nicht auf! Gewiß gibt es für die sogenannte mittelständische Wirtschaft hinsichtlich ihrer Existenzlage keine absolute Aussage. Aber es ist doch immerhin nicht zu übersehen, daß die Zahl derer, die aus Existenzangst unter die Fittiche großer Konzerne zu flüchten bereit sind, im Zunehmen begriffen ist. Ist das die Schuld der wettbewerbswirtschaftlichen Ordnung, der wir auf internationalem Feld gar nicht entrinnen können und gewiß auch nicht wollen, oder aber tragen nicht vielmehr diejenigen Schuld, die die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft durch Überforderung immer mehr schwächen. Aus solcher Sicht wird ja auch immer wieder das Verlangen nach Kartellen laut.

Ich muß mit großem Ernst noch auf etwas weiteres hinweisen. Ich spreche dabei wohlgermerkt weder die SPD als Partei, noch den Deutschen Gewerkschaftsbund als Institution an, wenn ich mich dennoch des Eindrucks nicht erwehren kann, als ob es den bewußt klassenkämpferischen Kräften in diesen Lagern, die auch öffentlich aus ihrer Haltung gar kein Hehl machen, nicht zuletzt darum ginge, die innere Ordnung und Stabilität zu stören, Unruhe und Unsicherheit zu erzeugen, ja, selbst Schäden und Nachteile für den Arbeitnehmer hinzunehmen, um daraus Waffen gegen unsere Gesellschaftsordnung zu schmieden. (Beifall.) Einer Regierung das Leben schwer zu machen, ja, sie stürzen zu wollen, ist ein legitimes Anliegen der Opposition. Aber dann soll diese auch nicht zimperlich, beleidigt und wehleidig sein, wenn die Regierungspartei die Karten auf den Tisch legt. (Beifall.) Ich jedenfalls bin immer bereit, ohne persönliche Feindschaft die offene Feldschlacht zu wagen, und ich meine sogar, daß das im letzten einer Verständigung dienen kann. Was ich aber mit Entrüstung ablehne, das ist die hinterhältige Art, den politischen Widersacher diffamieren zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Wieder wurde es auf dem SPD-Parteitag gesagt, daß es gelte, den Einfluß der Interessentengruppen abzuwehren, und dabei verstieg man sich zu der Behauptung, daß in der Bundesrepublik kleine, aber mächtige Gruppen einen Einfluß auf Parlament, Regierung und Verwaltung hätten, wie es in keinem anderen modernen demokratischen Land der Welt denkbar wäre. Daß ich mich in dieser Sache nicht persönlich angesprochen fühle, bedarf wohl kaum einer Beteuerung. Aber darüber gehört von seiten der Opposition schon verwegener Mut dazu, diese Frage überhaupt anzurühren, da doch alle Welt und vor allem die ganze deutsche Öffentlichkeit weiß, wie fast sklavisch die Bindungen zwischen der SPD und den Sozialisten im DGB sind, (lebhafter Beifall) die nach wie vor für Klassenkampf, Verstaatlichung und sozialistische Wirtschaftsdemokratie eintreten. Es ist notwendig, daß wir uns über Fragen monopolistischer Beherrschung der Märkte und des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Macht vorurteilslos unterhalten. Aber dann muß dieses Thema über die ganze Breite einschließlich der besonderen Stellung der Gewerkschaften in der Volkswirtschaft durchdiskutiert werden. (Beifall.) Aus allen diesen Gründen ist es höchste Zeit, dem zu bildenden Gutachtergremium endlich Inhalt und Gestalt zu verleihen. (Beifall.) Die babylonische Sprachverwirrung zwischen den Tarifpartnern hat mittlerweile solche Ausmaße angenommen, daß große Teile unseres Volkes in wachsender Sorge darüber sind, ob die Partner überhaupt noch den guten Willen für volkswirtschaftlich tragbare Lösungen besitzen. Die Tarifpartner überschreiten ihre Befugnisse und mißverstehen ihre Aufgabe gründlich, wenn sie, anstatt nach bestem Wissen und Gewissen nach brauchbaren Maßstäben Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen zu treffen, sozusagen über die Hintertreppe Ziele und Vorstellungen anderer Art durchsetzen zu können glauben. Diese Grenzen gilt es um der Sicherung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung willen endgültig abzustecken, um damit zugleich eine reinliche Funktionenteilung zwischen den verfassungsmäßigen Organen unseres Staates und den spezifischen Aufgaben und Verantwortungen der Sozialpartner sichtbar zu machen. (Beifall.) Niemand von uns denkt daran, jenen Organisationen ein ihnen verfassungsmäßig eingeräumtes Recht zu schmälern oder gar zu entziehen. Aber der derzeitige unerträgliche Zustand, wie er übrigens in keinem anderen demokratisch regierten Lande Europas besteht, kann auch in der Bundesrepublik im Interesse unseres Volkes und zum Schutze unserer Währung nicht länger hingenommen werden. Vor dem Gruppeninteresse steht die Staatsraison und die Verpflichtung jeder Regierung, Schaden vom Volke abzuwenden. (Beifall.) Dabei ist grundsätzlich kein Unterschied zu machen zwischen Gewerkschaften, die angesichts der Verknapfung des Arbeitsmarktes ihre Machtposition ausspielen – hier folgen sie, die Marktwirtschaft zwar immer als untauglich hinstellend, den Prinzipien einer liberalen Wirtschaft manchesterlicher Prägung –, und den Unternehmern, die, noch im Besitze dicker Auftragsbücher, gute Geschäfte nicht preisgeben wollen und, nur den Augenblick bedenkend, trotz aller Gegensätzlichkeit, aber immer aus eigener Interessenlage heraus, faktisch mit den Gewerkschaften nur allzu leicht eine Einheit bilden. (Beifall.)

Stehen der Regierung nicht Moral und Recht zur Seite, wenn sie von dem Grundsatz ausgeht, daß dort, wo Entscheidungen der wirtschaftlichen Gruppen die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die soziale Sicherheit oder sogar die Kaufkraft der Währung bedrohen, der Verantwortung des Staates nach einem gemäßen Handeln ein höherer Rang zukommt als jedweder Vertretung von Einzelinteressen? Schließlich scheint es mir nach dem Geschehen der letzten Wochen auch notwendig zu sein, den Unternehmer anzusprechen und sein Verhältnis zu Politik und Staat näher zu umreißen. Es ist doch unverkennbar, daß jene Zeit vergangen ist, in der noch die Devise gelten konnte, daß sich die Tätigkeit des Unternehmers außerhalb des politischen Raumes vollziehe, d. h. also, daß es so etwas wie eine Wirtschaft an sich und in sich gäbe, – mit der Konsequenz, daß alles, was sich außerhalb der Unternehmen ereigne, sowie die Rückwirkungen unternehmerischen Verhaltens auf die Interessenlage der Gesamtheit außerhalb der Verantwortung des Unternehmers stünden. In der Sozialen Marktwirtschaft, die dem Unternehmer eine hervorragende Funktion zugeordnet hat, weil sie seiner Schaffenskraft, seinem Einfallsreichtum und seiner Risikobereitschaft vertraut, ist gerade der Unternehmer – wie allerdings auch jeder andere Bürger – zugleich Subjekt und Objekt der Politik. Der Unternehmer erwartet billigerweise, daß er von wirtschaftspolitischen Entscheidungen rechtzeitig Kenntnis erhält und daß sein Rat und auch seine berechtigten Interessen in der Gesetzgebung Berücksichtigung finden. Aber, wie es so oft scheint, ist er umgekehrt wenig bereit, dem Staat bzw. der Regierung ein Recht zur Kritik an der Unternehmenspolitik einzuräumen. Ich selbst bin gewiß der Letzte, der der unternehmerischen Initiative und Freizügigkeit Fesseln anlegen oder sie durch dirigistische Maßnahmen gängeln möchte, – selbst dort nicht, wo es von unternehmerischer Seite gefordert wird. Das aber kann, wie schon gesagt, heute nicht mehr bedeuten, daß sich die Unternehmensentscheidungen im luftleeren Raum außerhalb der politischen Umwelt vollziehen.

Lassen Sie mich hier ein weiteres Wort einflechten: Man beschuldigt mich – fast leichtfertig, möchte ich sagen – eines unverzeihlichen Stilschwandels, weil ich es „gewagt“ habe, die von dem größten deutschen Industrieunternehmen zu dem denkbar ungünstigsten Zeitpunkt vorgenommene Preiserhöhung als wenig glücklich und hinsichtlich der Notwendigkeit als fragwürdig hinzustellen. Wer mich indessen verdächtigt, in die freie unternehmerische Preisbildung eingreifen zu wollen, möge mir sagen, wo und wann ich – soweit es sich nicht um staatliche Preisbindungen handelte – jemals einem Unternehmen oder gar einer Gruppe über die allgemeine Mahnung zur Preisdisziplin hinaus nach dieser Richtung Vorschriften gemacht oder gar Kontrollen durchgeführt hätte. Dieser Angriff ist unsachlich und unwahrhaftig und darum rührt er mich auch nicht an. (Beifall.) Wenn es um die Freiheit der Wirtschaft geht, dann werde ich zu diesem Prinzip stehen, und ich hoffe nur, daß die Unternehmer dann ein Gleiches tun werden. Den Einsatz marktkonformer Mittel kann und wird sich die Regierung allerdings nicht nehmen lassen. (Beifall.) Und der Größe der Freiheit muß die Bereitschaft

zur Selbstdisziplin und Verantwortung auch gegenüber der Allgemeinheit entsprechen. (Beifall.) Doch genug damit.

Zusammenfassend möchte ich zu dem Thema „Unternehmer, Politik und Staat“ ausführen, daß jene Zeiten des Paläo-Liberalismus ebenso vorbei sind wie die absolutistische Herrschaftsform. Das sind dann aber auch keine getrennten Welten mehr, wenn der Staat von frei gewählten Bürgern verwaltet wird. Mit der Wandlung der politischen Gestalt der Staaten in den letzten 150 Jahren, mit der grundsätzlichen Neuorientierung politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ziele ist die Vorstellung nicht in Einklang zu bringen, daß von alledem das Bild des Unternehmers und seiner Aufgabe und Verantwortung für Staat und Gesellschaft unberührt bleiben könnten. Schon auf dem Kölner Parteitag des vergangenen Jahres verwies ich darauf, daß die CDU/CSU jede Art von Neo-Feudalismus entschieden ablehnt, von welcher Seite er auch kommen mag. (Beifall.) In einem demokratischen Staat darf nebenverfassungsmäßigen Kräften kein verfassungswidriger Einfluß auf die Politik eingeräumt werden. Diese Aussage richtet sich keineswegs gegen die Verbände an sich, um deren Unentbehrlichkeit ich trotz mancher kritischer Anmerkung wohl weiß. Sie sollen gehört werden, aber sie dürfen nicht regieren. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir gemeinsam darum ringen, daß das deutsche Volk aus der tiefen Tragik seiner Geschichte endlich erkennen möchte, wie gerade sein gesellschaftliches, wirtschaftliches und soziales Sein seiner eigenen Gestaltung und Verantwortung anheim gegeben ist, dann leitet uns weiß Gott nicht der Ehrgeiz, einem Dogma zum Siege zu verhelfen, sondern allein die Erkenntnis, daß wir noch und wieder einmal mutwillig das Glück verspielen könnten, das wir bei besonnerer Haltung als gesichert ansehen dürfen. Wie zufrieden waren wir doch alle, als wir nach dem völligen Zusammenbruch aus dem Nichts heraus wieder Boden unter den Füßen fanden, und wie gefühllos und abgestumpft sind wir mit wachsendem Wohlstand geworden, daß uns heute nichts mehr befriedigen, nichts mehr bewegen kann. (Beifall.) Ist unsere deutsche Welt wirklich nur noch zu einer Wechselstube materieller Werte geworden?

Mir will es scheinen, daß sich auf allen Ebenen des sozialen Standards unseres Volkes ein gleicher Prozeß vollzieht, d. h. daß mit zunehmender Sättigung des Bedarfs das Unbehagen nur immer größer wird und im letzten Grund ein ungestillter Hunger nach etwas übrigbleibt, was nicht mehr materiell zu deuten und rechenhaft zu erfassen ist. Mit dieser Aussage behaupte ich keineswegs, daß nicht noch berechnete Ansprüche zur Erfüllung eines würdigen menschlichen Daseins zu stellen wären. Aber ich bin davon überzeugt, daß die seelische Not der Menschen und die gesellschaftliche Krise unserer Zeit bei aller Bedeutung der materiellen Fragen auf andere Ursachen zurückgehen.

Wie mein Freund Blank noch darlegen wird, läßt sich das mit der Sozialpolitik unlösbar verbundene gesellschaftliche Anliegen unserer Zeit nicht nur in Mark und Pfennigen ausdrücken. So nüchtern wir die Dinge auch im Alltag sehen wollen, so wenig überzeugend erscheinen

die nur materiellen Lösungen. Wir sind aufgerufen, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, in der der Mensch nicht in der Masse untergeht, in der er davor bewahrt wird, durch Verbände, Organisationen und Institutionen aller Art seiner Individualität und seines persönlichen Willens beraubt zu werden. Wenn diese Sorge wahr und berechtigt ist, dann müssen wir durch Staat, Gesellschaft und politische Parteien alles nur Mögliche unternehmen, um dieser alles menschliche Fühlen überwuchernden Anonymität des Lebens rechtzeitig und wirksam zu begegnen. Ich habe darüber zu Ihnen schon in Karlsruhe gesprochen.

Wir sollten uns von den Sozialdemokraten nicht dazu verleiten lassen, in dem Drängen und Verlangen nach Vervollkommnung einer menschenwürdigen und menschenversöhnenden Gesellschaftsordnung auf deren eigenen Boden zu treten, d. h., das Heil in nur materiellen und kollektivistischen Lösungen zu suchen. Immer nur fordern und mehr verlangen, ist leicht. Sie möchten mit SPD-Methoden den Wohlstand, den die Arbeit des Volkes und die Politik der CDU/CSU geschaffen haben, verwalten und verteilen. Wir müssen das verhindern.

Nach dem auf dem Kölner Parteitag zur Schau getragenen Opportunismus geht zwar der Häutungsprozeß der SPD weiter. Aber sie muß sich vom deutschen Volk die Frage gefallen lassen, ob ihre Wandlung echt ist oder ob sie nur eine Tarnung ihrer Absichten bedeutet, über Schleichwege sowohl innen- wie außenpolitisch am Ende doch den sozialistischen Vorstellungen zum Siege zu verhelfen. Jedenfalls kennt die deutsche Parteiengeschichte – und ich kenne auch kein Beispiel aus einem anderen Lande – keinen Prozeß oder Vorgang, der dem, den uns die SPD jetzt demonstriert, gleichkäme. Das hat sich noch nicht ereignet, daß eine Partei es wagen darf, sich selbst die Vokabeln des politischen Gegners – wie etwa „Wohlstand für alle“ – anzueignen, ohne nicht der Lächerlichkeit anheimzufallen. Eine Kopie hat noch nie das Original zu ersetzen vermocht! (Zuruf: Sehr gut! – Beifall.) Es muß schon Mißtrauen auslösen, wenn sich die führenden Männer der SPD so viel auf ihre modernen Werbe- und Propagandamittel zugute halten. Ich unterschätze das keineswegs, aber zuletzt kommt es doch eben nicht auf die Verpackung, sondern auf den Inhalt, auf die Güte einer Ware an. Fast möchte ich sagen, daß jeder, der das will, was die SPD mit den reformistischen Teilen ihres heutigen Programms zu wollen vorgibt, nicht diese Partei wählen darf, sondern seine Stimme der Christlich Demokratischen Union geben muß. (Beifall.) Trotz der von der CDU abgeschriebenen Parolen leistet die SPD jenen Kräften Vorschub, die nach ihren eigenen Aussagen den Klassenkampf, die Verstaatlichung und die sattsam bekannte „Wirtschaftsdemokratie“ verwirklicht sehen wollen. Solange sich die SPD nicht eindeutig von diesen Kräften distanziert, sind nicht nur Zweifel und Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen am Platze, sondern es dient der Selbsterhaltung des deutschen Volkes, wenn es dieser sogenannten neuen Linie der Sozialdemokratie eine eindeutige Absage erteilt. (Beifall.) Jener Geist von Godesberg, den die SPD heute so gern ausstrahlen möchte, hat –

wie ich täglich erfahre – führende Funktionäre keineswegs ergriffen; sie handeln nach wie vor im Stile marxistischer Doktrin.

Es geht heute und hier nicht um Patentrezepte. Denn nicht die Dinge bereiten uns *Beschwer*, nicht die *Materie ist es*, die uns besorgt sein läßt. Die Meisterung der Konjunktur, der fortdauernde wirtschaftliche Aufschwung und sich mehrende Wohlstand, die zunehmende soziale Sicherheit, die Erhaltung der Währungsstabilität – das alles waren und sind lösbar Probleme. Wir sind fähig, die sachlichen Aufgaben zu bewältigen, aber schwerer ist es, die Menschen zu bändigen und ihre meist noch parteipolitisch beeinflussten Vorstellungen mit den politischen und sachlichen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. So schließt sich der Ring unserer Betrachtung ! Ich stellte eingangs die Frage, ob sich die Marktwirtschaftliche Ordnung als System bewährt hat oder ob die Menschen versagen, das heißt, ob sie von der Freiheit den rechten Gebrauch machen und die ihnen aberverlangte Bewährungsprobe bestehen werden. Die Antwort ist eindeutig und klar: Selbst wenn wir wider alle Vernunft handeln und gegen alle Warnungszeichen blind und taub bleiben, – die inneren Gesetze eines weltweiten freien Marktes werden uns zur Besinnung und zur Wiederherstellung einer gedeihlichen Ordnung zwingen. Aber müssen wir wirklich alle Stationen der Sorge, der Nöte und Schmerzen erst hinter uns bringen, ehe wir Einsicht zu üben bereit sind? Sollten wir nicht aus der Krise der Dreißiger Jahre lernen ? Muß uns immer erst Elend überfallen, ehe wir dann auf sehr viel bescheidenerem Niveau wieder von vorne beginnen können ? (Beifall.)

Alles ist gewonnen, und es drohte uns nicht die geringste Gefahr, wenn wir jene Verantwortung bezeugen, die ein Teil der Bewährung ausmacht. Über alle Parteien hinweg gibt es auch in den lebenswichtigen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Schicksals eine gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung. Seien wir wach und kampfbereit; denn hinter dem Geschehen der Gegenwart kann das Verhängnis lauern.

Es beschäftigt mich bei Tag und bei Nacht, was wir tun müssen, um Gefahren abzuwenden, aber auch, was die Folgen sein könnten, wenn rückläufige Produktion, absinkender Export, der Verlust der Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten und die Gefährdung der sozialen Sicherheit – und dies alles leichtfertig selbst verschuldet – das deutsche Volk vor eine ernste Probe stellen würden. Ist unsere Zeit nicht zu hektisch, wären die Menschen in ihrer nervösen, überreizten psychischen Verfassung überhaupt in der Lage, gegebenenfalls einen solchen Bereinigungs- und Gesundheitsprozeß durchzustehen ? Würden sich Regierung und Parteien die innere Kraft bewahren, die Folgen einer solchen Entwicklung tragen zu können, würde die Wirtschaft selbst nicht nach staatlichen Eingriffen verlangen, und würde solche Bedrängnis nicht klassenkämpferisch-revolutionäre Kräfte ermuntern, die gesellschaftliche Ordnung nach ihren Vorstellungen umzubauen ? Damit ist im letzten die Frage gestellt, ob wir dann nicht

noch einmal in die Dumpfheit einer Zwangsordnung und eines Zwangsstaates zurückfallen könnten.

Seien Sie, meine lieben Freunde, überzeugt, daß ich solche Betrachtungen nicht wagen würde, wenn mich nicht die tiefe Überzeugung beseelte, daß wir – die CDU/CSU – solange wir die Verantwortung tragen, aller Führnisse Herr werden. Darum kommt auch der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine so entscheidende Bedeutung zu.

Uns alle mag der frohe Mut stählen, daß wir wissen, um was es geht. Jede Stunde soll uns bereit finden, parteipolitischer Verblendung und Unwahrhaftigkeit entschlossen den Kampf anzusagen. (Beifall.) Wir wollen keine Mühe scheuen, dem deutschen Volke vor Augen zu führen, was sein Schicksal sein könnte – nein, sein müßte –, wenn diejenigen, die stets geirrt haben, seine Geschicke in die Hand nehmen würden. Wir brauchen keine billige Propaganda, wir können auf Reklame verzichten, wir müssen uns nicht einnebeln, wir müssen nicht widerrufen und abschwören – für uns, die Christlich Demokratische Union, zeugt die Tat, zeugt das, was wir für das deutsche Volk aus großer Not geschaffen haben. (Beifall.)

Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für das ganze Deutschland: das bleibt unsere Politik heute und morgen.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident DICHTEL :

Herr Bundeswirtschaftsminister ! Ich danke Ihnen namens des Parteitags für Ihre ausgezeichneten Ausführungen. Der Beifall des Parteitages hat Ihnen bewiesen, wie alle von uns mit Ihnen verbunden sind. (Beifall.) Meine lieben Parteifreunde ! Wir stehen in Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien, und gerade die vor uns liegenden Landtagswahlen werden diese Auseinandersetzungen verschärfen. Meiner Meinung nach haben wir von der CDU aus gesehen den besseren Stand, denn wir brauchen unseren Wählern nicht zu sagen, was wir wollen, sondern wir können unseren Wählern sagen, was wir in langer, mühevoller Arbeit erreicht haben.

Es ist nicht jetzt der Augenblick, einen Rückblick zu nehmen, aber, Herr Bundeswirtschaftsminister, wir haben es noch nicht vergessen, wie es nach diesem unglücklichen Weltkrieg gewesen ist. Wir wissen noch, wie die Menschen damals mutlos waren, wie es nach dem totalen Zusammenbruch ausgesehen hat. Wir erinnern uns noch der zerstörten Wohn- und Wirtschaftsstätten. Wir haben den Hunger der damaligen Zeit noch nicht vergessen. Als Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, Ihr Amt angetreten haben, war das Zeitalter der Bezugscheine, der Kontingente und für uns in der französischen Zone das Zeitalter der Demontagen.

Damals kam es darauf an, neue Wege zu suchen. Sie haben den Streit mit sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikern um die Planwirtschaft, um die Soziale Marktwirtschaft geführt, zum Teil mit Politikern, die nicht mehr unter uns sind. Das eine danken wir Ihnen in

dieser Stunde: daß Sie sich als ein guter Steuermann erwiesen haben, (Beifall) daß Sie voller Optimismus die Soziale Marktwirtschaft zum Tragen gebracht haben. Eines stelle ich in dieser Stunde unseres Parteitages fest: Sie haben einen großartigen Erfolg erzielt, den niemand von uns sich in der damaligen Zeit erträumte. Es ist nach meiner Meinung unsere Aufgabe, in dieser Stunde Ihnen dafür herzlichst zu danken. (Lebhafter Beifall.)

Herr Bundeswirtschaftsminister, ist es nicht eine Ironie des Schicksals, daß Ihre Widersacher von damals heute von den Erfolgen der CDU unter der Führung von Bundeskanzler Dr. Adenauer, von den Erfolgen die Sie als Wirtschaftsführer erzielt haben, profitieren?

Wir erwarten nicht alles Heil vom Materiellen. Aber eines haben wir im Laufe eines langen Lebens gelernt: ohne eine gute Wirtschaft ist ein gesundes Staatsleben nicht möglich. Darum nochmals unseren herzlichen Dank. (Beifall.)

Bevor ich jetzt dem Herrn Arbeitsminister Blank das Wort gebe, darf ich einige geschäftliche Mitteilungen bekanntgeben. Es ist vorgesehen, daß im Anschluß an das Referat des Herrn Bundesarbeitsministers eine Aussprache stattfindet. Dürften wir Sie herzlichst bitten, die Aussprache über die Referate von heute morgen nicht jetzt im Anschluß im Plenarsaal, sondern heute mittag im Arbeitskreis "Wirtschaftspolitik" durchzuführen? Die Aussprache von heute morgen soll den Charakter einer Generalaussprache haben. Sie soll die Möglichkeit bieten, auch zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und der anderen Redner Stellung zu nehmen. – Damit diese Aussprache nachher reibungslos vor sich geht, dürfen wir jetzt schon um Wortmeldungen bitten.

Dann darf ich bekanntgeben, daß Herr Ministerpräsident Kiesinger mitteilen läßt, er könne zu seinem Bedauern leider nicht nach Dortmund kommen, da er sich wegen seiner Armerkrankung in klinische Behandlung begeben muß. Der Herr Vorsitzende Minister Dufhues hat Herrn Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger im Namen des Parteitages ein herzlich gehaltenes Telegramm mit den besten Wünschen für eine Genesung übermittelt. (Beifall.)

Darf ich dann noch bitten, heute nachmittag an den Sitzungen der Arbeitskreise teilzunehmen, zu denen Sie sich angemeldet haben. Die Arbeitskreise tagen wie folgt: Arbeitskreis 1 – „Deutschland, Europa und die freie Welt“ – im Silbersaal; Arbeitskreis 2 – „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“ – im Goldsaal; Arbeitskreis 3 – „Künftige Aufgaben der CDU“ – im Plenarsaal. Der Weg zum Silbersaal und Goldsaal ist außerhalb und innerhalb der Säle gekennzeichnet.

Nun darf ich bitten, das Wort zu nehmen Herrn

Theodor BLANK, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (mit Beifall begrüßt):

Meine lieben Freunde! Sehr geehrte Damen und Herren! Gelegentlich wird unsere Gesellschaft eine Wohlstands- oder gar Überfluß-



Die Bundesminister für Wirtschaft und für Arbeit und Sozialordnung Prof. Erhard und Theodor Blank im Gespräch



Bundeskanzler Dr. Adenauer dankt Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard
nach seinem Referat

gesellschaft genannt. Eine solche Bezeichnung liegt nahe, wenn man den heutigen Lebensstandard des deutschen Volkes mit dem vor zehn Jahren vergleicht. Muß man dann aber noch fragen, ob die Wirtschaft sich sozial bewährt habe? Wir haben die Freiheit der Konsumwahl, der Berufswahl, der Wahl des Arbeitsplatzes und der Art der Einkommensverwendung. Auch der Arbeitnehmer ist frei in der Entscheidung für den Gütererwerb oder fürs Sparen durch Konsumverzicht. Niemand macht ihm Vorschriften, er ist keinen Einschränkungen oder Auflagen unterworfen; im Gegenteil, man reizt ihn zum Konsum mit verlockender Reklame und hilft ihm aber auch durch gesetzliche Maßnahmen beim Sparen. Der Wohlstand ist in einem gewissen Umfange da, die Freiheit ist da; wessen bedarf es da noch mehr?

Die Sozialdemokraten, mit denen sich auseinanderzusetzen hier auch Gelegenheit ist, sagen, sie wollten dafür sorgen, daß sich der Lebensstandard innerhalb einer Generation verdopple. Nun möchte ich dazu bemerken, daß ich das nicht ohne jede Einschränkung für ein erstrebenswertes Ziel halte. Mit dem wachsenden Lebensstandard menschlich fertig zu werden, ist eine Kunst, die man lernen, in der man sich üben muß und die wir alle miteinander, welcher Einkommenschicht wir auch angehören, durchaus noch nicht vollendet beherrschen. Und manches gesellschaftliche, manches sittliche Übel beruht gerade auf diesem Versagen. Aber selbst wenn man diesem Ziel zentrale Bedeutung zuerkennt, so wüßte ich nicht, wie man es anders erreichen könnte als durch unsere Wirtschaftspolitik, denn nur durch diese war es möglich, daß das deutsche Volk aus den Tiefen der Not sich zu einer Wohlstandsgesellschaft emporarbeiten konnte. Demgegenüber, meine lieben Freunde, entbehren alle Rezepte der Opposition nach wie vor der Vertrauenswürdigkeit. Denn was die Sozialdemokraten dem deutschen Volk in Aussicht stellen, verbuchen wir bereits seit Jahren als unseren Erfolg. (Beifall.) Insoweit kann also die soziale Bewährung der Wirtschaftspolitik gar nicht in Zweifel gezogen werden.

Dennoch haben wir bewußt mit gesetzlichen Maßnahmen den Wirtschaftsablauf beeinflußt. Diese Intervention kam von der Sozialpolitik. Das ist manchen zu weit gegangen, manchen nicht weit genug. Man kann da sicher je nach seinem Standort unterschiedlicher Meinung sein. Nur hüte man sich davor, wie heute verbandsüblich, ständig zu behaupten: für uns und unsere Gruppe war es zu wenig, für die anderen zu viel und umgekehrt, je nachdem, ob Zuwendungen oder Abgaben gemeint sind.

Die sozialpolitische Intervention ist nötig, denn die liberale Auffassung, die da meint, die beste Wirtschaftspolitik sei zugleich und allein schon die beste Sozialpolitik, diese Auffassung ist schlicht und einfach falsch. Wären wir nach diesem Grundsatz verfahren, hätten wir mit Sicherheit nicht den Art. 20 des Grundgesetzes erfüllt, wonach die Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlicher-demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist. Ich möchte mit allem Nachdruck feststellen: Die Wirtschaft ist eben nicht an sich aus ihrem Wesen heraus auch schon sozial. Christliche Auffassung widerspricht mit Nachdruck der

Autonomie des Wirtschaftsgeschehens. Nicht die Größe des Sozialprodukts ist das Maß der Dinge, sondern unser Mitmensch, dem wir Gerechtigkeit schulden. (Beifall.)

Die *Wirtschaftsordnung* muß nicht nur eine erfolgreiche, sondern auch eine humane sein. Da, und nur da liegt unsere politische und christliche Aufgabe. Nun ist es freilich eine Binsenwahrheit, daß die Lebensverhältnisse, die wir nach den Vorstellungen des 20. Jahrhunderts als menschenwürdig ansehen, eine möglichst störungsfreie und ertragreiche Wirtschaft voraussetzen. Je reichlicher nach Menge und Qualität Güter und Dienste angeboten werden, um so besser wird der Markt die Wünsche der Bevölkerung befriedigen können. Und deshalb muß eine vernünftige Sozialpolitik bestrebt sein, die Entwicklung der Wirtschaft nach höherer Produktivität nicht zu hemmen, sondern es ist geradezu Aufgabe der Sozialpolitik, diese Produktivität zu fördern und zu unterstützen, soweit die Leistungsfähigkeit der Menschen dabei nicht überfordert wird.

So haben denn auch weite Bereiche der deutschen Sozialpolitik schon seit Jahrzehnten zum Ziel, die Leistungsfähigkeit der Menschen zu schützen, zu erhalten und zu mehren. Das gilt von den vielfachen Maßnahmen des Arbeitsschutzes, der Sicherung ausreichender Freizeit, der vorbeugenden Gesundheitspflege, der Hilfen bei Krankheit, der Berufsberatung und der Berufsausbildung. Es wird dabei so oft von den hohen Kosten der Sozialpolitik gesprochen, aber so selten davon, wie groß der gesamtwirtschaftliche Erfolg dieser Pflege und Förderung menschlicher Leistungsfähigkeit ist und wie hoch man den Gewinn einzuschätzen hat, den jeder einzelne und den wir alle aus dieser sozialpolitischen Arbeit ziehen. Diese Kosten sind – und das muß man den Wirtschaftlern gelegentlich ganz deutlich sagen – soziale Investitionen, und sie dienen nicht anders als wirtschaftliche Investitionen dazu, den Wohlstand von heute zu sichern und für morgen zu erhöhen. Wer jetzt im Wohlstand lebt, sollte sich gelegentlich daran erinnern, daß er auch teilhat an den Erträgen dieser Sozialpolitik.

Ich möchte noch einmal sagen, gerade hier an Rhein und Ruhr, hier, wo große Teile der Arbeitnehmerschaft die parlamentarische Mehrheit der CDU garantieren – hier möchte ich noch einmal unsere gemeinsame Auffassung herausstellen: Die Wirtschaft ist nicht an sich sozial, ich möchte im Gegenteil hinzufügen: sie kann zum Tummelplatz antisozialer Tendenzen werden. Wir bekennen uns sicher alle zur Leistungsgesellschaft, wir betrachten den Erfolg als Motor zur Leistung, doch wir vergötzen ihn nicht. Ohne den Eingriff des Sozialpolitikers würden große Gefahren entstehen. Denn Schwache und Starke sind gemeinsame Glieder unserer Gesellschaft, und jedes Glied ist gleichberechtigt. Wir dürfen den Schwachen nicht zu kurz kommen lassen; denn auch der letzte unter ihnen ist unser Bruder, für dessen Menschenwürde wir mitverantwortlich sind. (Lebhafter Beifall.) Auch – und das möchte ich betonen – in der Wohlstandsgesell-

schaft und gerade in ihr dürfen wir uns nicht lösen von den humanitären Wurzeln der Sozialpolitik.

Darf ich hier einflechten: Die Sozialisten aller Schattierungen sind nicht die Urheber dessen, was wir die soziale Ordnung nennen, sie sind nicht diejenigen, die Sozialpolitik und soziales Wollen entwickelt haben. An der Wiege dessen, was moderne Sozialpolitik ist, stehen und standen höchst angesehene Vertreter der beiden großen christlichen Konfessionen und die christlichen Sozialpolitiker, die selber aus dem Volk der Arbeitnehmer kamen. (Starker Beifall.)

Deshalb sage ich, und ich weiß, daß ich in dieser Partei keinen Widerspruch ernte: Was christliche Sozialpolitiker vor Jahrzehnten gewollt und wofür sie gewirkt haben, ist uns nicht tote Vergangenheit, sondern auch heute noch lebendige Verpflichtung. Daran ändert der seither gehobene Lebensstandard gar nichts. Ich möchte daher warnen vor selbstgerechter Zufriedenheit im Angesicht imponierender Produktions- und Einkommensstatistiken. Ich möchte warnen vor der Utopie, daß die Zeit nahe sei, in der wir Sozialpolitik nicht mehr nötig hätten. Als die Sozialpolitik entstand, war die Arbeitnehmerschaft eine Minderheit. Heute ist sie die überwältigende Mehrheit des Volkes. Und noch immer – und daran wollen wir uns auch in der Wohlstandsgesellschaft erinnern – ist der Arbeitnehmer, von Ausnahmen abgesehen, allein auf die Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesen, und noch immer bedarf er solidarischer Hilfe, wenn die Arbeitseinkommen vorübergehend oder gänzlich wegfallen. Die Notwendigkeit der kollektiven Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens kann niemand bezweifeln. Wer sie mit dem Schlagwort „kollektivistisch“ abzuwerten versucht, beweist nur ebenso viel Unkenntnis wie Mangel an Menschlichkeit.

Was folgt daraus für unsere Sozialpolitik ? Lassen Sie mich versuchen, diese Folgerungen zu ziehen:

Zunächst: Sind wir eine Arbeitnehmergeellschaft und ist der Arbeitnehmer noch fast ausnahmslos auf die Hergabe seiner Arbeitskraft und den Zufluß des Arbeitseinkommens angewiesen, so ist nichts verhängnisvoller als das, was die Vollbeschäftigung in Frage stellen und den Geldwert des mühsam erarbeiteten Lohnes gefährden würde. Lassen Sie mich an dieser Stelle wenigstens mit zwei bis drei Sätzen vom Konzept abweichen.

Wir alle wissen doch, welch großes menschliches, gesellschaftliches Übel die langdauernde Massenarbeitslosigkeit zu Beginn der Dreißiger Jahre war, und ohne nun das Phänomen des heraufkommenden Nationalsozialismus in allen seinen Einzelheiten behandeln zu wollen, dürfen wir doch sagen, daß eine der Ursachen dafür, daß dieses System die Macht gewinnen konnte, diese langdauernde Arbeitslosigkeit war. (Zurufe: Sehr richtig !) Wenn es uns durch die Politik des Bundeskanzlers, durch die Politik Ludwig Erhards gelungen ist, dieses große menschliche, soziale und politische Übel bei unserem Aufbau zu vermeiden, ja, in die Überbeschäftigung umzuwandeln,

dann wäre das allein schon die Leistung, die Ihnen allen miteinander das Vertrauen geben könnte. Das ist eine Leistung, die nicht die Sozialdemokraten, sondern wir und nur wir zu verbuchen haben. (Zurufe: Bravo! – Lebhafter Beifall.)

Man muß natürlich auch geneigt sein, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen. – Ich fahre fort: Ist die kollektive Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens notwendig, so müssen die sozialen Leistungen – sei es bei Krankheit, Invalidität, im Alter oder beim Tod des Ernährers – gerade in einer Wohlstandsgesellschaft der Höhe nach angemessen und der Form nach menschenwürdig sein. Wir haben nach diesen Grundsätzen gehandelt und auf allen Leistungsgebieten die Renten und Unterstützungen erhöht und insbesondere bei der Rentenreform die Leistungen in eine gerechte Beziehung zum erarbeiteten Lebensstandard gesetzt, und wir haben in keinem Fall den Rechtsanspruch auf soziale Leistungen eingeschränkt. Jede anderslautende Behauptung ist unwahr, und insbesondere das Gerede vom sozialen Abbau, den die Bundesregierung plane, wird von den Tatsachen widerlegt.

Ich sage das deshalb, weil gelegentlich schon die Behauptungen von ein paar Sozialkomikern – wir haben in der Bundesrepublik einige – genügen, daß man mir schreibt: Du mußt natürlich wieder einmal schriftlich neu herausgeben, was wir alles an sozialen Leistungen vollbracht haben. Schauen Sie sich doch nur im täglichen Leben um, was in unserer Volke zu sehen, zu spüren, zu greifen ist. Das beruht doch darauf, daß wir durch unsere politischen Maßnahmen den Menschen die Möglichkeit der Selbstentfaltung gegeben haben. (Beifall.)

Sozialer Rückschritt? – Nein, meine Damen und Herren, auch nicht in dieser Koalition. Koalitionen sind politische Notwendigkeiten, wenn man nicht die Mehrheit hat; aber Koalitionen können einen nicht zwingen, das eigene Gesicht zu verlieren. (Lebhafter Beifall.) Die Christlichen Demokraten werden auch in dieser Koalition – und insbesondere die Sozialpolitiker in ihr – ihr Gesicht nicht verlieren. Im übrigen habe ich ein gutes Gewissen: Solange sich Herr Ollenhauer, solange sich Herr Brandt um die jetzige FDP als möglichen Koalitionspartner bemühen, solange, meine Damen und Herren, habe ich keine Schwierigkeiten mit meinem Gewissen, mit diesen FDP-Leuten in einer Koalition zu sein. (Zurufe: Sehr gut! – Lebhafter Beifall.) Auch das muß einmal klar herausgestellt werden.

Wenn die Sozialdemokraten von sozialer Rückschrittlichkeit der Bundesregierung reden, dann doch nur deshalb, weil sie nach der vorgetäuschten Angleichung ihrer Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik an unsere, mit der sie sich bei den Bürgern anbieten wollen, für ihre alten Genossen noch etwas brauchen, mit dem sie sagen können, wir sind doch noch die alten Sozialrevolutionäre. Die Sozialdemokraten mögen sehen, wie sie mit dieser ihrer neuen Politik des Wohlverhaltens zurechtkommen. Wir werden unsere Sozialpolitik fortsetzen, und die wird nicht rückschrittlich sein; denn wir sind uns auch in der Koalition über den weiteren Weg einig. Wir

betrachten die Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, des Kindergeldes, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Verbesserung der Kriegsopferversorgung und die Verbesserung einiger Kriegsfolgegesetze als vordringlich. Nur wann und wie wir die einzelnen Gesetze als Bundesregierung dem Bundestag vorlegen, das, meine Damen und Herren, bestimmen wir Christlichen Demokraten nach gründlicher Prüfung aller Grundlagen selber, (Lebhafter Beifall.) nicht die Sozialdemokratie. Wir fühlen uns verantwortlich Ihnen, meine Damen und Herren, und da scheuen wir keine Auseinandersetzungen, nur lassen wir uns nicht wie beim Doppelkopp vorführen, wie es Herrn Schellenberg paßt.

Alle diese Vorhaben können aber – und das möchte ich eindringlich sagen – nicht behandelt werden ohne Rücksicht auf die Belastung der Wirtschaft und des Staatshaushalts. Wer alles maximal, wer alles auf einmal will, der gefährdet nur alles. Auch, wenn wir das, was ich eben dargelegt habe, geschafft haben, bleibt uns noch viel zu tun. Die Industriegesellschaft von heute und morgen verlangt eine aktive Sozialpolitik als ständiges Korrelat der Wirtschaftspolitik, als eine Anpassungsaufgabe, die ihrem Wesen nach niemals vollständig erfüllt sein kann, sondern immer neues Bemühen, ernsthaftes Durchdenken der Ziele und Zusammenhänge verlangt.

Dann möchte ich noch etwas sagen: Sozialpolitik und soziales Wollen sind nicht nur Sache des Gesetzgebers. Wir müssen auch einmal die Verwaltung in Ruhe arbeiten lassen und soviel zähe Geduld an unser Werk setzen, daß es ausreichen kann und – weil es gutgeworden ist – auch Bestand hat. Dazu aber ist Voraussetzung, daß wir uns über die Rangfolge der Verantwortlichkeiten klar werden. Dazu brauchen wir keinen Sozialplan, der die soziale Ordnung der Industriegesellschaft in allen Einzelheiten für die Zukunft festlegt; denn er würde, schon während man ihn zu verwirklichen strebt, ständig revidiert werden müssen. Nicht einen Plan brauchen wir; was wir brauchen, ist die Gemeinsamkeit der Auffassungen über die sittlichen Grundlagen, auf denen diese angestrebte Ordnung beruht. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokraten erklären, erst müsse die Gesellschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, dann könne der Mensch sich voll entfalten und selbst behaupten. Sie sagen „Gesellschaft“ und meinen Staat. Ist aber ernsthaft von Gesellschaft die Rede, so können doch nur die Menschen gemeint sein, aus denen sich diese Gesellschaft zusammensetzt, und so ist es denn unsere Grundüberzeugung, daß in erster Linie die Menschen selbst für die Ordnung verantwortlich sind, in der sie leben. Erstverantwortlicher für sein Leben ist in dem Raum, der ihm vom Schöpfer gegeben wurde, der Mensch selbst. Und niemand kann ihn, ja, niemand darf ihn von dieser Verantwortung entbinden. Es widerspricht nach christlicher Auffassung der Natur des Menschen, daß er auf die Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse wartet, bis er seine Hände regt und seinen eigenen Kopf anstrengt. Selbstbehauptung in dieser Welt, Aufstieg aus eigener Kraft und Tüchtigkeit haben

wir in den letzten zehn, fünfzehn Jahren doch millionenfach erlebt. Rühmen wir mit Recht die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Zeit mit ihren großen Erfolgen, so haben wir alle Veranlassung, die Größe der Leistungen zu bewundern, die jeder einzelne in seinem Lebenskreise vollbracht hat. Wir haben mit unserer Politik Hilfestellung gegeben, wo sie erforderlich war. Aber der Aufstieg aus Not, aus Obdach- und Mittellosigkeit, aus Vertreibung und Fremdheit unter Fremden, der Aufstieg zu einem auskömmlichen und menschenwürdigen Dasein, den haben die Männer, besonders auch die Frauen und Mütter, die sich abgequält und geschunden haben, selbst erarbeitet. Auf diese ihre ureigensten Leistungen sollten Sie, meine Freunde, mit Recht stolz sein und sie sich von der Opposition nicht vermiesen lassen. (Beifall.)

Sollen wir nach diesem Beispiel, das uns die Menschen selbst gegeben haben, jetzt plötzlich umschalten und die Erstverantwortlichkeit für den weiteren sozialen Aufstieg nunmehr der sogenannten Gesellschaft zuweisen, ohne deren weitere Vorleistungen der Mensch sich nicht selber helfen könne? Hier sind die Sozialdemokraten wiederum Gefangene ihrer eigenen Tradition, die immer nur die Gesellschaft anklagt, aber sich bis auf den heutigen Tag nicht getraute, Forderungen auch an den einzelnen zu richten. Was ich gestern in der großen Kundgebung sagte, möchte ich heute noch einmal ganz kurz wiederholen. Wenn Sie einen fröhlichen, vergnügten Nachmittag haben wollen, dann lesen Sie einmal das unkorrigierte Protokoll vom SPD-Parteitag nach, wo man sich lang und breit darüber gestritten hat, wie man von Eigenverantwortung, von Initiative und persönlichem Interesse reden könne, ohne daß die Gefahr auftauche, hier überfordere man den einzelnen. Ich sage das noch einmal und empfehle Ihnen, das zu lesen, dann werden Sie einen heiteren Nachmittag haben. Die Sozialdemokratie ist zu feige, die realen Tatbestände in der Sozialpolitik zu analysieren und dem deutschen Volke zu sagen. (Beifall.)

Ich wiederhole noch einmal: Hier sind die Sozialdemokraten wiederum gefangen in ihrer eigenen Tradition, die immer nur die Gesellschaft anklagte, sich aber bis auf den heutigen Tag nicht getraute, Forderungen auch an den einzelnen Menschen zu richten. Hier liegt eine Meinungsdivergenz vor. Hier geht es nicht um diese oder jene Formulierung, sondern hier liegt ein Gegensatz in den sozial-ethischen Grundüberzeugungen, ein Gegensatz, den wir mit aller Härte auszutragen entschlossen sind. Deshalb das Kämpferische in unserer Sozialpolitik! (Beifall.)

Für die Praxis der Sozialpolitik bedeutet das: Die Marktwirtschaft gibt dem Menschen die Freiheit des wirtschaftlichen Verhaltens, sein Tun oder Unterlassen wird nicht eingezwängt in den Plan einer Zentralgewalt. Folgerichtig kann und darf es auch in dieser Ordnung keine zentralgesteuerte Verteilung der wirtschaftlichen Werte, keine allumfassende Versorgung, also auch keine Befreiung des Menschen von der Pflicht zur Eigenvorsorge geben. Die Freiheit der Gesellschaft, deren wir uns rühmen und die uns teuer ist, konstituiert sich in der Freiheit des Menschen. Es gibt keine freie Gesellschaft, in der nicht der

einzelne das Risiko für sich und seine Familie – wenn auch gestützt auf die solidarische Hilfe der Gemeinschaft – in erster Linie selber trägt. Die Hilfe der Gemeinschaft muß subsidiär bleiben, die Anstrengungen des einzelnen, mit seinem Leben fertig zu werden, müssen unter allen Umständen den Vorrang behalten.

Die soziale Korrektur des Wirtschaftsgeschehens besteht, soweit sie eine gerechte Deckung der Lebensbedürfnisse aller zum Ziele hat, in der sogenannten zweiten Einkommensverteilung. Diese war nie und ist beim heutigen System der sozialen Sicherung, das den größten Teil der Bevölkerung umfaßt, alles andere als eine Verteilung zwischen Arm und Reich. Diesen Irrtum möchte ich heute morgen ein wenig aufhellen. Die Kosten der sozialen Hilfen und Einrichtungen werden, gleichgültig ob sie über Steuern, Beiträge oder aus den Preisen für Güter und Dienstleistungen aufkommen, durch eine Umverteilung aufgebracht, an der jedermann beteiligt ist, ob Unternehmer, Arbeitnehmer, Beamter, Angehöriger freier Berufe, Handwerker, Bauer, Rentner oder sogar Unterstützungsempfänger. Jeder zahlt mit, ob arm oder reich, ob er will oder nicht. Was wir sozialpolitisch tun und was Geld kostet – und meistens kostet die Sozialpolitik Geld –, kann zwar nicht exakt im voraus danach berechnet werden, wer die Kosten trägt. Aber wir wissen doch sehr genau, daß den Arbeitnehmer nicht nur sein eigener Beitragsanteil zur Sozialversicherung belastet, daß nicht nur seine eigenen Steuern auf dem Umweg über öffentliche Kassen sich zum Teil in soziale Leistungen verwandeln, sondern daß auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die Urlaubs- und Freizeitkosten und sonstigen Sozialaufwendungen sich über die Preise in Einkommensminderungen ganz anderer Gruppen niederschlagen können, als es der Gesetzestext vermuten läßt. Das gilt um so mehr, je größer die Beiträge sind, die für eine Umverteilung der Einkommen aufgebracht werden müssen.

Hier liegen die eigentlichen wirtschaftlichen Probleme der sozialen Sicherung. Und wenn wir davon reden, dann werfen uns die Sozialdemokraten vor, wir wollten den sozialen Rechtsstaat einengen. Wir sind dagegen der Meinung, daß der soziale Rechtsstaat bedingungslos gilt und aus seiner Natur heraus keine Grenzen kennt. Worauf es aber ankommt, ist der Versuch zur realistischen Erfassung der Zusammenhänge und der Aufruf zur Redlichkeit in der Wiedergabe der Erkenntnisse. Die Sozialdemokraten lassen keine Gelegenheit aus, bei der sozialpolitischen Gesetzgebungsarbeit auf eine Lastenverteilung in Richtung auf den Arbeitgeber und den Staat hinzuwirken. Sie wagen aber nie, den breiten Massen der Bevölkerung zu sagen, daß sie auch dann höher belastet werden, wenn angeblich der Arbeitgeber und der Staat den größten Teil der Aufwendungen zu tragen verpflichtet werden. Das ist keine Redlichkeit in der Sozialpolitik, und gegen diese bewußte Täuschung der Öffentlichkeit wenden wir uns mit Nachdruck. Sie werden mir beipflichten, wenn ich hinzufüge, daß bei Kenntnis dieser Zusammenhänge ein gedankenloses Fortfahren in alten Geleisen sittlich ebenso wie wirtschaftlich unverantwortbar ist. Die Sozialpolitik

in der Marktwirtschaft steht jeden Tag vor der Aufgabe, ernsthaft zu prüfen, wieweit die Primäreinkommen noch belastet werden dürfen und wie die aus der Umverteilung von Milliardenbeträgen gewonnenen Mittel verwendet werden. Sie muß sich immer wieder aufs neue die Frage vorlegen, ob diese Mittel nicht unter veränderten Bedingungen sinnvoller und erfolgversprechender eingesetzt werden können. Ich habe von dem Arbeitnehmer gesprochen, der – wenn auch auf höherer Einkommensstufe als früher – doch in den meisten Fällen immer noch von der Hand in den Mund lebt. An diesem Zustand, den wir für höchst unbefriedigend, aber durchaus für überwindbar halten, ändert eine noch so notwendige zweite Einkommensverteilung gar nichts. Mit diesem Phänomen – und das werde ich gleich noch ganz kurz ausführen – sollten sich die deutschen Gewerkschaften mehr beschäftigen. Diese sogenannte zweite Einkommensverteilung hat im Gegenteil die Tendenz, den unbefriedigenden Zustand zu verewigen. Wir müssen neue Wege finden, nicht um die soziale Sicherung alten Stils einzuschränken, sondern um sie, soweit sie erforderlich ist, durch eine zusätzliche Sicherung aus dem Primäreinkommen zu ergänzen. Mit anderen Worten: Wir müssen für die Vermögensbildung der breiten Schichten, wofür wir Ansatzpunkte geschaffen haben, endlich durchschlagende Lösungen finden.

Ich brauche Ihnen die staatspolitischen, sozialen und menschlichen Vorzüge der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht im einzelnen zu nennen und zu begründen. Darüber ist viel gesprochen und viel geschrieben worden. Wir haben uns in Karlsruhe und in Köln mit dieser Frage beschäftigt. Es ist auch einiges schon getan worden. Sie kennen die vielfältigen Maßnahmen der Sparbegünstigung, der Förderung des Eigenheimbaues und der Privatisierung des Bundesbesitzes. Aber ich stelle im Angesicht des kritischen Publikums eines Parteitages dennoch fest: Es ist auf diesem Gebiet bisher nicht genug getan und wir haben uns die Frage zu stellen, was wir außerdem noch tun können. (Beifall.) Gibt es darauf eine Antwort? Ich weiß, daß es ein schwieriges Unterfangen ist, das hier zu versuchen. Ich will es aber tun und mich ganz kurz auf einige wesentliche Dinge beschränken.

Wenn von Sozialpolitik und sozialen Maßnahmen gesprochen wird, dann stellen sich die Herren Sozialdemokraten immer vor: Da muß man vom Staat reden. Und gelegentlich wird in einigen Organisationen auch einmal von der Person dabei gesprochen. Aber zwischen dem Staat und der Person, da gibt es doch kein Vakuum der Aktivität. Wir haben doch eine interessante Neuerscheinung in unserer demokratischen Ordnung, nämlich die Verbände. Es sind Verbände der unterschiedlichsten Art. Mit Absicht nenne ich keinen jetzt, weil ich mich nicht an den einen wenden und den anderen auslassen möchte. Es ist doch, meine lieben Freunde, nicht einzusehen, daß sie immer nur den Staat unter Druck setzen sollen, um dadurch ihre Existenzberechtigung zu beweisen. (Beifall.) Nein, sie sollten endlich einmal durchstoßen zu der Erkenntnis, daß sie staaterhaltende Funktionen haben und daß

sie diese sträflich vernachlässigen, wenn sie aus Verbandsegoismus diese ihre Funktion aus dem Auge verlieren, wofür es leider in unserer Bundesrepublik zahlreiche Beispiele gibt. (Beifall.) Auch die Verbände – ja ich habe soviel Mut zu sagen, auch die Verbandskapitäne – tragen in dem Maße Verantwortung, wie sie Freiheit für sich in Anspruch nehmen. Aber nicht nur Verantwortung für ihre Mitglieder, sondern Verantwortung für das Ganze, für die Gesellschaft, für den Staat. (Beifall.)

Weil ich von dieser Grundvoraussetzung ausgehe, bekenne ich mich nach wie vor zur Tarifautonomie. Das hat gar nichts mit der Frage zu tun, ob alle Ordnungen, in denen sich diese Autonomie abspielt, noch zeitgemäß sind. Ich will das gar nicht hier untersuchen. Aber ich gehe davon aus: Wenn wir den Tarifvertragsparteien das Recht der freien Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen entziehen, dann würden wir ihnen ja helfen, aus der Verantwortung für das Gemeinwohl auszusteigen. Wir müssen im Gegenteil verlangen, daß sie mehr Verantwortung empfinden, mehr Verantwortung für das Ganze an den Tag legen, mehr Vernunft und mehr Erfindungsreichtum walten lassen.

Die alten Spielregeln der Tarifpolitik sind nicht unabänderlich und das Gesetz der Trägheit gilt natürlich auch im Verbandsrahmen. Aber das, was für manche Funktionäre als Neuerung unbequem erscheinen mag, braucht doch deshalb noch nicht ganz falsch zu sein. Man muß sich immer aufs neue besinnen, wenn man es mit anderen Verhältnissen zu tun hat; denn in nichts gleichen doch die Verhältnisse von heute mehr denjenigen, die herrschten, als die Tarifvertragsparteien begannen, diese ihre Vertragsfreiheit zu praktizieren. Wie ein schützender Schirm breiten sich heute Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung über die Arbeitnehmer aus. Wir haben steigende Produktivität und wachsendes Einkommen. Insoweit wäre ja alles in Ordnung. Aber wir haben auch wachsende Vermögen, und da ist eben nicht alles in Ordnung. Der weitaus größte Teil der auf die Privatwirtschaft entfallenden Neuvermögen bildet sich dort wo bereits Vermögen vorhanden ist. Und zu dieser Vermögensbildung tragen die vor allem bei, die als Erwerbstätige oder Verbraucher doch gleichberechtigte Mitglieder unserer Wirtschaftsgesellschaft sind. Wir wollen eine freie Wirtschaft, und deshalb bejahen wir das Privateigentum, ja wir bejahen auch das Einkommen, das der Besitz vom Vermögen abwirft. Was wir aber nicht anzuerkennen brauchen, das ist die einseitige Verteilung. Daß die heutige Vermögensverteilung die soziale Gerechtigkeit in Reinkultur sei, das kann doch ernsthaft niemand behaupten. Wir müssen uns fragen, ob dieser Zustand bei weiter steigendem Einkommen nicht der Idee widerspricht, die Pius XII. in die Worte gekleidet hat: „Die Persönlichkeitswürde des Menschen erheischt also das persönliche Nutzungsrecht an den Gütern der Erde als normale und naturgemäße Lebensgrundlage. Dem entspricht die grundsätzliche Forderung des Privateigentums, soweit möglich für alle.“ Und Papst Johannes XXIII. sagt in „Mater et Magistra“: „Wir

können nicht umhin, hier auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß heutzutage in vielen Wirtschaften die mittleren und großen Unternehmen, und dies nicht selten, eine schnelle und gewaltige Entwicklung ihrer Erträge erreichen durch Selbstfinanzierung. In solchen Fällen glauben wir sagen zu können, es sollten die Gesellschaften den Arbeitern entsprechende Ansprüche in diesem Zusammenhang zuerkennen, besonders wenn ihr Entgelt das Lohnminimum nicht übersteigt.“

Wir haben vor zwei Jahren alle im christlich-sozialen Bereich tätigen Arbeitnehmerorganisationen aus den beiden großen Konfessionen zu einem Ständigen Kongreß der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft zusammengefaßt. Und uns freut es, daß gerade in diesen Tagen auch maßgebliche Männer der Evangelischen Kirche sich zu dem gleichen Anliegen geäußert haben. In der evangelischen Denkschrift „Eigentum in sozialer Verantwortung“ heißt es:

„Eine Ordnung, die eine einseitige Anhäufung von Eigentum am Produktivvermögen begünstigt, die große Masse der damit arbeitenden Menschen aber davon weithin ausschließt, kann zwar unter bestimmten Umständen einer Stärkung der Produktivkraft der Wirtschaft dienlich sein, sie entspricht aber nicht den Grundsätzen einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts.“

Ich stehe nicht an, im Namen meiner Freunde, insonderheit der Arbeitnehmerschaft in der Christlich Demokratischen Union heute und hier zu erklären, wie sehr wir Arbeitnehmer uns darüber freuen, daß eines unserer zentralsten Anliegen seine ethische Fundierung in diesen Äußerungen der Kirche findet. (Beifall.) Und ich möchte hinzusetzen: Für die Sozialdemokraten, die neuerdings in neugewonnener Religiosität machen, ist das wiederum ein Hinweis darauf, daß am Anfang einer neuen sozialen Entwicklung wie in der Vergangenheit das gewichtige Wort der großen christlichen Konfessionen steht. (Beifall.) Wir – wie ich sagte – freuen uns darüber. Haben wir aber diese Feststellung als richtig erkannt, so ist es unsere Pflicht, daraus die Konsequenzen zu ziehen, da der weitaus überwiegende Teil des Volkes sein Einkommen vorwiegend in der Form des Lohnes für abhängige Arbeit bezieht. Wie ich es dargestellt habe, liegt es nahe, den Hebel für verstärkte Vermögensbildung in den breiten Bevölkerungsschichten bei der Lohnpolitik anzusetzen.

Ich brauche nicht zu wiederholen, was Professor Erhard hier über die Gesetzmäßigkeit, die in diesen Dingen liegt, gesagt hat. Die Erfahrung der Vergangenheit jedenfalls zeigt, daß mit Hilfe der heutigen Lohnpolitik der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen nicht oder doch nicht wesentlich vergrößert werden kann. Der Versuch, dennoch durch entsprechende Lohnerhöhungen eine andere Verteilung des Vermögenszuwachses zu erreichen, der ist leider – und das müssen gerade wir Arbeitnehmer aussprechen – zwangsläufig mit der Tendenz verbunden, die Preisstabilität zu gefährden. Deshalb sind wir, die Tarifparteien, aufgerufen, neue Wege zu beschreiten.

Man kann die berechnete Forderung der Arbeitnehmer nach einem höheren Anteil am Volkseinkommen durchaus mit dem Bestreben der Bundesregierung zu verstärkter Vermögensbildung in breiten Schichten bei gleichzeitiger Erhaltung des Geldwertes in Einklang bringen. Das würde dann geschehen, wenn die zusätzlichen Einkommen der Arbeitnehmer aus Lohnerhöhungen nicht mehr in voller Höhe für Konsumzwecke ausgegeben, sondern wenigstens zum Teil zeitweise vermögenswirksam angelegt werden.

Und weil auch wir staatlichen Zwang verabscheuen, deshalb, meine Damen und Herren, und weil Anreize durch Prämiensteuervergünstigungen und Befreiungen von den Sozialversicherungsbeiträgen nicht ausreichen – wie die Erfahrungen gelehrt haben –, deshalb glauben wir, daß diese Anreize mit einer neuen Lohnpolitik kombiniert werden müßten; diese aber setzt die Einsicht der Tarifvertragsparteien in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge voraus.

Sehen die Arbeitnehmer ein – und warum sollten sie es eigentlich nicht –, daß nur soviel verbraucht werden kann, wie an Konsumgütern produziert wird, Vermögensbildung aber ein wirksames Mittel ist, ihren Anteil am Volkseinkommen zu vergrößern und sie am Produktionsmittel zu beteiligen, so werden sie auch damit einverstanden sein, daß ein Teil der Lohnsteigerungen vermögenswirksam angelegt wird.

Und sehen andererseits die Arbeitgeber ein – und warum sollten nicht auch diese es einsehen –, daß eine breite Streuung des sich neu bildenden Vermögens auch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt, so werden sie doch, so hoffe ich, gleichfalls geneigt sein, aus dieser Erkenntnis beim Abschluß von Tarifverträgen die Folgerung zu ziehen. Um der Vollbeschäftigung, um der Währungsstabilität als der Grundlage alles unseren sozialpolitischen Wollens willen müssen wir fordern, daß diese Einsichten gewonnen werden. Denn eine Einigung der Tarifvertragsparteien auf Kosten der Geldwertstabilität dient niemandem, nicht einmal denen, denen diese Lohnerhöhung zugute kommt. (Beifall.) Ich muß hier darauf verzichten, Einzelheiten darzulegen. Ich weiß, daß noch eine Fülle von Fragen der Beantwortung bedarf. Ich weiß aber auch, daß wir in Karlsruhe und Köln jeweils, wenn wir darüber gesprochen haben, kurz darauf Ansätze praktischer Gestaltung gefunden haben. Daher weiß ich, meine Damen und Herren, daß auch von diesem Parteitag wiederum die Anregung ausgehen wird, mit der praktischen Gestaltung zu beginnen. Eine Fülle von Fragen bedarf sicher noch der Beantwortung. Man kann aber nicht sagen, daß die hier angedeutete Grundlinie des zukünftigen Vorgehens, wie sie auch von den beiden großen Konfessionen bejaht wird, verhängnisvoll, ja sogar falsch sei.

Ich bin der festen Zuversicht, daß es uns auf dem vorgeschlagenen Wege gelingen wird, das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand für alle noch günstiger und reibungsloser zu entwickeln. Ich bin sicher, die Allgemeinheit, die Verbraucher und Sparer würden es sehr begrüßen, wenn dadurch der Einfluß der Lohnpolitik auf das Preisniveau abgeschwächt würde und viel Zündstoff aus dem Verhältnis zwischen

den Tarifpartnern verschwände. Ich bin davon überzeugt, daß die Vermögensbildung in breiten Volksschichten der sozialen Befriedung dient und mit zwingender Folge die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festigt. Hier liegen die Möglichkeiten neuer Sozialpolitik vor uns!

Die Chance des Handelns ist uns gegeben, wir sollten sie nützen. Die soziale Bewährung der Wirtschaft, so sagte ich und wiederhole es, erfolgt nicht automatisch, sondern nur durch unser aller Zutun. Wir müssen uns geistig und sittlich den gewandelten Verhältnissen gewachsen zeigen. Wie jede Generation stehen auch wir vor neuen sozialen Aufgaben. Sie können nicht mehr allein mit den Methoden der Vergangenheit gelöst werden. Wohlstandsgesellschaft und gerechte soziale Ordnung sind nicht von Natur aus identisch. Um sie mit einander in Einklang zu bringen, bedürfen wir mehr als des überkommenen Instrumentariums der Sozialpolitik.

Das gegenwärtig Neue nun mit Mut und Tatkraft anzupacken und das Bewährte, Notwendige zu erhalten, das gibt erst in seiner Addition die soziale Politik, die wir zum Wohle freier Menschen in einer freien Gesellschaft für die richtige halten. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall.)

Präsident DICHTEL:

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf wohl in Ihrer aller Namen auch dem Herrn Arbeitsminister für seine Ausführungen herzlichst danken. (Beifall.)

Darf ich vielleicht dazu folgendes sagen. Vor etwa 40, 45, 50 Jahren ist eine große Menge von Freunden, die sich hier im Saal befinden – darunter auch der Herr Arbeitsminister; ich persönlich zähle mich ebenfalls dazu –, unter dem gemeinsamen Gesetz: „Für soziale Besserung und soziale Gerechtigkeit“ angetreten. Wenn wir heute Rückschau halten, können wir mit dem Herrn Arbeitsminister eine Feststellung treffen: Der Aufstieg und die Besserstellung der Arbeitnehmerschaft sind nicht nach den Prinzipien des Sozialismus, sondern nach den Prinzipien der christlichen Soziallehre erfolgt. (Beifall.) Die damaligen Vorstellungen der Sozialisten von Revolution, Klassenkampf, Sozialisierung und klassenloser Gesellschaft sind längst über Bord geworfen. Heute fällt es gerade diesen Kreisen sehr schwer, sich einen neuen Standort zu erarbeiten.

Eines können wir feststellen: Die christliche Soziallehre brauchte nicht reformiert zu werden. Sie ist immer noch das, was sie früher war. Nach diesen Prinzipien arbeiten wir heute in der CDU weiter mit Erfolg für die Arbeitnehmerschaft. Die Arbeitnehmerschaft ist nicht im Schatten geblieben. Die sozialen Leistungen für die Opfer der Arbeit, für die Alten und für die Pensionäre werden heute, nachdem die Vermögensbestände infolge des zweiten Weltkrieges vernichtet worden sind, in einem gerätartigen Maße gewährt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang besonders einiger alter verdienter Freunde gedenken und ihnen danken. Insbesondere Ihnen, Herr Arbeitsminister, darf ich danken; in diesen Dank darf ich unseren langjährigen Arbeitsminister Storch einbeziehen. (Beifall.) In dieser Stunde darf ich auch das Andenken an große Männer der christlichen Arbeiterbewegung wie Stegerwald, Otte, Wieber und Tremmel wachwerden lassen; (Beifall) besonders darf ich das Andenken an unseren so außerordentlich verdienten Parteifreund Kaiser wachrufen; (Beifall) er hat sein Lebenswerk gerade in der Lösung der sozialen Frage gesehen. Eines dürfen die Arbeitnehmer der christlichen Seite sagen: ihr Arbeiten war nicht ohne Erfolg.

Aussprache

Damit kommen wir zur Generalaussprache. Als erster hat das Wort Herr KRÜGER, *MdB, Landesverband Oder/Neiße* (mit Beifall begrüßt):

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die letzte Bundestagswahl hat der Gesamtdeutschen Partei einen Rückgang der Stimmen in einem Maße gebracht, wie wir wohl nicht erwartet hätten. Wir sollten aber nicht dem Irrtum verfallen, als ob die Probleme der Vertriebenen und Flüchtlinge vollständig gelöst seien.

Gewiß können wir mit Befriedigung feststellen, daß es gerade durch die erfolgreiche Politik unserer Partei in den 13 Jahren, in denen sie die Verantwortung getragen hat, ermöglicht worden ist, daß Millionen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen einen Arbeitsplatz gefunden, ihre Gleichstellung erreicht haben und in die Bundesrepublik hineingewachsen sind. Wir wollen uns aber darüber klar sein, daß bei vielen dieser Menschen eine soziale Umschichtung stattgefunden hat. Ich möchte dazu auf meine Ausführungen auf dem Parteitag von Karlsruhe verweisen. Dort habe ich zum Ausdruck gebracht, daß hier eine gesellschaftspolitische Aufgabe für unsere Partei vorliegt, der wir gerecht werden müssen. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen. Ich glaube, heute feststellen zu können, daß in diesem Punkte noch manches besser werden muß. (Beifall.) Es geht dabei insbesondere um die Beteiligung am politischen Leben. Hier muß noch manches besser werden. Dieser Personenkreis muß daran so beteiligt werden, wie es der Größe seines Anteils an der Bevölkerung entspricht.

Dann sind noch andere Fragen zu regeln. Ich denke daran, daß Hunderttausende noch nicht einen solchen Platz gefunden haben, wie wir ihn für sie wünschten. Auch für diesen Bundestag bleiben noch verschiedene Aufgaben übrig. Die Eingliederung der vertriebenen Bauern und Landwirte ist ein Problem, das uns noch lange Zeit beschäftigen wird. Die CDU muß ihm auch in Zukunft ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Dann spielt die Frage der Stichtage eine Rolle. Ich denke hier insbesondere an den Stichtag vom 31. Dezember 1952 beim Lastenausgleichsgesetz. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler dafür dankbar, daß er einen besonderen Kabinettsausschuß einsetzt, der diese Frage in den den nächsten Monaten überprüfen soll. Wir dürfen nur wünschen und

hoffen, daß dieser Ausschuß ein befriedigendes Ergebnis erarbeiten wird. Eine Verbesserung auf einigen Gebieten des Lastenausgleichs, vor allem die Beschleunigung der Lastenausgleichszahlungen, muß nach wie vor ein besonderes Anliegen unserer Partei sein.

In der Regierungserklärung wurde eine besondere Berücksichtigung der Probleme der Flüchtlinge angekündigt. Ich glaube, daß es ein besonderes Anliegen unserer Partei sein sollte, dafür zu sorgen, daß das, was auf diesem Gebiet erforderlich ist und durchgeführt werden muß, von diesem Bundestag erledigt wird. Es ist wohl die Aufgabe unserer Partei, hier besonders vorbildlich tätig zu sein.

Unsere führenden Persönlichkeiten haben auf dem großen Treffen der Vertriebenen und der Landsmannschaften auf die Verdienste der Vertriebenen bei dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes hingewiesen. Man darf wohl immer wieder wiederholen, daß ein solcher Wiederaufbau gar nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht dieser vom Schicksal besonders schwer geschlagene Bevölkerungsteil sich mit dieser Energie daran beteiligt hätte. (Beifall.)

Darüber hinaus sollte man aber immer wieder feststellen, daß gerade die staatspolitische Haltung dieses Bevölkerungsteils in den vergangenen Jahren besonders anerkannt werden muß. (Beifall.) Er hat durch sein Verhalten gezeigt, daß er den allgemeinen staatspolitischen Notwendigkeiten sich unterzuordnen, immer bereit gewesen ist. Wir begrüßen aus dieser Situation heraus im besonderem Maße, was der Herr Vizekanzler in den letzten Monaten von Maßhalten gesprochen hat, um unsere Währung zu erhalten. Denn das ist natürlich das A und O für diesen Bevölkerungsteil, insbesondere für den, der durch seinen Fleiß erhebliche Ersparnisse gemacht hat, dessen magerer Lastenausgleichsanspruch noch nicht zur Auszahlung oder nur in verhältnismäßig geringem Umfange zur Auszahlung gekommen ist. Es liegt auf der Hand, daß die Erhaltung der Währungsstabilität notwendig ist, um diesem Bevölkerungsteil insbesondere das angediehen zu lassen, was zur Alterssicherung hier von ihm in diesen Jahren erworben worden ist. (Beifall.) Ich glaube, daß hier eine besondere Aufgabe der Christlich Demokratischen Union liegt, nämlich dafür zu sorgen, daß diese Voraussetzung erhalten bleibt.

Wenn ich jetzt noch einige Ausführungen zum heimatpolitischen Raum mache, der in die Außenpolitik hineingreift, dann lassen Sie mich zunächst auf folgendes hinweisen: Es ist vielleicht eine banale Erklärung, wenn ich hier eine Feststellung treffe. Daß wir in unserer Ostpolitik noch zu keinem anderen wirklichen Erfolge gekommen sind, ist ja doch letzten Endes das Ergebnis dieses Krieges, das den sowjetischen Machtbereich bis in das Herz Mitteleuropas vorgeschoben hat.

Ich denke bei dieser Feststellung an das Memorandum der Acht, das der Bundesrepublik den Vorwurf gemacht hat, sie habe die Bevölkerung nicht ausreichend aufgeklärt.

Meine Damen und Herren! Die Situation, wie sie seit 1945 besteht, müßte jedem Staatsbürger klarmachen, daß wir uns in einer sehr ge-

fährlichen Lage hier im mitteleuropäischen Raum in der Bundesrepublik befinden. Und daß die Politik der Bundesregierung zur Sicherung dieser Bundesrepublik und zur Erhaltung der Freiheit durchgeführt worden ist, das sollte eigentlich jedem klar sein. Aber es sollte auch jedem etwas anderes klar sein: Schon seit 1949 hat die Bundesregierung eine Konzeption in der Frage des deutschen Ostens vertreten, die in verschiedenen Erklärungen, Regierungserklärungen und Erklärungen des Bundestages *) selbst ihren Niederschlag gefunden hat, und die vor allen Dingen auch von den Betroffenen selbst, von den Vertriebenen und Flüchtlingen, anerkannt worden ist.

Ich weiß nicht, ob jeder der acht bedeutenden Männer, die dieses Memorandum verfaßt haben, die alle in ihrem Beruf eine große Bedeutung haben und die große Erfolge gehabt haben, sich einmal Gedanken darüber gemacht hat, daß es gerade in diesem Punkte in den ganzen Jahren gelungen ist, eine einheitliche Linie zwischen Bundesregierung, zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien zu finden. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler deswegen besonders dankbar, daß er gegenüber diesen verschiedenen Erklärungen mir im April dieses Jahres bestätigt hat, daß an der Politik der Bundesregierung festgehalten wird. (Starker Beifall.)

Die Politik der Bundesregierung geht ja dahin, daß man einmal, so wie es die Potsdamer Konferenz beschlossen hat, von den Grenzen von 1937 ausgehen soll und daß die endgültige Regelung in einem Friedensvertrag von einer gesamtdeutschen Regierung getroffen werden soll. Das ist eine Fassung, der nach meiner Überzeugung jeder deutsche Staatsbürger zustimmen kann, und es ist gleichzeitig eine Stärke, wenn alle politischen Kräfte zu dieser Politik der Bundesregierung sich bekannt haben. Sollte nicht jeder Deutsche, der natürlich nach unserem Grundgesetz die freie Meinungsäußerung hat, dann, wenn er zu dieser Schicksalsfrage unserer Nation sich äußert, sich nicht einmal darüber Gedanken machen, warum denn hier eine solche Übereinstimmung zwischen Bundesregierung, Regierungsparteien und Oppositionsparteien in den ganzen Jahren bestanden hat? Ich glaube, wenn man sich das einmal überlegt, kann man erwarten, daß jeder Deutsche in dieser Frage sich einer gewissen Disziplin unterwirft. (Lebhafter Beifall.)

Damit bin ich am Schlusse meiner Ausführungen. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß es eine besondere Aufgabe auch dieses Parteitages ist, dem Herrn Bundeskanzler eine wiederholte Zustimmung zu dieser Politik zu geben. (Starker Beifall.)

Präsident DUFHUES:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße die von unserem Parteifreund Krüger abgegebenen Erklärungen und seinen Diskussionsbeitrag – Erklärungen, die ich mir auch selbst zu eigen mache. (Lebhafter Beifall.)

*) vergl. Bundestagssitzung v. 13. 6. 1950, einstimmig angenommene Erklärung des Alterspräsidenten Löbe: „Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichtes zu betreiben“.

Damit verbinde ich den Dank an unseren Parteifreund Krüger und an alle Parteifreunde aus dem Lager der Vertriebenen und Flüchtlinge (Beifall) für die maßvolle und zugleich feste Haltung, die sie in ihren politischen Entscheidungen und ihrem politischen Verhalten zum Ausdruck gebracht haben.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch benutzen, um den Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen für das zu danken, was sie zum Wiederaufbau Deutschlands geleistet haben. Ohne ihre Mitarbeit wäre Deutschland nicht wiedererstanden. (Besonders starker Beifall.)

Ich erteile das Wort unserem Parteifreund

Ludwig PFEIL (Rheinland-Pfalz):

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nicht umsonst wurde in allen Referaten, die bis jetzt hier gehalten wurden, eine Erscheinung angesprochen, die uns wohl alle mit großer Sorge erfüllt, nämlich das vorherrschende Denken im Gruppenegoismus. Die organisierten Gruppeninteressen – so meine ich – stehen heute derartig im Vordergrund des öffentlichen Bewußtseins und im Blickpunkt der Öffentlichkeit, daß von daher eine große politische Lethargie in unserem Volk festzustellen ist, weil viele Menschen der Meinung sind, daß die eigentlichen Entscheidungen in diesem Raume fallen und nicht mehr im Raume der Politik.

Ich glaube, es wird Zeit, daß wir uns Sorge darum machen, diese Lethargie zu überwinden, daß wir uns dessen besinnen, daß es die letzte und höchste Aufgabe des Staates ist, die Gesellschaft auf das Allgemeinwohl hin zu ordnen und daß die Gruppeninteressen dort ihre Grenzen finden müssen, wo das Allgemeinwohl angesprochen ist. (Lebhafter Beifall.) Ich meine, in dieser Richtung liegt auch der Satz unseres Herrn Bundeskanzlers, der in seiner gestrigen Rede ausgeführt hat, daß die Sozialpartner nicht die höchste Macht im Staate darstellen können, und ich meine, daß wir Wege finden müssen, Wege, die nicht darauf abzielen, diese gesellschaftlichen Gruppierungen nun völlig beiseite zu schieben, sondern die es ermöglichen, ihnen den Platz zuzuweisen, der ihnen zukommt, und dem Staat es ermöglichen, die Aufgabe zu erfüllen, die seine erste ist, nämlich die Ordnung der Gesellschaft auf das Allgemeinwohl hin.

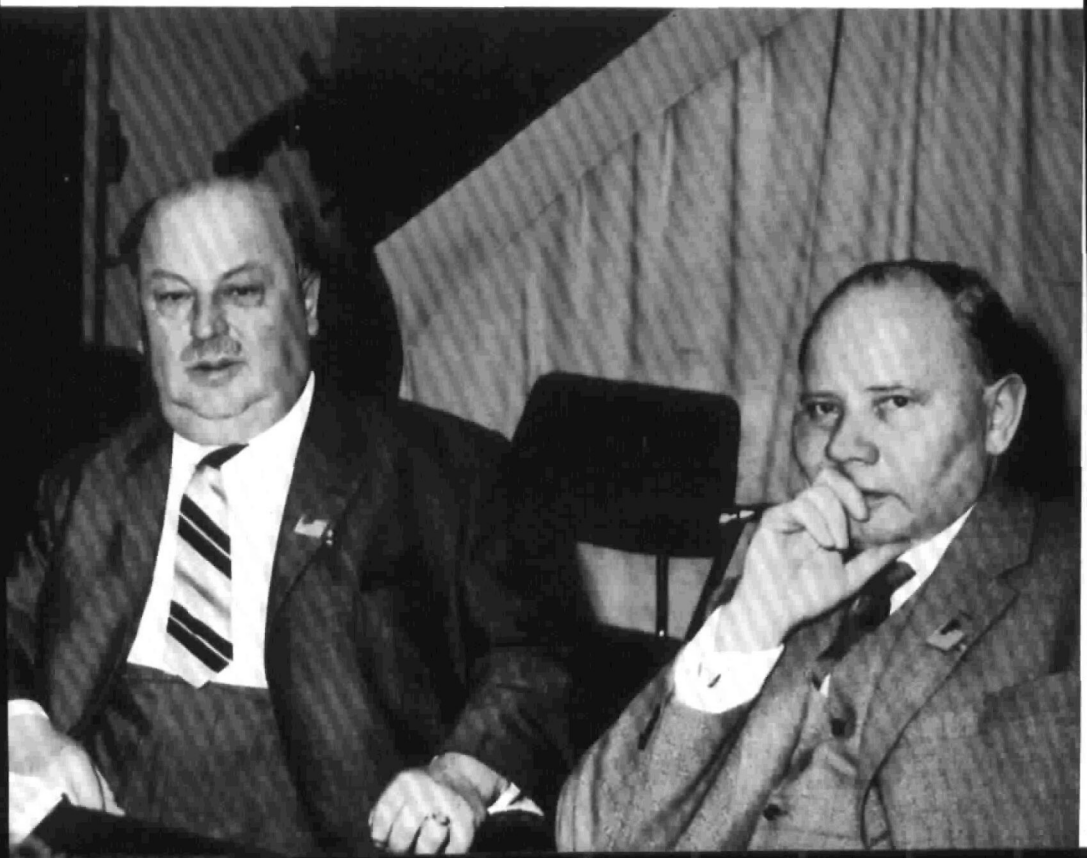
Lassen Sie mich auch noch ein Wort zur Parteireform sagen. Ich glaube nicht, daß es unsere Auffassung ist, daß die Parteireform nur organisatorischer Art sein soll (Lebhafter Beifall.) und daß sie mit den uns vorliegenden Satzungsänderungen ihre Erledigung finden soll. Ich bin auch überzeugt, daß das nicht die Auffassung der Bundesspitze der Partei ist. Ich bin vielmehr der Meinung, daß diese Parteireform auch Impulse bis in die Kreisverbände unserer Partei hinein geben muß.

Hier möchte ich eines ansprechen; das ist die politische Bildungsarbeit, die von unseren politischen Gegnern vielfach gar nicht einmal im parteipolitischen Bereich geleistet wird, sondern in den ihnen zugeneigten und von ihnen unterwanderten Organisationen. Hier wird eine Arbeit

Bundesminister Dr. Krone und
Bundestagsabgeordneter Krüger,
Präsident des Bundesverbandes
der Vertriebenen



Der Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung Theodor Blank und der
Bundesschatzmeister der CDU
Prof. Burgbacher, MdB





Der Bundeskanzler beim Presse-Empfang:
Schnelle Antworten auf viele Fragen

getan, über deren Qualität man vielleicht streiten kann, die aber ihre Auswirkungen hat, sehr gefährliche Auswirkungen für die CDU. Ich bin der Auffassung, daß wir gerade hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit eine Menge in unserer Partei aufzuholen haben. Es wird Aufgabe der neuen Parteispitze sein, auch in dieser Richtung dafür zu sorgen, daß bis in die Kreisverbände hinein Entscheidendes geschieht, um die Menschen von dem zu überzeugen, was die Christlich-Demokratische Union in den vergangenen Jahren geleistet hat, und um uns in die Lage zu versetzen, weiterhin mit Recht in diesem Volke und in diesem Staate der entscheidende politische Faktor zu bleiben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Präsident Dr. EVEN:

Ich danke unserem Parteifreund Ludwig Pfeil aus Rheinland-Pfalz für seine Ausführungen. Ich hoffe, daß seine Anregungen nicht nur hier im Plenum auf fruchtbaren Boden gefallen sind, sondern ihre Konkretisierung heute nachmittag im Arbeitskreis III finden mögen.

Ich erteile nunmehr das Wort unserem Parteifreund und Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion

Dr. Fritz HELMWIG:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Aussprache, die sich anschließt an drei grundlegende Referate, an das Referat des Herrn Bundeskanzlers, an das Referat des Herrn Bundeswirtschaftsministers und das des Herrn Bundesarbeitsministers, liegt es nahe, auch aus der Sicht europäischer Entwicklung eine gemeinsame Linie hier noch einmal zu unterstreichen.

Es ist zunächst aus der politischen Betrachtung über unsere Lage eines deutlich geworden, deutlich hinsichtlich unserer politischen und hinsichtlich unserer gesamten Stellung in der freien Welt, daß so wie für uns auch für die anderen freien Länder in Europa die Zeit eigener nationaler Existenz vorbei ist und daß keiner von uns mehr in der Lage ist, allein, auf sich allein gestellt, die Freiheit zu verteidigen. Aus dieser politischen und kräftemäßigen Situation ist die Konsequenz gezogen worden. Daß wir aber auch nicht mehr imstande sind, in der modernen weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine nationalstaatliche Eigenexistenz weiterzuführen, eine nationalstaatliche Eigenpolitik zu machen, das muß immer noch deutlich herausgearbeitet werden, genau wie im politischen Bereich, im Bereich der Sicherheit im allgemeinen, so auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Wir sind nicht mehr in der Lage, etwa eine autarke Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen. Das ist deutlich geworden in der Feststellung, die die beiden Vorredner heute morgen hier ausgesprochen haben, daß die großen Entscheidungen unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, unserer gesellschaftspolitischen Weiterentwicklung nicht mehr im luftleeren Raum zu treffen sind, sondern daß sie sich in der Kenntnis und in der Erwartung der europäischen Einigung und weltweiter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu vollziehen haben. Der Gemeinsame Markt – um ganz konkret zu werden –, zu dem sich sechs Länder zu-

sammengeschlossen haben, mit denen wir aufs engste zusammenarbeiten, er ist bereits eine Realität, und das Klima des Wettbewerbs, das Klima der Wirtschafts- und sozialen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern springt auf die anderen Mitgliedsländer über und muß bei den dortigen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Wir sind nicht mehr im luftleeren Raum, wir müssen uns dieser größeren Gemeinschaft stellen, und wir müssen uns den Konsequenzen stellen, die von ihr ausgehen! Wenn wir für die Zukunft unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung die Chancen des großen Gemeinsamen Marktes bejahen und ausnützen wollen, so müssen wir uns andererseits auch dem Druck stellen, der von dem schärferen Wettbewerb mit einer Vielzahl neuer Konkurrenten in diesem größeren Markt ausgeht.

Damit sind bestimmte Weichen vorgezeichnet für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der kommenden Zeit. Ich bin nicht der Meinung, daß ich hier nun schon Einzelheiten dazu diskutieren sollte. Das wird im Arbeitskreis geschehen. Aber wenn wir den Gesamtrahmen hier zur Diskussion gestellt haben, dann gehört zu der politischen Orientierung auch dieser Blick auf die Konsequenzen der Integration im wirtschaftlichen Bereich. (Lebhafter Beifall.)

Die Erfolge dieses Weges zur europäischen Wirtschaftsintegration sind mehrfach beschrieben worden. Wer von uns denkt noch daran, daß es gerade zehn Jahre her sein werden, daß der Vertrag über die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Kraft getreten ist? Herrscht nicht heute schon die Vorstellung, als wenn es nie anders gewesen wäre? Wer von uns denkt daran, daß erst vier Jahre vorbei sind, seitdem die Anwendung des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat? Wir haben erfolgreich die erste Phase der EWG, eben diese vier Jahre, hinter uns gebracht. Die Erfolge sind besonders darin deutlich geworden, daß beschleunigt der Abbau der Zölle innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgenommen werden konnte. Am 1. Juli dieses Jahres werden die Zölle innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Hälfte des Standes reduziert sein, den sie vor Errichtung dieser Gemeinschaft hatten. Das bedeutet, daß nunmehr der erste Schritt zur Herstellung der Zollunion im ganzen getan ist.

Wir stehen nun vor der zweiten Phase. Auf die Zollunion hat auch die Wirtschaftsunion zu folgen. Das bedeutet die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen, wie sie sich aus der Vielzahl nationalstaatlicher Systeme entwickelt haben, eine Beseitigung aller jener Hindernisse für einen echten Leistungswettbewerb in diesem Gemeinsamen Markt. Das stellt an die deutsche Gesetzgebung viele Anforderungen, beispielsweise auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat die Problematik der Besteuerung im grenzüberschreitenden Verkehr unterstrichen. Das ist nur eines von vielen Beispielen; aber ich glaube, man muß einfach den Mut haben, auch in der innerdeutschen Gesetzgebungsarbeit nunmehr die Weichenstellung fortzusetzen, die für die Integration in diesem Gemeinsamen

Markt, für die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen notwendig ist.

Das gilt ganz besonders dann, wenn es sich um den Fortbestand und die Weiterentwicklung unserer sozialpolitischen Vorstellungen handelt. Wir können sicher nicht Sonderpositionen aufrecht erhalten, die mit künstlichen Mitteln gegen die Konkurrenz anderer Länder in diesem Gemeinsamen Markt abgeschirmt werden. Aber auch umgekehrt sollten wir rechtzeitig vermeiden, daß ein sozialer Stand, der erreicht ist, dadurch gefährdet wird, daß noch Wettbewerbsverzerrungen in diesem Gemeinsamen Markt bestehen zu unserem Nachteil und zum Vorteil der anderen. Ehe also hier abgewogen wird, wo die eigentlichen Ursachen für die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit liegen, sollte man sich bemühen, die Wettbewerbsverzerrungen in diesem Gemeinsamen Markt auch auf anderen Gebieten zu erkennen und rechtzeitig zu beseitigen. Die große Gefahr wäre, daß wir auf dem Gebiet des Abbaus der Zölle, das heißt der reinen Warenlieferungen in diesem Gemeinsamen Markt, zwar ein sehr erfreuliches Tempo haben, daß wir aber nicht Schritt halten mit der Harmonisierung, mit der Anpassung der wirtschafts-, sozial-, steuer- und währungspolitischen Instrumente, die die nationalen Regierungen bisher einzeln angewendet haben. Deshalb wird die Aufgabe des Gemeinsamen Marktes in dieser zweiten Phase weit stärker auf dem Gebiete der Herbeiführung einer echten Wirtschaftsunion liegen, nachdem die ersten sichtbaren Erfolge auf dem Wege zur Zollunion erreicht worden sind.

Ich habe von einigen technischen Fragen gesprochen, ich möchte aber vermeiden, daß dadurch ein Mißverständnis entsteht. Alle Kollegen, die auf der europäischen Ebene – sei es in der Kommission von Brüssel, sei es in der Hohen Behörde – tätig sind, fühlen sich als Mitarbeiter an einer politischen Aufgabe, (Beifall) nämlich zur politischen Einigung und Stärkung Europas beizutragen. Wir sind nicht und wir fühlen uns nicht als Zweckverband für bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiete des Kohlenmarktes, der Stahlpolitik, der Agrarpolitik oder der Steuerfrage, sondern wir betrachten das alles nur als Beiträge zur Erreichung des politischen Zieles, an dessen Ende die Einigung Europas, die Stärkung der freien Welt und insbesondere die Erhaltung der Freiheit für Deutschland und für das deutsche Volk in einem freien und geeinten Europa stehen. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. EVEN:

Ich danke unserem Parteifreund Dr. Hellwig für die Ausführungen. Sie sollten für uns alle Anlaß sein, uns daran zu erinnern, daß wir mit größerem Selbstbewußtsein in die Zukunft blicken sollten und das Europa der 300 Millionen Menschen trotz aller Schwierigkeiten wachsen sehen, daß wir alles daran setzen sollten, um diesen unaufhaltsamen Einigungsprozeß der freien Europäer zu fördern. Hierbei sollten wir vor allen Dingen auch die politischen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Ich gebe nunmehr das Wort Herrn

Dr. WILLEKE, MdB:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Parteivorsitzender, der Herr Bundeskanzler, hat gestern in seiner denkwürdigen Rede darauf hingewiesen, daß das kommende Haushaltsjahr 1963 von uns eine Finanzverfassungs- und eine Steuerreform verlange. Er sagte, dabei müßten Bund, Länder und Gemeinden berücksichtigt werden. Ich möchte hier in dieser Generaldebatte betonen, daß die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union diese Aufgaben sich schon bei dem Kieler Bundesparteitag haben angelegen sein lassen, namentlich die Aufgabe, auch auf dem Gebiete einer Steuerreform, die die Gemeinden mit umfaßt, wichtige Vorarbeiten zu leisten.

Es ist natürlich eine billige Kritik, die wir manchmal von seiten der SPD hören, namentlich im Städtetag und in anderen kommunalen Spitzenverbänden, daß wir mit diesem Problem noch nicht fertig geworden seien. Man könnte aber dabei die Frage aufwerfen: wie ist es denn mit der Gegenseite? Die SPD hat zum Beispiel im Städtetag viele Jahre hindurch die Mehrheit gehabt; jetzt ist sie nicht mehr so stark wegen des Erfolges, den wir bei der letzten Kommunalwahl gehabt haben. Aber immerhin, so frage ich, wer ist denn bei ihnen derjenige, der das Ei des Kolumbus auf den Tisch gelegt hat mit der Frage einer Steuer- und Finanzreform? Wir sollten uns also durch solche Unkenrufe und solche kritischen Bemerkungen nicht aus der Fassung bringen lassen.

Ich darf hier auf dem großen Parteikongreß sagen, daß infolge des Auftrages von Kiel von der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU bereits wertvolle Arbeit geleistet worden ist, die kurz vor dem Abschluß steht. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit eines betonen: Alle diese Arbeiten können nur dann wirksam werden und in einer befriedigenden Reform einen Ausklang finden, wenn, wie der Bundeskanzler sagte, Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam umfaßt werden. Und daher mein Appell, daß die CDU-Politiker, die in vielschichtiger Weise mit den komplizierten Problemen der Gewerbesteuer, der Grundsteuer, einer eventuellen Personalbesteuerung, einer gerechten Verteilung der Lasten auf alle Bürger in einer Kommune sich befassen, zusammenwirken, in einer vernünftigen Harmonie ihre Auffassungen austauschen, damit die CDU-Politiker auf Bundes-, auf Landes- und Gemeindeebene nicht in verschiedenen Sprachen sprechen, sondern eine einheitliche Gesamtkonzeption erarbeiten und diese dann auch vertreten. (Beifall.) Wir sind durch die Erfahrungen im Fernsehstreit gewitzigt, daß sich das auf dem Gebiete der kommunalen Steuern und der Steuer- und Finanzreform nicht wiederholt. (Beifall.)

Ich freue mich auch, sagen zu dürfen, daß in dem engeren Arbeitsstab für diese kommunale Finanzreform Gott sei Dank CDU-Experten des Bundes, der Länder und der Gemeinden vertreten sind. Ich möchte nicht verfehlen, zu bemerken, daß unter den Reformvorschlägen, die von seiten der Länderfinanzminister bekanntgegeben worden sind, derjenige vom Parteifreund Dr. Eberhard in Bayern zweifellos mit der

beachtenswerteste ist. Wir sollten diesen Kongreß nicht vorübergehen lassen, ohne anzuerkennen, daß, nachdem die Finanzlage sich im Bund sehr schwierig, in den Ländern bei weitem nicht so schwierig gestaltet hat, es Länder-CDU-Politiker sind, die auf den Plan getreten sind, um wertvolle Beiträge für eine Lösung einer kommunalen und damit überhaupt einer Finanz- und Steuerreform zu leisten. Wir werden alle diese Vorschläge mitberücksichtigen und prüfen. Ich hoffe, daß in Bälde, wenigstens aber zum nächsten Bundesparteikongreß die CDU in der Lage sein wird, konstruktive Vorschläge zu machen und ich würde mich sehr freuen, wenn alle Mitarbeiter vom Bund, Ländern und Gemeinden weiter zur Stange halten würden. (Beifall.)

Präsident EVEN:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Willeke, für Ihre Ausführungen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Offenbar haben die Delegierten es für zweckmäßig gehalten, die Aussprache in den Arbeitskreisen, die heute nachmittag tagen, fortzusetzen.

Ich schließe damit die Aussprache und verweise auf den Beginn der Arbeitskreise um 14.30 Uhr. Die 3. Plenarsitzung findet morgen früh um 9 Uhr statt.

Ich danke noch einmal allen Referenten und allen Diskussionsrednern.

(Schluß der Sitzung: 12.10 Uhr.)

Arbeitskreis I

Deutschland, Europa und die freie Welt

Beginn 14.30 Uhr

Vorsitzender Majonica MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! An Stelle des leider erkrankten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, unseres Parteifreundes Kiesinger, eröffne ich die Sitzung des Arbeitskreises I. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß wir Herrn Kiesinger die besten Wünsche zur Genesung auch von diesem Arbeitskreis her senden. (Beifall.)

Ich darf in unserer Mitte recht herzlich die Parteifreunde Bundesminister Dr. Schröder und Bundesminister Paul Lücke begrüßen und die Sitzung des Arbeitskreises eröffnen. Ich darf Herrn Bundesaußenminister Dr. Schröder bitten, mit seinem Referat zu beginnen.

Dr. Gerhard SCHRÖDER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Kollegen! Liebe Parteifreunde! Ich habe gesehen, daß es die Außenpolitik leider nur bis zum Silbersaal gebracht hat. Während ich vorhin im Erdgeschoß am Goldsaal vorbeiging, habe ich mich erkundigt, was dort stattfindet. Ich habe den Eindruck, die Wirtschaftspolitik hat es schon weitergebracht als die Außenpolitik. (Heiterkeit. – Zuruf: Es ist nicht alles Gold, was glänzt! – Heiterkeit.) – Sehr schön! Das mußte kommen. Was die andere Möglichkeit angeht, davon zu sprechen, daß Reden Silber sei und Schweigen Gold – nun, das wollen wir einmal dem Ablauf des Nachmittags überlassen.

Ich habe zu sprechen über das Thema: Deutschland, Europa und die freie Welt.

Deutschland ist heute wieder eine der größten Industrienationen der Welt. Im Außenhandel behauptet die Bundesrepublik den zweiten Platz hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. In der NATO stellt sie das größte Kontingent konventionell ausgerüsteter Truppen zur Verteidigung Europas. Unser politisches Gewicht ist gewachsen. Wirtschaftlicher Aufschwung, eine ausgeglichene, sozial fortschrittliche innere Entwicklung, eine auch in Krisenzeiten feste und ruhige Außenpolitik haben unser Ansehen in der Welt erhöht. Wir haben uns den Ruf eines zuverlässigen Partners erworben.

Welch ein Weg, meine Damen und Herren, Welch ein Weg in 17 Jahren! Beim Zusammenbruch im Mai 1945 waren unsere Städte und Fabriken vernichtet, Millionen von Haus und Hof vertrieben. Unser Volk lebte in Hunger und Elend. Auf seinem Namen lag der Makel schändlicher Taten. Das Vertrauen der Welt zu uns war zerstört. Deutschland war nur noch Objekt der Außenpolitik. Es war ohne Stimme. Die

Siegermächte bestimmten sein Schicksal. Es gab keine deutsche Außenpolitik.

Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs lautet in wenigen Sätzen: Deutschland ist nicht mehr das Machtzentrum Mitteleuropas, Europa nicht mehr der politische Mittelpunkt der Welt. Die Welt ist geteilt in einen freien und in einen kommunistisch beherrschten Teil. Die Spaltung aber ging und geht noch heute durch unser Volk.

Eine neue Entwicklung setzt ein. Die nationalen Gegensätze, die seit vielen Jahrhunderten die europäische Politik, ja die Weltpolitik überhaupt bestimmt hatten, beginnen in Westeuropa zu verblassen. Dieser Teil der Welt, der Kriege und Zerwürfnisse müde, besinnt sich wieder auf gemeinsame Werte und politische Grundanschauungen. Er sieht sich vom Kommunismus bedroht. Die Völker Europas suchen nach einer neuen Ordnung, nicht nur wegen der Gefahr aus dem Osten, sondern auch weil Wirtschaft und Wissenschaft, Technik, Verkehr und Waffenentwicklung Aufgaben in einer Größenordnung stellen, die selbst die größte europäische Nation nicht allein bewältigen könnte.

Es ist in diesem Zusammenhang ohne große Bedeutung, von welchem Zeitpunkt nach 1945 wir die neue deutsche Außenpolitik datieren. Sicher ist, daß unsere Möglichkeiten von Anfang an sehr begrenzt waren. Die Möglichkeiten nutzen, ihre Grenzen aber nicht überschreiten, – darin liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Außenpolitik. Wir Deutschen haben in unserer Geschichte leider nicht immer ein glückliches Augenmaß für unsere Möglichkeiten und Grenzen besessen und uns den Blick oft durch Gefühle, durch Wünsche oder durch politische Dogmen trüben lassen. Ja, es ist bemerkenswert, daß unsere Sprache vor hundert Jahren das Wort „Realpolitik“ prägen mußte – heute sagt man wohl „pragmatische Politik“ -, um eine Politik des Möglichen von einer Politik des Wunschdenkens oder dogmatischer Gebote abzusetzen; noch bemerkenswerter freilich ist, daß dieses Wort bei uns bald den Nebensinn „richtungslos“, „prinziplos“ und „opportunistisch“ erhielt. Nun, ich meine, meine Damen und Herren, daß die deutsche Außenpolitik von den realen Gegebenheiten ausgehen soll, daß wir eine Außenpolitik des Möglichen, nicht des Unmöglichen betreiben müssen. Das hat Konrad Adenauer getan. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Wir sind – wie ich einleitend sagte – eine große Wirtschaftsmacht. Eine politische Großmacht im Sinne vergangener Epochen können wir nicht mehr werden, und es wäre falscher Ehrgeiz, dieses Ziel anzustreben. Wir sind uns vielmehr darüber klar, daß wir viele Probleme, die unser Schicksal bestimmen, allein aus eigener Kraft nicht lösen können. Weder können wir die nukleare Abrüstung erzwingen noch die Verhandlungen darüber entscheidend beeinflussen. Weder können wir die Einheit Europas allein nach unseren Vorstellungen erreichen noch können wir uns allein verteidigen. Weder können wir die Spaltung der Welt in zwei Lager überwinden noch allein die Einheit Deutschlands wiederherstellen. Diese Grenzen begreifen, heißt zugleich erkennen,

daß wir diese und andere Aufgaben nur gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg angehen können.

Das bedeutet keinen Verzicht auf eine selbständige Außenpolitik. Es ist nicht unsere Rolle, etwa nur die Entscheidungen unserer Alliierten durch Akklamation zu bestätigen. Nicht andere, sondern wir selbst haben die erste Verantwortung für unser Schicksal. Niemandem dürfen wir Risiken zumuten, die wir nicht selbst zu tragen bereit sind. Wir müssen unsere ganze Kraft für die gemeinsame Sache einsetzen. Auf die Dauer, meine Damen und Herren, hält das Bündnis nur, wenn es eine Leistungsgemeinschaft mit gleichen Opfern ist. Jeder Fortschritt in der deutschen Frage hängt von dieser Einsicht ab.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Europa nach dem letzten Krieg. Die ersten Vorschläge, es zu einigen, hörten wir ein bis zwei Jahre nach dem letzten Kriege aus dem Munde Winston Churchills und des amerikanischen Außenministers George C. Marshall. Wir sollten es nicht vergessen, daß diese Anregungen von einem britischen und einem amerikanischen Staatsmann kamen. Es waren erlösende Worte für das kriegszerstörte Europa, besonders aber für das deutsche Volk. Sie gaben uns Mut, Zuversicht und ein großes, die Phantasie beflügelndes Ziel. Wahrscheinlich haben dieses Ziel und der Geist, in dem unsere ehemaligen Kriegsgegner mit uns zusammen die neue Aufgabe anfaßten, wesentlich dazu beigetragen, unser politisches Leben in gemäßigte, demokratische Bahnen zu lenken. Das hat verhindert, daß radikale und nationalistische Tendenzen, wie sie sich leicht in einem politisch isolierten Volk bilden können, Auftrieb bekamen. Besonders die Bereitschaft Frankreichs, sich mit uns zu verständigen, ja zu verbünden, trug zur politischen Gesundung unseres Volkes bei. Diese deutsch-französische Aussöhnung ist nicht künstlich und nicht oberflächlich. Sie ruht tief in dem Bewußtsein beider Völker, daß sie das gleiche Schicksal haben. Die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk ist endgültig.

Bei dem Versuch, Europa politisch zu einigen, hatte man anfangs wohl die Schwierigkeiten unterschätzt, die einer solchen Umwandlung entgegenstanden. Aber auch aus Rückschlägen lernt man. Es war daher richtig, daß wir uns nach diesen Erfahrungen zunächst darauf konzentrierten, mit der Integration dort zu beginnen, wo sie am dringendsten notwendig und am ehesten zu erreichen war: In der Montan-Union, in Euratom und schließlich der umfassendsten Organisation, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Selbst Skeptiker mußten einsehen, daß Staaten, die in einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenstehen, wirtschaftlich nicht nebeneinander oder gar gegeneinander arbeiten können. Große Projekte der modernen technischen Entwicklung, der Aufbau einer Atom-Energie-Produktion – um nur ein Beispiel zu nennen – war von unseren Ländern einzeln nicht zu bewältigen. Wir mußten sie also entweder gemeinsam in Angriff nehmen oder uns mit dem Gedanken abfinden, daß Europa – seit Jahrhunderten Ausgangspunkt des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in der Welt – hoffnungslos hinter den Vereinigten Staaten von Amerika zurückbleiben

und in wenigen Jahrzehnten zu den technisch minderentwickelten, zurückgebliebenen Regionen gehören würde.

Wirtschaftliche Absprachen oder eine bloße Koordination auf Einzelgebieten reichten nicht aus. Dadurch hätten sich unsere Kräfte zwar addiert; aber erst eine Verschmelzung unserer Nationalwirtschaften in einem Gemeinsamen Markt multipliziert unsere Kräfte und setzt uns instand, die großen, neuen Aufgaben mit Erfolg zu lösen.

Die kommunistischen Staaten Osteuropas sahen sich ähnlichen Problemen gegenüber. Sie wurden in der Wirtschaftsorganisation COMECON zusammengeschlossen. Die Wirtschaftspläne der Satellitenstaaten sind jedoch streng auf den sowjetischen Perspektivplan ausgerichtet. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die alle Güter produzieren darf, müssen sich die übrigen Staaten auf gewisse Herstellungsgebiete spezialisieren. Sie dienen aber nur als Zulieferer der sowjetischen Wirtschaft. Die Kommunisten selbst würden eine solche Praxis – bei anderen wohl-gemerkt! – als kolonialistische Ausbeutung bezeichnen.

Unser Gemeinsamer Markt dagegen sieht die gleichmäßige, harmonische Entwicklung aller Partnerstaaten vor; die Stärkeren bringen Opfer für die Schwächeren. Dies ist zweifellos auch der Grund, warum sich die Anträge auf Beitritt zur EWG häufen, und daß selbst die afrikanischen Staaten, die nach Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft selbständig geworden sind, mit dem Gemeinsamen Markt assoziiert bleiben wollen. Dagegen haben wir nie gehört, daß etwa China oder die anderen kommunistischen Länder Ostasiens um Beitritt zu der sowjetisch beherrschten Wirtschaftsorganisation COMECON nachgesucht hätten.

Die wirtschaftlichen Erfolge in den vier Anlaufjahren des Gemeinsamen Marktes haben selbst optimistische Voraussagen übertroffen. Nur einige Zahlen als Beleg: Der Warenaustausch zwischen den Staaten des Gemeinsamen Marktes hat sich in den ersten vier Jahren um 72% erhöht, die Einfuhr aus dritten Ländern nahm um 28%, die Ausfuhr nach dritten Ländern um 31% zu. Bei uns herrscht keine Arbeitslosigkeit mehr, dagegen ist der Mangel an Arbeitskräften in einigen EWG-Staaten, darunter bei uns, zu einem Problem geworden. Die Völker des Gemeinsamen Marktes erfreuen sich heute des höchsten Lebensstandards ihrer Geschichte.

Die Industrieproduktion der EWG-Staaten nahm in den Jahren 1959 bis 1961 um rund 29% zu, während die der Sowjetunion sich im gleichen Zeitraum nur um rund 23% erhöhte. Das Industriepotential des Gemeinsamen Marktes hält heute schon dem sowjetischen die Waage, während das Industriepotential Großbritanniens etwa dem der übrigen osteuropäischen Satellitenstaaten entspricht. Neben den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Produktionsniveau doppelt so hoch ist wie das sowjetische, hat sich also im freien Europa ein neues, starkes, schnell wachsendes wirtschaftliches Kraftzentrum gebildet.

Um diese Entwicklung vor ihrer Bevölkerung zu verbergen, muß die Sowjetregierung zu krassten Lügen und neuerdings zu heftigen Angrif-

fen ihre Zuflucht nehmen. Ich zitiere aus dem neuen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das im vergangenen November von dem XXII. Parteikongreß in Moskau angenommen wurde:

„Die Arbeitslosigkeit“ – in den kapitalistischen Ländern – „steigt, der Lebensstandard fällt . . . Der moderne Kapitalismus hat das Marktproblem äußerst akut werden lassen. Der Imperialismus ist unfähig, es zu lösen . . . Das Monokapital hat im Grunde genommen die bürgerliche Gesellschaft zu niedrigem Produktionszuwachs verurteilt, der in manchen Ländern kaum dem Bevölkerungszuwachs nachkommt. Ein beträchtlicher Teil der Produktionsstätten steht still, während Millionen Arbeitslose an den Fabriktoren warten.“

Soweit das Programm der Kommunistischen Partei. Inzwischen aber mehren sich die Anzeichen, daß man sich in Moskau mit einem derartig entstellten Bild nicht mehr zufrieden geben kann und daß man vor allem angesichts der gespannten Wirtschaftslage und der ständigen Fehlschläge der Landwirtschaftspolitik besorgt die Fortschritte der europäischen Einigung verfolgt. Hierzu möchte ich bemerken, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht gegründet wurde, um mit dem Ostblock zu konkurrieren oder ihn wirtschaftlich zu isolieren. Wir brauchen nicht zu beweisen, daß unser Wirtschaftssystem besser ist; wir haben auch nicht den Ehrgeiz der Kommunisten, andere Staaten „einzuholen“, zu „überholen“, und sie schließlich gar – nach den Worten eines maßgeblichen Sowjet-Politikers – zu „beerdigen“. Wir wünschen einen solchen Kampf nicht, legen unserer Bevölkerung keine harten Entbehrungen, keine Fünf-, Sieben- oder Zwanzigjahrespläne auf, um einer veralteten Ideologie zum Siege zu verhelfen, sondern wollen Wohlstand und eine gerechte soziale Ordnung schon für unsere Generation – nicht erst für die der Jahre 1980 oder 2000. (Beifall.)

Der Gemeinsame Markt ist nicht gegen die Sowjetunion oder die übrigen Ostblockstaaten gerichtet. Wir sehen seine Aufgabe vielmehr darin, die materielle Sicherheit, Unabhängigkeit und Freiheit unserer Bürger zu erhöhen, wirtschaftliche Gegensätze oder Unterschiede auszugleichen und damit einen Beitrag zum Frieden und zur Stabilität Europas zu leisten. Die steigende Konjunktur in unserem großräumigen Markt wird die Nachfrage nach Gütern aus anderen Ländern, auch denen des Ostblocks, erhöhen und zur Steigerung des Handels nicht nur mit der übrigen freien Welt, sondern auch den osteuropäischen Staaten beitragen. Die Fortschritte des Gemeinsamen Marktes haben sich bereits jetzt günstig auf den Ost-West-Handel ausgewirkt: Der Gesamtumsatz des Handels zwischen den EWG-Ländern und den osteuropäischen Ländern hat sich von 1958 bis 1961 um rund 67% erhöht.

Schon in unserem Memorandum an die Sowjetregierung vom 21. Februar haben wir darauf hingewiesen, daß wir uns eine noch regere Zusammenarbeit zwischen dem großen Wirtschaftspotential des Gemeinsamen Marktes und den Ostblockstaaten vorstellen können, eine

Zusammenarbeit, die von beträchtlichem Nutzen für alle Partner sein würde. Ich wiederhole, daß an eine solche Zusammenarbeit zu denken, keineswegs unrealistisch ist, wenn dieses Ziel auch nur Schritt für Schritt und erst nach einer wirklichen, alle Teile befriedigenden Lösung der noch anstehenden politischen Fragen erreicht werden kann.

Die Erfolge der wirtschaftlichen Integration Europas – so befriedigend sie auch sind – können uns dennoch allein nicht genügen. Unsere wirtschaftliche Gemeinschaft verlangt auf die Dauer auch eine politische Einigung Europas. Auch der französische Staatspräsident de Gaulle hat das eindringlich in seiner Pressekonferenz am 15. Mai ausgesprochen, als er folgendes sagte:

„In den Augen Frankreichs genügt diese wirtschaftliche Konstruktion nicht. Westeuropa, ob es sich nun um seine Aktion gegenüber den übrigen Völkern handelt, um seine Verteidigung oder seinen Beitrag zur Entwicklung der noch hilfsbedürftigen Gebiete oder um seine Verpflichtung, das europäische Gleichgewicht und eine internationale Entspannung herbeizuführen, – Westeuropa muß sich auch politisch konstituieren. Wenn es das nicht schaffen würde, könnte sich die wirtschaftliche Gemeinschaft auf die Dauer nicht festigen, ja, sie könnte nicht einmal erhalten bleiben.“

Soweit Staatspräsident de Gaulle. Wir teilen diese Meinung. Die politische Einigung folgt nicht automatisch der wirtschaftlichen. Es bedarf vielmehr immer wieder politischer Entscheidungen, politischer Impulse und unablässiger Energie, um den wirtschaftlichen Einigungsprozeß mit dem politischen zu harmonisieren. Diese Harmonie aber ist notwendig. Ich kann mir keine europäische Gemeinschaft vorstellen, die wirtschaftlich eine Großmacht, politisch aber schwach und zu einheitlichen Aktionen unfähig ist.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, die politischen Schritte zur richtigen Zeit zu tun. Das ist keine taktische oder methodische, sondern das ist eine essentielle Frage, die über Erfolg oder Fehlschlag unseres großen Vorhabens entscheidet. Die Griechen hatten den rechten Zeitpunkt – *Kairós* – als Gottheit dargestellt, die man „beim Schopf“ ergreifen mußte, wenn man einen Plan ins Werk setzen und erfolgreich beenden wollte. Mir scheint, wir müssen sehr darauf achten, daß uns dieser flüchtige Genius nicht entgeht und daß wir die Stunde Europas nicht versäumen.

Es ist nun kein Geheimnis, daß über die Form, die das künftige Europa politisch verbinden soll, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Offensichtlich kann man sich über Wirtschaftsorganisationen leichter verständigen, weil dort die Tatbestände und die Entwicklungen zwingender und sichtbarer sind, sich meistens sogar in Zahlen ausdrücken lassen, während die politischen Tatbestände schwerer beweisbar sind, die politischen Institutionen oft erst bei kritischer Belastung zeigen, ob sie fest und tragfähig oder ob sie zerbrechlich sind.

Die Geschichte hat unserer Generation die Aufgabe der europäischen Einigung in einer Zeit gestellt, da die Welt vielfachen Wandlungen

unterworfen ist. Das Entwicklungstempo der Wirtschaft, Technik, der Strategie und des Verkehrs beschleunigt sich ständig. Wenn wir auch den „Geist der Weltgeschichte“ nicht mit Sicherheit zu erkennen vermögen, so scheinen doch alle Symptome auf eine fortschreitende politische Einigung und engere Verflechtung der Nationen zu deuten. Dieser Fortschritt, meine Damen und Herren, hat seine eigenen Gesetze. Wir können ihn nicht unseren überkommenen politischen Vorstellungen anpassen, sondern wir müssen unsere Vorstellungen dem Fortschritt angleichen, wenn wir nicht überholt werden wollen. Vor dieser Notwendigkeit stehen übrigens nicht nur wir in der freien Welt, sondern ebenso die kommunistischen Regierungen, die zu den merkwürdigsten ideologischen Seiltänzen gezwungen werden, um das Bild unserer heutigen Welt mit dem ihrer Klassiker Marx und Lenin in Übereinstimmung zu bringen. Einige kommunistische Regierungen sind ja dabei inzwischen auch schwindlig geworden oder abgesprungen.

Die freie Welt ist zwar durch keine derart veraltete politisch-wirtschaftliche Dogmatik gefesselt; dennoch vollzieht sich auch unser politisches Denken vielfach in Vorstellungen, die in langer historischer Entwicklung gewachsen sind, und von denen sich zu trennen, insbesondere den traditionsreichsten europäischen Völkern schwerfallen muß. Es ist notwendig, mit strengem Maßstab zu prüfen, was an diesen Vorstellungen für uns heute wesentlich und was entbehrlich ist. Ich sagte „mit strengem Maßstab“, weil die Verwendung unzeitgemäßer und nicht mehr tragfähiger Vorstellungen für den Aufbau der neuen politischen Gemeinschaft Europas nicht nur diese Ordnung an sich, sondern auch die Existenz unserer Völker in jeder ernststen Krise gefährden würde.

Gerade zwei europäische Völker mit einer glanzvollen Geschichte haben in jüngster Zeit Beispiel dafür gegeben, daß sie, vor wichtige Entscheidungen gestellt, ihre Zukunft nicht der Tradition opfern: Frankreich bei der mit schmerzlichen Opfern belasteten Lösung des Algerienproblems; Großbritannien, als es sich entschloß, um Beitritt zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nachzusuchen. Der politische Zusammenschluß Europas verlangt seinen Preis. Alle Staaten werden Rechte auf die Gemeinschaft übertragen müssen, wenn diese Gemeinschaft einen Sinn haben und aktionsfähig sein soll. Doch die Opfer, die von den einzelnen Staaten gefordert werden müssen, werden sicher nicht so schmerzlich sein, wie es manchen jetzt scheinen mag.

Die Geschichte der Völker, ihr Charakter, ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Begabung, ihre politische Erfahrung, die Vielfalt ihrer Lebensführung werden und dürfen in einem geeinten Europa nicht untergehen, sondern sollen gerade in dieser engeren Verbindung fruchtbar werden. Europa soll durch die Einigung ja nicht ärmer, sondern reicher werden.

Wir sehen mit besonderer Befriedigung, daß Großbritannien sich dem Gemeinsamen Markt nähert. Wir wissen, wie politisch schwer dieser

Entschluß einem Lande fallen mußte, das seinen Blick und seine Kraft seit Jahrhunderten auf andere Erdteile gerichtet hatte und das heute noch eng mit dem Commonwealth verbunden ist. Ich möchte hier noch einmal und deutlich erklären, daß die Bundesregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um den Beitritt Großbritanniens im Rahmen der Verträge zu ermöglichen. Übergangslösungen im Blick auf das Commonwealth werden sich nach Meinung der Bundesregierung finden lassen. Wir sind der Auffassung, daß die geschichtliche Entwicklung Großbritanniens heute mit zwingender Kraft auf die europäische Gemeinschaft zuführt, um aus dieser Gemeinschaft den festen, starken Gegenpfeiler zu machen, auf dem das Bündnis Amerika – Europa diesseits des Atlantiks dauerhaft ruhen kann.

Die Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien dürfen die Dynamik nicht aufhalten, mit der sich Europa wirtschaftlich und politisch zusammenschließt. Wir wünschen daher, daß die Arbeiten an dem europäischen politischen Statut weitergehen. Das Statut soll jedoch von vornherein so gehalten sein, daß es den Beitritt Großbritanniens im gegebenen Augenblick vorsieht. Die Gespräche über das Statut sind, wie Sie wissen, zur Zeit in einer schwierigen Phase. Wir hoffen, daß sie bald weitergehen und zu einem Erfolg führen.

Nun, meine Damen und Herren, über die Einigung Europas kann man nicht sprechen, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika zu erwähnen. Sie haben in weit vorausschauender Weise den Zusammenschluß Europas gefördert. Sie fördern ihn auch heute noch, obwohl er die amerikanische Wirtschaft zu einer beträchtlichen Umstellung zwingt. Wir müssen uns dessen bewußt bleiben, meine Damen und Herren, daß Europa die politische, wirtschaftliche und militärische Kraft der Vereinigten Staaten braucht, um sich gegen die expansive Politik des kommunistischen Blocks behaupten zu können.

Die Brücke über den Atlantik ist aber nur dann fest und tragfähig, wenn sie – um das Bild noch einmal zu gebrauchen – auf unserer Seite auf einem starken, festgefügt Pfeiler ruht. Die Zusammenarbeit wird sich erleichtern, wenn den Vereinigten Staaten ein einziger europäischer Gesprächspartner gegenübersteht, statt wie bisher ein Chor von Stimmen.

Es wäre aber kurzichtig – und das möchte ich mit allem Nachdruck sagen –, wenn wir die Einigung Europas betrieben, um eine sogenannte „Dritte Kraft“ zu werden und uns von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Die Verflechtungen in unserer Welt sind bereits heute so eng, daß eine solche Emanzipation katastrophale Folgen, vor allem für uns in unserer exponierten Lage gegenüber dem Ostblock haben würde. Wir müssen daher alles tun, Europa zu einem unentbehrlichen Partner, nicht aber zu einem Rivalen der Vereinigten Staaten zu machen. Es sollte eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, um den engeren Ring, der die europäischen Staaten umschließt, einen weiteren zu legen, der uns fest mit den Vereinigten Staaten verbindet. In dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege waren es vor allem die

amerikanischen Streitkräfte und die amerikanische Atommacht, die die Sicherheit der Bundesrepublik garantierten. Ohne die amerikanische Luftbrücke und ohne die Entschlossenheit General Clays wäre Westberlin vor vierzehn Jahren im kommunistischen Herrschaftsbereich versunken, und das heißt: die Verdienste der anderen Verbündeten keineswegs schmälern.

Heute hat die Bundeswehr einen Teil unserer Verteidigungsaufgaben mitübernommen. Dennoch bleiben wir uns bewußt, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Kriegstechnik unsere Sicherheit ohne das NATO-Bündnis und das nukleare Potential der Vereinigten Staaten nicht denkbar wäre. Entscheidend dabei ist, daß die Bündnisstreitkräfte in ihrer Gesamtheit über die notwendigen Waffen zu ihrer Verteidigung verfügen, daß die Allianz geschlossen ist, daß der Wille zur Verteidigung unserer Freiheit bedingungslos bleibt. Wir haben unser Schicksal mehr als irgendein anderer Bundesgenosse in die Hände der NATO gelegt und alle unsere Streitkräfte dem NATO-Befehl unterstellt. Wir haben daher das Recht, zu fordern, daß die NATO stark bleibt. Es versteht sich von selbst, daß der Schutz, den uns das NATO-Bündnis gewährt, im Einklang mit unserem eigenen Beitrag zum Bündnis steht.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von der Abrüstung spreche, so ist das keineswegs widersinnig. Die Rüstung, zu der wir uns gezwungen sehen, schützt uns vor dem Angriff eines hochgerüsteten Gegners. Eine allgemeine, wirksam kontrollierte Abrüstung aber, die das bestehende Kräfteverhältnis nicht ändert und potentiellen Gegnern keinen Vorteil verschafft, dient ebenfalls dem Frieden.

Ich habe hier des längeren über die europäischen Probleme gesprochen und will noch auf unser brennendes nationales Problem, die Deutschlandfrage, eingehen; das soll aber nicht bedeuten, daß wir dem Problem der nuklearen Abrüstung unbeteiligt gegenüberstehen. Gerade wir, im Brennpunkt der Kontroversen zwischen Ost und West gelegen, wünschen, daß der Menschheit die Furcht vor einem nuklearen Krieg und einer Weltkatastrophe genommen wird. In größerem, historischem Zusammenhang gesehen, meinen wir manchmal, es sei uns nur eine Atempause geschenkt, die die Staatsmänner der Welt zwar bisher verlängert haben, ohne aber das Problem, von dem das Schicksal der Welt abhängt, wirklich zu lösen.

Wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewußt, daß unsere Möglichkeit, auf dem Feld der Abrüstung gestaltend einzugreifen, ziemlich enge Grenzen gesetzt sind. Dennoch haben wir auf diesem Gebiet mehr getan als andere Länder, vor allem mehr als diejenigen, die uns in ihrer lautstarken Propaganda auffordern, abzurüsten. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über keine Atomsprengeköpfe und fordert die Verfügungsgewalt nicht für sich. Sie hat sich freiwillig Beschränkungen auferlegt, denen sich – soviel ich weiß – kein anderes Land unterworfen hat. Sie hat sich in den Brüsseler Verträgen ihren Freunden gegenüber verpflichtet, keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen herzustellen und sich einer Rüstungskontrolle durch die

Mitglieder der Westeuropäischen Union unterstellt. Sie hat bindend erklärt, daß sie nie Gewalt anwenden werde, um das deutsche Volk wiederzuvereinigen oder die bestehenden Grenzen zu ändern. Wir haben das, meine Damen und Herren, aus der Überzeugung getan, daß der Grundsatz Clausewitz', der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, im Zeitalter nuklearer Waffen nicht mehr gelten kann.

Über die Beziehungen Deutschlands zur freien Welt kann man nicht sprechen, ohne der Deutschen, unserer Landsleute, zu gedenken, die unter kommunistischer Herrschaft in der sowjetisch besetzten Zone leben. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen daß diese Deutschen in Freiheit leben und in Freiheit über ihr Schicksal entscheiden können. Dies ist, auf eine Formel gebracht, unser Ziel, das wir zusammen mit unseren Alliierten verfolgen. Die Sowjetregierung hat viele Noten geschrieben, an Konferenzen teilgenommen, mit Vorschlägen gelockt, mit Ultimaten gedroht, – sie hat sich jedoch nie bereit erklärt, den Deutschen in der Zone das Recht der Selbstbestimmung zu gewähren. (Zuruf: Sehr wahr!) Sie sollten aber wissen und einsehen, daß nur so und auch in ihrem eigenen Interesse eine wirkliche dauerhafte Lösung der Deutschlandfrage möglich ist. (Zuruf: Sehr richtig!)

Leider hat sie es bisher gebilligt, daß die Deutschen in der Zone wie in einem riesigen Strafgefangenenlager, umgeben von Mauern, Stacheldraht und verminten Todesstreifen eingesperrt wurden. Während heute in der Sowjetunion selbst und in anderen Staaten des Ostblocks das Terror-Regime Stalins verurteilt wird, läßt sie es zu, daß in der Sowjetzone neue Straflager gebaut werden, daß den Einwohnern jede Rechtssicherheit verweigert wird, daß sich der Gesinnungsterror verstärkt und daß Schauprozesse oder Geheimprozesse durchgeführt werden. Immer wieder erleben wir es, daß Menschen aus diesem Gebiet in ihrer Verzweiflung durch Kanäle, Flüsse und Seen schwimmen, Tunnel graben oder von Dächern in das freie West-Berlin springen, nur um diesem Regime zu entgehen, das auf diese Flüchtlinge auch noch schießen läßt.

Das Regime hat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich völlig versagt: Es kann die Bevölkerung nicht ausreichend ernähren, weil es durch eine radikale Zwangskollektivierung die Landwirtschaft desorganisiert hat und weil der staatliche Handelsapparat unfähig ist, die Nahrungsmittel schnell und gerecht zu verteilen. Es kann weder die Bevölkerung mit den nötigsten Dingen des täglichen Lebens versorgen, noch kann es – trotz eines erst kürzlich erhaltenen sowjetischen Kredits – die von der Sowjetunion geforderten Waren liefern, obwohl sein Führer sich noch vor wenigen Jahren gerühmt hatte, er werde bis zum Jahre 1961 die Bundesrepublik wirtschaftlich einholen. Nachdem dieses Regime auf allen Gebieten versagt hat, läßt es jetzt durchblicken, es sei bereit, von der Bundesrepublik eine Milliardenanleihe anzunehmen.

Zur gleichen Zeit überschüttet es uns und unsere Alliierten mit seiner Haßpropaganda und läßt nichts unversucht, die Spannung im Herzen

Europas zu erhalten, die es braucht, um sein Versagen zu entschuldigen. Es ist für uns unmöglich, dieses Regime als Regierung eines Teiles unseres Landes und als legitimierte Sprecherin für einen Teil unseres Volkes anzuerkennen. (Lebhafter Beifall.) Wir würden uns damit nicht nur in Gegensatz zu der von uns und unseren Alliierten seit über zwölf Jahren einmütig verfolgten Politik setzen, sondern auch dem eindeutigen Willen der überwältigenden Mehrheit des in der Zone lebenden Teils unseres Volkes zuwiderhandeln. (Zurufe: Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.) Wir würden die Wiedervereinigung Deutschlands nicht fördern, sondern im Gegenteil die unselige Spannung unseres Landes noch vertiefen, denn wir würden diejenigen, die von jeher auf diese Spaltung hingearbeitet haben, in ihrer politischen und rechtlichen Position stärken. Ein derartiges Verhalten ist für uns nicht vorstellbar, wir lehnen es als mit den Lebensinteressen unseres Volkes im Widerspruch stehend ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bleibt das oberste Ziel unserer Politik. Wir werden uns durch die schweren Hindernisse, die der Verwirklichung dieses Zieles in der Vergangenheit entgegengestanden haben, und die ihr leider noch immer entgegenstehen, nicht entmutigen lassen. Wir waren uns immer darüber im klaren, daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden konnte. Aber wir sind auch auf das tiefste davon überzeugt, daß das Selbstbestimmungsrecht, welches Jahr für Jahr einem Volk der Erde nach dem anderen gewährt wird, auf die Dauer auch dem deutschen Volk nicht vorenthalten werden kann. (Lebhafter Beifall.) In dieser Überzeugung wissen wir uns mit unseren Bundesgenossen und darüber hinaus mit der überwältigenden Mehrheit aller freier Völker dieser Erde einig.

Ich sprach von der Scharfmacherpolitik der Unfreiheit und den Gewaltmethoden des Sowjetzonenregimes. Sie bilden zugleich ein Hindernis auf dem Wege zu einem besseren Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland und seinen Alliierten. Oder positiv ausgedrückt: Je mehr Freiheit der Bevölkerung in der Sowjetzone eingeräumt wird, desto größer sind die Aussichten für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, eine Entwicklung, die wir sehr begrüßen würden und die sich sicher auch entspannend auf die Gespräche über Berlin auswirken würde.

Die gemeinsame amerikanisch-deutsche Grundposition in der Berlin-Frage hat – trotz mancher gegenteiliger Annahme – nicht einen Augenblick geschwankt; ebenso wie die Amerikaner haben auch wir sie konsequent eingehalten, einmal weil sie uns richtig und im Einklang mit unseren Interessen zu sein scheint, und zum anderen, weil wir nur dann mit einem zuverlässigen Verbündeten rechnen können, wenn unsere Ansichten beständig, realistisch, ausgewogen sind und eben nicht von Tag zu Tag schwanken. Wir werden den eingeschlagenen Weg daher konsequent weiterverfolgen. Die USA und unsere anderen Verbündeten haben ihr Schicksal mit dem Berlins verbunden. Das ist eine weltpolitische Tatsache allerersten Ranges. Dies ist ein



Bundesminister des Auswärtigen Dr. Gerhard Schröder im Gespräch mit dem Vertreter des Figaro
Mr. Henri de Kergorlay

Prof. Dr. Kopf, MdB, der über den
Arbeitskreis I berichtet



Bundesminister Merkatz mit
Prof. Dr. Furler, MdB



Eckpfeiler praktischer Deutschlandpolitik. In diesem Tatbestand liegt für uns eine große Chance und zugleich eine gewaltige Verpflichtung. Zeigen wir uns dieser Situation gewachsen!

Ich habe, dem Thema folgend, über Deutschland, Europa und die freie Welt gesprochen; was Europa angeht, vor allem über den freien, westlichen Teil. Lassen Sie mich nun zum Schluß noch einige Worte über unser Verhältnis zu den kommunistischen Staaten Europas sagen: Die Propaganda dieser Staaten präsentiert ihrer Bevölkerung täglich das Schreckgespenst des revanchelüsteren Deutschen. Tatsache ist jedoch, daß wir weder heute noch morgen eine Revanchepolitik oder eine restaurative Politik verfolgen. Unsere Politik ist nicht rückwärts, sondern sie ist vorwärts gewandt. Durch unsere Mitarbeit an der Neuordnung Westeuropas haben wir bereits gezeigt, daß wir über das Vorkriegseuropa hinaussehen. Die politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung ist weiter fortgeschritten. Von ihr müssen wir ausgehen. Die Zeit nationaler Machtpolitik, wie sie das Europa vor dem Kriege noch charakterisierte, ist endgültig vorbei. Unser Ziel ist eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende, neue europäische Ordnung, in der alle Völker frei und als gute Nachbarn miteinander leben.

Auch die Völker des Warschauer Paktes gehören zu Europa. Ich meine, es wäre gut, wenn die kommunistische Haßpropaganda und wenn die Ressentiments abgebaut würden, die das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Völkern und dem deutschen Volk stören. Das ist durchaus möglich, wenn die Regierungen des Ostblocks sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ein Anfang könnte z. B. damit gemacht werden, bessere kulturelle und menschliche Kontakte zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den osteuropäischen Völkern herzustellen. Wir sind an der geistigen Auseinandersetzung, die zur Zeit im Ostblock stattfindet, ernsthaft interessiert und sind überzeugt, daß die kulturelle und politische Entwicklung des freien Europas kennenzulernen, für alle aufgeschlossenen, undogmatisch denkenden Menschen Osteuropas ebenfalls von Wert ist.

Vielleicht führt uns auch der Wirtschaftsaustausch näher zusammen. Wir werden jedenfalls die hier gegebenen Möglichkeiten und Ansätze immer wieder sorgfältig prüfen.

Gewiß, all das kann nur ein Anfang sein; aber wir sollten uns zu Beginn auch keine zu hohen Ziele stecken, sondern den angedeuteten Weg, über dessen Hindernisse ich mir keine Illusionen mache, geduldig und Schritt für Schritt zu gehen versuchen. Wir Deutschen leben nun einmal in der Mitte Europas und unser geteiltes Volk leidet unter der Ost-West-Spaltung mehr als alle anderen europäischen Völker. Es ist daher unsere Aufgabe, trotz aller Widerstände der anderen Seite, Brücken zu schlagen und die Spaltung Europas, soweit uns dies möglich ist, zu überwinden.

Ich komme zu meinem Ausgangspunkt zurück: In den vergangenen 17 Jahren seit 1945 haben wir viel erreicht. Wir können stolz auf das sein,

was wir unseren Leistungen verdanken, und dankbar für das, was uns ohne unser Zutun gelang. Doch ich möchte nicht mit einer Fanfare schließen: Die Zukunft ist voller Gefahren, und vor uns stehen noch große Aufgaben. Nun, meine Damen und Herren, wir werden uns der Zukunft und ihren Aufgaben stellen, mit klarem Blick, mit nüchternem Urteil, geduldig und mit fester Entschlossenheit.

(Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich danke Herrn Bundesaußenminister Dr. Schröder recht herzlich für sein Referat.

Ich schlage für die jetzt beginnende Diskussion vor, daß wir zunächst in eine Generalaussprache eintreten und daß wir vielleicht dann nachher für die Resolution und die Entschließung die Diskussion darüber etwas gliedern.

Ich unterbreche zunächst die Sitzung für fünf Minuten zum Zwecke der Wortmeldungen. Ich bitte Sie, daß Sie sich recht zahlreich und lebhaft an der Diskussion beteiligen. (Kurze Pause)

Aussprache

Vorsitzender MAJONICA:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte, wieder Platz zu nehmen. – (Unruhe.) Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie noch einmal, Platz zu nehmen, da wir mit der Diskussion beginnen wollen. Ich darf zum technischen Ablauf noch sagen, daß die Diskussionsbeiträge hier vom Podium aus geführt werden.

Ich darf den ersten Diskussionsredner bitten, Herrn

Dr. Jürgen DOMES:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen dem Herrn Bundesaußenminister ohne Zweifel für die sehr interessante und faktenreiche Analyse, die er uns zu Beginn gegeben hat, dankbar sein. Dennoch kann ich nicht verhehlen, daß ich in gewisser Weise ein bißchen enttäuscht bin. (Sehr gut!) Zweierlei Dinge habe ich vermißt, die vielleicht in diesen Äußerungen hätten gebracht werden müssen.

Einmal glaube ich, daß man über Außenpolitik in dieser Welt heute nur reden kann, wenn man zugleich und immer wieder volle Klarheit denen, die hören, über die Ziele und die Taktik der Politik des Weltkommunismus bringt, die sich offenbar nicht geändert hat. Zweitens, glaube ich, daß wir doch bei der Formulierung von Konzeptionen unserer eigenen Politik noch ein wenig tiefer gehen müßten. Was uns der Herr Bundesaußenminister gesagt hat, ging aus vom Status quo. Ohne Zweifel muß jede Analyse der politischen Situation hier vom Status quo ausgehen. Aber ich glaube nicht, daß die Frage für uns ist, wie wir den Status quo zwischen Ost und West erhalten, sondern

welche Möglichkeiten es gibt und wie wir diesen Status quo zwischen Ost und West – Ost und West ist ja im Grunde falsch, wir sollten besser sagen: zwischen Totalitarismus und Freiheit – zu unseren Gunsten verändern. Das könnte so verstanden werden – und mich würde das gar nicht stören –, daß hier vom Roll-back gesprochen würde. Das ist ja inzwischen veraltet. Es könnte sein, daß hier gesprochen würde von der Politik, die John Forster Dulles versucht hat. Aber wenn ich mir die Politik der neuen Grenze, die heute gemacht wird, ansehe, dann muß ich feststellen, daß sich zumindest in Laos diese neue Grenze etwa 1000 Kilometer näher an Washington befindet als die alte Grenze und daß die neue Grenze in Berlin heute durch eine Mauer dargestellt wird. (Zurufe: Sehr richtig!)

Gewiß, niemand wird bestreiten können – es wäre Wahnsinn, das zu bestreiten –, daß Europa die Vereinigten Staaten von Amerika brauche; aber ich glaube, ebenso sehr brauchen die Vereinigten Staaten von Amerika uns, Europa, eine Konzeption, die sich von der des Status quo oder gar des Status quo minus unterscheidet.

Die Verdienste der Vereinigten Staaten von Amerika um die Freiheit Deutschlands, um die Freiheit Berlins stehen außer Zweifel, und es ist selbstverständlich, daß wir Dankbarkeit gegenüber der amerikanischen Politik empfinden müssen. Aber ich habe den Eindruck, als ob es heute in manchen Hauptstädten der westlichen Welt manche Fehlanalysen gibt. Früher hat man ganz gewiß den sowjetischen Block als zu schwach beurteilt. Es hat fast den Anschein, als ver falle man heute in das andere Extrem, indem man ihn als zu stark betrachtet. Vielleicht – ich bin hier nur Delegierter – übersehe ich die Dinge zu wenig. Dann bitte ich den Herrn Bundesaußenminister, mich zu korrigieren. Was ich aber in der freien Welt bisher vermisse, ist eine weltweite Strategie der politischen Offensive, mit der allein meiner Ansicht nach die freie Welt in der Lage ist, den Kalten Krieg zu gewinnen, und wenn wir ihn nicht gewinnen wollen, dann verlieren wir ihn. Lebhafter Beifall.) Wir haben diesen Kalten Krieg ja nicht erfunden; er ist uns aufgezwungen. Aber einen Krieg, der einem aufgezwungen ist, muß man ebenso gewinnen wie einen Krieg, den man unverständlicherweise selbst anfängt. Das gilt für den Kalten wie für den Heißen Krieg. Summa summarum: Ich habe eine ganz herzliche Bitte. Ich bitte darum, daß das Auswärtige Amt trotz der Furcht vor dem, was man heute so gerne als Dogmatismus verleumdet, an der Formulierung einer solchen Konzeption der politischen Offensive der freien Welt beherzt und der Grundsätze bewußt mitarbeitet.

Politik, meine Damen und Herren, ist nämlich nicht nur eine Frage der sogenannten oder tatsächlichen Realitäten, sondern auch eine Frage des Willens und eine Frage der Überzeugung. Realitäten sprachen im Sommer 1917 in St. Petersburg gegen Lenin.

(Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Als nächster Redner hat Herr Minister Kraft das Wort; nach ihm spricht als Diskussionsredner Herr Teschner.

Bundesminister a. D. KRAFT:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Eiserne Vorhang trennt nicht nur Deutschland; er trennt ganz Europa. Osteuropa ist ein Teil Europas. Nie waren sich die osteuropäischen Völker in ihrer Masse dieser Tatsache so bewußt wie heute in unseren Tagen. Ich danke also dem Herrn Außenminister, daß er in seinem Referat auch Osteuropa und seine Völker erwähnt hat. Es ist richtig, wie er vorschlägt, daß wir alles tun sollten, um diesen Völkern zu zeigen, daß wir uns ihnen als Europäer zugehörig fühlen, daß wir genau wie unsere Freunde in Westeuropa nicht mehr in den alten Kategorien denken, sondern davon überzeugt sind, daß wir zusammengehören.

Es sind – das kann von uns registriert werden – die Menschen in diesen osteuropäischen Staaten nicht der Auffassung, die wir in der Presse ihrer kommunistischen Regierungen lesen, (Lebhafter Beifall.) sondern aufgeschlossen für die europäische Entwicklung. Es ist für uns Deutsche erstaunlich, daß manche dieser Völker, die durch uns in jüngster Zeit soviel Leid erfahren haben, gerade wegen der gegenwärtigen Situation sich nicht gestört fühlen durch die Vergangenheit, die uns trennen könnte, sondern in eine Zukunft sehen, in der sie mit uns vereint sein möchten. Ich glaube, hier ist in dem Referat ein wichtiges Problem mit angesprochen worden. Und wenn hier die Empfehlung gegeben worden ist, mit diesen Völkern Kontakt zu halten, – das ist schwer durchzuführen, weil es ja nicht nur von uns abhängt; eines aber können wir ungestört tun: den Angehörigen dieser Völker, die als politische Emigranten unter uns und in der freien westlichen Welt wohnen, unsere Zuneigung bekunden und unsere Auffassung, daß wir mit ihnen als Europäer zusammengehören zur Zusammenarbeit für eine neue Welt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Das Wort hat Herr Teschner, als nächster Redner dann Herr Dr. Marx. TESCHNER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin nun einige Male jenseits der Oder-Neiße gewesen, fast jedes Jahr nach 1956. Meine Feststellung da drüben ging dahin, daß sich in dieser Zeit das Verhältnis zwischen dem polnischen Volk, nicht etwa nur der Regierung, und uns, nicht verbessert, sondern verschlechter hat. Meines Erachtens müssen da von unserer Propaganda aus noch Fehler gemacht werden. Jedenfalls haben wir der Propaganda von drüben nichts entgegensetzen gewußt.

Über die Grenze ist schon gesprochen worden. Ich möchte nur eines vermerken: Es gibt genügend Menschen im Westen, nicht bei uns, die glauben, Europas Grenze liege an der Elbe, und es gibt sogar Leute, die der Meinung sind, diese müßte da bleiben. Es gibt aber ver-

mehrt Leute, die meinen, die Grenze Europas liege an der Oder-Neiße, und das müsse so bleiben. Auch da muß wohl des öfteren ein Wort dagegen gesagt werden. Im übrigen stelle ich mich hinter das, was Herr Minister Kraft gesagt hat: Unsere Propaganda drüben muß so laufen, daß man dort für uns Verständnis hat.

Aber nun weiter: Europa soll erst werden. Die Versuche, dieses Europa zu schaffen, sind ja nicht ganz neu. Napoleon war ja der erste und Hitler der zweite, die versuchten, Europa auf die Spitze der Bajonette zu stellen; das mißlang.

Wenngleich ich dem Kommunismus alles zutraue, ich glaube, daß man auch das ihm schließlich zutrauen kann. Ich glaube aber, er hat es nicht einmal nötig, diesen Versuch, den bereits Napoleon und Hitler unternommen haben, zu wiederholen. Ich glaube, wir sind vielmehr in einem Krieg, meines Erachtens in einem sehr heißen Krieg aber in einem Krieg der Ideen und nicht in einem Krieg der Bajonette. Meines Erachtens sollte es auch nicht so sein, wie man zunächst glaubte: 6 Milliarden sind genug, dann 9, dann 12, dann 15, dann 20 Milliarden, die uns vor dem Osten bewahren werden. Ich glaube nicht daran, daß wir auf diesem Wege zu Europa kommen. Wir müssen klar erkennen, worum es geht: Soll es ein sozialistisches Europa werden? – Was hätten wir ihm entgegenzustellen? – Es ist irgendwo das Wort gefallen, das Christentum wäre keine reale Tatsache mehr im Raume der Politik. Ich muß mich dem fast anschließen, wenn ich sehe, wie bei uns der Materialismus mehr und mehr an Boden gewinnt und daß man doch weit verbreitet sagt, drüben wird er gepredigt, hier wird er aber exerziert.

Auch das ist ein Teil unseres Kampfes, daß wir wissen, wohin wir steuern wollen – zum freien Europa, dieses Wort ist ja nun geläufig. Ich wünschte mir etwas weniger Freiheit in manchen Dingen, bei uns in den Gazetten, bei uns in den Illustrierten, in den Kinos und im Fernsehen. Da wünschte ich mir etwas weniger Freiheit als die, die wir haben. (Zustimmung und Beifall.) Mit dieser Freiheit fördern wir den Osten gründlich. Das ist meine Meinung.

Nun das Wirtschaftliche: Sicherlich, der Kaufmann ist immer Wegbereiter gewesen, wenn der Weg klug genützt wird. Aber allein damit geht es nicht. Ich bitte, doch zu überlegen, wie wir Freiheit und Christentum ein wenig in unserer Konzeption zusammenbringen. Das Wesen des Kommunismus ist nicht der Materialismus. Das Wesen der Kommunisten ist die Gottlosigkeit, die krasse absolute Gottlosigkeit. Und wenn ich im polnischen Raum gewesen bin, dann sah ich, wie ein Kommunismus nicht funktioniert, wenn im Volk die Gottlosigkeit nicht vorhanden ist. In Gesprächen drüben, zu denen wir zum Teil genötigt worden sind, habe ich sagen können: Wenn der Kommunismus – man spricht immer vom Sozialismus, – wenn der Sozialismus nur so ist wie bei euch, das heißt Staatswirtschaft, so glaube ich zwar nicht daran, daß die Staatswirtschaft zum Erfolg führen wird, jedenfalls nicht zu dem Erfolg, den wir haben – aber immerhin eine solche Angst habe

ich vor einem solchen Sozialismus nicht. Das nur als kurzer Bericht über das, wie ich die Situation drüben im Gebiet der Oder und Neiße sehe.

Dr. MARX:

Meine Herren Minister! Meine verehrten Damen und Herren! An sich habe ich mich gemeldet, um nur zu einem Einzelthema zu sprechen und nicht zum Generellen. Ich darf, wenn ich nun das Wort habe, gleich damit beginnen.

Der Herr Bundesaußenminister hat dreimal in seinem Referat darauf hingewiesen, daß wir Objekte der kommunistischen Propaganda seien und daß wir deshalb dankbar sein müßten, wenn wir bereit sind, die Konsequenzen daraus zu ziehen in dem, was wir in der gesamten Öffentlichkeitsarbeit im Bereiche der Bundesrepublik Deutschland, in unseren befreundeten Nationen, in die Entwicklungsländer und auch in die kommunistische Welt hinein in Zukunft weitaus mehr als bisher tun müßten und unter allen Umständen tun sollten. Denn ich glaube, daß von dem, was Rundfunk, Presse, Nachrichtenagenturen usw. sagen, ein ganzer Teil von jenem Bild abhängt, das die westliche, die neutrale oder die kommunistische Welt von uns haben. Eben ist von Polen gesprochen worden.

Man kann sagen, wenn heute einer unserer Freunde die Möglichkeit hat, einigermaßen frei und nicht unbedingt in jeder Minute gelenkt durch die Sowjetunion zu fahren, er dann immer wieder Menschen begegnet, die sagen: Ihr Deutsche seid vortreffliche Leute, aber warum müßt ihr schon wieder einen Krieg beginnen? – Diese Propaganda, daß wir jetzt den dritten Krieg vorbereiten, daß dieses Deutschland der Hauptaufmarschraum der NATO sei und daß wir einen Blitzkrieg vorbereitet und daß alle die, die wir hier sitzen, die verdammten kriegslüsternen westdeutschen klerikalfaschistischen Revanchisten seien – das ist so sehr in die Leute hineingebracht worden, daß ich meine, ein solcher Parteitag sollte vor allen Dingen in einem solchen Ausschuß darüber sprechen, daß wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit in der Darstellung dessen, was Inhalt, Wesen und Ziel unserer Politik ist, weitaus deutlicher uns äußern und artikulieren sollten, als das bisher der Fall gewesen war. (Sehr richtig! – Beifall.)

Wir sollten – glaube ich – auch nicht übersehen, daß das Wesen des Kommunismus, das in Hunderten von Broschüren bei uns abgehandelt wird, auf den Menschen in seiner Totalität ausgerichtet ist. Es will nicht nur einen Teil von ihm, es will nicht nur seine materielle Welt verändern, sondern es will ihn insgesamt umkrempeln; denn das Menschenbild des internationalen Kommunismus ist absolut entgegengesetzt dem unseren. Wenn wir tagtäglich von Chruschtschow hören, es gäbe Koexistenz in irgendwelchen Bereichen, nicht aber im ideologischen und wirtschaftlichen Kampf usw., so denke ich, wir sollten ebenfalls bereit sein, zu sagen: Von einer christlichen Auffassung des Menschen, von unserer demokratisch-freiheitlichen rechtsstaatlichen Auffassung der Politik her, kann es keine Koexistenz mit jener Auffassung geben, wie

sie Chruschtschow Tag für Tag uns als die seine vorträgt. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zu einigen in den letzten Jahren ständig sich vermehrenden Äußerungen der westlichen Welt, die uns gegenüber nicht außerordentlich freundlich gesinnt sind. Wenn ich vom Radio Moskau die Sendungen für Frankreich abhöre, so höre ich, daß die Kriegsallianz wiederhergestellt werden müsse, weil nur die Allianz im zweiten Weltkrieg das faschistische Untier getötet habe. Man sagt, der deutsche Lehrer lehre in der Schule, der Straßburger Dom sei ein deutscher Dom und die faschistischen Hitlergenerale träumten von einer erneuten Siegesparade auf den Champs-Élysées. Den Engländern sagt man: die Deutschen nehmen euch die Weltmärkte weg, ihr müßt alles tun, um dem entgegenzuwirken. Man arbeitet mit gewissen Komitees. In den Vereinigten Staaten ist ein solches gegründet worden. Es nennt sich Komitee zur Verhinderung des Wiederauflebens eines deutschen Nationalsozialismus, das just am 30. Januar des vergangenen Jahres in New York seine erste Tagung durchgeführt hat.

Die infiltrative Propaganda, die in dieser Weise gemacht wird, wobei man sich nicht kommunistischer Formulierungen, sondern halbkommunistischer Formulierungen, nicht kommunistischer Gruppen, sondern internationaler Frontorganisationen, wenn es geht, mit einem westlichen Professor oder Nobel-Preisträger an der Spitze, bedient, hat einen verheerenden Einfluß gegen dieses unser Bild, wie wir es wollen, damit die Bundesrepublik Deutschland auch von unseren Freunden verstanden wird. Aus diesem Grunde, glaube ich, sollten wir auch in unserer befreundeten Welt etwas zur Aufklärung Positiveres tun.

Es ist verlangt worden, daß wir eine Strategie der Offensive machen sollten. Ich glaube, wir sollten dieses Wort aufnehmen, es ist eine Angelegenheit der ganzen westlichen Welt. Wir sollten vielleicht den Machthabern in den einzelnen kommunistischen Ländern etwas mehr auf den Mund schauen, als wir dies gemeinhin tun. Wenn Sie, bitte, meine Damen und Herren, das Interview von Chruschtschow, das er jetzt vor genau sechs Wochen der amerikanischen Zeitschrift „Look“ gegeben hat, genau ansehen, wo die neue Definition des Krieges enthalten ist, dann sagt er: ich bin gegen den Krieg, aber der nächste Satz lautet – ich zitiere wörtlich –:

„Wenn ich dies sage, meine ich den nuklearen weltumfassenden Krieg, ich meine nicht den Bürgerkrieg, ich meine nicht den Buschkrieg, ich meine nicht den Randkrieg, und ich meine nicht den nationalen Befreiungskrieg.“

Wenn also noch Logik in der Welt besteht, dann lautet es: Ich – Chruschtschow – lehne nur den großen nuklearen Krieg wegen seiner schrecklichen Verheerungen ab; ich lehne aber nicht ab alle anderen möglichen Formen des Krieges; es ist Laos genannt worden. Was im Augenblick dort vorgeht, das ist ein Zeichen für das, was uns droht, wenn wir nicht die von dem Bundesaußenminister hier mit aller Deut-

lichkeit ausgesprochene Notwendigkeit einer engen, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen, sondern auch geistigen und bitte, wenn Sie wollen, auch einer propagandistischen Absprache und gemeinsame Art und Weise des Vorgehens in der westlichen Welt ins Auge fassen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Nur noch eine Bemerkung: Es ist gesagt worden, „auch die Völker hinter dem eisernen Vorhang“, die im Warschauer Pakt, seien Europäer. Selbstverständlich. Fahren Sie heute nach Polen. Wenn Sie sagen: Ihr Polen seid Europäer, dann werden Sie überall und vor allen Dingen bei denen, die noch nicht endgültig von den Kommunisten manipuliert sind, begeisterte Zustimmung finden; sie sehen auf uns; sie warten darauf, wie wir versuchen, dieses Europa zu gestalten. Sie möchten sich anschließen; aber es ist ihnen vorerst noch verwehrt. So gilt wohl von Karl Marx der Schlußsatz des Kommunistischen Manifestes heute mehr denn je, nämlich daß die Proletarier in der Welt, die Proletarier, die dort zu Proletariern gemacht worden sind, nämlich der kommunistischen Welt, nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. – Die Frage an uns ist: Bauen wir unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere westliche Welt so aus, daß sie attraktiv und ständig anreizend für die Menschen hinter dem eisernen Vorhang ist! Das ist eine Frage. Die Antwort muß jeder einzelne, der politisch verantwortlich denkt, sich selber geben.

Und als Schlußwort wollte ich – es mag grotesk klingen, aber es ist im Wortlaut richtig – das zitieren, was nach der geplatzen Gipfelkonferenz der Kriegsminister – warum sollen wir eigentlich Verteidigungsminister zu diesem Mann sagen? er ist doch bei Gott der Kriegsminister – Malinowski, der sowjetische, in das Gästebuch der sowjetischen Heeresgruppe in der sogenannten Deutsch-Demokratischen Republik hineingeschrieben hat. Er schrieb dort: Vertraut auf Gott, doch haltet euer Pulver trocken, die Welt ist voll bissiger Hunde, nehmt' alle Knüppel zur Hand!

Ich habe, meine Damen und Herren, noch niemals besser und kürzer zusammengefaßt die außenpolitischen Überlegungen, wie sie die Christlich Demokratische Union haben sollte, gehört: Vertraut auf Gott; aber das Vertrauen darauf genügt nicht. Er verlangt von uns, denen er die Kräfte gegeben hat, daß wir etwas tun, daß wir zeigen, wie dynamisch und wie motorisch auch die westliche Welt ist. Wir wollen nicht staatlich sein, wir wollen nicht einen Status quo oder gar einen Status quo minus, sonder wir wollen darstellen, daß die lebendigen Kräfte in unserer Welt die Möglichkeit haben, hineinzuwirken als ein leuchtendes Beispiel.

Ich denke, daß, wenn wir an einem solchen Tag wie heute auch darüber etwas miteinander sprechen, wir auch in diesem Falle wüßten, warum wir alle zusammen nach Dortmund gekommen sind.

(Lebhafter Beifall.)

GOCHT:

Meine verehrten Freunde! Auch mich hat auf diesen Platz nur ein einziges Problem geführt. Ich enthalte mich jedes Diskussionsbeitrages zu europäischen Fragen. Ich habe unter der Bezeichnung „Gegenstand“ bei der Meldung zu meinem Diskussionsbeitrag hineingeschrieben: Deutschland. Ich hatte eigentlich gedacht, daß die vorhergehende Diskussion das Problem schon anrühren würde; aber es bleibt mir übrig; denn ich habe – es ist ein sehr drängendes und heißes Problem – am ganzen gestrigen Tag nicht gehört, daß dieses Problem erwähnt wurde. Ich habe vorhin im Referat darüber nur ein Andeutung gehört. Ich meine den Kreditwunsch der Zone, eine rein deutsche Angelegenheit, eine Angelegenheit, die auch rein deutsch zu entscheiden ist. An dieser Stelle brauchen wir im Grunde nichts zu fragen; an dieser Stelle sind wir von unseren Alliierten freigestellt. Es handelt sich andererseits um eine Angelegenheit, die über Wirtschaftspolitik weit hinausgeht, die in den Bereich der Außenpolitik gehört, die also in diesem Arbeitskreis wenigstens angesprochen werden sollte. Gewiß, diese Frage ist völlig neu; sie ist 14 Tage alt, und sie wird besonnen, überlegt werden; aber entscheiden wird darüber der Bundestag. Wir, die Christlich Demokratische Union, stellen die Bundesregierung in ihrem wesentlichen Teile. Wir haben eine Reihe von Bundestagsabgeordneten unter uns. Wir haben den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion unter uns. Unsere Freunde können von einem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union erwarten, daß er ihnen über die Analyse hinaus eine Richtung mitgibt, wie sie ein solches Problem anfassen sollen. (Zurufe: Sehr richtig!) Da aber muß von einem, der ein Flüchtling aus der Zone ist und der in Berlin lebt, gesagt werden: Es kann nur davor gewarnt werden, dieses Angebot auch nur mit einem kleinen Finger anzunehmen. (Lebhafter Beifall. – Zurufe: Sehr richtig!) Ich bin etwas erstaunt gewesen, daß immerhin 14 Tage bis drei Wochen vergangen sind und man darüber nachdenkt. Man hätte ebenso gut von vornherein sagen können, das kann überhaupt nicht in Frage kommen. Bitte, wir haben unseren Interzonenhandel. Es läßt sich manches dafür und vieles dagegen sagen. Wir Flüchtlinge haben stets auch gegen diesen kleinen Interzonenhandel gesprochen. Aber das, was vor uns steht, ist ein weit darüber hinaus gehendes politisches Problem.

Der Interzonenhandel war im wesentlichen ein Tauschhandel. Beauftragte, die protokollarisch sorgsam aufeinander abgestimmt waren, damit ja nichts Juristisch-Protokollarisches passieren konnte, sagten einander, wir tauschen immer 500 Millionen DM ein.

Meine verehrten Freunde! Zwei bis drei Milliarden! Ich hörte heute schon von mehr als drei Milliarden DM, die kann man doch wohl Herrn Josef Orlopp nicht borgen; er hat sie auch gar nicht gewollt. Die Regierung ist über einen Mittelsmann an uns herantreten, und diese Regierung wäre natürlich – sie lesen es in allen Zeitungen – nun zu fragen: Ja, was bietest Du nun dafür an echten politischen Konzessionen? Und damit, meine Freunde, sind wir an der Gefahr der ganzen Frage: Denn in dem Augenblick, in dem wir uns für unsere schwerbe-

drängten Brüder in der Zone menschliche Erleichterung gewähren lassen, in dem wir die Sicherheit der Zufahrt nach Berlin auf diese Weise in ein Vertragsangebot einbeziehen, in demselben Augenblick anerkennen wir die Regierung der DDR als einen Vertragspartner, der uns politische Konzessionen machen kann, (Zurufe: Sehr richtig!) und das, meine Freunde, ist die echte Gefahr in dieser Sache. Wir mögen sagen; jawohl, wir wollen es tun, wenn Du uns die Konzession machst. Dann sitzen wir in der Falle. Dann haben wir die Regierung der DDR in einer wichtigen politischen Sache anerkannt. Ich möchte es mir versagen, gegenüber diesem Problem der rechtlich-politischen Seite auf die Frage einzugehen, was denn mit diesen Kohlen und den Maschinen geschehen soll und ob dadurch irgendwie der Bevölkerung genützt wird. Es wird damit selbstverständlich der Bevölkerung in der Zone gar nicht genützt, wenn man auf diese Kreditwünsche eingeht. Aber das soll mir weniger wichtig sein. Ich will nur mit aller Entschiedenheit – und ich glaube, daß unsere Abgeordneten im Bundestag das von diesem Bundesparteitag verlangen und erwarten können – darauf aufmerksam machen, daß unter politischen Gesichtspunkten die Annahme oder auch nur eine längere Diskussion mit der Zone über diese Frage die Gefahr bedeuten würde, die deutsche Spaltung vorwegzunehmen, ehe wir uns später dazu endgültig äußern können.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Da die Bundestagsabgeordneten hier unmittelbar angesprochen sind, antwortet darauf Herr Dr. Gradl.

Dr. GRADL, MdB:

Meine Parteifreunde! Das ist eines der heißesten Eisen, die es überhaupt für eine politische Diskussion, wie wir sie hier führen, gibt: Die Frage des Interzonenhandels und insbesondere die hier von meinem Vorredner angesprochene Frage, nämlich die Frage, wie wir uns zu den Kreditwünschen stellen, die von der sowjetzonalen Seite mittlerweile laut geworden sind.

Zunächst: Ich will das Problem nicht damit verkleinern; aber es war von Milliardensummen die Rede. Eines muß man sich dabei vor Augen halten: Man muß es in den rechten Proportionen sehen. Es handelt sich zwar offenbar um eine Milliardensumme, aber um Milliarden, die sich über Jahre hinaus verteilen sollen, also nicht um Summen, die in einem Zuge jetzt plötzlich auf einmal gegeben werden sollen.

Wie kann man auf einen solchen Wunsch antworten? – Ich glaube, wenn man darauf unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Antwort gäbe, dann wäre das falsch, und es wäre nicht verantwortlich. Diese Frage kann für uns keine wirtschaftliche Frage sein. Ich weiß, daß es hier im Lande manch' einen gibt, der – das ist sein legitimes Interesse, solange es einen Interzonenhandel gibt – an diesem Interzonengeschäft interessiert ist. Die Zone selbst spekuliert darauf, wie wir in ihren Ver-

öffentlichungen gelesen haben. Die Zone spekuliert auf das geschäftliche Interesse hier. Sie spricht nicht zuletzt den Ruhrbergbau mit seinen Haldenbeständen an, dessentwegen sie das neue Geschäft angeblich angeboten habe. Solche wirtschaftlichen Überlegungen können nach meiner Meinung für unsere Antwort auf diese Frage, auf die Frage, wie wir uns zu einem solchen Wunsch einstellen sollen, überhaupt nicht gelten. (Zurufe: Sehr richtig!) Es wäre unmoralisch gegenüber den Menschen in der Zone, wenn wir uns dabei von wirtschaftlichen Überlegungen bestimmen ließen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es so ist, bleibt dennoch die Frage übrig: Gibt es andere Gesichtspunkte, unter denen man vielleicht – ich sage: vielleicht – sich positiver zu diesem Kreditwunsch der Zone einstellen könnte? – Ich würde darauf ganz schlicht und hart sagen: Man kann diesen Wunsch positiv in Erwägung ziehen, wenn und je mehr für uns politisch und menschlich dabei herausspringt. Das ist nach meiner Meinung die entscheidende Frage und diese Frage muß man beantworten, ohne jede Emotion. Ich will Ihnen sagen, daß es mir nicht viel anders gegangen ist als sicher Ihnen allen, als Sie zum erstenmal von dieser Sache gehört haben. Da habe ich auch ein Aufbegehren gegen die Vorstellung empfunden, daß man diesen Leuten ausgerechnet nun noch zusätzliche Summen im Kreditwege zur Verfügung stellen soll. Aber auf der anderen Seite: Die in Pankow können doch wohl nicht so töricht sein, daß sie sich einbilden, wir würden einem solchen Kreditwunsch, auch wenn er über Jahre verteilt ist und dann nicht mehr so groß aussieht, entsprechen, ohne daß für uns dabei etwas herauskommt. Wirtschaftlich kann nichts herauskommen und wirtschaftlich haben wir kein Interesse an dieser Sache, und wir wollen es nicht daran haben. Also bleibt die Frage und diese Frage geht an die andere Seite, wenn es nach allem, was gewesen ist, zu weiteren ernstesten Überlegungen kommen sollte: Was kommt dabei menschlich, politisch heraus? – Wir sind uns klar darüber, daß man sich nicht einbilden darf, daß man auf diesem Wege sozusagen die Wiedervereinigung einhandeln kann. Das anzunehmen, wäre verrückt. Aber zwischen der Wiedervereinigung als Großziel und dem Zustand an der „Mauer“ heute gibt es viele Möglichkeiten der Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Darauf, meine ich, sollte das Hauptaugenmerk gelenkt werden, darauf, daß die menschlichen Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands verbessert werden, daß die Mauer in irgendwie durchlöchert und der Todesstreifen irgendwie begehbar gemacht wird. (Beifall.)

Das ist nach meiner Meinung die entscheidende Frage, die einzige, unter der man diese Sache betrachten kann. Kommt da nichts heraus, dann ist die Sache für uns uninteressant. Kommt etwas heraus oder scheint es so, daß etwas herauskommen könnte – gut, dann sollten wir es ernsthaft überlegen, meine Freunde. Natürlich nicht auf dem offenen Markt überlegen, denn da spielen sehr viele Dinge eine Rolle. Aber ich glaube, das Vertrauen dürfen und können wir auch haben, daß die Stellen bei uns, die bisher solche Verhandlungen geführt haben, letzten

Endes die verschiedenen Seiten dieser Sache kennen und daß sie in der rechten Weise die Dinge in den Gesprächen, die dann vielleicht stattfinden, handhaben werden.

Professor FURLER, MdB:

Meine Damen und Herren! Nachdem wir uns hier in der CDU auseinandersetzen über die Grundfragen und über die Aktion in der deutschen Außenpolitik auf Grund eines Referats unseres Außenministers – nachher wird auch unser Fraktionsvorsitzender sprechen –, schein es mir doch richtig, daß wir in der Diskussion nun auch einmal in die europäischen Fragen hineingehen; denn sie stellen uns ganz akute Probleme – Probleme, die gelöst werden müssen. Wir müssen Aktionen durchführen, und der Zusammenhang mit dieser Diskussion ist ein evidenter. Denn ganz sicher werden wir in der Berlin-Frage, in der deutschen Frage, in all diesen Dingen, die uns bewegen, geschwächt, wenn es uns nicht gelingt, dieses Europa zu einer großen Einheit zu führen. Gerade die Einheit Europas ist eine Grundbasis für die Existenz Berlins, für unsere nationale und freiheitliche Hoffnung auf eine Selbstbestimmung in der Zone. Wie steht es mit dieser europäischen Politik? – Ganz kurz einige Bemerkungen, weil diese Politik in der Tat vor Entscheidungen steht. Wir müssen eines wissen: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der Gemeinsame Markt – sie gehen ständig weiter. Vergessen Sie ob dieser Sorgen wegen der politischen Ideologie nicht, daß wir im Januar in die zweite Stufe hineingegangen sind und daß die Dinge unwiderruflich geworden sind, daß wir jetzt beschlossen haben, eine neue Stufe beschleunigt einzuführen, daß dieser Gemeinsame Markt, der dieses Europa einklammert, täglich, stündlich, wächst und stärker wird, daß sich die Wirtschaft auf ihn einstellt.

Denken Sie daran, daß der Gemeinsame Markt jetzt Rußland doch ganz akut plötzlich noch viel bedenklicher erscheint, als das vor einem Jahr aussah. Chruschtschow hat hauptsächlich – und das ist das interessante – den Besuch des Staatschefs eines afrikanischen Staates, von Mali, benutzt, um gegen den Gemeinsamen Markt zu agitieren, und er hat etwas ganz Bestimmtes angegriffen, er hat nämlich unsere Assoziation angegriffen, diese Verbindung des großen Gemeinsamen Marktes mit 15 afrikanischen Staaten und Madagaskar. Dort entwickelt sich vor unseren Augen eine neue Verbindung, ein Werk, das zur Stabilisierung der Welt beiträgt, und hier hat er hineingestoßen, und hier will er nicht die ordnende Kraft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich auch in Afrika auswirken lassen.

Es ist interessant: Diese afrikanischen Staaten – ich habe die Verhandlungen mitgemacht –, sie wollen mit uns arbeiten. Allerdings stehen sie immer vor dieser Alternative: Soll man nicht vielleicht auch mit dem Osten arbeiten? – Wir legen in der Wirtschaftsgemeinschaft keine politischen Bindungen auf; aber falsch ist das und grundverkehrt, was uns Chruschtschow in diesem Zusammenhange vorwirft. Er sagt, wir würden diese Afrikaner halten wollen als billige Rohstofflieferanten, und wir

würden ihnen eine industrielle Entwicklung versagen. Meine lieben Freunde, genau das Gegenteil ist der Fall! Wir haben Pläne, eine industrielle Entwicklung durchzuführen, diese Länder von ihren Monokulturen abzubringen. Wir wenden dafür Milliardenbeträge auf; aber es sind die Afrikaner, die sagen: Macht nicht so schnell, das gibt bei uns sonst einen Umbruch und einen Durchbruch, den wir nicht ertragen können. Also genau das Gegenteil ist der Fall von dem, was uns der Osten vorwirft. Wir wollen dort ganz moderne Entwicklungen schaffen, und ich wollte sagen, auch da nur Schritt für Schritt, und Stunde für Stunde geht die europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorwärts, so auch die Verhandlungen mit England:

Die letzten Tage waren hier sehr ermutigend. Es scheinen wirkliche Fortschritte objektiver Art erzielt worden zu sein. Daß es natürlich für England schwierig ist – ich habe führende Männer von drüben gesprochen –, sich mit dem Commonwealth auseinanderzusetzen und daß wir kein Interesse daran haben, dieses Commonwealth zu stören, das ist selbstverständlich. Aber das sind Sorgen, die die Engländer angehen und nicht uns. Wir wollen England in diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineinnehmen, und ich glaube, daß die russische Haltung auch dadurch mit hervorgerufen wird, daß es sieht, wenn auch England noch dabei ist, wirtschaftlich, und wahrscheinlich oder sicher auch politisch einmal, daß dann die ordnende Kraft gegen die Mächte des Ostens noch stärker sein wird.

Nun die Politische Union: Wir müssen dazu ein Wort sagen, auch zur Haltung des französischen Staatspräsidenten und zu unserer Haltung. Ich weiß, das ist nicht einfach. Ich habe am letzten Sonntag in Freiburg vor der Tagung der deutsch-französischen Verbände, die unter dem Motto der deutsch-französischen Freundschaft stand, gesprochen. Ich bin davon überzeugt, daß wir ohne diese Neuorientierung der deutsch-französischen Politik, die übrigens schon mit Robert Schuman begonnen hat, die begonnen hat mit dem Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl und die sich weiterentwickelt hat, daß wir ohne diese grundlegende Umstellung diese Situation in Europa, in unserem freien Europa, nicht hätten, daß wir auch diese europäische Politik nicht hätten. Wir wollen nicht den anderen irgendwie unseren Willen aufzwingen; aber ohne die Basis und ohne den Grundstein der deutsch-französischen Freundschaft wäre das nicht gegangen.

Aber ich bin der Meinung: Wir müssen trotz aller Freundschaft unter Freunden auch offen sprechen; denn es ist viel wichtiger, man räumt Mißverständnisse rechtzeitig aus, als wenn man nachher kommt und in Situationen gerät, wo man, ohne in Friktionen zu geraten, gar nicht mehr arbeiten kann. Ich bin auch für die Klärung der politischen Situation. Ich bin auch schon längst der Meinung, daß wir ohne einen politischen Unter- und Überbau auch in den Wirtschaftsfragen auf ganz lange Sicht nicht endgültig weiterkommen werden. Aber der Gedanke dieser politischen Verbindung ist schon alt. Hier am Tisch sitzt Heinrich v. Brentano, der 1953 unter seinem Vorsitz einen Verfassungsentwurf, den das damalige Parlament der Gemeinschaft für Kohle und Stahl

gebilligt hat, für eine Politische Gemeinschaft ausgearbeitet hat. Aber Ausgangspunkt war doch etwas ganz anderes. Heute wird eine Politische Union als eine Union der Staaten vorgeschlagen und nicht als eine Union einer Gemeinschaft. Es handelt sich hier nicht um Wortstreite. Ich bin auch dagegen, daß man über Begriffe stolpert; aber man muß wissen, was man tut. Eine Union der Staaten ist ein völkerrechtliches Bündnis, wie wir das im letzten Jahrhundert wahrscheinlich wiederholt schon gehabt haben. Ich will nicht sagen, daß das wertlos wäre, aber immerhin, es ist nicht das, was wir eigentlich als Fernziel eines solchen politischen Überbaues wollen.

Einzelne Punkte müssen klargestellt werden: Ganz indiskutabel ist natürlich für uns, daß die Integrationspolitik, die diese großen Erfolge hatte, von denen auch im Referat unseres Außenministers die Rede war, gefährdet wird. Wir können unmöglich die Wirtschaftsorgane, die Wirtschaftsinstitutionen, in etwas ganz anderes hineinfusionieren; das darf nicht sein. Ich glaube, das ist auch zu erreichen, wenn wir eine klare Haltung einnehmen, damit es keinen Zweifel gibt: Was geschaffen wurde, bleibt, wird weiterentwickelt auf dem Weg, der vorgeschrieben ist und der unseren Gedanken, den Gedanken Robert Schumans, Heinrich von Brentanos und all derer, die seit Jahren daran arbeiten, entspricht. Wir haben keinen Grund davon abzugehen, und niemand kann uns zwingen, davon abzugehen.

Das zweite, was ich viel ernster nehme, ist das: Wir müssen Klarheit schaffen, bevor wir eine politische Union abschließen, daß wir nicht in der Verteidigungspolitik, in der atlantischen Politik in eine Situation hineingeraten, in der wir unmittelbar auf Grund von Verpflichtungen in größte Schwierigkeiten kommen. Noch ist die Politik des französischen Staatspräsidenten hier außerordentlich hart, und ich glaube, er hat es an Deutlichkeit der Worte nicht fehlen lassen, was er hier will: Er will da wohl nicht das, was wir wollen. Er will natürlich ein starkes Europa; aber er hat doch ganz andere Vorstellungen von der Verteidigung im Rahmen der NATO, von der Verteidigung innerhalb einer militärischen Integration, als wir sie haben. Frage: Können wir uns verpflichten, eine gemeinschaftliche Verteidigungspolitik in einem Augenblick zu betreiben, wo hier die Grundlagen zu einer gemeinsamen Politik noch nicht erkennbar sind? – Infolgedessen halte ich es für durchaus notwendig, daß in einer politischen Union klargestellt wird, daß sie uns nicht hineinführt in einen Konflikt innerhalb der NATO mit der entscheidenden westlichen Macht für unsere Sicherheit, der für Berlin entscheidenden westlichen Macht, den Vereinigten Staaten von Amerika. Das muß rechtzeitig und völlig eindeutig klargestellt werden. Wenn das nicht möglich ist und daher scheitert, dann müssen wir eben darum ringen; denn es ist ja nicht so, daß wir die politische Union abschließen müssen. Es sind vielleicht andere auch daran interessiert, also müssen sie, wenn sie stark interessiert sind, auch Bedingungen akzeptieren.

Sehen Sie, es ist doch interessant, daß fünf Minister der Regierung de Gaulle, darunter Herr Pflimlin, der ein bedeutender Europäer ist, ein großer Realist, keiner von den Phantasten, zurückgetreten sind, und

Pflimlin hat erst vor wenigen Tagen erklärt – ich habe ihn auch persönlich gesprochen –: ich bin ja nicht zurückgetreten wegen irgendwelcher Illusionen, die ich verwirklichen wollte. Ich hätte mich auch noch eingelassen auf irgendwelche Übergangsstadien in dieser politischen Union; niemals aber konnte ich mich einlassen auf eine endgültige Bindung nach einer anderen Richtung, als ich sie gehen wollte.

Ich wollte damit sagen, wir müssen natürlich hier auch sehr klar sehen. Ich halte diese Frage für das Allerwichtigste in unserer Außenpolitik, daß eine ausreichende vorwärts weisende Revisionsmöglichkeit besteht, daß wir nicht endgültig gebunden sind unter dem Prinzip der Einstimmigkeit und gar nicht mehr in einer Vorwärtsentwicklung weiter kommen können, sondern daß ganz klar das ist, was der Rücktrittsgrund Pflimlins war, nämlich das Offenhalten, das mögliche und realisierbare Offenhalten von Entwicklungsmöglichkeiten, die auf die moderne Form der politischen Einigung, nämlich auf die Gemeinschaft, hingehen. Wir können nicht verlangen, daß wir das von heute auf morgen bekommen. Wir können auch nicht plötzlich ein Idealbild verwirklichen. Wir müssen mit der Welt der Wirklichkeit rechnen. Wir müssen mit der Realpolitik rechnen; aber wir dürfen uns auch nicht die zukünftige Entwicklung verbauen.

Ich sehe, ich habe meine Zeit überschritten. Ich kann daher über das Europäische Parlament und all diese Dinge nicht mehr reden, (Zurufe: Schade!) – aber wir haben in der nächsten Woche, wo wir auch dabei sind, diesen großen Europäischen Kongreß in München, den Nachfolger des Kongresses in Den Haag, wo alle diese europäischen Entwicklungen – sagen wir einmal – angefangen wurden. Auch da glaube ich, müssen wir als Deutsche der Bundesrepublik eine eindeutige, eine fortschrittliche, eine unsere Ausgangspunkte und Ziele bestätigende Haltung einnehmen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Als nächster Redner Herr Dr. von Brentano, dann Herr Mollin.

Dr. von BRENTANO, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist hier die Frage gestellt und auch vorläufig beantwortet worden, wie wir uns gegenüber diesem Kreditgesuch aus der Zone verhalten sollen. Ich glaube nicht, daß wir hier zusammen sind, um Entscheidungen zu treffen. Wir sind hier zusammen, um unsere Meinung zu bilden, und ich möchte anschließend an das, was mein Freund Gradl gesagt hat, auch feststellen: ich glaube, eine Entscheidung über eine solche Frage muß ohne jede Emotion getroffen werden; aber meine Freunde, wenn es darum ginge, daß wir die Menschen drüben in der Zone freikaufen können, dann würde ich an das deutsche Volk appellieren. Ich würde sagen: Bringt das letzte Opfer, damit wir dieses Ziel erreichen! – (Lebhafter anhaltender Beifall.) – Aber meine Freunde, der Schlüssel zur Freiheit liegt in Moskau und nicht in Pankow. (Zurufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) – Ich glaube, wir würden uns in eine gefährliche Situation begeben – ich

spreche gar nicht einmal von der Anerkennung – wenn wir einer solchen Erpressung nachgäben, die dann ständig auf uns lastete.

Es ist vielleicht ein frommer Selbstbetrug, daß wir glauben, daß der Interzonenhandel und daß eine Unterstützung der Zone den deutschen Menschen in der Zone nützt (Zurufe: Sehr richtig.) – Das Gegenteil ist wahr. (Zurufe: Sehr richtig!) – Das System, das gegen die Deutschen dort kämpft, wird unterstützt – gegen die Deutschen! (Zurufe: Bravo! Lebhafter Beifall.) – Ich glaube, wir sollten diese Zusammenhänge sehen. Wir sollten natürlich – und da stimme ich meinem Freund Gradl bei – nicht aus der Erregung heraus entscheiden, wenn wir wirklich etwas tun können, was für die Dauer den Menschen drüben nützt. Ich wäre zu Opfern bereit; aber ich wiederhole: der hier vorgeschlagene Weg scheint mir genau der falsche zu sein; sonst würde er uns auch nicht von diesen Leuten in diesem Zeitpunkt vorgeschlagen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die Entscheidung darüber, die letzte Entscheidung darüber liegt selbstverständlich bei der Bundesregierung; sie wird sorgfältig prüfen, und die letzte Entscheidung liegt beim deutschen Parlament, beim Bundestag. Aber ich sage meine Meinung. Ich engagiere nicht meine Fraktion, mit der ich über diese Frage noch nicht gesprochen habe. Aber ich glaube, daß wir mißtrauisch, daß wir zurückhaltend sein sollten und daß wir uns nicht aus einem falsch verstandenen Komplex der Freundschaft für unsere Deutschen in der Zone auf einen Weg begeben sollten, dessen Anfang wir kennen, dessen Ende wir aber nicht absehen.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

MOLLIN:

Liebe Parteifreunde! Was unser Außenminister hier gesagt hat, war mit jedem Wort zu unterschreiben, zu unterstreichen; aber nach dem 13. August sind deutlichere Worte notwendig. (Lebhafter Beifall.) – Das sage ich in voller Verantwortung, und ich glaube, Sie werden diese Meinung auch haben; denn wir haben eine ganz große Verantwortung gegenüber unseren Brüdern und Schwestern in Ostberlin und in der Zone, in Mitteldeutschland, übernommen. Wir haben ihnen jeden Tag aufs neue gepredigt: Freunde, haltet aus! Jetzt ist die Zeit erfüllt, wo sie aushalten müssen und nicht mehr können.

Unser Freund Brentano hat eben so klare Worte gesagt: Wenn unsere Nachbarn im Osten wirkliche Hilfe brauchen, dann wäre die Medikamenten-Hilfe die erste Notwendigkeit gewesen, und das hat man verboten, weil man unseren Brüdern und Schwestern diese Hilfe nicht gönnt. (Zurufe: Sehr gut.) Alles andere ist unter dem gleichen Gesichtspunkt zu sehen. Wir haben eine große Verpflichtung unseren Freunden gegenüber, und nun, liebe Freunde, auch aus einem anderen Grunde: Wir haben bis zum 13. August erlebt, daß man in allen Abmachungen von Berlin sprach. Nach dem 13. August spricht man nur von Westberlin, (Sehr richtig!) von der Sicherheit Westberlins.

Ich möchte unsere verantwortlichen Freunde bitten, immer wieder an die Optik zu denken; denn unsere Freunde in Ostberlin, in Mittel-

deutschland, in der sowjetischen Besatzungszone, hören auf jedes Wort, und wie müssen sie enttäuscht sein, nach dem 13. August nur von Westdeutschland zu hören. (Richtig!)

Ich habe mich sehr gefreut, und mit mir unendlich viel Delegierte des heutigen Parteitages, daß unser Freund Dufhues in Anlehnung und in Erwiderung und in dem Dank unserem Freunde Krüger gegenüber die Verdienste der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge so herausgestrichen hat. Ich erwarte, daß dieser Parteitag das, was er zu Anfang versäumt hat, den Gruß an unsere Brüder und Schwestern, nachholt. (Sehr gut!) Das muß ein erhebendes Bekenntnis für unsere Brüder und Schwestern im Ausklang dieses Parteitages sein. Darum bitte ich, daß in unserem Arbeitsbericht darauf Rücksicht genommen wird, daß ausgangs des Parteitages ein Bekenntnis für Deutschland, für unsere Brüder und Schwestern drüben, zum Ausdruck kommt.

(Starker Beifall.)

BLUMENFELD, Landesverband Hamburg:

Meine lieben Parteifreunde! Wenn man die Diskussion in der internationalen Öffentlichkeit in den letzten Monaten intensiv verfolgt hat, so könnte man den Eindruck gewinnen, daß etwas in der Welt in Bewegung geraten ist. Von dieser Bewegung ist auch heute hier in unserer Diskussion etwas zu verspüren. Zweifellos ist richtig, daß die Versuche auf westlicher Seite, die großen Probleme in Blick und in Zielrichtung auf eine politische Initiative wieder in die Hand, in den Griff zu bekommen, manchmal für uns Deutsche etwas zu spürbar werden. Auf der anderen Seite sehen wir, daß im Osten auch weltweit innerhalb dieses Blocks etwas in Bewegung geraten ist. Ich glaube, dieses In-Bewegung-Geraten ist nicht nur im reinen Politischen-Ideologischen zu verspüren, sondern noch viel stärker im Ökonomischen, im Wirtschaftlichen.

Damit möchte ich mitten hineinsteigen in das Thema, das hier durch einen unserer Freunde aufgegriffen worden ist und das von unserem Kollegen Gradl und von unserem Fraktionsvorsitzenden, Herrn v. Brentano, eben schon angesprochen und beantwortet worden ist. In der Diskussion hat – um das noch einmal in den Gesamttraum zu stellen – unser Freund Dr. Domes aus Baden die weltweite Strategie, die politische Initiative gefordert, und ich meine, daß sich hier in diesem Augenblick in der Tat für uns in Deutschland, in der Bundesrepublik, die Überlegung stellt, ob jetzt nicht der Moment gekommen ist, wo wir allerdings keineswegs direkt antworten auf die Kreditwünsche der Zone – das geht aus den Gründen, die Heinrich v. Brentano eben genannt hat, nicht, und ich unterstreiche sie; denn man geht nicht zum Schmiedchen, wenn man in Wirklichkeit mit dem Schmied verhandeln will und verhandeln muß. Hier geht es meiner Meinung nach darum: Ist es möglich, diese Frage, diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten, diese offensichtliche Schwäche des kommunistischen Systems, und zwar nicht nur der Zone, sondern auch Sowjetrußlands, nunmehr vom gesamten Westen her zu einer politischen Offensivkraft umzumünzen. Ich meine, wir sollten hier einsetzen. Hier sind wir im wirtschaftlichen Bereich doch

eindeutig überlegen. Das ist eine politische Waffe, wenn wir sie richtig anzuwenden verstehen.

Was wir brauchen, ist die wirtschaftliche und handelspolitische Solidarität des freien Westens jetzt in diesem Augenblick und für die Zukunft. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen sie nicht etwa, um einzelnen Firmen oder einzelnen Ländern des freien Westens wirtschaftliche Vorteile oder wirtschaftliche Verbindungen zu eröffnen, sondern wir brauchen sie eindeutig, um das große umfassende politische Gespräch, die Verhandlungen mit dem Osten, mit der Sowjetunion, mit Nachdruck und auch mit besseren Möglichkeiten als bislang führen zu können. Ich habe soeben aus der ausgezeichneten Analyse des Herrn Außenministers mit Interesse vernommen, daß die Länder des freien Westens im Verlaufe der letzten Jahre ihre handelspolitischen Verbindungen mit dem gesamten Ostblock um sehr erhebliche Prozente erhöht haben.

Damit, mit bilateralen Verhandlungen, mit Firmenvertreter-Verhandlungen auch seitens der Bundesrepublik mit dem Ostblock bzw. mit der Sowjetunion, nützen wir nur dem System, aber nicht den Menschen und nicht der Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Deswegen bin ich der Meinung, daß die Bundesrepublik gut beraten wäre, wenn sie jetzt sorgfältig prüfte, ob nicht auf dem Arbeitsmodell des Interzonenhandels, dessen Charakteristikum vorhin hier deutlich angesprochen worden ist, als eine Verbindung, die wir aus bestimmten Gründen aufrechterhalten, auch aus Gründen des – ich darf hier, meine lieben Parteifreunde, vor der Öffentlichkeit sprechend muß all das mit einer gewissen Vorsicht gesagt werden – freien Zugangs nach Berlin. Ich habe beispielsweise kein Verständnis dafür, wenn in der westlichen Presse in letzter Zeit uns immer wieder vorgehalten wird: Ihr betreibt diesen Interzonenhandel und wollt ihn erhöhen aus reinen kommerziellen oder wirtschaftlichen Gründen. Nein, meine Freunde, das sind politische Gründe, von denen unsere Verbündeten sehr genau wissen, warum wir die Verbindungen gemeinsam mit ihnen aufrechterhalten. Lassen Sie uns aber dieses Arbeitsmodell des Interzonenhandels einmal vor Augen stellen und darauf aufbauend eine strategische politische Position der koordinierten westlichen Handelspolitik, die das einzige Instrument meiner Meinung nach ist, das wir in unserem Köcher jetzt haben, um in den umfassenden Gesprächen, in den politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion, die Konzessionen zu erreichen, die wir auf anderem Wege auch versuchen, bisher ohne Erfolge, zu erreichen. Es wird sehr viel weniger kostspielig sein, diese Initiative zu entwickeln, als manche anderen Initiativen, die in den letzten sechs Monaten ein wenig durch die Welt gegeistert sind.

Ich habe den Eindruck, daß wir hier einen echten realistischen und auch durchführbaren Ansatzpunkt haben für die so oft beschworene politische Initiative des Westens. Und, meine lieben Parteifreunde, es ist hier heute weder Zeit noch der Ort dazu, das im einzelnen zu formulieren, obwohl ich dazu gerne bereit wäre; aber ich will Ihnen sagen: Diese Möglichkeit als deutsche Initiative zu entwickeln, wird auch

andere politische Vorteile für die Bundesrepublik und auch für die Menschen in der Zone mit sich bringen.

Deswegen bin ich der Meinung im Hinblick auf diese Kreditwünsche der Zone, die im übrigen von den Menschen in der Zone natürlich nicht in einseitigen oder bilateralen Verhandlungen mit dem Ulbricht-Regime gewünscht werden, daß die Menschen in der Zone das nicht wollen, weil sie wissen, daß das nur dem verhaßten Apparat drüben nützt! (Lebhafter Beifall.)

Aber selbst, wenn die Mauer eine unbestreitbare Tatsache ist – Freund Gradl hat das ja ausgesprochen –, stehen wir angesichts dieses Wunsches, der im übrigen gar nicht so neu ist. Wir wissen es, und die Bundesregierung weiß es schon seit langem; jeder, der ein wenig mit den Dingen, die sich drüben vollziehen, bekannt ist, der weiß, daß ja nicht nur wir angesprochen worden sind, wegen dieser Wünsche der Zone, sondern auch andere europäische Nationen und überall hat man Nein gesagt. Weshalb sollten wir denn jetzt Ja sagen, meine Freunde? – (Zurufe: Sehr richtig!) Aber wir sollten diese Frage sehr genau prüfen, nüchtern und sorgfältig unter dem Gesichtspunkt dessen, was ich soeben als gemeinsame strategische und politische Aufgabe des Westens bezeichnet habe.

Ich glaube, die Überhöhung auf diese Ebene wird uns in die Lage versetzen, dann auch einmal auf lange Sicht zu prüfen, inwieweit wir dann in diesem Zusammenhang auch freiheitliche und bessere Lebensbedingungen für die Menschen in der Zone erreichen können.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall.)

KRÜGER, MdB, Landesverband Westfalen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz zu zwei Punkten des Referats des Herrn Außenministers Stellung nehmen. Ich weiß, daß der Herr Außenminister sich in der Frage der Oder-Neiße-Linie wiederholt vor Journalisten zu der Linie der Regierungserklärung bekannt hat. Ich habe also daran keine Kritik zu üben; aber wenn ich heute zwei Redewendungen des Referats nehme, die nicht mit den Tatsachen im Zusammenhang stehen, so, glaube ich, ist nach dieser Richtung hin noch eine Klärung nötig. Ich würde Sie bitten, dazu vielleicht noch etwas zu sagen.

Das ist einmal die Wendung: unzeitgemäße und nicht mehr tragbare Vorstellungen können in einer ernstesten Lage zu einer Gefährdung führen. Ich kann mir unter diesen Vorstellungen, ohne daß sie tatsächlich erläutert sind, nichts vorstellen. (Heiterkeit.) Darüber hinaus ist dann gesagt worden, daß wir die Grenzen nicht überschreiten sollen, die Grenzen unseres politischen Wollens natürlich. Meine Damen und Herren! Hier muß einmal eindeutig festgestellt werden, daß die Grenzen unseres politischen Wollens und unsere nationalen Interessen von uns bestimmt werden. (Zurufe: Sehr richtig!) Das muß eindeutig klar-

gestellt werden. Es geht nicht, daß etwa diese Grenzen von unseren Verbündeten festgestellt werden. (Zurufe: Sehr gut!)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich eines zu der Kritik sagen, die der Herr Bundeskanzler in Berlin in seiner Sorge um die politische Entwicklung geübt hat. Sie erinnert mich daran, und Sie erinnern sich gleichzeitig daran, welche Kritik auch in der deutschen Presse diese Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers gefunden haben. Wir sollten aber nicht vergessen, daß diese Kritik an der Art der Behandlung dazu geführt hat, daß er nachher festgestellt hat, daß ohne Zustimmung der Deutschen Bundesregierung nichts erfolgen wird, was zu unseren Ungunsten zu entscheiden ist. Ich glaube, das sollten wir an dieser Stelle auch einmal zum Ausdruck bringen.

(Beifall.)

MAJONICA:

Das Wort hat Herr Minister

Dr. LEMBKE, Landesverband Schleswig-Holstein:

Meine sehr verehrten Parteifreunde, ich hoffe, daß ich die richtige Formulierung finde. Ich habe den Mut, Ihnen hier zu sagen, daß ich meine, daß wir hier zwei Gremien völlig auseinanderhalten müssen: Wir sind hier auf dem CDU-Bundes-Parteitag und haben uns mit Recht die Sorgen gemacht und haben das zum Ausdruck gebracht, was wir bezeichnen können als die Veranlassung einer demokratischen Offensive, als einen Appell, der am Schluß des Parteitages nachgeholt werden muß. Wir haben auch mit Aufmerksamkeit die Ausführungen unseres Freundes Blumenfeld angehört; aber, meine Freunde, ich weiß nicht – ist es denn so schwer zu verstehen: Der Außenminister unserer Regierung muß in diesen Tagen und Wochen, in denen es sich in der Tat um das Schicksal handelt, von solchen grundsätzlichen Erhebungen freigestellt werden, von solchen Erhebungen, die wir als Partei veranlassen können. (Widerspruch.) Als Partei können wir alle diese Forderungen aufstellen. Der Außenminister aber (Zurufe: Wazu sind wir denn dann hier?) – Sie haben zu dem Referat des Außenministers gesprochen, und der Außenminister hat verschiedene Formulierungen gebraucht, die hier in der Diskussion eben zum Teil zitiert worden sind. Ich meine, meine Freunde – und ich bitte, mich doch anzuhören –, daß der Außenminister in diesen Wochen vor der Schwierigkeit steht, mit den Amerikanern, die Berlin verteidigen sollen und wollen, und zwar mit uns zusammen, einen Modus zu finden, den sich die Amerikaner in einer ganz bestimmten Form vorstellen, der uns aber in dieser Form nicht genehm ist. Ich meine deshalb, daß man sehr sorgfältig sich bemühen sollte, diese beiden Aufgaben – a) des Außenministers, b) unseres Gremiums hier – auseinanderzuhalten. Ich wollte das einmal ganz deutlich aussprechen, weil ich meine, daß das Schicksal, daß sich jetzt in den Verhandlungen um Berlin gerade in diesen Monaten vollzieht, ebenso unbelastet für den Außenminister sein muß wie nur irgend möglich. Wir dagegen – und da stimme ich völlig mit Ihnen überein,

und ich bitte, mich richtig verstehen zu wollen –, können sehr wohl die eine oder andere Maßnahme hier veranlassen.

(Widerspruch. – Zurufe.)

BEITZ, Landesverband Berlin:

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Um einmal ein Wort über und – nach Möglichkeit – zu unseren Landsleuten in der Zone zu sagen: Ich komme damit zugleich einem Auftrag nach, den ich von dem Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge, die sich jetzt im Landesverband Berlin der CDU zusammengeschlossen haben, 390 Freunden, hier für diese Tagung mitbekommen habe. Ich soll nämlich zum Ausdruck bringen, daß Sie bei Ihren Überlegungen und in der zu fassen den Resolution nicht vergessen mögen nicht nur Westberlin oder ganz Berlin, auch nicht nur unsere Landsleute, unsere Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland, sondern die Ärmsten unter ihnen, die politischen Häftlinge. (Lebhafter Beifall. – Zurufe: Sehr gut!)

Es ist ein Russe gewesen, allerdings kein Sowjetmensch, sondern ein Russe alter Prägung, nämlich Leo Tolstoj, der davon sprach, daß niemand eine gültige Aussage über den Zustand und das Wesen eines Staates machen könne, der nicht auch seine Gefängnisse kennengelernt habe.

Nun, meine Freunde, meine Kameraden, die ich hier vertrete, und die zum Teil nicht nur wie ich sechs, sondern acht und zehn Jahre gesessen haben, haben diesen Staat kennengelernt. Von diesem Staat aber soll hier nicht die Rede sein, sondern – wie gesagt – von dem speziellen Auftrag, den ich hier zu erfüllen habe. Denn: wieviele unserer Freunde sind noch eingesperrt? – Wir haben Erhebungen angestellt, wonach in den Jahren 1945 bis 1960 in „Sowjet-Mitteldeutschland“ 49 100 Menschen wegen politischer oder überwiegend sogenannter politischer Delikte verurteilt worden sind. Darunter haben sich 528 Todesurteile befunden, und 654mal ist lebenslängliches Zuchthaus ausgesprochen worden. Ich würde meinen, wenn wir in einer geschickten Einschätzung der politischen Realitäten und in einer uns würdigen Haltung die von humanitärer Gesinnung gefragt ist, eine gewisse „Fernstenliebe“ gegenüber den Entwicklungsvölkern zeigen – richtig, gut und nützlich, denn allein vom Politischen her ist zu bedenken, daß da 26 unter 104 Delegierten in der UN sitzen, die eines Tages mit über die Zukunft Deutschlands, auch über die Wiedervereinigung zu entscheiden haben, dann sollte man auch nicht die räumliche Nächstenliebe vergessen, nämlich unsere Landsleute in der Zone, insbesondere die politischen Häftlinge. Ich meine, es ist nicht nur ein vaterländisches Anliegen, das wir hier vortragen, es ist nicht nur ein christliches Gebot der Nächstenliebe und nicht nur ein Akt der Dankbarkeit den Menschen gegenüber, die bis dahin da drüben – ich möchte sagen – überwiegend und fast allein die Folgen und die Last des verlorenen Krieges getragen haben und die dabei noch der Wellenbrecher gegen den Kommunismus waren – ich gebrauche ein Wort unseres verstorbenen Freundes Jakob Kaiser –, sondern ich meine, wir müßten die aller Zivilisation

und dem Menschenrechte hohnsprechenden Zonenverhältnisse immer wieder anklagen, erneut das Regime vor aller Welt bloßstellen, weil das auch ein Akt unserer Selbstachtung ist. Denn was wäre geschehen und was würde geschehen, wenn unsere Landsleute drüben resignierten und wenn sie keinen aktiven oder zumindest passiven Widerstand mehr leisten würden? Vielleicht hätten dann die Sowjets, so, wie sie ihre Hand nach Westberlin ausgestreckt haben, schon längst nach der Bundesrepublik gegriffen.

Deswegen darf ich hier die Bitte vortragen, bringen wir vielleicht in die zu fassende Resolution das Wort: Schluß mit den Terrorurteilen, laßt die politischen Häftlinge frei!

(Starker Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Entschuldigen Sie, wenn ich mich jetzt selbst auf die Rednerliste gesetzt habe; aber soeben hat mein Herr Vorredner das Wort „Resolution“ gebraucht und ich möchte ein paar Worte dazu sagen.

Wir haben uns im Kreise einiger Freunde der CDU zusammengesetzt und versucht, einen Vorentwurf dieses Resolutionsentwurfs zu entwerfen, und ich darf sagen, daß nach dem bisherigen Verlauf der Debatte etwa die Gedanken und die Anregungen und Vorschläge wohl im wesentlichen in diesem Resolutionsentwurf ihren Niederschlag gefunden haben.

Ich möchte zu der Anregung, die gerade jetzt gekommen ist, sagen, daß wir vielleicht das an das Redaktionskomitee verweisen und einen eigenen kurzen Appell zu dieser Frage bringen, weil er meines Erachtens in einer wesentlich außenpolitisch gefaßten Resolution nicht so am Platze ist. Vielleicht können wir das – auch um es etwas hervorzuheben –, in einem besonderen Appell des Parteitagés zusammenfassen und nicht in der Resolution. (Sehr gut! – Lebhaftige Zustimmung.)

Ich darf Ihnen aber jetzt vielleicht diese Resolution, die wir dann dem Redaktionskomitee von diesem Arbeitskreis her überweisen würden, zur Kenntnis bringen:

Das Bekenntnis zur freien Welt und ihren Werten

Die gemeinsame Verteidigung und die entschlossene Mitarbeit an der Einigung Europas waren und bleiben das Fundament der Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Auf dieser Grundlage wurden für die Bundesrepublik Sicherheit, Gleichberechtigung und Mitsprache gewonnen. Unbeirrt wird die CDU auch in Zukunft die deutschen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft erfüllen; sie wird jeden notwendigen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung, zur Entfaltung der wirtschaftlichen Kraft des Westens und zur Entwicklungshilfe leisten.

Die Wiederherstellung eines freien und ungeteilten Deutschlands ist und bleibt das vornehmste Ziel unserer Politik. Der Weg zu diesem Ziel führt über die Eingliederung der Bundesrepublik in

die westlichen Gemeinschaften. Es wurde erreicht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands Fundament und Ziel der Verträge zwischen der Bundesrepublik und ihren Bündnispartnern ist. Dem würde sowohl eine Hinnahme der Teilung Deutschlands als auch jede internationale Aufwertung der Zone widersprechen. Rechte bleiben auch dann bestehen, wenn sie gegenwärtig nicht zu verwirklichen sind. Das gilt auch für die Frage der deutschen Grenzen, die in einem frei zu verhandelnden Friedensvertrag geregelt werden muß. (Bravo!)

An der Mauer in Berlin geschieht Mord. Sie muß verschwinden. (Sehr richtig!) Die Bedrohung der Freiheit Berlins ist die Bedrohung der Freiheit überhaupt. Westlicher Geschlossenheit und Entschlossenheit ist es zu verdanken, daß Berlin frei ist und frei bleibt. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lebensfähigkeit der Stadt ist für die CDU eine verpflichtende Aufgabe. An unserem Einsatz für Berlin wird unser Wille zur Wiedervereinigung gemessen. Die rechtlichen und politischen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin müssen erhalten und ausgebaut werden. Der Weg zur Atlantischen Gemeinschaft führt nur über ein geeintes Europa. Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland hat den Grundstein für dieses Europa gelegt.

Die CDU begrüßt die Haltung der Bundesregierung, sich entschieden dafür einzusetzen, daß Großbritannien möglichst bald mit allen Rechten und Pflichten Mitglied der Europäischen Gemeinschaften wird. Die bestehende Europäische Gemeinschaft muß ihre Ergänzung in einer Politischen Union finden. Hier sollte es keinen Streit um Begriffe geben. Wichtig allein ist, daß das Erreichte nicht gefährdet und der Fortschritt auf dem Wege der Einigung Europas gewährt wird. Nur ein geeintes Europa kann gleichberechtigter Partner der USA sein. Von dieser westlichen Führungsmacht hängen Schutz und Blüte Europas entscheidend ab. Engste Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine unverrückbare Konstante der Politik der CDU nicht erst seit gestern.

Die CDU erstrebt ein gutes Verhältnis zu den Staaten Osteuropas. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, dieses Ziel im Auge zu behalten. Ein Ausgleich, der Dauer haben soll, muß die Belange aller Beteiligten berücksichtigen. Das gilt auch für die Sowjetunion. Sie muß erkennen, daß die Gefährdung der Stadt Berlin und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion unmöglich macht. (Sehr gut!) Sie, und nur sie, hat es in der Hand, dieses Hindernis zu beseitigen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Liquidierung des zweiten Weltkrieges und für den Frieden in Europa zu leisten.

Das ist der Resolutionsentwurf, den ich damit auch zum Bestandteil der Diskussion in diesem Arbeitskreis gemacht haben möchte.

(Lebhafter Beifall.)

Baron zu GUTTENBERG, MdB:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf zunächst recht herzlich für die Gelegenheit danken, hier als ein Mitglied der CSU reden zu dürfen. Sie mögen bitte aus meiner Anrede, zu der ich mir den Mut genommen habe, nämlich „Parteifreunde“ entnehmen, daß ich mich hier nicht als ein Beobachter aus dem fernen Süden fühle, sondern eher noch als jemand, der noch immer dauernd und fruchtlos darüber nachdenkt, was eigentlich der Unterschied zwischen dem „S“ in CSU und dem „D“ in CDU ist! (Sehr gut! – Starker Beifall.)

Ich möchte gerne zunächst ein Wort zu der Resolution sagen, die eben mein Kollege Majonica hier vorgetragen hat, da ich selbst die Ehre hatte, an der Erarbeitung dieser Resolution teilzunehmen, bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihnen zu empfehlen, sie anzunehmen. Ich darf aber gerade zu den Sätzen, die sich in der Resolution hinsichtlich Berlins befinden, als Bayer einige Worte sagen.

Meine lieben Parteifreunde! Ich meine, wir sollten uns alle die Frage stellen: Was will eigentlich die Sowjetunion mit ihrer Berlin-Operation? – Sie will ganz gewiß auch Berlin; aber, meine Damen und Herren, sie will selbstverständlich auch mehr als Berlin. Sie möchte mit dieser Operation die Bundesrepublik aus ihrer Allianz herausbrechen. Sie glaubt mit dem Druck auf diesen Hebel Berlin, die Bundesrepublik zunächst isolieren, alsdann neutralisieren zu können, um sie sich am Ende gefügig zu machen. Also ist, nach meiner Meinung jedenfalls, diese sowjetische Berlin-Initiative ein Teil einer größer angelegten sowjetischen Planung, einer Planung, die unter dem Stichwort „Friedensvertrag für Deutschland“ läuft. Was ist der Inhalt dessen, was die Sowjetunion mit diesem Wort „Friedensvertrag“ meint? Meine Damen und Herren, das läßt sich kurz sagen: Die Sowjetunion will a) die Sicherheit der Bundesrepublik unterminieren und sie möchte b) erreichen, daß die Teilung Deutschlands und die Mauer in Berlin völkerrechtlich aber mindestens durch – sagen wir – konkludente Handlung durch den Westen akzeptiert wird.

Anders gesagt: Die sowjetische Androhung, das freie Berlin zu erdrotseln, ist nichts anderes, als ein Versuch, den Westen zu veranlassen, die Sicherheit unseres freien Deutschlands und die gemeinsame westliche Deutschlandpolitik unserer Allianz als verhandlungsfähig – sprich: als das Feld möglicher Konzessionen – erscheinen zu lassen.

Wenn das so ist, dann, meine ich, sollte die westliche Politik auf dem Hintergrunde dieser sowjetischen Absichten formuliert werden. Ich sage: die westliche Politik; dann meine Damen und Herren, es ist altes Wissen unserer Partei, daß es keine deutsche Politik außerhalb der westlichen Politik geben kann. Also ist jeder westliche Erfolg und jeder westliche Mißerfolg, gleichgültig, ob er spezifisch deutsche, amerikanische oder andere Interessen zum Inhalt hat, eine gewonnene oder verlorene westliche Position. Aktuell gesagt, also: ich glaube, wir können hier feststellen, Westberlin ist durch die Garantien, die die Alli-

ierten für dieses Westberlin gegeben haben, selbst sicher und geschützt, und wir haben anzuerkennen, daß insbesondere die Vereinigten Staaten, aber auch die gesamte Allianz, daß insbesondere auch der amerikanische Präsident einen großen Erfolg erzielt haben, indem sie offenbar Chruschtschow davon überzeugt haben, daß dieses Westberlin selbst gesichert wird, und zwar gesichert wird mit dem vollen Einsatz der gesamten Macht dieser westlichen Allianz, falls es zu Verwicklungen kommen sollte.

Aber ich denke, wir haben etwas hinzuzusetzen: Diese Allianz und die Vereinigten Staaten von Amerika haben formuliert, daß es in Berlin drei vitale Interessen gebe, und zwar erstens die Anwesenheit der westlichen Truppen in Berlin, zweitens den Zugang nach Berlin und drittens die Lebensfähigkeit Westberlins, daß es also diese drei vitalen Interessen gebe, für deren Verteidigung – wie ich sagte – die volle Macht dieser Allianz auf den Plan gerufen wird. Für diese Klarheit, diese Standhaftigkeit und diese Entschlossenheit schulden wir selbstverständlich Amerika und unseren Verbündeten volle Anerkennung und allen Dank.

Doch die deutsche Politik sollte nicht vergessen, daß diese drei vitalen Interessen – wie sie genannt werden –, zwar den großen Teil, aber keineswegs alle lebenswichtigen Positionen des Westens decken, die die Sowjetunion mit ihrem sogenannten Friedensvertrag zur Diskussion stellt. Ich will Ihnen sagen, welche vitalen westlichen, nicht etwa nur deutschen Positionen, ich meine. Ich meine damit unsere bisherige mit der gesamten Allianz gemeinsam betriebene Deutschlandpolitik, und ich meine damit die Sicherheit Europas, insbesondere den Beitrag, den die Bundeswehr in Deutschland zu dieser Sicherheit leistet. Es besteht daher, wie ich befürchte, die Gefahr, daß die sowjetische Politik vielleicht vermuten könnte, daß die Herausstellung eines Teiles der vitalen Interessen, die dort in Berlin von der Sowjetunion zur Diskussion gestellt wurden, eben andere, nicht genannte Interessen verhandlungsfähig machen könnte. (Zurufe: Sehr richtig!)

Was eine solche Vermutung der Sowjetunion, falls sie bestehen sollte, angesichts des Wesens und der Natur kommunistischer Politik bedeutet, scheint mir unbestreitbar aus der Vergangenheit dieser Sowjetpolitik ablesbar zu sein. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Der Einbruch der Kommunisten in Südkorea ist deshalb erfolgt, weil durch eine mißverständliche amerikanische Äußerung damals dieses Südkorea als nicht lebenswichtig angesehen wurde, und zwar einfach dadurch, daß es nicht mehr genannt wurde.

Darüber hinaus glaube ich, sollte diese Partei sich darüber einig sein, daß eine Allianz in gleichwertigem, gleichzeitigem und gleichmäßigem Schutz aller legitimen lebenswichtigen Interessen und Positionen aller an dieser Allianz Beteiligten besteht. Das heißt also, daß bei aller Anerkennung amerikanischer, englischer, französischer Festigkeit in Westberlin selbst die deutsche Politik und damit diese Partei und ihre Repräsentanz in den vitalen Interessen innerhalb unserer Allianz unbeirrbar bleiben muß und auch jene vitalen Interessen als nicht verhandlungs-

fähig erklären muß, über die ich hier eben gesprochen habe, jene Interessen, die die Grundlage der Deutschlandpolitik waren, sind und bleiben sollen, jene Grundlagen, die da heißen: Ablehnung jeden Gedankens offener oder versteckter Hinnahme der Teilung Deutschlands und damit der Mauer in Berlin, (Lebhafter Beifall.) und also auch Ablehnung jedes Gedankens, die Verteidigungsmöglichkeit der Bundesrepublik heute über die bereits ausgesprochenen Beschränkungen hinaus etwa zu verringern oder für die Zukunft zu präjudizieren.

Ich persönlich bin völlig davon überzeugt, daß in der deutschen Frage unsere Allianz nichts ohne die Zustimmung der freien Deutschen tun wird, und diese Überzeugung, meine Damen und Herren, gründet sich auf den Haupterfolg, der nach meiner Auffassung von unserer geradlinigen Politik der westlichen Allianzen erreicht wurde, jenem Erfolg, daß wir – und das haben wir ernst zu nehmen – Mitsprache wieder erreicht haben.

Vielleicht befinden wir uns heute in der ersten wirklichen Phase der Weltpolitik, in der dieses erreichte Mitspracherecht sich voll bewähren und voll eingesetzt werden muß. Ich möchte unsere Partei und alle, die damit befaßt sind, auffordern, dieses Mitspracherecht in vollem Umfang zu nützen; wenn wir es tun, dann können wir, wie ich glaube, sicher sein:

1. Westberlin wird frei und sicher bleiben,
2. Es wird keine westliche Politik geben, die für die Illusion, Ruhe in Berlin zu erhalten, das freie Deutschland selbst aufs Spiel setzen könnte; denn es ist noch immer richtig: mit der ungeschmälernten Sicherheit der Bundesrepublik und mit der uneingeschränkten Aufrechterhaltung unserer Deutschlandpolitik steht und fällt die Existenz unseres freien Deutschland und die Zukunft unseres ganzen Volkes. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Dr. AGNES MAXSEIN, Landesverband Berlin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Herr Bundesaußenminister hat in einer großangelegten Übersicht die politische Situation vom Grundsätzlichen her beleuchtet. Ich möchte einen Blick auf die politische Situation, und zwar auf unsere politische Situation aus der Berliner Sicht von einem Geschehen aus jüngster Zeit werfen. Vielleicht kann ich auf das Anliegen, daß ich vortrage, eine Antwort bekommen. Ich möchte hier nicht den Herrn Bundesaußenminister auf Ehre und Gewissen fragen, ob er beziehungsweise welche Richtlinien er aus Cadenabbia mit nach Athen genommen hat; aber eines ist sicher, daß nach der Rückkehr des Herrn Bundesaußenministers aus Athen der Herr Bundeskanzler in Berlin eine Erklärung abgab, die unerhörtes Aufsehen erregt hat, die die internationale, nicht nur die deutsche, sondern auch die ausländische Presse in einem Maße mobilisiert und bewegt hat, wie es beinahe unverständlich war und doch so verständlich, daß wir uns überlegen sollten, was wohl die Gründe dafür sein möchten.

Ich möchte jetzt gar nicht einmal darüber diskutieren, ob die Erklärung an und für sich politisch richtig war. Ich persönlich und meine Berliner Freunde – ich glaube, daß ich das ausnahmslos feststellen kann – behaupten, der Bundeskanzler hat hundertprozentig mit seiner Erklärung recht gehabt. (Lebhafter Beifall.)

Wir Berliner an der Nahtstelle spüren an der Haut, was eine Verhandlung mit den Sowjets, mit den Kommunisten bedeutet, daß jedenfalls für den Kommunisten jedwede Verhandlung eine Chance bietet, neue Konzessionen zu erpressen, und wir Berliner wissen auch oder – ich sage vielleicht besser – wir fürchten es, daß jede Veränderung des Status quo für uns nur ein Weniger, einen Status quo minus, herbeiführen kann. Sie mögen das psychologisch zur Kenntnis nehmen. Das haben wir aus der Erfahrung heraus gewonnen, oder ich will so sagen: diese Feststellung ist ein Ergebnis unserer Erfahrung. Deswegen war die Erklärung des Bundeskanzlers nicht nur richtig; sie war vor allen Dingen zur rechten Zeit und am rechten Ort gegeben, aber was uns dabei stutzig macht, was uns bedenklich stimmt, nein, was uns bestürzt, ist ein anderes, und hier möchte ich fragen: Kommt darin nicht die ganze tragische, zwiespältige Situation, in der sich die Bundesrepublik befindet, jetzt zum Ausdruck? –

Einerseits sind wir Partner der freien Welt. Wir haben weiß Gott etwas zur Konsolidierung der freien Welt geleistet und haben die Absicht, mehr dafür zu tun. Wir haben uns dem Westen und der freien Welt verschworen. Wir stehen im Raume der Partner, einer Partnerschaft. Hier aber wurde uns bewußt unsere Rolle, Verhandlungsobjekt zu sein in einer Weise, wie sie sich meines Erachtens nicht unbedingt mit der Partnerschaft vereinbaren läßt. Das ist eine Diskrepanz, die uns Deutschen zu denken geben muß. Wir sollten darüber nachdenken, und ich meine, zumindest unsere Presse müßte in dieser psychologisch gefährlichen Situation davon Kenntnis nehmen. Es ist gar kein Kunststück, nach dem Osten hin ein freimütiges Wort zu sprechen, meine lieben Freunde! Aber es ist ein Kunststück – und dazu brauchen wir den Mann, der die Autorität dazu besitzt – im westlichen Raum auch gegenüber denjenigen, denen wir zu tiefstem Dank verpflichtet sind und denen wir diesen Dank immer abstaten werden, ein freimütiges Wort zu sagen. (Sehr gut! – Bravo-Rufe. – Zustimmung.)

Ich bin der Meinung, das ist außerordentlich wichtig, das ist entscheidend in unserer politischen Situation. Und dieses Wort hat im Grunde der Kanzler gesprochen. Mag man nun dazu stehen, wie man will. Aber er war der Mann, der nach dem Westen hin ein freimütiges Wort gewagt hat. Und die Reaktion darauf war meines Erachtens auch von den Deutschen her bestürzend. Es fehlt uns eine Stelle, die hier klärend in die Öffentlichkeit hineinwirkt. Fehlt uns nicht so etwas wie eine Informationsstelle – ich will nicht einmal sagen „Propaganda“? Aber trotzdem behaupte ich für meine Person: Propaganda ist wichtig, und sie verliert nicht deswegen an Bedeutung, weil sie mißbraucht worden ist und mißbraucht werden kann. (Sehr richtig!)

Noch etwas anderes: Die Wiedervereinigung, unser Herzensanliegen – sie wird behandelt von uns wie ein Thema nicht nur, sondern sie bewegt auch die Gemüter. Ich denke bloß an den 17. Juni und an die Bewegung landauf, landab im ganzen Jahre. Es gibt auch über den Rundfunk – und nun möchte ich einen Gegensatz konstruieren – eindrucksvolle Sendungen „Aus der Zone, für die Zone“. Was ich aber im Rundfunk vermisse, das ist der tägliche Weckruf an die Bundesbürger: Denkt daran! (Lebhafter Beifall.)

Es war einmal vor langer Zeit auf einem Parteitag, als einer unserer Kollegen meinte, der Bundeskanzler sollte täglich zwei Minuten in den Rundfunk sprechen und mahnen. Das ist untergegangen. Ich mute auch keinem zu, täglich zwei Minuten zu reden. Das wäre auch psychologisch nicht die eigentliche Lösung. Aber der tägliche Weckruf unserer politischen Männer und Frauen, morgens über den Rundfunk an die Gewissen unserer Mitbürger ist zweifellos lebensnotwendig. Der Herr Bundeskanzler hat gestern gesagt, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ist nicht nur eine politische Sache, sie ist eine humanitäre Frage, meine lieben Freunde. Ich gehe über den Herrn Bundeskanzler hinaus. Ich sage, es ist nicht nur eine humanitäre Frage; sie ist für uns eine Gewissensfrage.

(Lebhafter Beifall.)

DUNSTREY:

Liebe Freunde! Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit möchte ich auf verschiedene Dinge verzichten, die immerhin erwähnenswert wären; denn ich bin der Meinung, wenn auch die Bundesregierung die letzte Entscheidung hat im Zusammenwirken mit der Fraktion, so ist ein solcher Parteitag nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, auch dem gemeinen Fußvolk das zu sagen, was draußen empfunden wird, damit unsere Freunde in der Fraktion und in der Regierung doch einmal so ganz vulgäre Sachen hören. Ich denke, das darf ich ruhig dem exklusiven Kreise zumuten, daß man solche Sachen gehört hat, (Sehr richtig!) weil man die viel mehr im Gedächtnis behält, als wenn das alles so wunderbar formuliert ist wie das Thema des heutigen Arbeitskreises „Deutschland, Europa und die freie Welt“.

Wir nehmen dem Herrn Bundesaußenminister gar nicht übel, wenn er diese große Konzeption gegeben hat, und wir können durchaus der Meinung wie Professor Furler sein, die er zwar nicht ausgesprochen, aber angedeutet hat, daß vielleicht unser Herzenswunsch, die Wiedervereinigung Deutschlands, auf dem Umwege der großen wirtschaftlichen und politischen Zusammenläufe nachher etwas logischer läuft, wenn es noch eine Logik in dieser Welt gibt, mehr, als es im Augenblick scheint.

Nun haben wir von „Realitäten“ gehört. Das Wort Realitäten ist so oft gefallen, nicht nur heute, sondern es ist in den Mündern der Diktatoren etwas Wesentliches. Sie setzen ihren Fuß irgendwohin und sagen, das sei eine Realität, (Sehr gut!) oder wie es der Franzose Camus während eines Belagerungszustandes sagte, wo er erfreulicher- und sehr sinn-

fälligerweise den Diktator mit der Pest identifizierte; er sagte, ich bin da, ich bin die Macht, und diese Macht ist das neue Recht. Sehen Sie, wir haben die Rechtsstaatlichkeit für uns in Anspruch zu nehmen aus selbstverständlichen Gründen und auch aus christlichen Gründen heraus. Wenn wir so Revue passieren lassen, wie die sogenannte freie Welt, die noch frei ist – Gott sei Dank! –, im Dezember 1948, wo die erste Spaltung Berlins war, reagiert hat, dann sind wir genauso betrübt, wie wenn wir feststellen, welche Reaktionen auf den 17. Juni, welche auf den Ungarn-Aufstand erfolgt sind. Als etwas Erfreuliches mit dem 13. August haben wir nur festzustellen: die größten Schlafmützen sind wach geworden, und es hat sich doch eine gewisse Vereinigung der Kräfte in der freien Welt gezeigt, auch dank der Außenpolitik durch die CDU. Aber ich meine, das ist nicht genug, sondern höchstens der Ausgangspunkt für das Neue. (Zustimmung.) Wenn vorhin in der Debatte von einem Redner und auch von Dr. Marx von der offensiven Propaganda – unsere Freundin Agnes Maxsein hat eben wieder davon gesprochen – und von Offensiven geredet wurde, dann denke ich, wir sollten uns nicht zu sehr hineingewöhnen, wie das auch hier auf dem Parteitag geschehen ist: immer nur wie die Alliierten von der Sicherheit Westberlins zu sprechen, sondern wir müssen gerade, die wir die Rechtsstaatlichkeit gegen die Willkür setzen wollen, feststellen, Ausgangspunkt der zukünftigen Verhandlungen ist immer wieder das Viermächtestatut von Berlin. (Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.)

Selbstverständlich – entschuldigen Sie, wenn ich es einmal vulgär und burschikos, wie ich es vorhin schon andeutete, sage – wird der Diktator mit den Ohren schlackern; denn bis jetzt hat er so etwas überhaupt nicht erfahren, daß man ihm mit Forderungen entgegentritt. Nun wird mir natürlich der Herr Bundesaußenminister sagen: Mensch, du bist ja ein Illusionist. Dann geht der Diktator vom Tisch weg, bitte, wir sind bis jetzt auch nicht zusammengekommen, wir kennen auch seine Absicht, die Gipfelkonferenz, wo er nur einen Partner hat, dem man nachher das Wort im Munde herumdrehen kann, und dann macht er noch herrliche Propaganda, wenn sie ihm noch abgeommen wird. Es hat sich nämlich doch einiges in dieser Welt geändert; aber so denkt er sich das. Es war für jeden einzelnen, der ernst nach dem 13. August mitgedacht hat, berechnet. Wir wollen schnell zusammenkommen, wenn wir zusammenkommen, fällt kein Schuß. Es war völlig berechtigt, das zu glauben. Es ist aber nicht dazu gekommen, und siehe da, es geht auch noch so. Wer von uns verpflichtet war, in den ersten vier, fünf Jahren oder später – auch unsere Freunde aus den Konzentrationslagern und den Gefängnissen werden das bestätigen – mit den Sowjets zu verhandeln, der hat immer wieder feststellen können: Nur mit entschiedenem Auftreten, auch ohne Waffe, hatte man eine Chance, (Sehr richtig!) einen Schritt nach vorne zu kommen. Das wollen wir hier einmal ganz deutlich sagen, damit wir so von dem Standpunkt des Fußvolkes aus einig Munition mit auf den Tisch legen. Es ist nicht einmal militaristisch.

Ganz kurz noch etwas zu den Krediten: Ich glaube, Gert Mollin hat es gesagt. Wir hatten – das darf hier in diesem Kreise gesagt werden –

Medikamente, womit man den Menschen helfen konnte, bis jetzt gratis und franko – und das muß irgendwie bezahlt werden, die drüben brauchten es nicht – zur Verfügung gestellt. Das steht auch bei den Kreditwünschen so ganz am Rande. Wir wären dazu sicherlich sofort bereit. Aber Herr Gocht war es wohl, der hat gemeint: Wenn ihr euch in politische Verhandlungen mit eventuellen politischen Erfolgen, an die ihr nicht glaubt, einlaßt, dann habt ihr schon durch diese Tatsache bekundet, ihr seid satisfaktionsfähig; laßt also die Dinge, wie sie jetzt sind, daß untergeordnete Dienststellen über wirtschaftliche Dinge sprechen und etwas versuchen herauszuholen; aber auch – wie wir es hier eben noch gehört haben –: Dem System nützt es nur und nicht dem Menschen!

Und nun ein ganz deutliches Wort, das unsere Freunde, die jetzt drüben hinter dieser Kerkermauer sitzen, seit Jahren predigen. Sie sagen uns: Liefert denen nicht ein Gramm! ((Zurufe: Sehr richtig!) Uns nützt es nichts! Aber dann brechen die vielleicht noch etwas früher zusammen. (Zurufe: Sehr richtig!) Darin kann falsch eingeschlossen werden, daß ein solches Gewaltsystem dann doch nicht den Schritt zur Freiheit schneller macht. Das ist durchaus möglich. Ich sage das auch nur, um das Denken der Mensen da drüben zu kennzeichnen.

Nun ist von der Ideologie gesprochen worden. Aber vorher noch eines: Ich bin Majonica sehr dankbar, daß er uns eine Resolution zur Kenntnis gebracht hat. Ich wäre noch dankbarer gewesen, wenn wir sie schon zu Beginn der Sitzung gehört hätten; denn nun ist es nicht wesentlich, darauf einzugehen. Ich möchte nur bitten, Majonica, daß an der Stelle, wo von Berlin gesprochen wird, vielleicht dieser Gedanke vom rechtsstaatlichen Viermächtepakt mit hineingebaut wird, und vielleicht kann die Resolution auch noch etwas gekürzt werden, um an Kraft zu gewinnen. Zum Schluß das, was ich eben angesprochen habe: Es ist davon geredet worden, daß man uns im Ausland nicht mehr so gern habe wie vielleicht vor sechs Jahren. Man hat die Wirtschaftskraft des geteilten Deutschland empfunden, und dann sind hier und da – nicht nur an einer Stelle – Krämergeister aufgestanden, die meinen, es ist doch besser, ein geteiltes Deutschland als ein noch geschlosseneres als jetzt mit einer neueren Kraft. Hier wird unsere Propaganda im Ausland einsetzen müssen. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir werden sagen müssen: Könnt ihr nicht mal das Wirtschaftliche weglassen? – Denn eines wollt ihr doch auch sehen: Bis jetzt ist Deutschland noch der große Riegel gegen den Bolschewismus, und wenn er an Kraft gewinnt, seid ihr und sind wir etwas stärker für die Zukunft gerüstet. (Zurufe: Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Und: Christen nicht gegen Atheisten, sondern gegen Atheisten das sind sie. (Zurufe: Sehr richtig!)

Auch das sollten wir tun und dann würden wir diesen Streit gewinnen, den da draußen die Welt und jetzt in allen Wahlkämpfen die von der FDP besonders, aber auch von der SPD entfachen: wir sollten das Christliche endlich wegnehmen. Nein, das werden wir gerade in dieser Alternative erneut unterstreichen! –

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender MAJONIKA:

Das Wort hat nun Frau

Dr. KÜHN-LEITZ:

Meine Damen, meine Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte nur noch einige Worte zur politischen Union sagen. Ich stehe seit vielen Jahren in der deutsch-französischen und in der europäischen Arbeit, und ich kann nur sagen, daß die politische Union für alle die Ziele, die wir haben, die politische Union der Vereinigten Staaten von Europa, das dringendste Bedürfnis ist; denn mit ihr, sobald wir sie schaffen werden, werden wir die Frage Berlin und die Frage der Wiedervereinigung in sehr viel leichter Weise lösen können als vorher. Es ist völlig gleichgültig, ob wir nun zu einer Konföderation kommen, oder ob es eine Föderation wird.

Zu dem Ausdruck, den General de Gaulle gebraucht hat, daß er das „Europa der Vaterländer“ haben will, dazu ist zu sagen, was der Rektor der Freiburger Universität, seine Magnifizenz Bauer, erst vor wenigen Tagen, als Professor Furler auch anwesend, gesagt hat:

„Europa der Vaterländer, und wir würden dazu Ja sagen, wenn diese Vaterländer keine Nationen im Sinne des Nationalismus mehr sind, sondern wenn Heimat und Vaterland uns als die unabdingbare notwendige Verwurzelung jedes einzelnen, als eine innere Verpflichtung und Bindung an eine lebendigere, engere Gemeinschaft erscheinen. Daher sagen wir: Patriotismus, ja, Nationalismus, nein!“

General de Gaulle ist wohl derjenige, der jetzt nicht einen Stopp gemacht hat, trotz dieses eventuell zweifelhaften und schillernden Begriffs, sondern die Benelux-Staaten waren es, und wenn unsere Bundesregierung mit dem wesentlichen Kopf, nämlich mit Herrn Spaak, spricht, der ja auch ein großer Europäer ist, und ihn sozusagen zur Selbstbesinnung aufriefe, dann wäre das zu schaffen, und zwar sehr bald, schon bei dem nächsten Treffen von Adenauer und de Gaulle.

In der heutigen Zeit, der Zeit der Massen, sind es trotzdem immer noch die einzelnen, die Geschichte machen, und ob es nun seinerzeit eine Krankheit von Eisenhower war, die die Börsen von Manhattan zum Fallen gebracht hat, oder irgend etwas anderes – es wirkt sich alles historisch aus, und die einmalige Konstellation, daß wir den Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer haben und auf der anderen Seite de Gaulle, der von einem Nur-Franzosen zu einem Europäer geworden ist, ist eine einmalige Tatsache, und von dieser Tatsache können wir nicht schnell und nachdrücklich genug profitieren. Im übrigen ist es gleich, ob dieses Europa nun mit einem Präsidenten, der ruhig de Gaulle heißen kann, an der Spitze gebildet wird, die ein Direktorium darstellt – das sind wohl die Vorstellungen von de Gaulle – jedenfalls ist es ein Anfang, und England wird folgen und alle anderen auch; denn der Sog, der von dieser politischen Union auf die anderen Länder ausgehen wird, wird unheimlich werden.

Ich möchte nun noch ein Wort über Afrika sagen: Alles, was uns an Aufgaben in den Entwicklungsländern bevorsteht – ich kenne 14 Länder Afrikas und kann also etwas darüber sagen –, wird um so leichter sein, je schneller wir zu der politischen Union kommen und je weiter wir aufklärend wirken über viele Begriffe. Dazu gehören Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und auch Assoziation; denn darüber besteht bei diesen Völkern noch viel Unklarheit. Das gehört auch mit zu den Aufgaben der Presse, diese Begriffe im zweiten Teil des Zwanzigsten Jahrhunderts zu klären.

Propaganda, ja, die fehlt. Die einheitliche Propaganda fehlt uns, und sie fehlt draußen. Nennen wir es nicht einfach Propaganda, sondern sagen wir aufklärende Werbung oder werbende Aufklärung, dann haben wir dieses etwas anrühige Wort vermieden.

In unserer Zeit ist es geradezu dringend notwendig, daß wir von unserer Partei, von der CDU, aus zu einer Skala der Werte finden, einer Skala, wie sie uns durch unsere Geschichte vorgebildet ist. Diese Werte sind in einem einzigen Satz zusammenzufassen. Es sind die europäischen Werte; es sind diejenigen, die die Grundlagen unseres Abendlandes ausmachen. Ist nicht das Ganze der abendländischen Welt eine Verbindung der griechischen Freiheit des Geistes mit der lateinischen Formkraft des denkenden Ordners, dem das christliche Gebot der Achtung vor dem Menschen als Geschöpf einen in weiten Verzweigungen wirksamen Impuls hinzugefügt hat? –

(Lebhafter Beifall.)

Dr. GRADL, Exil-CDU:

Meine Freunde! Zwei kurze Bemerkungen: Die eine scheint mir noch notwendig zu sein, weil sich gezeigt hat, daß es gewisse Meinungsverschiedenheiten, zum Beispiel hier vorn an diesem Tisch, zwischen meinem Freund Brentano und mir gibt, in der Frage des Interzonenhandels. Zu Bemerkungen, die nachher in der Diskussion gemacht worden sind, hat sich gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten erheblicher sind, als es vielleicht im ersten Augenblick den Anschein hatte.

Da ich gewissermaßen den einen Pol der möglichen Auffassungen vertreten habe, werden Sie verstehen, wenn ich dazu noch ein Wort sage; aber vorher eine Bemerkung über Meinungsverschiedenheiten überhaupt.

Der Interzonenhandel ist ein heißes Thema. Einiges andere, was heute hier angesprochen wurde, gehört auch zu den heißen Themen. In der letzten Zeit hat es in der Öffentlichkeit verschiedentlich geheißt, es gäbe in der CDU Meinungsverschiedenheiten. Meine Freunde! In der Tat – nicht in den Grundpositionen; aber in der Formulierung und in der Formung dieser oder jener Einzelposition gibt es Meinungsverschiedenheiten. (Lebhafte Zurufe, u. a.: Das ist logisch!) Wäre es nicht schrecklich, wenn angesichts der Größe der Aufgabe und der Schwierigkeit all dessen, was vor uns steht, wir da alle von vornherein einer

Meinung wären? (Sehr gut! – Lebhafter Beifall.) Das entspräche doch nicht dem Ernst der Situation, in der wir uns befinden.

Ich meine, wir können stolz darauf sein, daß bei uns unter Freunden ernsthaft, sachlich und manchmal streitig diskutiert wird. Das ist besser als dieser neuartige Konformismus, der uns zum Beispiel vom SPD-Parteitag in Köln entgegenschallt. (Sehr richtig. – Lebhafter Beifall.) Dies grundsätzlich zu dem Thema Meinungsverschiedenheit überhaupt. Nun zu dem, was den Interzonenhandel angeht: Ich habe vorher gesagt, wir dürften diese Frage nicht nur von der inneren Bewegung her, von der Emotion aus, betrachten, und ich selber werde mich an dieses Wort halten, und ich werde jetzt nur noch einmal meinen Standpunkt ganz schlicht und sachlich und ruhig sagen:

Über den Interzonenhandel kann man so oder so denken; aber es ist ein Faktum, daß wir ihn haben. Und daß wir ihn haben, das hat doch sicherlich Gründe, die nicht nur in den Vorteilen der anderen Seite liegen! Das soll man sich auch vor Augen halten, wenn man über die Frage Interzonenhandel grundsätzlich urteilt. Und dieser Kreditwunsch, der da jetzt geäußert wird: da bin ich auch – in einem Satz gesagt – nun einmal der Ansicht: Wir alle leiden unter der menschlichen Not, die insbesondere seit dem 13. August über unser Land gekommen ist. Es genügt nicht, obwohl man das tun muß, mit Worten gegen die Mauer und gegen die Trennung zu reden. Ich bin der Ansicht, wenn sich die Spur einer Chance bietet, (Zurufe: Wenn!) – aber natürlich „wenn“, ich selber habe „wenn“ gesagt! – (Zurufe: Zweimal!) wenn sich die Spur einer Chance bietet, haben wir die Pflicht nachzugehen, ob die Möglichkeit besteht, diese menschliche Not auf diesem Wege zu verringern. (Zuruf: Für die Funktionäre!) – Bitte, sachlich! – Bietet sie sich nicht, dann kommt das Ganze ohnehin nicht in Frage. Das ist mein Standpunkt und bei dem bleibe ich jedenfalls.

Nun noch ein letztes Wort, auch zu einem Diskussionsbeitag: Es ist hier davon gesprochen worden – und zwar nicht nur einmal, sondern mehrfach –, daß man auf das, was in der Zone vor sich gegangen ist, in der Resolution eingehen sollte. Vielleicht hätte man es schon gestern bei der Eröffnung des Parteitages tun sollen. (Sehr richtig!) Ich möchte Ihnen vorschlagen, angeregt durch Überlegungen in meinem engeren politischen Freundeskreis in der Exil-CDU, daß wir dem Parteitagspräsidium für die morgige Sitzung vor den Wahlen, in der die Entschließungen und Berichte entgegengenommen werden, vorschlagen sollten, daß wir den Parteitag auffordern, sich doch ausdrücklich in einem Gelöbnis zu den Menschen in der Zone zu bekennen. (Zurufe.)

Es genügt nicht, daß in der Entschließung davon die Rede ist. Natürlich, unsere ganze Politik kreist um die deutsche Not und ihre Überwindung. Aber ich glaube, daß es auch wegen der Wirkung die wir draußen im Lande erzielen wollen, notwendig ist, daß man vor diesem Parteitag, vor den Parteitag der Partei, die in Deutschland immer noch führt und, wie wir hoffen, weiter führen wird, daß man vor das Bewußtsein dieses Parteitages diese Not stellt, die wie drüben in der Zone

ist – nicht in langen Worten, da genügen wenige Sätze. Aber man muß es plastisch machen, menschlich, weil die Menschen es nur so wirklich in sich aufnehmen und hinaustragen und dadurch draußen im Lande den Willen stärken, gegen diese Not anzugehen. Das meine ich, sollte der Parteitag morgen tun; er sollte dem Parteitag und darüber hinaus der Öffentlichkeit vor Augen stellen die Not insbesondere seit dem 13. August.

Wenn Sie verstehen wollen, was diese Not für die Menschen wirklich ist, dann versetzen Sie sich in deren Lage. Überlegen Sie sich – wenn Sie das Bild der Mauer vor sich haben oder wenn Sie vielleicht einmal selber vor der Mauer gestanden haben, vor einem der fünfstöckigen Mietshäuser –, was dazugehört, wenn Sie da stünden und da drüben wären, was dazugehört, den Sprung aus dieser Höhe zu machen, nur um wieder in die Freiheit zu gelangen. Das ist die Not, in der die Menschen da drüben sind. So groß ist die Not, daß diese Menschen das fertigbekommen. Und das, meine ich, sollte morgen, verbunden mit einem Gelöbnis, auf dem Parteitag ausgesprochen werden.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile jetzt das Wort dem Herr Bundesaußenminister zur Beantwortung der Fragen und Anregungen.

Dr. SCHRODER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich glaube, ich kann mich sehr kurz fassen; ich möchte folgendes sagen: Die Resolution finde ich gut. Es sind ein paar Zusätze vorgeschlagen, über die mag das Redaktionskomitee sprechen. Aber ich habe von mir aus dazu weiter nichts zu sagen.

Nun einmal zur Debatte: Ich sage ganz offen, daß ich selbst sehr für solche Debatten bin; denn Debatten haben etwas Klärendes, und man hat auch das Gefühl, daß man sich ein bißchen besser versteht – deswegen müßte die Debatte noch sehr viel länger dauern –, wenn man öfters diskutieren kann. Das ist leider nicht so oft möglich. Die Bundesparteitage sind relativ selten.

Herr D unstrey, ich meine auch gar nicht, daß es sich hier um das Verhältnis vom Fußvolk zur Regierung handle. Ich sehe eine Regierung nie als in den Wolken an, sondern ich sehe die Regierung als mitten unter dem Fußvolk. (Zurufe.) – Aber immerhin, ob wir wirklich auf Pferden sitzen, das bezweifle ich. Wir sitzen meistens sehr unbequem; (Heiterkeit.) auf Pferden säße man vielleicht sogar noch besser. (Erneute Heiterkeit.)

Was ich sagen möchte, ist dies: Vergessen Sie nie, daß jeder einzelne von uns jemand ist, der gewählt wird, direkt, der sich ständig und laufend mit vielen Tausenden seiner Wähler unterhält und zusammen ist.

Kommen Sie bitte nicht auf den Gedanken, daß wir so etwa fern den Überlegungen dessen seien, was Sie, nicht ganz so freundlich, „Fußvolk“ genannt haben. Das wäre eine falsche Betrachtung. Ich weiß nicht, ob sich alle, die hier gesprochen haben, darüber klar sind, daß wir heute etwas gemacht haben, was viele vielleicht nicht gewußt haben und worüber sich viele vielleicht wundern werden, wenn sie es jetzt hören. Wir haben hier eine völlig offene Debatte wirklich im Angesicht der Weltöffentlichkeit geführt. Hier sind die Vertreter der meisten großen Zeitungen der Welt gewesen, einschließlich auch zum Beispiel der Polen, so daß also jedes einzelne Wort, das hier gesagt worden ist, seine internationalen Kanäle findet. Sie werden nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß ich, wenn ich eine einführende Rede halte, mir natürlich in jedem Augenblick darüber klar bin, daß das sehr sorgfältig von Moskau bis – ich weiß nicht, wohin – gelesen wird, und daß ich deshalb vielleicht nicht immer die Brust ganz so weit herauswölbe, wie ich das sozusagen unter dem Fußvolk auch meinerseits ganz gerne einmal tue. Dafür werden Sie Verständnis haben. Man muß ein bißchen das internationale Spielfeld im Auge behalten. (Lebhafter Beifall.)

Aber nun will ich noch ganz wenig sagen, um einige Mißverständnisse auszuräumen: Wenn der Kollege Krüger meine Rede – und Sie werden sie ja alle bekommen haben oder bekommen – gelesen hat, dann wird er finden, daß die Bemerkungen, die er im Ohr behalten hat, an ganz anderen Stellen stehen. Wenn da von Grenze die Rede ist, dann handelt es sich um Grenze in einem ganz anderen Sinne.

Ich möchte jetzt nicht intensiv auf diesen Punkt eingehen. Ich möchte nur sagen, ich teile die Auffassung, wie sie in der Resolution zum Ausdruck gekommen ist und weiter später noch zum Ausdruck kommen wird. Aber ich bin gerne bereit, Herr Kollege Krüger, mit Ihnen nochmals die drei Stellen durchzugehen, auf den Seiten 2, 8 und 9, und da werden Sie sehen, daß das zutrifft, was ich hier gerade sage.

Ein Wort an Frau Kollegin Maxsein: Sie hat den Bundeskanzler sehr nachdrücklich herausgestellt, und das ist auch sicher immer sehr gut und sehr berechtigt. (Heiterkeit. – Beifall.) Aber kommen Sie nicht auf die Idee, daß das, was der Bundeskanzler in Berlin gesagt hat, sozusagen eine Veränderung der internationalen Situation hervorgerufen hätte. Das wäre wirklich falsch.

Frau Kollegin Maxsein, ich möchte Ihnen nur eines sagen: Es wäre schlecht um die deutsche Politik bestellt, wenn sie binnen 14 Tagen auf dem Weg über Bonn, nach Cadenabbia, nach Athen und vielleicht wieder Rom und Bonn und nach Berlin wirklich völlig neue Aspekte böte. Das wäre doch zum Weinen.

(Dr. Maxsein: Genau, das habe ich ja sagen wollen!)

– Na gut! – Ich polemisiere ja sehr freundschaftlich gegen Sie. Ich glaube also, Frau Kollegin Maxsein, Sie sind nun schon beruhigt, wenn Sie das hören. Die deutsche Politik ist sowohl zu langfristige, was ihre Vergangenheit angeht, als auch zu weitsichtig, wie ich jedenfalls hoffe,

als daß wir uns nun alle 14 Tage neue „Schlenker“ überlegen könnten. Das ist ganz sicherlich nicht der Fall.

Nun nochmals zurück zum Kollegen Krüger: Er meint, daß die Rede des Bundeskanzlers oder die beiden Pressekonferenzen, muß ich sagen, in Berlin den Effekt gehabt hätten, daß die Amerikaner gesagt haben, aber, nein, um Himmelswillen, wir werden ja nichts tun, wenn die Deutschen nicht zustimmen. – Herr Kollege Krüger, ich muß sie enttäuschen. Die Amerikaner haben bereits seit sehr langem – und ich mache Sie gerne mit den Unterlagen dafür bekannt – erklärt, daß sie auf dem Feld, auf dem hier gemeinsam operiert wird, nichts tun werden ohne die Übereinstimmung mit uns. Lesen Sie einmal die große Rede nach, die George Bundy in Chikago über diesen Punkt gehalten hat. Die USA sind sich völlig klar darüber, daß es ganz entscheidend ist nicht nur für die Zukunft Deutschlands, auch Europas, auch der Vereinigten Staaten, daß alle Beteiligten das Gefühl haben können, daß hier eine gemeinsame Sache in guter Abstimmung, in gemeinsamem Einsatz und mit gemeinsamer Kraft verteidigt und betrieben wird, auch noch vorwärts getrieben wird, obwohl ich ja gesagt habe, ich selbst möchte hier keine Fanfaren ausstoßen. Ich bin aber durchaus dafür, daß wir uns nicht einen Augenblick täuschen. Ich bin nicht acht Jahre oder länger als acht Jahre Innenminister gewesen, um nun etwa seit 6 Monaten eine andere Meinung über den Kommunismus zu haben. Um Himmels willen, so „kurzsichtig“ sind wir nicht, (Heiterkeit.) sondern wir sehen es genau so wie es zu sehen ist. Lassen Sie sich auch von niemandem etwas anderes einreden.

Noch ein Wort zu dem Gedanken, die Baron von Guttenberg vorgetragen hat: Ich glaube, Herr von Guttenberg, es ist gar kein Zweifel daran, daß die Amerikaner mehr Interessen sehen, auch gemeinsame, auch Lebensinteressen sehen, als sie speziell für Berlin formuliert haben. Für Berlin hatten sie einen guten Grund, nun einmal – nachdem es allerhand Zweifel dort gegeben hat – den Sowjets unüberhörbar klar zu machen, was sie unter gar keinen Umständen tun werden. Meine Damen und Herren, seien Sie sich bitte darüber klar, – man muß da immer wieder einmal neu darüber nachdenken –, daß es eine ungeheure große Aussage ist, die die Amerikaner für Berlin – ich spezialisieren es einmal dafür – gemacht haben. Das ist ein ganz, ganz großes Wort, und wir haben an dem Ernst dieses Wortes zu zweifeln aber auch nicht den allergeringsten Anlaß. Das ist schon eine Frage, die eben über Berlin hinausgeht.

Die Amerikaner täuschen sich nicht darüber. Sie haben Korea erlebt. Die Amerikaner erleben Laos. Glauben Sie nicht, daß viele Leute wirklich sehr, sehr darauf brennen, gewisse Dinge revidieren zu können, wenn sie ohne große Gesamtkomplexe auszulösen, eben einfach so revidiert werden könnten. Wenn wir Hitler gehabt haben – ich habe gerade zu einem meiner Freunde am Tisch gesagt: wissen Sie, hätten wir Hitler nicht gehabt, dann würden wir heute sehr viel gemüthlicher zusammensitzen – wir haben ihn gehabt, ja, wir haben das gehabt, und wir, die wir also die Erben sind, ohne daß etwas Konstruktives im Nachlaß

läge, diejenigen – das kann man gar nicht Erbschaft nennen –, die mit einer ungeheuren Last belastet sind, die man uns aufgetürmt hat, wir werden lange zu tun haben, damit fertig zu werden, und wir werden einen langen Atem brauchen, um damit fertig zu werden. Deswegen ist es ungeheuer notwendig, daß wir uns darüber klar sind, daß sich das nicht morgen oder übermorgen erledigt.

Wir müssen die Sache zum Teil noch etwas ernster nehmen. Ich habe schon früher gesagt, man muß den Willen zur Wiedervereinigung vielleicht ein paar Etagen tiefer und fester anlegen, als ihn nun einfach zu deklamieren. Dieser Wille muß in einer ganz anderen Weise unsere Haltung durchdringen, (Zurufe: Sehr richtig!) als das manchmal der Fall ist. Nur dann hat man den geschichtlichen Atem, eine Situation auch wirklich zu meistern. Meine Damen und Herren – und das ist mein Schlußwort in dieser Sache: Seien Sie ganz sicher, eine solche Aufgabe löst ein Volk nur dann, wenn es wirklich seine ganze Kraft, das heißt vor allen Dingen einmal, seine ganze innere Kraft daran setzen kann. Der Beitrag, den wir als Partei dazu leisten können, ist der, daß wir unsere ganze innere Kraft auf eine solche Sache zusammenfassen. Ich habe die Überzeugung, daß auch eine Diskussion wie die von heute diesem Ziel dienen wird. Ich danke Ihnen!

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender MAJONICA:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! (Allgemeine Unruhe.) – Es ist noch nicht Schluß. Ich möchte das ausdrücklich sagen, denn ich glaube, wir sollten unsere Versammlung in Ordnung schließen.

Ich darf zunächst einmal dem Herrn Bundesaußenminister nochmals meinen recht herzlichen Dank sagen, meinen herzlichen Dank auch an die Delegierten! – Vielleicht hat man erst geglaubt, es sei ein Wagnis, daß wir – wie es der Herr Bundesaußenminister ausgedrückt hat – vor den Augen und Ohren der Weltöffentlichkeit gerade in dieser Situation Außenpolitik diskutieren würden; aber ich meine, daß der heutige Nachmittag ein geglücktes Wagnis darstellt. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind eben eine Partei, die nicht nur vom reinen Zweckdenken getragen wird, und ich glaube, eine solche Partei kann sich auch in dieser Situation eine offene Aussprache über außenpolitische Fragen leisten; wir haben es getan. Ich meine, es ist eine sehr offene Aussprache gewesen.

Aber lassen Sie mich noch einige Worte zu der Resolution sagen, zumal ja auch eine gewisse Kritik daran geübt worden ist, zunächst einmal zu der Frage, die wir uns auch überlegt hatten, ob wir Ihnen nicht sofort zu Beginn der Versammlung schon diese Resolution schriftlich vorlegen sollten; wir haben aber aus der ganz einfachen Über-

legung heraus davon Abstand genommen, daß die schriftliche Vorlage die Publizierung bedeutet hätte, und ehe Sie dann diese Resolution angenommen, abgelehnt oder diskutiert hätten, wäre sie schon den Weg in die Öffentlichkeit gegangen. Allein aus diesem Grunde haben wir es nicht für richtig gehalten, Ihnen diese Resolution bereits zu Beginn unserer gemeinsamen Diskussion vorzulegen.

Dann hat Herr Dunstrey eine Ergänzung vorgeschlagen und gleichzeitig die Kürzung der Resolution verlangt. Das ist natürlich ein Weg, der nur sehr schwer miteinander zu vereinen ist. (Heiterkeit.) Ich würde es also bedauern, wenn wir zu einer Kürzung kämen. Dann kommen wir nur zu Aussagen, die so allgemein und so selbstverständlich sind, daß sie nicht zu Papier gebracht werden sollten. Man sollte aber gerade in der Außenpolitik so sorgfältig formulieren, daß man auch einmal eine längere Resolution in Kauf nehmen muß. Ich möchte mich deshalb dafür aussprechen, diese Resolution nicht zu kürzen, weil wir hier etwas zu ganz konkreten Dingen, die im Augenblick in der Diskussion stehen, gesagt haben, und wir sollten das nicht durch irgendwelche allgemeine Formulierungen abschwächen; denn dann kämen wir nachher zu dem Entschluß, daß wir für Freiheit, Frieden und Einheit sind, aber ich glaube, es würde sich nicht lohnen, das eigens zu formulieren.

Ich darf aber dann zu einem stillen Diskussionsbeitrag noch ein eigenes Wort sagen. Es sind mir nämlich mehrere Zettel von Kollegen hier aus dem Arbeitskreis herübergereicht worden, die sich an einem einzigen Wort gestoßen haben, nämlich daran, daß es im letzten Absatz der Resolution heißt:

„Die CDU erstrebt ein gutes Verhältnis zu den Staaten Osteuropas.“ Ich darf ganz offen sagen, daß hier der Vorschlag gemacht worden ist, „Staaten“ durch „Völker“ zu ersetzen. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte aber dazu einiges sagen, zunächst einmal einen formalen Grund, der natürlich diese Versammlung nicht bindet, aber den ich vortragen möchte, daß es nämlich eine einstimmige Entschließung des gesamten Deutschen Bundestages gibt, und wir haben insbesondere, um uns zu vergewissern, in Bonn nachgefragt, die auch von den Staaten Osteuropas spricht, zu denen wir unser Verhältnis bessern wollen. Das ist aber ein formaler Grund, der natürlich die Versammlung nicht bindet. Aber ich möchte ein weiteres dazu sagen. Ich habe gerade diese Formulierung gewählt, und sie ist in unserem kleinen Kreis vorgeschlagen worden aus folgender Überlegung heraus: daß wir die Verständigung mit den Staaten wollen. Der große Unterschied zwischen den Menschen der Zone und den Menschen in den Staaten Osteuropas ist es gerade, daß die Menschen in der Zone die Eigenstaatlichkeit selbst ablehnen, während die Menschen in den Staaten Osteuropas sicherlich über die Ausgestaltung ihrer Staaten eine andere Vorstellung haben als viele der gegenwärtigen Regierungen dieser Staaten, aber daß sie sich zu der Staatlichkeit Polens, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens usw. bekennen. Und gerade aus diesem Grund haben wir die Formulierung „Staaten“ gewählt; denn wir werden uns

mit den Staaten auseinandersetzen müssen, und wir wollen von ihnen als politischen Repräsentanten dieser Völker das bessere Verhältnis zu den Staaten Europas. Ich möchte Sie also bitten, auch in diesem Punkte ihre Bedenken zurückzustellen. – Ich glaube, ich habe sie eben auch formuliert – und es doch auch bei dieser Resolution zu belassen, so wie wir sie Ihnen nach sehr sorgfältiger Prüfung vorgelegt haben.

Es sind zwei andere Anregungen an diesen Arbeitskreis herangetragen worden, einmal das Gelöbnis der Verbundenheit mit den Menschen in der Zone. Ich würde vorschlagen, daß wir der Redaktionskonferenz auch diesen Vorschlag unterbreiten. Über die einzelne Gestaltung, wie das in der Schlußsitzung gemacht werden kann und wie dieses Gelöbnis zum Ausdruck kommt, können wir uns dann in der Redaktionskonferenz entscheiden.

Ich möchte vor allen Dingen den Antrag aufgreifen, den unser Freund, der selbst Leidender des verbrecherischen Regimes in Mitteldeutschland gewesen ist, vorgetragen hat, nämlich den Appell zur Freilassung der politischen Gefangenen in der Zone. Ich wäre dankbar, wenn das Zahlenmaterial, das Sie hier ausgebreitet haben, hier uns noch einmal zur Verfügung gestellt würde, damit wir auch das als eigenen Antrag im Redaktionskomitee vortragen können. (Lebhafter Beifall.)

Im übrigen wird über den gesamten Verlauf unserer sehr lebhaften Aussprache Herr Dr. Kopf, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag, morgen im Plenum des Parteitages referieren. Ich würde Ihnen also jetzt vorschlagen, daß wir, um ein wirkliches Votum des Arbeitskreises zu haben, abstimmen lassen, einmal, den Resolutionsentwurf als Antrag zum Parteitag zu erheben, und zweitens, das Gelöbnis, und drittens dann der Appell hinsichtlich der politischen Gefangenen.

Wird noch das Wort dazu gewünscht? –

SPRECHER AUS DER MITTE DES SAALES:

Ich möchte der Einfachheit halber vom Platz aus sprechen: Ich möchte ein Wort sagen zu dem Text der Resolution, soweit er sich auf die Politische Union bezieht. Wenn ich richtig verstanden habe – ich habe den Text nur einmal gehört –, heißt es nur, daß das Erreichte nicht gefährdet und daß der Fortschritt zur Einigung Europas gewahrt wird.

Vorsitzender MAJONICA:

„auf dem Wege“ – – „der Fortschritt auf dem Wege zur Einigung Europas gewahrt wird“.

SPRECHER:

Ich möchte der Redaktionskonferenz folgende Anregung geben, diesen Text etwas positiver zu gestalten und zu sagen, daß die bestehenden Gemeinschaften gestärkt werden und daß eine leistungsfähige Organisation für die politische Einigung Europas geschaffen wird.

Ich danke.

Vorsitzender MAJONICA:

Ich nehme das als Anregung auf, obwohl ich der Meinung bin, daß die Stärkung der bestehenden Gemeinschaften in der Automatik des Ablaufs der weiteren Verwirklichung dieser Gemeinschaften liegt; aber auch das werden wir im Redaktionskomitee noch beantragen können.

Dr. DOMES: (vom Platz aus):

Zu der Formulierung „Völker“ oder „Staaten“: Ihre Argumente überzeugen mich, Herr Majonica. Können wir es nicht so machen, um ganz klarzustellen, daß wir nicht die Regierungen meinen, die von diesen Völkern nur geduldet werden, sondern daß wir sagen „zu den Völkern der Staaten Osteuropas“ – (Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzender MAJONICA:

Ich würde doch bitten, es bei der bisherigen Formulierung zu belassen. (Sehr gut! – Sehr richtig!) Ich glaube, daß nach meiner Interpretation, die ich gegeben habe, das klar zum Ausdruck kommt, was wir wirklich wollen.

Ich darf also jetzt über die Resolution als Antrag an den Parteitag abstimmen lassen: Ich darf diejenigen Damen und Herren des Arbeitskreises, die stimmberechtigte Delegierte sind, und die sich für die Annahme der Resolution für den Parteitag aussprechen um ihr Handzeichen bitten. – Ich darf um die Gegenprobe bitten! – Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen. (Lebhafte Zurufe: Zwei Enthaltungen!) – Zwei Enthaltungen, entschuldigen Sie vielmals!

Nun der Antrag, das Gelöbnis zur Zone: Auch hierüber möchte ich, weil es ein offizieller Antrag an den Parteitag ist, abstimmen lassen „Zu den Menschen in der Zone“: Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die für diesen Antrag sind. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Dann der Appell zur Entlassung der politischen Gefangenen in der Zone. Auch hier bitte ich um Ihr Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß damit der Arbeitskreis für den weiteren Ablauf des Parteitages eine sehr fruchtbare Arbeit geleistet hat. Ich darf Ihnen noch einmal recht herzlich danken, und schließe die Veranstaltung.

(Starker Beifall.)

Arbeitskreis II

Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Darf ich Sie herzlich willkommen heißen und Ihnen dafür danken, daß Sie trotz der interessanten Themen, die in den anderen Arbeitskreisen behandelt werden, hier so zahlreich erschienen sind.

Wir haben Sie in den Goldsaal eingeladen. Ich bitte, das nicht als eine Anzüglichkeit aufzufassen. Wir haben es hier zwar mit Wirtschafts- und Finanzpolitik zu tun. Aber wir werden sicherlich kein Gold produzieren und auch kein Gold verteilen. Wenn wir auch über ein aktuelles Thema wie stabile Währung sprechen werden, so wird doch nicht alles mit Gold gedeckt werden, was hier gesprochen wird.

Zum erstenmal tritt der Parteitag – jedenfalls so viel ich weiß – in Arbeitskreise mit bestimmten Arbeitsthemen auseinander. Das ist eine Praxis, die sich auf Sondertagungen der CDU sehr bewährt hat. Ich hoffe, daß auch in diesem Falle der Weg, in Arbeitskreise auseinanderzutreten, sich bewähren wird.

Praktisch geht es darum, in einem noch übersichtlichen Kreise zu einem offenen und freimütigen Gespräch zu gelangen. Der Kreis ist sicherlich insofern willkürlich zusammengesetzt, als jeder die Teilnahme hieran wählen konnte; ebensogut hätte er zu einem anderen Arbeitskreis gehen können. Darum ist dieser Kreis sicherlich ungeeignet, Beschlüsse zu fassen. Aber trotzdem wird alles das, was im Anschluß an die beiden Referate gesprochen werden wird, wohl ein wesentlicher Beitrag zu den Entschlüssen liefern, die das Redaktionskomitee morgen dem Parteitag vorlegen wird. Eine Reihe von uns sind in diesem Redaktionskomitee und werden die Anregungen, die in diesem Kreis gegeben werden, sicherlich den Formulierungen dienstbar machen, die in dem Redaktionskomitee gefunden werden.

Ich sagte schon: Wir wollen ein sehr offenes und freimütiges Gespräch führen. Das braucht nicht frei von Spannungen zu sein. Im Gegenteil, wenn Spannungen auftreten, dann ist das nur ein Zeichen dafür, daß wir uns in einer lebendigen Atmosphäre befinden. Ein solches Spannungsfeld kann sich durchaus in ein Kraftfeld verwandeln. Sie wissen, daß wir hier unter den Augen der Öffentlichkeit tagen, daß wir insbesondere die Presse als Gast unter uns haben. Das braucht uns in keiner Weise zu hindern, sehr freimütig zu sprechen. Wir sollten uns aber auch das Mindestmaß von Disziplin auferlegen, das wir unserer Sache schuldig sind.

Den Ablauf denken wir uns so, daß wir zunächst die beiden Referate hören und anschließend diskutieren. Es liegt schon eine Reihe von Wortmeldungen vor. Darf ich Sie bitten, eventuell schon während der Referate Ihre Wortmeldungen schriftlich hier herzugeben und mög-

licht deutlich anzugeben, wozu Sie sprechen wollen. Das Feld, das wir heute besprechen, ist ungeheuer weit gespannt. Es wäre unsinnig, in der Diskussion einmal einen Beitrag über die Landwirtschaft, dann einen Beitrag über die Währungs politik und dann wieder einen Beitrag über Luftreinhaltung zu hören. Es wird sicherlich zweckmäßig sein, daß man das Gespräch, wenn es sinnvoll bleiben soll, ein wenig nach Spezialthemen ordnet. Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich, sicherlich nicht willkürlich, versuche, die Themenkreise in der Diskussion zusammenzufassen.

Dann bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß ich die Frage einer Redezeitbeschränkung aufwerfe, wenn sich zu viele Redner melden sollten. Wir werden etwa 2½ Stunden Zeit für die Diskussion haben. Es ist ein starkes Bedürfnis zur Diskussion vorhanden. Wir haben die Diskussion aber nicht vorbereitet. Es sind Gedankengänge aus dem Bundeswirtschaftsausschuß, dem Mittelstandskreis und den Sozialausschüssen vorgelegt worden. Der eine oder andere aus diesen Kreisen hat das Bedürfnis ausgesprochen, zu irgendwelchen Dingen zu Wort zu kommen. Darüber hinaus ist aber nicht etwa eine Beschränkung des Personenkreises vorgesehen. Wir haben keine gelenkte Debatte. Sie können vollkommen frei und offen aussprechen, was Sie auf dem Herzen haben. Ich hoffe, daß wir heute nachmittag zu einem fruchtbaren Gespräch kommen.

Darf ich nun bitten, das Wort zu ergreifen Herrn

SCHMÜCKER MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Unions-Freunde! Darf ich ohne Umschweife sofort das erste Anliegen meines Referates nennen! Es soll die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik aus der kalten Isolierung herausbringen und hineinstellen in den Gesamtzusammenhang der jeweils persönlichen und unserer gesellschaftlichen Problematik. Dieser Versuch muß zwangsläufig eine Absage werden sowohl an alle Egoisten wie an die Kollektivisten, aber auch eine Absage an jene fantastischen Bußprediger, welche die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik zu einer subalternen oder gar zu einer irgendwie anrüchigen Sache degradieren wollen, mit der kulturell hochstehende Menschen sich besser nicht beschäftigen. Dieses Vorurteil gegen die Wirtschaft ist im Grunde nichts anderes als ein feiges Ausweichen vor der Schwere der Aufgabe.

Wir alle, gleichgültig wo wir stehen, müssen einen großen Teil unserer menschlichen Bewährung in der Wirtschaft erbringen. Wir als Arbeitnehmer oder Unternehmer, als Verbraucher, als Beamte, als Rentner sowohl wie als Wissenschaftler, wir tun es alle – oder sollten es alle tun – in jeder Funktion, die wir erfüllen. Damit steht die Wirtschaft also nicht eben oder gar unter der kulturellen und zivilisatorischen Aufgabe der Menschen, sondern sie ist deren Bestandteil. Und darum ist auch derjenige, der in der Theorie und Praxis die wirtschaftlichen Aspekte außer acht läßt, genau so nachlässig wie derjenige, der bei wirtschaftlichen Überlegungen und Handlungen nur die Tageskasse

sieht. Es gab in unserem Vaterland eine Zeit, da begann jedes Hauptbuch mit einem frommen Spruch. Mag sein, daß er vielfach zur Blasphemie wurde, aber ihn deshalb abzuschaffen, war doch wohl nicht richtig. Wir müssen ihn wieder zur Geltung bringen: ora et labora – beten und arbeiten –, also beides, so haben wir es gelernt, und so sollten wir es halten.

Die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik ist das große und tückische Kampffeld menschlicher Bewährung, und entsprechend muß die Betrachtung sein. Wenn wir als christliche Demokraten diesen alten Grundsatz erneuern, dann müssen wir auch beweisen, daß wir mit ihm kein Opium verspritzen, sondern daß wir ihn ernst nehmen. Und dabei ist es nicht möglich, einen Menschen in Zuständigkeiten aufzuspalten. Die Grundeinstellung muß an allen Plätzen deutlich werden, gleichgültig wo wir gerade stehen: Im Betrieb – als Unternehmer wie als Arbeitnehmer –, im Verband – als Gewerkschaftler wie als Arbeitgeber –, am Markt – als Konsument wie als Lieferant –, in der Politik – in der Gemeinde und im Land genauso wie im Bund –.

Darf ich mit dem letzteren beginnen: Unsere Bundesrepublik hat eine föderative Ordnung. Sie hat sie als Bundesstaat und nicht als Staatenbund. Unser Volk empfindet den Staat – oder die öffentliche Hand – als eine Einheit. Die politische Wirklichkeit aber ist gekennzeichnet durch ein gefährliches Widerstreben der Interessen auch im öffentlichen Bereich. Dieser Zustand ist wirtschaftspolitisch gefährlich. Ein Drittel der Lohn- und Gehaltssummen kommt bereits aus öffentlichen bzw. aus halböffentlichen Kassen. Die Summe aller öffentlichen und halböffentlichen Haushalte nähert sich in der Größenordnung einem Drittel des Bruttosozialproduktes. Daraus geht deutlich hervor, daß die öffentliche Hand der stärkste Wirtschaftsfaktor überhaupt ist. Und daraus resultiert weiter, daß diese öffentliche Hand, daß die Menschen mit politischer Macht, sich wirtschaftlich richtig – und zwar nicht nur im technischen, sondern auch im sittlichen Sinne – richtig verhalten müssen. Geschieht das nicht, ist eine gute Wirtschaftspolitik unmöglich.

Aus verschiedenen Städten haben uns Nachrichten erreicht, daß Stadträte in Sondersitzungen noch rasch Baugenehmigungen – natürlich für Großunternehmen – erteilt haben, um dem Baustopp auszuweichen. Eine solche Methode möchte ich kurz und verletzend als bundesuntreu und unpatriotisch bezeichnen. (Beifall.) Wo die öffentliche Hand ein schlechtes Beispiel gibt, hat sie das Recht verwirkt, an den Bürger Forderungen zu stellen. Der öffentliche Egoismus zugunsten einer Gemeinschaft ist genau so schlecht wie der private Egoismus. Er steht nicht jenseits von gut und böse, er ist böse!

Das technische Stichwort unserer Forderung heißt: gemeinsame anti-zyklische Haushaltspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Jede föderale und auch jede fachliche Stufe muß sich dem einfügen, sonst kann das Ganze in Gefahr geraten. Und weder die Verteidigungs- noch die Kulturpolitik dürfen abseits stehen.

Die Konsequenzen dieser Forderungen sind zunächst zwei:

1. Die von der CDU/CSU geführten Kommunen und Länder sollten durch ihre Zusammenarbeit mit der Politik der Bundesregierung im Rahmen der sicherlich schwachen verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne einer antizyklischen Etatpolitik zusammenstehen. Jede Partei – vor allem die CDU/CSU – wird nach ihrer Gesamtleistung beurteilt. Und darum ist es durchaus richtig, wenn ohne Rücksicht auf die Art der jeweiligen Wahl über die Haltung und Taten der Parteien in allen Instanzen diskutiert wird. Einer unserer härtesten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ist, daß sie – entgegen ihren alten Programmen, den neuen kann man ja nicht schnell genug folgen, so rasch werden sie fabriziert – die Lücken des Grundgesetzes ausnützt und die Einheit in der Wirtschaftspolitik immer wieder zu stören versucht.

2. Die CDU/CSU ist aufgerufen, die gesetzlichen Maßnahmen in ihr Programm aufzunehmen, welche die wirtschaftliche Verantwortlichkeit aller öffentlichen Einrichtungen stärkt und sie zur Zusammenarbeit veranlaßt. Das Kernstück dieses Programms hat die Steuer- und Finanzverfassungsreform zu sein, die auch die Ertragshoheit der Steuern besser regelt und ein konjunkturpolitisches Instrumentarium schafft, das nach dem Muster der Zollvorlagen kurzfristig gehandhabt werden kann.

Mit dem zweiten Vorschlag ist bereits die Legislative angesprochen, während die Aufforderung zur Zusammenarbeit primär an die Exekutive geht.

Unsere Gesetzgebung ist in vielen Bereichen überaltert. Die Überbeschäftigung hat das in erschreckendem Maße deutlich gemacht. Die Überbeschäftigung ist unser großer politischer Erfolg, nun haben wir keine Zeit, unsere eigenen Erfolge zu bestaunen, sondern wir müssen mit ihnen fertig werden.

Die CDU/CSU hat bereits einige schwierige Probleme angepackt. Sie will die Eigenverantwortlichkeit der Menschen stärken, damit sie sich in der Wirtschaft bewähren können. Wie soll der Mensch sich denn anders bewähren können, wenn er nicht in dieser eigenen Verantwortlichkeit angesprochen wird? Diesem Ziel dient das Sozialpaket mit der Krankenversicherungsreform, an dessen geschlossener Verabschiedung die CDU/CSU-Fraktion in Übereinstimmung mit der Bundesregierung festhält. (Beifall.) Es gehört dazu die Fortführung der Eigentums politik, die dringend geforderte, die rasche und notwendige Fortsetzung der Privatisierung und die Verabschiedung der Aktienrechtsreform im Sinne einer Stärkung der Anteilseigner und der Förderung der Markttransparenz. Dazu gehört die Fortsetzung der Mittelstandspolitik, die – man hat den Eindruck – nicht nur in konkreten Vorschlägen, sondern auch terminologisch von anderen Parteien uns immer mehr abgeschrieben wird.

Nun, bei der letzten Probe aufs Exempel – bei der Gewerbesteuerreform – war man bei der SPD und auch der FDP wesentlich reservierter als heute im unverbindlichen Raum der theoretischen Streit-

gespräche. Wenn wir heute den Ausdruck „Mittelstand“ etwas weniger anwenden als vor einigen Jahren, so deshalb, weil nach den Berufsgesetzen und einigen vordringlichen Ausgleichsmaßnahmen wir ernst machen mit unserer Absicht, die mittelständische Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft und mit der Gesamtwirtschaft zusammen zu stärken. Es gibt in der Tat nicht ein einziges mittelständisches Problem, das nicht gleichzeitig ein großwirtschaftliches, ein soziales und ein Verbraucherproblem wäre.

Ich nenne die Umsatzsteuer! Es ist für die CDU/CSU schwieriger geworden, diese Reform durchzuführen. Aber, haben wir früher gesagt, daß diese Reform zu einer Bewährungsprobe der Union werden wird, müssen wir heute sagen: Sie wird eine Bewährungsprobe der Koalition werden. Minister Starke trägt eine schwere Last. Wir wollen ihm helfen. Sollte er jenen Kräften nachgeben, welche die Umsatzsteuerreform, wenn auch nur vorübergehend, einfrieren lassen wollen, so glaube ich nicht, daß wir mitmachen können. (Beifall.) Die Auswirkungen dieser Steuer sind so unterschiedlich, daß die Spielregeln des fairen Wettbewerbs immer mehr in Frage gestellt werden. Bei unterschiedlichen Regeln ist weder eine menschliche Bewährung in der Wirtschaft, noch der Zweck unserer sozialen Marktwirtschaft, den höchsten Effekt zu erzielen, realisierbar.

An gerade dieser Stelle, bei der Umsatzsteuerreform, lassen Sie mich einige Worte zur Agrarpolitik einfügen. Die generelle Befreiung der Landwirtschaft von der Umsatzsteuer und die damit gekoppelte Hektarbezogenheit der als bäuerlich angesprochenen Veredelung erweist sich als ungesund. Eine gestaffelte Regelung würde den Familienbetrieben, die schwer ringen, mehr helfen und eine Industrialisierung der Landwirtschaft verhindern. Die Nicht-Landwirte zeigen häufig eine erschreckende Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse auf dem Lande. Wir als CDU sollten nicht übersehen, daß unsere Bauern sich sehr große Sorgen um ihre Zukunft machen. Wir dürfen um ihre Probleme nicht herumreden. Die soziale Frage ist heute in der Landwirtschaft ernster als in der Arbeiterschaft, und unser ganzes Volk muß mit einstehen, damit wir unseren Bauern die erforderliche Übergangshilfe geben können. (Beifall.) Die Steuergesetzgebung, die früher einmal bei ihrem relativ geringen wirtschaftlichen Gehalt als neutral angesehen werden konnte, erweist sich heute neben dem Wettbewerbsrecht und dem Unternehmensrecht als der wichtigste Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Umfassender würde ich sagen: als der wichtigste Bestandteil der Gesellschaftspolitik.

Natürlich gibt es eine Unmenge von Interessengegensätzen. Sie liegen aber, den Dingen auf den Grund gesehen, nicht zwischen der Großwirtschaft, dem Mittelstand und den Arbeitnehmern, sondern sie liegen innerhalb der angeführten Bereiche. So wie die Frage der Lohnbelastung den Handwerker genauso trifft wie den Bergbau, so stört die derzeitige Umsatzsteuer den Wettbewerb aller Größenordnungen. Sie wissen, daß wir bei der Einkommen- und Lohnsteuer eine Tarifverbesserung anstreben.

Wir haben aber dazu die Forderung nach einer Überarbeitung der Grundsätze der Gewinnermittlung gesetzt. Der volkstümliche Ruf, den Großgewinnern einfach mehr abzunehmen und damit staatliche Mehrausgaben zu finanzieren, wird von uns nicht übernommen. Denn man muß darauf bedacht sein, die lebensnotwendigen Investitionen zu finanzieren, und man muß auch darauf achten, mit welchem Aufwand an Arbeit und Kapital jeweils die Gewinne erwirtschaftet worden sind. Wir warnen vor übereilten Maßnahmen, die das Konsumeinkommen vermehren und das Investiveinkommen verringern. (Beifall.) Aber diese Warnung ist kein Vorwand für ein Nichtstun, und vor allem kein Pläzetz für Ausbeuter. Wir müssen eine Form finden, die der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der selbstständigen Unternehmen, der kleinen und mittleren, breiteren Raum gibt, die gleichzeitig unsere Eigentumpolitik zugunsten der Schichten fördert, die nicht unmittelbar über wirtschaftlichen Besitz verfügen, und die ebenfalls den vor allem im Hinblick auf die EWG notwendigen Kapitalbedarf unserer großen Firmen sichert. Diese drei Forderungen schließen sich nicht gegenseitig aus. Sie gehören zusammen. Alle Vorschläge, die auch nur einen dieser drei Punkte zu kurz kommen lassen, müssen falsch sein. Wer sie gegeneinander ausspielt, verschiebt die echten Konkurrenzen.

Um eine praktikable Lösung zu finden, ist es allerdings unvermeidbar, die Eigenverantwortlichkeit nicht nur lauthals etwa bei der Sozialversicherung zu verkünden, sondern dieselbe Eigenverantwortlichkeit im Unternehmensrecht und im Steuerrecht stärker zu verankern. (Beifall.) Ich meine damit, daß wir als Beispiel das Verhältnis der natürlichen und der juristischen Personen überdenken müssen. Das bedeutet, daß wir die sogenannten Publikumsgesellschaften im Sinne dieses Namens weiterentwickeln. Die großen Gesellschaften müssen stärker an den Kapitalmarkt gedrängt werden. Wenn sie, etwa nach einigen Reden auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank, in der Selbstfinanzierung das Allheilmittel sehen, betrügen sie sich selbst und uns alle. Sie werden schneller an die Grenzen stoßen, als sie glauben. Wenn dann die Selbstfinanzierung – die übertriebene Finanzierung über den Preis – infolge des Wettbewerbsdrucks nicht mehr funktioniert und im Publikum keine Stimmung vorbereitet ist, die eine Beteiligung am Kapital fördert, bleibt nichts anderes als der Rückgang oder die Finanzierung über die Steuer, also über den Staat, also über die Sozialisierung. Es darf uns nicht passieren, daß wir die Sozialdemokraten, also die Sozialisten, in politischen Schlachten schlagen und der Sozialismus über die Hintertür wieder ins Haus kommt. (Beifall.) Die Beteiligung des Publikums an diesen Unternehmen ist nur ein anderes Wort für unsere Parole „Eigentum für jeden“!

Der einzelne will aber nur mitmachen, wenn das von ihm gestellte Kapital eine leidliche Rendite über die Dividende abwirft. Und diese Behauptung gilt gerade jetzt, nachdem die Börsen saure Tage erleben. Auch die Spekulation hat, wenn sie im rechten Maß bleibt, ihren wirtschaftlichen Sinn. Wo sie maßlos wird, wird sie unsinnig, gleichgültig, ob das Schicksal mitgespielt hat oder Methode dahinter steckt. Mit

einer echten Dividendenpolitik würde gleichzeitig das Kapital schlechthin unter einen stärkeren und damit auch gleichmäßigeren Wettbewerbsdruck gestellt. Das lehnen natürlich einige Betroffene kurzfristig ab. Aber für die Kapitalbeschaffung ist das notwendig; ohne Anreiz beteiligt sich kein Mensch.

Mit dieser Folgerung aber ist gleichzeitig ein Kernanliegen der Unternehmenserschaft angerührt. Die selbständigen Unternehmer – auch in der Landwirtschaft – sind nämlich nicht strukturell, also unvermeidbar, sondern nur auf Grund unseres Steuer- und Unternehmerrechtes bei der Kapitalbildung in der schlechteren Position. Wenn ich hier einmal wieder vom *Mittelstand* sprechen darf, möchte ich sagen: der größte Nachteil des Mittelstandes liegt darin, daß für ihn das Kapital teurer ist als für das Großunternehmen, – von der öffentlichen Hand ganz zu schweigen.

Es wäre nun aber falsch, nur mit Kreditmaßnahmen diesen Nachteil beheben zu wollen. Im Übergang soll das geschehen. Aber auf die Dauer reicht das nicht. Auch müssen wir immer wieder auf die Interessenkollisionen innerhalb der Bankentätigkeit hinweisen. Aber entscheidend ist das Steuerrecht. Ich möchte unserem Freund Etzel danken für die Vorarbeit, die er für uns auf diesem Weg geleistet hat. Ein *erster Schritt auf dem wichtigeren steuerlichen Gebiet wurde von der Koalition mit der bereits erwähnten Entschliebung zur Überarbeitung der Grundsätze der Gewinnermittlung bis hin zur Prüfung des internationalen Steuergefälles und dessen Ausnutzung durch Sitzverlagerungen ins Ausland getan. Wir sollten heute – auf diesem Parteitag – die zuständigen Gremien der CDU/CSU ersuchen, in sorgfältigen Beratungen die weiteren Maßnahmen zu erarbeiten. Die Dringlichkeit wird noch verstärkt durch die Folgerungen, die wir aus dem Entstehen des europäischen Wirtschaftsraumes zu ziehen haben und aus der ebenso brennend wichtigen Konsolidierung unseres innerdeutschen Staatsaufbaus. Die Finanzverfassungsreform – besonders im Hinblick auf die unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden und der damit verbundenen Aushöhlung der Selbstverwaltung – ist nämlich eine Frage der Konsolidierung des innerdeutschen Gefüges und nicht nur ein Rechenexempel. Sie ist das Kernstück der Strukturverbesserung.*

Ich will sie mit dieser Gegenüberstellung nicht bagatellisieren und auch nicht zeitlich zurückstellen. Selbst wenn wir es geschafft haben sollten, den Gleichheitsgrundsatz – der übrigens viel zu häufig und mit Unrecht als Nivellierung verpönt wird – im Steuer- und Unternehmensrecht zu stärken, wird im unmittelbaren Wettbewerbsrecht noch viel zu tun sein. Aber man kann Unternehmens- oder steuerliche Vorteile nur immanent ausgleichen. Externe Maßnahmen können nur korrigieren, aber nicht reformieren.

Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die gegebenen Anregungen so viel Zündstoff enthalten, daß es gefährlich ist, sie in die Hand zu nehmen. Aber unterlassen wir es, wird unser gesellschaftliches Leitbild, wird unsere Grundeinstellung zu diesem Leben verspielt. Dann nützt es nichts mehr, daß wir philosophieren oder Bußpredigten halten und hö-

ren. Bewähren müssen sich die Menschen in der Wirtschaft oder – wenn Sie wollen – in der Arbeit. Wir können dies vom einzelnen nur verlangen, wenn die Politik ein Beispiel gibt. Und der einzelne sollte wissen, daß er bei jedem Anspruch an die Politik im eigenen Bereich das geleistet haben muß, was er von der Gesamtheit fordert. Dieser Appell geht vor allem an die Mächtigen der Zeit. Und wer zu den Mächtigen gehört, das kommt ganz auf den Kreis der Angesprochenen an. Das kann in einer kleinen Gemeinde ein Bauer oder Handwerker ebenso sein, so wie es ein führender Wirtschaftler im Rahmen der Bundesrepublik sein kann. Wirtschaftliche Macht erheischt Verantwortung, und zwar Verantwortung nicht nur gegenüber Gleichgesinnten, sondern Verantwortung gegenüber der Gesamtheit. So ist mit jeder wirtschaftlichen Tätigkeit auch politische Verantwortung verbunden. Der Staat, seine Regierung und sein Parlament, können nicht alles regeln. Je weniger sie zu regeln brauchen, um so besser für uns alle. Aber müssen wir uns nicht die Frage vorlegen, ob die Macht des Staates heute noch ausreicht gegenüber der Macht anderer Gruppen? Wir wollen, daß der Staat nicht mehr Macht hat, als er zur Durchführung seiner Aufgaben nötig hat. Aber diese Macht muß er haben. (Beifall.) Er muß in jedem Falle mächtiger sein als irgendeine Kapitalgruppe, eine Gewerkschaft oder ein sonstiger Interessenverband. (Beifall.)

Es ist in gleichem Maße verwerflich, ob man durch Geldzuwendungen, Streikandrohungen, rücksichtslose Gewinnpolitik, passiven oder sonstwie demagogischen Widerstand den Staat unter Druck setzt. Wir müssen die Zusammenarbeit anstreben, wie Erhard es gesagt hat. Und wo Außenseiter das Allgemeinwohl verletzen, müssen sie gesetzlich an ihre Pflicht erinnert werden. (Beifall.) Vor allen Dingen darf keiner Forderung durch ein Ausweichen in eine inflationäre Politik nachgegeben werden. Der Etatausgleich ist eine Verfassungsvorschrift. Der Staat kann keinen Pfennig ausgeben, der nicht vorher dem Bürger abgenommen worden ist. Weicht er dem aus, nimmt er das Geld dennoch über die schlechteste Steuer, die es gibt, die Währungsverschlechterung. Diese Wahrheit gilt es nicht zu verwischen, sondern so kraß und deutlich, wie es nur irgendwie geht, in jeder Verhandlung zu vertreten.

Wenn das nicht reicht, dann verlangt die Bevölkerung mit Recht, daß die Mächtigen unserer Gesellschaft durch Gesetze in den Rahmen der Gesamtheit eingefügt werden. Mit dem Gutachtergremium, das die Regierung doch nun endlich bestellen möchte, ist ein Versuch angekündigt, in den Bereichen der Lohn- und Gewinnpolitik ein Orientierungszeichen zu setzen. Wir vertrauen dabei auf die Kraft der öffentlichen Meinung, welche die Mächtigen vor Übergriffen warnen soll. Ausnützung wirtschaftlicher Macht – ausgenutzt vom Kapital oder von den Gewerkschaften und auch ausgenutzt von anderen Verbänden – wird von der großen Mehrheit unseres Volkes leidenschaftlich abgelehnt.

Und wenn ich vorhin gesagt habe, daß man seine politischen Anschauungen nicht hinter den jeweiligen Zuständigkeiten verstecken darf, so

habe ich damit auch gemeint, daß man als Parteipolitiker seine Auffassungen auch innerhalb von Verbänden und Gewerkschaften glaubhaft machen muß; zumindest muß man sich bemühen, das zu tun. Wir wissen, daß unsere Arbeitnehmer, unsere Mittelständler, unsere Wirtschaftsführer, die echt bei uns stehen, das tun; aber auch die stolzen Überparteilichen stehen in der Verpflichtung gegenüber dem Ganzen.

Wir vermissen bitter, daß die Sozialdemokraten dort, wo sie wirtschaftlich und auch wo sie politisch die Zuständigkeit haben, sich bemühen, dem Gesamtwohl voll Rechnung zu tragen. In Köln spricht man über Mater et Magistra; doch wo man es zu sagen hat, wo man regiert, da schwört man beim Barte des alten Propheten Karl Marx. Bei allem Respekt vor der großen Kunst der Dialektik – Glaubwürdigkeit verdient man allein aus seinen Taten.

Diese Mahnung aber, meine Freunde, gilt auch für uns. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat sich in der politischen Praxis bewährt, sie hat – wie jeder Erfolg – neue Aufgaben gebracht, die zumindest in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen werden konnten. Der Erfolg war so groß, daß die einst starke Volksbewegung des Sozialismus in sich zusammengefallen ist, und der übriggebliebene Apparat bemüht sich, in aller Eile neue Programme ab- und zusammenzuschreiben, damit er weiter mitspielen kann. Dieser Zusammenbruch des Sozialismus ist unser Erfolg, ist Erhards historisches Verdienst. Aber der Zusammenbruch des Sozialismus war nicht unser Endziel; er ist ein wichtiges Ereignis am Wege.

Unser Ziel ist es, dem Menschen durch eine freie Gesellschaftsordnung das Recht und die Chance zu erhalten, seine persönliche Bewährung zu wagen. Dieses Ideal ist die Sehnsucht auch unserer Brüder und Schwestern in der Zone, es ist die praktische Aufgabe in der Bundesrepublik. Dieses Ideal erstreben alle Menschen, die in ihrer Verantwortlichkeit die Furcht und die Freude empfinden, über dieses Leben einmal Rechenschaft ablegen zu müssen.

Die politische Arbeit, der wir uns mit Herz und Hand verschrieben haben, geht weiter. Sorgen wir dafür, daß wir durch Grundsatztreue und offene Sachdiskussion auf unserem eigenen Wege bleiben und diesen Weg weitergehen. Dann wird das deutsche Volk weiterhin an unserer Seite sein, an unserer Seite nicht nur bei den sogenannten großen Fragen der Politik, sondern auch im Alltag dieser Politik, also in der Arbeit!

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Herzlichen Dank Herrn Schmücker für seinen Beitrag, der aus der Fülle seiner politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen geschöpft war und der sicherlich eine wertvolle Grundlage für unsere spätere Aussprache sein wird.

Ich darf nun das Wort erteilen Herrn

KATZER, MdB:

Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich glaube, wir haben für unseren Parteitag eine günstige Konstellation gewählt. Die Parteitage der FDP und der SPD liegen hinter uns. Sie sind noch frisch in unserer Erinnerung. Ausgesprochen und unausgesprochen wird die Frage gestellt: Welche Unterschiede, welche Gegensätze bestehen eigentlich noch zwischen den Parteien, die als Regierung oder als Opposition Verantwortung für den Staat tragen? Wir haben nicht den geringsten Grund, dieser Frage auszuweichen, denn daß es zu einer solchen – zumindest äußeren – Angleichung der Parteien sowohl in außen- wie in innenpolitischen Fragen kommen konnte, ist wesentlich dem erfolgreichen wirken der Union als Volkspartei zuzuschreiben. Die ernsthaften Versuche der SPD und der FDP dieses Modell der Volkspartei zu kopieren, zwingen uns mehr als bisher, unsere politischen Grundsätze, Aussagen und Entscheidungen auf allen Gebieten präziser zu formulieren. Denn es gibt in der Politik weder Erbsprüche auf vergangene Leistungen noch ein Urheberrecht auf vernünftige Ideen. Wir sollten uns darauf einstellen, daß der Wettbewerb unter den Parteien schärfer geworden ist.

Und warum sollte hier nicht gelten, was in der Wirtschaft gilt: Je schärfer der Wettbewerb, um so höher die Leistungen. Alle können dabei nur gewinnen. Die Bürger, die Parteien selber und erst recht der Staat. Um diesen Staat geht es uns. Die Situation des geteilten Deutschland und die Bedrohung Berlins erfordern unseren verstärkten Einsatz für Freiheit und Ordnung. Ohne Überheblichkeit sind wir daher berechtigt, die Frage zu stellen, woher eine Partei, wie die SPD, die sich in der Vergangenheit in allen wesentlichen Fragen so fundamental irrte und jetzt nicht zum erstenmal ihr Programm ändert, heute den Mut nimmt, im sozialwirtschaftlichen Feld einen Führungsanspruch anzumelden. (Sehr richtig! – Beifall.)

Ich erinnere nur an die Aussagen der SPD aus dem Jahre 1949, wo es hieß, daß der Schritt zur sozialen Marktwirtschaft zu 6 Millionen Arbeitslosen führen würde. Wir wissen, das Ergebnis ist ein anderes. „Die Wirtschaft in der sozialen Bewährung“ heißt unser Thema. Als Professor Erhard in seinem Referat auf dem Karlsruher Parteitag 1960 feststellte: „daß nicht nur die wirtschaftspolitischen Leitbilder die gesellschaftliche Umwelt prägen, sondern umgekehrt auch die wirtschaftspolitischen Leitbilder durch die gesellschaftliche Umwelt geprägt und gewandelt würden“, waren manche überrascht. Er fand nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch. Dieses Echo scheint mir unverständlich, denn was hier zum Ausdruck gebracht wurde, war nichts anderes als die Wiederholung des Leitgedankens, der die sozialwirtschaftlichen Vorstellungen der christlichen Demokraten seit dem Ahlener Programm bestimmte: „Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht der Mensch, im Mittelpunkt der Wirtschaft steht die Familie.“

Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur deshalb richtig, weil es zu ungeahnten Erfolgen führte. Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ist deshalb richtig, weil es die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft sieht, weil es das elementare Bedürfnis des einzelnen nach freier Entfaltung seiner Persönlichkeit respektiert und zum Prinzip erhebt, weil es gleichzeitig die Freiheit jedes einzelnen nur durch eine sozialgerechte Ordnung gesichert sieht. Damit ist die soziale Marktwirtschaft eine wesentliche Grundlage, auf die wir den von uns von der Verfassung aufgegebenen sozialen Rechtsstaat aufbauen. Die Ordnungselemente dieser Marktwirtschaft sind Eigentum, Wettbewerb und Partnerschaft. Mit der Verwirklichung dieser Ideen haben wir die Klassenkampfadeologie des Marxismus überwunden.

Sozialer Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft und Partnerschaft in Gesellschaft und Wirtschaft, sind die drei wechselseitig verbundenen Grundpositionen, von denen christlich-demokratische Politik ausgeht. Damit sind Maßstäbe und Ziel, aber keine Richtlinien für das Verhalten im Einzelfall gegeben. Genau darum sollte es uns auf diesem Parteitag und in diesem Arbeitskreis gehen. So reizvoll es wäre, die theoretische Erörterung zu vertiefen – wir sollten in diesem Arbeitskreis politische Entscheidungen für die nächste Zukunft vorbereiten. Das erfordert eine klare sachliche Aussage nicht nur zu dem, was wir geleistet haben. Es kann und darf uns hier nicht nur darum gehen, daß wir uns erneut unsere Erfolge bestätigen. Hier sollten wir Sachentscheidungen vorbereiten, mit denen wir in der veränderten politischen Wettbewerbssituation nicht nur bestehen können, sondern weiterhin überzeugend führen. (Beifall.)

Ergänzend zu den Grundsatzreferaten, die wir heute gehört haben, und ergänzend zu den Ausführungen meines Kollegen Schmäcker möchte ich die Diskussionsgrundlage um einige gesellschaftspolitische Fragestellungen erweitern.

Die sozialwirtschaftliche Situation, die wir heute vorfinden, ist durch einen wesentlichen Wandel der gesellschaftlichen Struktur gekennzeichnet: Im Jahre 1880 gab es bei uns 25 % Selbständige, 64 % Unselbständige; 1961 haben wir 12 % Selbständige und 77,7 % Unselbständige. Die Zahl der Selbständigen geht zurück. Darüber hinaus leiden verschiedene Wirtschaftsbereiche, so besonders die Landwirtschaft, das wurde vorhin schon erwähnt, und der Mittelstand, unter erheblichen strukturellen Verschiebungen.

Die unmittelbare Folge dieses Strukturwandels ist eine entscheidende Verschiebung der Vermögensverhältnisse zugunsten einer Konzentration des Eigentums und der laufenden Vermögensbildung in der Hand bzw. zur Verfügung einer relativ kleinen Schicht unseres Volkes. Dabei wird Vermögen investiert. Die unmittelbaren Folgen dieser Vermögensbildung sind:

1. Die Verlagerung der persönlichen Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens auf kollektive Sicherungssysteme, die bei dem wachsenden Sicherheitsbedürfnis des einzelnen zu einer wachsenden Be-

lastung des Lohnes und des Staatshaushaltes führt. Auch beim Mittelstand und den freien Berufen wird der Wunsch nach einer staatlich garantierten Sozialversicherung immer drängender vorgetragen.

2. Eine sehr differenzierte Einkommensbildung, bei der sich die Familie mit wachsender Kinderzahl verschlechtert und in ihrem Lebensstandard erheblich absinkt. Wir haben es uns, leider, möchte ich sagen, angewöhnt, davon auszugehen, daß in den Familien Mann und Frau gemeinsam verdienen. Das ist eine falsche Vorstellung. Richtig ist, daß 55 % der Arbeiter- und 40 % der Angestellten- und Beamtenhaushalte auf ein Einkommen angewiesen sind. Dieses Verhältnis verschlechtert sich naturgemäß mit der Größe der Familie.

3. Eine volkswirtschaftlich vielfach nicht begründete Machtkonzentration der Wirtschaft und ein unkontrollierter Einfluß starker Wirtschafts- und Sozialverbände auf den Staat, wobei für die vielseitigen Ansprüche, die an das Sozialprodukt gestellt werden, noch keine am Gemeinwohl orientierte, objektive Grundlage geschaffen wurde.

Welche Konsequenzen sind aus diesen gesellschaftspolitischen Wandlungen zu ziehen? Der Staat kann in einer pluralistischen Gesellschaft, gerade wenn er von dem Grundsatz: „soviel Freiheit jedes einzelnen wie möglich, soviel Ordnung wie nötig“, ausgeht, nicht darauf verzichten, „in vielfältiger Weise, umfassender und planmäßiger als früher wirtschaftspolitisch tätig zu werden und dafür angepaßte Einrichtungen, Zuständigkeiten, Mittel und Verfahrensweisen auszubilden“, so heißt es in Mater et Magistra. Die Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche zur Eigentumsfrage kommt zu einem gleichen Ergebnis.

Damit besteht in der Frage der sozialwirtschaftlichen Interventionspflicht des Staates heute weitgehend Übereinstimmung: einmal mit den Sozialauffassungen der beiden christlichen Kirchen, dann mit dem Verfassungsprinzip des sozialen Rechtsstaates – ich darf auf das Urteil zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Ausgabe von Volksaktien verweisen – und zum Dritten mit dem Grundsatzprogramm der Christlichen Demokraten zur sozialen Marktwirtschaft.

Die sozialwirtschaftliche Interventionspflicht des Staates muß sich bei den vorgegebenen Tatbeständen auf folgende aktuelle Fragen richten:

1. Zur Eigentumspolitik: Persönliches Eigentum ist eine wesentliche Voraussetzung für Freiheit und Selbstverantwortung. Persönliches Eigentum ist damit ein entscheidender Grundpfeiler einer freiheitlichen und gleichzeitig sozialgerechten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. In dieser Auffassung werden die Christlichen Demokraten durch die klaren Stellungnahmen der beiden christlichen Kirchen Deutschlands nur bestärkt. Wie die jüngste Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche zeigt, sind sich alle geistigen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik einig, daß nur über eine Politik der breiten Eigentumsstreuung die Privateigentumsordnung in der Bundesrepublik garantiert, das gesellschaftliche Zusammenleben in Freiheit und sozialer Verantwortung geordnet und die Eigenverantwortung des einzelnen gestärkt werden kann.

Das Ziel einer breiten Eigentumsstreuung kann in einer freiheitlichen Verfassung jedoch nur erreicht werden, wenn alle, auf die es dabei ankommt, guten Willens sind. Das gilt für die Unternehmer, die es bereits in den letzten zehn Jahren in der Hand hatten, über Ergebnisbeteiligung oder die Ausgabe von Anteilen ihren Belegschaften den Weg zu persönlichem Eigentum zu erleichtern. Hier sind – das wollen wir gerne anerkennen – einige Ansätze zu verzeichnen, aber leider nur Ansätze. Es kommt nicht minder auf die Gewerkschaften an. Die deutschen Gewerkschaften – insbesondere der DGB – hätten es seit Jahren in der Hand gehabt, die Eigentumpolitik in ihre Tarifpolitik einzubeziehen und damit eine nur auf den Konsumlohn abgestellte Lohnpolitik moderner, vernünftiger und für alle ergiebiger zu gestalten. (Beifall.)

Die Union kann für sich in Anspruch nehmen, gegen den Widerstand fast ausnahmslos aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte den Weg zu einer Verbesserung der Vermögenssituation breiter Schichten erfolgreich eingeschlagen und das Eigentumbewußtsein des einzelnen beträchtlich erhöht zu haben. Das aber war bei dem Einfluß, den die Eigentumsfeindlichkeit des Marxismus auf weite Teile der Arbeitnehmerschaft gewonnen hatte, nicht immer so. Die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft hat sich dabei als ein starker Motor zur Überwindung dieser Eigentumsfeindlichkeit erwiesen. Die christlichen Demokraten haben allen Anlaß, diesen Weg konsequent fortzusetzen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Dabei ist zu beachten: Eine stabile Währung ist nicht nur die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit unserer Eigentumpolitik, sondern das oberste Prinzip sozialer Politik überhaupt. (Beifall.)

Lassen Sie mich nun zur Einführung der Diskussion einige wenige konkrete Vorschläge unterbreiten. Die bisherigen eigentumpolitischen Maßnahmen in den drei vergangenen Legislaturperioden des Deutschen Bundestages sind im Rahmen des „wirtschaftlich Zweckdienlichen“ vollzogen worden. Das gilt insbesondere für den Sektor der Privatisierung von Bundesvermögen. Dabei wurde dem Leitbild einer Marktwirtschaft gefolgt, die auf dem freien Wettbewerb privater Unternehmer beruht und den Staat soweit als Unternehmer ablehnt, als es sich nicht um anerkannte öffentliche Aufgaben handelt. Ich möchte meinen, das Ergebnis dieser sozialen Privatisierung ist für uns christliche Demokraten mindestens befriedigend, und deshalb sollten wir hier die Forderung erheben, weitere soziale Privatisierungsmaßnahmen vorzuziehen. Dabei verstehen wir unter sozialer Privatisierung die Veräußerung von Bundesvermögen in breiter Eigentumsstreuung. Ich möchte meinen, der Schatzminister hat ein Jahr Zeit gehabt, sich mit dem Problem zu befassen. Wir sollten nun die Bundesregierung bitten, uns alsbald einige Vorschläge für die Fortsetzung der Privatisierungspolitik vorzulegen. (Beifall.)

Die CDU/CSU-Fraktion hat gemeinsam mit der FDP ein Anschlußgesetz an das im nächsten Jahr auslaufende Sparprämien gesetz eingebracht.

Es sieht vor allem eine familienfreundlichere Staffelung der Prämien vor. Es ist zu wünschen, daß dieser Entwurf ungeschmälert die parlamentarischen Beratungen passiert.

Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher strukturpolitischer Maßnahmen innerhalb der Wirtschaftspolitik, um der Sozialpflichtigkeit des Privateigentums mit praktisch-politischen Taten zu entsprechen. Aus der Einkommenssituation breiter Schichten einerseits und dem Investitionsbedarf der Wirtschaft andererseits ergibt sich zwingend, daß eine wesentliche Verbesserung der Eigentumsverhältnisse durch eine Steigerung der Masseneinkommen mit einer gleichzeitig hohen Sparquote erreicht werden kann. Wie weit dabei dem Gedanken des Investivlohnes in seinen verschiedenen Formen und Möglichkeiten Rechnung zu tragen ist, wird ernsthaft überprüft werden müssen. Es gibt aus den letzten Jahren eine große Anzahl von praktischen und brauchbaren Vorschlägen. Die Zeit zum Handeln ist reif. Die CDU, aber auch die interessierten Gruppen und Verbände sollten vorrangig untersuchen, inwieweit das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in dieser Richtung ausgestaltet werden kann.

2. Zur Wirtschaftspolitik: Wirtschaftliche Konzentration, insbesondere wirtschaftlich nicht begründete Konzernbildungen, sind vordringlich durch eine Novellierung des Kartellgesetzes zu verhindern. Die weitere Bildung neuen Eigentums erfordert zugleich erhebliche Verbesserungen der Rechtstellung des Miteigentümers und Gesellschafters. Wenn sie Hand in Hand mit einer Zurückdrängung der Selbstfinanzierung und damit einer besseren Versorgung der Volkswirtschaft mit dem notwendigen Kapital geht, bekämpft sie im übrigen sowohl eine Vermögens- als auch eine Unternehmenskonzentration. Die Große Aktienrechtsreform ist deshalb vordringlich zu verabschieden. Dabei ist es wesentlich, besonders dem kleinen Aktionär zu seinem Recht zu verhelfen. Diesem Ziel dient das Betreiben, eine Gewinnverschleierung zu erschweren, die Publizitätspflicht zu erweitern, die Vollmachten des Aufsichtsrates und der Hauptversammlung zu stärken, die Minderheit im Aufsichtsrat zu Wort kommen zu lassen, das Depotstimmrecht im Sinne des vorliegenden Regierungsentwurfs zu verbessern.

Der Wettbewerb ist ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Ordnungsfaktor in der Wirtschaft. Um eine dauerhafte Befriedigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichs sowie die Verantwortung der an der Wirtschaft Beteiligten gegenüber dem Gemeinwohl zu erreichen, darf nicht länger zugelassen werden, daß einzelne Interessengruppen ihre Macht noch mehr häufen und einen unangemessenen Einfluß auf Staat und Gesellschaft ausüben können. Der Bundeswirtschaftsminister hat in diesem Zusammenhang die Bildung eines volkswirtschaftlichen Sachverständigenorgans vorgeschlagen, das die gesamtwirtschaftlichen Vorgänge sowie das volkswirtschaftliche Ergebnis und seine Verteilung transparent machen soll. Ich möchte sehr herzlich darum bitten: Der Bundesparteitag sollte diesen Vorschlag als einen ersten konstruktiven Schritt unterstützen, um zu allgemein aner-

kannten Maßstäben für alle Interessentenwünsche und die Diskussion sozialwirtschaftlicher Fragen zu kommen. (Beifall.)

Der Sozialpolitik der Christlichen Demokraten ist in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit der Vorwurf der Konzeptlosigkeit – ja, man hört sogar von billigen Wahlgeschenken – gemacht worden. Ich will mich damit hier nicht im einzelnen auseinandersetzen, sondern nur die Frage stellen: Was hätten beispielsweise vor Jahren die Kriegsoffer oder die Rentner gesagt, wenn wir ihnen erklärt hätten, zunächst müsse ein umfassender Sozialplan aufgestellt werden, ehe ihre besondere Notlage behoben werden könne? Sozialpolitik konnte in den ersten Jahren des Wiederaufbaus nur insofern planmäßig und systematisch erfolgen, als es der übergeordnete Maßstab der Dringlichkeit zuließ. Die Dringlichkeit wurde aber nicht, wie man uns heute weismachen will, von Wahlterminen diktiert, sondern von der unbeschreiblichen Not in weiten Teilen unseres Volkes. (Beifall.)

Es ist geradezu grotesk, daß man uns heute daraus einen Vorwurf macht, daß wir statt Pläne zu schmieden, praktische Hilfe geleistet haben.

Im übrigen: Das gewaltige Werk des Lastenausgleichs, ist es nicht der Beweis für eine große Konzentration zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit? Mitbestimmungsgesetze, sind sie nicht undenkbar ohne die große Konzeption der Christlichen Demokraten von der Idee der Partnerschaft?

Haben wir nicht als erste die Wechselwirkung von sozialer Sicherung mit dem großen Kernstück der Rentenreform, das die Struktur unserer Gesellschaft ganz wesentlich beeinflußte, und unsere Eigentumpolitik herausgestellt? Haben wir hier nicht ein Beispiel gesetzt, das eine zündende Leuchtkraft gegenüber dem primitiven „Mehr- und Mehr“ der Beratungen ausstrahlte. Ist es nicht so, daß die von uns geforderte Eigentumbildung – einstmals als Sozialromantik verspottet – heute zu einem von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes bejahten und erstrebten Lebensziel geworden ist?

Unsere Sozialpolitik hat ein solides Fundament. Sie ist wie jeder politische Sachbereich begründet in der Würde des Menschen und den wechselseitig wirksamen Prinzipien: Freiheit, Eigentumsverantwortung und Solidarität. Das regulierende Gewicht dieses Verhältnisses ist das Eigentum und deshalb trifft uns – ich stelle das hier fest – der Vorwurf, wir hätten in der Sozialpolitik kein Konzept oder wir hätten eine Politik der billigen Wahlgeschenke betrieben, nicht.

Vor uns steht die Reform der sozialen Leistungen. Der Weg, den der Bundesarbeitsminister zur Weiterführung der Sozialreform gegangen ist, war sachlich und methodisch richtig. Richtig ist vor allem die Reihenfolge, bei der die Unfallversicherungsreform vorgezogen wurde, die im direkten inneren und finanziellen Zusammenhang mit der Krankenversicherungsreform steht. Ich bin froh, daß Freund Schmäcker dies vorher in gleicher Form schon ausdrückte. Denn es müssen als Einheit

angesehen werden a) die Reform der Unfallversicherung, b) die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle, c) die Reform der Krankenversicherung und d) die Kindergeldneuregelung.

In zahlreichen Gesprächen hat der Bundesarbeitsminister mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der FDP-Fraktion diese Gesetzgebungswerke in einem Sozialpaket kabinettstreu gemacht. Der Koalitionsausschuß hat diesem Sozialpaket einmütig seine Zustimmung gegeben. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß alle Gesetze zum gleichen Zeitpunkt in Kraft treten sollen.

Die Reform der Unfallversicherung, die jetzt im sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages beraten wird, sieht eine Übernahme der Behandlungskosten bei Unfällen vom 15. Tage an durch die Berufsgenossenschaften vor. Diese Abgrenzung zwischen Kranken- und Unfallversicherung ist zu begrüßen. Dagegen sollte doch auch in der eigenen Fraktion der Vorschlag, die sogenannten Bagatellrenten zwangsweise abzufinden, nochmals überprüft werden. Es verträgt sich nicht mit christlich-demokratischen Grundsätzen, eine Entscheidung gegen den Willen des Betroffenen herbeizuführen. (Beifall.)

Die Lohnfortzahlung sollte nach den verschiedenen Entwicklungsstufen jetzt im arbeitsrechtlichen Sinne gelöst werden. Hier geht es nicht um materielle Vorteile für die Arbeiterschaft, sondern hier gilt es, Konsequenzen aus der gewandelten Gesellschaft zu ziehen, d. h. die Deklassierung des Arbeiters gegenüber dem Angestellten zu beseitigen.

Eine Reform der Sozialen Krankenversicherung, die einer ständig steigenden Beitragsbelastung der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer entgegenwirken will, ist nur im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kindergeldes zu erreichen. Bei einer arbeitsrechtlichen Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfalle erfahren die Krankenkassen eine erhebliche Entlastung. Es besteht Übereinstimmung, daß die Belastung, die dadurch insbesondere bei mittleren Unternehmen entsteht, durch Ausgleichskassen aufgefangen werden muß.

Bei Übernahme der Fremdaufgaben der Krankenversicherung – Mutterschutz, Unfallversicherung und Kriegsopferversorgung – entsteht ebenfalls eine Entlastung der Krankenkassen. Dadurch ist die Möglichkeit einer spürbaren Beitragssenkung gegeben, die sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern zugute kommen muß. Im Rahmen der Beitragssenkung, die auf den Arbeitnehmer entfällt, ist eine Individualleistung des Versicherten vorgesehen. Soweit diese nicht in Anspruch genommen wird, ist eine Rückzahlungsmöglichkeit geplant. Das ist eine Frage, die unsere Kommunalpolitiker einmal angeht. Eine weitere Entlastung der Krankenkassen wäre dadurch möglich, daß die Gemeinden ihren Fürsorgeetat, der sowohl durch die soziale Leistung des Bundes als auch die Selbstvorsorge der Versicherten in erheblichem Maße nicht mehr in Anspruch genommen wird, stärker für den Bau und Unterhalt von Krankenhäusern einsetzen.

Zu diesem Sozialpaket gehört schließlich die Kindergeldgesetzneuregelung. Die Übernahme der Leistungen durch den Bund darf jedoch nicht dazu führen, daß eine weitere Verbesserung des Familienausgleichs blockiert wird. Für die Zukunft müssen deshalb als weitere Schritte vorgesehen werden: Erstens eine Ausdehnung der Kindergeldzahlung auf alle Zweitkinder und zweitens eine Staffelung der Höhe des Kindergeldes für 3 und mehr Kinder.

Familienpolitik beschränkt sich nicht auf die Zahlung von Kindergeld. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe auch bei den Gemeinden. Der Bund hat sich bei seiner Gesetzgebung, insbesondere bei allen Eigentumsgesetzen bemüht, der Familie gerecht zu werden, bei der Sozialprivatisierung, dem Sparprämiengesetz usw. Es liegt wesentlich in den Händen der Gemeinden, ein übriges zu tun, durch familiengerechte Staffelung der Tarife bei den Verkehrsbetrieben, Theatern, Museen, Schwimmbädern etc. – um nur einige wenige, aber wesentliche Aufgaben zu nennen – den kinderreichen Familien zu helfen.

Das ist das, was beim Sozialpaket zur Zeit diskutiert wird. Der Koalitionsausschuß hat dem Paket zugestimmt. Dr. Starke und insbesondere der FDP-Parteitag hatten allerdings eine andere Folge für die Sozialgesetzgebung vorgeschlagen als wir. Ich möchte meinen, daß wir als die größte Koalitionspartei mit einem klaren Entschluß nach Hause gehen sollten. Wir sollten den Kollegen Blank bitten, diese seine Konzeption in dieser Form so schnell wie möglich durchzuführen. (Beifall.) Das bedeutet, meine Freunde, daß wir ihn in die Lage versetzen müssen, daß er die Große Anfrage der Sozialdemokraten unmittelbar nach der Pfingstpause endgültig beantworten kann, und zwar in dem Sinne, wie es aufgezeigt worden ist.

Bei allem, was uns bewegt, dürfen wir folgendes nicht außer acht lassen. Der Bundesrepublik ist es aufgegeben, auch für jene Deutschen stellvertretend zu handeln, denen es auf Grund der unnatürlichen Teilung unseres Volkes versagt ist, für die Freiheit der Person und die Ordnung in Freiheit einzutreten. Wenn wir uns daher für die sozialgerechtere Ausgestaltung der Bundesrepublik einsetzen, dann tun wir das immer im Blick auf die Menschen in der Zone. Unsere Sozial- und Gesellschaftsordnung ist ein Beitrag zur Wiedervereinigung. Wir haben die Voraussetzungen zu schaffen, daß an dem Tage, an dem die Deutschen in freien Wahlen sich entscheiden können, sie sich für unsere gesellschaftliche Ordnung entscheiden, weil sie gegründet ist auf Freiheit und Gerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich danke Herrn Katzer sehr herzlich für seinen Beitrag. Wir kennen und schätzen Herrn Katzer insbesondere als den Vorkämpfer der Eigentumspolitik der CDU/CSU. Er hat uns heute einen großen Aufriß der sozialpolitischen Ziele der nächsten Zeit gegeben. Dieser Aufriß war als Ergänzung zu den wirtschaftspolitischen Ausführungen dringend not-

wendig. Es gibt keine Wirtschaftspolitik ohne Sozialpolitik und umgekehrt

Aussprache

Nun haben wir in den Referaten von heute morgen und heute nachmittag eine reiche Voraussetzung. Die Diskussion kann eröffnet werden. Ich hatte ursprünglich vor, eine kleine Pause eintreten zu lassen. Aber die Zeit ist schon sehr weit fortgeschritten. Andererseits haben wir sehr zahlreiche Wortmeldungen vorliegen. Darum möchte ich vorschlagen, auf die Pause zu verzichten und gleich in die Aussprache einzutreten. Dabei bitte ich jeden Diskussionsredner, möglichst konzentriert zu sprechen und die Zuhörerschaft möglichst zeitlich nicht zu überfordern.

Das Wort hat nun unser Freund, Herr

ETZEL, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, hier ein Grundsatzreferat zu halten. Grundsatzreferate haben wir heute morgen und soeben gehört. Ich möchte Ihnen ein paar konkrete Vorschläge machen. Damit hoffe ich die Diskussion ein wenig zu beleben.

Ich möchte, bevor ich es tue, ein paar Worte dazu sagen, was wir, was die Bevölkerung und die Öffentlichkeit von diesem Parteitag, von uns, erwarten; das heißt auch: was man von der Diskussion in diesem Arbeitskreis erwartet.

Wir haben einen merkwürdigen Tatbestand. Auf der einen Seite haben wir eine Situation, auf die wir nur stolz sein können und die ich im einzelnen gar nicht zu erläutern brauche: Das Volksvermögen hat sich gewaltig vermehrt, der Wohlstand hat eine Höhe erreicht wie noch nie in der deutschen Geschichte, wir haben eine breite Vermögensbildung, wir haben den Wiederaufbau fast vollendet, wir haben die Arbeitslosigkeit beseitigt, wir haben die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub, den höchsten Lohn in Europa und das beste Sozialsystem in der Welt. Und doch ist es so, daß bei uns ein Gefühl der Malaise besteht. Wo kommt es her, daß trotz alledem, was so gut gelaufen ist, dieser seltsame Tatbestand besteht? Ich möchte einige Ursachen aufhellen, ohne damit den Anspruch zu erheben, daß dies eine vollständige Aufzählung sei.

Sicher ist eine Ursache für eine solche Malaise die schleichende Inflation, in der wir uns befinden. Denn eine Steigerung des Lebenshaltungsindezes um 4,6 % in einem Jahr ist ein ganz schöner Tatbestand. Die Steigerung des Baukostenindex ist ebenfalls ein ganz schöner Tatbestand. Die bestehende Maßlosigkeit, die alle Gleichgewichte aus den Angeln zu heben droht, flößt uns ein Gefühl des Unbehagens ein. Wir haben vielleicht zu oft unseren programmatischen Willen formuliert, aber wir haben zu wenig formuliert, was wir in der nächsten Zukunft tun wollen. Ein formulierter Wille ist die Voraussetzung für die Frage, ob man uns die Stimme gibt oder nicht, ob wir Vertrauen haben

oder nicht. Es ist gar nicht zu leugnen – ich will das in diesem Raum offen aussprechen –, daß gewisse Ereignisse, die wir in jüngster Vergangenheit auch im Bundestag und sonstwo erlebten, einen Autoritäts- und Vertrauensschwund mit sich gebracht haben. Es fehlt oft die Souveränität, die, von Selbstvertrauen und Selbstsicherheit getragen, Vertrauen einflößt. Es ist uns nicht gelungen, den Gruppenegoismus zurückzudrängen und den Sonderinteressen der Verbände Schach zu bieten, was man doch eigentlich von uns erwartet. (Sehr gut!)

Wir haben nach der Aufwertung, die dazu dienen sollte, den materiellen Ausverkauf des deutschen Volkes zu bremsen, uns wirtschaftspolitisch nicht so verhalten, als ob wir aufgewertet hätten, sondern so, als ob wir abgewertet hätten. Wir haben die Preise, die Zuliefererpreise und die Löhne erhöht. Wir stehen vor einer drohenden Steuererhöhung. Was soll das Ganze?, fragen die Menschen. Aus solcher Situation heraus wird der Tatbestand des Vertrauens nicht leichter. Auch die öffentliche Hand hat – das müssen wir zugestehen, auch die, die wir im Bundestag sind und vielleicht auch in der Regierung tätig waren, wie ich – nicht immer der Maßlosigkeit Einhalt geboten, was nötig gewesen wäre. (Beifall.)

Ich persönlich habe große Sorge um die Geldwertstabilität. Ich habe den Eindruck, daß unser monetäres System nicht in Ordnung ist. Durch eine Politik des leichten Geldes und der leichten Kredite wurde das Geldvolumen und damit die Nachfrage an vielen Stellen über das Angebot hinaus erhöht, und dadurch wurde der Effekt ausgelöst, von dem ich soeben gesprochen habe.

Was wird nun in solcher Situation von uns auf dem Parteitag in Dortmund erwartet? Ich glaube, das deutsche Volk will wissen, ob die größte Partei, die den Bundeskanzler stellt, die einen großen Teil der Regierung stellt und die einen entscheidenden politischen Einfluß hat, ein Programm hat, und zwar nicht ein allgemeines theoretisches Programm; das haben wir, davon haben wir oft genug gesprochen. Nein, es kommt darauf an, ob wir eine Zusammenstellung konkreter Maßnahmen dem Volk vorstellen können, mit denen wir die jetzige Situation meistern können. Hier will das Volk – verstehen Sie das bitte nicht falsch – eine gewisse Autorität spüren, die man nicht mit Rigorosität verwechseln darf. Es muß von unserer Politik ein Führungsimpuls ausgehen. Die Unsicherheit, die gegenüber den Verbänden besteht und die zu einem Verschleiß geführt hat, den wir uns nicht leisten können, muß beseitigt werden.

Wir müssen auch die Frage beantworten, ob denn Verfall der Kaufkraft ein Naturereignis ist, was ja schon die Meinung vieler Menschen geworden ist. Das Volk will wissen, was die Mark morgen wert ist und wie man der Lohn- und Preisspirale wirksam zu Leibe gehen wird. Das Volk würde einer Regierung und einer politischen Führung, die zwar theoretisch in einem Programm weiß, was sie tun will, dann aber doch nichts tut, niemals Vertrauen zollen. Das geht ganz einfach nicht. Deshalb müssen wir heute in einem Katalog von Maßnahmen eine

Mauer gegen diese Malaise aufrichten und müssen die Führungsfunktion, den Führungsimpuls wieder in die Hand bekommen. Das scheint mir die Aufgabe dieser Nachmittagsstunde und unserer Verantwortung zu sein. (Beifall.)

So möchte ich zu dem, was Herr Katzer bezüglich des sozialpolitischen Sektors gesagt hat, einige Gesichtspunkte über Maßnahmen vortragen, die wir ergreifen wollen, noch gar nicht alle; es gibt eine Menge zusätzlicher Dinge. Wir haben die Idee – wir haben über diese Dinge natürlich gesprochen –, morgen, wenn ich auf dem Parteitag Bericht erstatte, zu sagen: Der Bundesparteitag hält diese Maßnahmen für erforderlich. Dann haben wir einen politischen Willen.

Was ist das nun? Zunächst einmal möchte ich an die Spitze eine Antwort auf die Frage stellen, ob der Verfall der Kaufkraft ein Naturereignis ist. Unser Freund Blank hat heute morgen – für mich sehr begeisternd – sehr stark die Notwendigkeit der Erhaltung der Geldwertstabilität herausgestellt. Herr Kollege Erhard hat das in seiner Rede in einem sehr wichtigen Satz ebenfalls getan. Sie haben soeben Herrn Schmücker, als er von der Geldwertstabilität sprach, Beifall gespendet.

In der sozialen Marktwirtschaft wird das Zusammenwirken aller Beteiligten durch marktgerechte Preise gesteuert. Aber es gibt hier eine wichtige Vorbedingung, ohne die das Ganze nicht funktioniert: Um diese Steuerung des Zusammenwirkens zu erreichen, müssen wir über ein geordnetes Geldwesen verfügen. In unserer Ordnungsvorstellung wird eine organische Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik, hier insbesondere – nicht ausschließlich! – der Geld- und Kreditpolitik, bejaht. Wir sind nicht die Partei, die dem alten Manchester-Liberalismus das Wort redet, sondern wir geben dem Staat eine Aufgabe der Intervention; er soll mit Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik die Währung verteidigen.

Wir müssen daher die Frage stellen, ob unsere Geld- und Kreditpolitik, die in den Händen von Bundesregierung und Bundesbank – viel mehr in den Händen der Bundesbank als in den Händen der Bundesregierung – liegt, in Ordnung ist. Hier ist nicht der Ort dafür, diese Frage im letzten zu entscheiden. Dazu ist der Kreis zu groß, die Sachverständigen nicht zahlreich genug. Aber ich bilde mir ein, etwas davon zu verstehen. Ich darf jedenfalls als meine Meinung sagen, daß das monetäre System nicht in Ordnung ist.

Unsere marktwirtschaftliche Ordnung bleibt ein Stückwerk, wenn die Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Ich werde mich immer als einer der entschiedensten Vorkämpfer für die Geldwertstabilität einsetzen. (Beifall.) Für die Überhitzung unserer Konjunktur, in der wir uns leider befinden und die insbesondere die Ursache für diese Preissteigerungen auf dem Baumarkt ist, muß das nicht gelöste Geldproblem verantwortlich gemacht werden. In unserer Volkswirtschaft ist an vielen Stellen – bitte, ich meine das objektiv und nicht subjektiv für den einzelnen – einfach zu viel Geld. Das ist ein nüchterner Tat-

bestand. Wir erleben es auf dem Baumarkt, was es heißt, wenn zu viel Nachfrage hineinströmt. Wenn eine Kapazität von 100 vorhanden ist und 120% auf den Baumarkt hineinströmen, werden auch nur 100% produziert; das kostet aber dann 120%. Und wenn wir uns den Arbeitsmarkt ansehen: Wir können mit der Arbeit heute machen, was wir wollen, – mehr Arbeitskraft, als wir haben, können wir angesichts der Ausschöpfung der Arbeitsmarktreserven nicht mehr zur Verfügung stellen. Das Ergebnis ist: die Löhne steigen, das Arbeitsangebot wird trotzdem nicht größer. Aber dafür steigen die Preise.

Hier muß – das scheint mir das Problem zu sein – die Nachfrage ganz allgemein durch eine Einschränkung der Geldmenge gedrosselt werden. Die Politik des billigen, des leichten Geldes, die die letzten eineinhalb Jahre bestimmt hat, ist zwar zahlungsbilanzkonform, aber nicht binnenwirtschaftlich orientiert. Hier muß – mehr will ich heute nicht fordern, aber das will ich fordern – die Konvertibilität überdacht und überprüft werden. Ich glaube, daß das Konvertibilitätsabkommen, das in Geltung ist, die entsprechenden Möglichkeiten liefert, um die Geldmenge verknappen zu können. Wenn die Geldströme zwischen den Nationen hin und her gehen, müssen die Regierungen aller Länder – ich glaube, auch der Bankenapparat – sich des gleichen Kodex des Wohlverhaltens befleißigen, sofern eine Geld- und Kreditpolitik im System der marktwirtschaftlichen Ordnung überhaupt funktionieren soll. Wenn wir eine Politik des knappen Geldes und andere draußen eine Politik des leichten Geldes machen und das Geld über die Grenzen kommt, ist die Wirksamkeit unserer Geld- und Kreditpolitik illusorisch. Hier muß also angesetzt werden.

Ich weiß natürlich, daß auch noch andere Maßnahmen in Frage kommen. Ich nenne einmal zwei sehr heiße Eisen: Golddeckung und flexible Wechselkurse. Ich weiß, daß das sehr schwere Probleme sind, die nur hart zu lösen sind und über die diskutiert werden muß. Ich weiß um die Lösung, die die Schweiz gesucht hat. Die Schweiz hat das Problem besser gelöst als wir. Aber es lagen in dem kleineren Land mit einer anderen Disziplin und einer anderen Härte andere und leichtere Verhältnisse vor.

Bezüglich des Kapitalmarktes scheint es mir erforderlich zu sein, die Frage zu stellen, ob es sinnvoll ist, durch eine zu große Daueremission von Pfandbriefen einen zu erheblichen Teil des sich bildenden Kapitals ständig auf den Baumarkt zu lenken. Was wir verlangen müssen – und was ich Ihnen vorschlage –, ist eine Überprüfung und Ergänzung des währungspolitischen Instrumentariums, damit die Kaufkraft durch einen gediegenen Geldwert gesichert wird. (Beifall.)

Der zweite Punkt betrifft folgendes, und hierbei wird nicht alles so leicht automatisch in Ordnung gebracht werden können. Der Staat selber muß ein Bekenntnis zum Maßhalten ablegen. Hier kann man nicht ohne weiteres einen Automatismus anwenden. Aber der Staat – das heißt die Regierung in Bund und Ländern und deren Parlamente und die Gemeinden; für alle sind wir als Partei verantwortlich – muß sich darüber klar sein, daß man nicht alle Wünsche zu gleicher Zeit

erfüllen kann. (Bundesminister Blank: Und noch maximal dazu!) – Und noch maximal dazu! Die Ausgabenflut muß doch einmal eingedämmt werden. Ich wehere mich gegen Abgeordnete, die nur Geld ausgeben können. (Sehr richtig!)

Die Fiskalpolitik muß sich dabei auch der konjunkturellen Situation bewußt werden. Seien wir uns darüber klar: jeder Pfennig, der ausgegeben wird, muß zuvor dem deutschen Volk über die Steuern abgezogen werden. Auch das wird viel-zu-wenig bedacht. Wenn wir nicht maßhalten, gehen wir an der Maßlosigkeit zugrunde. Hier ist unsere eigene politische Verantwortung angerufen. Ich meine, ein Parteitag der CDU darf nicht vorübergehen, ohne daß hier ein Bekenntnis zu diesem Maßhalten abgelegt wird. (Beifall.)

Ständig wachsender Investitionsbedarf infolge des ständigen Wachstums der Volkswirtschaft, ständig wachsender Rüstungsbedarf, ständig wachsende Entwicklungshilfe, ständig wachsende Soziallasten, ständig wachsender Bedarf für den Straßenbau, den Schulbau usw. – das kann doch nicht alles gleichzeitig nebeneinander erfüllt werden. Wir müssen wieder eine Rangordnung der Werte einführen. Bund, Länder und Gemeinden dürfen zusammen keine größeren Anforderungen an die Wirtschaft stellen, als die Wirtschaft vernünftigerweise erfüllen kann. Wenn man das doch tut, dann ergibt sich das, was wir auf dem Baumarkt erlebt haben. Dort haben wir in drei Jahren eine Steigerung um 24 %. Da müssen wir uns doch fast schämen vor den Menschen, die Bausparer usw. sind. So kann man die Dinge einfach nicht laufen lassen.

Wir brauchen eine Änderung der Finanzverfassung, wir brauchen eine Finanzverfassungsreform. Der Bundeskanzler hat sie gestern zugesagt; ich will sie deshalb hier nur erwähnen. Das Trennsystem, bei dem Bund, Länder und Gemeinden ihren Finanzbedarf extra aufbringen müssen, führt zu nichts Gutem. Der Bürger wohnt in Bund und Land und Gemeinde. Wenn er sie finanzieren muß, zahlt er nur aus einem Portemonnaie. Hier müssen wir eine Ganzheit bekommen. Wir müssen das Trennsystem abbauen, die großen Steuern in eine Kasse tun und nun nach objektiven Gesichtspunkten verteilen. (Beifall.) Wenn wir das nicht erreichen, kommen wir mit unserem Staat in eine gefährliche Krise.

Wir reden in diesen Tagen für meinen Geschmack wieder zu viel von Steuererhöhungen. In unserer wirtschaftspolitischen Situation – nach der Aufwertung, nach Steigerung der Preise, nach großen Lohn- und Gehaltssteigerungen – wäre eine Steuererhöhung nichts anderes als ein zusätzlicher Faktor, der auf die Preise abgewälzt würde. In der heutigen Marktsituation hätte das wieder neue inflationäre Anreize zur Folge. (Beifall.) Außerdem bitte ich zu bedenken, daß bei sinkenden Gewinnen auch die Steuern sinken müssen. Wir haben deswegen alles zu tun, um die bereits bewilligten Staatsbedürfnisse aus dem Aufkommen und aus den etwaigen Reserven zu decken. Wir können nicht auch noch das, was wir vielleicht theoretisch haben können, bereits jetzt ausgeben.

Zum Gutachtergremium will ich nichts mehr sagen. Herr Schmücker hat dazu bereits das Notwendige gesagt. Ich bejahe es, bin aber der Meinung, daß man nicht nur Professoren, sondern auch einige andere Leute – vielleicht nicht die Tarifpartner – heranziehen sollte.

Ein weiteres heißes Eisen! Was ich jetzt sage, wird nicht von allen hier in diesem Saale gern gehört. Aber ich meine, man sollte es doch einmal auf den Tisch legen: Ich meine hier das Problem der Tarifhoheit. Ich bin – um das von vornherein klar zu sagen – ein Gegner der Zwangsschlichtung. Ich bin der Meinung, daß die Waffe des Streikrechts und des Gegenparts dazu, der Aussperrung, nicht abgestumpft werden darf. Aber wäre es nicht doch gut, wenn eine Regierung in wichtigen Fällen – natürlich nicht bei jeder Kleinigkeit – die Verkündung eines Streiks oder einer Aussperrung befristet aussetzen könnte, um Zeit zu gewinnen, damit in aller Öffentlichkeit die Argumente pro und kontra geprüft werden können, damit also eine Besinnungsfrist eingeschaltet wird? Niemand sollte sich vernünftigerweise dem Zwang entziehen, seine Argumente öffentlich zur Diskussion zu stellen.

So meine ich, wir sollten uns nicht in theoretischen Erkenntnissen erschöpfen, sonder praktische konkrete Forderungen aufstellen. Das ist es, was man von uns erwartet.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich danke Herrn Etzel, dem Vorsitzenden des Bundeswirtschaftsausschusses, vor allem dafür, daß er einige heiße Eisen angepackt hat und den Finger auf sehr ernste Wunden gelegt hat.

Das einzige, was mir jetzt Sorge macht, ist der Zeitablauf. Wenn wir gegen 18 Uhr schließen wollen, haben wir noch eindreiviertel Stunden Zeit. Wir haben insgesamt 23 Wortmeldungen vorliegen. Ich möchte die Redezeit noch nicht beschränken, aber doch die herzliche Bitte aussprechen, sich in der Debatte möglichst konzentriert auszudrücken und möglichst nichts zu wiederholen, was schon gesagt worden ist, es sei denn, daß das in der Form einer echten Auseinandersetzung mit dem Gesagten notwendig ist.

Darf ich jetzt unseren Freund Hellwig von der Hohen Behörde der Montanunion bitten, seinen Diskussionsbeitrag vorzubringen.

Dr. HELLWIG:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es werden hier die Ursachen der derzeitigen Unruhe über den Fortgang der Wirtschaftspolitik genannt. Ich möchte dazu einiges aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaften beitragen. Ich habe ja in Luxemburg Gelegenheit, die Dinge unter diesem Aspekt näher zu sehen.

Die Verlangsamung unseres bisherigen großen und überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstums wirft Probleme auf. In den nächsten zehn Jahren wird uns eine der Quellen nicht mehr zur Verfügung

stehen, die bisher wesentlich zu diesem wirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat: die Vermehrung unseres Arbeitskräftepotentials. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat in seinem Referat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik die Erwerbsbevölkerung bis 1970 praktisch stagnieren wird, während sie in den Konkurrenzländern, mit denen wir im Gemeinsamen Markt verbunden sind und weiter verbunden werden, wesentlich stärker zunehmen wird. Von 1950 bis 1960 haben wir in der Bundesrepublik jährlich eine Zunahme von rund einer halben Million Arbeitskräfte gehabt. Wir werden in den nächsten Jahren in der Erwerbsbevölkerung voraussichtlich nur noch 40 000 bis 50 000 Menschen pro Jahr mehr zur Verfügung haben. Gleichzeitig verschiebt sich der Anteil der Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen zu den nicht mehr Erwerbsfähigen. Das ist eine Folge der altersmäßigen Verschiebung. Damit wird schon ein Teil der wirtschaftlichen Leistung, die neu hinzugearbeitet wird, benötigt, um die vermehrten Anforderungen der Versorgung der Nichterwerbsfähigen mitbestreiten zu können.

Dann trägt wohl folgendes zu der derzeitigen Unruhe bei: Wir sehen, daß verschiedene Instrumente der nationalen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik nicht mehr richtig greifen. Das ist eine Folge davon, daß verschiedene Zuständigkeiten im Gemeinsamen Markt an andere Stellen gegangen sind oder daß die Grenzen, die bisher die Wirkung einiger Instrumente bei uns sicherten, wirtschaftspolitisch gesehen, im Gemeinsamen Markt niedergelegt worden sind und weiterhin niedergelegt werden. Bei der Freizügigkeit von Waren, Geld, Kapital, Dienstleistungen, Unternehmungen, Menschen und Arbeitskraft funktionieren einige Instrumente nicht mehr. Die Konjunktur ist in früheren Jahren besonders wirkungsvoll mit autonomen Zollsenkungen gesteuert worden, die das Warenangebot im Innern vermehrten. Autonome Zollsenkungen sind beim Übergang zum Gemeinsamen Markt, zur Zollunion, gegenüber dritten Ländern für eine nationale Regierung nicht mehr möglich. Es gibt nur noch eine beschleunigte Zollsenkung im Innern des Gemeinsamen Marktes, aber nicht mehr gegenüber dritten Ländern.

Wenn geld- und kreditwirtschaftliche Maßnahmen der Bundesbank bis 1960 funktionierten, so deswegen, weil die Freizügigkeit von Geld und Kapital über die Grenzen hinaus noch nicht so hergestellt war, wie das zur Zeit der Fall ist. Hier kann ich unserem Freund Eitzel recht geben, wenn er sagt, daß das geld- und kreditwirtschaftliche Instrumentarium überprüft werden muß. Ich glaube, einer der ersten Schritte – nicht nur im Rahmen der Koordinierung der Währungspolitik – müßte eine gewisse Anpassung des Zinsniveaus in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft sein, damit nicht jede Maßnahme unseres Bundesbanksystems einen Anreiz gibt, entweder in die anderen Mitgliedsländer auszuweichen oder umgekehrt das Verzinsung suchende Kapital anderer Länder noch zusätzlich in die Bundesrepublik hereinanzuziehen.

Allen Punkten, die Herr Schmücker genannt hat, kann ich auch aus der europäischen Sicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grunde: Die nationale Zuständigkeit in der Steuerpolitik und in der Ausgabege-

staltung der öffentlichen Haushalte wird nach wie vor das stärkste Instrument der konjunkturpolitischen Steuerung sein. Es wird auch beim Fortgang der Entwicklung zum Gemeinsamen Markt seine Bedeutung behalten.

Soweit es sich um Reformen handelt – insbesondere um Steuerreformen auf dem Sektor der Umsatzsteuer oder der Besteuerung des grenzüberschreitenden Verkehrs –, möchte ich allerdings sagen: hier ist Eile geboten. Je länger gewartet wird, um so schwieriger wird die Konsultationspflicht in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erfüllen sein, die verlangt, vor nationalen Entscheidungen sich mit den anderen zu verständigen. (Beifall.) Die derzeitige deutsche Umsatzsteuer stellt doch eine Prämierung unserer Konkurrenten außerhalb der Bundesrepublik dar. Das wollen wir auf lange Sicht nicht haben. Sonst werden nämlich die Wettbewerbsverzerrungen plötzlich von der Zollebene in die Ebene der Steuergrenzen verlagert. Damit würde sich natürlich auch eine Gefahr für die weitere soziale Entwicklung ergeben. Darum sollte hier so rasch wie möglich gehandelt werden. Jedes halbe Jahr, das verloren geht, wird die Lösung auf europäischer Ebene erschweren. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich danke Herrn Hellwig sehr für diesen Ausblick in die internationale Politik und insbesondere die europäische Politik, der in diesem Zusammenhang dringend notwendig war.

Bitte, Herr Bundesminister

Dr. WUERMELING:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Zunächst habe ich Anlaß, unserem Freund Katzer für eines sehr, sehr herzlich zu danken. Er hat sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß zu dem Sozialpaket, von dem wir jetzt immer wieder sprechen, auch die Kindergeldneuregelung gehört, und er hat hinzugefügt, daß die Übernahme der Leistungen durch den Bund nicht dazu führen dürfe, daß eine weitere Verbesserung des Familienausgleichs blockiert werde. Das war in den letzten Wochen und Monaten in ganz besonderer Weise mein Anliegen gewesen und nicht zuletzt auch das Anliegen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, den ich hier auf dem Bundesparteitag vertrete. Ich sehe in dem, was hier gesagt wurde, eine Bestätigung der Formulierung der Entschließung unseres Landesparteitages von Kaiserslautern, die lautet:

„Ein neues Kindergeldgesetz ohne entsprechenden Ausbau der Leistungen ist für die CDU untragbar. Der Ausbau der Kindergeldleistungen muß jedenfalls gleichzeitig und gleichrangig erfolgen mit den übrigen zur Verabschiedung anstehenden sozialpolitischen Gesetzen wie Neuregelung der Unfallversicherung, Reform der Krankenversicherung, Lohnfortzahlung als arbeitsrechtliche Gleichstellung der Arbeiter usw.“

Über die Einzelheiten und über den Zeitablauf, in dem sich die von Herrn Katzer gesteckten Ziele erreichen lassen, läßt sich immer reden. Daß nicht alles auf einmal geht, das weiß auch der Familienminister. Noch einige Worte zu dem Familienlastenausgleich! Wir haben hier das Thema zu erörtern: Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung. Wir haben viel Licht gesehen; aber wir wissen: wo Licht ist, da ist auch Schatten. Und ein Parteitag gibt uns auf, auch die Schatten nicht zu ignorieren, damit wir wissen, wo und was zu verbessern oder nachzuholen ist.

Soziale Marktwirtschaft heißt nicht, daß es den meisten gut gehen soll auf Kosten der übrigen, sondern daß jedem sein wohlverdienter und gerechter Anteil am Sozialprodukt und damit auch am sozialen Fortschritt zuteil werden muß. Nun gibt es aber manche, und gar nicht kleine, aber weniger lautstarke Kreise wie etwa die Sparer, die Bausparer, die Bezieher kleiner Kapitalrenten und nicht zuletzt unsere Kinderfamilien, die bei steigenden Löhnen und Preisen, die nicht von ihnen, sondern von den Sozialpartnern bestimmt werden, offensichtlich ins Hintertreffen geraten. (Beifall.) Unsere Sozialrentner, an die man in diesem Zusammenhang auch denken kann, haben wenigstens ihre dynamische Rente, die, wenn auch langsam, der Lohn- und Preisentwicklung folgt. Aber Lebensversicherungs- und Bausparverträge und Sparguthaben und auch die Kaufkraft der Kinderfamilien können dieser Entwicklung nicht folgen. Diese Kreise werden, wie jeder sieht, irgendwie um ihre Teilnahme am Fortschritt geprellt, wenn die Löhne und die Preise steigen.

Herr Rosenberg vom DGB scheint das für richtig zu halten. Er erklärte in einem Spiegelgespräch – das ist, glaube ich, viel zuwenig bekannt –, wenn er zwischen schleichender Geldentwertung und Vollbeschäftigung zu wählen hätte, so entscheide er sich für die Vollbeschäftigung und damit für das Hinnehmen der schleichenden Geldentwertung. Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit die Forderung gegenüberstellen: in allererster Linie unsere Währung, unsere Mark stabil halten; eine etwaige Arbeitslosigkeit wollen wir mit allen anderen möglichen Mitteln bekämpfen, nur nicht mit einer schleichenden Inflation. (Beifall.) Leider haben die Sozialpartner in den letzten Jahren allzu sehr nach Rosenbergs Devise gehandelt, und die vorhin genannten Kreise, die nicht mitziehen können, müssen die Zeche bezahlen.

Für unsere Kinderfamilien wirkte sich die Entwicklung doppelt und dreifach nachteilig aus: Denn auch wenn in der Familie eine Vielzahl von Personen vorhanden ist, so gibt es Lohn- und Gehaltserhöhungen nur einmal, während die Preiserhöhungen für den notwendigen Lebensbedarf sich entsprechend der Größe der Familie multiplizieren. Diese Familien werden doppelt, dreifach und noch mehr benachteiligt, weil der geringen Kaufkraftserhöhung pro Kopf eine multiplizierte Preiserhöhung für die Familie gegenübersteht. Betrachten wir uns einmal die Veränderung der Lebenshaltungskosten im letzten Jahr – von April bis April –: die gesamten Lebenshaltungskosten veränderten sich um 4,6% und die Ernährungskosten um 7,2%. Jedem von uns wird

klar, was das für die Familien bedeutet. Die Kaufkraft der Kinderfamilie bleibt also immer mehr hinter der anderer Haushalte zurück, anstatt, wie es das Ziel der Familienpolitik ist, näher an sie heranzukommen.

Ich erinnere hier an das Wort unseres Freundes Katzer: Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht der Mensch und die Familie. Wenn das richtig ist, dann müssen wir aber auch Konsequenzen ziehen. Hieraus folgt, daß Korrekturen durch den Familienlastenausgleich heute von ganz besonderer Bedeutung und Dringlichkeit sind und, meine Freunde, ich wage zu sagen: Vorrang haben vor allen Anliegen einzelner Gruppen. Die Familien sind doch Wesensbestandteil aller Gruppen. Wenn die Familie ins Hintertreffen gerät, ist das ein Schaden für alle Gruppen und damit für das gesamte Volk. Die Gruppenfunktionäre sollten deshalb nicht immer schematisch das individualistische Interesse aller ihrer Einzelmitglieder sehen und nicht nur verbandsegoistisch und individualistisch denken, sondern mit der ihnen eigenen Verve nicht zuletzt darum kämpfen, daß den Familien, zu denen auch die Familien ihrer Gruppe gehören, ihr Recht wird.

Wenn sich doch endlich im öffentlichen Leben – und nicht zuletzt im Bundeshaus in Bonn – die Erkenntnis durchsetzen wollte, daß nicht nur der ethisch-sittliche, sondern auch der wirtschaftliche Wohlstand der Familien für alle Gruppen und damit für das ganze Volk wichtiger ist als die einzelne Gruppe selber. Dann hätten wird endlich den Rang der Familienpolitik, der besonders für die CDU schon vom Grundsätzlichen her selbstverständlich sein müßte. (Beifall.)

Was die Gruppenfunktionäre zuwege gebracht haben, will ich an zwei Beispielen zeigen. Im öffentlichen Dienst haben sich in der Lohngruppe 4 die Bezüge des kinderlos Verheirateten in den letzten sechs Jahren um 44,6 % erhöht, die Bezüge der Familien mit drei Kindern nur um 34,4 % und die Bezüge der Familie mit fünf Kindern nur um 29,8 %. Das ist das Ergebnis davon, daß die Gewerkschaften immer nur um lineare Lohnerhöhungen kämpften und verabsäumten, an die Familienzulagen zu denken. Ich frage einmal Herrn Kummernuß, was er sich eigentlich bei diesen Zahlen denkt und warum er bei den Tarifverhandlungen nie auf diese Dinge hingewiesen hat. (Beifall.)

Ein anderes Beispiel aus der Privatwirtschaft, das nur zweieinhalb Jahre zurückreicht. Der Brutto-Monatslohn einschließlich Kindergeld eines männlichen Industriearbeiters hat sich vom März 1959 bis Dezember 1961 verbessert bei kinderlosen Ehepaaren um 31,8 %, bei einem Ehepaar mit drei Kindern um 29,4 % und bei einem Ehepaar mit fünf Kindern um 25,6 %.

Angesichts dieser Beispiele muß man das, was unser Freund Blank für die Eigentumsbildung gesagt hat – „Es ist auf diesem Gebiet nicht genug geschehen“ –, auch für das Gebiet des Familienlastenausgleichs feststellen. Auch die andere Feststellung von Herrn Blank gilt in diesem Zusammenhang: Die Verbände haben ihre staaterhaltende Funktion sträflich vernachlässigt, da sie sich um das Thema „Familie“ überhaupt

nicht gekümmert haben. Uns ist aber aufgegeben, das geschaffene Unrecht, soweit es in unseren Kräften steht, wieder auszugleichen. Zum anderen müssen wir an die Funktionäre appellieren, nicht wieder neues Unrecht hinzuzufügen und dadurch unsere Maßnahmen illusorisch zu machen.

Lassen Sie mich die Dinge – nachdem gerade die internationale Familienministerkonferenz vorbei ist – auch noch an einem internationalen Vergleich darstellen. Auch von daher drängt es spürbar. Wir haben bei einem Bruttolohn von 8000 DM im Jahr bei der Vierkinderfamilie bei Abzug der Steuern, der Sozialabgaben und unter Hinzurechnung der Leistungen für die Kinder international folgende Verhältnisse. Der Familienvater mit vier Kindern bekommt in der Bundesrepublik noch 99 % ausbezahlt, in Holland ebensoviel, in der Schweiz 105 %, in England 105 %, in Österreich 108 %, in Italien 110 %, in Luxemburg 114 %, in Belgien 126 % und in Frankreich gar 142 %. Dabei will ich das französische Beispiel in keiner Weise als vorbildlich hinstellen.

Noch ein anderer Zahlenvergleich! Wir haben für die Familienministerkonferenz zusammengestellt, wie groß in den einzelnen Ländern der Anteil der Familienleistungen im Verhältnis zu den gesamten Sozialleistungen ist, das heißt, wieviel Prozent der Sozialleistungen Familienleistungen sind: In Frankreich 35 %, Italien 25 %, Belgien 20 %, Österreich 19 %, Luxemburg 19 %, Holland 15 %, England 12 % und in der Bundesrepublik Deutschland 2,7 %! Man braucht dazu keinen großen Kommentar zu geben. Die Zahlen beweisen, daß andere Länder dieses Anliegen in ganz anderem Ausmaß sehen.

Nun wird uns immer erwidert: Wir können unsererseits hier nicht mehr leisten, weil unsere gesamte Belastung durch Sozialabgaben und Steuern schon erheblich ist. Ich werte dieses Argument als sehr schwerwiegend. Wir müssen aber auch einmal umgekehrt die Frage stellen dürfen: Was nützt es denn – die hohen Kosten entstehen bei uns durch die Alterssicherung – dem Familienvater mit fünf Kindern, wenn er mit 65 Jahren eine angemessene Altersrente bekommt, aber in den 20 Jahren, wo er seine fünf Kinder großzieht, für diese Kinder nicht das Nötige hat, um sie ausbilden zu lassen, um sie kleiden zu können usw.?

Diese familienpolitischen Dinge bewegen sich auf einer ganz anderen Ebene. Darum liegt mir daran, eine allgemeine Kritik hier in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Wir lesen immer wieder, wenn das Gespräch auf soziale Notwendigkeiten kommt, von den sogenannten Wechselfällen des Lebens. Ich denke dabei z. B. an einem Aufsatz von Ministerialrat Elmholtz im Bulletin, in dem eine Reihe von Wechselfällen des Lebens aufgezählt werden: Invalidität, Krankheit und Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter und – Kinderreichtum! Meine Freunde, wir müssen uns abgewöhnen, die negativen Wechselfälle des Lebens in eine Reihe zu stellen mit dem positivsten Tatbestand des Lebens, den wir überhaupt haben, nämlich der Familie mit Kindern! (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß nur ganz wenige grundsätzliche Bemerkungen, weil gewisse Dinge hier in der Öffentlichkeit von uns gerade aus der familienpolitischen Sicht klargestellt werden müssen. Die Familienpolitik hat eine ethisch-sittliche und eine wirtschaftlich-materielle Seite. Die ethisch-sittliche Seite ist vielfach wichtiger. Aber der Staat kann das ethisch-sittliche Innenleben der Familien nicht bestimmen, wie es totalitäre Regime wollen. Er kann nur einen ethisch-sittlichen Schutzwall um die Familie ziehen. Aber auch die wirtschaftlich materielle Seite kann nicht einfach wegdiskutiert werden.

Familienpolitik ist für uns keine Bevölkerungspolitik im nationalsozialistischem Sinne mit dem Ziel der Vermehrung der Geburtenziffern, so wichtig der letzte Punkt für uns sein mag. Familienpolitik ist für uns eine Politik der Schaffung von Gerechtigkeit für die Familien mit Kindern, für jene Familien, die durch das Großziehen der Kinder dem Staat und der Gesellschaft den denkbar größten Dienst erweisen. Um der Gerechtigkeit willen treiben wir Familienpolitik, nicht um die Geburtenziffern zu erhöhen.

Familienpolitik ist nicht Fürsorge für arme Leute mit Kindern. Familienpolitik sollte immer mehr in allen sozialen Schichten sicherstellen, daß der Familienvater nicht deshalb, weil er mehrere Kinder hat, um mehrere soziale Stufen absinkt. Wir lehnen eine Einkommensgrenze beim Familienlastenausgleich ab, schon weil wir dem Familienvater bei seinem Antrag auf Familienleistungen das demütigende Einkommensbekenntnis ersparen wollen.

Die Familienpolitik soll den Eltern aber auch nicht alle Opfer abnehmen, die sie für das Großziehen ihrer Kinder zu bringen haben. Diese Opfer sollen nur wieder auf ein tragbares Maß zurückgeführt werden. Eltern, die nicht bereit sind, Opfer – und große Opfer – zu bringen für das große Glück des Besitzes von Kindern, sind in unseren Augen keine rechten Eltern.

Wenn wir gemeinsam diese Dinge so sehen und wenn wir unter diesem Gesichtspunkt an unsere Aufgaben herangehen, dann bin ich sicher, daß in dieser Wahlperiode das nachgeholt wird, was wir in der Vergangenheit leider zum Teil versäumt haben.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Meine Damen und Herren! Sie sehen an diesem Beitrag, der sicher ein wichtiges Feld bestellt hat, wie breit unser Thema „Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer sozialen Bewährung“ heute angelegt ist. Wenn wir aber jeden, der nun sein Spezialgebiet hier zur Sprache bringen will, denselben Raum geben wollen, dann sitzen wir morgen früh noch hier. (Zurufe: Sehr richtig!) Das ist also nicht durchzuführen; denn wir haben jetzt immer noch 24 Wortmeldungen. Das bedeutet, daß wir bei drei Minuten Redezeit noch über 6 Uhr hinaus tagen müssen. Das einzige, was mich zurückhält, die Redezeit auf drei Minuten zu verkürzen, ist, daß die nächste Rednerin unsere verehrte Frau Ministerin Schwarz-

haupt ist, der ich also die Entscheidung selbst überlassen möchte, wie viel Zeit sie uns jetzt für ihr Thema „Gesundheitsministerium“ widmet. (Beifall.)

Frau Dr. SCHWARZHAUPT:

Meine Damen und Herren! Ich will einige Worte sagen, nämlich über ein Thema, mit dem die SPD zur Zeit eine ganz erhebliche und, wie mir scheint, nicht wahrhaftige Propaganda macht. Wenn man durch Bonn oder durch andere Städte kommt, findet man überall Plakate, auf denen steht: „Reine Luft, reines Wasser, kein Lärm“. Und wie wir uns erinnern, hat Willy Brandt beim letzten Bundestagswahlkampf von dem blauen Himmel über dem Ruhrgebiet gesprochen und damit sozusagen den Menschen hier die Vorstellung vermittelt, als würde er, wenn er Bundeskanzler wäre, innerhalb von vier Jahren diesen blauen Himmel schaffen. So kann man nur sprechen, wenn man nicht die Verantwortung trägt und wenn man seine Chance, sie zu erhalten, auch nicht sehr hoch einschätzt. (Beifall.)

Wenn man, wie wir, die Verantwortung hat und auch weiter haben wird, muß man, wie mir scheint, zu diesen Fragen „Reinigung von Wasser und Luft, Verhinderung von Lärm“ sehr viel behutsamer sprechen. Wir von der CDU wollen uns stark dafür machen – und zwar vor allen in den Gemeinden und im Land –, daß künftig keine Siedlungen mehr ohne Kanalisierung und Abwässerableitung angelegt werden, keine industriellen Unternehmungen mehr zugelassen werden, in denen nicht für die Abwasserklärung gesorgt wird. Wir wollen uns weiter darum bemühen, Schritt für Schritt alles dafür zu tun, daß auch den alten Wohnsiedlungen und den alten Industrieunternehmungen das Abwasser geklärt und die Luft gefiltert wird.

Das ist keine Sache von kurzer Zeit; das kostet für das ganze Bundesgebiet gesehen Milliarden. Es ist nicht in erster Linie eine technische Frage und auch nicht in erster Linie eine gesetzgeberische Frage. Die Bundesregierung und der Bundestag haben in den vergangenen Tagen eine Reihe von Gesetzen erlassen, die eine gute Grundlage bilden. Es ist nun Sache der Länder und Gemeinden, diese durchzuführen. In allererster Linie ist es eine wirtschaftliche Frage, das Geld dafür aufzubringen und die wirtschaftlichsten technischen Methoden zu finden. Wir können in einem Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern und zwischen Staat und Industrie dazu helfen. Wir versuchen Unterstützungs- und Finanzierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Wenn sich die Wirtschaft sozial bewähren will, müssen wir alle dafür eintreten, daß das Mögliche hier getan wird. Ich weiß, daß dieses Land Nordrhein-Westfalen sehr viel getan hat durch Bildung von Wassergenossenschaften, durch das Emissionsgesetz, das jetzt herausgekommen ist –, ich weiß, daß andere Länder – zum Beispiel mein Heimatland Hessen, vielleicht auch Berlin – keineswegs auf diesem Gebiet erfolgreicher gearbeitet, sondern manches unterlassen haben. (Zurufe: Hört! Hört!)

Wir wollen uns hier nichts gegenseitig vorwerfen. Vor allem die SPD hat keineswegs mehr erreicht als andere Länderregierungen. Wir wollen es aber als Programmpunkt für die CDU und für unsere Politiker in der Gemeinde, im Land und im Bund ansehen, daß hier behutsam unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten aber auch alles geschehen muß, was im Bereich des Möglichen liegt. Mehr können wir ehrlicherweise im Augenblick nicht versprechen und zusagen. (Beifall.)

(Zuruf: Ich wollte bitten, die Redezeit auf höchstens 5 Minuten zu beschränken, sonst kommen ja die letzten Redner nicht zu Wort!)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich würde vorschlagen, die Redezeit auf 3 Minuten zu beschränken; denn bei 5 Minuten werden wir eine Redezeit bis ein Viertel vor 7 in Anspruch nehmen. (Weitere Zurufe.)

Ich wollte Ihnen weiter vorschlagen, um etwas System in die Debatte hereinzubringen, daß wir jetzt aus der Zahl derjenigen, die sich zur Sozialpolitik gemeldet haben, folgende zunächst einmal zu einer ersten Debatte hören: Herrn Burger, dann Herrn Stingl, dann Herrn Kühn, Herrn Häussler und schließlich Frau Blohm, die sich in diesem Zusammenhang speziell mit den Verbraucherinteressen befassen will. Es folgt dann eine kleine landwirtschaftliche Debatte. An der Spitze steht unser Herr Landwirtschaftsminister Schwarz, ihm folgt dann Herr Struve und Herr Wehking. Das Wort hat jetzt Herr

BURGER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Sozialpaket, das uns Kollege Katzer eben erläutert hat und das Bundesarbeitsminister Blank schon einige Zeit in Vorbereitung hat, bringt uns endlich eine klare Konzeption in der Gesellschafts- und Sozialpolitik, eine klare Alternative zu den Forderungen der SPD und eine klare Alternative zu dem Schlagwort „Soziale Demontage“. Es wird aber höchste Zeit, daß wir mit diesem Programm an die Öffentlichkeit treten. Ich darf Ihnen vielleicht interessanterweise sagen, daß bereits vor zehn Tagen etwa Bundesfinanzminister Starke vor einem Arbeitgeberverband in Bad Krozingen dieses Programm verkündet hat und sich – wenn auch in versteckten Worten – als Vater dieser Gesamtschau des sozialpolitischen Programms hingestellt hat, so daß wir beinahe in die Lage kommen, nun schon wieder einmal hinten nachzuziehen, weil andere in unsere Kleider geschlüpft sind.

Aber ich wollte doch zu etwas anderem einige Worte sagen, und dieses ist ein heißes Eisen. Wir als Sozialpolitiker befürchten, daß unser Sozialprogramm vielleicht durch andere Programmpunkte, die auch angesprochen werden müssen, ins Hintertreffen kommen könnte. Ich möchte trotzdem zur Kriegsopferversorgung einiges sagen. Dieses

Problem wurde heute noch nicht angesprochen. Die Kriegsofopfer sind meines Erachtens seit dem 2. Neuordnungsgesetz vom Jahre 1960, das wesentliche Verbesserungen gebracht hat, durch die Ereignisse, die eben immer wieder apostrophiert worden sind, gewissermaßen ins Hintertreffen geraten. Sie berufen sich auf ein konkretes Versprechen unseres Bundeskanzlers, unverzüglich nach Zusammentreten des neuen Bundestages neue Lösungen zu suchen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Und unverzüglich heißt ja: ohne schuldhaftige Verzögerungen. Und das es einen Grundsatz von Treu und Glauben gibt, müssen wir heute zu diesem Problem etwas Konkretes sagen, vielleicht noch etwas verbindlicher, als es bisher getan worden ist. Es gibt auch eine Priorität der Not, und das muß doch auch berücksichtigt werden. Dieses sehr heiße Eisen wird auch deshalb politisch besonders interessant, weil der schon einmal von mir zitierte Herr Bundesfinanzminister vor etwa zehn Tagen in Bad Krozingen ausgeführt hat, daß er unter Umständen – er ließ das sehr deutlich durchblicken – bereit sei, dieses Problem vorzuziehen, so daß mit Minister Starke auch die FDP nach der SPD konkret zu einer Rangordnung in der Lösung dieses Problems Stellung genommen hat. Für uns bedeutet das aber, daß diese Aufgabe jetzt vor uns steht. Und dazu wollte ich den Parteitag auffordern. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Das Wort hat Herr

STINGL, Landesverband Berlin:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich als Berliner eine Bemerkung mache, die auf das allgemeine Thema dieses heutigen Nachmittags Bezug hat. Wenn wir davon sprechen, daß die Wirtschaftspolitik in sozialer Bewährung ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit ist, dann kann das sicher nirgendwo deutlicher beurteilt werden als in Berlin. Neben dem, was der Arbeitskreis I für Berlin behandelt, müssen wir hier einmal feststellen, daß die Existenz Berlins nur dadurch gesichert ist, daß wir im Bundesgebiet eine Wirtschaftspolitik geschaffen haben, die es uns ermöglicht, in Berlin mit dieser Wirtschaftspolitik und mit dem Einsatz der arbeitenden Menschen unsere Freiheit zu bewahren. Und hier darf ich ein Wort des Dankes der Berliner an die CDU richten. (Beifall.)

Lassen Sie mich nur ein Schlaglicht auf das Ganze werfen: Wenn in Berlin unsere Rentner von dem Geld, das wir ihnen geben, die Hälfte aus dem Bundesgebiet beziehen, dann ist das ein deutlicher Beweis dafür, wie sehr die Bundesrepublik mit der Führung der CDU für dieses Berlin sich eingesetzt hat.

Das Zweite: Auch ich wollte die Kriegsofopferversorgung ansprechen. Das hat mein Vorredner bereits getan. Ich will dazu nur ein Wort sagen, weil in Berlin auch wiederum von der Sozialdemokratischen Partei durch Prof. Schellenberg auf dem VdK-Kongreß mit Tiraden des

Versprechens gearbeitet wurde. Es geht nicht darum, zu sagen, die Kriegsoffer sollen jetzt nichts bekommen. Unsere gesamte Gesellschaftspolitik muß darauf gerichtet sein, den einzelnen wieder zu sehen, und das hat auch für die Kriegsofferversorgung zu gelten. Wir dürfen nicht schematisch Rentenerhöhungen durchführen. (Beifall.)

Machen wir eine vernünftige Sozialpolitik! Das heißt, daß wir gezielt dort, wo es notwendig ist, die Mittel einsetzen wollen, die uns zur Verfügung stehen. Hier meine ich in der Kriegsofferversorgung etwa die Witwenrenten, den Berufsschadenausgleich und ähnliche Dinge. Das 1. Neuordnungsgesetz – und das kann niemand bestreiten – hat eine wesentliche Verbesserung gebracht. Niemand kann behaupten, daß wir das 2. Neuordnungsgesetz nicht beschließen wollen. Auch in der Frage der Anrechnung anderer Sozialleistungen werden wir den Weg finden, der notwendig ist, um den Kriegsoffern ihren Anteil am Geschehen geben zu können.

Ein anderer Personenkreis, der in der Sozialpolitik berücksichtigt werden muß, sind die Sowjetzonenflüchtlinge. Wir können nicht auf einer Tagung sein, ohne wenigstens zu sagen, daß uns klar ist, daß die Ereignisse des 13. August neue Tatsachen geschaffen haben. Daran dürfen wir nicht vorbeigehen. Wir müssen diese Frage der Sowjetzonenflüchtlinge sehen und sie auch anpacken. Das ist gewiß ein anderes Problem als lediglich die Übertragung des Lastenausgleiches auf die Sowjetzonenflüchtlinge. Hier müssen wir neue Wege gehen, und wir müssen deutlich sagen, daß wir auch sie nicht vergessen haben, sowohl bei der Hilfe wie bei der Aufbringung der Mittel. (Beifall.)

Aber auch hier haben wir wiederum das Ziel zu sehen, dem Einzelmenschen seinen Start zu erleichtern, ihn in die Gemeinschaft hineinzuführen, daß er wieder mitarbeiten kann. Und dazu müssen wir ihm die notwendige Hilfe aus der gesamten Gemeinschaft geben. Wir müssen immer wieder darauf achten, in jeder sozialpolitischen Maßnahme, daß wir unser Wirken auf den einzelnen abstellen. Das gilt auch, Herr Minister Wuermeling, beim Kindergeld. Lassen Sie es mich noch einmal sagen: Ich bedaure es, daß hier bei unseren Diskussionen nicht immer wieder davon ausgegangen wird, daß wir mehr für kinderreiche Familien tun müssen, daß wir immer nur allgemein vom Kindergeld sprechen und zum Beispiel nicht daran denken, daß ein Familienvater, der sechs Kinder großgezogen hatte, mit den kleineren Kindern allein fertig werden muß, wenn die älteren aus seiner Sorgepflicht herausgewachsen sind. Ich meine, er hat trotzdem für das Gesamtwohl sehr viel getan.

Und nun noch etwas zu diesem sozialpolitischen Paket, das hier genannt wurde. So wie wir in der sozialen Rentenversicherung, wiederum auf den einzelnen bezogen, eine Reform geschaffen haben, die sich in der Welt sehen lassen kann, wie wir Beitragsgerechtigkeit geschaffen haben, so müssen wir das auch tun, wenn wir an die Reform der sozialen Krankenversicherung herangehen. Wo liegt das wirkliche Übel der sozialen Krankenversicherung? Es liegt in der völligen Anonymität. Der Versicherte ist anonym. Die Kasse kennt ihn überhaupt nicht. Er selbst weiß meist gar nicht, wieviel Beitrag er bezahlt, geschweige denn,

wieviel etwa von seinem Beitrag dafür verwendet wird, den Arzt zu bezahlen, wenn seine Gesundheit wiederhergestellt wird. Wenn der Versicherte Krankengeld bekommt, dann geht er an einen Schalter. Auch der Arbeitgeber ist anonym, er zahlt seinen Beitrag und kümmert sich nicht darum, was mit dem Arbeiter geschieht, weil dieser eben zum Schalter geht.

Eine der ersten Voraussetzungen zur Beseitigung der Anonymität und zur Herstellung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Angestellten ist die Gleichsetzung beider im Krankheitsfall. Wenn wir diese Gleichstellung erreicht haben, dann können wir auch weitere Punkte der Anonymität beseitigen, nämlich die, die sich auf den Arzt beziehen. Der Arzt bekommt einen Krankenschein. Aber weder der Kranke noch er selber weiß im Grunde, was mit dem Krankenschein passiert und was er am Ende für seine Leistung bezahlt bekommt. Auch das ist ein Zustand, der in die jetzige Malaise der Krankenversicherung hineingeführt hat. Weg mit dem Nebel der Anonymität! Klarheit in der Einzelleistungsbezahlung, Klarheit aber auch für den Versicherten, daß er weiß, was für ihn an Leistung erbracht wurde. Weg auch mit der Anonymität bei der Krankschreibung. Heute ist sich der Arzt gar nicht bewußt, welche Leistung er hervorruft, wenn er krankschreibt. Es ist eine ärztliche Sache und unterliegt seinem Gewissen, ob er jemand arbeitsunfähig schreibt oder nicht. Auch der Arzt muß wissen, daß als Folge jemand persönlich – nämlich der Arbeitgeber – dazu gezwungen wird, eine erhebliche Leistung zu erbringen. Wenn wir diese Art Sozialpolitik betreiben, wenn wir immer unsere Maßnahmen darauf richten, wie wir den einzelnen helfen können, dann werden wir auch Verständnis im Volke finden, was wir vielleicht wegen mangelnder Vorbereitung in der letzten Zeit nicht gefunden haben. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Das Wort hat Herr

KÜHN, MdB.:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu zwei Punkten möchte ich einige Worte sagen, die im Grunde genommen doch aber auch das Generalthema, das wir hier behandeln, berühren, nämlich die Frage des Verhältnisses zwischen Freiheit und Verantwortung. Kollege Katzer hat die Frage angesprochen, wie bei der Neuregelung der Unfallversicherung es mit jenen Renten steht, die nach dem Entwurf ohne Einwilligung des Versehrten abgefunden werden können. Nun, Kollege Stingl hat bei der Einbringung des Gesetzes im Bundestag bereits die Auffassung der Fraktion deutlich gemacht, daß diese Paragraphen noch einmal sehr eingehend überprüft werden müssen. Wir waren in der überwiegenden Mehrheit der Fraktion der Meinung, daß hier der Verantwortlichkeit der Person und der Achtung auch vor der Person des Versicherten nicht in gebührender Weise Rechnung getragen worden ist. Ich glaube, Ihren Beifall dafür zu erringen, daß wir auch bei den bisherigen Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß deutlich darauf

hingearbeitet haben, eine Regelung zu finden, die der Personenhaftigkeit des einzelnen gerecht wird. Wenn wir aber von der Personenhaftigkeit und ihrer Anerkennung reden, setzt das nur zu offen die andere Frage voraus: Wie sieht es mit der Solidarhaftung aus? Wir können nicht in jener unbefangenen Weise von der Würdigung der Person und der Einzelpersönlichkeit reden – etwa in der liberalen Form –, wie die FDP von diesen Dingen spricht. Wir wissen, daß die Person bei uns und nach unserer Auffassung nur in dem Maße Achtung verdient, indem sie sich dem anderen verpflichtet weiß; d. h., Persönlichkeit und Solidarität stehen für uns in einem engen Verhältnis.

Diese Solidarität steht aber nun wieder in der Gefahr, in mancherlei Weise mißbraucht zu werden. Herr Minister Wuermeling hat hier mit aller Deutlichkeit bedauert – und ich glaube, wir müssen ihm dafür dankbar sein –, daß es ein echtes Problem unserer Gesellschaftsstruktur ist, in welcher Weise die einzelnen Gruppierungen unserer Gesellschaft ihre nach der freiheitlichen Ordnung unseres Staates ihnen zugewachsene Verantwortung wahrnehmen. Ich glaube das geschieht nicht immer in der erforderlichen Weise.

Wenn hier von Herrn Etzel gesagt worden ist, er möchte einmal das heiße Eisen der Tarifhoheit anschneiden, so ist das eine Frage, die im Augenblick sehr viel diskutiert wird. Ich habe jedenfalls Bedenken dagegen, daß die Frage, inwieweit die Tarifhoheit und die soziale Autonomie noch den Verhältnissen in unserem Staat im Hinblick auf das Gemeinwohl entspricht, weiterhin so ohne Diskussion hingenommen werden kann. Diese Frage ist ja gar nicht deswegen entstanden, weil gewissen Gruppen in der erforderlichen Weise von ihrer Freiheit verantwortlich Gebrauch gemacht haben. Denn ich glaube, die stärkste Gefahr freiheitlicher Ordnungen ist die Gefahr, von der Freiheit nicht verantwortlich Gebrauch gemacht zu haben. Herr Etzel hat zuvor von der Notwendigkeit gesprochen, daß auch der Gesetzgeber Maß halten müsse. Wenn aber Aufgaben, die primär in der Verantwortlichkeit der Sozialpartner liegen, von diesen nicht gelöst, sondern dem Gesetzgeber übertragen werden – und ich könnte hier eine Fülle von Beispielen sagen, es geht nicht nur um die Sozialpartner im engeren Sinn, sondern auch um die berufsständischen Organisationen –, dann entstehen daraus finanzielle und wirtschaftliche Belastungen, die bei der Verteilung des Sozialprodukts in den Tarifverhandlungen überhaupt nicht beachtet werden und dadurch eine Verzerrung der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Folge haben.

Ich glaube also, wenn wir auf die Dauer die freiheitliche Ordnung unseres Staates sichern wollen, dann sind wir darauf angewiesen, daß die Gruppierungen und die Gruppen in unserem Staat, die Verantwortung zu tragen haben und Verantwortung tragen dürfen, weil wir diese freiheitliche Ordnung haben, von dieser Verantwortung auch Gebrauch machen. Denn mißverständene Freiheit stellt die Freiheit insgesamt in Frage.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. Schmidt:

Ich danke Ihnen, und ich möchte noch nachholen zu sagen, daß der stellvertretende Vorsitzende des Bundessozialausschusses zu Ihnen gesprochen hat.

Das Wort hat jetzt zur Geschäftsordnung Herr

SCHMITZ:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es soll aus diesem Kreis eine Resolution an den Bundesparteitag eingebracht werden. Ich gestatte mir die Anfrage, ob diese Resolution vorbereitet ist und, wenn ja, ob sie nicht hier diskutiert werden kann, ehe wir morgen darüber abstimmen.

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich bin überrascht, daß Sie sagen, hier sollte eine Resolution eingebracht werden. M. W. ist in keinem der Arbeitskreise eine solche vorgesehen; diese Arbeitskreise sind ja relativ zufällig zusammengesetzt. Der Berichterstatter, der hier bestellt ist – und wie Sie sehen, ist das hier Minister Etzel –, hat die Aufgabe, morgen das Ergebnis unserer Debatte dem Parteitag vorzutragen. Darüber hinaus liegen einige Entschließungsentwürfe aus dem Vorstand des Bundeswirtschaftsausschusses, aus dem Mittelstandsausschuß und aus der Landwirtschaft vor. Die Beteiligten aus diesen Ausschüssen haben sich zusammengesetzt und versucht, diese Entschließungsentwürfe zusammenzufassen, um dem Redaktionskomitee, das heute im Anschluß an die Arbeitsausschußsitzung tagt, die Arbeit etwas zu erleichtern. Lediglich für dieses Komitee sind diese Vorarbeiten gemacht worden und nicht etwa, um nun heute diese Entschließungsentwürfe zur Debatte zu stellen oder annehmen zu lassen. Darüber wird sicherlich morgen der Parteitag entscheiden, insbesondere, wenn etwa der Bundeswirtschaftsausschuß oder die Sozialausschüsse ihre Entschließungen aufrechterhalten, wenn keine gemeinsame Verständigung über deren Entwürfe zustande gekommen ist. Es wird nirgendwo der Versuch gemacht, etwa diese Arbeitskreise oder irgendwelche Delegierte dieses Parteitages auszuschalten. Die Satzung schreibt ja im Gegenteil vor, daß solche Entschließungen mit einer Frist von 14 Tagen vorher, glaube ich, dem Parteipräsidium unterbreitet werden müssen. Das ist nicht bei allen Entschließungen der Fall gewesen, weil die Einladungen relativ spät herausgegangen waren. Die Leitung des Parteitages ist aber durchaus gewillt, die Frage der Entschließungen großzügig zu behandeln. (Zuruf: Daher Parteireform!)

Nun hat das Wort Herr

HAUSSLER, Landesverband Nordwürttemberg:

Meine lieben Parteifreunde! Zunächst eine Bitte zum Sprachgebrauch hinsichtlich der Eigenleistung: Wenn wir über die Fragen der Arbeitnehmerschaft sprechen, sollten wir doch den Begriff der Eigenleistung etwas anders fassen, als das bisher geschehen ist und auch heute wieder

aus verschiedenen Ausführungen herausgeklungen ist. Wir sollen eine Antwort auf die Frage geben: Was ist Geschenk? Was ist Zwang? Was ist Eigenleistung? Ich glaube, daß wir uns darüber einig sind, daß die Eigenleistung in allen Fällen der Kapitalneubildung vorauszusetzen ist, damit das Eigentumbewußtsein ermöglicht wird. Aber wir müssen uns auch darin einig sein, daß diese Eigenleistung nicht nur durch das Sparen vollzogen werden kann, sondern daß Familienstand, Einkommenshöhe, Lebensalter usw. zusätzlich reale Faktoren bilden, die wir neben Leistung durch Sparen als Eigenleistung anerkennen sollten.

Dann das zweite: Wenn heute vielfach Zweifel auftauchen, ob es richtig ist, der Arbeitnehmerschaft Strukturförderungen zuteil werden zu lassen, so möchte ich betonen, daß wir diese bereits für die Industrie und für die Landwirtschaft unternommen haben und es auch für den Mittelstand, vor allen Dingen für den gewerblichen Mittelstand, tun wollen. Ich frage nun: Ist eine solche Strukturförderung von seiten des Staates und der Wirtschaft für die 21 Millionen in unselbständiger Arbeit Beschäftigten nicht ebenfalls am Platze? Ich glaube, man kann durchaus begründen, daß wir auch von der öffentlichen Hand her eingreifen. Wir dürfen feststellen, daß nahezu die Hälfte der Mitglieder der CDU Arbeitnehmer sind, und wir wollen deshalb alles tun, damit diese Arbeitnehmer auch Anhänger unserer Partei bleiben können.

Zum dritten möchte ich an das Drei-Punkte-Programm erinnern, das ich auf dem Parteitag in Köln vortragen durfte und das nach meiner Meinung noch konkreter herausgearbeitet werden müßte. Zum einen muß die Kapitalausstattung der Wirtschaft – es soll in diesem Zusammenhang die Volksaktie erwähnt werden – auf möglichst viele Schultern verlegt werden, zum anderen aber ist die Verantwortung im Bereich der Volkswirtschaft zweckentsprechend auszubauen und zum dritten muß zur Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Arbeitenden in der Bundesrepublik für ihre Weiterbildung und ihren beruflichen Aufstieg ein Berufs- und Bildungsförderungswerk – ähnlich dem Honnefer Modell für die studierende Jugend – geschaffen werden. Wir können dem Arbeitnehmer nicht nur Aufgaben stellen, wir müssen ihn auch bereit und vor allem fähig zur Übernahme derselben machen.

Als letztes glaube ich noch ein Wort als ein Vorkämpfer des Investivlohns hier aussprechen zu dürfen. Wir sollten uns möglichst bald darüber klar werden, ob wir einen gesetzlich geregelten oder einen tarifvertraglich vereinbarten Investivlohn wollen. Die Antwort ist noch nicht da. Ich persönlich bin der Meinung: Beides muß sich gegenseitig ergänzen, und deshalb möchte ich vorschlagen, daß wir das 312-Mark-Gesetz erweitern und die Grenze auf 624 Mark heraufsetzen. Wir sollten uns auch überlegen, wie wir Fortschritte auf die öffentlichen Bediensteten ebenfalls anwenden könnten. Die Förderung könnte hier auch im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosenversicherung gesehen werden. Es ist eigenartig, daß der Bundesschatzminister, der der FDP angehört, jüngst einen Vorschlag machen konnte, der der CDU schon seit geraumer Zeit vorliegt, ohne daß er von ihr überhaupt geprüft und in die Diskussion gebracht wurde. Soviel zum Investivlohn, zu dem sich

natürlich noch sehr viel sagen ließe. Leider ist hier nicht genügend Zeit dafür gegeben.

Dann zur Frage der Privatisierung! Hier müssen wir bemängeln, daß die *Zusammensetzung des Kuratoriums der VW-Stiftung in einer sehr einseitigen Weise erfolgt* ist. Daß Rosenberg die deutsche Arbeitnehmerschaft vertritt, mag gut und recht sein. Ich stelle aber dennoch die Frage: Wo sind die Vertreter der christlichen Arbeitnehmerschaft geblieben und wie kann der CDU eine solche Unterlassung passieren? Deshalb schlage ich vor, daß ein Gesamtprivatisierungsgesetz ausgearbeitet und ein Mehrangebot von Privatisierung geschaffen wird. Das Kennzeichen der sozialen Privatisierung sollte jedoch beibehalten bleiben. Für die Erweiterung durch ähnliche Überlegungen scheinen mir zwei Stichworte gegeben zu sein: Das ist einmal der genossenschaftliche Wohnungsbau und zum anderen die Frage des Rücklaufs der Mittel aus dem Sozialen Wohnungsbau. Wegen der kurzen Redezeit kann ich darauf leider nicht näher eingehen.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes sagen: Wir sollten nicht nur auf den Parteitag Gelegenheit haben, Fragen zu diskutieren. Von der Fraktion werden sie zwangsläufig nur vordergründig behandelt. Deshalb wird es notwendig sein, noch intensivere Ausschubarbeit innerhalb der Partei zu leisten, damit klare Konturen geschaffen werden, Programm und Schulung der Partei bestimmt werden können, damit auch unsere oft schwer ringenden Freunde draußen immer ein starkes Sendungsbewußtsein bei sich tragen können.

(Beifall.)

(ZURUF: Zur Geschäftsordnung: Darf ich mir die Frage gestatten, ob zu erwarten ist, daß auch noch ein Redner zu der Frage spricht, wie die Wirtschaft in die Lage versetzt werden soll, bei fortlaufender Konjunkturdämpfung, Einschränkung der Eigenfinanzierung usw. alle die Lasten zu tragen, die nun gefordert werden? – Weitere Zurufe: Sehr richtig!)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich überlasse es der Versammlung, aus ihrem Kreis heraus einen Redner über dieses Thema sprechen zu lassen. Das Wort hat

Frau BLOHM, Landesverband Hamburg:

Meine Damen und Herren! Ich muß jetzt leider von der allgemeinen Sozialpolitik etwas auf das Gebiet der Verbraucherpolitik führen. Herr Katzer hat in seinem Referat gesagt: Der Mensch und die Familie stehen im Mittelpunkt unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ich möchte sagen, daß der Mensch ja nicht nur als Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Sozialpartner und Tarifpartner auftritt, sondern daß der Mensch schlechthin als Verbraucher auftritt. Wir haben den Eindruck, daß die CDU es in den letzten Jahren verabsäumt hat, sich mit dieser Verbraucherpolitik zu beschäftigen und sie in irgendeiner Form zu fördern. Wir haben es den anderen Parteien, der FDP und vor allem der SPD, überlassen, unsere Wirtschaftspolitik, der wir zum Durchbruch verholfen

haben, an den Verbraucher zu verkaufen. Bei den Männern nicht nur der CDU, sondern schlechthin, ist der Eindruck entstanden, daß Verbraucherpolitik nur von Frauen gemacht wird und nur die Frauen angeht und daß diese Verbraucherpolitik deshalb auch nicht ganz so ernst genommen wird, wie es nun einmal nötig wäre.

Die CDU ist zu dem eindeutigen und unmißverständlichen Bekenntnis aufgerufen, daß der Verbraucher im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft zu stehen hat!

Leider wird in den öffentlichen Auseinandersetzungen immer wieder vergessen, daß unser Wirtschaftsleben nicht nur aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht. Die Sozialpartner ziehen im Grunde am selben Strang!

Auf der anderen Seite aber stehen die Verbraucher, auf deren Kosten die Sozialpartner in der Vergangenheit leider zu häufig ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben. Verbraucher sind nicht nur Arbeitnehmer, wie man uns manchmal glauben machen möchte, sondern sind wir alle – ausnahmslos! Eine verbraucherorientierte Wirtschaftspolitik ist deshalb auch keine Interessentenpolitik, sondern ist Wirtschaftspolitik für alle, ist soziale, d. h. gemeinschaftsbezogene Wirtschaftspolitik.

Und verbraucherorientierte Wirtschaftspolitik kann immer nur Soziale Marktwirtschaft sein; jede Form von Planwirtschaft ist verbraucherfeindlich. In der Sozialen Marktwirtschaft steuert der Preis das Marktgeschehen, und zwar abhängig von den Kaufentschlüssen bzw. Kaufenthaltungen der Verbraucher. Will der Verbraucher aber sinnvolle Kaufentscheidungen treffen, d. h. solche, die ihm einen optimalen Gegenwert für sein Geld erbringen, muß er einen genauen Marktüberblick haben. Insofern bedeutet Verbraucheraufklärung mittelbare Kaufkraftverbesserung. Leider ist diese Markttransparenz heute in vielen Bereichen nur sehr beschränkt vorhanden. Infolge des stark gewachsenen und differenzierten Warenangebots ist heute kaum noch jemand in der Lage, beispielsweise die Qualität eines Stoffes zu beurteilen. Daß eine nicht immer nur sachliche Werbung die Verbraucherentscheidungen noch weiter erschwert, brauche ich nicht näher auszuführen. Kurzum, es geht darum, dem Verbraucher durch eine verbesserte Markttransparenz zu ermöglichen, vernünftige Kaufentscheidungen zu treffen.

Damit bin ich bei der Frage des Warentests, die in letzter Zeit in aller Munde ist. Es hat ein Wettlaufen eingesetzt, alles rennet, testet, testet! Leider ist die Testerei auch danach. Lassen Sie mich aber nachdrücklich erklären, daß wir Warentests, die sehr weitreichende Konsequenzen haben können, nur dann für sinnvoll halten, wenn sie auf einer zweifelsfreien Rechtsgrundlage von einer personell und finanziell absolut neutralen Institution mit unangreifbaren und wissenschaftlich fundierten Methoden vorgenommen werden.

Wir begrüßen es, daß in jüngster Zeit die bislang vorherrschende Aversion gegen Warentests sowohl bei den Herstellern als auch im Handel zu schwinden scheint. Auf ausländische Erfahrungen gestützt, sind wir der Meinung, daß objektive Warentests nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch in dem der Hersteller und Händler

liegen. Gut durchgeführte Warentests sind in der Lage, volkswirtschaftlich unerwünschte Verlustproduktionen zu vermeiden.

In Kürze werden wir die Gründung eines unabhängigen Warentestinstituts erleben, das vorerst aus öffentlichen Mitteln dotiert werden wird. Die Vorarbeiten im Hause Erhard sind bereits ziemlich weit gediehen. Ich verrate kaum ein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir, insbesondere der Unterausschuß Verbraucherpolitik, maßgebend zu der Konzeption dieses Instituts beigetragen haben und weiterhin beitragen werden. Wir sind nicht gewillt, uns die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft von einer demagogischen Propaganda aus den Händen winden zu lassen.

Das bedeutet natürlich auch, daß verbraucherpolitische Gesichtspunkte in der gesamten Gesetzgebungsarbeit stärker zum Tragen kommen müssen. Es dürfte z. B. nicht sein, daß die Frage des Ladenschlusses nur als mittelständisches Problem oder nur aus Arbeitnehmersicht betrachtet wird! Und im Rahmen der Agrarpolitik der EWG geht es nicht nur um unsere Landwirtschaft, sondern auch um die Verbraucher, die an qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln interessiert sind.

Der harten Arbeit aller Bevölkerungsschichten ist es im Zusammenhang mit einer klugen und weitsichtigen Wirtschaftspolitik gelungen, eine vor 10 Jahren noch für unmöglich gehaltene Steigerung des Lebensstandards für alle herbeizuführen.

Die SPD und ihre Hilfstruppen lassen nichts unversucht, kleine Schönheitsfehler aufzubauschen und die CDU einer verbraucherfeindlichen Politik zu beschuldigen. Haben wir es nötig, uns das gefallen zu lassen? Können wir es widerspruchlos einstecken, wenn Herr Deist vom Bankrott der Erhard'schen Wirtschaftspolitik spricht? Wenn er den von ernster Sorge diktierten Maßhalteappell unseres Bundeswirtschaftsministers als verbrecherisch bezeichnet? Vor der Wahl las man's anders; da konnte Herr Deist sich gar nicht oft genug zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen – fast, als ob er Ludwig Erhard in einer liebevollen Umarmung erdrücken wollte. (Man stelle sich das einmal bildlich vor!)

Will die CDU nicht Gefahr laufen, daß die SPD sich zur Verbraucherpartei erklärt und dies der Bevölkerung suggeriert, muß sie in Zukunft mehr als bisher auch nach außen deutlich machen, daß ihre Politik der Sozialen Marktwirtschaft um den Verbraucher, als ihren Mittelpunkt, kreist.

Der Verbraucher muß wissen, daß die CDU der Garant der Sozialen Marktwirtschaft ist, einer Wirtschaftspolitik, der er seinen Wohlstand verdankt.
(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Das Wort hat Herr Bundesminister

SCHWARZ:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der heutige Tag der Wirtschaftspolitik gewidmet ist, so darf die Agrarpolitik nicht fehlen. Es ist nur bedauerlich, daß die Zeit so kurz ist und keine Gelegenheit

gegeben ist, darüber jenes zu sagen, was unbedingt gesagt werden sollte. Ich will mir aber Mühe geben, in kurzen Linien das aufzuzeigen, was notwendig ist, und in Sonderheit davon sprechen, daß unsere Agrarpolitik zwei Aspekte hat, nämlich einen im Blick auf die Landwirtschaft und einen anderen im Blick auf die Verbraucher.

Was die Lage der Landwirtschaft anbetrifft, so will ich in kurzen Zügen folgendes sagen: Wir haben in der Landwirtschaft weit mehr als 10 % der in der Bundesrepublik beschäftigten Menschen. Ihr Sozialprodukt aber beträgt erheblich weniger als 10 % des gesamten Sozialprodukts der Bundesrepublik. Aus diesem Beispiel mögen Sie ersehen, daß Grund genug für die herrschenden Spannungen vorhanden ist und daß diese Spannungen noch durch verschiedene andere Umstände vermehrt werden. Wir haben leider eine Reihe von nicht normalen Jahren gehabt, – ich erinnere an das Jahr 1959 mit seiner Trockenheit, an das Jahr 1960 mit der guten Erntemenge, die uns dann verregnete, und an das Jahr 1961 mit dem kalten Sommer, der uns dann einen Ernteausfall von 3 Millionen t Getreide und 3 Millionen t Kartoffeln brachte. Eine Folge davon war die Kartoffelmisere, die wir in den letzten Wochen erlebt haben. Mit Bedauern müssen wir auch feststellen, daß der kommende Grüne Bericht diese vielen negativen Komponenten in der Präzision, mit der die Grünen Berichte erstellt werden, uns genau vermitteln wird.

Besonders bedauerlich ist, daß in der großen Linie der doch immerhin vorhandene Trend der Angleichung der Löhne der in der Landwirtschaft Beschäftigten an die vergleichbaren Berufe – so wie es das Landwirtschaftsgesetz vorsieht – nunmehr wieder umschlägt, also sich im gegenteiligen Sinne des Landwirtschaftsgesetzes entwickelt. Dies ist eine Angelegenheit, die auch mein Ministerium vor die Frage stellt: Wie können wir hier weiterhelfen? Eines ist sicher: Wenn unsere CDU auf dem richtigen Standpunkt steht, neues Eigentum zu vermitteln, so haben wir in erster Linie auch die Aufgabe, bestehendes Eigentum pfleglich zu behandeln, es zu erhalten und zu fördern, wo wir können.

Ich darf nun einmal die Frage aufwerfen: Ist unsere Agrarpolitik falsch gewesen, ist das, was man draußen im Lande hört, richtig, nämlich, wir brauchten eine neue Agrarpolitik?

Meine Damen und Herren, die Grundsätze, die wir aufgestellt und durch unser Landwirtschaftsgesetz verwirklicht haben, sind richtig. Die Grünen Pläne sind durchaus gut, wenn sie auch immer neuen Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Aber wir können hier nicht mit Wunderrezepten arbeiten, wie sie vielfach draußen im Lande von irgendwelchen Predigern unseren Bauern angepriesen werden. Damit werden bei den Bauern nur Illusionen geweckt. Wir müssen vielmehr beharrlich auf den Grundsätzen weiterarbeiten, die von unserer Partei auf diesem Gebiet entwickelt worden sind. Ich darf hier nur einige Beispiele anführen: Strukturverbesserung und verbilligte Kredite sind zwei Angelpunkte unserer Agrarpolitik. Sie sind auch in der Zukunft notwendig, wenn wir vorwärtskommen wollen.

Ein Wort zur EWG und zu ihren Auswirkungen. Ich bin meinem Kollegen Professor Erhard ganz besonders dankbar, daß er in seinem Referat folgendes sagte:

„Die Bundesrepublik hat es bezeugt, daß sie um Europas willen manches Opfer zu bringen bereit ist. Aber diese Entsagung hat auch Grenzen, die dort liegen, wo die Lebenshaltung des deutschen Volkes ernstlich Schaden leiden oder aber unsere bäuerliche Bevölkerung in Existenznot geraten müßte.“

Die Grundsätze, die in diesen Sätzen ausgesprochen sind, waren auch für den Kabinettsbeschluß maßgebend, der der deutschen Delegation zu den Verhandlungen im Dezember und Januar in Brüssel mit auf den Weg gegeben wurde. Mein Haus hatte die elf Punkte ausgearbeitet, die im Kabinett angenommen wurden. Sie dienten dann als Grundlage für die langwierigen Verhandlungen, bei denen die deutsche Delegation sich drei Wochen Tage und auch Nächte um die Ohren schlug. Unsere Delegation konnte letztlich im wesentlichen das durchsetzen, was durchzusetzen ihre Pflicht war.

Wenn heute im Lande verkündet wird, das sei nur deswegen möglich gewesen, weil ein Koalitionspartner vorhanden war, dann möchte ich dazu folgendes sagen. Es scheint mir ein schlechter Stil zu sein, wenn man in einer Koalition den einen gegen den anderen Partner ausspielt, vor allen Dingen dann, wenn gar keine Berechtigung vorliegt. Wenn wir eine Koalition bejahen, dann müssen wir auch eine gemeinsame Agrarpolitik gemeinsam verantworten und dürfen nicht den einen gegen den anderen in irgendeiner Form ausspielen. (Beifall.)

Die Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, sehen ihrer Verwirklichung entgegen. Wir haben noch einiges zu tun, um bis zum 1. Juli die damals verabschiedeten Verordnungen mit dem Inhalt zu füllen, der notwendig ist, um sie praktikabel zu machen. Es werden auch noch Gesetze durch den Bundestag zu verabschieden sein. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur sagen, daß es sich darum handelt, die Höhe der Abschöpfung und damit auch die Höhe der Preise, einmal für die Landwirtschaft, zum anderen für die Verbraucher, festzulegen. Es ist nicht möglich, heute genaues über die Auswirkungen zu sagen. Wir haben eine Marktordnung, die über zehn Jahre eingefahren ist und die alle Kinderkrankheiten durchgestanden hat. Wir bekommen nun eine neue Ordnung, und sie wird wieder ihre Kinderkrankheiten durchstehen müssen. Wenn sie solche Fehler hat, werden wir sie irgendwann und irgendwie revidieren müssen. Wir können nicht wissen, wo der Markt mit seiner Dynamik einsetzt und dieses oder jenes anders formt, als wir es uns gedacht haben.

In der großen Linie kann man folgendes sagen. Wo bisher Subventionen gezahlt wurden, werden durch deren Fortfall gewisse Verteuerungen eintreten. Das gilt z. B. für ausländischen Hartweizen und auch für das Gebiet der Teigwaren. Wir haben aber Mittel in der Hand – und dies ist ein Wort an die Verbraucher –, um Preissteigerungen, die sich hier in einem überhöhten Maße auswirken soll-

ten, abzubremsen. Wieweit von diesen Mitteln Gebrauch gemacht wird, müssen wir abwarten. Das läßt sich erst sagen, wenn wir die Auswirkungen kennen.

Wir haben mit gewissen Preissteigerungen bei Eiern und Geflügel zu rechnen. Es handelt sich auch hier um den Fortfall der bisherigen Subventionen. Hier kann man nur sagen: Gott sei Dank fallen diese weg und verschwinden all die korrupten Erscheinungen. Ich bitte jedoch darum, bei Preisvergleichen nicht immer den tiefsten Preis zur Beurteilung heranzuziehen, sondern auch einmal zwei, drei Jahre zurückzugehen und das Preisniveau von damals anzusehen. Ich glaube, daß wir dann nicht allzu sehr Kritik zu üben brauchen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die gesamte Preisgestaltung sich in den letzten Jahren sowohl bei Rindern wie bei Schweinen, als auch bei Brotgetreide, Obst und Gemüse in der großen Linie gehalten hat. Eine Ausnahme bildet nur die Butter. Das Ernährungsministerium bemüht sich – gerade im Sinne der Grundeinstellung der CDU – um einen gerechten Preisausgleich. Wenn wir aber ein solches Frühjahr haben wie dieses Jahr, wo es kalt ist, daß wir im Mai noch mit dicken Mänteln herumlaufen müssen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Frühkartoffeln und Gemüse Mangelware sind. Das sind dann Dinge, die nicht in unserer Macht liegen. Wir sehen es als unsere selbstverständliche Aufgabe an, beide Teile – Erzeuger und Verbraucher – gerecht zu behandeln und nichts zu dulden, was Unrecht wäre.

Eine wesentliche Angelegenheit scheinen mir auch die Wettbewerbsverzerrungen zu sein. Ich habe deswegen gerade in den letzten Brüsseler Verhandlungstagen mit Intensität darauf hingewirkt, daß endlich einmal ein Katalog der Subventionen unserer Partner vorgelegt wird, die der Exportförderung dienen. Ich habe seinerzeit erklärt, daß wir nicht in der Lage seien, diesbezügliche Verordnungen zu unterzeichnen, wenn dieses Thema nicht geklärt sei.

Über diese Fragen wäre noch vieles zu sagen. Ich möchte mich jedoch auf wenige Bemerkungen beschränken. Wir haben eine ernste Situation in der deutschen Urproduktion: der deutschen Landwirtschaft, der deutschen Fischerei und dem deutschen Bergbau. Alle drei marschieren in einer Linie und sind letztlich eine wesentliche Grundlage oder, ich darf vielleicht sagen, die wesentliche Grundlage unserer Volkswirtschaft. Lassen Sie es uns, der CDU, unter allen Umständen angelegen sein, dafür zu sorgen, daß diese drei Grundlagen nicht notleidend werden, damit es uns nicht so geht wie jenem Mann, der seine Gesundheit erst dann zu schätzen weiß, wenn er krank wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Wir haben noch 14 Wortmeldungen vorliegen. Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Redezeit auf drei Minuten begrenzen. Ich bitte damit einverstanden zu sein, daß ich die Redner nach drei Minuten kurz unterbreche. – Das Wort hat nun Herr

STRUJE, MdB:

„Wirtschaftspolitik – einschließlich Agrarpolitik – in der sozialen Bewährung“! Nach meinem Dafürhalten ist das das entscheidende Thema, das der CDU und für die Zukunft gestellt ist. Wer die Grünen Berichte aufmerksam verfolgt, kann den wirtschaftlichen Status der deutschen Landwirtschaft in etwa ablesen. Wer die menschliche Seite verfolgt, wird feststellen, daß es bislang in keinem Staat und zu keiner Zeit in so kurzer Spanne gelungen ist, soviel Menschen freizusetzen und auf einmal soviel Geldkapital einzusetzen, um sich behaupten zu können. Dieser Zwang ist uns politisch vorgeschrieben, weil wir ohne starke Industrialisierung als Volk nicht leben können, weil wir nur in einer Völkergemeinschaft – heute kleines Europa und morgen größeres – leben und uns behaupten können. Von diesen Tatsachen ausgehend muß nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Landbevölkerung sich darüber klar sein und klarer werden – das zu erreichen scheint mir eine der wesentlichsten Aufgaben der CDU zu sein –, daß die Gewichte etwas zugunsten des ländlichen Raumes verschoben werden müssen.

Wenn die Gewichte zugunsten des ländlichen Raumes verschoben werden sollen, dann setzt das als erstes eine Finanzreform voraus. Wir sind gegen Steuererhöhungen, wir sind aber nicht gegen Verbesserungen der einzelnen Steuersysteme. Über eines müssen wir uns klar sein: bei dem Auseinanderentwickeln, das wir heute in Gemeinden, Bund und Ländern erleben, kann es auf die Dauer nicht gut gehen. Man hat die Hoffnung verloren, daß sich durch Treffen von Parlamentariern, Regierungen und Angehöriger anderer Körperschaften irgendwie etwas Gutes anbahnt. Eine vernünftige Finanzreform ist der Ausgangspunkt für weiteren wirtschaftlichen Fortschritt, verbunden mit sozialem Frieden.

Die Landbevölkerung macht noch 12% der Gesamtbevölkerung aus. Ob 10% oder 12% – eines steht fest: in einer Zeit, wo überall die Urlaubsverlängerung, die Arbeitsverbesserung oder die Arbeiterleichterung auf der Tagesordnung steht, muß der Bauer, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person ist, die Arbeitszeit verlängern, mit erhöhtem Fremdkapital ein erhöhtes Risiko eingehen und dauernd auf der Hut sein, ob nicht unter der Überschrift „EWG“ neue zusätzliche Belastungen auf ihn drücken werden.

Prozente hin und her – die politische Heimat des deutschen Bauernstandes ist die CDU und die CSU immer gewesen, und sie ist es noch heute. Es kommt darauf an, ob wir die uns gestellte Bewährungsprobe bestehen. Bestehen wir sie nicht, dann sieht es schlecht um den ländlichen Raum aus. Es sieht noch schlechter aus für uns als Partei, aber es sieht nicht gut für unser Volk aus. Deshalb laßt uns uns gemeinsam bemühen.

(Beifall.)

WEHKING, MdB:

Ich hoffe, daß Sie noch einen dritten Redner aus der Landwirtschaft ertragen. Entsprechend dem Wunsch des Vorsitzenden habe ich meine Gedanken in ein paar Sätze zusammengefaßt.

Dieser Parteitag findet im Herzen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes statt. Kein Wunder, daß auch wirtschaftliche und soziale Probleme im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Wir sind stolz auf die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft. Es ist interessant, daß wir uns nun mit den Problemen beschäftigen müssen, die aus dem Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik, dem geschaffenen Wohlstand, entstanden sind. An diesen Erfolgen nehmen nicht nur die sogenannten Sozialpartner teil, sondern alle Verbraucher. Zu diesen Verbrauchern gehört auch die Landwirtschaft. Trotzdem ist es unbestritten, daß in dem blühenden großen Garten die Landwirtschaft sich mit dem Dasein eines Mauerblümchens begnügen muß.

Wir müssen dankbar sein, daß nicht ein Vertreter der Landwirtschaft, sondern Herr Schmücker als erster die kritische Stellung der Landwirtschaft in der heutigen Situation angesprochen hat. Er hat es offen ausgesprochen, daß in dieser Wohlstandsgesellschaft für viele Landwirte die Frage der Existenz im Raume steht. Während wir also – nach den Worten des Wirtschaftsministers – mit dem Wohlstand nicht fertig werden können, geht ein Wirtschaftszweig einer Entwicklung entgegen, in der es um die Existenz von Hunderttausenden selbständiger bäuerlicher Familienbetriebe geht. Dabei haben wir seit Jahren in unserem Programm die Erhaltung dieser Selbständigen gefordert.

Die Landwirtschaft steht seit einigen Jahren in der öffentlichen Meinung in dem Ruf, ständig zu stöhnen. Das hat sich grundlegend geändert. Seit einem halben Jahr schimpft der Bauer nicht mehr, sondern er resigniert. Solange er schimpfte, bestand noch Hoffnung. Wenn er nicht mehr schimpft, ist das ein Zeichen dafür, daß Hoffnungslosigkeit die Tatfreudigkeit lähmt. (Zuruf: Stark übertrieben!)

Es ist höchste Zeit, daß die größte Partei, der die große Mehrzahl des landwirtschaftlichen Berufsstandes bisher das Vertrauen geschenkt hat, sich ihrer politischen Verantwortung für einen wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft bewußt wird.

Herr Schmücker hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es kaum ein größeres soziales Problem gibt, als das der Bäuerin. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß alle Hilfsmaßnahmen auf den verschiedenen Gebieten, die den Landwirt in der Öffentlichkeit als Subventionsempfänger abgestempelt haben, immer nur Pflasterchen darstellen. Eine grundsätzliche Hilfe bzw. die Rettung von Hunderttausenden Bauern und Landwirten kann nur eine Berücksichtigung ihres Lebensrechtes durch die Wirtschaftspolitik bringen. Um diese grundsätzliche Bereitschaft geht es. Um diese Bereitschaft bitten wir, damit wir auch in Zukunft den Landwirten sagen können, daß sie in der CDU ihre politische Heimat haben. Die Landwirtschaft kann nur dann vertrauensvoll in die EWG gehen, wenn sie weiß, daß die größte Partei sich nicht nur zu ihr bekennt, sondern auch bereit ist, das durch die Tat zu beweisen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Meine Damen und Herren, ich hatte soeben zwei Herren aufgefordert, auf ihrer Wortmeldung zu ergänzen, zu welcher Thematik sie sprechen

wollten. Einer von diesen Herren, Herr Körber, ist wohl nicht mehr im Saal. Der andere, Herr Steirer, hat geschrieben, er wolle die Stimme aus dem Volk zur Geltung bringen. – Herr Steirer, die Stimme aus dem Volk! (Heiterkeit.)

STEIRER, Landesverband Westfalen:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe das Thema etwas humorvoll gefaßt, weil es ohne Humor wohl auch in der Politik nicht geht. Dennoch habe ich einige sehr ernste Bedenken vorzubringen.

Ich habe auf dem Parteitag sehr häufig das Wort vom „Wohlstand“ und vom „Wohlstandsstaat“ und ähnlichen Dingen gehört. In den Reden prominenter Leute sind Vergleichszahlen für das Einkommen genannt worden. So ist z.B. die Gruppe 4 des öffentlichen Dienstes oder ein Jahreseinkommen von 8000 DM angeführt worden. Ich möchte alle Parteifreunde daraufhin ansprechen, ernstlich zu prüfen, ob diese Zahlen für eine große Massenpartei, für eine Volkspartei, wie wir sie sein wollen, die richtige Vergleichsgrundlage darstellen. Ich weiß aus meinem Betrieb – ich bin im öffentlichen Dienst –, daß sehr, sehr viele sich noch in der Gruppe 8 und, wenn sie etwas bessergestellt sind, in der Gruppe 7 befinden und mit diesem Einkommen auskommen müssen. Unser Freund Blank hat gesagt: „Wohlstand ist da“; aber bei der „Freiheit“ hat er ein großes Fragezeichen gemacht. Auch bei dem Thema Wohlstand ist ein Fragezeichen zu setzen. Sicherlich sind die Löhne angehoben, der Urlaub verlängert worden, und die Arbeitsplätze, soweit sie nicht strukturell gefährdet sind, sind gesichert. Aber damit sind wir noch nicht am Ende unseres Parteiprogramms und unserer Zielsetzung. Wir müssen daran denken, daß es noch sehr viele Rentner gibt, die einen Mindestsatz bekommen, der in keiner Weise ein menschenwürdiges Dasein garantiert. (Zurufe und Widerspruch.) Es ist eben schon angeklungen, daß Familienväter ein geringeres Einkommen haben und nicht wissen, wie sie an dem sogenannten Wohlstand teilhaben können. Wenn Wohlstand in unseren Reihen herrscht, dann kommt es doch daher, daß vielfach Mann und Frau gemeinsam arbeiten; die kinderreiche oder die Normalfamilie kann dagegen ein solches Einkommen nicht erreichen.

Zu der Freiheit, die uns die soziale Marktwirtschaft geschenkt hat, müssen wir dringend Erziehungsarbeit im weitesten Raume leisten. Ich bin der Meinung, daß wir die Vorzüge nicht nur herausheben, sondern sie auch massenwirksam ins Volk tragen sollten. Ich weiß nicht, ob das auf dem Wege eines allgemeinverständlichen Informationsblattes geschehen kann oder auf andere Weise. Es ist doch absurd, daß wir uns von anderen einreden lassen, die von uns geschaffenen Gesetze seien nicht gut, während diejenigen, die diese Gesetze madig machen – ich denke z. B. an das Wohnungsbaugesetz –, sich nicht scheuen, mit Hilfe dieser Gesetze Eigenheime zu bauen und Eigentum zu erwerben. Wir müssen eine verstärkte durchdringende allgemeine Aufklärungsarbeit leisten. Sonst wird alles, was wir bisher erreicht haben, vergeblich gewesen sein.

(Beifall.)

Professor Dr. BURGBACHER, MdB:

Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich bin gezwungen, im Telegrammstil zu sprechen.

Erstens. Es wäre wohl diesem Parteitag und insbesondere diesem Arbeitskreis angemessen, wenn in den Bericht unseres Freundes Etzel bzw. in die Entschließung des Parteitages auch ein Abschnitt über die Energiepolitik und das Bergbauproblem aufgenommen würde. (Beifall.)

Ich schlage vor, daß wir diesen Teil ziemlich kurz etwa in folgender Form nennen: Wir bekennen uns zu der Erklärung, die die Bundesregierung kürzlich in der Energiedebatte im Bundestag abgegeben hat, und zu der vom Bundestag angenommenen Resolution, und bitten die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß die darin aufgezeigten Grundsätze realisiert werden. (Beifall.)

Zweitens. Ich glaube, wir sollten in der Partei auf Bundesebene aus den Wirtschaftsausschüssen und Sozialausschüssen einen Arbeitskreis für folgende Fragen bilden: Eigentum, Investivlohn, Verhalten der Sozialpartner und Verbraucher.

Dazu kurz folgendes: Ich bin der Meinung, daß die Eigentumsfrage in der Zukunft eine unserer Schicksalsfragen ist, so daß wir hier eine ganze Lösung finden müssen. Ich brauche nur folgendes auszuführen. Wir haben einen jährlichen Investitionsbedarf von 50 bis 70 Milliarden DM. Daraus ergibt sich, daß durch Sparen allein die Finanzierung der Investitionen nicht möglich ist. Das heißt nicht, daß wir deshalb den Sparprozeß und den Prozeß zur Bildung von Eigentum nicht so weit zu fördern haben, wie das möglich ist. Mit dem Gesetz über die Vermögensbildung haben wir einen bescheidenen Anfang in bezug auf das Investivlohndenken gemacht, und dieser Ansatz muß weiter entwickelt werden. Ich bin nicht der Meinung, daß die Investivlohnfrage heute schon durch die Legislative realisierbar ist, sie ist aber reif zur Diskussion. Sie muß notwendigerweise aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen von unserer Partei studiert werden. Aus sozialpolitischen Gründen ist eine Erörterung wegen der Eigentumbildung notwendig, weil meine Freunde und ich im Investivlohn ein der modernen Wirtschaft in hohem Maße marktkonformes konjunkturpolitisches Mittel von größter Bedeutung sehen.

Zur Frage der Sozialpartner bin ich der Auffassung, daß wir nicht nur das Gutachtergremium, das ich ebenfalls bejahe, vorsehen müssen, sondern daß wir auch die amerikanische Taft-Hartley-Gesetzgebung studieren sollten. Wir sollten sie unseren Verhältnissen anpassen und versuchen, ob wir nicht durch diese Zeit der Besinnung schon eine wesentliche Entspannung erreichen können. Ich möchte hinzufügen, daß in der Zeit der Besinnung nicht nur ein Stopp in der Lohnbewegung, sondern auch in der Preisentwicklung eintreten müßte.

Nach den jetzigen Vorschriften sitzen bei der Erörterung dieses Problems zwei Vertreter nicht am Tisch, die dabei sein sollten: das sind die Verbraucher und die Sparer. Ich sage bewußt „und“, nicht „oder“. Die

Interessen der Verbraucher und der Sparer sind keineswegs in allen Fällen dieselben. Es sollte die Frage geprüft werden, ob man die Verhandlungen der Sozialpartner durch die Teilnahme von Repräsentanten der Verbraucher und Sparer auf ein mehr volkswirtschaftliches Niveau heben könnte. (Beifall.) Vor hundert Jahren hat jemand für 1 kg Mischbrot siebenzig Minuten arbeiten müssen, heute noch zwanzig Minuten. So könnte man den ganzen Warenkatalog vorführen und beweisen, daß die Kaufkraft der Arbeitsminute ständig gestiegen ist. Was der Veränderung unterliegt, ist die Kaufkraft der Währungseinheit. Wer sich ein Sparkonto anlegt, um Dienstleistungen zu kaufen, der spart schlecht. Wer aber mit dem Ziel spart, technische Leistungen zu kaufen, der spart gut. Ich brauche nur den Damen das Beispiel der Damenstrümpfe zu nennen. Wer vor zehn Jahren Geld gespart hat, um später Damenstrümpfe zu kaufen, hat ein Bombengeschäft gemacht. Wer dasselbe getan hat, um seine Putzfrau zu bezahlen, der hat ein schlechtes Geschäft gemacht. (Heiterkeit.)

Bei der Betrachtung von Löhnen und Preisen bitte ich Sie, nicht bei jeder Veränderung des Preisfächers, die mit der Veränderung des Brutto-sozialproduktes eng verbunden ist, von Inflation zu sprechen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Ich habe jetzt noch 13 Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich die Rednerliste schließe. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. – Das Wort hat Herr KRAMMIG, MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte etwas zur Finanzverfassung und zur Steuerfrage sagen. Im Artikel 109 des Grundgesetzes steht, daß Bund und Länder in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig sind. Nun bemühen wir uns im Bund, eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu betreiben. Wir sind aber durch das Grundgesetz gehalten, eine vielfältige Finanzpolitik zu treiben.

Wenn Sie sich das Problem überlegen, müssen Sie zu folgendem Ergebnis kommen: Wenn die Finanzpolitik auch der Wirtschaftspolitik zu dienen hat – das ist zweifelsohne der Fall –, dann kann man es nicht elf Ländern und dem Bund überlassen, eine Finanzpolitik zu machen, die überhaupt nicht aufeinander abgestimmt ist. Das hat gar nichts mit Föderalismus zu tun. Es ruft sofort die Föderalisten auf den Plan, wenn man vorschlagen würde, den Artikel 109 des Grundgesetzes so zu ändern, daß formal eine Selbständigkeit vorhanden ist, daß aber materiell Rücksicht aufeinander genommen werden muß; sonst gehen die Dinge einfach nicht in Ordnung.

Von Herrn Etzel ist schon das Problem: „Trennsystem der Steuern oder Verbundsystem“ angesprochen worden. Nun braucht man es aber nicht so zu machen, wie Herr Etzel es sagte. Sonst bekommen wir nämlich die Dinge gesetzgeberisch nicht unter Dach und Fach. Wenn man sagt, die

Einnahmen der großen Steuern gehen in eine Kasse – das wäre die Bundeskasse – und daraus wird verbraucht, dann hat man die Rechnung ohne die Länder – den Bundesrat – und ohne die Gemeinden gemacht. Die möchten gar nicht aus einer Kasse bedient werden, sondern sie möchten an den großen Steuern beteiligt werden. Das wäre eine Lösungsmöglichkeit. Dafür kommen aber nur die modernen Steuern – die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer – in Frage. Daß wir uns noch mit einer Gewerbesteuer und einer Grundsteuer abgeben – entschuldigen Sie, wenn ich das so offen sage –, entspricht einfach antiquierten Vorstellungen aus dem letzten Jahrhundert. (Beifall.) Damals knüpften die Steuern an einen sichtbaren Tatbestand an. Man hat früher z. B. die Maschinen gezählt, die jemand in seinem Betrieb hatte, und hat gesagt: Wenn du fünf Maschinen hast, dann kannst du damit die und die Produktion erreichen; infolgedessen mußt du die und die Steuer bezahlen. – Das sind doch Vorstellungen, die nicht mehr in unsere Zeit passen. Es kommt gar nicht mehr darauf an, was an Kapital eingesetzt wird, sondern entscheidend ist, welcher Gewinn aus diesem Kapitaleinsatz resultiert, und dieser muß besteuert werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Es tut mir schrecklich leid, daß man so eilen muß, aber es ist ja keine Zeit für diese Diskussion vorhanden. Ich gestatte mir die Anmerkung: es ist überhaupt das Kennzeichen unserer Parteitage, daß wir nie Zeit zum Diskutieren haben. (Beifall.)

Im Steuersystem im europäischen Wirtschaftsraum stellt sich uns noch ein ganz anderes Problem, das durchdacht werden muß. Herr Neumark hatte den Auftrag, ein Gutachten über die Harmonisierung der Steuersysteme anzufertigen. Ich möchte dem Herrn Professor nicht zu nahe treten; aber er gehört wohl irgendwie in die sozialistische Gedankenwelt hinein. Ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen und bitte vorab um Absolution, wenn ich falsch liegen sollte. Herr Neumark hat festgestellt, wir sollten uns bei dem Problem der Harmonisierung der Steuersysteme von dem Gedanken freimachen, daß eine Harmonisierung der direkten Steuern gelingen würde. Es gebe überhaupt nur die Möglichkeit der Harmonisierung bei den indirekten Steuern. Was bedeutet das für uns? Bei dem Verhältnis der direkten Steuern und indirekten Steuern in der Bundesrepublik und im Benelux-Raum zu den direkten und indirekten Steuern in Frankreich und Italien heißt das, daß wir ganz wesentlich die direkten Steuern abbauen müssen, weil wir sonst im Wettbewerb nicht bestehen können, da ja eine Harmonisierung ausgeschlossen ist. Das bedeutet eine Verlagerung des Steueraufkommens ganz wesentlich auf die indirekten Steuern, wobei man sich dann darüber klarwerden muß, daß der lebensnotwendige Bedarf auf keinen Fall betroffen werden darf. Das ergibt eine Fülle von Problemen, die auf die Expertenkommission für die Finanzverfassung in dieser Hinsicht zukommen.

Wir beklagen uns darüber, daß unsere Wirtschaft die Übung, die nach der Währungsreform angebracht war, ganz wesentlich über den Preis zu investieren, nun noch fortsetzt. Wir sind der Meinung, die Wirt-

schaft solle zu diesem Zweck etwas mehr an den Kapitalmarkt herangehen. Ich will jetzt nicht untersuchen, welche Wirtschaftszweige bisher an den Kapitalmarkt herangehen konnten; das ist ein Problem für sich.

Aber was macht der Staat? Beim Staat haben wir uns daran gewöhnt, alles durch Steuern zu finanzieren. Steuern sind auch ein Preis, den wir bezahlen. Sollten wir nicht auch dem Vater Staat sagen: du hast das, was unsere Generation an Zerstörung mitzuverantworten hat, wieder aufgebaut; nun gehe bitte wieder den klassischen Weg der Finanzierung und beschaffe deinen Investitionsbedarf auf dem Anleihemarkt und nicht über die Steuern! (Beifall.)

Wenn ich die Verantwortung trüge, würde ich das Wagnis einer Steuersenkung auf mehrere Jahre verteilen, erhebliche Sparanreize insbesondere für die schaffen, die Konsumverzicht leisten, um den Kapitalmarkt aufzufüllen, und dann wären wir aus der finanzwirtschaftlichen Misere heraus. Das wäre eine Aufgabe.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Das Wort hat Herr

Dr. MARX, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Meine Damen und Herren! Wenn ich eben den Einwurf zur Geschäftsordnung gemacht hatte, dann geschah das deshalb, weil ich unter dem Eindruck stand, daß wir hier ausgerechnet in der CDU einen Versorgungsstaat anstreben, und weil ich glaube, daß der CDU nichts ferner liegt, als das zu tun. Denn wir haben ja immer unseren obersten Grundsatz vorangestellt: weniger Staat und mehr eigene Initiative. Dabei sollte man es auch grundsätzlich lassen. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Vorschläge, die hier alle gemacht worden sind, nicht zu akzeptieren seien. Es fragt sich nur, in welcher Zeit sich eine Verwirklichung dieser Vorschläge ermöglichen läßt.

Wenn Sie sich einmal zum Bewußtsein bringen, daß die vorveranschlagte Körperschaftsteuer für das Jahr 1962 um 562 Millionen unter der des Jahres 1961 liegt, wenn Sie weiterhin berücksichtigen, daß die Exporte in der Vergangenheit und laufend stark zurückgehen und damit zwangsläufig sich die Devisenbestände sicherlich nicht erhöhen werden, dann taucht doch die Frage auf: Wie soll die Wirtschaft all diesen sozialen Forderungen gerecht werden, wenn wir – wie wir heute gehört haben – gleichzeitig auch verlangen, daß die Wirtschaft künftig im starken Maße auf eine Eigenfinanzierung verzichten soll? Es ist auf unserem Parteitag sehr viel von dem Wort „Maßhalten“ Gebrauch gemacht worden. Wenn man aber von Maßhalten spricht, dann muß es schon reziprok sein, es muß auf allen Seiten stattfinden, und man darf nicht auf der einen Seite die Forderungen überspitzen und auf der anderen Seite diejenigen, der überhaupt allein in der Lage ist, diese Forderungen zu verwirklichen – nämlich die Wirtschaft –

gleichzeitig in gewissen Teilen zu dämpfen versuchen, indem man die Exporte herunterdrückt und dazu neue Lasten aufbürdet.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß auf dem SPD-Parteitag das Wort geprägt wurde: „Die sozialen Pakete müssen kommen. Wir können und müssen sie aber durch Steuererhöhungen erzwingen.“ Das ist das Programm der SPD, die auf diese Weise sich eine andere Einkommensverteilung erhofft. Ich bin aber nicht der Meinung, daß es einer gesunden Wirtschaftspolitik entspricht, wenn man durch Steuererhöhungen das schöpfen will, was man aus eigener Kraft nicht zu erreichen in der Lage ist.

Was den Vorschlag von Herrn Etzel beziehungsweise Professor Burgbacher bezüglich Taft-Hartley anbelangt, so glaube ich, stimmen wir darin überein, daß das eine ganz gesunde Angelegenheit wäre, wenn es bei uns auch zum Zuge käme.

Etwas anderes möchte ich nur kurz anschnitten: das ist der Punkt „Energiepolitik“. Ich bin der Meinung, wir sollten hier den Beschluß fassen, daß die Maßnahmen, die von der Regierung in Aussicht gestellt sind, dankbar zu begrüßen sind. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß dies der Weisheit letzter Schluß war, sondern daß diese Maßnahmen nur ein Anfang sein können.

(Beifall.)

SCHMITZ, Landesverband Rheinland:

Meine Damen und Herren! Vor die Verteilung des Sozialprodukts gehört seine Erstellung, und investives Denken setzt intensives Arbeiten voraus. (Beifall.) Gestatten Sie, daß ich das nur sage. Ich bin der Meinung, wir sollten uns auch über die Produktivität und die Möglichkeiten ihrer Verstärkung unterhalten. Damit bin ich beim gepflegten Durcheinander am Baumarkt im allgemeinen und am Wohnungsbauarkt im Speziellen. Ich meine, dieser Tag dürfte nicht vorübergehen, ohne daß wir zu den Maßnahmen, die Bundestag und Bundesregierung zum Bauwesen getroffen haben, auch ein Wort sagen. Das Hektische muß aus der Bauwirtschaft sicherlich herausgenommen werden. Ich bezweifele aber, daß dazu ein Baustopp allein ausreicht. (Zurufe: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß zur Sicherung der Kontinuität der Bauwirtschaft auch noch andere Dinge gehören. Die Zeit reicht jetzt nicht dazu, passable Vorschläge zu machen. Ich bitte deshalb den Herrn Berichterstatter, Dr. Otto Schmidt, doch in seinen Bericht derartige Vorschläge mit aufzunehmen.

Man wirft uns vor, für uns sei der Wohnungsbau tabu. Der eine sagt es hämisch, der andere zynisch. Es sagen das aber sicherlich immer nur Leute, die selber in einer guten Villa oder in einer sehr passablen Wohnung sitzen. (Zurufe: Sehr richtig!) Diejenigen, die noch in der Wohnungsnot stecken – und es sind sicher in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr noch viele –, würden es nicht verstehen, wenn der Wohnungsbau für uns nicht tabu wäre. Der Parteitag sollte hierzu ein klares Bekenntnis aussprechen. Er sollte sich auch gegen den Mißbrauch von § 7 b entschieden wehren und aussprechen.

Ich bin der Meinung, daß wir für das nächste Jahr, wenn der Bau-
stopp ausläuft, eine bauwirtschaftliche Konzeption entwickelt haben
müssen. Noch einen Satz zum öffentlich geförderten Wohnungsbau:
Vor acht Jahren habe ich den jungen Abgeordneten Paul Lücke gehört,
als er über das Ende der Töpfchenwirtschaft zugunsten des Normal-
verbrauchers gesprochen hat. Ich meine, wir sollten jetzt und heute
uns wieder einmal ernsthaft vornehmen, die 132^{1/2} m Richtlinien und
7^{1/2} m Ausführungsbestimmungen endlich in den Orkus zu werfen und
die Töpfchenwirtschaft zugunsten des Normalverbrauchers zu besei-
tigen.

(Beifall.)

PORTEN, MdB

Meine Damen und Herren! Zunächst, Herr Professor Burgbacher, eine
sachliche Richtigstellung zu Ihrer Produktionszeit für das Mischbrot.
(Zuruf von Professor Burgbacher: Ich habe nicht von Produktionszeit
gesprochen! Ich habe gesagt, daß man 20 Arbeitsminuten braucht, um
ein Kilo Brot kaufen zu können!)

– Ich habe Produktionszeit verstanden. Dann bitte ich um Entschuldig-
ung. (Weitere Zurufe.) – Die Produktion des Brotes ist ein wesent-
licher Bestandteil in der Ernährungswirtschaft unseres Volkes und da-
rum interessiert uns das hier. (Beifall.) Weil hier noch 80 % der Pro-
duktion vom Handwerk erstellt werden, ist es besonders notwendig, daß
wir uns um diese Dinge kümmern.

Zur Sozialpolitik haben wir insbesondere vom Mittelstand den Wunsch
und die Anregung, daß wir die Altersversorgung der selbständigen
und der freischaffenden Berufe einer ernsthaften Prüfung und Lösung
zuführen. Warum? Wir haben nach den Erfahrungen der letzten vier
und fünf Jahrzehnte festgestellt, daß insbesondere unsere alten Kolle-
gen aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage sind, ihr Alter
allein durch Verpachtung oder Verkauf ihres Betriebes zu sichern. Das
hat währungspolitische, wirtschafts- und steuerpolitische Gründe. Ich
will das nur andeuten. Darum der Wunsch und die Anregung, zu
prüfen, ob die Öffnung der Rentenversicherung auch für weitere Be-
völkerungsschichten möglich ist.

In der Frage der Unfallversicherungsreform, Herr Kollege Katzer,
glaube ich, können wir zweifellos zu einer Verständigung kommen. Das
brauchen wir nicht zu vertiefen. Aber, Herr Minister Blank, ich glaube,
es ist notwendig, daß wir die alten Gedanken vom Verwaltungsrat
der Bundesanstalt nicht übernehmen. Wir sollten eine weitere Ermäßi-
gung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung prüfen. Die Lohn-
und Gehaltssumme steigt nämlich weiter. Es ist aber nicht notwendig,
den Sabelturm weiter zu entwickeln.

Hinsichtlich der Fragen der Krankenversicherung möchte ich die Gedan-
ken des Kollegen Stingl unterstützen. Wenn wir in der Krankenver-
sicherung zu einer individuellen Lösung kommen, werden zweifellos
auch die Probleme der Lohnfortzahlung geregelt werden können.

Vom Kollegen Katzer wurde die arbeitsrechtliche Lösung in den Vordergrund gestellt. Die Bundesvereinigung hat aber eine sehr beachtliche Arbeit über die versicherungsrechtliche Lösung auf den Tisch gelegt. Ich glaube, wir werden bezüglich dieser Frage nach der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Seite hin zweifellos auch zu einer Lösung kommen, wozu auch der Mittelstand seine Bereitschaft und Mitarbeit zugesagt hat.

Nun zu der Frage des Investivlohnes. Wir müssen hier eines klar herausstellen. Die Frage des Investivlohnes kann nicht allein von den Sozialpartnern geprüft werden. Sie kann auch nicht einseitig in den Großbetrieben gelöst werden. Ich möchte hier den Gedanken des Kollegen Katzer von der echten Partnerschaft auf gesellschaftspolitischer Basis in den Vordergrund rücken. Die kleinere und mittlere Wirtschaft muß echt wettbewerbsfähig bleiben. Bei den Arbeitskräften darf nicht erneut eine wettbewerbsverzerrende Situation entstehen, wie es auf Grund der übertriebenen Sozialleistungen im Augenblick schon der Fall ist.

Zur Familienpolitik können wir uns positiv äußern. Aber, Herr Minister Wuermeling, nicht allein die Frage des Kindergeldes ist entscheidend. Wir müssen unsere Familienpolitik umfassend auf den Familienlastenausgleich, insbesondere für die Familien mit vier, fünf und sechs Kindern, abstellen.

(Beifall.)

Dr. FRERICHS, Landesverband Rheinland:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will mit ganz wenigen Strichen eine Frage aufzeigen, die meiner Meinung nach bei der Betrachtung der Parteireform völlig zu kurz gekommen ist. Es handelt sich um unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben in den letzten zwölf Jahren eine sehr gute Politik gemacht. Wir haben eine sehr gute Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gemacht. Wir haben es aber nicht verstanden, die Erfolge unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Mann auf der Straße so klar und so verständlich darzubieten, daß er davon überzeugt ist, daß die Christlich Demokratische Union seine Partei ist. Wir haben es auch nicht verstanden, die Absichten und das Wollen unserer Partei durch geeignete Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit in das Volk hineinzutragen. Herr Minister Etzel hat vorhin gesagt, es habe keinen Sinn, noch große Grundsatzprogramme aufzustellen; wir sollten aber dem Volk sagen, was wir in den nächsten Monaten konkret wollen und was angepackt werden muß. Wir wollen jetzt an die Fragen des sogenannten Sozialpaketes herangehen, an die Krankenversicherungs- und die Unfallversicherungsreform und an das Kindergeld. Das sind sehr spezielle und schwierige Sachfragen. Sie müssen dem Bürger in einfacher und verständlicher Form nahegebracht werden.

Wenn es uns gelingt, praktisch den Dolmetsch dafür zu finden, um dem Bürger die Sachprobleme verständlich zu machen, damit er erkennt, daß das Wollen unserer Partei dem Volk und unserem demokratischen

Staat dient, dann bin ich überzeugt davon – und mit mir viele meiner Parteifreunde –, daß wir nicht nur die Wahlen gewinnen werden, sondern daß wir im ganzen Volk die Überzeugung wachrufen, daß die CDU die Partei des Volkes ist und das Wollen des Volkes versteht. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir die Öffentlichkeitsarbeit, von der Presse angefangen, über Rundfunk, Film und Fernsehen, in einer ganz neuen Form führen müssen. Das Fernsehen ist das Massenmedium des 20. Jahrhunderts. Wer sieht, wie stark heute die Bevölkerung in dieses Fernsehen hineinschaut und dadurch beeinflusst wird – auch das Werbefernsehen –, der erkennt, welchen Einfluß dieses Medium auf die gesamte Haltung, auf die gesamte Wahlvorstellung des einzelnen Bürgers hat.

Ich möchte daher dem Arbeitskreis vorschlagen, den Herrn Bericht-erstatte Minister Etzel zu bitten, das morgen im Plenum vorzutragen, daß der Bundesparteitag den Bundesparteivorstand beauftragt, einen Aktionsausschuß für die zentrale Öffentlichkeitsarbeit mit einzelnen Arbeitskreisen zu bilden, in denen diese Dinge systematisch erarbeitet werden: Bildung, Öffentlichkeitsarbeit des Volkes – angefangen von der Volksschule über die Lehrausbildung, über die vielen Möglichkeiten der Beeinflussung bis hin zum Fernsehen. (Beifall.)

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Lassen Sie uns unser Volk besser unterrichten als bisher. Geben Sie dem Parteivorstand die Möglichkeit, ein solches Gremium zu bilden, damit wir unsere Arbeit auch – um es einfach auszudrücken – besser als bisher verkaufen können.

(Beifall.)

MICK, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Zunächst eine kurze Bemerkung zu dem Diskussionsbeitrag des Herrn Kollegen Etzel im Hinblick auf die Tarifautonomie der Sozialpartner. Er führte hier das System Taft-Hartley an, die sogenannte Besinnungspause bei Lohnstreitigkeiten. Herr Kollege Etzel! Einverstanden, wenn drei Bedingungen gleichzeitig eingeführt werden: 1. Die Besinnungspause bei Preiserhöhungen. Aber nicht nur während der 14 Tage, in welchen es nach einer Urabstimmung nicht zu einem Streit kommen könnte. Herr Professor Burgbacher! Die zweite Vorbedingung: Möglichkeiten der Regierung, Preiserhöhungen zu verhindern. Die dritte Vorbedingung: Möglichkeiten zu schaffen, dann Lohnerhöhungen zu erzwingen, wenn sie möglich, aber nicht freiwillig gewährt werden. Ich weiß, daß das abstrakt ist, was ich hier vortrage. Herr Etzel, Sie gestatten es mir aber, daß ich Ihre Vorschläge in dieser Einseitigkeit für genauso abstrakt halte, wie das, was ich dagegen sage. Nun zu meinem eigentlichen Diskussionsbeitrag! Wir haben heute mancherlei gehört. Wir haben gehört, daß die Luft besser und das Wasser entseucht werden muß, daß die Gewerbesteuer nicht mehr zeitgemäß ist usw. Wovon wir noch nichts gehört haben – das bringe ich deshalb zu Gehör, weil ich möchte, daß es in die Entschließung dieses Parteitages aufgenommen wird –, war die Frage der Raumordnung, die wir auf dem letzten Parteitag in Köln so ausgiebig diskutiert haben. Es

kommt ja nicht nur darauf an, daß wir zu einem Ausgleich der streitenden Schichten, zu einem Ausgleich der Systeme kommen. Wir sind zunehmend darauf angewiesen, zu einem Ausgleich des Raumes zu kommen. Sonst werden alle Systeme uns nicht helfen, eine bestimmte Befriedung zu schaffen. Was nutzt uns eine Eigentumpolitik in bezug auf das Eigenheim, wenn kein Grund und Boden mehr da ist? Was nutzen uns vielfältige Maßnahmen für die Menschen in Räumen, in denen sie solche nicht in Anspruch nehmen können?

Von hier aus haben wir unsere eigenständige Politik klar auszuweisen. Dabei handelt es sich nicht um eine Politik wie die der Sozialdemokraten, die darauf ausgerichtet ist, meinetwegen diese Industriestadt Dortmund in absehbarer Zeit zur Millionenstadt zu machen. Für Köln habe ich diesen Ehrgeiz bestimmt nicht. Ich möchte nicht, daß die Menschen, die heute jeden Tag nach Köln einpendeln, die noch irgendwo in dörflicher Umgebung leben, noch Grund und Boden und ein eigenes Haus haben, sich morgen oder übermorgen in einem Hochhaus in einer zweieinhalb Zimmerwohnung wiederfinden und dann genauso verproletarisieren, wie weite Teile der Arbeiterschaft verproletarisiert sind.

(Beifall.)

DEZELSKÉ, Landesverband Bremen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vormittag ist zum Ausdruck gekommen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge zum Aufbau der Wirtschaft ihr Teil beigetragen haben. Ich möchte daher folgende Erklärung abgeben:

„Die CDU setzt sich mit aller Entschiedenheit für das Selbstbestimmungsrecht ein. Sie unterstreicht mit besonderem Nachdruck, daß sie an dem bisher von der Bundesregierung eingenommenen Standpunkt in der Frage der zum Deutschen Reich gehörigen Gebiete ostwärts der Oder/Neiße auf der Grundlage des völkerrechtlich anerkannten Besitzstandes festzuhalten gedenkt.

Hinsichtlich der Eingliederung der Vertriebenen ist die Intensivierung der Wiedererbfhaftmachung der ehemaligen Landwirte erforderlich. Der Lastenausgleich muß weiter verbessert und beschleunigt werden, insbesondere muß so schnell wie möglich dafür gesorgt werden, daß alle nach dem 31. Dezember 1953 in das Bundesgebiet herübergekommenen Vertriebenen die vollen Lastenausgleichsleistungen erhalten und die soziale Gleichstellung der Flüchtlinge – wie es die Regierungserklärung proklamiert – durchgeführt wird.“

(Beifall.)

GROSSE, Landesverband Exil-CDU:

Meine lieben Parteifreunde! Es ist hier viel Stolz angeklungen über die Erfolge unserer Politik in Wirtschaft und sozialem Leben der letzten 12 Jahre. Wenn ich mir aber die einzelnen Ausführungen über die berechtigten Wünsche und die Methoden, die zu ihrer Erfüllung angewendet werden sollen, anhöre, dann meine ich, wenn das alles so gemacht würde, würde sehr wenig von unserer alten Wirtschaftspolitik

aus einem Guß übrigbleiben. Wir müssen doch eines ganz klar herausstellen. Alles das, was wir uns wünschen, ist nur möglich, wenn wir damit eine Steigerung des Sozialproduktes und der Produktivität erzielen können. Der Ablauf gerade des letzten Jahres hat gezeigt, daß wir in unserer Wirtschaft bereits Bereiche haben – ich erinnere an die Landwirtschaft, an den Bergbau –, die auf der Schattenseite stehen. Es sind hier deutliche Verzerrungserscheinungen aufgetreten. Wir sollten, wenn wir alles das, was wir hier gesagt haben, zusammenfassen, dabei klar zum Ausdruck bringen, daß wir weiterhin bei allen berechtigten Sonderwünschen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik aus einem Guß haben wollen. Wir müssen und wollen die Wünsche so einordnen, wie diese Politik aus einem Guß es erfordert.

(Beifall.)

BLÜME:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz im Sinne des Zeit-sparprogramms will ich auf den erbaulichen Teil verzichten, zumal ja auch Erbauliches den Weg zu einer sachlichen und nüchternen Auseinandersetzung versperren kann.

Zunächst einmal, glaube ich, hat die Reaktion auf die Senkung der Automobilpreise gezeigt, daß das Verständnis des Staates bei einigen ein Mißverständnis ist. Sie verwechseln offenbar den Staat mit einer Art mitleidiger Krankenschwester, die immer nur sehr behutsam und sehr zart zugreifen darf, wenn sich jemand unwohl fühlt. Demgegenüber muß man schon sagen, daß der Staat durchaus ein soziales Gebilde eigenen Rechtes ist und durchaus nicht nur eine Zweckveranstaltung. Wenn der Heilige Thomas von einer *Societas perfecta* spricht, meint er nicht den totalitären Staat, der in alle Bereiche eingreift. Ein Bereich, den wir beispielsweise vorstaatlichen Kräften überlassen können, ist für meine Begriffe die Tarifautonomie. Was der Staat dazu beitragen kann, ist eine Versachlichung dieser Gespräche, und dafür könnte – so stelle ich es mir jedenfalls vor – dieses Gutachtergremium eine Vorstufe sein. Es könnte beispielsweise dazu beitragen, daß die Diskussion mit sachlichen Argumenten geführt wird, obwohl man, wie ich glaube, die Erwartungen nicht allzu hoch schrauben darf. Ich meine, daß es gerade in der Wirtschaft nicht so zugeht, daß man mit Rechenexemplen eindeutige Ergebnisse liefert oder von Wissenschaftlern verlangen kann. Die Wissenschaft kann nur gewisse Vorbegriffe klären und zu einer sachlichen Diskussion beitragen.

Wenn dieses Sachverständigengremium nicht ein reiner Diskutierklub werden soll, müssen an diesen Tisch auch die Sozialpartner und alle diejenigen gebracht werden, die in der Wirtschaft mitreden oder ein Interesse an der Wirtschaft haben. Soweit ich orientiert bin, existieren bereits einige Professorenklubs, die dazu Beiträge liefern, ohne daß sie bisher wirksam geworden wären und zu einem sichtbaren Erfolg, einer Klärung und zu einer Versachlichung der Begriffe beigetragen hätten.

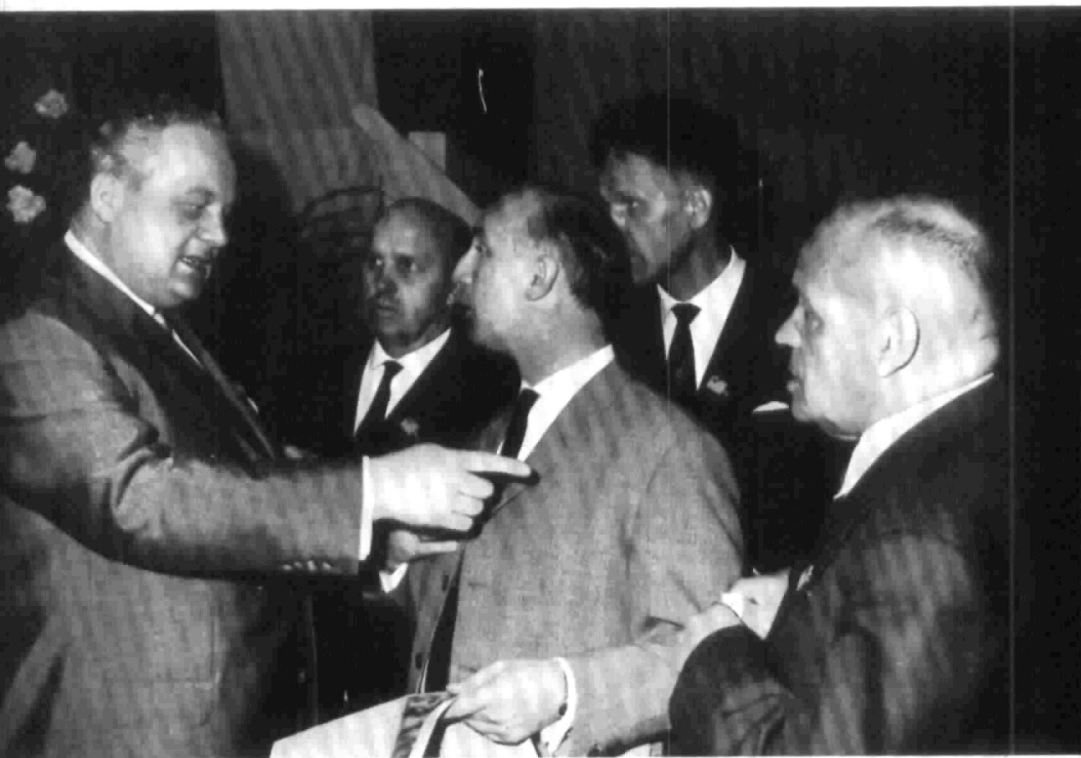


Bundestagsabgeordneter Schmücker, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand (rechts),
Prof. Burgbacher, MdB, Bundesschatzmeister, Minister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB



Der Bundesminister für Familien- und
Jugendfragen Dr. Wurmeling im Gespräch
mit einem Parteitagsteilnehmer

Bundestagsabgeordneter Schmücker im
Gespräch mit den Kollegen Katzer
und Arndgen



Dann ist die Frage nach der wirtschaftlichen Tragbarkeit dieser Forderungen aufgeworfen worden. Ich darf dazu nur eines sagen. Bei der Frage des Investivlohnes geht es wohl kaum um irgendeine Forderung. Es geht ganz einfach darum: wer spart? Vorerst ist es ja in weiten Bereichen ein Zwangssparen. Großenteils geht es nur um Umgruppierungen. Darin sehe ich aber keine wirtschaftliche Gefahr.

Nun zu dem Problem der arbeitsrechtlichen Gleichstellung! In diesem Bereich spielen moralische Begriffe wie „vertrauenswürdig“ eine Rolle. Der Arbeiter ist vorerst mit dem Angestellten nicht gleichgestellt, weil er offenbar das Vertrauen nicht in der gleichen Weise besitzt. Wenn der Ausdruck „Der Mensch ist Mittelpunkt der Wirtschaft“ nicht reine Dekoration bleiben soll, dann müssen solche Begriffe wirklich fundiert sein und dann darf kein Unterschied mehr zwischen Arbeiter und Angestelltem bestehen. Die Begriffe „Arbeiter“ und „Angestellter“ hat in der Zwischenzeit die wirtschaftliche Entwicklung überrollt.

(Beifall.)

MAIER, Landesverband Nordbaden:

Meine Damen und Herren! Im Deutschen Bundestag werden zur Zeit unter anderem zwei Sozialgesetze behandelt: das Unfallversicherungsgesetz und das Bundesurlaubsgesetz. Beide Gesetzentwürfe enthalten Schönheitsfehler, die ich in aller Kürze ansprechen möchte. Sie alle wissen, wenn Sie sich mit der Unfallversicherung beschäftigt haben, daß seit der Schaffung der Unfallversicherung schon bei einem Grad von 10% Erwerbsminderung eine Rente gewährt worden ist. 1932 wurde allerdings, angesichts der 6 Millionen Arbeitslosen und des Tiefstandes der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen, durch eine Notverordnung Brünnings das Gesetz dahingehend geändert, daß nur noch ab einer Erwerbsminderung von 20% eine Rente gewährt wurde. Das war damals notwendig. Heute sind wir aber über den damaligen Notstand längst hinaus. Deshalb wäre es wohl gut, wenn wir die mit der Notverordnung eingeführte Regelung nun, einige Jahrzehnte verspätet, wieder beseitigen würden.

Nun zu dem Mindesturlaubsgesetz! Sie haben davon gehört, daß der Bundesarbeitsminister es für richtig hielt, der Bundestagsfraktion der CDU/CSU einen Mindesturlaub von 18 Tagen vorzuschlagen. Er hat sich wirklich mit aller Intensität dafür eingesetzt. Aber in der Fraktion ist keine Mehrheit dafür zu finden gewesen. Man hat dann einen Kompromiß in Gestalt von 15 Tagen gefunden, und zwar mit der Maßgabe, daß nach fünf Jahren Betriebszugehörigkeit oder bei einem Alter von über 35 Jahren den Betroffenen 18 Tage Urlaub gewährt werden sollen. Nun hat sich aber in der Diskussion allmählich herausgestellt, daß diese Regelung nicht praktikabel ist und auch nicht den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht wird. Es ist nicht gut, wenn man den im Arbeitsprozeß Befindlichen nicht den notwendigen Urlaub zukommen läßt. Man kümmert sich mit Recht um die Maschinen, überholt sie zur rechten Zeit; man soll aber auch den Menschen zur rechten Zeit die notwendige Sorgfalt zukommen lassen

und ihnen einen entsprechenden Urlaub gewähren. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Frühinvalidität stark wächst. Ein Mittel, um der Frühinvalidität zu begegnen, stellt ein zeitgerechter Urlaub dar. Ich bin der Meinung, wir sollten diesen Gedanken mit in die Diskussion stellen bzw. von der Partei her zum Tragen bringen.

(Beifall.)

STEHLE, Landesverband Nordwürttemberg:

Meine Damen und Herren! Es ist auf diesem Parteitag sehr viel über die Förderung gesprochen worden, die man den breiten Schichten unserer Bevölkerung auf dem Wege ihres sozialen Aufstieges angedeihen lassen will. Man will die Eigentumsbildung fördern. Man will junge Handwerker fördern, damit sie zum selbständigen kleinen Handwerksunternehmer aufsteigen können. Man will junge Leute fördern, damit sie durch einen Aufstieg in gehobene Berufspositionen eine bessere Verdienstmöglichkeit und ein größeres soziales Ansehen haben. Daß es notwendig ist, die berufliche Qualifikation unserer Arbeitnehmer entscheidend zu verbessern, bezweifelt niemand, der die Anforderungen überblickt, die die kommende technische Entwicklung an unsere Arbeitnehmer stellt. Das ist notwendig, wenn wir auch nur einigermaßen unseren Exportvorsprung auf den Weltmärkten halten wollen.

Wir begrüßen daher wohl alle das, was Herr Minister Blank gestern gesagt hat, nämlich daß nunmehr für die individuelle Berufsaufstiegsförderung wesentliche Mittel bereitgestellt werden sollen. Was bisher hier sichtbar geworden ist, liegt bei weitem unter dem, was wirklich notwendig ist. Mittel, die zur Hebung der Berufsqualifikation ausgegeben werden, stellen wahrscheinlich die beste Kapitalanlage dar, die wir überhaupt machen können.

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß der letztjährige Bundesparteitag von Köln den Beschluß gefaßt hat, 500 Millionen DM aus dem Erlös des Verkaufs des Volkswagenwerkes speziell für den von mir gemeinten Zweck zu verwenden. Die Einlösung dieses Beschlusses steht noch aus. Ich glaube, wir sollten bei diesem Parteitag die Gelegenheit wahrnehmen, die Bundesregierung und die Fraktion daran zu erinnern.

Es war wohl richtig, die Erlöse der bereits stattgefundenen Privatisierungen zu eigentumsfördernden Maßnahmen und zu Maßnahmen zur Förderung des sozialen Aufstiegs der breiten Schichten zu verwenden. Es muß verhindert werden, daß diese Mittel verplempert werden, um alle möglichen Finanzlücken zu stopfen. Denn Interessenten und Politiker, die für dieses oder jenes Anliegen Geld brauchen, haben wir wahrhaftig genug. Hier sollten wir aber an dem Beschluß festhalten und ausreichende Mittel für diese zentrale Aufgabe bereitstellen.

Der Bundesschatzminister hat vor 14 Tagen in Stuttgart Ausführungen gemacht, die unser Interesse finden müssen. Er hat vorgeschlagen, für

derartige Maßnahmen 950 Millionen DM freizumachen, und zwar durch Verwendung der Mittel der Arbeitslosenversicherung. Er möchte deren Beiträge in der bisherigen Höhe aufrechterhalten haben. Ich finde, wir sollten diesen Vorschlag prüfen. Es gibt in dieser Koalition wenig – bedauerlich wenig – gemeinsame Grundlagen für sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen. Ich würde vorschlagen, die Anregung des Herrn Schatzministers zu erörtern. Wir sollten versuchen, auf diesem Wege die gesellschaftspolitischen und eigentumspolitischen Ziele zu verfolgen, die unserer Partei vorschweben.

(Beifall.)

LAMPERSBACH, Landesverband Westfalen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich aus der Sicht des Mittelstandes einige Bemerkungen zur Finanz- und Steuerpolitik mache. Das Schlagwort „Wir müssen mit dem Wohlstand fertig werden“ trifft sicherlich nicht für weite Kreise des Mittelstandes zu. Wir haben noch unsere Sorgen und wünschen, daß auch für uns so viel Gutes herauskommt, wie das bei anderen Teilen des Volkes der Fall ist. Wir erwarten, daß durch entsprechende Maßnahmen eine wettbewerbsgerechte Situation geschaffen wird. Wir wünschen eine Reform des Umsatzsteuergesetzes – keine Novel- len – in der Form, daß deren kumulierende Wirkung aufgehoben wird. Wir erachten es als selbstverständlich, daß diese Reform die beson- deren Gegebenheiten handwerklicher und besonders lohnintensiver Betriebe berücksichtigt. Wir sehen hierin nicht ein Allheilmittel gegen die so oft zitierte Konzentration. Wir glauben jedoch, daß sie ein wirksames Mittel ist im Kampf gegen diese Erscheinung unserer Zeit.

Ein weiteres Handikap! Bezüglich der Eigenkapitalbildung macht uns – trotz aller Maßnahmen der letzten Jahre, die ich noch einmal mit besonderem Dank erwähnen möchte und die wir immer begrüßt haben – insbesondere die Ausweitung in der mittleren Progression der Einkommensteuer erhebliche Sorgen. Wir wünschen, daß endlich einmal der mittelstandsunfreundliche „Bauch“ beseitigt wird. Man sollte dabei berücksichtigen, daß zwischen Einkommen und Gewinn ein Unterschied besteht.

Wir begrüßen die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zur Steuer- und Finanzreform und hoffen, daß man hierbei in fortschrittlicher Denkungsweise eine für Bund, Länder und Gemeinden gesunde und vernünftige Finanzsituation schafft, gleichzeitig aber auch die be- stehende Wettbewerbsverzerrung beseitigt.

Zum Thema Wettbewerb einige Anmerkungen zur Preisbildung der zweiten Hand! Wir wünschen, daß man eine klare Unterscheidung zwischen den typischen und atypischen Markenartikeln trifft. Für die typischen Markenartikel, insbesondere wenn es sich um reine Ver- brauchsgüter handelt, fordern wir eine Beibehaltung der Preisbindung. Das ist keine unbillige Forderung; denn die mittelständischen Unter- nehmen sehen sich einer Konkurrenz gegenüber, die mit ruinösen Mitteln Markteroberung betreibt. Der so oft zitierte kalkulierte Preis

spielt hier keine Rolle mehr. Die Kalkulation wird ausgeschaltet, und die Preise werden willkürlich festgesetzt.

Die Erhaltung eines gesunden und jederzeit einsatzfähigen Mittelstandes halten wir aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen für unbedingt notwendig. Wir haben in den Landesverbänden des Rheinlandes und Westfalens praktikable Vorschläge für die Steuerreform und die Kartellgesetzgebung ausgearbeitet und sind jederzeit bereit, sie den gesetzgebenden Gremien zuzuleiten.

(Beifall.)

RUSSE, Landesverband Rheinland:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist ein Prinzip der Wirtschaft, das Gleichgewicht anzustreben oder wiederherzustellen. Ich habe den Eindruck, daß, was die Frage der Tarifordnung angeht, das Gleichgewicht noch nicht wiederhergestellt ist. Lassen Sie mich darum zu den Ausführungen von Herrn Etzel und Herrn Professor Burgbacher einige Bemerkungen machen.

In einer gutachtlichen Stellungnahme ist einmal festgestellt worden, daß der Artikel 9 unseres Grundgesetzes eindeutig die aktive und passive Koalitionsfreiheit garantiert. Dieser Artikel 9 reicht hinein in die Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes, nach denen ebenso deutlich zu folgern ist, daß wir uns zu einem sozialen Rechtsstaat bekannt haben. Das heißt auf unsere Fragestellung bezogen: Die Sozialpartner haben das Recht aber auch die Pflicht, für ihre Mitglieder einzutreten. Daß sie es tun, ist also rechtens. Daß sie es oft zu pragmatisch tun, ist Gegenstand des Dilemmas, das hier gerügt worden ist.

Wie wollen Sie dem beikommen? Es ist auf der einen Seite vorgeschlagen worden, die Zwangsschlichtung abzulehnen. Das versteht sich von selbst, weil sie dem eben genannten Prinzip widerspricht. Auf der anderen Seite will man den Streik in einer besonderen Lage aussetzen. Ich möchte sagen, daß nach meiner Meinung das Sozialstaatlichkeitsprinzip in unserer Bundesrepublik es nicht zuläßt, daß man mit einer solchen Maßnahme der Streikaussetzung an die Öffentlichkeit geht bzw. sie sogar zu realisieren versucht. Die Aussetzung kommt einer mittelbaren Zwangsschlichtung gleich und ist aus diesem Grunde abzulehnen.

Sie würden im übrigen mit einer solchen Maßnahme nur die Gewerkschaften, und zwar alle Gewerkschaften, treffen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die christlichen Gewerkschaften gegen eine solche Maßnahme ebenso zu Felde ziehen würden wie die Einheitsgewerkschaften. Die Arbeitgeberverbände dagegen würden durch eine solche Maßnahme nicht betroffen. Herr Professor Burgbacher hat deshalb schon einige Einschränkungen gemacht. Sie befriedigen mich nicht. Ich möchte meinen – wie das vorhin schon bei anderen Rednern angeklungen ist – daß eine Streikaussetzung nur eine einseitige Maßnahme ist und sich deshalb nicht mit unseren Vorstellungen eines sozialen Rechtsstaates in Einklang bringen läßt.

Sie fragen mich: Wie wollen Sie diesem Dilemma beikommen? Ich meine, mit einer Ordnungspolitik im Rahmen unseres Wirtschaftsgefüges, die sowohl die Konjunktur-, Steuer- und Währungspolitik sowie alles das umfassen muß, was eben dazugehört. Diese Ordnungspolitik muß dann aber auch die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften echt binden und dem Gemeinwohl verpflichtet. Ich bin überzeugt, daß wir in der Bundesrepublik noch nicht so weit sind, um das erreichen zu können. (Beifall.)

Ein weiteres kommt hinzu. Ich möchte ebenso deutlich meinen, daß das Sachverständigengremium, zu dem Sie sich heute nachmittag bekannt haben, in der Lage sein dürfte, hier einen ersten Schritt auf einem Weg zu gehen, der eine stärkere Bindung auch der Sozialpartner ermöglicht. Sollte das nicht ausreichen, würde ich eindeutig dafür eintreten, daß wir nach und nach uns dazu bekennen und durchringen – im wahrsten Sinne des Wortes –, einen Wirtschafts- und Sozialrat einzurichten, wie das fünf EWG-Partner bereits getan haben und wie er im Zuge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft ebenfalls eingeführt worden ist. Haben Sie keine Sorge, ich belaste Sie nicht mit Vorschlägen, die unter Umständen absurd sein könnten, sondern die Tatsachen in diesen Ländern und in Europa beweisen, daß man mit einer solchen Maßnahme und einer solchen Einrichtung die Sozialpartner in einem Ausmaß binden kann, wie es vielleicht für viele von Ihnen noch nicht vorstellbar ist.

Herr Marx hat davon gesprochen, daß wir mit unserer Politik in den Versorgungsstaat hineingehen. Auch hier eine Antwort um des Gleichgewichts willen: Ich muß diese Auffassung – zumindest für meine Person – mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es ist doch letztlich eine Verkenning der Politik der CDU und unserer erfolgreichen Arbeit in den letzten 12 Jahren, wenn man uns heute unterstellt, daß wir in den Versorgungsstaat hineinmanövrieren. Was wir wollen, ist der Wohlfahrtsstaat, der echt verstandene Wohlfahrtsstaat. Ihn zu erstreben, ist für uns das Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Ziele. Das müssen wir doch sagen und erkennen und auf einem Parteitag eindeutig feststellen. Wir dürfen uns nicht der Auffassung hingeben, daß wir mit unserer Politik in den Trend eines Versorgungsstaates hineinmanövrieren.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. SCHMIDT:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Diskussion. Etwa 40 aus unserem Kreise haben nach den beiden Rednern gesprochen. Ich meinen, wenn wir uns jetzt einen Gesamtüberblick über diese Debatte nach der formalen Seite hin verschaffen, können wir mit ihrem Ablauf sogar einigermaßen zufrieden sein. Es ist nicht ein vollendetes Gespräch gewesen; es waren auch noch einige vorbereitete Manuskripte dabei. Aber im großen und ganzen hat es doch auch erhebliche Bemühungen gegeben, in der Diskussion auf das einzugehen, was die Referenten und die Diskussionsredner vorgebracht

haben. Ich meine, das sei schon ein erheblicher Fortschritt gegenüber manchen Diskussionen, die wir früher auf Parteitage erlebt haben. Das heißt nicht, daß nicht drüben im Arbeitskreis III möglicherweise andere auf die Idee gekommen sind, die Reform der zukünftigen Parteitage noch weiter zu fördern und noch verbesserte Diskussionen möglich zu machen. Aber aufs Ganze gesehen, meine ich, sei das ganze Spannungsfeld hier abgetastet worden, und zwar in großer Freimütigkeit und Offenheit. Vieles davon ist sicherlich wert, in den Bericht einzugehen, den morgen Herr Etzel vor dem Plenum über den Ablauf unserer Sitzung erstatten wird.

Gestatten Sie mir, nachdem die Redner auf ein Schlußwort verzichtet haben, nur noch ganz wenige Worte. Wir haben vom Staat Interventionen gefordert, wir haben Wünsche und Forderungen an den Staat gehabt. Wir haben verhältnismäßig wenig davon gesprochen, welche Aufwendungen wir dem Staat schuldig sind, damit alles das durchgeführt werden kann, was wir hier gefordert haben.

Es ist aber doch wohl nötig, noch etwas zur staatlichen Intervention zu sagen. Wenn Sie eine Grippe haben, dann können Sie sich auf zweierlei Weise verhalten. Entweder Sie lassen sich eine Penicilinspritze verpassen und sind am selben Abend zwar ziemlich down, aber das Fieber ist weg, und Sie jagen am nächsten Tage wieder wie ein wilder Manager durch die Gegend und treiben ihre eigene Konjunktur weiter, mit der Folge, daß dann Ihre Leber oder Ihre Niere befallen werden und Sie am Ende eine stärkere Krise durchzumachen haben, als die, die Sie ohne diese Penicilinspritze hätten durchmachen müssen, wenn Sie sich vernünftig drei Tage lang ins Bett gelegt hätten. So können wir uns auch bei anderen Krisen verhalten. In der Demokratie haben wir nicht mehr den Mut, eine bestehende Krise sich ausschwingen zu lassen. Ich meine dabei bescheidene Krisen. Ich denke da nicht an Wirtschaftskrisen wie die in den Jahren 1930 bis 1932. Ich denke daran, daß wir – nach meiner Auffassung – bereits immer ein wenig zu früh mit der Penicilinspritze staatlicher Interventionen dabei sind und uns dadurch möglicherweise der Gesundungsfaktoren des dynamischen Prozesses, die immer gegeben sind, gewissermaßen selber berauben. Deshalb sollten wir auch mit staatlichen Interventionen etwas geduldiger und zurückhaltender sein und nicht gleich, wenn im ersten Monat die Gewinne ein wenig zurückgehen, meinen, wir müßten beispielsweise irgendwelche Umsatzsteuer- ausgleichsmaßnahmen als vordringlichste Intervention fordern. (Beifall.)

Das zweite, was ich gern sagen möchte, ist folgendes. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir einen unausgeglichenen Haushalt verabschiedet haben. Der Beitrag der Länder, der zum Ausgleich des letzten Haushaltes gegeben worden ist, ist noch keineswegs gedeckt. Verfassungsmäßig bedarf es noch der Zustimmung der Länderparlamente. Aber machen Sie sich deutlich: das Experiment kann nicht wiederholt werden. Es muß zwischen Bund und Ländern zu einem gesetzlich neuen Steuerausgleich und einem Steuerumbau kommen. Die Forderungen, die an den Staat gestellt werden, insbesondere auch in den Programmen,

die aufgestellt worden sind – welcher Art sie auch immer sein mögen –, haben entweder eine Steuererhöhung zur Folge oder einen Steuerausgleich und Steuerumbau zur Voraussetzung. Nichts anderes können wir unserer Bevölkerung zumuten. (Beifall.)

Nach den Ausführungen von Herrn Etzel und nach den anderen Beiträgen müssen wir deutlich sehen, daß uns hinsichtlich des Sozialproduktes jede Grenzüberschreitung verboten ist, daß jeder Schritt darüber hinaus gleichzeitig einen Stoß in unsere nationale und persönliche Existenz hinein bedeutet. Wenn wir uns das vor Augen halten, dann mögen wir vieles von dem, was wir heute gefordert und gewünscht haben, realisieren können, sofern wir nüchtern und verständig bleiben und sehen, daß alles im öffentlichen Haushalt seine Rangfolge hat. Es wird für uns, die wir im Bundestag, in den Landtagen und Gemeindeparlamenten über solche Maßnahmen zu befinden haben, die schwierigste Aufgabe sein, gerecht den Rang dessen abzuwägen, was wünschenswert ist von dem, was wir gefordert haben, und dessen, was für uns alle lebensnotwendig und vordringlich ist. Diese Weisheit wünsche ich allen denen, die verantwortlich in Legislative und Exekutive arbeiten, damit wir auf dem nächsten Parteitag von nüchternen, aber erfreulichen Fortschritten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik berichten können.

Ich danke Ihnen, die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 19.00 Uhr.)

Arbeitskreis III

Künftige Aufgaben der CDU

Beginn: 14.35 Uhr

Vorsitzender Ministerpräsident VON HASSEL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Tagung des Arbeitskreises 3 mit dem Thema: „Künftige Aufgaben der CDU“. Ich darf Sie alle herzlich willkommen heißen, die Delegierten, die Gäste, die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Der Arbeitskreis diskutiert in voller Offenheit. Ich meine, daß wir uns damit etwas absetzen von dem Arbeitskreis der SPD, der in Fragen, die die Partei unmittelbar angehen, nicht in der Öffentlichkeit diskutiert hat.

Zunächst wird Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier sprechen; dann werde ich um Wortmeldungen für die Diskussion bitten. Wir richten uns darauf ein, eine unbegrenzte Zeit für die Diskussion zur Verfügung zu haben. Wenn sich allerdings zu viele Diskussionsredner melden sollten, müßten wir die Diskussionszeit etwas beschränken.

Ich erteile hiermit das Wort dem Herrn Bundestagspräsidenten

D. Dr. GERSTENMAIER:

(mit Beifall begrüßt)

Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde von der Union! Was sind die künftigen Aufgaben der CDU? Ich antworte darauf:

1. Die freiheitliche Existenz aller Deutschen zu ermöglichen,
2. den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen,
3. eine Kulturpolitik zu treiben, die den Personkern vor den Gewalten der Zeit schützt und produktiv erhält,
4. der Mehrheit der Deutschen eine politische Heimat zu sein.

Alles, was ich im folgenden zu dem mir gestellten Thema zu sagen habe, ist nur eine Interpretation dieser vierfachen Aussage. Ich bin mir natürlich darüber klar, daß eine Programmkommission der CDU, der Bundesausschuß oder der Parteivorstand – vom Plenum des Parteitag und dieses Arbeitskreises ganz zu schweigen – eine unvergleichlich viel stattlichere Liste aufstellen würde. Aber diese Stunde würde veran, wenn jetzt der Versuch gemacht würde, hundert verschiedene Wünsche und Gesichtspunkte zu sortieren und auf ihren programmatischen Gehalt hin zu untersuchen, auch wenn sie alle Anspruch auf Aufmerksamkeit und Unterstützung hätten. Das diesem Arbeitskreis gestellte Thema ist – wenn ich es recht verstehe – kein Auftrag zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms, sondern es möchte dem Bemühen dienen, einen klaren Blick für das zu gewinnen, was in der CDU als verbindliches Ziel in einer Vielfalt von Wünschen, Methoden, Aspekten und Tendenzen von allen anerkannt sein muß. Der Haupteinwand, der gegen eine Konzentration wie die hier in vier Punkten

versuchte vorgebracht werden kann, ist der, daß sie zu allgemein sei, daß sie das Besondere der CDU nicht mehr recht erkennen lasse, und daß sie nichts über die Methoden sage, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. Auf etwaige Einwände dieser Art erlaube ich mir, zweierlei zu bemerken:

Erstens: In den beiden anderen Arbeitskreisen, die gleichzeitig tagen, werden nach meiner Schätzung eben die Methoden unserer Deutschlandpolitik, unserer Außen- und Wirtschaftspolitik sowie unserer Gesellschaftspolitik im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Mit unserer Kulturpolitik haben wir uns auf einem besonderen Kulturpolitischen Kongreß in Gelsenkirchen beschäftigt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang dazu nur folgendes sagen: Wir, die Christlich Demokratische Union, verstehen uns als Verfassungspartei, das heißt, wir sind entschlossen, unser eigenes politisches Handeln in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz zu halten. Aber das kann sicher nicht bedeuten, daß auch der Bundespartei dieselbe kulturpolitische Beschränkung auferlegt wäre wie dem Bund. Die Kulturpolitischen Kongresse der CDU gehen vielmehr davon aus, daß nicht nur unsere Landesverbände eine kulturpolitische Verpflichtung haben, sondern auch und vor allem die Bundespartei selbst. (Beifall.) Ich würde es deshalb begrüßen, wenn uns auf künftigen Bundesparteitagen die Kulturpolitik stärker als bisher beschäftigen würde. (Beifall.) Ihre grundlegende Bedeutung mindestens auch für das Selbstverständnis der CDU käme dadurch angemessener zum Ausdruck, und dem Verhältnis von Bund und Ländern könnte dadurch zugleich ein Dienst getan werden, der – wie mir scheint – immer notwendiger wird. Denn daß es damit zum Besten stehe, kann niemand behaupten.

Unser Grundgesetz enthält Fixierungen aus der Zeit seines Zustandekommens, die von bleibender Bedeutung für jede künftige deutsche Verfassung sind. Aber das Grundgesetz enthält auch Fixierungen, die so sehr den Stempel des Augenblicks ihrer Entstehung tragen, daß sie im Wandel der gesellschaftlichen Zustände und politischen Notwendigkeiten immer neu in Frage gestellt werden. Dazu rechne ich das im Grundgesetz niedergelegte Verhältnis von Bund und Ländern. Ich sehe jedoch nicht, wie es verfassungsrechtlich auch nur nennenswert geändert werden könnte. Um so notwendiger ist deshalb die ausgleichende, politisch-verbindende und nicht nur koordinierende Funktion der Bundesparteien. Wir von der CDU, die wir den Föderalismus im Dienste der Erhaltung einer reichen Vielgestaltigkeit und eines unpräzisen, aber kraftvollen deutschen Stammesbewußtseins immer bejaht haben, sind auf jeden Fall damit vor eine Aufgabe gestellt, der sich die Union mit weit größerer Energie und Planmäßigkeit als seither zuwenden muß. Ohne unseren geduldrigen, aber tatkräftigen Einsatz wird das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in einer schwer tragbaren Weise überlastet. Neben zwingenden finanziellen Fragen sind es vor allem Fragen der Kulturpolitik, die dabei gelöst werden müssen. Voraussichtlich wird es dabei auch zwischen uns selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten geben. Sie mögen indessen so groß sein, wie

sie wollen: Die Übereinstimmung in der hier in vier Punkten zusammengefaßten Zielstellung können diese Meinungsverschiedenheiten, wie ich glaube, in keiner Weise in Frage stellen.

Damit komme ich zweitens zu dem Einwand, diese Beschreibung der künftigen Aufgaben der CDU sei zu weit oder zu allgemein. Ich glaube, daß die CDU ihr Tun und Lassen unter einem möglichst weiten und geklärten politischen Horizont verantworten sollte. Unsere Zielstellung muß so fest und verläßlich wie immer möglich sein. Aber diese Festigkeit im Ziel rechtfertigt nicht nur, sondern erfordert oft Beweglichkeit in den Mitteln und Methoden.

Schon in einem solchen Umriß unserer politischen Programmatik kommt etwas zum Ausdruck, was für das Selbstverständnis der CDU von grundlegender Bedeutung ist. Wir treten in unserer Programmatik und Methodik nicht mit dem Anspruch auf, die Monopolpartei der Christen in Deutschland zu sein, (Beifall.) sondern wir kämpfen mit politischen Methoden für Ziele, die wir zwar christlich verantworten, die aber politische Ziele sind und bleiben. Sie können darum auch – damit sage ich einen ersten Satz zur Diskussion – von denen bejaht und angestrebt werden, die mit dem christlichen Glauben nichts weiter im Sinne haben.

Ich glaube, daß in diesem Selbstverständnis zugleich deutlich wird, daß die CDU sich selber kein Ziel ist, sondern daß sie sich nur als ein Weg oder Mittel zu einem Ziel versteht, von dem wir allerdings glauben, daß es um Deutschlands, um der Gerechtigkeit und um des Friedens willen verwirklicht werden muß. Es ist darum auch eine notorische Verfälschung unseres Wollens, wenn man uns zum Beispiel unterstellt, daß wir doch nichts anderes im Sinn hätten als die Errichtung eines christlichen Staates oder daß wir mindestens eine Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens anstreben, in dem die Meinungsfreiheit und Rechtsgleichheit in Frage gestellt seien.

Das ist falsch. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß wir auf ein „christliches Abendland“ mit reaktionärer Gesellschaftsstruktur zusteueren. Davon kann keine Rede sein. Gegenüber solchen Verdächtigungen ist schon allein die Weite unserer politischen Zielsetzung eine präzise programmatische Aussage. Sie ist denn auch keineswegs zu allgemein, sondern sie ist so weit, wie es unser politisches Wollen, aber auch die Vielheit der in der CDU vereinten Kräfte, Temperamente und Überzeugungen erfordert.

Zu 1.) Aber wird in dieser vierpunktigen Kurzfassung unserer künftigen Aufgaben nicht Wesentliches, ja Entscheidendes unserer politischen Zielstellung ignoriert? Wo, so könnte man fragen, bleibt denn hier zum Beispiel das Bekenntnis zur europäischen Integration und zum Atlantischen Bündnis? Wo ist von der Wiedervereinigung die Rede und wo von Berlin? Nun, alle diese Fragen sind samt und sonders inbegriffen in dem, was ich heute und morgen für die Aufgabe Nr. 1 unserer Politik halte, nämlich die freiheitliche Existenz aller Deutschen zu ermöglichen.

Die mehr als zehnjährige innenpolitische Auseinandersetzung zwischen uns und der Opposition ging in Sachen der Deutschlandpolitik, der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik am 30. Juni 1960 damit zu Ende, daß die SPD unsere Konstruktion der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg akzeptierte. Nach meiner Überzeugung war das ein großer Erfolg der Politik, die mit dem Namen Konrad Adenauers verbunden bleiben wird. Dieser Erfolg ist von der CDU und vom Bundeskanzler selbst nur zögernd und mißtrauisch zur Kenntnis genommen worden. Aber er ist da, und er wird von der SPD, wie ihr Kölner Parteitag soeben wieder gezeigt hat, so nachdrücklich demonstriert, daß wir über der Freude an so viel nachgeholter Zustimmung in Gefahr geraten zu können, zu feiern, statt angestrengt und loyal an einem eigenen weiterführenden politischen Beitrag zu den Bemühungen der amerikanischen Regierung zu arbeiten.

Die Konstruktion unserer Politik ging von der Einsicht aus, daß die Wiedervereinigung Deutschlands – jedenfalls unter tragbaren Risiken – im Alleingang der Bundesrepublik nicht herbeigeführt werden könne, ja, daß selbst die freiheitliche Existenz der Westdeutschen angesichts des kommunistischen Drucks nicht zu sichern sei ohne das Atlantische Bündnis, sprich: ohne Beitritt zur NATO. Mit diesem ganz legitimen deutschen Bedürfnis nach nationaler Integration und Sicherheit verband sich von Anfang an der klare Wille zur Teilnahme an der europäischen Integration. Ich behaupte, daß er auch heute mindestens insofern völlig ungebrochen ist, als in ihm nicht nur, ja nicht einmal erstrangig Sicherheitsbedürfnisse zum Ausdruck kommen, sondern der redliche Wunsch der Deutschen, den dicken Schlußstrich ziehen zu helfen hinter die Epoche der nationalstaatlichen Souveränitätspolitik mit ihren Katastrophen.

Sie ist überlebt. Sie eröffnet keine Zukunft, aber wie man auch immer zu den Formen stehen mag, die jene Epoche ablösen sollen, ob man nun die Etablierung einer dritten Kraft anstrebt, was wir nach meiner Meinung ablehnen sollten, oder ob man die europäische Integration überhöhen will in eine politisch und wirtschaftlich verdichtete atlantische Gemeinschaft: unsere Aufgabe als CDU bleibt es, nicht nur die freiheitliche Existenz der Bundesbürger zu sichern, sondern die aller Deutschen zu ermöglichen. Der Neutralismus, meine Damen und Herren, ist in Deutschland gar nicht allein in unserem Abwehrfeuer zugrunde gegangen, sondern er ist daran zugrunde gegangen, daß er in keinem Augenblick der Nachkriegsgeschichte zur Ermöglichung der Freiheit aller Deutschen eine faire Chance zu bieten hatte. Weil das so war und solange das so ist, konnte und kann keine andere politische Konstruktion von uns in Erwägung gezogen werden als eine solche, in der unsere Deutschland- und unsere Sicherheitspolitik ineinanderliegen wie konzentrische Ringe.

Zu 2.) Je mehr sich bei uns in der Bundesrepublik die Kontroverse um die Deutschland-, die Außen- und die Verteidigungspolitik in Nuancen verwandelt, desto breiter und härter wird der Kampf um die gesellschaftspolitische Selbstgestaltung. Mehr als bei den großen außen-

politischen Entscheidungen, die im wesentlichen im Parlament und in einigen Wahlkämpfen entschieden wurden, ist die Gesellschaftspolitik – oder, um mit dem Grundgesetz zu sprechen – die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates eine Sache, die auch außerhalb des Parlaments im Ringen zahlreicher Organisationen ausgefochten wird. Indessen stehen der Bundesgesetzgeber und mit ihm die rechtsstaatlich gesonnenen politischen Parteien hier unter einem Verfassungsauftrag. Mißlich ist allerdings, daß das Grundgesetz selbst keine verbindliche Aussage darüber macht, was unter sozialem Rechtsstaat konkret zu verstehen ist. Es ist ganz interessant, sich einmal die Kommentare daraufhin anzusehen. Wir haben eine stattliche Zahl davon. Aber die Kommentare zum Grundgesetz bleiben entweder entsprechend vage, oder sie sind so kontrovers, daß sie auf die Sozialprogrammatik der politischen Parteien wenig oder gar keinen Einfluß gewonnen haben. Friedrich Giese hat zwar im Zusammenhang damit von der im Godesberger Programm der SPD wiederkehrenden Pflicht unseres Staates zur Daseinsvorsorge für seine Bürger gesprochen, und Theodor M a u n z hat den Versuch gemacht, den Begriff der Subsidiarität zum Leitbegriff der Staatsstruktur überhaupt zu machen. Aber von einer konkreten Programmatik des sozialen Rechtsstaates ist in den wissenschaftlichen Kommentaren bei dem allen keine Rede. Sie bleibt nahezu vollständig den politischen Parteien überlassen.

Die CDU ist dabei in einer niemals ernstlich angefochtenen Weise dem Begriff der Subsidiarität gefolgt. Auch der evangelische Teil der Union weiß sich dem sittlichen Gehalt, der politischen Vernunft und Praktikabilität dieses aus der katholischen Soziallehre stammenden Leitbegriffes verpflichtet. Es hat überhaupt bislang keine nennenswerten Kontroversen um die sozialetischen Grundlagen unserer Sozialpolitik innerhalb der CDU gegeben. Aber es gab und gibt auch Verschiedenheiten – glücklicherweise, Herr Kollege Barzel – im theoretischen Ansatz; vom theologischen will ich vorsichtigerweise nicht sprechen. Diese Verschiedenheiten können von Bedeutung werden, aber ich halte es für eine im ganzen gesunde Entwicklung, daß wir uns weit mehr mit den praktischen Notwendigkeiten und der politischen Systematik unserer Sozialpolitik beschäftigt haben als mit ihren prinzipiellen Ableitungen und ihren theologischen Begründungszusammenhängen.

Ich halte es für eine ganz gesunde Erscheinung – das steht nicht in meinem Manuskript –, daß es bei uns in der CDU keine profunde Naturrechtsdebatte im Laufe der letzten 12, 14 Jahre gegeben hat. Anlaß hätte es dafür genug gegeben, aber die Debatte hat eigentlich nicht stattgefunden. Ich sage, daß ich darin keinen Mangel sehen kann, sondern daß ich das für eine ganz gesunde Erscheinung halte. Es ist nämlich ein Test darin, daß wir uns jedenfalls primär als eine politische Partei verstehen. (Beifall.)

Nun gibt es auch eine andere Seite der Sache. Mancher hat uns schon deshalb als bloße Pragmatiker abgetan – das Wort ist neuerdings in der Politik groß geschrieben! –, und auch der Vorwurf der gesell-

schaftspolitischen Konzeptionslosigkeit, ja des Opportunismus, ist uns nicht erspart geblieben. Ich gebe nur ein Stichwort: Wahlgeschenke! Vorwürfe dieser Art nehme ich nicht leicht, aber sie sind unhaltbar, soweit sie uns einen Mangel an systematischer Bemühung vorwerfen. An dieser Bemühung hat es überhaupt nicht gefehlt. Die Frage nach der Konsequenz und der dazu gehörigen politischen Technik ist jedoch, wie mir scheint, begründet. Unsere Gesellschaftspolitik ist dem Subsidiaritätsprinzip strikt gefolgt, soweit es die Verpflichtung des Staates, der Gesellschaft, der Allgemeinheit gegenüber dem Schutz- und Hilfsbedürftigen beinhaltet. Diese Seite der Sache wird noch unterstrichen durch die neuerlichen Versuche, unsere subsidiär orientierte Sozialpolitik zu einer solidarisch gestimmten Gesellschaftspolitik weiter zu entwickeln. Wenn ich recht sehe, kommt die Diskussion darüber erst recht in Gang. Bis jetzt scheint es keine zureichende Aussage darüber zu geben, was dabei unter Solidarität – wohlverstanden im Rahmen unseres Rechtsstaates – konkret verstanden werden soll. Heißt das etwa wirtschaftliche Risikogemeinschaft mit der Sozialisierung der Gewinne und der Verluste oder nur des einen oder des anderen? Oder ist damit eine Pflicht des Staates zur materiellen Daseinsvorsorge für den einzelnen in dem Sinne gemeint, daß das Risiko und die Verantwortung für die materielle Existenz des einzelnen schließlich nicht mehr grundsätzlich bei ihm selbst, sondern bei der Allgemeinheit liegt? Oder ist mit dieser Solidarität eine Staatsstruktur und Gesellschaftsverfassung gemeint, in der das Subsidiaritätsprinzip zur Seinsverfassung schlechthin wird?

Ich stelle die Frage, ich muß sie offen lassen. Im Interesse des von uns bejahten Begriffs der Subsidiarität und in Anbetracht der massiv wachsenden Ansprüche an Staat und Gesellschaft ist es aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Gewährung einer Subsidie, einer Hilfe im Sinne des rechtlich verankerten Subsidiaritätsprinzips, unzweifelhaft voraussetzt, daß der Kreis des eigenen Leistungsvermögens zuvor tatsächlich ausgeschritten ist. Das heißt also, daß vor dem Anspruch auf die Subsidie die eigene Leistung steht, soweit sie überhaupt erbringbar ist. Nur das so gehandhabte Subsidiaritätsprinzip verbindet in befriedigender Weise den in einem freiheitlichen Rechtsstaat unaufgebbaren Grundsatz der vorrangigen Selbstverantwortung des einzelnen mit der Verpflichtung des Staates zur sozialen Leistung. Von dieser programmatischen Orientierung unserer Politik können und dürfen wir, wie ich glaube, nicht abgehen, wenn wir uns gegenüber sozialistischen Konzeptionen aller Art behaupten wollen. Vielleicht sagt man mir, daß die Überhöhung des so verstandenen Subsidiaritätsprinzips durch ein Solidaritätsprinzip aber gerade von einer christlich verantworteten Politik gefordert werden müsse. Und vielleicht beruft man sich dabei auf das Apostelwort: „Einer trage des anderen Last“. Nun, dieses Wort ist ein christlicher Appell an die persönliche Glaubensgesinnung und den eigenen Glaubensgehorsam. Aber diese Gesinnung kann nicht von Staats wegen verordnet und das Gebot des Apostels kann nicht mit Staatsgesetz erzwungen werden. Es zielt ebenso wie die Bergpredigt auf die innere Lebensordnung der Ge-

meinde Jesu Christi, aber es ist gewiß nicht gemünzt auf die Rechtsgemeinschaft des Staates und die Mobilisierung seiner Zwangsapparatur.

Auf der anderen Seite ist damit auch gar nichts gesagt – und ich nehme jetzt eine Formulierung auf, die vom Februar 1962 stammt und die, glaube ich, von unserem Freunde Katzer stammt – gegen die von unseren Sozialausschüssen geforderte „schrittweise Umgestaltung des Lohn-Arbeits-Verhältnisses in ein Gesellschafts-Verhältnis als Grundlage eines Partnerschafts-Verhältnisses in allen Bereichen der Wirtschaft“. Ich habe gar nichts dagegen, aber wir sollten uns darüber einig sein, daß dreierlei bei diesem Wandel herauskommen müßte:

Erstens Stärkung des inneren Verhältnisses zur Arbeit als solcher. Gestern ist die Arbeit als solche an diesem Pult von dem 1. Parteivorsitzenden der Christlich Demokratischen Union auch noch gewürdigt worden. Ich nehme an, daß es Ihnen so gegangen ist wie mir: daß ich diese nicht ganz zeitgemäßen Laute herzlich und aufrichtig begrüßt habe. Nun, ich erlaube mir, diesen Gedanken hier in systematischen Zusammenhang zu stellen und sage, daß bei dieser Wandlung unsere gesellschaftspolitischen Verhältnisse zum Partnerschaftsverhältnis in allen Bereichen der Wirtschaft herausgebildet werden, was sich dann auch in einer energischen Steigerung der Produktions- und Arbeitsleistung in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht niederschlägt.

Zweitens eine dementsprechende Steigerung der Einkommen mit der Folge, daß dadurch die Bildung weitgestreuten persönlichen Eigentums ermöglicht wird und

drittens eine durchgreifende Sicherung des Sozialfonds vor jeder Ausbeutung von oben, aber auch von unten.

Im übrigen füge ich an, daß die Sicherung der Währung auch eine so grundlegende soziale Aufgabe ist, daß es ohne sie einen sozialen Rechtsstaat überhaupt nicht geben kann. (Beifall.)

Zu 3: Auf dem Parteitag der SPD hat uns Herr von Knoeringen soeben den massiven Vorwurf gemacht, daß wir – ich zitiere die „Welt“ – „ohne Rücksicht auf die politische Lage die trennenden Gräben eines sinnlosen Kulturkampfes aufrissen“. Ich weiß nicht, was Herrn von Knoeringen das Recht und den Anlaß zu einem solchen Urteil gibt. Wir nehmen in unserer Kulturpolitik jedenfalls nur das Recht in Anspruch, den Personkern der Deutschen den Gewalten der Zeit gegenüber widerstandsfähig und produktiv zu erhalten. Eine Zielstellung dieser Art braucht sich weder den Anwurf des Kulturkampfes, noch des Klerikalismus oder des Konfessionalismus gefallen zu lassen. Sie ist gleich legitim vor dem Geist wie dem Wortlaut des Grundgesetzes, denn sie ist schon hinreichend gedeckt durch den ersten Satz seines Artikels 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das heißt doch vor allem seine zu respektierende Eigenart und die Selbständigkeit seines eigenen Urteils. Wir gedenken jedenfalls einen ebenso extensiven wie intensiven Gebrauch von allen verfassungsmäßigen Rechten

zu machen, die der Charakterbildung, der Gewissensfreiheit und dem Persönlichkeitsschutz dienen. Die Gewalten der Zeit, besonders wirksam in den kaum mehr kontrollierbaren Massenmedien Fernsehen, Rundfunk, Film und Presse, sie sind so groß und allgegenwärtig, daß der einzelne und seine Familie mit ihrer inneren Selbstbehauptung sich ohnehin immer schwerer tun.

Wenn wir nun in der CDU – Katholiken wie Protestanten – mit Nachdruck z. B. das Elternrecht verfechten, so sind es nicht einmal die auch berechtigten kirchlichen Gründe, die uns dabei in erster Linie bewegen, sondern es ist der ganz grundsätzliche und entschiedene Wille, die Erziehung und Charakterbildung nicht vorrangig oder gar vollständig an Staat und Gesellschaft abzutreten, und auch darüber hinaus die individuelle Produktivität und Selbständigkeit des einzelnen und seine natürlichen Gemeinschaftsbeziehungen nach Kräften zu schützen. Man sage mir nur nicht, das sei im Grunde eine Distanzierung von Staat und Gesellschaft. Das ist es nicht. Wir sind bemüht um ein verpflichtendes Staats- und Geschichtsbewußtsein in unserer Zeit, aber wir sind ablehnend gegen jede staatliche Normierung des Menschen. Auch seiner gesellschaftlichen Normierung ziehen wir das eigene Gesicht und die spontane Lebendigkeit des eigenen Gewissens vor.

Dazu gehört selbstverständlich das Recht, auch von seiner Glaubensüberzeugung einen spontanen und – im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte – tatsächlich freien Gebrauch zu machen. Es ist einfach nicht wahr, daß wir dieses Recht nur für die Christen im Staate fordern, wir verfechten es für jedermann. Auch damit beweisen wir, daß es uns nicht um einen antiquierten christlichen Staat, sondern um den modernen, freiheitlichen Rechtsstaat, in dem wir uns befinden, zu tun ist. Um ihn allerdings auch für die Christen! Kultur, Kulturkampf kann es in diesem Staate, von uns aus gesehen, nur geben, wenn es irgend jemand unternähme, uns oder anderen dieses Grundrecht der freien Lebensgestaltung aus dem eigenen Personkern streitig zu machen. Wo dieses Recht aber gewahrt wird, findet man uns kooperativ und auch dort tolerant, wo wir aus unserer Abneigung gegen den Säkularismus, gegen jede bloße Diesseitigkeitskultur gar keinen Hehl machen.

Zu 4: Ich kann mir vorstellen, daß es Leute gibt, die meinen, wir seien es zumindest dieser Toleranz, wenn nicht dem Geist der Demokratie schuldig, auf das Anstreben sog. absoluter Mehrheiten in den deutschen Parlamenten grundsätzlich zu verzichten. Gegen diesen Unsinn kann ich zunächst nur sagen, daß eine Partei, die eine ausreichende politische Macht nicht ernstlich anstrebt, weder besonders hochstehend, noch beispielhaft tolerant, sondern einfach so dilettantisch ist, daß sie in der Politik nicht ernstgenommen werden kann. (Beifall.)

Es liegt ja gar nicht an uns allein, daß sich die politische Situation in der Bundesrepublik so entwickelt hat, daß praktisch nur noch drei Parteien zur Debatte stehen. Ich halte das in vieler Hinsicht für sehr begrüßenswert, aber man muß sich natürlich darüber im klaren sein, daß diese Entwicklung jede dieser Parteien und keineswegs nur uns

vor schwere Aufgaben stellt. Uns hat sie in die Lage gebracht, in viele Wahlen mit dem Ziel zu gehen, nicht nur die stärkste Fraktion zu stellen, sondern eben auch die absolute Mehrheit zu erlangen. Und, meine Damen und Herren, wie ist es denn? Nur wenn man sie hat, ist eine Partei in der Verantwortung vor folgenschweren Wechselfällen einigermaßen sicher. Hat man sie nicht, dann verfügt man auch als die stärkste Partei in der politischen Praxis nur noch über Annäherungswerte seiner Programmatik. Ihre Grenzwerte werden jedoch im Zweifelsfall immer von anderen, vom Koalitionspartner oder von der Opposition her bestimmt. Wer sich darüber die mindesten Illusionen macht, wird Enttäuschungen erleben. Es hat gar keinen Zweck, hier etwa der Regierung oder dem Regierungschef oder unserer Fraktion aus der Partei heraus den Vorwurf zu machen: Ihr müßt eben Stärke zeigen. Das hat gar keinen Zweck. Man braucht in der parlamentarischen Demokratie – sauber ausgezählt – immer eine ausreichende Mehrheit. Und wenn man sie nicht erbringen kann, ist man auf den Koalitionspartner oder u. U. auf die Nachsicht der Opposition angewiesen.

Darüber muß man sich völlig im klaren sein, und man muß sich auch darüber im klaren sein, was daraus folgt für die eigene Zielstellung. Das ist hart! Aber nun besagt eine solche Entschlossenheit wiederum gar nichts gegen unsere prinzipielle Bereitschaft zur Toleranz und auch zur Zusammenarbeit in Koalitionen, wenn wir uns auch solchen Zwangslagen dadurch zu entziehen trachten, daß wir absolute Mehrheiten, wo immer möglich, anstreben. Es ist einfach lächerlich, unsere demokratische Qualität in Zweifel zu ziehen, wie es z. B. im letzten Bundestagswahlkampf von einer gewissen Seite immer wieder geschehen ist, weil wir die Mehrheit der Wähler zu gewinnen versuchen. Ich habe es jedenfalls den Sozialdemokraten niemals übel genommen, daß sie in Berlin oder Bremen eine absolute Mehrheit haben. Und ich würde die FDP beglückwünschen, wenn sie sich ihrerseits z. B. in Hessen entsprechend etablieren würde. (Beifall.) Es ist jedenfalls eine ganz legitime Sache einer Partei, mit legitimen Mitteln denkbar große parlamentarische Mehrheiten anzustreben. Für uns, die CDU, folgt daraus, daß wir uns die größte Mühe geben müssen, für die Mehrheit der Deutschen zur politischen Heimat zu werden.

Meine Damen und Herren! Liebe Unionsfreunde! Ich bin mir der Härte dieser Zielstellung – d. h. ihres rigorosen Anspruchs an uns selber – völlig bewußt. Es ist auch bei praktisch drei Parteien noch immer bitter schwer, von Fall zu Fall die Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Unsere Aufgabe muß es sein, nicht einmal in zehn Jahren eine absolute Mehrheit zu gewinnen, sondern so im Bewußtsein vieler zu erscheinen, daß die Mehrheit der deutschen Wähler in der CDU/CSU ihre politische Heimat auch dann sieht, wenn sie nicht daran denkt, der Partei, dieser Union, als Mitglied beizutreten, oder wenn ihr dies oder jenes einmal nicht paßt; das kann auch vorkommen.

Auf die Frage, ob das überhaupt zu erreichen sei, verweise ich auf die Entwicklung spätestens seit 1957. Ich glaube, daß es möglich



„Künftige Aufgaben
der CDU“
Bundestagspräsident
D. Dr. Gerstenmaier
referiert im
Arbeitskreis III

Herr Struppeck, Landesverband Westfalen, einer der jungen
Delegierten, spricht im Arbeitskreis III



Bundesminister des Innern Höcherl und Bundestagsabgeordneter
Dr. Heck



gewesen wäre, auch 1961 eine absolute Mehrheit zu erzielen; sie war nicht ausgeschlossen. Ob uns das in der Zukunft gelingt, hängt von einigen Fragen ab, von denen ich zum Schluß die drei wichtigsten herausgreife:

1. Der Herr Bundeskanzler hat gestern von dieser Stelle aus ein Problem angesprochen, das in unserer Partei taktvoll behandelt worden ist und außerhalb unserer Partei sehr wenig taktvoll behandelt wurde. Nun, wir sind nicht blind, wir sind auch nicht dumm, wir wissen, daß wir vor die Aufgabe gestellt werden, den auf uns zukommenden Wechsel an unserer Spitze eines Tages so präzise und reibungslos zu vollziehen, daß unsere Aktionskraft, unsere Geschlossenheit und unsere politische Geltung im Inland und Ausland davon nicht ernstlich betroffen werden. Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, daß das um so schwerer wird, je größer die Autorität, ja, meine Damen und Herren, der geschichtliche Rang des ersten deutschen Bundeskanzlers ist.

Ich war nicht darauf vorbereitet, als ich diese Sätze in einer Nacht niederschrieb, daß der Herr Bundeskanzler sie hören würde. Aber ich würde es mir nicht vergeben, wenn ich sie deshalb unterdrücken würde, weil er jetzt da ist.

Herr Bundeskanzler, so ist die Lage! Je mächtiger ein Mann ist, je größer seine geschichtliche Wirkung und Geltung war, desto schwerer wird es für seine treu ergebene Gefolgschaft, die Nachfolgefrage halbwegs befriedigend zu regeln, geschweige gar zu lösen. Ich halte nichts davon, an dieser komplexen inneren Situation vorbeizugehen. Der Herr Bundeskanzler hat gestern großartig mit einigen Ellenbogenbewegungen das Tabu um ihn herum – ich will nicht sagen: gelüftet, sondern – zerrissen. Es paßt sich für eine freiheitliche Partei, die keineswegs ihrer freiheitlichen Gesinnung wegen angegriffen werden darf, weil sie sich frei den Dingen stellt, vor die sie kommen wird, daß sie sich um eine gerechte – und das muß ich allerdings auch sagen – um eine taktvolle und dem geschichtlichen Rang des Mannes, bei dem es darum zum ersten geht, angemessene Behandlung und Lösung bemüht.

2. Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß die auf diesem Parteitag herbeizuführenden organisatorischen Änderungen natürlich in etwa auch der Erleichterung, ja der Lösung dieser schwierigen Aufgabe gelten. Der Herr Kollege Dufhues ist schon soviel genannt worden. Ich habe hier einen Protest liegen, daß die Wahl praktisch schon vorweggenommen worden sei. Der Protest kommt aus einem Kreis, dem viel an Gewissenskultur liegt. Aber, meine Damen und Herren, solche Einwände kann man hören, aber schließlich und endlich haben wir uns so lange den Kopf über den Stellvertretenden Leiter auf dem ganzen Parteitag zerbrochen, daß man so einigermaßen die Zuversicht haben darf, daß der ganze Parteitag mit dem, was wir herausgebracht haben, halbwegs zufrieden ist und es akzeptiert, wenn ihm nicht ganz genial noch etwas viel besseres und zwingenderes einfällt. Sollte das der Fall sein – es gibt ja hin und wieder Gedanken, die wie weiland

Pallas Athene dem Haupt ihres Vaters Zeus entspringen –, auch gewappnet, Herr Kollege Dufhues! Nun, das ist auch nicht ausgeschlossen bei uns auf einem CDU-Parteitag. Aber solange ich das nicht sehe, kann ich immer nur sagen: Was wir gemacht haben und wie wir es gemacht haben, war vielleicht nicht das allerbrillanteste in der Form, aber es ist so solide in der Lösung, daß wir uns getrauen, damit vor diesen Parteitag zu treten. Und insofern hat der Bundeskanzler als Parteivorsitzender schließlich auch nur das gesagt, was das übrige Parteivolk so fühlt, und das wird ja schließlich auch noch sein Recht sein.

Aber zurück zur Partei im ganzen: Wenn wir riskieren müßten, in der ersten Feuerprobe doch auseinanderzustimmen, was hätten wir dann von schönen programmatischen Formulierungen? Wir brauchen eine weit gespannte Partei, die in sich zusammenhält, die aktions- und operationsfähig ist, genau gesagt, die in der Lage ist, eine Regierung über viele Legislaturperioden hinweg mit Sicherheit zu tragen. (Beifall.) Und das ist eine schwere Sache. Ich glaube, daß in der Frage der inneren Integration der Parteien am meisten von der CDU/CSU verlangt wird, und zwar einfach deshalb, weil wir – soziologisch gesehen – noch immer am weitesten reichen. Wir siedeln jedenfalls auch in den Gruppen, Kreisen und Ländern noch relativ dicht, in denen die anderen Parteien oft nur noch symbolisch vertreten sind. Gegenüber der FDP gilt das z. B. bei den Arbeitnehmern, gegenüber der SPD bei den Bauern, beim Mittelstand und den Unternehmern.

Die eigentliche Kunst unserer CDU-Fraktion in Bund, Ländern und Gemeinden ist es, auch bei der Behandlung höchst kontroverser Fragen in sich selber einen Ausgleich zu finden, der sachgerecht ist und möglichst geschlossen von der Fraktion durchgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Wir sind doch keine Schwärmer. Wir wollen uns hier auch nicht gegenseitig Schmeicheleien sagen. Deshalb sage ich, daß man nicht behaupten kann, daß bei diesen unseren Bemühungen immer nur die glanzvollsten und sachgemäßesten Lösungen zustande gekommen sind. Ich habe noch niemanden gesehen, der bei Wahrung der Gewissensfreiheit im Sinne des berühmten Artikels 38 des Grundgesetzes – das heißt bei bewußter Ablehnung eines Fraktionszwanges – im Zweifelsfall andere als Kompromißlösungen zustande bringen könnte. Es hat keinen Zweck sich darüber zu beschweren, das liegt in der Natur der Sache. Dieser Kompromißcharakter braucht uns so lange nicht zu stören, als er den Geist und den Stempel einer Union und nicht den einer puren Interessenkoalition trägt.

3. Ich darf hier die CSU, Herr Bundesinnenminister, mit hineinnehmen; denn im Grundsatz ist ihre Programmatik und ihre Problematik genau die gleiche. Außerdem befinden wir uns in einer so intimen Arbeitsgemeinschaft, daß in meinem Bewußtsein zuweilen die lands-

mannschaftlichen Grenzen verschwinden, obwohl das natürlich für einen Württemberger ein besonders gewagtes Unternehmen ist, da wir Anrainer sind. (Heiterkeit.)

Auch die CDU/CSU kann und darf sich nicht über berechnete Interessen einfach erheben. Das muß ich zu allen Idealisten in unserer Union sagen. Wir können uns nicht erlauben, diese Interessen zu ignorieren oder uns einfach darüber hinwegzusetzen, etwa unter Berufung darauf, daß wir eine Weltanschauungspartei seien und daß es uns deshalb letztlich, wie manche Frommen meinen, auf ideelle und immaterielle Werte ankomme. Auch wenn das richtig ist, bedeutet das nicht, daß wir uns über handfeste Interessen, um die es in einer pluralistischen Gesellschaft sehr massiv geht, einfach hinwegsetzen könnten. Das wäre nicht nur eine Idealisierung unserer Partei, sondern auch eine unerlaubte Ideologisierung unserer Partei. Eine solche Ideologisierung wäre in der Tat unsinnig, denn selbstverständlich, erinnern wir uns noch einmal daran, sind und bleiben wir eine politische Partei, auch bei dem vollen Bewußtsein der ideellen, der freiheitlichen und der christlichen Orientierung. Wir sind eine politische Partei und kein missionierendes Unternehmen der Kirche. Unser Feld und unsere Aufgabe ist der Staat und der Weg der Deutschen. Wir haben auch nicht den Ehrgeiz, die Antwort auf die geistigen Fragen der Zeit zu geben. Politische Parteien, die solcherlei Ansprüche auch nur durchblicken lassen, sollten einem vernünftigen Bundesbürger suspekt sein. Wir sollten uns jedoch bemühen, unser politisches Tun und Lassen vor der geistigen Situation unserer Zeit zu begreifen und ihr gerecht zu werden. Aber wir müssen uns dabei unserer Grenzen als politische Partei bewußt bleiben und das auch in der Begrenzung unserer Programmatik zum Ausdruck bringen.

Hier unterstreiche ich die Bemühungen unseres Freundes Barzel, der uns kürzlich wieder erinnert hat an das Vermächtnis eines Mannes, dem wir zum Thema Ausgleich von Macht und Bildung, von Macht und Politik, von Geist und Politik und von Geist und Macht einiges verdanken. Ich denke an Max Scheler.

Das Problem ist gestellt. Wir können uns keine Ignoranz gegenüber dem Bildungswert und den Bildungsansprüchen erlauben, und zwar nicht deshalb, weil wir damit die sogenannten „Intellektuellen“ oder Kulturschaffenden in unserer Volke treffen und möglicherweise ihre Stimmen verlieren würden, nein, sondern weil wir unserem Wesen und unserer freiheitlichen Orientierung nach unser politisches Tun und Lassen vor der geistigen Situation unserer Zeit begreifen und ihm gerecht werden müssen. Zwischen jener Ideologisierung und dem planen Pragmatismus einer Interessenkoalition läuft unser Weg mitten hindurch. Fragt man nämlich nach der integrierenden Kraft in unserer Vielgestaltigkeit und Verschiedenheit, so findet sich eben über die Bedürfnisse des Machtkampfes, der Selbstbehauptung und der rationalen politischen Programmatik hinaus in der Tat bei uns ein irrationales Element von effektiver Bedeutung. Es wird mit unserem C zum Ausdruck gebracht und bedeutet die Unterwerfung unseres politischen

Tuns unter christliche Verantwortung. Das ist etwas anderes als der Versuch, politische Entscheidungen inhaltlich durchgängig aus dem Evangelium oder den Lehrentscheidungen der Kirche abzuleiten. Ich halte es jedenfalls für unmöglich, dergestalt Politik zu machen.

Die Frage ist berechtigt, ob und welchen Integrationswert, aber auch ob und welchen Wert eine solche grundsätzliche christliche Orientierung für die Union habe. Ich bin mit Herrn Dr. Barzel der Meinung, daß die CDU ohne sie nicht fertig würde mit den zentrifugalen Kräften, die ihrer Vielgestaltigkeit innewohnen. Ich messe deshalb dieser freien, aber grundsätzlichen Bejahung unseres C eine praktische konstitutive Bedeutung für die CDU/CSU bei. Selbstverständlich gilt das nur so lange und insoweit, als damit nicht nur eine Bereicherung unserer Visitenkarte oder eine Erinnerung an unsere Ursprünge erfolgt. Über den politischen Wert, wenn ich mir das Wort erlauben darf, unseres C denke ich vielleicht zurückhaltender als Dr. Barzel. Er hat das Wort nicht geprägt. Er hat es nicht einmal verwendet. Aber ich habe bei der Lektüre seiner interessanten Arbeit verstanden, daß er sich mit dem Problem auseinandersetzt, wie weit denn dieses C für uns auch eine effektive werbende Kraft und Bedeutung hat. Es mag sein, daß ich mich dabei getäuscht habe. Ich habe jedenfalls verstanden, daß er diesem C auch einen politischen Wert beimißt. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ihm darin folgen kann. Aber ich halte das für unerheblich, weil ich es heute für unvertretbar hielte, von der Beurteilung dieses Wertes abhängig zu machen, wie wir uns nennen oder gar wie wir uns im Grund und Wesen unseres Unionsverständnisses selber begreifen wollen. Auch wenn man eine politische Partei ist, bedeutet das nicht, daß man sich mit dem planen Opportunismus unterwerfen darf. Das kommt hier an diesem Punkt entscheidend zum Ausdruck. (Beifall.) Deshalb würde ich empfehlen, diese Frage überhaupt aus der Diskussion auszuschneiden. Es ist für uns eine Frage unseres prinzipiellen Selbstverständnisses. Es ist für uns eine Frage unseres Charakters als Union, daß wir nicht bereit sind, das C als Frage unter den Gesichtspunkt zu stellen: Nützt oder schadet es bei der Abgabe der Stimmen? Das würde ich nicht zulassen, auch nicht bei aller Bereitschaft, die Partei als politische Partei hart in den politischen Kampf zu stellen. Hier muß die Grenze sein. (Beifall.) Ich würde meinen, darüber sollten wir einfach nicht mehr mit uns handeln lassen.

Im übrigen stimme ich mit Herrn Barzel auch darin überein, was er vor dem Bundesausschuß gesagt hat: Wir sind ja nicht unseres C wegen gewählt worden, sondern unserer Politik wegen, – um es genauer zu sagen, unserer politischen Erfolge wegen. Ich stimme dabei mit ihm überein – mit einer Einschränkung: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob nicht doch in der ersten Bundestagswahl, die uns nur einen knappen Vorsprung gebracht hat, die schließlich die Regierung Adenauer begründet hat, möglicherweise das C und sein politischer Wert den Ausschlag gegeben hat. (Beifall.) Ich lasse das dahingestellt. Denn wer kann die Motive der Wähler von 1949

heute noch erkunden? Wer sieht ihnen ins Herz? Ich sage nur, die Wahlen danach und unser Vorsprung in den Wahlen 1953, 1957 und 1961 sind nach meiner Überzeugung die klare Quittung der deutschen Wähler für die Leistungen der Regierung Adenauers und für die Politik der Christlich Demokratischen Union. Gerade deshalb, weil sie uns unserer Politik und unserer politischen Erfolge wegen mit Mehrheit gewählt haben, müssen wir uns darum bemühen, daß wir in Zukunft von einer wachsenden Zahl nicht nur unserer politischen Erfolge wegen gewählt werden, sondern auch deshalb, weil unser Charakter, unser Ziel als Union, unsere Weiträumigkeit zusammen mit unserer geistigen Orientierung für die Mehrheit der Deutschen so attraktiv sind, daß sie in der CDU/CSU ihre politische Heimat sehen. Praktisch heißt das aber für die CDU, man kann nicht beides wollen, das ist völlig unmöglich. Hier müssen die Konsequenzen gezogen werden. Infolgedessen komme ich zu der einzigen Konsequenz, um es weitgefaßt zu sagen: Praktisch heißt das für die CDU, die Tore eben immer wieder weit aufmachen. Das gilt nicht nur gegenüber allen soziologischen Gruppen. Wir brauchen einen wachsenden Anteil von Arbeitern. Wir müssen auch die Bauern weiter bei der Stange halten. Wir brauchen selbstverständlich den Mittelstand. Wir werden uns erlauben, natürlich auch die Unternehmer einzuladen, uns zu wählen. Wir können sagen, wir sind für alle da, (Beifall.) für alle soziologischen Schichten und Gruppen. Aber auch die Vielfalt geistiger und religiöser Anschauungen müssen wir in unserer Union ertragen und verkraften können, ohne darüber charakterlos zu werden.

Solange wir regieren – das ist eine Erwägung für diejenigen, die hier zaudern –, möchte ich sagen, sind wir Treuhänder des ganzen deutschen Volkes. Da wir das auch in Zukunft sein wollen, müssen wir bereit sein, der Mehrheit der Deutschen zur politischen Heimat zu werden. Daß wir uns darüber nicht selbst verlieren, sondern darüber wachen und dafür sorgen, ist schließlich nicht nur die vornehmste Aufgabe der Parteiführung, sondern auch die Aufgabe der tätigen Mitarbeit aller Glieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Sehr verehrter Herr Präsident Dr. Gerstenmaier! Ich darf Ihnen nicht nur im Namen dieses Arbeitskreises, sondern auch des gesamten Bundesparteitages der CDU für dieses einleitende Referat unseren aufrichtigen Dank sagen. Die Tatsache, daß 360 Teilnehmer gegenwärtig anwesend sind und etwa 100 Vertreter der Presse, die mit großer Aufmerksamkeit ihrem Referat gefolgt sind, zeigt, welche Anteilnahme jedes einzelne CDU-Mitglied an dem nimmt, was Sie uns auf den Weg gegeben haben.

Ich glaube, daß nichts geschenkt ist und daß es kein Referat war, mit dem man Schwierigkeiten und Spannungen ausräumte, sondern daß

es ein Referat war, das geeignet ist, um mit der Aussprache zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen klären, ob wir zuerst eine Generalaussprache wollen, um dann nachher zu versuchen, die Diskussion in einzelne Sachgebiete aufzugliedern. Ich glaube, daß sich im Grunde die Gliederung anbietet, die uns Herr Gerstenmaier in seinem Referat vorangestellt hat. Ich wäre deshalb dankbar, wenn jetzt dem ersten Diskussionsredner das Wort gegeben wird, während in der Zwischenzeit Ihre Ausfüllung auf dem Zettel mit der Wortmeldung erfolgt, und zwar nicht nur mit dem Namen und dem Landesverband, sondern auch mit dem Thema, damit wir einigermaßen gruppieren können und die Diskussion nicht völlig durcheinandergeht. Die Sachgebiete hat Herr Präsident Gerstenmaier wie folgt aufgeteilt:

1. die freiheitliche Existenz aller Deutschen
2. sozialer Rechtsstaat
3. kulturelle Fragen
4. wie erlangt die CDU die absolute Mehrheit?

Wenn Sie etwas in dieser Richtung gliederten, ich glaube, dann kämen wir weiter.

Zur Geschäftsordnung hat zunächst der Herr Bundeskanzler das Wort erbeten.

Bundeskanzler Dr. ADENAUER:

Meine sehr verehrten Freunde! Ich meine, wir sollten – wenigstens sofort – nicht dem Vorschlag unseres Vorsitzenden folgen. (Beifall.) Es läßt sich nach einer solchen Rede nicht sehr kurz sprechen. Man kann auch nicht einzelne Punkte herausgreifen. Es ist nach meiner Meinung eine Rede, die es verlohnt, daß wir über das Grundthema einmal ausgiebig sprechen. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, Herr Vorsitzender, daß wir zuerst eine allgemeine Diskussion machen, und dann werden wir sehen, wie sich diese allgemeine Diskussion ausgelassen hat, wie wir weiterkommen. Dann können wir zu den einzelnen Punkten übergehen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Meine Damen und Herren! Zur allgemeinen Diskussion erteile ich das Wort Herrn

Dr. BARZEL, MdB:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Ich habe mich trotz der ungünstigen Lage jetzt als erster zu Wort gemeldet. Es ist nicht leicht, nach dieser vorzüglichen Rede jetzt eine kleine Replik und Anmerkungen zu machen. Ich tue es aber, weil ich mich, Herr Präsident Gerstenmaier, angesprochen fühlte durch verschiedene Ihrer Bemerkungen und weil Sie ja selbst so liebenswürdig waren, davon zu sprechen, daß wir weite Tore haben müßten. Ich glaube auch, daß Ihre

zweite Antwort – in der Sie darauf hinweisen, daß es gut sei, daß wir unsere Weite sichtbar machen, und daß zu dieser Weite auch durchaus unterschiedliche Akzente, Ansätze und Auffassungen gehören, wenn wir nur am Schluß zu gemeinsamen Ergebnissen kommen – mich angesprochen hat, jetzt in dieser ungünstigen Stunde nach dieser großen Rede sofort extemporiert etwas zu sagen. Ich würde auch meinen, meine Freunde, daß wir, wenn wir ein paar Akzente unterschiedlicher Art sichtbar machen, doch zum Ausdruck bringen, was wir sind, das heißt die Formel, die wir versucht haben zu prägen von der Integration durch Toleranz.

Ich möchte mich zunächst bei Herrn Präsident Dr. Gerstenmaier sehr herzlich dafür bedanken, daß er einen Schlußpunkt unter eine Diskussion über das C gesetzt hat. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie davon gesprochen, daß das C praktisch konstitutiv für uns sei. Ich meine, daß wir über diese Selbstverständlichkeit, wie es auch im § 1 unserer Satzung steht, nicht mehr lange zu diskutieren brauchen. Hierüber sind wir uns einig. Das weiß ich auch aus vielen Gesprächen mit dem Präsidenten Gerstenmaier. Ich möchte mich aber doch gleich ein wenig absetzen, weil ich mich mißverstanden fühle. Ich bin dankbar, Herr Vorsitzender, daß ich gleich hier sprechen darf. Herr Präsident Gerstenmaier! Ich würde es niemals wagen zu sagen, ja, ich möchte beinahe sagen, wagen zu denken – was man ja nie in der Hand hat – daß man von dem C als einem Wertewort sprechen kann. Ich bedanke mich für die Einschränkung in dieser Frage, die Sie an mich gestellt haben. Ich glaube in der Tat, daß dieses C einfach etwas Essentielles, etwas Wesentliches ist, daß es keine Frage der Opportunität ist. Ich meine auch, daß im Schlußsatz der evangelischen Denkschrift zur Eigentumsfrage darüber etwas ganz Deutliches gesagt ist.

Lassen Sie mich einen Faden aufnehmen, den der Herr Bundeskanzler gestern in der öffentlichen Kundgebung knüpfte, als er darüber sprach, daß in der politischen und geistigen Haltung unseres Volkes doch ein wenig andere Verhältnisse seien als im Jahre 1945. Das ist sicher richtig. Aber dürfen wir nicht in aller Vorsicht ebenso klar feststellen, daß sowohl der Nationalsozialismus wie der Kommunismus aus einem totalen Säkularismus und aus einem amoralischen Opportunismus lebten und leben. Ich glaube nicht, daß die Nazis oder die Kommunisten hier eine Chance haben. Aber ein Teil dieser Grundlage an amoralischem Opportunismus und totalem Säkularismus ist doch noch unverarbeitet im Volk vorhanden. Deshalb meine ich, wird man sich nur mit dem C, mit einer großen Glaubenskraft auf die Dauer hier behaupten können. Ich nehme an, daß auch insoweit Einigkeit besteht im Ergebnis, wenngleich die Akzente vielleicht ein wenig auseinandergehen.

Ich stimme ausdrücklich der These unseres Präsidenten zu, daß die Mehrheit, die Majorität unser Ziel ist. Aber nicht das einzige, würde ich sagen; und nicht um jeden Preis. Ich sehe hier nicht einen Widerspruch etwa zum C. Ich stimme dem zu, was Präsident Gerstenmaier sagte, daß wir 1953 und 1957 die Mehrheit bekommen haben mit dem C.

Ich will jetzt nicht untersuchen, ob trotz oder wegen, sondern wir haben sie bekommen mit dem C. Es gibt erst eine Partei in unserer demokratischen Geschichte, die über 10 Jahre hindurch die Führung hat, die nun länger die Verantwortung hat als die ganze Periode Hitlers oder die von Weimar. Das sind wir, die Christlich Demokratische Union. Ich meine also, daß wir über diese Frage gar nicht mehr so viel sprechen sollten. Ich glaube auch, daß es keinen im Saal gibt – es würde mich interessieren, wenn es einen gäbe –, der glaubte, daß wir 1961 8 Mandate, die uns zur absoluten Mehrheit fehlten, etwa deshalb verloren hätten, weil wir eine Christlich Demokratische Partei sind. Ich glaube, hierfür gibt es andere Tatsachen, die der Herr Bundeskanzler hier auch genannt hat, über die wir auf diesem Parteitag und in dieser Arbeitsgemeinschaft noch sprechen werden.

Ein Zweites möchte ich hinzufügen, Herr Präsident Gerstenmaier. Ich glaube, daß man trotz aller Koalitionsschwierigkeiten einmal aussprechen darf: Wenn wir die Majorität wollen, dann dürfen wir auch die Debatte über das Wahlrecht nicht ad calendae graecas vertagen. (Beifall.)

Ich will hier nicht irgendeine Schwierigkeit mit dem Koalitionspartner herbeiführen; denn ich weiß, wir haben dafür nicht allein die Mehrheit weder im Bundestag noch im Bundesrat. Ich weiß auch, daß ein Land, in dem wir zur Zeit die Mehrheit haben, das nicht einfach machen kann wegen des Zusammenhanges der Landesregierungen. Aber können wir nicht Schritte tun auf unser Ziel zum Mehrheitswahlrecht hin? Wir werden doch die Wahlkreise, verehrter Herr Kollege Minister Höcherl, neu einteilen müssen. Wir haben jetzt 50 : 50, 50 % direkt gewählte und 50 % Kollegen, die nach der Liste gewählt sind. Können wir hier nicht etwa – nur ein Gedanke – auf 70 : 30 gehen, also einen Schritt zum Mehrheitswahlrecht hin tun? (Starker Beifall.)

Ich möchte eine andere praktische Konsequenz andeuten aus dem Willen zur Majorität. Auch das klingt vielleicht jetzt nicht sympathisch und ist nicht opportun. Aber wir sitzen ja hier als CDU zusammen und brauchen nicht nur lauter Rücksicht zu nehmen auf die praktische Politik; denn es ist ja unser Parteitag. Die anderen Parteien greifen uns auf ihren Parteitagen auch an. Da kann man doch einmal sagen, was einem am Herzen liegt! (Starker Beifall.) Meine Freunde! Wer die Majorität will, der kann sich nicht nur mit der Sozialdemokratie auseinandersetzen, der muß sich auch mit der FDP mindestens genauso auseinandersetzen. Deshalb, Herr Präsident Gerstenmaier, fasse ich Ihre Großzügigkeit und Generosität mit Hessen doch höchstens als ein Denkmodell und als eine Liebenswürdigkeit auf. Ich will es meinem sehr verehrten Kollegen und Landesvorsitzenden Fay abnehmen, selbst hier auftreten zu müssen, um über die künftigen Chancen des Landesverbandes Hessen zu sprechen.

Ich möchte noch einige allgemeine Bemerkungen grundsätzlicher Art machen. Ich stimme völlig dem Herrn Präsidenten Gerstenmaier

zu, wenn er sagt, daß man eine Politik nicht direkt und durchgängig aus der Bibel ableiten kann. Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie sagen, daß die Parteien nicht der verlängerte Arm der Kirche seien. Die Eigenständigkeit der Sachbereiche ist eine christliche Erkenntnis beider Konfessionen. Aber ich meine, daß diese Sätze nicht allein stehen sollen. Sicher gibt es nicht eine Politik direkt in jeder Einzelfrage bis zum Margarinepreis aus der Bibel. Aber: Es gibt doch sicher auch einen Margarinepreis gegen die Bibel. Und es gibt ganz sicher eine Politik, meine Freunde, die gegen die Bibel gerichtet ist. Ich meine deshalb, daß man noch hinzufügen müßte, daß unsere Politik sich immer gründet auf die 10 Gebote, auf Gottes Wort und Gebot, und ich glaube, daß wir dann auch eine gute Formel haben.

Ich glaube weiter, daß wir dann auch eine zukunftssträchtige Formel haben, denn ich zitiere den Professor Thielecke, der uns damals auf dem Hamburger Parteitag in unseren Schwierigkeiten der atomaren Bewaffnung durch sein langes Referat etwas beraten und geholfen hat. Er sagt: „Wer Freiheit will, muß nach dem fragen, was mehr ist als der Mensch.“

Wenn wir also für morgen Freiheit haben wollen, müssen wir uns um die Substanz kümmern. Ich erinnere an das, was ich eingangs sagte. Ich bin einverstanden, wenn wir jetzt diese vier Punkte, Herr Vorsitzender, als ein Schema für die Diskussion nehmen. Ich glaube, daß das eine gute Verdichtung ist und daß auch gute Akzente gesetzt sind. Ich bin einig mit Herrn Präsidenten Gerstenmaier, daß es so verstehen ist als eine Diskussionsgliederung, nicht als eine vollständige Programmatik etwa gar mit Ausschließlichkeitsanspruch, denn dann hätte ich in der Tat – wie Dr. Gerstenmaier selbst vermutet – noch das eine oder andere anzumerken.

Ich möchte noch ein Wort des Dankes auch an Herrn Präsidenten Gerstenmaier richten hinsichtlich seiner Bemühungen, etwas über Subsidiarität und Solidarität zu sagen. Wir sehen hier ein ganz erfreuliches Ergebnis von möglicher Gemeinsamkeit. Deshalb bin ich ihm für das dankbar, was er gesagt hat, weil von außen versucht wird, mit dem Begriff der Subsidiarität und der Solidarität Unheil unter uns zu stiften und so einen Keil zwischen uns zu treiben.

Wenn die SPD etwa in ihrer neuesten Schrift an die Katholiken sagt: „Ja, ihr macht nur Subsidiarität, deshalb seid ihr neo-liberal, und wir machen die Solidarität, und deshalb sind wir christlich-sozial“ – dann, meine Freunde, ist natürlich beides falsch. Präsident Gerstenmaier hat es richtig gesehen, wenn er meint – so verstehe ich ihn –, daß das eben vom Menschen her zu sehen ist, der eine Individual- und Sozialfunktion hat, und daß daher beide Prinzipien ineinander und gemeinsam zugleich gelten, wenn es eine gemeinwohlgerechte Ordnung geben soll. Indem wir nicht nur die Subsidiarität betonen, grenzen wir uns ab vom Liberalismus; indem wir zugleich die Solidarität betonen, setzen wir uns eben auch von der anderen Seite ab. Und unsere Betonung der Subsidiarität zieht auch Grenzen zum Sozialismus.

Ich will das nicht vertiefen, weil es wohl nicht sinnvoll ist, hierüber hier zu streiten. Doch möchte ich noch eine Bemerkung machen sowohl zu Präsident Gerstenmaier als auch – wenn ich darf – zu Ihrer gestrigen Bemerkung, Herr Bundeskanzler.

Meine Damen! Meine Herren! Auch dies ist nur der Akzent eines Gesichtspunktes. Wenn wir jetzt vermissen, daß wir im Bundestag eine richtige Opposition haben, wie sie schon da war – kräftig und markig, sichtbar, Ja und Nein –, dann ist man natürlich versucht zu sagen, wir hätten jetzt keine mehr. Ich glaube, meine Freunde, wir müssen uns darauf einstellen, daß wir eine viel härtere und raffiniertere haben, nämlich die der Umarmung, und darauf müssen wir uns einstellen. (Beifall.)

Ich würde auch nicht glauben, daß die Sozialdemokraten wirklich dabei sind, eine Volkspartei zu werden, und auch nicht, daß die Außenpolitik der SPD – aber darüber habe ich nicht zu sprechen – seit dem 30. Juni 1960 sich uns wirklich angeglichen hat. Allein die Frage der atomaren Bewaffnung und deren Bedeutung für die NATO macht deutlich, daß hier noch Kontroversen sind.

Wer erinnert sich noch – um das an einem praktischen Beispiel darzulegen – an den Disput zwischen Ludwig Erhard und Deist? Das war doch Opposition! Ludwig Erhard rief, glaube ich, auf zur moralischen Erkenntnis, zum Maßhalten und zu einer Politik, die wir kennen – und Deist machte das Feuerwerk von opportunistischen – wenn ich das so sagen darf – Ziffern und Zahlen, um alles von einer gewissen Gruppe aus gutzuheißen. Ich meine, hier ist Opposition, nur ist es eine neue Form. Wenn wir uns das Godesberger Programm ansehen, dann haben wir doch von der Schulfrage bis zur Eigentums politik totalkontroverse Dinge. Und ich will, weil wir uns hier in Nordrhein-Westfalen befinden, doch hierzu gerade auf dem Schulgebiet eben noch etwas im Anschluß an die großartige Feststellung von Eugen Gerstenmaier sagen, der das Elternrecht als eine Freiheitsforderung, als eine Form echter Liberalität – wenn ich ihn recht verstanden habe – hier begründet hat.

Sehen Sie hier, meine Damen, meine Herren, die Zwiespältigkeit der SPD! Wenn diese sich auf der einen Seite in einer scheinbar wissenschaftlichen Schrift an die Katholiken bemüht, darzutun, daß sie nun auch bereit sei, katholische Schullösungen zu tolerieren und mitzumachen, macht sie zugleich hier in der „Wahlillustrierten“ für dieses Land doch einen ganz massiven Angriff gegen eben diese freiheitliche Auffassung unserer Schulforderung und nennt z. B. alles das, was in diesem Lande hinsichtlich des Privatschulwesens geschehen ist, einen massiven Einfluß des Gruppenegoismus. Ja, meine Freunde, Partnerschaft mit den Kirchen und sie dann als Gruppenegoisten abzuzeichnen, das ist doch wohl nicht richtig! Aber ich sehe hier zwei Kultusminister, und ich will zu diesen Dingen schweigen, denn davon verstehen diese natürlich viel mehr.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, und das ist sicherlich nicht nur sympathisch zu hören: Wenn wir feststellen müssen, daß die SPD versucht, sich anzupassen, daß das dann auch eine Frage an uns selbst ist, nämlich die Frage, ob wir das nicht etwa der SPD erleichtert haben, indem wir auf Kontroversen und Polemik verzichteten und vielleicht auch nicht genügend Akzente aus unserem Denken in allen Parlamenten immer zur Debatte gestellt haben. (Beifall.)

Ich will es nicht übertreiben, aber wenn es eben wenig familienpolitische, eigentumspolitische, sozialreformerische Vorlagen gibt, dann können sie eben sagen: Wir sind eurer Meinung! Wir werden es ja sehen, wenn Theo Blank sein Sozialpaket hinlegt; dann werden die schönsten Kontroversen wieder da sein.

Ich möchte nur noch das eine sagen: Die SPD – und das ist auch gestern in der öffentlichen Versammlung gesagt worden – hat auf Ihrem Parteitag ein perfektes Wohlverhalten – so heißt es – gegenüber der Regierung gezeigt. Das ist sicherlich erfreulich, aber dieses Wohlverhalten ist doch keine Politik! Wir sollten nicht einfach, weil die Töne und der Stil anders werden, glauben, daß die Inhalte anders seien. Und da, glaube ich, müßten wir uns mühen, weil vor uns diese neue Phase steht. Ich will mein Referat, das Ihnen vorliegt, nicht wiederholen. Wir sind gefragt, was wir für morgen wollen; alles das, was wir in der Vergangenheit vorzüglich geleistet haben, wird als Selbstverständlichkeit konsumiert.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Präsident Gerstenmaier, wenn Sie sagen: Die Tore auf! Ja, ganz weit! Ich habe das selbst in dem Referat, das Ihnen vorliegt, gesagt. Aber bitte niemals so, daß dadurch der Turm der immer Treuen, an den sich die Randwähler anlehnen können, einstürzt oder etwa unsere Substanz Schaden leidet. (Starker Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Barzel und möchte Ihnen, meine Damen und Herren, mitteilen, daß das Referat, das Herr Barzel am Sonnabend vor dem Parteiausschuß gehalten hat und das sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt, als Drucksache Nr. 8 inzwischen erschienen ist; es kann von Ihnen in Empfang genommen werden. Ich gebe das Wort weiter an den Herrn Bundeskanzler

Dr. Konrad ADENAUER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und meine Herren! Ich glaube, daß Herr Kollege Gerstenmaier einige Ausführungen gemacht hat, die mißverstanden worden sind. Ich möchte nicht, daß dieses Mißverständnis in die breite Öffentlichkeit kommt und dort – vielleicht noch aufgebauscht – sehr unangenehm für uns werden wird.

Lassen Sie mich zunächst bei einem Punkt seiner Rede anfangen. Er hat gesagt, daß vielleicht bei der ersten Bundestagswahl das „C“ in unserem Namen zu dem Wahlerfolg beigetragen hätte. Und er

hat dabei weiter ausgeführt, daß das „Christlich“ in den Namen hineingenommen worden sei, um den Gegensatz zum Nationalsozialismus zu dokumentieren. Meine Freunde! Das ist eine Teilwahrheit. Sehen Sie, gegen den Nationalsozialismus waren doch auch eine ganze Reihe anderer Parteien, die damals auf den Plan traten. Angefangen mit den Sozialdemokraten, Demokraten usw. waren es vier, fünf oder sechs Parteien.

Ich betone, daß wir das Wort „Christlich“ gewählt haben nicht nur, um damit zu sagen, daß wir Antinationalsozialisten sind. Dazu hätten wir keine neue Partei zu gründen brauchen. Wir haben uns in erster Linie aus einem ganz anderen Grunde zusammengefunden. Sie wissen, daß ich mit zu den Gründern gehört habe. Wir haben uns gesagt: wir können diese ganz auseinandergerissene Welt nur dann wieder in Ordnung bringen, wenn wir eine Partei gründen, die auf der dem großen Teil des Volkes gemeinsamen christlichen Weltanschauung steht. Das war der Grund, warum wir die Christlich Demokratische Union hier gegründet haben und warum die Christlich Soziale Union in Bayern gegründet worden ist. Ich glaube, das sollten wir nicht verwischen lassen. Das war der Urgrund, der uns zusammengeführt hat.

Nun komme ich zu einem weiteren Wort, das doch vielleicht mißverstanden worden ist. Herr Kollege Gerstenmaier hat von dem Kampfwert des „C“ gesprochen und weiter gesagt: „Darüber wollen wir nicht weiter handeln lassen.“ Aus! Das Problem ist damit nur etwas sehr abgekürzt wiedergegeben. Zunächst möchte ich das Wort „Kampfwert“, das Herr Kollege Gerstenmaier so in der Hitze des Gefechtes gesagt hat – ich glaube, auch mit seiner eigenen Zustimmung – hier einmal weglassen und gar nicht von „Kampfwert“ sprechen (Zuruf: Werbewert!) Oder: Werbewert! Das ist noch häßlicher. (Heiterkeit.) Dann lieber „Kampfwert“, meine Damen und Herren. Ich bin mehr für Kampf als für Werbung, das sage ich Ihnen ganz offen. (Beifall.)

Aber bleiben wir bei dem „Werbewert“. Ich glaube, daß man doch Parteien – zunächst überhaupt Parteien, dann aber unsere Partei – unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten muß. Ich erinnere mich, daß ich Winston Churchill, der früher der Liberalen Partei in Großbritannien angehört hat, einmal gefragt habe, wie er es sich erkläre, daß die liberalen Parteien überall mehr oder weniger verschwunden seien. Er gab mir zur Antwort: „Es hat eine Zeit gegeben, da die liberalen Parteien etwas aufzuweisen hatten an Forderungen, an Idealen, was sonst keine Partei hatte. Und dadurch bekamen sie Leben. Jetzt aber haben das, was sie damals verlangt haben, alle Parteien. Infolgedessen haben die liberalen Parteien keinen Lebensinhalt mehr.“

Das war ein sehr richtiges Wort. Eine Partei muß einen Lebensinhalt haben. Alle, die zu uns kommen, sind willkommen! Ja, meine Damen und Herren, wer kommt denn zu uns, wenn wir ihnen nicht etwas zu bieten haben, was über Standesinteressen hinausgeht? (Beifall.) Sehen

Sie, wo sind die Parteien geblieben, die eben nur Stände vertraten? Denken Sie doch einmal zurück. Es hat eine Mittelstandspartei gegeben, es hat eine Bauernpartei gegeben, und die Sozialdemokratie ist doch als Arbeiterpartei gegründet worden. Und, meine Freunde, weil sie fühlt und sieht, daß ihr der Boden unter den Füßen fortgeht, will sie ja jetzt sich an möglichst viele Wähler wenden, die nicht in dem althergebrachten Sinne mehr Arbeiter sind. Nein, eine Partei muß einen weltanschaulichen Boden haben, auf dem sie steht! (Beifall.)

Es ist selbstverständlich: wir wollen keine kirchliche Partei sein, aber einem großen Teil des Volkes ist die Tradition des Christentums, ist der Geist des Christentums noch dasjenige, was ihn auch im täglichen Leben erfüllt – selbst wenn er sich nicht immer darüber klar wird, was er fühlt und wonach er handelt. Und die Leute, die so dem Geiste nach Christen sind und auf christlichem Boden stehen, das sind diejenigen, die wir in unserer Partei vereinigen wollen.

Warum wollen wir sie vereinigen? Weil wir – und ich wiederhole noch einmal, was ich, glaube ich, gestern gesagt habe – namentlich in einer so zerrütteten und zerrissenen Zeit wie der unsrigen die Welt nur wieder aufbauen können, wenn wir sie, getragen von christlichem Empfinden, wieder aufbauen. (Beifall.) Und nur dieser gemeinsame Boden trägt unsere Mitglieder hinweg über Gegensätze, die aus ihren verschiedenen Ständen, aus ihren verschiedenen Berufen, aus ihrer Herkunft aus verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes ganz selbstverständlich kommen. Daher meine ich: Dieses „C“ hat einen Kampfwert und hat einen Wert. Aber lassen Sie es mich so ausdrücken: es hat eine ganz große Anziehungskraft auf viele Wähler und Wählerinnen. (Beifall.)

Es gibt ein altes Sprichwort aus dem Mittelalter, das heißt, glaube ich: Der so und so, der nach Rom pilgert, der denkt nicht jeden Tag, daß er jetzt nach Rom geht, und trotzdem macht er diesen Weg! Stoßen Sie sich, meine verehrten evangelischen Freunde, bitte nicht an „Rom“, Sie wissen ja, wie ich das meine; ich habe nur dieses alte Wort gewählt. (Heiterkeit.)

So ist es bei vielen von uns. Ja, ich glaube, ich kann fast sagen: in uns allen; es ist ein überliefertes, auf christlichen Grundsätzen beruhendes Empfinden, eine Beurteilung unseres Tun und Lassens, lebendig. Deswegen wollen wir eine christliche Partei sein, um alle diejenigen, in denen die Grundlage des Christentums lebendig und wirksam ist, in unserer Partei zusammenzufassen und einzusetzen zum Wohle des Staates und des Volkes.

Das ist jetzt noch mehr notwendig als in den Jahren 1945 und 1946. (Beifall.) Einmal, weil der Materialismus in allen Schichten, in allen Ständen des Volkes sehr stark geworden ist und das ideelle Denken zu überdecken, zu überwuchern droht; zum anderen aber – und das ist für meine Person der durchschlagende Grund –: man muß doch sehen, was in der Welt vor sich geht; daß diese große Auseinander-

setzung, die voraussichtlich Jahrzehnte währen wird, zwischen dem atheistischen Materialismus und Kommunismus und dem Christentum, dem Christentum schlechthin, christlichem Denken und Empfinden, und allen Werten, die im Laufe der Jahrtausende seit Christi Geburt – gestützt auf griechische Philosophen – entwickelt worden sind, auch vor allem die Freiheit und die Würde der Person, daß diese Auseinandersetzung bereits im vollen Gange ist.

Und weil diese große Auseinandersetzung in den nächsten Jahrzehnten der Erde ihr Gepräge geben wird, die Auseinandersetzung zwischen dem atheistischen Kommunismus und dem Christentum, gerade deswegen ist es nötig – damit wir nicht unterliegen –, der Weltanschauung des Kommunismus – denn es ist eine Weltanschauung, eine atheistische materialistische Weltanschauung – die christliche Weltanschauung entgegenzusetzen. (Beifall.)

Keine Partei, die nicht eine Weltanschauung als Grundlage ihres Tuns und ihres Lassens und auch ihrer Werbung und ihres Kampfes hat, wird den Kampf gegen die kommunistische Weltanschauung bestehen können. Darum glaube ich, wir handeln entsprechend dem Auftrage, den wir bei der Gründung der Christlich Demokratischen Union bekommen haben, und wir handeln entsprechend den Notwendigkeiten der Entwicklung und der Notwendigkeit der ganzen Situation in der Welt, wenn wir diese Weltanschauung nach wie vor unserer Arbeit zugrundelegen und uns zu ihr bekennen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler. Das Wort hat jetzt Herr Bundestagspräsident

D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Ich melde mich bloß zur Diskussion, um Sie zu entlasten. Wir können es verhältnismäßig einfach machen. Ich habe zwei Bemerkungen:

1. Zum Herrn Kollegen Barzel. Herr Kollege Barzel! Das Problem ist offen, und zwar nicht bloß in der CDU, sondern – soweit ich sehe – in der politischen und in der christlichen Ethik überhaupt, wieweit die Heilige Schrift oder kirchliche Entscheidungen Material der politischen Entscheidungen sein müssen und können. Ich lasse das dahingestellt und sage, daß für unsere Politik das „C“ auf jeden Fall in unseren Augen ein selbstkritisches Korrektiv ist. Wir sind nicht frei, solange wir uns christlich nennen, unsere politischen Handlungen der Selbstkritik vom Christentum her, wie wir es gewissenmäßig verstehen, zu entziehen.

Darüber hinaus wiederhole ich noch einmal, was ich gesagt habe, daß für die CDU als Ganzes, als politische Partei das „C“ eine praktisch-konstruktive Bedeutung hat. Darin sehe ich ein Zentrum ihres Integrationswertes und ihres Zusammenhaltens überhaupt. Das lediglich zur Klarstellung.

2. Zum Herrn Bundeskanzler nur eine Bemerkung, meine Damen und Herren. Ich habe nichts anderes mir zum Ausdruck zu bringen erlaubt als das, daß ich die Frage offen lasse, ob das „C“ nun ein politischer Werbewert in dem Sinne ist, daß es uns mehr Wähler einbringt. Ich weiß es nicht, ich habe darüber keine Auskünfte. Noch nicht einmal Ennid oder andere Tiefenforscher der deutschen Seele haben darüber bis jetzt eine, wie ich meine, verwertbare Auskunft gegeben. Motive werden letztlich nie ganz erfaßbar sein, auch mit der besten Volksbefragung nicht. Ich lasse also die Frage offen. Ich sage also weder was ist, noch was nicht ist, sondern ich habe mir nur erlaubt zu sagen: Wie es auch immer sein mag, ich würde empfehlen, das „C“ in unserem Namen als Leitmotiv nicht der Opportunität zu unterwerfen, d. h. nicht davon abhängig zu machen, ob es uns politisch mehr oder weniger Stimmen bringt, sondern dazu aus klaren Gründen prinzipieller Entschiedenheit zu stehen und die Frage der Opportunität in diesem Punkte überhaupt nicht zuzulassen.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Wort weiter an Herrn Dr. GEISSLER, Landesverband Württemberg-Hohenzollern:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bei der Diskussion, die wir heute nachmittag miteinander führen wollen, scheint es mir notwendig zu sein, noch einmal auf die grundsätzliche Frage abzustellen, die sich daraus ergibt, daß die Sozialdemokratische Partei zurzeit in wesentlichen außenpolitischen und auch wirtschaftspolitischen Fragen sich auf die Ebene der CDU begeben hat. Für uns als Christlich Demokratische Union bedeutet das doch die Frage: Inwiefern können wir heute noch dem Wähler klar machen, wie wir uns von der SPD unterscheiden? Die SPD bekennt sich heute zur NATO, sie bekennt sich zur Wehrpolitik, sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft. Ich bin der Auffassung, daß diese Übereinstimmung eine rein formale und zufällige Übereinstimmung ist. Der Unterschied liegt u. a. in der Begründung z. B. der Sozialen Marktwirtschaft oder der Verteidigungs- und Außenpolitik; denn diese Begründung geht aus von der Bejahung des „C“ im politischen Raum.

Zum Beispiel in der Außenpolitik der letzten Jahre bestand der Hauptunterschied zwischen CDU und SPD darin, daß die CDU aus ihrem christlichen Selbstverständnis heraus die Sowjetunion in ihrer Ideologie eben anders beurteilt hat als die SPD, die glaubte, mit der Sowjetunion wie mit irgend einem anderen Lande Handel treiben, Verträge schließen zu können. Hier liegt mit ein Grund dafür, warum wir uns auf dieses „C“ besinnen müssen, denn wenn wir das „C“ nicht hätten und daher auch z. B. die bolschewistische Weltanschauung nicht in ihrer Realität erfassen könnten, dann wäre auch die Realpolitik der letzten 10 Jahre nicht möglich gewesen, sondern wir wären u. U. auf dieselben Abwege

geraten wie die SPD. Deswegen glaube ich, daß das „C“ nach wie vor für uns in der Partei ein Grundelement sein muß und nicht irgendeine zufällige Gegebenheit, die wir eines Tages wieder über Bord werfen können. Außerdem wäre noch das folgende zu sagen: Die CDU muß, wie Herr Präsident Gerstenmaier gesagt hat, weil sie eine große Partei ist, möglichst weiträumig sein. Das bedeutet doch aber, daß wenigstens ein integrierender Faktor vorhanden sein muß, um diese Weiträumigkeit zusammenzuhalten. Dieser integrierende Faktor ist das „C“.

Dieser integrierende Faktor muß sich jedoch auch in der Praxis durchsetzen. Ich meine, wir haben in den letzten vier Jahren der vergangenen Legislaturperiode des öfteren in der CDU erlebt, daß dieses „C“ als integrierender Faktor in der Partei und auch in der Fraktion nicht mehr so zum Zuge gekommen ist, wie wir es uns als einfache Parteimitglieder gewünscht hätten. Ich darf hier nur an die Krankenversicherungsreform, an die Kriegsofergesetzgebung und auch an das Wahlrecht erinnern, das Herr Dr. Barzel heute schon einmal angeführt hat. Das sind alles Dinge gewesen, die wir aus unserem integrierenden christlichen Bewußtsein heraus hätten lösen müssen und können. Daß wir es nicht getan haben, schadete zweifellos unserer Partei im Wahlkampf.

Dieser integrierende Faktor muß nicht nur auf Bundesebene zum Tragen kommen, sondern er gilt genau so für das Verhältnis zwischen Bund und Ländern, genauer: Er gilt auch für die Angehörigen der CDU in den Ländern und für die Angehörigen der CDU im Bund. Es hat keinen Wert, daß die CDU in wichtigen Fragen, wie z. B. der Finanzreform, aber auch in Fragen z. B. des Fernsehens und des Rundfunks, in den Ländern eine andere Meinung vertritt als im Bund. Das hat uns in den vergangenen Jahren auch niemand abgenommen. (Beifall.)

Zum Schluß möchte ich noch etwas sagen, was zur Organisationsreform unserer Partei gehört. Der CDU wirft man z. B. dauernd vor, sie würde einen Wahlkampf führen, der sich mit dem Namen und dem Buchstaben des „C“ nicht verträgt. Wir bei der CDU sollten einmal damit anfangen, nicht so empfindlich gegenüber diesem Argument zu sein. (Beifall.) Bei den letzten Wahlkämpfen hat man immer wieder beobachten können, daß die Presse mit dem Finger auf die CDU deutete, wenn von unserer Seite einmal etwas hart und präzise gesagt wurde. Wenn aber die anderen Parteien gegen uns in einer Art und Weise polemisiert, die in keinem Verhältnis zu dem stand, was wir getan hatten, dann wurde das mit Stillschweigen übergangen.

Ich meine, es wäre auch eine Aufgabe der CDU gewesen und besonders der CDU-Propaganda im letzten Wahlkampf, etwas besser auf diese Dinge hinzuwirken. Gestern ist schon ausgesprochen worden, daß das Verhältnis unserer Partei zu Presse und Rundfunk etwas besser werden könne. Ich muß ehrlich gestehen, ich habe gerade diese gute Verbindung der CDU zur Presse und zum Rundfunk an einem entscheidenden Tage vermißt, und zwar an dem Tage, als die Mauer in Berlin aufgerichtet

wurde. (Zurufe: Sehr gut! – Beifall.) Was hätte es uns denn gekostet, einmal mit unserer ganzen Propaganda darauf hinzuweisen, daß der Herr Brandt, der mit dem Vizepräsidenten Johnson durch Berlin gefahren ist, einer derjenigen war, die die Garantie, die die Westmächte für Berlin im Deutschlandvertrag gegeben haben, damals im Bundestag ablehnte. Was hätte es denn die CDU gekostet, diese Dinge klar und massiv auch im Wahlkampf auszusprechen. Das bezieht sich auch auf die ganze Angelegenheit der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Berlin.

Wir haben als einfache Parteimitglieder oft geradezu ahnungslos und ohne Nachricht an der Front im Wahlkampf gestanden und haben auf diese Nachrichten gewartet. Aber wir haben nahezu nichts erfahren; wenn wir aber etwas erfahren haben, dann war es gewöhnlich zu spät. (Beifall.) Das war ebenfalls eine Frage der Organisation.

Wir sind uns in der gesamten Partei, in den Ortsvereinen und in den Kreisverbänden darüber klar, daß zur Zeit bei uns allgemein ein großer Unmut herrscht. Dieser Unmut liegt nicht nur darin begründet, daß vielleicht das eine oder das andere bei uns nicht so gegangen ist, wie wir das gewünscht hätten oder daß wir 4,9 % bei der letzten Wahl verloren haben, sondern auch darin: Wir alle haben das Bedürfnis, daß unsere Partei organisatorisch wieder in eine feste Hand genommen wird, daß sie in den Wahlkämpfen wieder eine feste Führung erhält und ihnen daher mit Zuversicht entgegensehen kann.

Ich meine, wir sind es anderen Parteimitgliedern, die uns heute auf diesen Parteitag geschickt haben, schuldig, daß wir die Dinge, die die Parteimitglieder draußen im Lande bewegen, hier einmal ansprechen. (Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Wir danken Herrn Dr. Geißler für seinen Beitrag.
Nunmehr gebe ich das Wort Herrn Abgeordneten

Dr. KOHL, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung zur Diskussion des heutigen Tages. Viele von uns – auch ich – sind hierhergekommen, um das Thema, das wir unter dem Schlagwort „Parteireform“ vielleicht nicht gut formuliert haben, zu diskutieren. Ich fürchte – nachdem die Diskussion heute mittag in der Weise vor sich gegangen ist –, daß der eine oder andere in das Thema des Nachmittages „Die künftigen Aufgaben der CDU“ nicht ganz erschöpfend wird einsteigen können.

Deswegen habe ich die sehr herzliche Bitte, daß wir möglichst bald auch außerhalb dieses Parteitages einmal Gelegenheit bekommen möchten, in einem größeren Kreis und ohne die Belastungen, die mit einem Parteitag notwendigerweise verbunden sind, über dieses Thema zu sprechen; dies um so mehr, weil es für den einen oder anderen

– auch für mich als dem Vorsitzenden eines CDU-Kreisverbandes – nicht ganz leicht war, an das mit „Vertraulich“ bezeichnete Gutachten des Herrn Dr. Barzel heranzukommen. Wenn wir also heute auf der Grundlage dieses, wie ich glaube, sehr verdienstvollen Gutachtens diskutieren – auch wenn es uns erst jetzt kurz vor dem Beginn der Diskussion in einer Kurzfassung vorgelegt worden ist –, so wäre es notwendig gewesen, daß wir mehr Zeit und Muße gehabt hätten, um uns besser vorzubereiten und somit das eine oder andere dazu noch beizutragen. Das ist das eine.

Das andere, was ich sagen möchte, ist folgendes: Wir haben hier sehr Beachtliches gehört, insbesondere in den Ausführungen unseres Freundes Dr. Gerstenmaier. Auch das, was hier vorgetragen wurde, ist des Nachdenkens wert. Aber auf Grund der Nuancen in der Diskussion, die sich hier anschließend vollzogen hat – das möchte ich so sagen, weil nicht nur ich, sondern auch viele andere das hier im Saal so empfunden haben –, wäre es auch zweckmäßig, die Diskussion fortzusetzen – und hier kann man doch in etwa einmal von den Sozialdemokraten lernen –, und zwar überall dort, wo ein Interesse besteht in unseren Kreisverbänden, einmal mit unseren Mitgliedern an der Basis der Partei über diese Dinge ganz offen zu sprechen.

Meine lieben Freunde! Nicht nur ich, sondern viele sind hierhergekommen, weil eine gewisse Unruhe unter unseren Freunden und Mitgliedern im ganzen Land über den Weg der CDU herrscht. Es ist nicht nur eine Unruhe – wie hie und da und auch heute gesagt wurde –, die von außen in die CDU hineingetragen wurde. Das ist richtig, aber ich halte nichts davon, nun denen, die draußen stehen und es gut mit uns meinen – sogar recht häufig auch bei der Presse es gut mit uns wollen. Wir haben selbst allen Grund, einmal selbstkritisch unseren Weg als Partei, den Weg der CDU/CSU vor allen Dingen in den letzten Jahren, zu betrachten. (Beifall.) Diese Unruhe unter den Freunden und Mitgliedern ist ganz einfach nicht zu leugnen. Es ist die Frage, die sich nicht weniger auch an uns stellt: Gewinnt die CDU/CSU die Dynamik der früheren Jahre in ihrer praktischen Arbeit und in ihrer grundsätzlichen Aussage wieder?

Unser Freund Dr. Barzel hat davon gesprochen, daß wir der Gefahr der Umarmung der Sozialdemokraten entgehen müssen. Wir haben erlebt und erleben es wahrscheinlich in diesem Jahre an vielen Orten wieder, daß die Wähler die großartigen Leistungen der Vergangenheit nur allzu leicht vergessen und uns konkret fragen: wie gestaltet ihr das Morgen in dieser oder jener Frage? Dazu gehört auch, wenn wir über die künftigen Aufgaben der CDU sprechen – entschuldigen Sie, daß ich das hier einmal so einfach vortrage –, daß wir wenigstens einen kurzen Blick auf den Stand unserer Organisation werfen. In einer Generalaussprache über die künftigen Aufgaben der Partei gehört gerade in der CDU dieses Thema nicht an die letzte Stelle.

Ich will hier nicht von einer Priorität der Organisation sprechen. Das wäre dem inneren Gesetz der CDU sicherlich nicht gemäß, aber es gehört unter anderem auch in diese Diskussion. Deswegen darf ich eine kurze Bemerkung zu der für morgen vom Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß vorgeschlagenen Satzungsänderung machen. Ich glaube, es gibt niemanden in der Partei, der diesen Weg, der nun von Bundesvorstand und Bundesausschuß dem Parteitag vorgeschlagen wird, nicht gebilligt; es gibt niemanden, der sich nicht mit großer Genugtuung darüber freut, daß wir nun zu einem Geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden der CDU für die Bundesrepublik Deutschland kommen werden. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bis zur Stunde nur sehr wenig gehört, auch im Bundesausschuß, über das, was dieser Geschäftsführende Vorsitzende tun soll. (Dichtel: Alles!)

Alles? – Vielleicht bin ich da auf dem Ohr taub gewesen! Ich habe jedenfalls aufmerksam zugehört, aber einen Teil der Dinge konnte ich so nicht sehen. Deswegen darf ich hier einmal ausführen, wie es sicher manche von uns und auch ich sehen. Wir wünschen uns, daß dieser Geschäftsführende Vorsitzende mit Möglichkeiten so ausgestattet wird, auch – ich will das Wort hier gebrauchen – mit politischer Macht, daß er auf keinen Fall nur zu einem Erfüllungsgehilfen des übrigen Vorstandes wird, (Lebhafter Beifall.) sondern daß er eigenständig, auch kraft eigener Position in der Satzung der CDU, zur Übernahme politischer Führungsaufgaben sich bereit finden kann, ja bereift finden muß. In diesen Bereich gehört sicherlich, daß die Arbeit unseres Bundesvorstandes und noch viel mehr des Bundesausschusses weit stärker aktiviert wird, als das in der Vergangenheit geschehen ist. (Beifall.)

Mir ist es häufig passiert – ich will das hier einmal ganz offen sagen –, als ich führende Mitglieder des Bundesvorstandes – gerade auch in Krisenzeiten der Partei, die wir ja auch in den letzten Jahren hatten – darauf ansprach, wie sich der Bundesvorstand zu dieser oder zu jener Frage stelle, weil wir ja draußen in den Versammlungen danach gefragt werden, dann hieß es: Der Bundesvorstand hat nicht getagt. – Sie kennen diese Beispiele.

Wir erhoffen uns von der morgigen Wahl, daß das ein für allemal der Vergangenheit angehört. Ich erhoffe mir ein weiteres von dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, den wir morgen etablieren wollen: daß die Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden besser wird, als das sicherlich in der Vergangenheit hier und da zu beobachten war. Es kann nicht angehen, daß man aus einem falsch verstandenen föderalistischen Prinzip – das keines ist – eine Institution von – ich nehme mal den Begriff, wie er in der Partei umgeht – „Landesfürsten“ konstruiert und dabei die Bundespartei Not leidet! Es darf aber auch nicht dazu führen, daß die Bundespartei ihrerseits auf alles das, was für die Länder richtig ist und ihnen zukommt, zu wenig Bedacht nimmt.

Mein Herr Vorredner hat zwei Beispiele aus der jüngsten politischen Geschichte der Bundesrepublik in bezug auf unsere Partei gebracht; den Länderfinanzausgleich, den Ausgleich des Fehlbetrages im Bundesetat, und den sogenannten Fernsehstreit. Das alles wäre doch unmöglich gewesen – ich will das hier einmal ganz klar aus meiner Warte sagen –, wenn Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß so aktionsfähig gewesen wären, auch in diesen entscheidenden politischen Fragen, wie wir es für die Zukunft unserer Partei wünschen müssen. (Beifall.)

Eine kleine Bitte hier am Rande habe ich als Mitglied einer Landtagsfraktion. Ich würde mir auch wünschen, daß in diesem Bereich, von der Partei her gesehen, die Zusammenarbeit zwischen Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen aufgenommen wird. Hier hat sich in den letzten Jahren sicherlich manches erheblich gebessert, aber es kann noch viel geschehen. Wer sich an die Misere bei der Gewährung von Weihnachtswendungen für die Beamten vom letzten Dezember erinnert, der hat eine Vorstellung davon, wie leicht man hier Porzellan zerschlagen kann und wie schwer es ist, dann die Scharte wieder auszuwetzen.

Meine Damen und Herren! Unsere Parteien in der Bundesrepublik haben nicht zuletzt nach dem Artikel 21 des Grundgesetzes unter anderem die Verpflichtung, in Wahlen durch Wahlmehrheit ihr Programm zu verwirklichen. Das ist nur möglich, wenn eine Partei als solche auch über ein entsprechendes Instrument verfügt. Ich spreche hier ganz klar das Problem „Wählerpartei oder Mitgliederpartei“ an, ein Problem, das seit vielen Jahren diskutiert wird und über das unser Freund Ministerpräsident Dr. Meyers in Kiel schon ausgezeichnete Ausführungen gemacht hat; aber Ausführungen, die leider Gottes in dieser Zeit weitgehend ohne echte Auswirkungen draußen im Lande geblieben sind. Auch hier möchte ich hoffen und wünschen, daß der Geschäftsführende Vorsitzende mit der ganzen Autorität ausgestattet und von jedermann in unserer Partei unterstützt – d. h. vom Ortsparteivorsitzenden angefangen über den Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundespartei vorsitzenden – in die Lage versetzt wird, diese Dinge zu tun.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das ich hier wenigstens noch kurz anführen möchte. Es ist notwendig, daß wir uns einmal über unsere Prinzipien bei der Auswahl von Mandatsträgern unterhalten, und zwar nicht nur von Mandatsträgern zu Ämtern des Staates, sondern auch zu den Ämtern der Partei. Ich möchte nicht die Frage an Sie stellen, wie es mit den Delegationen der einzelnen Landesverbände zu diesem Parteitag bestellt war oder bestellt ist. Ich meine aber, bei der Auswahl der Delegierten sollte man den gleichen Gradmesser von Bedeutung anwenden innerhalb der Partei, auch zu den Ämtern der Orts- und Kreisverbände wie hier zu den aus vielen Gründen begehrteren Ämtern in staatlichen Positionen.

Das ist um so wichtiger, weil wir Gefahr laufen, aus einem falsch verstandenen Paritätsdenken heraus über die wichtigen Fragen der

Konfession, des Berufes, des Geschlechts und des Alters das Wichtigste zu vergessen, nämlich unsere Parlamente, auch die Parlamente – wenn ich so sagen darf – unserer Partei mit Funktionsträgern auszustatten, die in der Lage sind, die auf sie zukommende Verantwortung auch tatsächlich zu tragen. (Lebhafter Beifall.) Dazu gehört, daß sicherlich nur derjenige in ein solches Amt kommen sollte, der vom Vertrauen der Partei und seiner Freunde getragen ist. Das gilt übrigens nicht nur für die Arbeit innerhalb der CDU, sondern auch in der von der CDU geprägten Personalpolitik im staatlichen Bereich. Es ist so, daß beispielsweise die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Studentenverbindung nicht die Bindung an die Partei völlig überflüssig macht.

Das C in unserem Namen ist hier mehrmals angesprochen worden. Ich will es in der Diskussion sehr kurz machen: es ist für viele unserer Gegner, aber auch für manche unserer Freunde ein Ärgernis. Aber es ist sicherlich für uns zunächst eine Verpflichtung. Wir sollten allen Diskussionsrednern – ich habe ein echtes Mißverständnis zwischen dem Herrn Bundestagspräsidenten und dem Herrn Bundeskanzler nicht gesehen – in dieser Frage zustimmen und unvermindert zu diesem C stehen, das als Gesetz unseres Anfangs, nicht zuletzt auch zu den Erfolgen, aber auch zu der Freundschaft – die beispielsweise zwischen Protestanten und Katholiken in der CDU gerade bei der jüngeren Generation vielleicht noch mehr als bei den älteren – zu einem beglückenden Erlebnis werden konnte. Dieses Maß unserer Kraft gilt auch unverändert im Jahre 1962. Das „Christlich“ als Maßstab unseres Tuns und nicht als Anmaßung nach draußen verstanden, wird sicherlich auch draußen verstanden.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zu dem Problem der christlichen Solidarität in unseren eigenen Reihen. Wenn Sie die jüngste Geschichte der letzten Monate betrachtet haben, dann konnten Sie im großen und im kleinen innerhalb der CDU/CSU beobachten, daß dieser oder jener von unseren Freunden in Schwierigkeiten geriet, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß derjenige, der an vorderster Stelle der CDU steht, vielleicht in Sonderheit ein Angriffsobjekt sondergleichen geboten hat. Ich bin in Versammlungen oft danach gefragt worden und habe eben das vermißt, was ich eben mit „christlicher Solidarität der Freunde in der CDU/CSU“ bezeichnet habe. (Beifall.)

Das gilt nicht nur für die Vorsitzenden der Ortsvereine und der Kreisverbände, das gilt in gleicher Weise auch für die Mitglieder des Bundesvorstandes. Und wenn Sie es wollen, dann sind wir Mitglieder der Partei, auch die Mitglieder des Bundesvorstandes. Manches von dem, was hier andeutungsweise anklang in der Rede des Herrn Bundeskanzlers und auch in der sehr delikaten Formulierung des Herrn Bundestagspräsidenten vorhin, sollte uns einmal zu der Überlegung veranlassen, daß vielleicht in naher Zukunft ein Zeitpunkt für die CDU kommen könnte, wo diese christliche Solidarität auch an der Spitze mehr vonnöten ist als alles andere. (Lebhafter Beifall.)

Wer den Weg unserer Partei in diesen anderthalb Jahrzehnten mitgetragen und mitverfolgt hat, wer immer dabei war, auch auf den Bundesparteitag – auch wenn sie manchmal nicht Parteitage, sondern mehr eine Heerschau der Partei waren –, der hat allen Grund, mit Stolz auf diesen Weg der Vergangenheit zurückzublicken; und er hat auch Grund, wenn er die Dinge ernsthaft besieht, an der Zukunft nicht zu zweifeln.

Wir haben auch in Zukunft als CDU die Chance, die führende Kraft unseres Volkes zu bleiben, wenn wir es nur wollen. Manches in den letzten Monaten ließ mich daran zweifeln, ob nicht wenige in unserem Kreis kleimütig geworden sind. Wir sollten aber nach Hause fahren und damit beginnen, den Wählern und unseren Freunden klarzumachen: Es hat sich nichts geändert – ich fahre jetzt in der Formulierung nicht so fort, wie es manche von Ihnen erwarten –, wir sind insgesamt die alten geblieben!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Schönen Dank, Herr Dr. Kohl! Meine Freunde! Ich habe eine Geschäftsordnungsmeldung bisher unterdrückt. Mir liegt ein Antrag von Herrn Hoheis aus Südbaden vor, der folgendermaßen lautet: Die Redezeit wird auf drei Minuten begrenzt.

In der Zwischenzeit liegen über zehn Wortmeldungen vor. Ich möchte deshalb, bevor wir in eine Kürzung der Redezeit eintreten, Sie darum bitten, sich selber etwas kürzer zu fassen. Das Wort hat nunmehr Herr

PETER, Rheinland-Pfalz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte versuchen, einmal als ganz kleiner Parteimann die Dinge etwas mehr von der Peripherie aus zu sehen und nicht zu sehr in die Tiefe zu steigen. Als Delegierte sind wir hierher gekommen mit einem bestimmten Auftrag. Unsere Freunde erwarten etwas von uns. Die großen parteipolitischen Fragen, um die es hier in diesem Arbeitskreis geht, kann man vielleicht so formulieren: Es geht uns einmal darum, den Kreis unserer festen Wähler, auf die wir uns verlassen können, zu stärken und zu erweitern, zweitens unseren Mitgliederbestand wesentlich zu vergrößern. Man erwartet also einiges von uns. Das müssen nicht unbedingt Sensationen sein; aber man will von uns doch wenigstens etwas hören, wenn wir wieder nach Hause in unsere Verbände kommen und dort gefragt werden, wie es denn nun weitergehen soll. Das große Unbehagen – sei es nun berechtigt oder nicht berechtigt – ist ja nun einmal eine Tatsache, mit der wir uns abfinden müssen. Man kann es nicht einfach abtun mit abfälligen Kommentaren, als falsche Bescheidenheit, als Querulantentum oder was es auch sein möge. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß es zum großen Teil unsere Freunde und Wähler sind, die dieses Unbehagen spüren. Werden wir deshalb einmal ganz konkret und denken wir daran, daß uns auch in diesem

Augenblick die Öffentlichkeit beachtet und gerne wissen möchte, wie es weitergeht und was hier in Dortmund geschieht.

Als ich heute morgen die Schlagzeilen der Zeitungen las, bekam ich einen kleinen Schreck. Der Tenor lautete übereinstimmend: Der Bundeskanzler denkt nicht an Rücktritt. – Das ist an sich keine Überraschung, aber es ist in dieser Klarheit und Eindeutigkeit und als Endergebnis unseres Parteitages doch wohl psychologisch äußerst ungünstig. Ich weiß schon jetzt, daß, wenn ich nach Hause komme, meine Freunde sagen: Na ja, weshalb seid Ihr denn zusammen gewesen? Es bleibt also doch alles beim Alten. – Wir sind uns darüber klar, daß keine jähen Änderungen hier eintreten sollten. Das wollen wir nicht. Aber der Endtenor und das Ergebnis unserer Zusammenkunft und Besprechungen sollte nicht sein, daß alles beim Alten bleibt. Natürlich soll die Einschränkung gelten, von der mein Vorredner, Herr Dr. Kohl, gesprochen hat, daß wir selbstverständlich in unserem Kern und in unserer Substanz die alten bleiben, daß aber doch eben nicht alles beim Alten bleibt.

Wir wollen hier doch in aller Klarheit feststellen – ich versuche es wenigstens – und damit der Meinung des größten Teil unserer Wähler Ausdruck geben, daß der Rücktritt unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers unter allen Umständen auf dem Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit erfolgen sollte, aber nicht erst dann, wenn die Kurve bereits im Abfallen ist. (Vereinzelter Beifall.) Deutlicher und anders ausgedrückt: Lieber zwei Jahre früher als nötig, als einen Tag zu spät! Das erwartet nämlich der einfache Wähler, der zwar nicht über einen eminent guten politischen Sachverstand verfügt, aber doch über einen gesunden Menschenverstand. Das ist auch durchaus kein schnöder Undank, sondern der Wunsch weiter Kreise unserer Wähler, und zwar sogar solcher Kreise, die noch über den Stamm unserer CDU-Wähler hinausgehen, daß das Bild eines wahrhaft großen Staatsmannes durch nichts getrübt wird.

Wir sollten auf solche Reaktionen unserer vielen Wähler und Freunde im Lande achten; denn hier liegt ein weiterer Kern des sogenannten Unbehagens; nämlich insofern, als die dynamischen Strömungen von oben nach unten und umgekehrt zwar vorhanden, aber zu schwach sind. Eine Änderung dieses Zustandes bedingt eine Änderung der Einstellung vieler unserer führenden Parteifreunde, die davon ausgeht, daß politischer Sachverstand und politische Rücksicht in jedem Falle auch die allein richtige Entscheidung gewährleisten, daß also eben nur dies das Problem sei, dem kleinen Mann klarzumachen, daß diese Entscheidungen richtig seien.

Es geht jedoch meines Erachtens darum, auch auf diesem Gebiet das Subsidiaritätsprinzip mehr zur Geltung kommen zu lassen, das heißt politische Willensbildung von unten entstehen zu lassen, während die Willensbildung von oben eher eine ergänzende und fördernde sein sollte.

Es geht also darum, um es nochmals zu sagen, den Kreis unserer Wähler und Mitglieder dadurch zu vergrößern, daß gewisse Bedenken, als einfaches Parteimitglied doch über keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten zu verfügen, ausgeräumt werden.

Denn wie wird nun eigentlich die politische Abstinenz vieler Wähler begründet? Doch vielfach in dem Mißtrauen, welches wahrscheinlich nicht ganz unberechtigt ist, daß Politik eben nicht mehr im politischen Raum gemacht wird, sondern höchstens in einem kleinen Dachstübchen bei denen ganz oben oder aber im vorpolitischen Raum bei den Gruppen und Verbänden, so daß die politischen Parteien in ihrer Auswirkungsmöglichkeit doch erheblich begrenzt sind. Es ist nun freilich schwer, dafür oder besser dagegen ein Patentrezept zu finden, ja, überhaupt das, was hier nun anders werden müßte, klar zu formulieren. Ich möchte sagen, vielleicht ist es wichtiger, daß wir alle real von der Notwendigkeit einer neuen inneren Einstellung zur innerparteilichen Demokratie überzeugt sind, als uns mit einer nur taktisch bestimmten Resolution ein Alibi des guten Willens verschaffen zu wollen.

(Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender Ministerpräsident VON HASSEL:

Danke schön, Herr Peter!

Nunmehr hat das Wort Herr

Dr. STOLTENBERG, MdB:

Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde! Es ist für unsere Diskussion bezeichnend, daß es uns eigentlich um zweierlei hier heute geht: Wir wollen einmal bei der Diskussion uns über die künftigen Aufgaben der CDU, damit gewisse Grundsätze unserer Arbeit als Union deutlich werden, und wir wollen zum anderen – das hat die bisherige Diskussion klargemacht – uns über bestimmte praktische Fragen hinsichtlich der Führung und Organisation unserer Partei unterhalten. Ich glaube, es geht darum, daß diese Dinge nicht beziehungslos nebeneinander stehen, sondern daß diese praktischen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, eigentlich nur dann sinnvoll diskutiert werden können, wenn wir sie in eine Beziehung setzen zu den Grundsätzen, wie sie vor allem im Referat des Herrn Bundestagspräsidenten hier als Aussagen und als Fragen an uns gestellt worden sind.

Der entscheidende Hinweis in diesem Referat war der auf die Stellung der Christlich Demokratischen Union als einer christlichen Volkspartei in einer rein säkularisierten Gesellschaft, als einer Partei, die dennoch – darüber sind sich alle einig gewesen, die dazu gesprochen haben – notwendig das Ziel einer Mehrheitspartei haben muß. Das ist die Grundfrage für uns, nämlich, diese Grundspannung schöpferisch werden zu lassen für uns als eine Partei zum Wohl unseres Landes. Ich glaube, es ist auch sehr gut, daß der Herr Bundestagspräsident scharf

den Charakter und die besonderen Aufgaben unserer Union als einer politischen Partei hervorgehoben hat, die den besonderen Bedingungen des politischen Machtkampfes unterworfen ist.

Ich halte es für richtig, daß er die These aufgestellt hat, daß die Partei nicht der Ort einer rein abstrakt-theologischen, naturrechtlichen oder sonstigen theologischen Diskussion sein kann. Auf der anderen Seite hat er auch die Formel gebraucht, daß es weder um die Ideologisierung noch um einen platten Pragmatismus gehe. Hier den Mittelweg zu finden in geistiger Besinnung und in der praktischen Politik, das ist die unerhört schwierige Aufgabe, die uns gestellt ist.

Der Herr Bundestagspräsident hat die uns allen bekannte und für uns alle günstige Formel von der „Politik aus christlicher Verantwortung“ gebraucht. Aber es geht doch darum, daß dieser Begriff „christliche Verantwortung“ einerseits personal ist – so wie es unserem Grundverständnis in der Tat entspricht –, aber zum anderen auch nicht in einen bloßen Subjektivismus, in eine Beliebigkeit, in einen reinen Individualismus einmünden darf. Und es geht darum, wie wir diesen personalen Charakter des Begriffs der christlichen Verantwortung betonen und herausarbeiten, und dennoch versuchen, zu einem gewissen Grundverständnis auch im Normativen, im Programmatischen zu kommen. Beides ist notwendig.

Meine Vorredner haben in ihren sehr deutlichen Beiträgen in einer – wie mir scheint – berechtigten Kritik klargemacht, daß wir uns immer wieder als Regierungspartei doch auch von der bedrängenden Fülle der tagespolitischen Aufgaben einmal zu lösen und darüber zu verständigen haben, was dies in unserer jetzigen historisch-politischen Situation der Bundesrepublik des Jahres 1962 eigentlich bedeutet. Wir brauchen keine Ideologie, wir haben nicht die Absicht, ein Grundsatzprogramm à la Goddberg nach der Methode der SPD in all seiner schon in zwei, drei Jahren zutage getretenen Fragwürdigkeit zu machen, aber wir brauchen – und hier beziehe ich mich auf die Studien unseres Freundes Barzel – doch in manchen wesentlichen Fragen eine programmatische Klärung.

Die Folgerung aus diesem ist, daß wir das Gespräch in den eigenen Reihen sicher über die praktischen Fragen der Partei, die mit Recht in der Diskussion hervorgehoben wurden, aber auch über dieses eigentliche Selbstverständnis, das für uns selbst Charakteristische unserer Partei, fortzusetzen haben. Ich darf mich hier auf die Studie unseres Freundes Barzel beziehen, die mir doch ein guter Ausgangspunkt dafür zu sein scheint, wie sie im einzelnen – das hat er selbst betont – der Weiterentwicklung, der Weiterformulierung und der kritischen Prüfung bedarf.

Hierzu gehört natürlich auch das Verhältnis der Konfessionen. Ich bin mit dem Herrn Bundestagspräsidenten völlig einig darin, daß wir es im Grunde satt sind und es leid haben, ständig vom sog. „evangelischen Unbehagen“ und neuerdings gelegentlich auch vom „katholi-

schen Unbehagen“ in der Union zu hören. Besonders wenn es von solchen kommt, bei denen wir unterstellen müssen, daß es gar nicht so sehr die Sorge um diese Union ist oder um die Konfession, sondern eine Formel, mit der man Unruhe in unsere Reihen hineinragen will. (Beifall.)

Aber so sehr dies einem allmählich gefährlich und problematisch werdenden Klischeebegriff gilt, so gilt doch auch ein anderes: daß die beglückende Einigkeit im Kreis der Mitglieder der Union, die Einigkeit auch in ihrem Führungskreis zwischen verantwortlichen Frauen und Männern aus beiden Konfessionen noch nicht bedeutet, daß diese Einigkeit im gleichen Maße nun im Bewußtsein der meisten Menschen des evangelischen und katholischen Volksteils, auch eines Großteils unserer Wähler wirklich schon da oder jedenfalls ein gesicherter Besitz ist. Es geht also nicht nur darum, daß wir uns einig sind, die wir uns in besonderer Weise zu politischer Verantwortung bekennen, sondern es ist die große Aufgabe, die wir als Partei haben, in der Meinungsbildung unseres Volkes insgesamt dafür zu sorgen, daß das Gemeinsame wächst, die Mißverständnisse abgebaut werden und jedenfalls im Politischen – wir haben keine theologische Aufgabe – die Gegensätze geringer werden.

Eine Minderung der Spannungen, eine Beseitigung zunächst einmal – und das wäre schon sehr viel – der begrifflichen Mißverständnisse, die auch unsere Diskussion manchmal belasten, das bedeutet eine Mehrung des Vertrauens, das bedeutet eine Mehrung der Gemeinsamkeit – nicht im theologischen, aber im gesellschaftlich-politischen Sinne –, und das ist eine Aufgabe der Union. Aus diesem Grunde müssen wir uns zunächst einmal im Begrifflichen verständigen, in dem, was wir wirklich meinen, und das noch klarer zum Ausdruck bringen.

Es gibt eine Fülle von Begriffen, auch von politisch relevanten und aktuellen Begriffen, die doch im historisch-geistigen Selbstverständnis der Theologen, der Konfessionen unterschiedlich gefärbt sind. Hier will ich aber nur das Stichwort des sog. Liberalismus ansetzen, und das ist ein Beispiel für viele. Weil dem so ist, halte ich deshalb jenes Kapitel in der Studie von Barzel für so wichtig, da doch hier zum ersten Male seit langer Zeit von einem Politiker der CDU aus – und das war ein Mangel, daß das nicht vorher gewesen ist – über dieses Grundverständnis einer christlichen Partei, einer christlichen Politik etwas gesagt wird. Und gerade dieses Kapitel muß der Ausgangspunkt für eine ruhige, gründliche, auf längere Fristen angelegte Debatte in der Partei insgesamt werden. Ich glaube aber auch, daß der Bundesvorstand unserer Partei die Aufgabe hat, eine kleine Kommission damit zu beauftragen, diese Diskussion auf der Grundlage der Arbeit von Barzel speziell fortzusetzen und die Ergebnisse einmal vorzulegen.

Ich möchte bitten und beantragen, daß hier als Arbeitskreis in unserem Bericht an den Parteitag dieser Wunsch an den Bundesvorstand aufgenommen wird, und daß der Parteitag morgen so beschließen möge.

Ich betone nochmals: es geht nicht um ein Godesberger Programm, es geht nicht um ein Grundsatzprogramm, sondern einfach darum, daß wir uns in der Selbstdarstellung, im Selbstverständnis unserer Partei über einige Grundlagen noch deutlicher verständigen, als es bisher der Fall gewesen ist. Und daneben geht es einfach, wie ich glaube, um die praktische und programmatische Klärung von Sachfragen; das heißt jetzt: die Aufgaben der nächsten zehn Jahre. Wir betonen und berufen uns auf diesem Parteitag mit Recht auf die großen Leistungen der 50er Jahre. Das ist das Fundament. Aber täuschen wir uns nicht: Dankbarkeit gibt es in der Politik nicht, und der Bezug auf 1945 und 1949 verblaßt im Bewußtsein der Menschen zusehends. Wir werden mit wachsender Unruhe, mit sehr viel Unklarheit in der öffentlichen Diskussion danach gefragt, wie wir die neuen wirklichen und vermeintlichen Probleme der 60er Jahre bewältigen wollen. (Beifall.) Deshalb müssen wir in der Arbeit unserer Partei nicht nur in den von der Tagesarbeit und Unternehmen schrecklich belasteten Fraktionen und Kabinetten – mit längerem Atem als bisher, auf längere Sicht als bisher – an diese partei-programmatische Klärung der Sachfragen herangehen: Der gewerkschaftlichen Fragen, der sozialen Fragen, der kulturellen Fragen, bei denen wir eben doch in der Tagespolitik – seien wir ehrlich – in den Fraktionen, in den Kabinetten manchmal recht erhebliche Unterschiede in den Tatbeständen haben. Das ist entscheidend, und hieran muß die Partei gehen.

Wir haben manche guten Beispiele in der Vergangenheit, wir haben etwa Anfang der 50er Jahre in Fachtagungen dieser Art die Düsseldorf Leitsätze zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitet; wir haben mit unserem Gelsenkirchener Kulturkongreß ein Beispiel geliefert, wie das möglich ist und das der Fortsetzung bedarf. In dieser Form aber dürfte es die Aufgabe unserer Parteiführung, unseres Vorstandes sein, in den kommenden zwei, drei Jahren zu einem Zeitpunkt, wo das noch in der Arbeit dieser Wahlperiode fruchtbar gemacht werden kann, eine Reihe solcher Fachtagungen – häufiger, intensiver und vielleicht noch gründlicher als bisher vorbereitet – durchzuführen, die zu solchen programmatischen Einzelaussagen zu Sachthemen führen.

Dann ist von meinen Vorrednern sehr deutlich gesagt worden, und ich möchte das völlig unterstreichen: Nichts hat unserem Ansehen in den letzten Jahren so sehr geschadet und auch wirklich Unruhe bei uns selbst hervorgerufen wie die Tatsache, daß die Partei in zu geringem Maße in der bundesstaatlichen Ordnung eine verbindende Kraft auch zwischen Bund und Ländern gewesen ist. Die Stichworte brauche ich nicht noch einmal zu nennen, sie sind hier gefallen. Die negativen Wertungen sind m. E. beträchtlich gewesen, übrigens auch über die Wahlentscheidung im vergangenen Jahre. Es wäre völlig falsch, dies nur auf einzelne Daten und Fakten zurückzuführen, hier kommt sehr vieles hinzu. Es besteht der Eindruck, daß das formaljuristische Denken in Zuständigkeiten in vielen Bereichen heute zwischen Bund und Ländern stärker ist als das politische Denken einer Unionspartei, die

im Bund und in sehr vielen, ja, in den meisten Ländern die bestimmende Partei geworden ist. (Beifall.) Und diesen Eindruck, für den es manche Anhaltspunkte gegeben hat, den müssen wir überwinden. Wir müssen deutlich machen, daß neben dem formaljuristischen Denken der Fachleute – das seine unabdingbare Notwendigkeit und Berechtigung hat –, neben ihm und im Konfliktfalle auch über ihm das politisch-schöpferische Denken einer Unionspartei steht, deren Frauen und Männer – ob sie nun im Bund oder in den Ländern die Verantwortung tragen – wirklich das Ganze sehen.

Hier liegen, und ich möchte diese kurzen Andeutungen nach den grundsätzlichen Bemerkungen machen, wichtige Aufgaben! Wir können aber die Hoffnung und das Vertrauen haben, daß die Freunde, denen wir eine neue Verantwortung übertragen wollen, sie gemeinsam mit uns in Angriff nehmen werden. Übrigens möchte ich sehr deutlich sagen: Verlassen wir uns nicht nur auf den Vorstand, nicht nur auf das Präsidium oder auf einzelne, die eine unerhörte Last und Verantwortung übernehmen müssen, sondern sorgen wir alle, wo immer wir stehen, dafür, daß das zur Wirklichkeit wird, was Sie alle als Aufgabe klar erkannt haben. (Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Schönen Dank, Herr Dr. Stoltenberg. Von Ihnen kommt der Vorschlag, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die das weitere Studium der Schrift Barzels vorbereitet. Wir greifen das nachher noch einmal auf. Ich bitte aber, daß das auch bei Ihnen in der Diskussion nicht in Vergessenheit gerät.

Ich gebe jetzt das Wort weiter zu Frau

Dr. GABRIELE STRECKER, Landesverband Hessen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter den vielen künftigen Aufgaben der CDU möchte ich nur auf eine einzige hinweisen, daß nämlich alles darauf ankäme, den Stand unserer weiblichen Wählerschaft auf der jetzigen Höhe zu halten und, wenn möglich, noch zu vermehren.

Feinanalysen der letzten Wahlergebnisse haben nämlich einigermaßen bestürzende Tatsachen gezeigt. Zunächst einmal: Wir haben relativ überdurchschnittliche Stimmverluste bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten und bei den alten Frauen über 60 Jahre. Das bedeutet doch, daß die typische Schicht der weiblichen Berufstätigen ihre politische Heimat nicht in der CDU gefunden hat. Und die Wahlabstänzen der älteren Frauen bezeugt ihre gesellschaftliche Isolierung. Hier stellen sich ganz große Aufgaben für die CDU, die uns alle beschäftigen sollten.

Eine der Aufgaben wäre also, die veränderte soziologische Struktur unter den Frauen zum Gegenstand einer Studie zu machen. Es ist schon etwas geschehen und ein neuer Ton in unserer CDU laut

geworden durch die ausgezeichnete Schrift von Barzel, in der gefordert wird: Mehr Beachtung für die berufstätige Frau! Eine weitgespannte Partei im Sinne des Präsidenten Gerstenmaier, wie er es heute ausführte, die bedürfte auch weitgespannter soziologischer Leitbilder für die Frauen. Wir können uns nicht zwischen zwei Leitbildern, nämlich dem Leitbild der Familienmutter und der Berufsfrau, bewegen, sondern wir müssen die sehr differenzierte soziologische Struktur der Frauen viel mehr bedenken.

Ich möchte also bitten, daß in den Katalog der Einzelstudien, wie die Barzelsche Schrift sie fordert, eine Analyse der Wählerinnen aufgenommen wird, eine Darstellung ihres bisherigen Verhaltens, damit wir künftig unsere Bemühungen um die weibliche Wählerschaft richtiger gestalten und aufbauen. Ein Bemühen, das nicht erst vier Wochen vor der Wahl zum Bundestag, sondern jetzt schon anzufangen hat.

Politische Heimat: ein Wort, das mich beschäftigt hat und das vor allen Dingen die Frauen sehr bewegt. Wird eine an und für sich trockene politische Partei zur Heimat? Das ist doch ein Wort, in dem Gefühlsschwüngen leben und nicht eins, in dem Interessen angesprochen werden; nicht indem man kurzfristige Tagesziele vor Augen stellt, sondern indem man wirklich auf Gemeinschaftsziele hinweist, gelingt es, auch die Frauen gefühlsmäßig anzusprechen.

Und dann kommt es doch sehr darauf an, wer was tut: die Persönlichkeit! Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich auf ein Faktum hinweise, das man vielleicht ungern berührt. Sollte einmal unser Bundeskanzler nicht mehr sein, hinterläßt er gerade bei den Frauen ein Gefühlsvakuum. Seine Persönlichkeit ist ja durchaus verbunden mit Lebendigkeit, mit Humor, mit Menschlichkeit, und mein Wunsch ginge sehr dahin, daß die neue politische Führergeneration innerhalb unserer Partei über die perfekte Effizienz hinaus, die wir bewundern, auch etwas von seiner Menschlichkeit zeigt, die sich bei ihr bisweilen hinter einer zu kühlen Fassade versteckt.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Schönen Dank, Frau Dr. Strecker. Das Wort bekommt jetzt Herr

Dr. ERHARD, Landesverband Hessen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grundsatzdebatte von heute möchte ich nicht wieder aufnehmen. Nur einen Wunsch habe ich an die Führungsspitze der CDU: Ich möchte die begründete Gewißheit haben, daß die Männer in der CDU, die die Macht im Staate handhaben und ausüben, fest im Glauben an den Gott gebunden sind, an den wir alle draußen glauben. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, aber diese Gewißheit, die müssen wir haben.
(Beifall.)

In dem Vortrag von Herrn Dr. Barzel habe ich einiges gelesen, was ich zur Frage und zur Diskussion stellen möchte. Gleich eingangs seiner Ausführungen hat er sich mit dem Entstehen der CDU beschäftigt und u. a. gesagt: den verschiedensten Kräften und Strömungen – Kommunismus, Faschismus usw. – begegneten wir mit der Forderung nach Menschenwürde usw. und der nur zusammenordnenden Funktion des nicht omnipotenten Staates. Ich habe eben von der Handhabung der Macht gesprochen, und ich möchte die Frage stellen: Verstanden wir unsere Arbeit im Bund und die Bundesregierung so, als habe sie im wesentlichen nur eine koordinierende Aufgabe? Ich verstehe die Aufgabe der Partei – erst recht dann, wenn sie in der Regierung ist – vordergründig und hauptsächlich in der Handhabung der ihr in die Hand gelegten Macht zur Führung und Gestaltung, und nicht so sehr zur Koordinierung. Wenn diese Frage, die sicher Herr Dr. Barzel klären wird, im Sinne, wie ich es verstehe, beantwortet wird, dann entsteht trotzdem noch eine weitere Fülle von Fragen, die uns aus der Vergangenheit im Gedächtnis sind.

Es müßte einer Partei und es muß auch der CDU gelingen, wichtige Fragen gemeinsam anzufassen und zu lösen, sie aber nicht gegeneinander zu zerreden, zu zerstören und nicht zu lösen. Ich darf hier an das Fernsehen und an die Fragen der Sozialreform in der vorigen Legislaturperiode erinnern. Ein solches Schauspiel kann und darf sich eine Partei nicht ein zweites Mal erlauben.

In diesem Zusammenhang meine ich, daß ein Parteitag in der inneren Reform auch Möglichkeiten haben sollte, sein Mißfallen bezüglich der Zusammensetzung des Vorstands deutlich zu machen. Die geborenen Mitglieder im Bundesvorstand können gut, können aber auch ebenso schlecht sein. Wenn wir als die Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet der Auffassung wären, daß es eine Art von Duodez-Fürstentum nicht nur im Bund, sondern auch in der CDU gibt, dann müßten wir durch unsere Wahl zum Ausdruck bringen können, daß wir die Duodez-Fürsten auf ihre Länder beschränkt sehen wollen. Solange das nicht der Fall ist, verlangen wir, daß die Mächtigen in den Ländern unter allen Umständen ihre Landesinteressen denen des Bundes unterordnen.

Ein weiteres zu den konkreten Vorschlägen. Herr Dr. Barzel hat im wesentlichen ein Grundsatzreferat gehalten und vorgelegt. Er hat aber auch einige Dinge angeschnitten, die gelöst werden sollten. Dabei fordert er u. a. auf Seite 24 auf: „Wir brauchen einen sozial-ökonomischen Lagebericht“. Was ist das? Andere Fragen will ich nicht anschneiden, sonst wird es zu breit. Aber ein sozial-ökonomischer Lagebericht scheint mir nur eine andere Formulierung für das zu sein, was wir von der SPD gehört haben. Diese Art von Vorschlägen muß konkreter sein, damit wir auch wissen, was gemeint ist. Ist hier eine Planungsinstanz, eine neue Planungseinrichtung gewollt oder eine verfeinerte Statistik? Zu der können wir leicht kommen, ohne daß wir sie zu einem Programmpunkt erheben müßten. Für das, was hier mög-

licherweise angesprochen ist, haben wir die leichtesten Informationsquellen. Die Finanzämter brauchten nur ein klein wenig oder etwas mehr Statistik bei der Veranlagung der verschiedensten Steuern zu treiben, was man dann über das Statistische Bundesamt auswerten lassen könnte. Dann hätten wir das, was wir brauchen, in den wesentlichsten Tatbeständen viel genauer, als wir es durch irgendwelche sonstige Feststellungen überhaupt ermitteln können. Ich bitte also, auch hier eine Klärung herbeizuführen.

(Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Danke schön, Herr Erhard. Das Wort hat jetzt Herr

JAEGER, Landesverband Württemberg-Hohenzollern:

Herr Präsident! Mein lieben Parteifreunde! Man hat diesen Parteitag den Parteitag der Reform unserer Union genannt. Und das, was heute in der Aussprache Herr Präsident Gerstenmaier gesagt hat, zeigte uns, daß wir dabei sind, mit diesem Wort ernst zu machen. Präsident Gerstenmaier hat uns die Inhalte gezeigt, die es in den nächsten Jahren in der Fortsetzung unserer bisherigen Politik zu verwirklichen gilt. Am Schluß seiner Rede hat er davon gesprochen, daß die Mitglieder unserer Union darüber wachen müßten, daß diese Politik und diese Kernpunkte unseres christlich-demokratischen Selbstverständnisses auch in unserer Politik zum Ausdruck kommen. Und hier, meine lieben Parteifreunde, sehe ich Anlaß zur Kritik an der Art und Weise, wie wir bisher darüber gewacht – oder besser: nicht gewacht! – haben. Bisher war es in unserer Union häufig so, daß wir eine Art Wahlvorbereitungsmaschine und allenfalls noch eine Art Popularisierungsmaschine für die in unserem Bundestag und in unseren Landtagen verabschiedeten Gesetzgebungswerke waren. Den Mitgliedern draußen in unseren Kreisen und Orten wurde nichts anderes als Aufgabe zugewiesen, als diese Dinge der Bevölkerung verständlich zu machen, ohne ihnen aber die Gelegenheit zu geben, vorher selber in der Diskussion sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen.

Hier müssen wir einen grundsätzlichen Wandel im Stil der Arbeit unserer Partei herbeiführen. Die Parteiarbeit darf nicht nur darin bestehen, daß wir uns auf den Versammlungen unserer Orts- und Kreisverbände in Organisations- und Satzungsfragen erschöpfen, daß wir darüber beraten, wie die nächsten Gemeinderats-, Landtags- oder Bundestagswahlen vorbereitet werden, sondern wir müssen die entscheidenden Sachfragen, die uns aufgetragen sind, dem Inhalt nach beraten und behandeln, und zwar in allen Instanzen unserer Partei, vom kleinen Ortsverband bis hinauf in die Gremien der Bundespartei.

Ich glaube, daß es dafür besonders wichtig ist – und ich darf hier eine Bitte an die Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen sowie an unsere Abgeordneten aussprechen –, daß die Gesetzentwürfe und über-

haupt die großen, planerischen Maßnahmen unserer Partei auf allen Gebieten wenigstens in ihren Grundzügen den Mitgliedern draußen so rechtzeitig bekannt gemacht werden, daß wir darüber in eine echte Diskussion eintreten können. Es ist einfach eine Unmöglichkeit, daß wir uns von Interessenverbänden auf die verschiedenste Art und Weise Gesetzentwürfe zum Teil geradezu erschleichen müssen, um sie in unseren eigenen Parteilisten diskutieren zu können, weil sie zwar den Interessenverbänden zugänglich gemacht wurden, jedoch nicht der Partei.

Dabei müßte auch ein Wandel in der Form der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Abgeordneten einerseits und unseren Parteiorganisationen andererseits geschaffen werden. Das ist eine Aufgabe, die nicht bloß auf unserem Bundesparteitag, sondern in allen Landesparteitagen und auch in unseren Versammlungen der Kreis-, Ortsverbände behandelt werden muß. Wir müssen an alle jene appellieren, die es angeht, sich dieser Aufgabe nicht zu verschließen.

Das andere, was ich hier anmerken möchte, ist etwas, was gestern schon unser Bundeskanzler ausgeführt hat: Unserer Partei, unserer Union ist es bisher einfach nicht in dem Maß, wie es für eine große Volkspartei ständig nötig ist, möglich gewesen, ihr politisches Wollen der Bevölkerung klar, deutlich und verständlich zu machen. Das dürfte vor allem daran liegen, daß wir es in der Union – lassen Sie es mich einmal so formulieren – aus einer gewissen übermäßigen Vornehmheit heraus mehr als notwendiges Übel ansehen, die Informationsarbeit der Partei zu betreiben, als daß wir mit dem Herzen dabei sind. Wir sagen: Gut, eine gewisse Form der Verbreitung unserer Gedanken muß sein. Dann aber beschränken wir uns auf das Minimum, das unserer Meinung nach gerade noch ausreicht, um mit Mühe und Not über die nächsten Wahlen hinwegzukommen. Auch hier muß ein Einstellungswandel in unserer Union Platz greifen. Wir müssen die Aufgabe der Unterrichtung unserer Bevölkerung durch alle Massenmedien unseres modernen Zeitalters als eine primäre und fundamentale Aufgabe unserer Partei ansehen, die wir nicht einigen Pressereferenten oder einigen dazu bestellten Leuten überlassen, die das von Amts wegen tun, sondern es muß die Aufgabe aller Minister, aller Abgeordneten, aller Landes-, Kreis- und Ortsvorsitzenden der Partei sein, ständig diesen Kontakt zu den Publikationsorganen zu halten und dafür zu sorgen, daß das Wollen der Partei ständig und nicht bloß in den vier oder acht Wochen vor einer Wahl dem Volke nahe gebracht wird.

Dazu gehört noch ein anderes, meine lieben Parteifreunde. Ich glaube, daß es manchmal not tut – und da darf ich einen besonderen Appell an die führenden Persönlichkeiten in Bund und Ländern richten –: Wir vermessen manchmal als einfache Parteimitglieder draußen in den entscheidenden Situationen unserer Union, in den Situationen, wo sich unser Volk fragt, was will hier die Union, das klare und klärende verbindliche Wort der Partei. Insofern möchte ich mich dem anschließen,

was unser Freund Stoltenberg vorhin gesagt hat, es sei notwendig, daß dieses klärende und klare Wort von der Partei gesprochen werde. Wir alle setzen die Hoffnung in den Mann, von dem heute schon so oft gesprochen worden ist und von dem wir alle wohl annehmen, daß er dem Vorschlag des Parteivorstandes gemäß zum Geschäftsführenden Vorsitzenden unserer Union bestellt wird, daß er dann den Versuch unternehmen wird, einen Wandel zu schaffen und dafür zu sorgen, daß das klärende Wort zu den großen Grundfragen unseres Volkes im richtigen Augenblick mit der richtigen Stärke und Überzeugungskraft gesprochen wird. Wenn wir allein nur das erreichen, glaube ich, wird dieser Parteitag der Union in Dortmund ein Erfolg sein.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Sehr schönen Dank, Herr Jaeger. Ich gebe das Wort weiter an Herrn Struppek, anschließend an Herrn Minister Dr. Filbinger, dann an Herrn Professor Dr. Redeker.

STRUPPEK, Landesverband Westfalen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine grundsätzliche Frage anschneiden. Von unserem Bundeskanzler wurde es eben abgelehnt, das Christentum als politische Grundkonzeption von daher herzuleiten, daß wir sehr schlimme Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus gemacht haben. Ich möchte es in gleicher Weise ablehnen, daß wir das Christentum sozusagen als Antiideologie jetzt zum Kommunismus in unserer politischen Haltung zur Grundkonzeption machen.

Christentum in der Politik sollte für uns nicht nur Orientierungspunkt sein, sondern Christentum bedeutet Herrschaftsanspruch Jesu Christi an uns. Baustein und Mittel in seiner Herrschaft in dieser Welt zu sein, die noch nicht einmal eine Welt von zwei Reichen ist, das muß ich ablehnen; das ist eine große Gnade für jeden Politiker. Es ist doch eine Gnade, daß der Geist der Tolerierung unserem deutschen Volke vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zuteil wurde. Aber ich glaube, daß unser öffentliches Leben heute unter der Pervertierung dieser Toleranz leidet, unter der Konfessionalisierung, die ein Werk des Diabolos ist, die wir uns mit einem diabolischen Lächeln sehr oft von der Opposition haben aufdrängen lassen.

Bei jeder programmatischen Rede höre ich, daß es diese Konfessionsarithmetik nicht gibt. Aber ich erfahre in vielen Privatgesprächen, in Gesprächen in kleinem Kreise, wie man oft unter dieser Arithmetik leidet und sich ihr einfach ergibt. Hier ist ein großer Zwiespalt in dem Wissen um die Dinge und dem Handeln mit den Dingen. Hier ist zwar die Erkenntnis vorhanden, aber es fehlt der Mut, sich intensiv mit der Sache auseinander zu setzen und auch vor aller Öffentlichkeit die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir müssen aus dieser sehr schwerwiegenden Frage herauskommen. Wir müssen aus der Defensive her-

aus und in die Offensive hinein. Wir müssen den Leuten, die ihren persönlichen Aufstieg auf dieser diabolischen Arithmetik aufbauen, ein klares Nein und eine feste Ablehnung entgegensetzen.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Struppek. Das Wort hat jetzt Herr

Minister Dr. FILBINGER:

Herr Präsident! Meine Freunde! Es ist in den Reden des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundeswirtschaftsministers eine Erscheinung unseres öffentlichen Lebens angesprochen worden, welche uns alle mit sehr viel Unruhe erfüllt und die eine große Gefahr für uns bedeutet. Es ist die Maßlosigkeit breiter Schichten in der Verfolgung des materiellen Wohlstandes und die Rücksichtslosigkeit von Verbänden in der Durchsetzung ihrer Gruppeninteressen.

Uns allen steht vor Augen, daß diese Verhaltensweise weiter Kreise unseres Volkes die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Wohlergehens zerstören kann, indem die Auswirkungen der Lohn- und Preisspirale dazu führen, daß die Rechte, die wir uns mit Mühe erobert haben, wieder verlorengehen. Fürchten Sie nicht, meine Freunde, daß ich nun über Wirtschaftspolitik hier spreche; im Gegenteil, ich stelle die Frage: haben wir Mittel in der Hand, wie wir mit diesen Gefahren fertig werden und wie wir bei den Schichten unserer Bevölkerung, die dieses amerikanische „more and more“ an den materiellen Besitz stellen, dieser Entwicklung Herr zu werden vermögen. Ich gehe davon aus und nehme an, daß auch Sie der gleichen Meinung sind, daß Appelle an die Bevölkerung allein in dieser Richtung keine Frucht bringen können, sondern daß es notwendig sein wird, politische Mittel einzusetzen, ja darüber hinaus eine bestimmte politische Konzeption zu haben, mit der man der Bevölkerung zeigt, daß es so nicht weitergehen kann, und daß es auch plausibel wird, daß es so nicht weitergeht. Zu den politischen Mitteln und Konzeptionen, die hier einzusetzen sind, um den einzelnen Bürger anzusprechen, gehört – und das möchte ich klar und deutlich aussprechen – meines Erachtens nicht das System der Sozialen Marktwirtschaft allein.

Wir können es mit den Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft nicht verhindern, daß diese Maßlosigkeit in der Forderung nach materiellen Genüssen auch in der Zukunft weiter um sich greift. Ich meine, die Probe aufs Exempel ist erbracht. Man würde die Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches System auch durchaus überfordern, wenn man von ihr verlangen und erwarten würde, daß sie die Menschen zu einer Haltung bringt, die einen Verzicht auf ein „Zuviel“ an dem Konsum zur Folge hätte.

Es kann meines Erachtens nur eine gesellschaftspolitische Konzeption sein, die wir unserer Bevölkerung bieten und die in sich eine so starke

Überzeugungskraft hat, daß sie adaptiert wird und die geschilderten Phänomene entschärft. Ich stimme unserem Freund Barzel zu, wenn er sagt, daß die Stunde eines gesellschaftspolitischen Durchbruchs gekommen zu sein schein. Die Eigentumpolitik, die Mittelstandspolitik, die Familienpolitik, die wirtschaftliche Umstrukturierung und was dazu gehört, das sind Methoden und Sachbereiche, die zur Gesellschaftspolitik gehören. Aber man muß auch hier eines klar und deutlich sagen: Die Haltung unserer Bevölkerung zur Politik und zum materiellen Wohlstand ist in erster Linie zu beeinflussen durch die Mittel der Erziehung und der Bildung, mit denen man die einzelnen Menschen erreicht. Hier ist meines Erachtens gerade das große Feld christlicher Politik; hier ist das Feld, wo das christliche Gedankengut einen echten Anwendungsbereich hat und wo wir unsere Menschen im Appell auf die Besinnung dieser Werte erreichen können, insbesondere, wenn dieser Appell zu christlicher Verwirklichung im öffentlichen Raum sich an unsere Jugend wendet. Hier ist meines Erachtens auch die Möglichkeit gegeben, durch eine Besinnung auf unsere ursprüngliche christliche Substanz dasjenige Profil zu gewinnen, was uns in einer klaren und selbstverständlichen Weise abgrenzt gegen den Sozialismus. Wir werden bei Verwirklichung dieser christlichen Substanz keine Not mehr damit haben, uns gegen den Sozialismus abzugrenzen; auch wenn er sich heute einhüllt in die Form des Godesberger Programms. Denn, meine Freunde – das möchte ich mit großer Deutlichkeit sagen –, so sehr sich die Sozialdemokratische Partei im Godesberger Programm an uns anzugleichen versucht, so kann dadurch eines nicht getarnt und abgeschwächt werden, nämlich, daß im Grunde hinter dieser Partei ein echter materialistischer Kern steckt, der von uns grundsätzlich abgelehnt wird.

Hier innerlich zu unterscheiden gegenüber dieser materialistischen Grundauffassung, das ist unsere Aufgabe und die große Möglichkeit unserer Bewährung. Ich glaube, daß hier auch der einzige Weg gegeben ist, wie wir fertig werden mit den Phänomenen, die wir alle beklagen. Wenn wir das nicht leisten, was uns hier aufgegeben ist, dann geben wir nicht nur die materiellen Grundlagen unseres Wohlstandes und des staatlichen Lebens preis, sondern dann haben wir auch trotz der Sozialen Marktwirtschaft nichts fertig gebracht. In unserer Zeit gesellschaftspolitisch das Programm hinzustellen, das eine echte Alternative zur materialistischen, sozialistischen oder auch bolschewistischen Welt darstellt, das scheint mir als unsere Hauptaufgabe.

(Beifall.)

Vorsitzender Ministerpräsident VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Dr. Filbinger. Das Wort hat nunmehr Herr

Prof. Dr. REDEKER, Schleswig-Holstein:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ein Professor, wenn er sich hier in der Diskussion zu Wort meldet, daß er

das tut, was er sonst tun muß, und eine Vorlesung von dreiviertel Stunden hält. Ich möchte mich auch einige wenige Thesen zu dem interessanten Referat, das wir gehört haben, beschränken. Herr Bundespräsident Dr. Gerstenmaier hat darauf hingewiesen, es müsse unser Bestreben sein, daß möglichst die Mehrheit unserer Volksgenossen ihre politische Heimat bei uns findet. Es bewegt auch mich schon seit Jahren als evangelischer Christ, wie wir erreichen können, daß auch die Mehrheit unserer evangelischen Glaubensgenossen ihre politische Heimat bei uns in der CDU findet. Es ist ja kein Geheimnis, daß in den vergangenen Jahren lautstarke Minoritäten innerhalb der evangelischen Christenheit den Eindruck zu erwecken versuchten, als ob das nicht möglich sei.

Sie haben zweifellos in gewissen Kreisen eine Verwirrung hervorgerufen. Ich frage mich, wie können wir dem begegnen. Wir können natürlich nicht der evangelischen Kirche und auch nicht der evangelischen Theologie – ich bin selber Theologieprofessor und Dekan einer evangelisch-theologischen Fakultät – den Befehl geben: Besorge dir mal endlich eine anständige Sozialethik oder eine größere Übereinstimmung in der Sozialethik, wie es zum Beispiel in der katholischen Kirche der Fall ist. – Das wollen wir und können wir nicht. Wir sind keine Missionspartei. Wir sind nicht eine Partei zur Reform der evangelischen Kirche. Aber wir möchten doch gerne, daß möglichst viele Christen den politischen Weg, den wir zu gehen versuchen von unserer christlichen Grundüberzeugung aus, mit uns gemeinsam gehen können. Das, was heute uns von Herrn Präsident Gerstenmaier und Herrn Barzel vorgeschlagen worden ist, das ist doch ein Weg. Ich spreche nicht für die Theologie oder die theologischen Theorien, sondern für die Konkretisierung des C in ganz bestimmten politischen Sachfragen. Ich sehe vor allen Dingen vordringlich die gesellschaftspolitische und die kulturpolitische Sachfrage. Daß dieses Bemühen nicht so hoffnungslos ist, sehen wir daran, daß aus den beiden Kirchen selber jetzt zu diesen Fragen etwas gesagt wird. Die katholische Kirche hat sich oft dazu geäußert, und zwar 1891 in der Ezyklika „*Rerum novarum*“, 1931 im „*Quadragesimo anno*“ und 1962 in „*Mater et Magistra*“. Jetzt hat die evangelische Kirche durch ihre Sozialkammer – nicht also irgendwelche Minorität, die nicht autorisiert ist – eine Denkschrift herausgegeben. Unsere politischen Gegner haben versucht, diese Denkschrift zu verharmlosen und sie zu interpretieren von ihrem Vulgärsozialismus aus. So haben zum Beispiel die Sozialdemokraten die Denkschrift gelobt, aber die FDP hat sie getadelt. Dieser Denkschrift liegt aber kein Vulgärsozialismus zugrunde, sondern hier besteht das Bemühen, zu dieser Frage der Eigentumsordnung und zur Neuordnung der Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung ein Wort zu sagen.

Zunächst ist gesagt worden: Der Säkularismus, der glaubenslose Eigentumsbegriff, hilft uns nicht weiter. Das Eigentum ist uns ein Lehen, und wir sind Treuhänder. Von da aus hat man das Gespräch mit uns aufgenommen. Wir sehen auch aus dieser Denkschrift, daß

weite Kreise der evangelischen Kirche zu verstehen beginnen, was wir eigentlich wollen: daß wir nicht die Restauration wollen, auch nicht die Bewahrung des Alten. Das Wort „keine Experimente“ hat bei oberflächlichem Denken die Meinung hervorgerufen, als ob wir nur eine konservative Partei seien. Wir haben aber gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik für die Zukunft unseres Volkes etwas zu sagen aus christlicher Verantwortung.

Marxismus und Liberalismus gehören in die Mottenkiste des 19. Jahrhunderts. (Beifall.) Aber wir haben eine neue Konzeption aus unserer gemeinsamen christlichen Verantwortung heraus. Ich bin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, wenn wir diese Gespräche suchen, auch weite Kreise unserer evangelischen Christen wieder dazu zu bringen, daß sie zu uns Vertrauen haben und zur christlichen Substanz unserer Partei neues Vertrauen fassen. Denn dieses Vertrauen kann man nicht dadurch bloß gewinnen, daß man verlangt, jeder führende Mann müsse ein gläubiger Christ sein. Das können wir gar nicht feststellen. Das wird der Herrgott einstmals feststellen. Aber wir können uns zu einem gemeinsamen Weg zusammenfinden, zu gemeinsamen Grundsätzen in klaren Sachentscheidungen. Dazu ruft uns unsere Zeit und auch unsere christliche Verantwortung auf.

Unsere CDU hat eigentlich nur einen Gegner: unsere innere Schwäche. Unsere Stärke liegt darin, daß wir neue Ideen zu bringen haben, weil der christliche Glaube wirklich etwas Schöpferisches ist, das dem Menschen noch immer etwas Neues gibt. Wenn wir daran denken, dann brauchen wir um die Zukunft unserer Partei uns keine Sorgen zu machen.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Prof. Dr. Redeker. Das Wort hat Herr

PAUMEN, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Barzel hat vorhin gesagt, wir sollten einen weiteren Schritt zum Persönlichkeitswahlrecht tun und sollten auf der Bundesebene dafür sorgen, daß in Zukunft 70% der Kandidaten direkt und nur 30% über die Reserveliste gewählt werden. Ich meine, daß das gute Vorschläge sind, die allen Ernstes diskutiert werden sollten. Ich bin aber der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, eine neue Wahlkreiseinteilung vorzunehmen. Denn auf der Bundesebene ist es so, daß einzelne Wahlkreise dreibis viermal so viele Wählerzahlen als andere Wahlkreise haben. Das kann man also auf die Dauer so nicht belassen. Der wichtigste Maßstab unserer Entscheidungen muß die Sachlichkeit sein. Das gilt auch für die Wahlkreiseinteilung, die letzten Endes vom Parlament selbst entschieden wird. Weil es sich hier um eine Frage handelt, die das Parlament selbst entscheidet und von der viele Abgeordnete betroffen sein können, muß diese Frage mit besonderer Sachlichkeit diskutiert

und entschieden werden. Ziel muß sein, daß die Größe der einzelnen Wahlkreise in Zukunft weitgehend mit der Zahl der Wahlberechtigten übereinstimmt.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Paumen. Das Wort hat Herr

Dr. BARZEL, MdB:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich will nur die Fragen, die jetzt an mich gestellt worden sind, beantworten. Dem letzten Diskussionsredner, Herrn Paumen, danke ich für die Unterstützung in der Wahlrechtsfrage. Ich meine jedoch, daß wir das hier nicht zu einem Beschluß erheben sollten. Es wird virulent genug sein, wenn es überhaupt in die öffentliche Diskussion kommt.

Herr Dr. Erhard hat zwei konkrete Fragen an mich gerichtet, über die ich eigentlich sehr lange sprechen müßte. Ich will mich jedoch bemühen, es möglichst kurz zu machen. Die erste Frage von Herrn Dr. Erhard war die, ob ich etwa der Meinung sei, daß der Staat nur die formale Koordinierung vorzunehmen habe. Ich will jetzt nicht flüchtig antworten, sondern ich werde mich bemühen, diese Frage durch einige Zitate aus der Denkschrift von mir zu beantworten. In dieser Denkschrift heißt es zum Beispiel zu der Frage:

„Der Wesenskern der Demokratie ist der freiheitliche Rechtsstaat. Wohin Recht entartet, wenn es positivistisch und wenn es als Ausfluß der absoluten Souveränität und inhaltlich ohne die Schranken des Gewissens und der Menschenrechte verstanden wird, das haben wir erfahren. Eine breite Mehrheit beginnt zu ahnen, daß Legalität allein noch nicht Recht, daß der Rechtsstaat ohne Bindung an moralische Normen zum Gesetzesstaat jedweden Inhalts entarten könnte.“

Ich möchte jetzt zwei weitere Sätze zitieren, weil Herr Minister Filbinger auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat:

„Der freiheitliche Rechtsstaat ist kein Fußball, den Interessenten beliebig treten könnten. Er ist Garant der Freiheit aller. Der freiheitliche Rechtsstaat, der jedwede Zügellosigkeit einzelner oder Gruppen toleriert – zu Deutsch: sich bieten läßt –, gäbe sich als Rechtsstaat auf. Wo blieben, wenn er je nachgäbe, die wirklich Schwachen, die stummen Armen, wo Ordnung, Redlichkeit, Rechtlichkeit und Sicherheit? Der freiheitliche Rechtsstaat darf nie Egoismus als Freiheit anerkennen, nie kapitulieren vor der gesellschaftlichen Macht gerade mächtiger Gruppen; umgekehrt hat er Willkür zur Ordnung, Macht zur Rechtlichkeit, Schwäche zum Anspruch und alle zur Redlichkeit zu führen.“

Das Wort vom Neoföderalismus ist gefallen. Es zwingt uns, nachzudenken. Ich will es hier nicht fortsetzen. Ich glaube, daß diese kleine

Blütenauslese, die mir gestattet war, es deutlich macht. Ich bedanke mich aber bei Herrn Dr. Erhard für diese Frage, weil die Formulierung in der Kurzfassung, die Ihnen vorliegt, vielleicht nicht ganz bedenkenfrei ist. Ich bin sehr froh, daß Sie mir Gelegenheit geben, das klarzustellen. Ich bitte Sie also, das so zu verstehen und nicht etwa als eine Anwendung eines neuen Nachtwächterstaates.

Die zweite Frage, die Sie stellten, bezog sich auf eine sehr komplexe Angelegenheit, die ich auch jetzt leider nicht im einzelnen abhandeln kann; es sei denn, Sie wünschen einen halbstündigen Vortrag hierüber. Ich nehme an, daß das nicht Ihr Wunsch ist. Es ist die Frage nach der Forderung des sozialökonomischen Lageberichtes. Es ist die Frage: Ist das nicht eine neue Form oder Angleichung an die Ideen der Sozialdemokratie, mit dem Nationalbudget eine Planungswirtschaft herbeizuführen? – Ich bedanke mich für die Stellung dieser Frage. Als das Godesberger Programm kam, haben wir es auch abgelehnt, weil es unter anderem sagt:

1. Alle Investitionen sollen öffentlich kontrolliert werden.
2. Die gesamte staatliche Politik und die Politik der Notenbank haben sich abzuspielen auf Grund eines Nationalbudgets, das das Parlament vorher als einen Plan verabschiedet.

Nationalbudget plus Investitionskontrolle – das ist eben ein komplettes Instrumentarium moderner Planwirtschaft. Das ist einer der Punkte, warum wir das Programm der Sozialdemokraten ablehnen.

Was meine ich nun mit dem Lagebericht? Ich möchte gern – und hier nehme ich wieder einen Gedanken von Herrn Minister Filbinger auf –, daß wir in der praktischen Arbeit weder ertrinken, noch in der Fülle des Materials der Interessenten, noch ertrinken in der Masse der vorhandenen Statistiken. Man hat heute moderne wissenschaftliche Methoden, die durch die Zusammenknüpfung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen im Stande sind, wirklich einen Bericht zu geben über die sozialökonomische Lage, der über die Aussagekraft der Statistik hinausgeht. Das hätte ich gern als Grundlage unserer Bundespolitik. Denn heute hören wir eine laute Forderung dieses Interessenverbandes, morgen jenes, und es droht uns manchmal etwas der Überblick verloren zu gehen. Wir wissen nicht genug darüber, wie beispielsweise die Familienpolitik unseres Freundes Paul Lücke im Bayerischen Wald oder in Flensburg angekommen ist. Wir kennen auch nicht den Zustand der Flurbereinigung in der Eifel usw. Hier könnte ein solcher Bericht, der nicht vorher einen Plan beschließt, sondern der hinterher darlegt, was jetzt ist, sehr viel besser feststellen, wo noch Punkte und Gebiete sind, in denen man mit der Strukturpolitik usw. ansetzen kann. Nur das möchte ich: Objektivierete Daten und Feststellungen nach verschiedenen Methoden, damit wir weder in der Fülle der Zahl der Statistiken noch in der Fülle der Interessierten- und Interessentenzahlen untergehen.

Ich will diesen Punkt hier nicht weiter ausdehnen. Ich glaube in der Tat, daß unsere ganze Innenpolitik – sehen wir es auch von den Finanzen her – immer enger in der Möglichkeit wird. Wir können hier nicht einfach über den Daumen peilen: es wird schon so sein für den Mittelstand usw., – nein, wir müssen es genau wissen. So wie wir heute einen Bericht haben über die Lage der Landwirtschaft, der Mittelschichten usw., so müssen wir einen zusammenfassenden Bericht haben, damit wir nicht punktweise hier diese und dort jene Antwort geben, so daß sie sich am Schluß vielleicht wieder aufheben oder behindern.

Das ist nicht Planwirtschaft, sondern die Feststellung dessen, was ist, um auf Grund der besseren Tatsachenkenntnis wirklich eine gesellschaftliche Strukturpolitik machen zu können, die auch regionale Bedeutung für die einzelnen Gruppen hat. Wir könnten dann auf Grund dieses Berichtes sagen: Dieser Zweig des Mittelstandes ist in der Tat nachhinkend, dort sind die Kinderreichen in der und der Lage. Hier sind die Krankenhäuser zurückgeblieben, dort ist es um die Sozialberufe schlecht bestellt usw. usw. Damit wird es uns sehr viel leichter, eine Ordnung zu erstreben, die von dem Anspruch an eine christliche Partei bestehen kann. Ich glaube, das ist ein moderner Versuch einer Politik. Das ist nicht antiquierter Marxismus, sondern der Versuch, nach vorn zu gehen.

Ich benutze die Gelegenheit, um mich hier sehr herzlich zu bedanken, besonders bei den Diskussionsrednern, die so liebenswürdig waren, sehr freundliche Worte meiner Arbeit zu widmen.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Herr Dr. Barzel, wir haben Ihnen dafür zu danken, daß Sie diese Arbeit auf sich genommen haben.

Ich darf nun die Diskussion kurz unterbrechen und darauf hinweisen, daß Herr Dr. Stoltenberg folgenden Antrag gestellt hat:

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, durch eine Kommission auf der Grundlage der Arbeit von Dr. Barzel eine Studie über das Selbstverständnis und die künftigen Aufgaben der CDU ausarbeiten zu lassen.“

Herr Dr. Heck ist als Berichterstatter beauftragt, dies morgen dem Parteitag vorzutragen. Ich sehe keinen Widerspruch. Sie sind damit einverstanden.

Ich darf noch hinzufügen: Der Bundesvorstand hat im Dezember beschlossen, Herrn Dr. Barzel zu bitten, diese Studie zu erarbeiten, für die er sich eine Zeit von drei Monaten erbat. Um die Monatswende März/April war sie fertig. Der Bundesvorstand hat darüber am 10. diskutiert und beschlossen, sie auf der vorgestrigen Sitzung

des Bundesausschusses in einem Referat durch Herrn Barzel vortragen zu lassen. Ich glaube, es war notwendig, Ihnen dies einmal aufzuzeigen.

Ich gebe jetzt das Wort Herrn Landtagspräsidenten

Dr. GURK, Landesvorsitzender Nordbaden:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde. Es ist im Verlaufe der Aussprache mehrfach gefragt worden, ob die sogenannten „Landes-“ oder „Stammesfürsten“ der Parteireform fördernd oder hindernd im Wege stünden. Ich gehöre persönlich nicht zu den eigentlichen Stammesfürsten, sondern höchstens zu den „Großbauern“, und zwar nach dem Umfang unseres Landesverbandes. Ich wollte aber doch betonen, daß gerade die Herausstellung unseres Freundes Dufhues, eines ausgesprochen „großen Landesfürsten“, mit das entscheidende Ergebnis der Beratung der Landesvorsitzenden war. Niemand kann mehr den Wunsch haben, daß die Partei von oben sich organisiert und politisch aktiviert als die Landesverbände und die Kreisverbände; denn unten spürt man in erster Linie die Auswirkungen eines etwaigen Versagens von oben. Ich brauche nur auf den Schock hinzuweisen, der am 17. September oder in den Tagen danach entstanden ist.

Sie dürfen versichert sein, daß die Landesverbände und die Mitglieder des Bundesvorstandes aus den Reihen der Landesvorsitzenden nichts sehnlicher wünschen als die Aktivierung der Partei in organisatorischer, geistiger und politischer Hinsicht.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Gurk. Das Wort hat Herr

ROCK, Landesverband Oder-Neiße:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als wir am gestrigen Vormittag die Rede des Herrn Bundeskanzlers gehört haben, hatten wir das Gefühl, daß er wieder einmal sein Ohr an einer anderen Sitzung eines unserer Parteigremien gehabt hat. Es ist heute schon sehr viel über die Wahlreform gesprochen worden. Wir haben uns in einem anderen Kreise darüber Gedanken gemacht, ob das zu verwirklichen ist, was der Herr Bundeskanzler gestern in seinem Referat am Vormittag angekündigt und als wünschenswert hingestellt hat, nämlich die Zusammenlegung gewisser Wahltermine. Wenn wir an die künftige Arbeit unserer Partei denken, dann muß für uns zunächst einmal die Tatsache feststehen, daß wir leider nicht in einem Ausmaß wie andere Parteien ein so ausgebautes Funktionsnetz haben, das bis ins Kleinste hinein funktioniert.

Bei uns ist es der Arbeiter, der seine Tätigkeit hinter der Maschine verrichtet, es ist der Geschäftsmann, der auch die Sorgen seines Geschäftes trägt und es ist der Freischaffende, der seinem Beruf nachzugehen hat, aber darüber hinaus die Sorge für die Partei-

politik unten auf der Orts-, Kreis- und Landesebene usw. übernimmt. Wir würden einmal viel Kraft sparen, wir würden auf der anderen Seite – und das ist bei den knappen Parteifinanzien, auch bei uns, von Wichtigkeit – in der Zukunft außerordentlich viel Geld sparen.

Künftige Parteiarbeit – Aufgaben der CDU: Lassen Sie mich zum eigentlichen Thema meines Diskussionsbeitrages kommen. Im Vorraum dieses Tagunglokals hängen – wie seit dem ersten Parteitag in Goslar – die Fahnen der ostdeutschen Provinzen. Sie dürfen nicht nur Symbol für die CDU sein, sondern wir haben – und das Wort vom „Tor aufmachen“ ist gesprochen worden! – auch die Aufgabe, politische Heimat der Heimatvertriebenen aus vollem Herzen zu sein. Ich überlasse es der eigenen Gewissensforschung, ob heute vormittag bei den Ausführungen des Präsidenten, unseres Parteifreundes Hans Krüger – des Präsidenten des nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund größten Verbandes in der Bundesrepublik – unsere Parteifreunde ihm die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Drei große Aufgaben sehe ich für die CDU, die ich ganz kurz skizzieren darf:

1. Die große Zahl der Heimatvertriebenen in allen Ländern der Bundesrepublik – 25 % der Bevölkerung – müssen das Gefühl haben, daß sich die CDU in ihrer Verantwortung und ihrem Bekenntnis zu diesem Personenkreis, im Bekenntnis zu Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht von keiner anderen Partei in der Bundesrepublik Deutschland übertreffen läßt, daß wir auf dem Recht beharren und dem Unrecht dort Schranken setzen, wo es geschehen sollte.

2. Daß wir den aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen mit gutem, christlichem und konservativem Erbgut das Gefühl geben, daß sie in der politisch-parlamentarischen Arbeit unserer Partei Raum haben; daß die CDU bereit ist, aus dem großen Kräfte-reservoir des ostdeutschen Menschen auch die politische Substanz von Parlamentariern Ostdeutschlands in der Zukunft zu erhalten.

3. Ich darf auf etwas hinweisen, was für den Ausgang der Wahlen in der kleinsten Gemeinde bis über die Kreise und Länderparlamente auch für unser Bundesparlament maßgebend ist. Wir alle, die wir seit Goslar zur CDU stehen, haben den Weg des BHE von der ersten Stunde an als Irrweg betrachtet. Wir in der CDU glauben sagen zu können – und ich halte mich an das Beispiel, das vorhin gesagt worden ist –, Turm in dieser Zeit gewesen zu sein. Wir erwarten nun aber auch, daß unsere Freunde in der Partei die notwendige Unterstützung geben.

Im Laufe dieses Parteitages ist vom Herrn Vizekanzler und von vielen anderen Rednern, auch von unserem Freunde Theodor Blank, das Wort vom Maßhalten der Sozialpartner gesprochen worden. Die Heimatvertriebenen haben vor einigen Jahren das Landesausgleichsgesetz bekommen. Die CDU muß nun aus christlicher Verantwortung in der

künftigen Arbeit mit dafür sorgen, daß durch dieses Zunehmen der Maßlosigkeit nicht das ganze Gefüge der Lastenausgleichsgesetze eines Tages zur Farce wird. Wir haben die große Sorge um viele alte, heimatvertriebene Menschen, die nach der Vertreibung, nach dem Verlust ihrer Heimat dann unter Umständen vor einem neuen Verlust dessen stehen könnten, was eine Bundesgesetzgebung an Fürsorge für ihre alten Tage geschaffen hatte.

Lassen Sie mich auch als Kreisvorsitzender und Stellvertretender Landesvorsitzender einer Landespartei der CDU noch ein Wort sagen. Wenn wir nach der Reform der Spitze unserer Partei von Dortmund wieder weggehen, dann müssen wir dazu kommen, daß ein neuer Strom von Verantwortung zur Mitarbeit bis in die kleinste Gemeinde der Bundesrepublik ausströmt, denn nur dann werden wir das erreichen, was heute als das erstrebenswerte Ziel hingestellt worden ist: in den Kreisen, in den Gemeinden, in den Ländern der Bundesrepublik die absolute Mehrheit unserer Partei zu sichern und dort wiederherzustellen, wo sie etwa verloren war.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Rock. Ich glaube, daß gerade Ihre ersten Ausführungen zu den Fragen der Vertriebenen und der Flüchtlinge hier besonders aufmerksam verfolgt worden sind.

Jetzt darf ich das Wort an Herrn Senge weitergeben, anschließend Herrn Lauffs.

SENGE, Landesverband Hannover:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wie kommen wir zur Mehrheit? Diese Frage steht noch im Raum und ist hier noch nicht klar beantwortet worden. Die Erfolge der CDU-Politik, die Erfolge der Bundesregierung sind dem gesamten deutschen Volke klar, jeder Einzelne hat sie am eigenen Leibe erfahren. Aber was ist heute, gerade jetzt entscheidend, nachdem die SPD die Erfolge der CDU auf ihr Konto zu buchen versucht, indem sie die Wähler täuscht, Wahlplakate und Flugzettel herausgibt, auf denen praktisch die Erfolge der CDU verzeichnet sind. Ganz unten aber liest man dann: „SPD – Landesverband Niedersachsen“. Solche Flugblätter haben wir im letzten Wahlkampf in Niedersachsen von der SPD präsentiert bekommen; leider wurde von der CDU nicht darauf geantwortet. Das ist also die Methode des politischen Diebstahls, die die SPD jetzt landauf, landab einschlägt, und dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Meine lieben Parteifreunde: Ich habe auf dem ersten Zonenparteitag der CDU 1947 in Recklinghausen einen Propagandaminister gefordert. Der Bundeskanzler hat mir damals recht gegeben. Ich meinte keinen Minister für das Bundeskabinett, ich wünschte einen Propagandachef für die CDU. Diesen Propagandachef aber brauchen wir heute mehr denn je. Die Mehrheit, meine Freunde, das sage ich Ihnen aus vollster Überzeugung, aus meiner Kenntnis

an der Front da unten aus dem Kreisverband: diese Mehrheit erreichen wir nie, wenn wir nicht eine radikale Änderung in Organisation und Propaganda durchführen. Zu dieser radikalen Änderung gehört der laufende Kontakt zur Bevölkerung; nicht nur vor den Wahlen, sondern eine laufende Verbindung und Mitteilung der Arbeit der CDU, der Leistungen der CDU an die Bevölkerung. Wenn wir das nicht ganz konsequent durchführen, werden wir sehen und es erleben, daß die SPD uns die Trümpfe entzieht und wegnimmt. Deshalb meine sehnlichste Bitte, für die Propaganda und für die Organisation nun solche Entscheidungen zu treffen, die uns instandsetzen, von der Bundesleitung herab bis zu den Kreisverbänden, durch gute Kontakte nicht nur mit den Landesverbänden, sondern darüber hinaus mit den Kreisverbänden laufend Mitteilungen an die Bevölkerung herausgeben zu können.

Es ist uns in Aussicht gestellt, daß nun durch den Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden, der morgen gewählt werden soll – Herrn Duffhues – sich einiges in der Organisation ändern soll. Ich meine, daß auf Herrn Duffhues nicht nur große Hoffnungen gesetzt, sondern an ihn auch große Forderungen gestellt werden. Hoffen wir, daß wir mit dieser Änderung in der Spitze der Partei doch einen neuen Weg in der Organisation und Propaganda einschlagen; aber früh genug und nicht erst während des Wahlkampfes.

Noch eins muß ich erwähnen, was mich heute nachmittag außerordentlich beeindruckt hat und was sogar ein gewisser Höhepunkt dieses Parteitages war: das war die hervorragende persönliche Anrede des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier an unseren Bundeskanzler. (Beifall.) Ich möchte meinen, daß dieser versöhnende Ton, der vom Präsidenten Dr. Gerstenmaier an den Bundeskanzler ausgesprochen wurde, noch einmal auf diesem Parteitag zur Aussprache, zur direkten Anrede zwischen Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard und Dr. Konrad Adenauer kommen sollte. Das wäre ein Meilenstein aufwärts, um auch hier wieder ein Stück Arbeit für die Mehrheit zu erreichen. Diese persönliche Aussprache zwischen Erhard und Konrad Adenauer halte ich für außerordentlich wichtig.

Ich möchte darum bitten, daß uns dies auf dem Parteitag noch einmal demonstriert wird, und wir einen solchen Höhepunkt als besonderes Erlebnis mit nach Hause nehmen können.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Senge. Ich erteile jetzt das Wort Herrn

LAUFFS, Landesverband Rheinland:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundestagspräsident hat uns mit großem Ernst nachdrücklich deutlich gemacht, daß die Kulturpolitik ein tragendes, wesentliches Element der ganzen Unionspolitik ist; daß man daran eigentlich charakteristisch erken-

nen kann, wer wir sind. Ich stelle fest, daß die staatlichen Organe das in diesem Sinne in den Ländern deutlich machen, in denen wir die Regierung führen.

Wir danken unseren Kultusministern für diese Arbeit, und wir danken ebenso den Mitgliedern unserer Landtagsfraktionen, die in zäher Tätigkeit – besonders wenn sie es mit Koalitionspartnern zu tun haben – es dann sehr schwer haben, ihren Gedanken Gehör zu verschaffen. Wir danken aber auch den Vorsitzenden der Kulturpolitischen Ausschüsse der Landtagsfraktionen, die mit dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur zusammenarbeiten . . .

Vorsitzender VON HASSEL:

Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, dem Redner Aufmerksamkeit zu geben.

Als Zwischenmeldung darf ich sagen, daß nur noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte also, sich jetzt zu konzentrieren.

LAUFFS (fortfahrend):

Ich bin der Meinung, daß hier von staatswegen von den parlamentarischen Repräsentanten viele gute, wertvolle Arbeit geleistet worden ist. Aber, meine Freunde, das ist nicht genug. Wir müssen die kulturpolitische Arbeit stärker in die Partei hineintragen. Es gibt Landesverbände, die noch nicht einmal einen Kulturpolitischen Ausschuß haben, der in der Lage wäre, die Fraktionsmitglieder zu beraten. Ebenso ist der Bundesausschuß für Kultur, der von 1956 bis 1960 überhaupt nicht existierte, zwar neu ins Leben gerufen, aber insgesamt nach seiner Konstituierung nur zweimal zusammengetreten. Das ist zu wenig!

Auch der Wissenschaftliche Beirat für Kulturpolitik, den der Bundesvorstand zur Seite hatte, hat praktisch seit 1960 seine Arbeit eingestellt. Ich frage, ob das richtig ist, daß wir die Kulturpolitik bloß den staatlichen Vertretern überlassen, oder ob es nicht notwendig wäre, die kulturpolitische Verantwortung in den Kulturpolitischen Organen der Kreisparteien, vor allem der Länder und des Bundes, unseren Parteifreunden stärker als bisher deutlich zu machen. Es darf nicht dazu kommen, daß kulturpolitische Dinge nur erörtert werden, wenn Wahlen vor der Tür stehen, sondern die Kulturpolitik, die den geistigen Gehalt unserer ganzen Partei trägt, muß viel tiefer in das Bewußtsein aller Parteifreunde dringen. Darum bitte ich sehr herzlich darum, der Bundesvorstand möge bei der Neuorganisation der Partei dafür sorgen, daß wirklich überall, in allen Landesverbänden, Kulturpolitische Ausschüsse da sind und arbeiten, und daß der Ausschuß für Kulturpolitik, den die Bundespartei hat, auch wieder in Dienst tritt. Es geht nicht darum, daß unsere Freunde, die in diesen Parteigremien tätig sind, die Herren Minister und Abgeordneten bevormunden, sondern sie beraten und stärken.

Ich weiß wohl, daß solche Organe die Gefahr in sich tragen, in Grundsatzfragen stecken zu bleiben, abstrakt zu werden und ideologischer zu wirken. Ebenso aber weiß ich, daß die Arbeit in den Fraktionen sehr leicht zum Pragmatismus und zu Kompromissen führt. Darum müssen beide Gruppen miteinander sprechen. Es gehört aufs engste zusammen: das freie Gespräch der unabhängigen Parteifreunde einerseits mit den berufenen Vertretern andererseits. Das dürfte eine fruchtbare Aufgabe für uns sein. Ich bitte herzlich darum, daß diese Dinge gesehen und praktiziert werden.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich darf Ihnen danken, Herr Lauffs und hier der Versammlung ankündigen, daß wir beschlossen haben, im November d. J. einen Kulturkongreß in Nürnberg abzuhalten. Wenn man eine solche Nachricht aufnimmt, dann kann man sich wohl, Herr Lauffs, bereits in den Landesverbänden darauf einstellen. Dieser große Kongreß der CDU wird also – wie damals in Recklinghausen – nun im November d. J. in Nürnberg stattfinden.

Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Darf ich vielleicht bitten, wenn jemand noch das Wort wünschen sollte, daß er sich beeilt, sonst würden wir mit dieser Rednerliste schließen. (Beifall.) Herr Präsident Gerstenmaier würde dann das Schlußwort sprechen.

Ich rufe dann auf Frau Liselotte Poenicke von der Exil-CDU Brandenburg und Herrn Dr. Gunst (Hessen). Darf ich bitten, Frau

Liselotte POENICKE, Landesverband Berlin-Brandenburg:

Als Exil-CDU-Delegierte bin ich seit längerer Zeit ohne jedes Mandat und spreche somit einfach als Stimme des Volkes.

Zu zwei Dingen möchte ich Stellung nehmen. Ich sehe eine gewisse Gefahr darin, daß man sich in dem Gedanken beruhigen könnte: „wir bekommen jetzt einen Geschäftsführenden Vorsitzenden Herrn Dufhues, und nun wird alles glatt gehen.“ Gewiß ist es von größter Bedeutung, daß an der Spitze unserer Partei besonders fähige Männer und Frauen stehen, aber ein wirkliches Leben entsteht nur dann, wenn eine Partei von ihren Mitgliedern getragen wird. M. E. kommt es darauf an – nicht nur in Zukunft, sondern schon jetzt, daß in aller Bescheidenheit sich jeder seines eigenen Wertes bewußt ist und weiß, daß er an seinem Platz Wesentliches für die Existenz und den Fortbestand der CDU leistet. Er kann nicht bequem leben. In Berlin ist das sowieso nicht möglich. Wir haben die Mauer täglich vor Augen und müssen immer auf Zwischenfälle gefaßt sein. Unser tägliches Tun dort steht im politischen Leben. Sei es im Beruf, auf der Straße, beim Einkauf, in der Schule oder im geselligen Zusammensein; es gibt für uns einfach gar nichts anderes, als politisch zu denken und zu handeln. Jeder Mensch, mit dem wir zusammenkommen, muß spüren, wie

ernst es uns um die Verantwortung ist und daß es einfach nicht mehr geht, daß er für sich alleine lebt, ohne an das Ganze zu denken. Wenn das jedes CDU Mitglied mehr oder weniger täte und sich darüber klar wäre, daß es nicht darauf ankommt, an welcher führenden Stelle er steht, sondern wirklich weiß und sich dessen bewußt ist, wie notwendig jeder einzelne an seinem Platz für die Gesamtheit ist, wäre schon sehr viel gewonnen.

Zu einem zweiten Punkt möchte ich ebenfalls Stellung nehmen. Im Laufe der Diskussion wurde wieder das Thema aufgegriffen: Der Abgang unseres Bundeskanzlers! Dabei wurde von einem Redner gesagt – und das hat mich tief erschrocken und kann nicht unbeantwortet bleiben: „lieber zwei Jahre zu früh, als einen Tag zu spät.“ M. E. lebt der Bundeskanzler in der Gnade und erscheint mir – vielleicht darf ich das als Krankenschwester sagen – als ein biologisches Wunder. Man müßte wohl sehr lange suchen, und auch hier unter uns würde sich vielleicht keiner finden, der mit 86 Jahren noch geistig so frisch und konzentriert ist wie der Bundeskanzler. Mir fällt gerade eine kleine Begebenheit bei seinem letzten Besuch in Berlin ein. Nach einer Feier am Grabe Jakob Kaisers stand Dr. Adenauer total durchnäßt den Reportern zur Verfügung. Er zeigte dabei eine solche Schlagfertigkeit und Elastizität, daß er allgemein Bewunderung und Anerkennung fand. Das soll erst jemand mit 86 Jahren nachmachen. Dann möchte ich noch eins sagen, jede andere Partei würde und wird uns um diesen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden beneiden! (Beifall) Wenn es ihr Mann wäre, würden sie sich in diesem Punkte ruhig und still verhalten und nicht in alle Welt herausposaunen: aber er ist doch so schrecklich alt! !

Der Bundeskanzler hat uns bis jetzt keinerlei Ursache gegeben, an seinen Fähigkeiten und seiner geistigen Frische zu zweifeln.

Wir haben ihm bis jetzt unser Vertrauen gegeben. Warum sollten wir nicht jetzt soviel Vertrauen haben, daß wir annehmen, der Bundeskanzler weiß, wann auch ihm die Grenze gesetzt ist, und er tut das Seine, um für diese Zeit alles gut vorzubereiten?

Ich kann hier nur die Bitte aus dem Volk heraus äußern, man sollte nicht soviel reden, sondern dankbar sein für jeden Tag, den wir ihn noch haben. (Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Frau Poenicke. Ich erteile nun dem letzten Diskussionsredner das Wort, Herrn

Dr. GUNST, Landesverband Hessen:

Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Es ist sehr nützlich, über Grundsatzfragen zu diskutieren. Wichtig ist es aber auch, daß diese Grundsätze im praktischen Leben verwirklicht werden. Dazu will ich einen praktischen Vorschlag machen: Eine Aktivierung der Personalpolitik auf Bundesebene. Wir kritisieren sehr viel und mokieren uns über die Ämterpatronage der

SPD. Gewiß, es gibt viele Fehlentscheidungen und Fehlbesetzungen. Allerdings weiß ich aus meiner Tätigkeit als Stadtverordneter, daß es der SPD sehr wohl möglich ist, wichtige Ämter mit qualifizierten Personen zu besetzen, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, und zwar teilweise mit Personen, die aus ganz anderen Teilen Deutschlands stammen. Es ist also zu vermuten, daß dort die Personenpolitik auf Bundesebene organisiert ist, und dazu nicht ohne Erfolg. Ich bitte also den zukünftigen Geschäftsführenden Vorsitzenden, sich vielleicht einmal über dieses Problem Gedanken zu machen.

Herr Dr. Kohl hatte vorhin in der Diskussion etwas kritisch gewisse Studentenverbindungen erwähnt, die in der Personalpolitik sehr aktiv sind. Ich möchte sagen, es genügt nicht, für ein öffentliches Amt Christ zu sein, man muß christlicher Demokrat sein! In der Vermittlung von qualifizierten Mitgliedern der CDU in wichtige Stellungen liegt m. E. gleichzeitig eine Mitgliederwerbung, und in der Unterstützung qualifizierter Mitglieder der Jungen Union und des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten liegt m. E. einer der Schlüssel für die gesicherte Zukunft der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich darf Ihnen danken, Herr Dr. Gunst, und nun das Schlußwort geben

Herrn Bundestagspräsident

D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Als wir uns gestern abend mit dem Vorsitzenden dieses Arbeitskreises unterhalten haben, hatte er gemeint, daß man ohne Rücksicht auf Verluste bis tief in die Nacht hinein diskutieren, jedenfalls die Diskussion völlig frei geben solle. Es geht hier nun aber so wie gelegentlich im Bundestag, daß die Rednerliste gegen Erwarten früher abgeschlossen ist, als vorausgesehen wurde. Immerhin, es wird einigen so gehen wie mir, daß sie das nicht unbedingt bedauern, wenn wir nun etwas früher fertig werden.

Der Schwerpunkt dieser Diskussion lag ganz zweifellos im Organisatorischen. Daß das so ist, braucht niemand zu verwundern, denn auf diesen Punkt sind nicht nur seit Wochen, sondern seit Monaten die Augen unserer Union und der ganzen Öffentlichkeit gerichtet. Infolgedessen ist es ganz richtig, daß hier erstens einmal zur Organisation gesprochen wurde. Ich räume auch ein – das möchte ich dem Herrn Prof. Redeker sagen –, daß es eine verhältnismäßig harte Sache selbst für Theologen ist, an Hand, wie ich meine, von wohlüberlegten und sorgsam ausgeknobelten Formulierungen in der Diskussion freihändig auf recht schwierige Grundsatzfragen einzutreten, bei denen es auf subtile Unterscheidungen ankommt.

Was den ersten Punkt betrifft, den ich Ihnen hier vorzutragen mir erlaubt habe, so glaube ich, daß in diesem Arbeitskreis ohnehin kein Bedürfnis besteht, darüber in die Diskussion zu gehen. Das wäre

auch nicht richtig gewesen in Anbetracht der Tatsache, daß neben uns der Arbeitskreis 1 getagt hat, der dafür im besonderen zuständig war.

Was die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates anbelangt, ist die Sache nicht ganz so einfach, weil es hier natürlich nicht nur um methodische Fragen, auch nicht um praktische Fragen der Sozialpolitik, die etwa jetzt der Bundesregierung und dem Bundestag erneut abverlangt werden, geht, sondern weil es hier um Fragen geht, die tatsächlich tief in das Selbstverständnis der CDU eingreifen. Etwas davon habe ich hier zu zeigen versucht mit der Problematik Subsidiarität – Solidarität.

Was schließlich das Dritte anbelangt, fühle ich mich ermutigt, insbesondere durch unseren Freund Lauffs und einige andere Diskussionsredner, daß sie noch einmal für meinen bescheidenen Wunsch eingetreten sind: wenn es möglich wäre, meine Damen und Herren, auch auf einem richtigen Parteitag der CDU über Kulturpolitik wenigstens reden zu dürfen. Es ist ja ganz schön, wenn man Kulturpolitische Kongresse der CDU veranstaltet. Der Herr Bundeskanzler schickt dazu regelmäßig ermunternde Grußadressen, und die Referenten, die dann die Vorträge halten, die knobeln meistens schon einige Wochen vorher daran herum: wo also wollen wir hinaus, und wie verstehen wir uns richtig, und wie machen wir es so, daß jeder dabei glaubhaft seine Handschrift schreibt, und daß trotzdem alles zu einer schönen und spontanen Harmonie gelangt. Hoffentlich geht es uns weiter so, daß wir solche Erfolge haben, wie wir sie in Gelsenkirchen gehabt haben. Aber ich würde es der Partei gönnen, wenn so etwas auch einmal zum Erlebnis eines ganz gewöhnlichen, aber allgemeinen und in der Bedeutung doch sehr viel größeren Parteitages werden würde. Das könnte uns allen nach meiner Meinung bloß gut tun. Deshalb bin ich zunächst so feurig dafür, daß wir wieder einen Kulturkongreß in Nürnberg machen. Ich sehe hier manchen kulturpolitisch höchst Interessierten vor mir, von dem ich aber jetzt schon annehme, daß ich ihn in Nürnberg schmerzlich vermissen muß. So ist es doch! Wir haben nun einmal bei den großen Parteitagen eine unvergleichlich viel größere Publizität, während die Kulturpolitischen Kongresse in der Gefahr stehen, Fachkongresse der CDU zu sein. Und an dem liegt es nicht, denn es ist nicht bloß ein Fachproblem der CDU, um das es hier geht, sondern das ist eine Sache, die höchst praktisch in die Tiefen unseres ganzen politischen Wirkens eingreift. (Beifall.)

Es gab einige tapfere Diskussionsredner, die heute nachmittag dazu hier erschienen sind. Ich war im Vergleich damit viel diskreter, mein lieber Freund Redeker. Was habe ich denn eigentlich schon gesagt? Ich habe mir erlaubt, einen Ton zu sagen über unser nicht geglücktes Scharmützel in Sachen Fernsehstreit? Und ich könnte einige andere Punkte anführen. Nein! Aber es war richtig, daß hier davon gesprochen worden ist. Meine Damen und Herren! Wären wir nur an diesem Punkt in den letzten fünf Jahren etwas munterer gewesen!

Ich gebe zu, wir hatten auch noch anderes zu tun. Erinnern Sie sich noch, daß es Parteitage gab, auf denen wir uns ganz ernsthaft mit den Kernfragen unserer Existenzsicherung im vitalsten und äußersten Sinn beschäftigten? Es war auch berechtigt, daß es Parteitage gab, an denen wir uns mit Gesellschafts- und Sozialpolitik wirklich ernsthaft und heiß herumgestritten haben. Ich könnte sagen: Wo sind eigentlich die Zeiten hin? Vor lauter Harmonie und Freude haben wir schon beinahe wieder vegessen, wie das war.

Mit der Kulturpolitik ist es einfach so, daß diese Partei ungleich viel aktiver werden muß, wenn wir nicht Schaden leiden wollen im Verhältnis von Bund und Ländern. Es würde mir leid tun, wenn ein einziger von hier wegginge und sagen würde: Ja, dem Gerstenmaier ist es wieder eingefallen am späten Nachmittag, daß er Bundestagspräsident ist, und daß es einen Artikel 30 des Grundgesetzes gibt, wo es heißt, daß die Ausübung der staatlichen Befugnisse bei den Ländern und nicht beim Bund liegt; beim Bund nur dann, wenn es ausdrücklich im Grundgesetz bestimmt ist. Ich kritisiere nicht daran, aber ich sage, Grundgesetz hin, Grundgesetz her, wir müssen zusammenleben. Wir sitzen in einem Boot. Die gesellschaftlichen Strukturen und die vitalen Kernfragen des deutschen Volkes sind – erlauben Sie mir, Herr Landesvater von Schleswig-Holstein, das zu sagen – von Husum bis nach Konstanz so ziemlich die gleichen. Auch hinsichtlich des geistigen und des charakterlichen Selbstverständnisses des deutschen Volkes sind sie ungefähr im gesamten deutschen Volkskörper gleich. Infolgedessen würde ich meinen, daß es nicht unfair wäre, wenn sich die Union überlegen würde, was sie tun kann, um an diesem Punkt dem nicht befriedigenden Verhältnis von Bund und Ländern etwas unter die Arme zu greifen, um hier unseren guten Willen und Dienst anzubieten, ohne die Rechtszuständigkeiten der Länder überhaupt in Frage zu stellen. Es würde mir leid tun, wenn irgendeiner unserer Freunde aus den Landesregierungen und Länderparlamenten nach Hause ginge und sagen würde: Die wollen bloß unsere Kompetenzen haben. – Darauf kommt es mir gar nicht an. Ich will keine Kompetenzen in Frage stellen, die im Grundgesetz begründet sind, ganz gleich, ob ich sie für richtig oder für falsch halte. Aber ich sage, wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alles funktioniert. Wir müssen zusammenhalten. Deshalb bin ich der Meinung, daß ein ganz praktisches politisches Interesse vorliegt, nämlich das Verhältnis von Bund und Ländern, und daß wir hier die Kulturpolitik in den kommenden Jahren in einer ganz anderen Weise als bisher in den Mittelpunkt unserer gemeinsamen Überlegungen und Bemühungen stellen müssen.

Die Diskussion hat sich zum großen Teil zum Punkt 4 hin bewegt, der es mit der politischen Heimat für eine Mehrheit der Deutschen zu tun hatte. Ich bedanke mich bei einer Reihe von Diskussionsrednern für die Ermutigung, aber auch für kritische und fördernde Anregungen. Ich kann jetzt nicht im einzelnen auf jeden Beitrag eingehen. Ich

stimme aber unserem Freund Stoltenberg zu und gratuliere zu seiner sehr guten Formulierung, die ich noch einmal in das Bewußtsein dieses Arbeitskreises bringen möchte. Er sprach von dem Unterschied zwischen formal-juristischem Denken im Verhältnis von Bund und Ländern, während Herr Erhard aus Hessen ein politisch-schöpferisches Denken verlangt hat.

Meine Damen und Herren! Sie können von der Ministerialbürokratie, die in Bonn in der Bundesratsstruktur die Geschäfte des Tages besorgt, nicht zuviel erwarten. Der Bundesrat hat keine politischen Fraktionen und ist im Bunde nicht so gegenwärtig, wie der Bundestag mit seinen Parteien dort präsent ist. Infolgedessen besteht hier ein Bedürfnis nach einer energischen Unterstützung, die nur aus dem politisch-schöpferischen Denken kommen kann. Ich möchte deshalb diese Formulierung dem Arbeitskreis noch einmal empfehlen.

Bei Herrn Erhard aus Hessen bedanke ich mich für den Mannesmut, mit dem er hier ein klares Verhältnis und eine klare Rangordnung vorgetragen hat. Dem stimme ich restlos zu. Um niemandem zu nahe zu treten, will ich lieber noch einmal wiederholen: Was kommt zuerst, Herr Minister Dufhues? Jetzt rede ich nicht den Mann an, über den ich gleich noch etwas sagen muß – damit auch hier völlige Klarheit besteht –, sondern ich rede den Herrn Staatsminister des Landes an, in dem wir uns befinden. Der Herr Erhard hat gesagt: Der Bund kommt vor den Ländern. – Das ist im Grundgesetz sehr problematisch ausgedrückt; immerhin gibt es den Satz: Bundesrecht bricht Landesrecht. – Das ist aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben. Dort heißt es: Reichsrecht bricht Landrecht. –

Das sind zwar einige Anhaltspunkte, aber damit ist uns natürlich noch nicht geholfen. Wir müssen versuchen, etwas daraus zu machen. Je unpolemischer und je hilfreicher wir dieses Verhältnis gestalten und je unpräventiöser es gemacht wird, desto besser ist es für uns alle; denn schließlich sitzen wir von der CDU mit allen unseren Mitbürgern im gleichen Boot.

Noch ein Wort zu dem Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden in spe. Ein großer Prophet braucht man nicht zu sein, um voraussagen zu können, daß er morgen wahrscheinlich gewählt werden wird. Nun gibt es einige besorgte Freunde, die mir gesagt haben: Jetzt müssen Sie aber wirklich mal den Dufhues unterstützen, denn sonst könnte es am Ende sein, daß die Leute noch auf die Idee kommen, er solle zum Fernsehreferenten der Bundeszentrale bestellt werden. – So haben wir natürlich nicht gewettet. Der Herr Bundeskanzler hat es inzwischen auch gemerkt. Was die Frage selbst anbetrifft, so möchte ich übrigens meinen, daß es hier, lieber Freund Dufhues, nicht nur understatements, sondern auch overstatements gegeben hat, von denen ich nur hoffe, daß sie Ihnen nicht zur schweren Last werden. Es wäre unfair, wenn Sie etwa in dieser Sache so dächten: Dufhues muß uns aus allen Scherereien und Schwierigkeiten herausreißen. Dazu hat er sich ja bereitgefunden. Deshalb alle Macht an den Dufhues! Aber wehe, wenn

beim nächsten Parteitag nicht alles anders aussieht! – Hier empfehle ich doch, meine Damen und Herren, die Kirche im Dorf zu lassen. (Beifall.)

Ich wiederhole: Ich bin gegen das Understatement, daß er ein gehobener Fernsehbeauftragter oder so etwas sei. Ich habe ihn getröstet und ihm gesagt: Wissen Sie, diese Geschichte erinnert mich an das hübsche, aber scharf gezeichnete Porträt von Philipp Melanchthon. Wer kennt nicht das Porträt Philipp Melanchthons von Dürer! Hier müßten die großen Lateiner, hier müßte Redeker als Spektabilität aufs Podium und die Unterschrift in Latein zitieren. Ich will sie lieber in Deutsch vortragen. Dürer hat nämlich nicht nur das Porträt Melanchthons gemalt, sondern er hat auch darunter geschrieben: Das Antlitz dieses trefflichen Mannes vermochte mein Stift festzuhalten, seinen Geist aber, den kann ich nicht zeichnen. –

Gestern ist auch mehr das Antlitz des trefflichen Mannes gezeichnet worden bzw. seine Funktion, aber nicht sein Geist. Von dem Geist wird allerhand verlangt, Freund Dufhues! Ich gehöre nicht zu denen, die verlangen, daß Dufhues kommt und Vollmachten erhält soviel er will, nächstes Jahr aber werden wir dann zur Kasse schreiten und sagen, nun zeige einmal vor! – So einfach ist die Sache nicht. Ich plädiere schon jetzt für Menschlichkeit gegenüber dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU. (Beifall.)

Hierbei mache ich auf einen Punkt aufmerksam, auf den nur bei einem Bundesparteitag aufmerksam gemacht werden kann, weil wir uns diese Klarheit unter Unionsfreunden schuldig sind. Meine Herren Delegierten aus den Kreisen und Ländern! Ein Geschäftsführender Vorsitzender der CDU muß selbstverständlich auch eine Situation respektieren, die im Grundgesetz begründet ist und nach Artikel 65 lautet: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.“ Es gibt einige Parlamentarier, die sich im Laufe der Jahre daran gewöhnen mußten, daß es das Grundgesetz so will; denn es heißt nicht, daß das Parlament die Richtlinien der Politik bestimmt, sondern eben der Bundeskanzler. Nun, auch die CDU/CSU wird sich daran gewöhnen müssen, daß dieser Satz noch immer gilt, auch dann, wenn sie einen vortrefflichen Geschäftsführenden Vorsitzenden hat. Daß es hier zu einer Symbiose kommt, das können wir nur wünschen, und wir können unseren Freund Dufhues nur ermuntern, in dieser Richtung zu wirken.

Ich habe hier den Ruf unserer Freunde von den Ostvertriebenen gehört, der das schöne Wort enthalten hat: „Die Tore auf!“ Ich kann nur sagen, der Ruf ist gerade in dieser Richtung hochaktuell. Ich bin kein Freund davon – wenn man schon für die Mehrheit der Deutschen eine politische Heimat sein will –, einfach kleinere Gruppen, die in Veränderungsprozessen sind, kurzerhand zu überfahren. Wir sollten uns nach meiner Meinung so verhalten, daß der Rest der Vertriebenen, die immer noch meinen, daß ihre schmale soziologische Basis ausreiche, in der parteipolitischen Entwicklung Deutschlands noch eine eigene Gruppe und eine eigene Existenz zu sein, davon überzeugt wird, daß ihre

persönlichen und unaufgebbaren Anliegen in einer großen Partei – in der sie volles Heimat- und volles Mitspracherecht haben –, besser aufgehoben sind als in einer kleinen und immer schmäler und immer problematischer werdenden Sonderpartei.

Mir würde es leid tun, wenn die Vertriebenen mit etwa 4% durch die Maschen fielen. Was würde es bedeuten, wenn diese 4% bei uns landeten und ihre Kräfte im Gesamtkonzert wirksam werden würden? Es ist ungerecht, wenn in irgendeiner Weise unterstellt wird, daß wir ein Lebensanliegen der Vertriebenen oder der Parteien der Vertriebenen auch nur gering geachtet oder gar vergessen hätten. Es ist nicht wahr, daß diese Union – weder in ihren Regierungen noch in ihren Parlamentsfraktionen – jemals z. B. in der sehr empfindlichen Grenzfrage irgendwie einen Schritt in der Richtung getan hätte, der eine Art Vorabverzicht bedeuten würde. Ich weiß, daß es Kritik gibt. Es gab ja auch in dem Memorandum der Acht eine harte Kritik an unserer Haltung deshalb. Es kommt vielleicht wieder einer und sagt dazu einfach: Gerstenmaier ist doch ganz reaktionär. Ich bin nicht reaktionär, ich sehe die Dinge, wie sie sind. Aber wir haben uns nicht dazu verstanden – und hier rede ich nicht nur für mich, sondern hier darf ich für die ganze Christlich Demokratische Union sprechen –, vorab unlegitimierte Verzichtserklärungen abzugeben oder irgend etwas zu tun, was irgendeinen unserer vertriebenen Mitbürger ärgern oder verdrießen könnte. Das darf ich für die Union hier feststellen. Ich kann sagen, diese Union ist offen und bietet eine politische Heimat. Sie verlangt von niemandem Unterwerfung, sondern sie will wirklich Heimat sein, sie bietet sie allen Gruppen. Es besteht die Möglichkeit, daß diese Gruppen allmählich durch die politische und gesellschaftliche Entwicklung unter die 5%-Klausel fallen und damit vor der Gefahr stehen, politisch total mundtot zu werden. Ich rate allen diesen Leuten, ein solches Experiment nicht weiter fortzusetzen, sondern rechtzeitig anzutreten und sich eine neue Stimm- und Sprachmöglichkeit in einer großen und weiträumigen Partei zu sichern. Die Christlich Demokratische Union ist jedenfalls offen und läßt jeden herzlich ein.

Ein Wort, das mich besonders bewegt hat, ist das Wort von Frau Dr. Strecker. Ich habe, wahrscheinlich wie einige andere Mitglieder des Vorstandes, einen Brief von einer Frauengruppe der CDU bekommen aus einer Großstadt des Rheinlandes, der mich sowohl in seiner vornehmen zurückhaltenden Art wie auch in seiner Intention sehr beschäftigt. Frau Dr. Strecker hat gesagt, wir möchten doch unsere Partei und unsere Politik nicht einengen und einzwängen lassen zwischen die allgemeinen politischen Bedürfnisse und zwischen die besonderen Interessen unserer Familienpolitik. Zum Charakteristikum einer sich christlich nennenden Partei gehört natürlich, daß sie die Ordnungen Gottes hochhält. Deshalb haben wir ja unseren berühmten Bezug auf das Elternrecht. Die Theologen und die Juristen, die hier versammelt sind, erinnere ich noch einmal daran, daß die Katholiken ihre eigene Tradition haben; aber die Protestanten sind hier in der gleichen Linie. Martin Luther erinnert daran, daß aus dem Elternrecht und seiner

Autorität die Erziehungsgewalt fließe, und daß sie dem Staat und seinen Ansprüchen klar vorgehe. Es könnte sein, daß wir für solche Erkenntnisse, an denen wir festzuhalten entschlossen sind und die uns in eine völlige Harmonie mit den Katholiken bringen, auf die Barrikaden des innenpolitischen Kampfes in unserem freiheitlichen Rechtsstaat gehen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Nun gut, dann werden wir gehen. Niemand soll kommen und sagen, das ist doch bloß so eine taktische Position, an der die Protestanten als Hilfsvölker der Katholiken nur mitgenommen werden. Das ist eine völlig falsche Unterstellung und ein unbrauchbares Bild, wenn man sich die innere Struktur und die innere Bewegung der CDU dergestalt vorstellt. Ich weiß, daß es einige meiner Glaubensverwandten in der evangelischen Kirche gibt, die sich das genauso vorstellen. Nichtsdestoweniger muß ich sagen, es ist falsch, wie ich es z. B. an dem Punkt Elternrecht klar beweisen kann.

In diesen Zusammenhang gehört auch das, was Frau Dr. Strecker hier angesprochen hat und was mir auf der Seele liegt. Ich habe neulich die Ehre gehabt, vor dem Deutschen Evangelischen Frauenbund zu sprechen. Ich habe mich vorher einige Tage lang mit der besonderen Situation der Frau in unserer Gesellschaft und unserem Staat auseinandersetzen müssen.

Ich glaube, daß wir bei aller Betonung der Familie als einer Grundordnung, die zu halten uns geboten ist, weil sie eine göttliche Ordnung ist, uns der Tatsache bewußt sein müssen, daß ein Großteil von alleinstehenden und unverheirateten Frauen in einem ganz ungewöhnlich harten und immer härter werdenden Maß die geschichtlichen Lasten zu tragen haben, die unser Volk in diesem Jahrhundert betroffen haben. Rund 50 % der Frauen, die vor 1913 geboren sind, sind unverheiratet. Wenn wir diesen Tatbestand auf der einen Seite sehen und wenn wir auf der anderen Seite die Gleichberechtigung der Frau, wie es unser Grundgesetz will, nicht zu einem Lippenbekenntnis machen, sondern ernst nehmen, dann müssen wir auch bereit sein, hier nach Formen zu suchen, die den Frauen – und hier stimme ich Frau Dr. Strecker zu – nicht nur das Gefühl geben, daß sie gut daran tun von Fall zu Fall für uns zu stimmen, sondern sie sollen auch wissen, daß wir ihnen in besonderer Weise Arbeitsmöglichkeiten eröffnen und daß sie in unserer Union ein politisches Heimatrecht haben. Das bedeutet viel mehr als nur eine rationale Wertung ihrer Stimmzahl. Ich plädiere dafür, daß wir das im Gedächtnis behalten und daß wir auf diese Weise weit über das hinausgehen, was die Verfassung an Gleichberechtigung gebietet. Wir erweisen jedenfalls unsere Reverenz den deutschen Mitbürgerinnen, die in einer ganz besonderen Weise die geschichtlichen Lasten unseres Volkes in diesem Jahrhundert mittragen. (Lebhafter Beifall.)

Nun kommt eine Sache, die recht kontrovers ist, bei der ich auch keine Patentlösung weiß im Augenblick. Unser Freund Dr. Kohl hat eine schneidige Rede gehalten und gefordert: politische Führungsmacht für

Dufhues, Allmacht für Dufhues. Er meint, daß vor allem die Führungsmacht oben verstärkt werden müsse. Ein anderer Unionsfreund ist dann aufgetreten, Freund Peter, der gesagt hat: Man müsse die politische Willensbildung von unten stärken. Dann ist das schöne Wort von einem Dritten gefallen: Wir werden immer wieder von unten mobilisiert, wenn es um die Wahlen geht, und zwar für die Popularisierung des Gedankenguts, das die Großkopfeten oben verkünden. Wir werden also für die Wahlmaschinerie gebraucht. Aber wie sieht es eigentlich mit unserer Mitwirkung in der politischen Willensbildung aus? —

Meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen, beide Redner haben gar nicht unrecht. Aber beides unter einen Hut zu bringen, das ist das Problem. Unserem Freund Peter möchte ich sagen, daß es leider an dem ist, daß eine große politische Partei, die handlungsfähig bleiben will im politischen Alltag, in einem sich immer mehr verdichtenden Massenstaat darauf angewiesen ist, daß sie ein entscheidungsfähiges Führungsgremium hat, das schnell handeln kann. Dieses Führungsgremium muß sich darauf verlassen können, daß seine Entscheidungen, wenn auch nicht im Detail, aber doch in der Substanz von der gesamten Gemeinschaft mitgetragen und mitgebilligt werden. (Beifall.) Ich sehe nicht, wie man eine politische Willensbildung z. B. jetzt bei der neu anzustrebenden Sozialreform von unten her mobilisieren und realisieren soll. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn wir diese Diskussion wieder eröffneten, wie und ob das zu machen wäre. Aber praktisch ist doch diese politische Willensbildung von unten her wirklich nur möglich in den Grund- und Kardinalfragen der CDU. Dort aber sollte sie auch erfolgen. Infolgedessen kann ich jetzt nichts anderes sagen, als daß ich beide Forderungen gelten lassen muß, da beide ihre Wahrheitsmomente haben. Wir müssen sehen, wie wir in den Parteiorganen zurechtkommen. Vielleicht könnte man gelegentlich den Bundesausschuß etwas mehr heranziehen. Der Bundespartei-ausschuß umfaßt etwa die Hälfte der Parteitagsdelegierten. Das ist also ein recht großer Kreis, der aber bis heute nicht gerade überbeansprucht worden ist. (Heiterkeit.)

Vielleicht könnte man bei der vorzunehmenden Änderung des Parteipräsidiums morgen mit in Erwägung ziehen, ob nicht in Zukunft dem Bundesausschuß eine etwas größere Aktivität zugemessen werden soll. Ich würde das jedenfalls für eine praktikable Form halten. Wenn ich mir überlege, wie man solche Forderungen realisieren soll, dann stehe ich vor einer Mauer und weiß keinen probaten Weg, der sich wirklich realisieren läßt. Aber ich meine, man könnte es mit dem Bundesausschuß versuchen.

Zum Schluß noch die Frage für uns alle, die nicht nur in unser Trommelfell gedrungen ist, die uns Freund Senge gestellt hat: Wie kommen wir zur Mehrheit? Damit sind wir vor eine Frage gestellt, die im Leben einer Partei wirklich das tägliche Brot ist: Wie kommen wir zur Mehrheit? Lassen Sie mich jetzt nicht von vorn anfangen, sondern schlicht und einfach sagen:

1. Wir kommen zur Mehrheit, wenn wir die beste deutsche Politik treiben, die überhaupt in diesem Land möglich ist;
2. indem wir unser C ernst nehmen und nicht nur zu einem Lippenbekenntnis und Ornament werden lassen. Beides gehört zusammen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender VON HASSEL:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident Dr. Gerstenmaier. Niemand wird erwarten, daß sich daran noch eine weitere Diskussion anschließen wird. Ich habe mich zu bedanken bei Ihnen, Herr Dr. Gerstenmaier, für Ihr Referat und Ihr Schlußwort, aber auch bei allen anderen, die in der Diskussion mitgewirkt haben. Wir haben heute mit 360 Delegierten und Gästen begonnen. Fast die gleiche Zahl ist jetzt noch anwesend im Saal. Auch die Vertreter der Presse haben bis zum Schluß hier ausgehalten. Das ist ein Zeichen dafür, daß wir hier mit Ernst und Sachlichkeit diskutiert haben. Die Arbeitskreise für Auswärtiges und für Wirtschafts- und Sozialpolitik sind beendet. Wir treffen uns morgen früh um 9.00 Uhr in dieser Halle zur dritten Plenarsitzung.

Vierter Tag, Dienstag, 5. Juni 1962

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.10 Uhr

Präsident Frau FERA, MdB:

Meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich eröffne den vierten und letzten Tag des Bundesparteitages der Christlichen Demokratischen Union.

Bevor wir in die Tagesordnung gehen, möchte ich noch eine Änderung der Tagesordnung bekanntgeben. Die Referate und Aussprachen wollen wir heute morgen so straffen, daß wir um zwölf Uhr dreißig Schluß machen und dann um vierzehn Uhr mit der Nachmittagsitzung beginnen. (Beifall.)

Das Präsidium bittet Sie alle sehr, auch heute nachmittag ebenso zahlreich zu erscheinen, weil wir dann sehr wichtige Wahlen vorzunehmen haben. Es wäre also notwendig, daß alle anwesend sind.

Ich möchte nunmehr das Wort Herrn Ministerpräsident von Hassel geben für den

Bericht des Bundesvorstandes

VON HASSEL:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde und liebe Gäste! Der heutige vierte Tag des 11. Bundesparteitages unserer Union führt uns hinein auch in Fragen des organisatorischen Gefüges und, an Hand der Berichte der Arbeitskreise, zur konkretisierten Aussage über den Inhalt unseres politischen Bemühens. Wir widmen uns heute also den beiden Aufgaben, die eine politische Partei zu erfüllen hat. Sie hat erstens auf der Basis gemeinsamer Grundsätze die Ziele der politischen Arbeit aufzuzeigen und Methoden zu ihrer Verwirklichung darzustellen, und sie hat zweitens die Voraussetzungen für dieses Anliegen zu schaffen, sie hat also alle ihre Kräfte zu koordinieren und ihr Bemühen den Bürgern im Staat verständlich zu machen.

Die Frage, wie wir, die CDU, in den beiden zurückliegenden Jahren – seit Karlsruhe – diese zweite Aufgabe angepackt haben, ist Gegenstand des Berichts, den ich Ihnen zu erstatten habe.

Nun wird ohne Zweifel der heute nachmittag zu wählende geschäftsführende Vorsitzende aus seiner Sicht noch Stellung nehmen zur Struktur, zur Organisation unserer Christlich Demokratischen Union und wohl auch zur Problematik demokratischer Führungseinheit. Ich kann und muß mich daher mit dem Hinweis auf wenige Aspekte begnügen, die zugleich Erfahrungen der vergangenen 25 Monate widerspiegeln.

Mein Bericht über den Zeitraum der vergangenen zwei Jahre wird also vorwiegend bestimmt sein durch zwei Ereignisse, nämlich durch die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl vom 17. September 1961 und durch die Bemühungen um eine Straffung in der Parteispitze, die unter dem Schlagwort „Parteireform“ eine starke, gewiß auch nicht ganz ungefährliche Publizität erlangt hat.

Diese Parteireform wird nicht, das lassen Sie mich ganz klar gleich zu Beginn betonen, eine Reform gegen unseren Bundesvorsitzenden sein. Im Gegenteil, sie geht von ihm aus, weil sie helfen soll, seine Lasten mitzutragen. Ich brauche weder Ihnen noch der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, welche Last Konrad Adenauer trägt sowohl als Bundeskanzler wie auch als Vorsitzender der erfolgreichsten Partei in der deutschen Geschichte. Er hat durch das Gewicht seiner Persönlichkeit die CDU zu dem gemacht, was sie heute ist. (Beifall.)

Es wird in der Diskussion zu diesem Thema von der Notwendigkeit gesprochen, die CDU und ihre leitenden Männer und Frauen in die Lage zu versetzen, getrennt von staatlichen Funktionen zu arbeiten. Lassen Sie mich hierzu feststellen: die CDU war und ist keine Staatspartei, sie ist eine Partei für den Staat. Sie hat die Bundesregierung, die meisten Landesregierungen und den ganzen demokratischen Neuaufbau bis in die kleinste Gemeinde wesentlich mit ihren Kräften getragen. Wir konnten bisher im Gegensatz zur Opposition keine Parteipolitik treiben, weil wir Politik für Deutschland zu machen hatten. Das war richtig, weil es für unser ganzes Volk notwendig war; aber wir haben auch gemerkt, daß wir rechtzeitig unseren Parteaufbau verstärken müssen, damit wir auch in Zukunft in der Lage sind, als stärkste politische Gruppe in der Bundesrepublik den Weg Deutschlands zu bestimmen.

Zuvor nun dieses: Am Stand der Organisation unserer CDU, wie ich ihn in Karlsruhe detailliert dargestellt habe, hat sich seither wenig geändert. Freilich darf gesagt werden, daß sich dank dem verantwortlichen Handeln von Vorstand und Bundesgeschäftsführung in vielen Fragen eine engere Fühlungnahme zwischen der Bonner Zentrale und den Landesverbänden ergeben hat. Dazu hat zweifellos auch die straffere Gliederung in der Bundesgeschäftsstelle selbst mit einer Reihe personeller Veränderungen beigetragen.

Auch wenn das chronologisch nicht ganz korrekt ist, gestatten Sie mir sicherlich, einige Anmerkungen zu dieser sogenannten Parteireform – dieser Begriff ist ja doch nicht mehr aus der Welt zu schaffen – zu machen, bevor ich auf den Wahlkampf eingehe; ich will mit diesem Verfahren ganz klar machen, daß unsere Überlegungen, die zur Kräftigung der Führung der Union dienen sollen, nicht etwa eine Folge des Wahlergebnisses vom 17. September sind, sondern das Ergebnis einer viel weiter zurückreichenden Entwicklung.

Selbst auf die Gefahr hin, jetzt dem neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden etwas vorwegzunehmen, möchte ich mir die Vorbemerkung nicht versagen, daß unsere Kritiker es sich zu leicht machen, wenn sie

die CDU – und mit uns auch die CSU – als Wählerparteien bezeichnen und derartige Bemerkungen nicht selten abschätzig glossieren, während sie bereit sind, der SPD den Rang einer Mitgliederpartei zuzumessen.

Das Wort Mitgliederpartei ist in der Bundesrepublik zu einem Schlagwort geworden, das allzu oft falsch angewendet und gern bewußt mißbraucht wird. Zwar hat die SPD bei einer geringeren Zahl von Wählern, also von Anhängern, etwa doppelt so viele Mitglieder wie die CDU; aber eine „Mitgliederpartei“ in der korrekten Verwendung dieses Begriffs ist sie dennoch nicht; den Vergleich mit wirklichen Mitgliederparteien, wie wir sie aus Österreich und Belgien, Italien oder England kennen, hält sie ebenso wenig aus wie die CDU. Es ist zweifellos das Bemühen der Sozialdemokratie, ihren Mitgliederstand weiter zu verstärken, und wir sollten alle uns versprechen, daß sich die CDU in einem derartigen Bemühen von der SPD nicht übertreffen lassen wird. Wir wollen Arbeit und Sorgfalt darauf verwenden, immer mehr Kräfte zur Mitarbeit im Sinne der Union zu gewinnen. Aber bei dem Streit um die Frage „Mitgliederpartei oder nicht“ handelt es sich, auf deutsche Verhältnisse bezogen, zunächst um den Streit um ein bloßes Wort. Entscheidend ist meiner Auffassung nach, daß wir allen anderen Parteien in der Bundesrepublik um einen großen Schritt, ja um den entscheidenden Schritt voraus sind; die Union ist im besten Sinne des Wortes das, was die anderen gern sein möchten: sie ist die große deutsche Volkspartei. (Beifall.) Diesen Rang zu behaupten, ihn zu festigen – darum muß es bei dem Bemühen um die Verstärkung der Mitgliederzahl gehen.

Die Politik der Christlich Demokratischen Union, die unsere Bundesrepublik aus dem Nichts heraus geführt hat zur Position des Partners der freien Welt, mit dem man rechnet, diese Politik hat ihre Wurzeln und gewinnt ihre Kraft aus allen Teilen des deutschen Volkes, die Frauen und die Männer, die in der Zone in Unfreiheit leben müssen, mit einbezogen.

So wie wir in diesem Bewußtsein den Anspruch auf die Verantwortung für Staat und Volk herleiten, so verpflichtet uns das auch zur Arbeit für eine ständige Verbesserung unserer politischen Mittel. Eine Partei wie die CDU muß sich also stets fragen, ob sie in den Stand gesetzt ist, der Belastung, die Verantwortung mit sich bringt, durch geeignete Formen der Führung zu entsprechen. Daher habe ich bereits in Karlsruhe in meinem Rechenschaftsbericht 1960, den ich für den Vorstand zu erstatten hatte, betont, wie wichtig eine leistungsstarke Organisation ist. Ich habe zum Beispiel erklärt, daß die Landesverbände der CDU eine starke Bundesspitze, einen entscheidungsfähigen Vorstand und eine zügig und zielstrebig, aber auch rationell arbeitende Bundesgeschäftsstelle wünschen. Ich könnte mich heute beinahe darauf beschränken, einen weiteren Satz aus jenem Rechenschaftsbericht zu zitieren, nämlich, daß „alle Sitzungen von Vorstand und Ausschuß . . . von vorzüglichem Geiste getragen wurden, einem Geist, der es ermöglicht, sich allein und uneingeschränkt dem großen Anliegen der

Union zu widmen: unserem Staate zu dienen, ihn zu tragen, ihn zu gestalten.“ (Beifall.)

Lassen Sie mich heute wie damals meinen Dank abstatten allen, die mit uns gearbeitet haben – auch dem letzten Mitglied der Union draußen im Lande, den Dank für unbeirrbares Vertrauen, der in gleicher Weise den verantwortlichen Frauen und Männern an der Spitze gebührt.

Als wir nach der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Februar d. J. der Presse mitteilten, daß der Bundesvorstand diesem 11. Bundesparteitag der CDU vorschlägt, unseren Freund Josef-Hermann Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei zu wählen und zugleich – ganz im Sinne von Überlegungen, die mit der Zustimmung und dank der Initiative unseres Bundesvorsitzenden zu diesem Ergebnis gebracht wurden – eine Neuorganisation der Parteispitze vorzunehmen, als wir das der Öffentlichkeit mitteilten, fanden wir die Zustimmung wohl der gesamten CDU, ja selbst auch jener Teile der deutschen Publizistik, die sonst der großen Regierungspartei in Bonn nicht immer freundlich gesonnen sind. Wo immer über Einzelheiten, über Modalitäten, über Formen diskutiert wurde – und das ist glücklicherweise landauf, landab geschehen, bis hinein in den letzten Bezirksverband der Union –, überall bestand Einmütigkeit über zwei Voraussetzungen:

Erstens: Die CDU ist glücklich darüber, daß dieser erste Schritt in einen neuen Abschnitt der Geschichte unserer Union, wie Rainer Barzel das formuliert hat, von Konrad Adenauer eingeleitet und in der Richtung bestimmt wird. Wir tun diesen Schritt mit dem Kanzler.

Zweitens: Wir organisieren nicht um der Organisation willen, sondern die institutionelle Änderung dient uns dazu, Persönlichkeiten von politischem Rang, die auf Leistungen und Erfolge verweisen können, die Basis für verantwortungsbewußtes und verantwortliches Handeln in unser aller Auftrag zu schaffen. (Lebhafter Beifall.) Es geht uns, dem wohlverstandenen Anspruch des demokratischen Umganges miteinander entsprechend, um Führung in der Union und um Führung durch die Union. Die CDU/CSU gilt weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus als die Partei mit den fähigsten Köpfen, mit der tüchtigeren Mannschaft, mit der klaren Politik. Diesem Bild von unserer Union muß unsere Struktur gerecht werden.

Ich darf mich hier auf diese Anmerkung beschränken. Heute Nachmittag werde ich die Anträge des Vorstandes und des Ausschusses zur Satzungsänderung im einzelnen zu begründen haben.

Lassen Sie mich nun zu dem anderen Teil meines Berichts übergehen, der sich im wesentlichen mit den Erfahrungen bei der Führung des Bundestagswahlkampfes, mit meinen eigenen und denen meiner vielen engeren Mitarbeiter, befassen wird. Unserem Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske, der übrigens heute Geburtstag hat, (Starker Beifall.) gebührt nicht nur der Dank der Partei für die vorzüg-

liche und sorgfältige Arbeit, die er im Berichtszeitraum gemeinsam mit seinen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle der CDU geleistet hat. Herr Dr. Kraske, Sie haben sich stets als ein aufrichtiger, zuverlässiger, klar denkender und an Initiative reicher Partner in der Führungsarbeit erwiesen, und Sie dürfen es sich selbst als Verdienst anrechnen, daß Ihre selbstbewußten, selbständigen und eigenwilligen Mitarbeiter ein gutes Team für die Arbeit in der Partei geworden sind. (Lebhafter Beifall.)

Herr Dr. Kraske hat dem Bundesvorstand der CDU eine überaus sorgfältig erarbeitete Analyse des Bundestagswahlergebnisses vorgelegt, die ich jedermann zum sorgfältigen Studium empfehle, die reich an Erkenntnissen ist und uns zu mancher Einsicht hilft. Ich werde im folgenden hier und da auf diese Erkenntnisse zurückgreifen.

Als wir uns im Jahre 1960 – unmittelbar nach Karlsruhe – anschickten, in den technisch und werbemäßig am sorgfältigsten vorbereiteten Wahlkampf unserer Parteigeschichte einzutreten, waren wir uns dreier Aufgaben bewußt:

Es galt, erstens, die Leistungen der CDU/CSU als der führenden Partei nicht nur in den letzten vier, sondern in den voraufgegangenen zwölf Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland den Wählern bewußt zu machen, und es galt

zweitens, die Schwächen des politischen Gegners aufzuzeigen, ihn um dieser Schwächen willen anzugreifen und mit den Unklarheiten und der Fragwürdigkeit seiner Ziele darzustellen, um

drittens die erfahrene Mannschaft der CDU/CSU unter Führung von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard dem Wähler zu zeigen als Bürgen für eine erfolgreiche Fortsetzung der deutschen Politik auch in der 4. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

Wir haben uns, meine Freunde, von Anbeginn keiner Illusion hingegeben: Wir wußten, daß der Normalbürger die unter Führung der CDU erworbene Sicherheit, den Wohlstand, die Ordnung dank der Gewöhnung als etwas Selbstverständliches und nahezu Unverlierbares empfand, für das es keines Dankes und kaum der Mühe bedürfte. Während aber Oppositionsparteien ungestraft leuchtende Fernziele aufzeigen und damit ungehemmt Propaganda machen können, mußten wir – die Partei in der Verantwortung – angesichts der vorgeblichen Wandlungen der SPD zunächst versuchen, den Schleier des bloßen Taktierens vom Gesicht des politischen Gegners zu ziehen, ehe wir uns entscheidend mit ihm auseinandersetzen konnten. Diesem Bemühen, den Gegner zu stellen, galt die Arbeit im Jahre 1960 wie in den ersten Monaten des Wahljahres selbst. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß die Bürger der Bundesrepublik erkennen würden, wie sehr die SPD in den zurückliegenden Jahren an ihren jeweiligen Programmen gebastelt hat, wie sie hergebrachte Grundsätze verwarf, um sich stattdessen attraktiv zu dekorieren. Das Godesberger Programm zum Beispiel, der „neue Stil“ der SPD – sein Urheber, Herbert Wehner,

bezog vor acht Tagen in Köln die Antwort seiner Genossen, die dem äußeren Schein ihrer Partei mißtrauten: er sank bei den Vorstandswahlen der SPD auf ein Vertrauensniveau herab, das kaum verhülltes Mißtrauen darstellt. – Dennoch: Wir dürfen nicht verkennen, daß die scheinbare Annäherung der SPD an die CDU eine Steigerung der Neigung weiter Kreise der Öffentlichkeit zu einer gewissen Labilität, einer politischen Unentschiedenheit von vornherein verstärkt und dazu beigetragen hat, die Bedeutung der Wahlentscheidung vom 17. September zu verwischen. Wir hatten mit dem großen Anteil sogenannter Meinungsloser zu rechnen. Darüber hinaus hat die Union in gar mancher Frage – denken wir nur an den lange, viel zu lange währenden Streit um das Zweite Fernsehen! – den wenig attraktiven Eindruck der Unentschlossenheit gemacht und sich damit unnötigerweise Angriffen und peinlichen Fragen ausgesetzt. (Lebhafter Beifall.) Das alles mußte zu jener eben erwähnten Labilität gewisser Wählerkreise beitragen und dem unbestimmten Gefühl Vorschub leisten, man könne es ja auch einmal mit einer anderen Partei versuchen, die Union sei doch wohl schon zu lange in der Verantwortung, sie nutze sich ab. Diese Situation hatten wir dank der außerordentlich sorgfältigen Vorbereitung des Wahlkampfes – dafür gibt es viele Beweise – bei Beginn der letzten Phase der politischen Auseinandersetzung vor der Wahl zu einem Gutteil, aber nicht völlig überwunden.

Der Rückschlag, der uns die absolute Mehrheit im Bundestag kostete, setzte ein mit dem 13. August, jenem neuen Unglückstag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es ist viel darüber nachgedacht, viel darüber geschrieben worden, welchen Einfluß dieses Zeichen der Unmenschlichkeit des SED-Regimes auf die Wahlentscheidung des 17. September gehabt hat. Wir würden uns selbst betrügen, wollten wir der vordergründigen Auffassung folgen, daß ohne diesen 13. August alles in bester Ordnung für die CDU/CSU gewesen wäre. (Lebhafter Beifall.) Hätte es nicht jene soeben erörterte Labilität in der Wählerschaft gegeben, hätten die Bürger nicht schon durch wenigstens zwei Jahre hindurch unbewußt die Illusion gehegt, sie stünden nicht in einer Entscheidungssituation – oder anders gesagt: Wäre dem deutschen Volk damals klar gewesen, in welcher schwieriger außenpolitischer Situation sich die Bundesrepublik befand und wie akut die Bedrohung durch den Kommunismus und sowjetische Gewaltherrschaft trotz der scheinbaren Sicherheit unseres dem Wohlstandsstreben gewidmeten Alltags stets war und auf lange Zeit bleiben wird:

Ich bin gewiß, daß der 13. August auf die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht die Wirkung hätte haben können, die nun praktisch von diesem Tage ausging. (Beifall.) Herr Dr. Kraske hat dafür ein sehr plastisches Bild einmal gezeichnet; er sagte: Die Rücksichtslosigkeit des Ulbricht-Regimes hat, so meinte er, gewirkt wie ein Stein, der bei Wintersende auf das dünn gewordene Eis geworfen wird, das einen Teich bedeckt. Es entsteht in der Eisoberfläche ein Loch. Wer ist schuld daran – der Stein oder das dünn gewordene Eis?

Diese Erkenntnis sollte uns alle, ob Bundesvorstand oder Ortspartei, dazu veranlassen, unsere Politik im Staate, unsere Arbeit für den Staat

in der Partei immer darauf auszurichten, daß gerade in ernster Zeit jede schwierige Situation, jede Krise gemeistert werden kann. Darauf haben sich alle einzustellen, das Präsidium genau so wie der Freund in der Jungen Union.

Der Wahlkampf selbst hat uns ebenso wie die sorgfältige Analyse des Wahlergebnisses einige Erkenntnisse vermittelt, die es verdienen, festgehalten zu werden. Es scheint mir im übrigen nicht Aufgabe eines Bundesparteitages zu sein, davon zu sprechen, was schön, was erfreulich, was positiv ist, sondern gerade die kritischen Punkte herauszustellen, aus denen wir zu lernen haben.

Auch an dieser Stelle eine allgemeine, eine sehr grundsätzliche Forderung zuvor: Wir müssen es uns immer, auch in Zukunft, zur Pflicht machen, dem Volk in der Bundesrepublik stets und überall die ganze deutsche Wirklichkeit darzustellen. Wir müssen den Mut haben, unser Volk, dem unsere erfolgreiche Arbeit gilt, auch für Opfer in Anspruch zu nehmen – sonst zwingen uns eines Tages andere zu Opfern, deren Bitterkeit wir uns kaum vorstellen können. Und so lehren wir uns selbst die Tugend, die wir am dringendsten brauchen: Vertrauen zu uns selbst und zu unseren Freunden – und – Geduld vor allem, und noch einmal Geduld. (Lebhafter Beifall.)

Und nun zum Einzelnen:

1. Die Idee der Union hat eine harte Bewährungsprobe bestanden. Als evangelischer Politiker habe ich sie in diesem Wahlkampf in weiten Teilen der Bundesrepublik ganz persönlich erlebt mit der Erfahrung der guten Partnerschaft von Katholiken und Protestanten in der CDU/CSU. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Selbstverständlich bestehen zwischen evangelischen und katholischen Mitgliedern und Wählern der CDU ganz natürliche Spannungen – Spannungen jedoch, die in der Union politisch fruchtbar werden. Wir verstehen den Begriff Union als einen Auftrag zur Zusammenarbeit im politischen Raum. Wir hüten uns vor dem Versuch der Einflußnahme aufeinander in Glaubensfragen. Wir Protestanten sind immun gegenüber den Versuchen, uns mit der Vorstellung eines militant-politischen Katholizismus zu schrecken. Unsere katholischen Freunde sind nicht in der Gefahr, durch mögliche Behauptungen protestantischer Missionsideen unsicher zu werden an der Partnerschaft mit uns. (Lebhafter Beifall.) Versuche, – das ist mehrfach gestern und in dem Arbeitskreis III angesprochen worden – Versuche, den guten Geist der bewährten Partnerschaft in der politischen Verantwortung zu stören, werden meist durch Kreise unternommen, die außerhalb der CDU stehen und unsere inneren Verhältnisse nicht kennen und selbst keine eigene Beziehung zum christlichen Glauben haben. (Lebhafter Beifall.)

2. Daß die CDU am 17. September 1961 wie bei allen Wahlen nach 1945 erneut die Mehrheit erringen konnte, ist nicht zuletzt auf die Treue zurückzuführen, mit der auch und vor allem Millionen Arbeiter, Frauen und Männer, auf den Geist der Union vertrauen, auf den Inter-

essenausgleich innerhalb der Union, durch eine gemeinsame Willensbildung zum Nutzen aller Kreise der Bevölkerung. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren: Denen, die in den Arbeitnehmern nur die Gefahr eines „linken Flügels“ sehen, denen sei gesagt: ohne diese treuen Arbeiter wäre Konrad Adenauer nie Kanzler, Ludwig Erhard nie Wirtschaftsminister, wären Karl Arnold und Franz Meyers nie Ministerpräsidenten geworden. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

3. Wir verfügen über einen gewiß zu kleinen Stab fleißiger und zuverlässiger hauptamtlicher Mitarbeiter, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten keinen Einsatz scheuen. Ihnen zur Seite standen auch im Bundestagswahlkampf Tausende von Frauen und Männern aus den Kreisen der Mitglieder und nicht zuletzt aus der Jungen Union. Aber es bleibt festzustellen, daß die CDU – verglichen etwa mit der SPD – eine Partei ist, in der die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter nicht groß genug, einfach unzureichend ist, und daß wir nicht in dem gleichen Maße wie die SPD über geschulte Kader verfügen.

4. Es ist eine Stärke der CDU, daß sie stets in aller Öffentlichkeit diskutieren kann. Die Arbeitskreise haben gestern erneut bewiesen, daß die CDU diskutiert, in voller Öffentlichkeit diskutiert, im Beisein von Presse, von der Publizistik fanden diese Aussprachen statt, auch über interne Fragen der Partei, bei denen es übrigens der SPD-Parteitag zu Köln zu einem Teil dazu brachte, die Öffentlichkeit nicht hinzuzuziehen.

Vor der Entscheidung muß die CDU diskutieren, muß sie auch Kritik an sich selbst üben können, auch wenn manch eigener Freund in seinem Bild an der CDU dadurch unsicher werden könnte, daß es ihm vielleicht fremd ist, wenn auch einmal ein leitender Mann seiner eigenen Partei an eben dieser eigenen Partei etwas aussetzen könnte.

Aber, das ist eine alte Lehre, man bietet niemals ungestraft dem Gegner die offene Flanke. Und die politische Diskussion in der Union muß als Ergebnis die Verantwortlichen, die politisch Handelnden rechtzeitig, das heißt vor der Entscheidungssituation, mit der Legitimation zur Entscheidung ausstatten und muß sie – nicht zum „Unisono“, wohl aber zur Harmonie in ihren Aussagen befähigen. Die CDU ist es sich selbst schuldig, in Konzept und Profil so umfassend, aber auch so eindeutig wie möglich zu sein, um die kommenden politischen Auseinandersetzungen mit Erfolg bestehen zu können.

5. In diese Harmonie gehört auch der Zusammenklang einer Partei, die in föderativer Ordnung aufgebaut wurde. Hier ist sehr vieles sehr viel besser geworden, als es vor Jahren noch schien. In den schwierigen Fragen unserer Partei-Neuordnung haben die Landesvorsitzenden die Entscheidungen vorbereitet. Sie haben sich in ihren zahlreichen Zusammenkünften der letzten 3 Jahre in hervorragendem Maße zur Verantwortung für Bund und Bundespartei bekannt, so daß wir von diesen verantwortlichen Männern in allen Teilen der Bundesrepublik her einen höchst beachtlichen Integrationsprozeß der CDU

Bundestagsabgeordneter Etzel, früher
Bundesfinanzminister, berichtet über
Arbeitskreis II



Dr. Gradl, MdB, ein Sprecher für Berlin
und die Sowjetzone





Der Bundesminister für Wohnungsbau Paul Lücke (rechts) mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Czaja (Mitte) und Mick

Dr. Adenauer mit Frau Ehlers und Frau Kaiser, dahinter Bundestagsabgeordneter Katzer



Deutschlands erlebt haben, der sehr zur Festigkeit der CDU beigetragen hat.

6. Viele Bürger – und das sind gewiß nicht immer die schlechtesten – wollen so wenig Staat wie möglich, es sei denn, daß er sich spürbar als Förderer ihres persönlichen Nutzens, als Vollstrecker ihrer eigenen Interessen anbietet. Dieser Tendenz kommt ein nicht sehr glücklicher Hang der Deutschen zum Perfektionismus entgegen. Wo aber der Staat den einzelnen um der Gemeinschaft willen in der Pflicht halten muß, da begegnet das Werben der Verantwortlichen, auch das Werben der Parteien – und gar der großen Regierungspartei! –, da begegnet unser Werben um aktive Mitarbeit an der Gestaltung unserer politischen Existenz einem Sichversagen – sei es die Flucht in einen Verbandsegoismus, sei es die Flucht in die Klausur einer unverbindlichen privaten Sphäre. Da wird nicht selten ein Zug zu müder Resignation, wenn nicht gar zur Staatsverdrossenheit sichtbar.

Ganz unschuldig sind wir daran – so zeigt es der Wahlkampf – nicht; das ist auch eine Folge der nicht immer Selbstbewußtsein, Überlegenheit und innere Sicherheit ausstrahlenden Art unseres Auftretens, der Selbstdarstellung der CDU.

Ich möchte hier einiges einfügen: Von anderer Art sind in großer Zahl jene Bürger in der Gemeinschaft unseres Volkes, die das Schicksal der Flucht, der Vertreibung aus ihrer Heimat erlitten haben oder in der Nachkriegszeit bei der großen „Abstimmung mit den Füßen“, die selbst nach dem 13. August 1961 unter dramatischen Umständen weitergeht, das große Wagnis des Neubeginns in der Freiheit des Westens auf sich genommen haben. Sie wissen, diese Frauen und Männer, daß man sich in unserer Welt der demokratischen Ordnung nicht zurückziehen kann in die Passivität des Geschehenlassens. Sie sind hellwach. (Beifall.)

Die Erkenntnis, daß ihr besonderes Schicksal Teil unseres gemeinsamen Gegenwartserlebnisses als Volk und Nation ist, das nicht in einer besonderen politischen Partei mit darauf spezialisierten Zielsetzungen überwunden werden kann, setzt sich immer mehr auch bei jenen durch, die seinerzeit ihr Heil in einer politischen Organisation der Vertriebenen und Flüchtlinge gesehen haben. In immer größerer Zahl sind sie nun bereit, sich unseren politischen Freunden aus diesem Schicksalskreis an die Seite zu stellen, die von Anbeginn unserer Arbeit an in der Union, in Exil-CDU und Landesverband Oder-Neiße, in den Vereinigungen unserer Partei, in den Orts- und Kreisverbänden Arbeit für ganz Deutschland leisten. Sie sind – und dafür gebührt ihnen Dank – stets mahnende, anspornende, belebende Kräfte im Kreise unserer Mitglieder, unserer Anhänger und nicht zuletzt auch unserer Mitarbeiter. –

Aber lassen Sie mich den Faden meiner Ausführungen wieder aufnehmen; ich sagte, daß wir nicht immer Selbstbewußtsein, Überlegenheit und innere Sicherheit ausgestrahlt haben.

7. Besonders diejenigen Bürger, die man leicht schablonisierend als „die Intelligenz“ bezeichnet, machen uns gern eine solche „Rechnung“ auf. Sie sollten sich statt dessen sagen, daß eine Partei in allen Bereichen der tätigen Mitarbeit von Menschen aller soziologischen Schichten bedarf. Diese Kreise, die sogenannten „Intellektuellen“, übersehen gern, daß es so bequem ist, sich auf den Kritikerstuhl einzurichten und andere sich mühen zu lassen.

Wir haben diese Neunmalklugen im Bundestagswahlkampf erlebt, die von dem erhobenen Zeigefinger mehr Gebrauch machten als von der kritischen Überprüfung ihres eigenen Verhaltens in einer schweren Situation ihres Volkes und ihres Verhaltens in der Vorbereitung ihres Volkes auf die Bewährung in Krisenzeiten. (Beifall.)

Die Intelligenz trägt dabei doch eine besondere Verantwortung! Sie hat alle Voraussetzungen der Bildung genossen, die mitwirken könnte. Bemühen wir uns, durch offenes und freimütiges Gespräch und Unbefangenheit in der Begegnung sie zu gewinnen; nicht um der Union, sondern um des Wirkens für unser Volk willen.

Wir wissen: Politik ist keine Sache, mit der man sich beschäftigt, indem man vom zweiten Rang aus zuschaut. Politik ist aber auch keine Sache, die einige wenige auf der Bühne zelebrieren. Politik ist schließlich kein Monolog vom Katheder aus. Politik lebt aus der Auseinandersetzung, die in der Legitimation zum Handeln einmündet, zum verantwortlichen, zielklaren Handeln für die Gesamtheit. Gerade die sogenannten „Intellektuellen“ also sollten nicht über die Politik die Nase rümpfen, sie sollten ihre Nasen in die Politik hineinstecken, sie sollten sich der politischen Wirklichkeit stellen und mitarbeiten. (Beifall.) Mit der Vorstellung, daß Nonkonformismus schon eine Idee sei, hilft man nicht beim Aufbau eines Staates; danebenstehen ist die armseligste Methode, sich niemals die vermeintlich weiße Weste zu beflecken. (Beifall.)

Es ist bedenklich, daß gerade aus jener Schicht unseres Volkes, die über eine Ausbildung und einen Gesichtskreis verfügt, die so vielen anderen tüchtigen und lernbegierigen Menschen verschlossen geblieben sind, nur zu geringe Unterstützung im politischen Bereich spürbar wird. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß sich nicht nur Angehörige der Welt der Wissenschaften und des Geisteslebens, des pädagogischen Bereiches, der Publizistik, bei diesen Anmerkungen gemeint fühlen – ich dachte bei den Sätzen, die ich hier den „Intellektuellen“ widmete, auch an Persönlichkeiten im Bereiche der Wirtschaft, denen politisches Mitwirken ebenso wohl ansteht wie ihren Arbeitnehmern aller Schattierungen.

8. Wir begegnen vielfach in der Auseinandersetzung der vergangenen 24 Monate einer Art satten Unbehagens, einem Gefühl des „was sollen wir uns engagieren? Nur nicht sich rühren, wir sind einzeln wie als Gemeinschaft immer auf der Verliererseite gewesen, wenn wir uns aktiv an Politik beteiligt haben!“

Das ist, meine Freunde, nicht mehr einfach die Situation des sogenannten „gebrannten Kindes“. Das ist auch etwas anderes als das, was ich vorhin als „Sichversagen“ bezeichnete. Das resultiert einmal aus der immer noch bestehenden, ja äußerst verstärkten Unsicherheit der Existenz unserer Nation in ihrer Gesamtheit – denken Sie an den 13. August. Das hat zum zweiten seine Ursache in der Art sowohl des Umgangs der rivalisierenden Parteien untereinander. Wir müssen, scheint mir, gerade wenn es hart auf hart gehen muß, einen Stil finden, der weder verniedlicht noch den Gegner verteufelt. Das erwächst zum dritten endlich – und hier ist vor allem die Union angesprochen – aus der nicht immer klar gewordenen Art des Zusammenwirkens derer, die noch, wenn gleich auf unterschiedliche Weise, eine gemeinsame Verantwortung tragen.

Hemmende Spannungen zwischen Bund und Ländern oder zwischen Ländern untereinander, zwischen verschiedenen Ressorts, Rivalitäten gar, werden uns übelgenommen, uns – der CDU/CSU vor allem. Wer als Politiker im Rampenlicht steht, und das gilt für jedes Vorstandsmitglied im Ortsverband wie auf der Bundesebene, für jeden Mandatsträger im Kreistag wie im Bundestag, für jeden Bürgermeister und erst recht für jeden Minister, für die Einzelnen also wie für die Gremien und vor allem für die Fraktionen – wer im Rampenlicht steht, muß Verantwortungsbewußtsein beweisen. Wo Politik, personifiziert oder als Wirkung, sichtbar wird, muß sie überschaubar, begründet, durchdacht und klar erkennbar sein. Da gibt es kein Sich-Durchmogeln. Der Bürger, der gewählt hat (und beinahe mehr noch der, der sich zum Wählen noch nicht entschließen konnte), wünscht, daß die in eine Verantwortung Berufenen sich anstrengen, vorbildlich zu sein.

Eine weitere Erfahrung aus dem Wahlkampf – und sie schließt an das, was ich soeben sagte, an: Unsere Jugend verlangt, daß wir als die Partei der Aufbauenerfolge, gerade weil wir als Union Partei des ganzen Volkes sein müssen, desto klarer im Profil wie in der Aussage sind – von unseren Entscheidungen, die wir verantwortlich treffen, ganz zu schweigen. Diese Unzweideutigkeit erwartet man in der jungen Generation von uns gegenüber allen Bereichen, allen Interessen, allen Gruppen. Jede Verwaschenheit, jede Unentschlossenheit, jeder zunächst billige Kompromiß wirkt in Entscheidungssituationen stärker gegen uns als es je eine wohlbegründete harte Maßnahme tun könnte. Unsere Politik darf nicht „gefällig“ sein, sie muß entschieden sein. (Beifall.) Wir hatten uns im Wahlkampf nicht nur auseinanderzusetzen mit den Geschehnissen im Raume außen- und innenpolitischer Sachvorgänge, auch nicht nur mit der Sozialdemokratie. Wir hatten uns auch der Methoden des nunmehrigen Koalitionspartners zu erwehren. Die Parolen der FDP und ihre Methode des freundlichen Fernseh-Lächelns, des Kampfes gegen Konrad Adenauer und für Ludwig Erhard, gegen das Alter, gegen die angeblich schwarze CDU, haben Erfolg gehabt, Erfolg auf Kosten der Union. (Zuruf: Sehr richtig!)

Wir haben damals einfach nicht vermuten können, daß in der Pulverfaßsituation nach dem 13. August die Ansätze zur Legendenbildung

Ansätze für eine Neu-Orientierung bei der Bundestagswahl sein konnten. Daß das möglich war, kann uns nur zu einem Schluß führen: auch in der Koalition dürfen wir bei einem festen Willen zur guten Zusammenarbeit mit dem Partner in der gemeinsamen Verantwortung das Profil nicht verlieren, das wir uns in den zurückliegenden 16 Jahren erworben haben. Wenn gerade ich das sage, der als ein Freund der Koalition mit den Freien Demokraten und als eindeutiger Gegner jeder sogenannten großen Koalition gilt, so ist mir wohl zu sagen erlaubt: Koalition kann aber nicht bedeuten, die eigene Leistung zu verbergen. Koalition kann für den Stärkeren nicht heißen, daß er dem Schwächeren gestattet, alle Erfolge gemeinsamen Ringens für sich in Anspruch zu nehmen und den Stärkeren zusehen zu lassen, wie er mit dem Rest fertig wird. (Beifall.) Koalition kann schließlich auch nicht bedeuten dürfen, daß Oppositionspolitik innerhalb der Regierungsmehrheit betrieben wird.

Lassen Sie mich aus diesem Abschnitt nur folgenden Schluß ziehen: Auch dem möglichen Koalitionspartner gegenüber muß die CDU in künftigen Wahlkämpfen ihre Position eindeutig und unbeirrbar beziehen. Koalitionsbereitschaft ist nicht etwa das Geständnis einer stürmischen Liebe, deren Mantel alle kleinen und großen Mängel des Partners zudeckt. Eines aber hat dieser Wahlkampf auch gezeigt: Wer glaubt, einmal das Spiel auf eine sogenannte große Koalition setzen zu können, der trägt dazu bei, daß die CDU mit Sicherheit die nächste Runde verlieren wird. (Beifall.) Wenn wir uns zum Zweiparteiensystem als dem gesündesten in der Demokratie bekennen – und wir haben das immer getan – dann ist eine große Koalition das Ende dieses Gedankens, dem wir angehangen haben, dann beginnt am gleichen Tage der Abstieg der CDU. (Beifall, Sehr richtig!)

Eine letzte Lehre aus der Wahl – keine neueste Wahrheit, aber eine alte Erkenntnis, die doch stets aktuell ist: unser Volk läßt sich auch durch die raffinierteste Werbung nicht mehr politisch verführen. Werbung kann nur hinführen zu Wahlentscheidungen, die auf Grund von Erfahrungen mit der CDU, mit der Regierung, mit uns in vierjähriger Arbeit getroffen werden.

Wenn ich mit dieser Bemerkung abschließe, so geschieht das in dem Bewußtsein des Stolzes auf die Leistungen unserer Union und ihrer Frauen und Männer um Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, in dem Bewußtsein, daß wir alle gemeinsam in der Lage sind, die richtige, in eine gesicherte Zukunft Deutschlands verweisende Politik für das deutsche Volk in der aufrichtig-partnerschaftlichen Gemeinschaft der freien Nationen zu führen. In diesem Sinne hat am 18. September 1961 bereits die Vorarbeit für die Bundestagswahl des Jahres 1965 begonnen. In diesen Wahlen werden wir zeigen, daß wir eine junge Partei mit einem klaren Profil sind. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen, weitere Kreise zur Mitarbeit zu gewinnen. Vor allem wollen wir uns auch bemühen, die Frauen mehr als bisher zu berücksichtigen. (Beifall.)

Die hier anwesenden Damen bitte ich um Nachsicht dafür, daß ich mehrfach von der „Mannschaft“ der CDU gesprochen habe. In die Mannschaft gehören auch die Frauen. Vielleicht finden Sie ein besseres Wort für diese Bezeichnung „Mannschaft“.

Die Union als Idee hat am 17. September vorigen Jahres trotz hemmungsloser Angriffe von allen Seiten keinen Schaden genommen. Es hat nirgends spezifische Einbruchstellen gegeben. Die Stimmenverluste, die wir gutzumachen haben, gehen auf einen allgemeinen Rückschlag zurück, dem wir uns in evangelisch und in katholisch bestimmten Regionen, quer durch die soziologischen Bereiche, bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen gegenüber sahen. Diesen Rückschlag aufzuholen, haben wir bereits begonnen, und nicht ohne Erfolg, wie die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein bewiesen haben. (Beifall, Sehr gut!)

Besonders erfreulich ist dabei – und damit lassen Sie mich schließen –, daß nicht nur alte, treue Stammwähler im Vertrauen zur Union unbeeindruckt sind, sondern daß auch die jungen Menschen sich überwiegend zur Leistung und zum klaren Kurs von CDU/CSU bekennen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Frau FERA, MdB:

Herr von Hassell! Ich danke Ihnen sehr für den Bericht über die Arbeit des Bundesvorstandes, und ich weiß, daß ich diesen Dank im Namen aller Anwesenden aussprechen darf.

Ich habe jetzt die Freude, Herrn Theo Braun aus Straßburg als Vertreter der Mouvement Republicain Populaire zu begrüßen. (Beifall.) Wir freuen uns sehr, Herr Braun, daß Sie zu uns gekommen sind und begrüßen Sie mit dem Ausdruck unserer sehr herzlichen Verbundenheit mit unseren französischen Freunden.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, erlauben Sie mir, meine Herren und Damen, einige Worte außerhalb der Tagesordnung. Vor einiger Zeit hat die Vereinigung der Frauen die „Freundschaftsbrücke“ gegründet, eine Aktion mit der Aufgabe, unseren Freunden in Ostberlin zu helfen, soweit wir nur konnten. Nach dem 13. August haben sich diese Aufgaben verändert und sehr stark erweitert. Sie wissen, daß es immer noch möglich ist, daß Freunde von drüben zu uns kommen. Diese verzweifelten Menschen kommen und haben nichts bei sich als die Hoffnung im Herzen, ein besseres Leben führen zu können. Ihnen rasch, großzügig und bedenkenlos helfen zu können, sehen wir nicht nur als eine menschliche, sondern auch als eine politische Aufgabe an. Die „Freundschaftsbrücke“ hat hier schon sehr viel helfen können. Besonders zu nennen ist der unermüdliche Einsatz unserer Berliner Freunde, die hier in aller Stille sehr viel Gutes geleistet haben. Über diese Aufgabe hinaus haben nun unsere Berliner sogar uns in den Katastrophenfällen der letzten Zeit geholfen. Sie haben bei dem Unglück an der Saar in Völklingen geholfen, sie haben den Hamburgern bei der Flutkatastrophe Hilfe geleistet und auch gestern für das Unglück in Hessen ihren Beitrag geleistet. Meine Damen und

Herren, ich bin sehr glücklich, daß ich an dieser Stelle als Hamburgerin meinen sehr herzlichen Dank an unsere Berliner Freunde aussprechen kann, daß sie trotz der großen Belastung, die die Berliner Aufgaben mit sich bringen, uns in Hamburg in so großzügiger Weise sehr schnell unterstützt haben. (Beifall.)

Unsere sehr herzliche Bitte an Sie alle, ist nun: Helfen Sie uns, helfen zu können! Wir haben die Erlaubnis, heute bei Ihnen sammeln zu dürfen, um unser Werk auch in Zukunft fortsetzen zu können. Gleich werden Vertreterinnen von uns mit diesen Behältern (Die Präsidentin zeigt einen Sammelbehälter vor) herumgehen. Wir haben die große Hoffnung, daß sie alle gefüllt zu uns zurückkehren werden. Ich darf Ihnen schon jetzt im Namen der Frauenvereinigung unseren sehr herzlichen Dank aussprechen. (Beifall.)

Ehe wir nun in der Tagesordnung fortfahren, habe ich noch eine sehr angenehme Aufgabe zu erledigen. Wir haben soeben erfahren, daß noch ein zweites Geburtstagskind unter uns ist.

Herr Professor Furler begeht heute seinen Geburtstag unter uns. (Beifall.)

Herr Professor Furler, mit dem Dank für Ihre Arbeit, die Sie für die CDU und im Namen der CDU geleistet haben, verbinden wir unsere sehr herzlichen Wünsche für Ihr neues Lebensjahr. Wir hoffen, daß Sie es in Gesundheit begehen können, und weiterhin viel Freude an Ihrer Arbeit haben.

Wir fahren nun in unserer Tagesordnung fort. Ich darf den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Dr. von Brentano bitten, den Bericht der Bundestagsfraktion zu geben.

Bericht der Bundestagsfraktion

Dr. VON BRENTANO:

Frau Präsidentin, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! Die Wahlen vom 17. September 1961 haben die Fraktion der CDU/CSU vor eine neue, veränderte Aufgabe gestellt. Wir hatten die absolute Mehrheit verloren, und damit standen wir vor einer unausweichlichen Alternative: Entweder als stärkste Fraktion wieder die Führungsaufgabe zu übernehmen und die fehlende Mehrheit durch eine Koalition zu ergänzen, oder aus der Verantwortung auszuscheiden. Die Antwort konnte nur im Sinne der ersten Alternative lauten, wenn wir dem Mandat unserer Wähler gerecht werden sollten.

Der Gedanke, eine Allparteien-Regierung zu bilden, wurde selbstverständlich auch diskutiert. Die überwältigende Mehrheit in Partei und Fraktion glaubte, diesen Weg nicht gehen zu sollen. In Zeiten höchster nationaler Bedrängnis mag eine solche Entscheidung richtig sein. Solange aber die unausweisbare Notwendigkeit nicht besteht, diesen Weg zu gehen, sollte eine parlamentarische Demokratie auf die nützliche Polarität zwischen Regierungsmehrheit und Opposition

nicht verzichten. Die Entscheidung fiel für eine Koalition mit der Freien Demokratischen Partei, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklärte. Und die damalige Entscheidung war in sich auch gerechtfertigt, denn die Freie Demokratische Partei hat auch als Opposition die großen außenpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre mitgetragen, während die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Jahre hindurch harten Widerstand leistete.

Eine Koalition ist ein Zweckbündnis. Sie ist das Ergebnis eines Kompromisses, und wir müssen der Tatsache ins Auge schauen, daß wir zu dem Kompromiß gezwungen waren. Unsere Fraktion mußte sich mit der Tatsache abfinden, daß sie nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügte und in ihren Entscheidungen darum auch nicht mehr völlig frei war. Die Fraktion war und ist bereit, in klarer Erkenntnis der veränderten Voraussetzungen mit dem Koalitionspartner zusammen zu arbeiten; sie weiß, daß sie in ihren Entscheidungen nicht mehr völlig frei ist.

Aber auf der anderen Seite mußte sich auch der Koalitionspartner, der bis dahin in Opposition gestanden hatte, darauf einstellen, daß er nunmehr die Mitverantwortung trägt. Eine Koalition verlangt von den Beteiligten ein hohes Maß echter Loyalität und freiwilliger Disziplin. Meine Fraktion hat gezeigt, daß sie dazu bereit ist. Natürlich ergeben sich aus dieser innenpolitischen Verschiebung erhöhte Spannungen und Meinungsverschiedenheiten auch in der eigenen Fraktion. Die Union ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Volkspartei. Ihre Wähler stammen aus allen Gesellschaftsgruppen; sie ist ein Spiegelbild der soziologischen Struktur des deutschen Volkes, und sie reflektiert alle geistigen und politischen Kräfte, die im deutschen Volk lebendig sind. Darum ist es von entscheidender Bedeutung für den Erfolg unserer Arbeit, daß die Partei und Fraktion den vielfältigen Fragen nicht ausweichen, die aus allen Lebensbereichen an uns gestellt werden. Dieser Parteitag soll und wird, wie ich hoffe, die organisatorische und politische Arbeit der Partei und ihre enge Zusammenarbeit mit der Fraktion stärken. Heute mittag wird der Parteitag über den Antrag zu entscheiden haben, den Bundesvorstand und Bundesausschuß einmütig beschlossen haben. Für die Fraktion möchte ich schon hier die Bitte aussprechen, die Entscheidung im Sinne des Antrages zu treffen. Die Fraktion wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um mit dem neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden, unserem Freunde Dufhues, so eng und so vertrauensvoll wie nur möglich zusammenzuarbeiten. (Beifall.)

Ich habe den Wunsch, daß er die Zeit finden wird, so oft wie möglich an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes, der Fraktion und der Arbeitskreise der Fraktion teilzunehmen. Ich biete ihm diese Zusammenarbeit ohne jeden Vorbehalt an und bitte ihn um die gleiche Bereitschaft.

Über den Erfolg der Arbeit der Koalition entscheiden aber nicht nur der gute Wille und die Loyalität unserer Fraktion. Die gleiche Verantwortung liegt bei dem Koalitionspartner. Die vergangenen Monate

haben gezeigt, daß es Fragen gibt und auch geben wird, in denen die Koalitionspartner verschiedener Meinung sind, darunter auch Fragen grundsätzlicher Art, die ihrer Natur nach dem Kompromiß weniger zugänglich sind. Wir sind bereit, die Verantwortung vor unseren Wählern und vor dem ganzen deutschen Volk zu tragen. Aber wir können es nur, wenn auch der Partner eine gleiche sachliche Kompromißbereitschaft zeigt. Wenn ich von der Notwendigkeit des Kompromisses spreche, dann möchte ich nicht mißverstanden werden. Es wird Fragen geben, die sich dem Kompromiß entziehen. Partei und Fraktion dürfen auch in dieser Koalition nicht das eigene Profil verlieren. (Beifall.)

Am vergangenen Samstag hat unser Freund Barzel vor dem Parteiausschuß ein Referat gehalten, dessen Niederschrift inzwischen an Sie verteilt wurde. Ich bin unserem Freund Barzel dankbar für die klaren Ausführungen. Er hat Markierungspunkte gesetzt, über die man im einzelnen diskutieren mag. Aber er hat sich nicht damit begnügt, die geistigen, die politischen, die sittlichen Grundlagen unserer Union in Erinnerung zu rufen, sondern er hat sich auch mit den Fragen beschäftigt, die noch offen sind. Ebenso hat unser Vorsitzender Bundeskanzler Adenauer in seinen beiden Referaten am Sonntag sich nicht damit begnügt, von dem Gestern und dem Heute zu sprechen, sondern auch von den Aufgaben und Pflichten, vor denen wir morgen stehen werden.

Wenn ich mit diesen Worten die Ausgangsposition unserer Fraktion in der Koalition umreiße, dann muß ich auch ein Wort über die Einstellung des Koalitionspartners sagen. Ich möchte nur wenig über die ärgerlichen und vermeidbaren Unstimmigkeiten in Erinnerung rufen, die das Koalitionsklima belasten müssen. Ich denke an die Erklärung des Sprechers der FDP im Plenum des Bundestages, daß die Mitglieder seiner Fraktion und die FDP-Mitglieder des Kabinetts gegen eine Kabinettsvorlage stimmen würden. Ich denke auch an den ebenso sonderbaren wie törichten Versuch, die Verabschiedung einer Kabinettsvorlage dadurch zu verhindern, oder richtiger gesagt: zu verzögern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt und herbeigeführt wurde. Ich möchte mich vielmehr mit einigen Erklärungen beschäftigen, die auf dem Parteitag der FDP abgegeben wurden und die die Fraktion nicht unwidersprochen lassen kann.

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat im März einen ernsten und leidenschaftlichen Appell an das deutsche Volk gerichtet. Er hat alle für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland Verantwortlichen darauf hingewiesen, daß die Lohn- und Preispolitik der vergangenen Jahre eine gefährliche Entwicklung genommen hat. Er war zu diesem Appell berechtigt und verpflichtet. Denn die Wirtschaftspolitik der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union, für die er seit über zwölf Jahren die Verantwortung trägt, hat zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, den nicht einmal ein Böswilliger leugnen konnte. Sogar Herr Dr. Deist hat auf dem Parteitag der SPD die Feststellung getroffen: „Heute, siebzehn Jahre nach Kriegsende, haben wir

einen wirtschaftlichen Stand erreicht, auf den wir alle stolz sein können; er ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit.“ Diejenigen, die diese Entwicklung herbeigeführt haben – und es waren wirklich nicht die Sozialdemokraten –, haben das Recht und die Pflicht, zu warnen und zu mahnen, wenn sich Gefahren abzeichnen. (Beifall.)

Der Appell unsere Freundes Erhard richtet sich an alle: an die Sozialpartner, von denen der Bundeskanzler vorgestern sprach, an die Regierungen im Bund und in den Ländern, an die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften und an jeden einzelnen unter uns. Es ist die vornehmste Pflicht der Regierung und der Regierungsparteien, alles zu tun, um eine Entwertung der DM zu verhindern. Zweimal innerhalb einer Generation wurden die Fleißigen und Anständigen bestraft, die im Vertrauen auf die Regierung Mark auf Mark legten und Milliardenbeträge angesammelt hatten, die wieder der deutschen Wirtschaft zugute kamen. Wir dürfen nicht zulassen, daß gerade diese Menschen noch einmal enttäuscht werden. (Beifall.)

Wir dürfen aber auch nicht zulassen, daß eine falsche Lohn- und Preispolitik die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie gefährdet. Nur die ständige Steigerung der Produktion und des Exports setzt uns instand, unsere innenpolitischen, vor allem auch unsere sozialpolitischen Verpflichtungen einzulösen und die Bundeswehr aufzubauen, die als integraler Bestandteil der Verteidigungskraft der freien Welt unser Leben, unsere Freiheit, unsere menschliche Existenz sichern soll. Der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei Herr Dr. Mende hat in diesem Zusammenhang auf dem FDP-Parteitag folgendes gesagt:

„Wir sind sichtlich in der Gefahr, daß Einwirkungsversuche auf die Wirtschaft in Form moralischer Überredung zu einer Demontage der Staatsautorität führen. Die Rufe nach Lohnerhöhung sollten uns warnen. Wenn wir anfangen, in die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung einzugreifen, begeben wir uns auf einen Weg, der zu keinem guten Ende führen kann.“

Hier muß ich klar widersprechen. Die staatliche Autorität wird nicht von denen demontiert, die sich zur Verantwortung vor dem ganzen deutschen Volke bekennen; aber sie wird von denen gefährdet, die das Gesamtinteresse des deutschen Volkes kurzsichtig und verantwortungslos hinter das eigene Interesse zurücktreten lassen. (Beifall.) Die Warnung vor einem Eingriff in die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung ist ebenso verständlich. Die Union bekennt sich zur Freiheit des Menschen; das ist einer der unverzichtbaren Grundsätze unseres politischen Denkens. Aber wir lehnen das Postulat der absoluten Freiheit ab, die zur Anarchie führen muß. Es gibt keine Freiheit ohne das Korrelat der sittlichen Bindung. Und eine Regierung, die das Wohl des gesamten Volkes zu vertreten hat, würde sich versündigen, wenn sie es unterließe, vor einem Mißbrauch der Freiheit zu warnen. Und sie würde versagen, wenn sie nicht bereit wäre, auf die Grenzen der Freiheit hinzuweisen, die auch im wirtschaftlichen Leben gezogen sein

müssen. Denn wir leben nicht in einer freien Wirtschaft des Manchester-Liberalismus, sondern wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, die am Gemeinwohl orientiert sein muß. (Beifall.)

Die Fraktion hat den Appell Erhards begrüßt. Sie wird jederzeit die Bemühungen der Regierung unterstützen, den Mißbrauch der Freiheit zu verhindern. Und die Fraktion ist auch bereit, der Regierung das notwendige Instrumentarium in die Hand zu geben, um die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft vor Gefahren zu sichern, die aus dem mangelnden Verantwortungsgefühl oder dem Unverstand von Einzelpersonlichkeiten oder ganzer Gruppen entstehen können.

Das hat nichts zu tun mit einer unzulässigen Lenkung der Wirtschaft. Es war die Union, die sich zuerst zur Eigenverantwortlichkeit des Menschen bekannte und damit die Kräfte freisetzte, die den wirtschaftlichen Wiederaufstieg nach dem totalen Zusammenbruch überhaupt ermöglicht haben. Darum werden wir auch weitergehen auf dem Weg, den wir beschritten haben. Auch in Zukunft wollen wir Staatsbetriebe privatisieren; wir wollen eine breite Streuung von Eigentum und Vermögen für alle, also auch dem Arbeiter und dem Angestellten vermitteln. Denn wir wollen in unserem Staate Bürger, die eigene Verantwortung tragen und die nicht in einer Abhängigkeit leben, die zum totalen Wohlfahrtsstaat drängt.

Es klingt darum auch sonderbar, wenn Herr Dr. Mende ausführt:

„Die Mitbeteiligung der FDP an der Bundesregierung hat den gefährlichen Marsch in kollektivistische Abgründe gebremst und eine Umkehr eingeleitet.“

Es ist eher ein schlechter Scherz, meine Damen und Herren, wenn man der Politik der Union einen Hang zum Kollektivismus nachsagt. (Beifall.) Wer hat diese Entwicklung verhindert, wenn nicht die Union! Für uns steht der Mensch in seiner personalen Würde im Mittelpunkt des politischen, des ökonomischen, des sozialen Geschehens. Ich verschweige nicht, daß mich diese Formulierung, von der ich eben sprach, nachdenklich gestimmt hat, und ich muß eine Antwort darauf geben: Wir marschieren nicht in kollektivistische Abgründe, wenn wir die soziale Ordnung in der Bundesrepublik weiter ausbauen und weiter verbessern. (Beifall.) Wir sprechen die Verantwortung des einzelnen für den Staat an; wir bekennen uns aber auch zur Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen.

War es ein Bekenntnis zum Kollektivismus, als wir unsere soziale Ordnung nach dem Zusammenbruch wieder herstellten und dem arbeitenden Menschen ein Mindestmaß von existenzieller Sicherheit vermitteln? War es ein Abgleiten in den Kollektivismus, als wir die Lastenausgleichsgesetzgebung durchführten in der Erkenntnis, daß alle dazu verpflichtet waren, ein kleines Stück von der Last zu übernehmen, die Millionen von Menschen zu tragen hatten? Menschen, die nicht durch eigene Schuld ihr Haus, ihre Heimat, ihre berufliche Existenz, ihren Arbeitsplatz verloren hatten? Will man vom Kollektivismus reden,

wenn wir die Wiedergutmachungsgesetzgebung durchführten die tatsächlich dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die selbstverständliche Verpflichtung in Erinnerung rief, einen Bruchteil von dem Unrecht und dem Verbrechen auszugleichen, die ein miserables Regime über Millionen von Menschen gebracht hatte!

Die Fraktion wird auch in Zukunft die Bemühungen unseres Freundes Blank unterstützen. Ich wiederhole: Wir wollen alle an einer gerechten sozialen Ordnung mitwirken – nicht ohne die Grenzen zu sehen, die uns gezogen sind. Wir wollen den Menschen nicht aus der Eigenverantwortung entlassen. Aber wir wollen auch nicht an denen vorbeisehen, die aus eigenem Vermögen die eigene Existenz, die Existenz der Familie und die Sicherung des Alters nicht schaffen können. Zu den Fragen, die der Bundestag in Kürze behandeln und beantworten muß, gehören das Gesetz über die Unfallversicherung, die Frage der Gleichstellung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle, die Neuregelung des Kindergeldes und nicht zuletzt eine wirkliche Reform der Krankenversicherung. Das sind für uns Verpflichtungen, die sich aus unserer christlichen Verantwortung im politischen Leben ergeben, und sie entziehen sich darum auch jeder parteipolitischen Propaganda. Wir wissen, daß wir auch von anderen gedrängt werden, und wir werden uns nicht versagen.

Es sind die Beamten und die Angestellten im öffentlichen Dienst, es sind die Kriegssopfer und die Rentenempfänger, an die ich denke. Es sind unsere Aufgabe sein, im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung hier die richtige Rang- und Reihenfolge zu finden.

Der Ausgleich des Bundeshaushalts 1962 war – Sie wissen es – nur möglich durch harte Sparmaßnahmen und durch eine vorbildliche Disziplin gerade auch in unserer eigenen Fraktion. Die Haushaltsmittel sind erschöpft; die Deckungslücke ist noch nicht geschlossen. Die Zusage der Länderregierungen bedarf noch der Billigung durch die Landtage.

Und für Sparmaßnahmen gibt es Grenzen. Sparen können wir nicht dort, wo wir gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen haben. Sparen können wir auch nicht bei der Ausstattung unserer Bundeswehr. Denn unser Bekenntnis zur Freiheit ist nur glaubwürdig, wenn wir die Verpflichtungen erfüllen, die wir im Atlantischen Verteidigungsbündnis übernommen haben.

Wir haben inzwischen aber auch noch einen anderen Parteitag erlebt, meine Damen und Herren – den der SPD. In seinem Referat mit der pathetischen Überschrift „Die Pflicht zum Wohlstand“ hat Herr Deist die Feststellung getroffen, die ich schon vorhin zitierte, daß wir einen wirtschaftlichen Stand erreicht haben, auf den wir stolz sein können. Ich stimme ihm in dieser Feststellung zu; ich stimme ihm auch zu, wenn er sagt, daß hier das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit des ganzen deutschen Volkes sichtbar wird; aber ich stimme ihm nicht zu, wenn er verschweigt, daß dieses Ergebnis erreicht wurde gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Opposition, (Lebhafter Beifall.) dieser

Opposition, die unsere Wirtschaftspolitik, unsere Sozialpolitik und unsere Außenpolitik Jahre hindurch leidenschaftlich bekämpfte. Und ist es wirklich der Weisheit letzter Schluß, meine Damen und Herren, wenn der Steuerexperte der SPD, Herr Dr. Möller, in seinem Referat die primitive Formulierung findet: „Die Reichen sollten geschöpft werden, um die Wohlfahrt aller zu bezahlen.“ Solche Rezepte erinnern an eine Zeit, an die sich die Sozialdemokratische Partei doch selbst gar nicht gerne mehr erinnern läßt.

Es war sicherlich nicht gerade leicht, den staunenden und überraschten sozialdemokratischen Delegierten den Übergang vom Marxismus zur Sozialen Marktwirtschaft klarzumachen. Es war sicherlich nicht einfach, der sozialdemokratischen Gefolgschaft glaubhaft zu erklären, daß nunmehr auch nach sozialdemokratischer Auffassung der Mensch Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sei. Aber es scheint mir doch zu billig zu sein, nunmehr die Enzyklika MATER et MAGISTRA und die Empfehlungen des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands zu zitieren und zu akzeptieren. Nur derjenige, meine Damen und Herren, hat ein Recht, sich auf diese Äußerungen zu berufen, der sich auch zu den Grundideen und Gedankengängen bekennt, die in diesen Erklärungen ihren Ausdruck finden. (Sehr richtig! – Starker Beifall.) Diese von tiefer religiöser Verpflichtung getragenen Verkündigungen kann man nicht als den Ausdruck eines neuzeitlichen revidierten Marxismus usurpieren. (Lebhafter Beifall.)

Aber noch etwas anderes wurde auf diesem Parteitag der SPD gesagt:

Herr Ollenhauer forderte mit dürren Worten den Rücktritt des Bundeskanzlers. Nun, Sie, Herr Bundeskanzler, haben selbst am Sonntag gesagt, das sei das gute Recht einer Partei, die 13 Jahre lang im Bundestag nicht von der Mitverantwortung, aber wohl von der Mitregierung ausgeschlossen ist. Aber er hatte kein Recht, seine Forderung damit zu begründen, es gehe um die Abwendung der Gefahr eines Zusammenbruchs des Vertrauens in die Staatsführung unserer Bundesrepublik.

Noch einmal möchte ich Herrn Ollenhauer sagen, daß es die Politik seiner Partei war, die das Vertrauen in die Staatsführung aushöhlte im In- und im Ausland. (Starker Beifall.) Der Kampf um die politische Führung im Volk darf nicht auf Kosten der Autorität der Regierung geführt werden. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der demokratischen Ordnung, die wir alle gemeinsam zu festigen verpflichtet sind.

Dann sprach Herr Brandt, meine Damen und Herren, von der Regierungsumbildung. Er sagte:

„Wir brauchen zu unseren Mandaten eine Zahl von etwa 65 Abgeordneten, um die Mehrheit für einen Bundeskanzler zu erreichen, der nicht Sozialdemokrat zu sein braucht.“

Nun, auch diese Spekulation ist erlaubt. Wir wissen seit dem 17. September 1961, daß wir nicht mehr die absolute Mehrheit haben. Herr Bundeskanzler: Sie sind nicht immer ein bequemer Mann, und wir waren nicht immer der gleichen Meinung. Die Abgeordneten dieser Fraktion wollen und werden ihre innere Unabhängigkeit bewahren. Die Richtlinien der Politik verpflichten das Kabinett, aber nicht das Parlament. Aber die Fraktion – und das möchte ich hier eindeutig sagen – kennt die historische Leistung dieses wahrhaft großen Staatsmannes. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) Ich bin sicher, Herr Bundeskanzler, daß ich für die gesamte Fraktion der CDU/CSU sprechen kann, wenn ich Ihnen sage, daß wir wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft hinter Ihnen und hinter Ihrer Regierung stehen werden. (Lebhafter Beifall.) Nichts kann uns stärker binden als die Verpflichtung der Dankbarkeit und das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung, und wenn Herr Brandt für einen neuen Bundeskanzler seiner Wahl 65 Stimmen braucht – in der Fraktion der CDU/CSU wird er sie nicht finden. (Zurufe: Sehr gut! – Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun im Rahmen meines Berichts auf die außenpolitischen Aufgaben der Regierung und der Fraktion eingehen. Mit vollem Recht haben Sie, Herr Adenauer, darauf hingewiesen, daß die Ost-West-Spannung unverändert anhält. Die Sprache der Sowjetunion ist neuerdings wieder härter geworden. Jüngste Erklärungen des sowjetrussischen Ministerpräsidenten und offizieller und offiziöser Stellen wiederholen die alten Angriffe und Verdächtigungen. Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen. Die Fraktion ist entschlossen, alles zu tun, um die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Verbindung mit der freien Welt noch enger zu gestalten und die Abwehrkraft des Westens noch mehr zu stärken. (Lebhafter Beifall.)

Voraussetzung dafür ist das Vertrauen, das gegenseitige Vertrauen. Dazu hat Herr Bürgermeister Brandt, der neue stellvertretende Vorsitzende der SPD, in Köln eine Bemerkung gemacht, auf die ich eingehen muß. Er sagte, der Bundeskanzler habe es leider nicht verstanden, das ihm in den vergangenen Jahren entgegengebrachte Vertrauen der Welt auf unser Volk so zu übertragen, wie es Bürgermeister Reuter in Bezug auf die Bevölkerung von Berlin gelungen sei. Nun, Herr Brandt hat nicht Unrecht mit dieser Feststellung; aber er hat schamhaft die Gründe verschwiegen, die diese Feststellung rechtfertigen. (Lebhafter Beifall.)

In der Auseinandersetzung um die Freiheit Berlins hat die Bundesregierung, hat die CDU/CSU alles getan, was in ihrer Macht steht. (Lebhafter Beifall.) Sie hat der Stadt Berlin, unserer alten Reichshauptstadt, jede wirtschaftliche Unterstützung gegeben. Sie hat alles getan, damit Berlin sich politisch, wirtschaftlich und geistig entwickeln konnte. Sie hat die Voraussetzungen geschaffen dafür, daß die Freiheit Berlins heute zum Symbol der gemeinsamen Politik der freien Welt geworden ist: (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Aber dem unablässigen Bemühen der Bundesregierung, die Bundesrepublik mit der westlichen Welt zu verklammern und um Vertrauen für die deutsche Politik von heute und von morgen zu werben, diesem Bemühen hat sich die Sozialdemokratische Partei versagt. Ich glaube, ich habe es nicht nötig, daran zu erinnern, daß alle außenpolitischen Entscheidungen, die wir getroffen haben, gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei erfolgten. Ob es der Beitritt zum Europa-Rat war, die Entscheidung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Gründung der Montanunion, die Errichtung der Westeuropäischen Union, der Beitritt zur NATO, – in allen diesen Fällen hat die Sozialdemokratische Partei erbitterten Widerstand geleistet. Ja, sie hat nicht einmal gezögert, den Aufbau der Bundeswehr zu sabotieren; sie hat die Wehrpflichtverweigerung proklamiert, und sie hat den abscheulichen Feldzug im sogenannten „Kampf gegen den Atomtod“ geführt. Wenn heute Herr Brandt diese Feststellung trifft, die ich zitierte, dann sollte er wenigstens so anständig sein und hinzufügen, daß dieser Mangel an Vertrauen nicht dem Bundeskanzler, nicht seiner Politik und nicht seiner Partei galt; (Lebhafter Beifall.) daß er vielmehr entstanden war aus der berechtigten Sorge unserer Alliierten, daß eine sozialdemokratische Regierung die Ziele verwirklichen werde, die mit dem gegenseitigen Vertrauen und der Bündnispolitik unvereinbar waren. (Zurufe: Sehr richtig!)

Wenn es eine Vertrauenskrise gab, und wenn diese Vertrauenskrise auch heute noch untergründig schwelt, dann ist die Sozialdemokratie selbst daran schuld. (Zurufe: Sehr wahr!)

Wie unaufrichtig, ja, wie verlogen klingt ein Zitat aus einer großen sozialdemokratischen Zeitung:

„Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist das kostbarste Gut der deutschen Politik. Es scheint, daß wir sie heute vor den Torheiten eines alten Mannes schützen müssen.“ (Widerspruch. – Zurufe: Pfui!)

Diejenigen, die heute den traurigen Mut aufbringen, eine solche Betrachtung anzustellen, sind die gleichen, die den ersten mutigen Schritt unseres Bundeskanzlers, der die Voraussetzung für eine auf gegenseitiger Achtung, auf Gleichberechtigung und auf Interessensidentität beruhende gemeinsame Politik einleitete, abgelehnt haben, (Zurufe: Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.) und die ihn damals den Bundeskanzler der Alliierten genannt haben. Ich glaube, daß ich in diesem Kreise bei diesem Thema nicht länger verweilen muß. Wir waren ja alle Zeugen dieser Auseinandersetzungen, die wir mit der Sozialdemokratischen Partei in den vergangenen Jahren führen mußten. Der Schaden, der dadurch dem deutschen Volk und der gesamten freien Welt entstand, ist durch verspätete Lippenbekenntnisse nicht gut zu machen. Solange unsere Verbündeten und Freunde in der freien Welt, die mit uns für die Freiheit Berlins und für die Sicherung und Freiheit der Bundesrepublik, die mit uns für die Wiederherstellung

der Freiheit in der sowjetisch besetzten Zone eintraten, solange sie fürchten mußten, daß eine sozialdemokratische Bundesregierung einen anderen Weg gehen werde, solange konnte es auch dem unausgesetzten Bemühen des Regierungschefs nicht gelingen, das Vertrauen der freien Welt auch für diejenigen zu erringen, die diesen Kurs bekämpften. Die anmaßende Feststellung zwingt mich zu einer klaren Entgegnung. Die Haltung der sozialdemokratischen Opposition in der Vergangenheit hat nicht nur die Vertrauensgrundlage zu unseren Freunden in der freien Welt erschüttert; sie war auch dazu angetan, bei der Regierung der Sowjetunion gefährliche Hoffnungen und Illusionen zu wecken, (Zurufe: Sehr richtig!) und sie hat damit dazu beigetragen, die Ausgangsposition des Westens in den Verhandlungen mit der Sowjetunion entscheidend zu schwächen. (Zurufe: Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.)

Die Fraktion wird die Außenpolitik der Bundesregierung nach wie vor unterstützen. Der Bundeskanzler hat es ausgesprochen, und ich wiederhole es: Wir wissen, daß die Führung der freien Welt in den Händen der amerikanischen Regierung liegen muß; denn die Vereinigten Staaten sind die stärkste Macht der freien Welt, und sie haben bewiesen, wie ernst sie ihre Verpflichtungen nehmen. Wir unterstützen darum auch die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten, in zähen Besprechungen die russische Verhandlungsbereitschaft auszuloten, und wir begrüßen dankbar die jüngsten Erklärungen des amerikanischen Außenministers Dean Rusk und des Sonderbevollmächtigten des amerikanischen Präsidenten, General Clay, die die Grenzen dieser Verhandlungsbereitschaft aufgezeigt haben und die übereinstimmend sagten, daß auch die Vereinigten Staaten keine Vorschläge über eine Regelung der Berlin- und der Deutschland-Frage machen werden, die nicht die Zustimmung der deutschen Regierung finden. (Lebhafter Beifall.)

Nur ein Böswilliger kann annehmen, daß wir im Wege stehen wollen. Nur ein Narr kann uns unterstellen, daß wir eine echte Entspannung verhindern wollen. Aber ich glaube nicht, daß Herr Dehler recht hat, wenn er jüngst in einem Artikel von einem „Teufelskreis der Irrungen und Wirrungen“ spricht und uns geradezu den Vorwurf macht, wir hätten – ich zitiere ihn wörtlich – die Bolschewisten zum Weltfeind, zum Sündenbock gemacht. Meine Damen und Herren! Es handelt sich nicht um Irrungen und Wirrungen, sondern um einen tragischen Tatbestand, an dem wohl am wenigsten ein Deutscher vorbeigehen kann: 16 Millionen deutscher Menschen leben in der Sklaverei. (Beifall. – Zurufe: Sehr richtig!) Man verweigert Ihnen das Recht der Selbstbestimmung, das man jedem anderen in der Welt zuzugestehen bereit ist. Und der freie Teil der Stadt Berlin ist einer ständigen Bedrohung ausgesetzt, die in der Errichtung der Mauer am 13. August ihren letzten ebenso sinnfälligen wie sinnlosen Ausdruck fand. Wenn der Bundeskanzler erneut die feierliche Erklärung abgab, daß wir Berlin nicht preisgeben werden, so hat er auch dafür die Unterstützung der gesamten Fraktion. (Lebhafter Beifall.)

Ebenso wird die Fraktion jede Entscheidung der Bundesregierung unterstützen, die uns auf dem Wege zur europäischen Einigung voranführt. Kernstück dieser europäischen Einigung ist und bleibt die deutsch-französische Freundschaft, (Beifall.) sie ist Kernstück dieser Einigung – so wie der unheilvolle Gegensatz zwischen beiden Nationen die tragische Ursache für blutige Kriege war. Wir wollen und wir werden es nicht zulassen, daß Europa durch Uneinigkeit sich weiter schwächt. Denn diese Schwächung wächst der Stärke der Gegner zu.

Darum hat die Fraktion auch den Wunsch, daß alles geschieht, um den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft so bald wie möglich zu verwirklichen. Großbritannien hat eine Entscheidung getroffen, die für Europa und für die gesamte freie Welt von größter Bedeutung ist (Beifall.) Es will dem Gemeinsamen Markt als Mitglied mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten beitreten; und es will dann auch am Werk der europäischen Einigung aktiv mitarbeiten. Es soll nichts geschehen, was das bisher Erreichte gefährdet; aber es soll alles geschehen, damit wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben. (Beifall.)

Wir haben wiederum die Unterstützung der Vereinigten Staaten, die nicht eine Vielzahl von Juniorpartnern in Europa haben wollen, sondern einen starken gleichberechtigten Partner, dessen Eigengewicht natürlich größer sein wird als die Summe der Gewichte der einzelnen. Niemand von uns denkt an eine dritte Macht; wir alle bekennen uns auch für das geeinte Europa zu einer engen unauflöslichen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika im politischen, im wirtschaftlichen, im militärpolitischen Bereich.

Das ist der Beitrag, den wir zu leisten haben, um die freie Welt noch stärker zu sichern als seither. Die Sowjetunion hat diese Entwicklung wohl verstanden. Anders wäre der Angriff des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow nicht zu erklären, der die Stärkung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Recht befürchtet. Denn diese Entwicklung widerspricht der Vorstellung, daß die sogenannten kapitalistischen Staaten keine Zukunft mehr haben. Sie widerspricht der Doktrin, an die er selbst wohl nicht mehr glaubt, daß der Kommunismus nur auf die Selbstauflösung und Selbstzerstörung der Länder der freien Welt warten müsse.

Wir müssen Vertrauen haben zu uns selbst. Wir müssen Vertrauen haben zu unseren Freunden in der freien Welt, auch wenn wir vielleicht einmal ihre Überlegungen nicht sofort verstehen und ihre Vorstellungen nicht ohne Einschränkung teilen. Der Zusammenschluß freier unabhängiger Nationen ist mühsamer als die gewaltsame Beherrschung und Unterdrückung. Aber das Bekenntnis zur eigenen Freiheit ist ja nur glaubwürdig, wenn wir auch die Freiheit des anderen anerkennen. Wir haben keine Gegensätze auszuräumen, sondern Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu sind wir bereit und entschlossen.

Die Fraktion der CDU/CSU wird die Bundesregierung auf diesem Wege begleiten und unterstützen. Sie wird aber auch zusammen mit

den beiden Parteien, die in der Fraktion zusammengeschlossen sind, mit der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union, äußerste Anstrengungen unternehmen, um die bevorstehenden Wahlen in den Bundesländern und die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen. Ziel unserer Arbeit muß es sein, die Mehrheit zu erhalten und zu stärken, wo wir sie besitzen, und die Mehrheit zu gewinnen oder wiederzugewinnen, wo wir sie verloren haben (Beifall.)

Das gilt auch für die nächsten Bundestagswahlen. Wir haben das Recht, auf unsere erfolgreiche Arbeit zu verweisen und um das Vertrauen der Wähler zu bitten. Wir haben aber auch die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß das parteipolitische Interesse identisch ist mit einer staatspolitischen Notwendigkeit. Eine funktionsfähige Demokratie verlangt klare Mehrheiten; gerade die Deutschen sollten diese Erkenntnis aus einer leidvollen Vergangenheit gewonnen haben.

Meine Damen und Herren! Dem Lande, dessen Gast wir sind, schulden wir Dank! Die Fraktion kann ihn nicht besser abstaten als durch die Bereitschaft, sich mit äußerster Kraft für einen erfolgreichen Wahlkampf unserer Freunde von der Christlich Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen als Vorspiel für weitere Wahlen in den Ländern und im Bund mit ganzer Kraft einzusetzen.

(Lebhafter Beifall!)

Präsident ARNDGEN:

Meine Damen und Herren! Mit Ihrem Applaus haben Sie dem Berichterstatter für die Fraktionsarbeit Ihren Dank ausgesprochen. Ich möchte mich diesem Dank anschließen, und zwar als ein Angehöriger dieser Fraktion. Herr Dr. von Brentano, recht herzlichen Dank für Ihren Bericht (Beifall!)

Herr Dr. von Brentano war schon im Jahre 1949, als wir mit der mühevollen Arbeit begannen, aus dem Torso, der uns hinterlassen wurde, einen Staat aufzubauen, Vorsitzender dieser unserer CDU/CSU-Fraktion. Und wir haben es begrüßt, daß Herr Dr. von Brentano dem Ruf gefolgt ist, wieder erneut die Spitze der Fraktion zu übernehmen. Auch dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank. (Beifall.)

Es ist an mich der Wunsch herangetragen worden, daß alle diejenigen, die ein Autogramm unserer führenden Männer haben möchten, dies erst tun, wenn die Referate erstattet sind. (Beifall.) Es ist ja so, daß die Herren, wenn sie ein Autogramm erteilen, den Referaten nicht folgen können.

Damit kommen wir zum weiteren Punkt unserer Tagesordnung:

Berichte der Arbeitskreise

Als Berichterstatter über den

Arbeitskreis I „Deutschland, Europa und die freie Welt“

hat nunmehr das Wort Herr Dr. Kopf. Herr Dr. Kopf ist Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages.

Dr. KOPF, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für den Berichterstatter ein schwierige, vielleicht eine unlösbare Aufgabe, den Gehalt einer mehrstündigen Diskussion im Arbeitskreis in ein Referat von einer Viertelstunde zusammenzupressen. In den gestrigen Diskussionen dieses Arbeitskreises ist der ganze Bereich der außenpolitischen Situation angesprochen worden. Die Diskussion hat sich dabei aber auf gewisse lebenswichtige Fragen konzentriert, nämlich auf Berlin, die Zone und die deutsche Einheit. Es hat sich im Verlauf dieser Diskussion, die sehr wechselvoll war, in den Grundpositionen der deutschen Politik eine wesentliche Übereinstimmung ergeben, wenn auch über manche Einzelfragen verschiedene Meinungen geäußert wurden oder verschiedene Aspekte hervorgetreten sind.

Aber eine hundertprozentige konformistische Einheitlichkeit, auch in allen Detailfragen, entspräche weder dem Ernst der Situation noch der inneren Lebendigkeit einer großen dynamischen Partei. Geschlossenheit in den Grundsatzüberzeugungen und Klarheit in der einschlagenden Richtung haben sich ergeben. Vor allem aber hat sich ein wesentlicher Grundtatbestand ergeben, daß es in der Außenpolitik der CDU weder einen sachlichen noch einen zeitlichen Bruch gibt, daß die Außenpolitik so fortgesetzt wird, wie sie begonnen worden ist, wenn auch unter ständiger Anpassung an die jeweils sich ändernden Tatbestände.

Die Bundesrepublik ist seinerzeit im Jahre 1949 unter dem Vorbehalt des Besatzungsstatutes in das Leben getreten. Heute ist die Bundesrepublik Bündnispartner der früheren Besatzungsmächte und ein geachtetes Mitglied der Staaten- und Völkergemeinschaft. Aber wenn wir diesen so günstig verlaufenen staatlichen Aufstieg der Bundesrepublik noch einmal zurückverfolgen, so bleibt doch eine Einordnung der staatlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik in die richtige Größenordnung notwendig. Die Bundesrepublik ist weder eine Weltmacht noch eine Großmacht. Aber die Bundesrepublik hat eine sehr entscheidende Option getroffen, die Option, zur freien Welt zu gehören. Sie ist in der Tat und sie handelt als ein Teil der freien Welt. Die Bundesrepublik kann die Aufgaben ihrer Selbstbehauptung unter Entfaltung aller ihrer Kräfte nur in engster Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der freien Welt vollziehen. Unsere eigene Kraft ist – darüber geben wir uns keinerlei Illusionen hin – begrenzter Natur. Das deutsche Volk hat die verhängnisvollen Irrtümer des Nationalismus erkannt. Die leidvollen Erfahrungen zweier Kriege haben es aufgeschlossen gemacht für die Bestrebungen und die Notwendigkeit der europäischen Einigung.

Das deutsch-französische Verhältnis, das uns so viele Jahrzehnte hindurch beunruhigt hat, ist bereinigt worden. Eine Aussöhnung mit unserem Nachbarland ist erfolgt und ein freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich und dem französischen Volk ist für die Dauer begründet worden. (Beifall.)

Die Bundesrepublik hat aus diesen Erwägungen heraus sich den europäischen Einigungsbestrebungen aktiv angeschlossen durch die Gründung und Beteiligung an den drei Gemeinschaften. Diese Gemeinschaften wollen die Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte der Mitgliedstaaten herbeiführen insbesondere durch Niederlegung der Zollschranken.

Diese Gemeinschaften sind aber nicht gegen die Sowjetunion und die Ostblockstaaten gerichtet. Es sind in den letzten Monaten uns Pläne über die Schaffung einer noch größeren atlantischen Gemeinschaft vorgelegt worden. Auch hat im Dezember des letzten Jahres in Paris eine sehr interessante Tagung der atlantischen Bürgerkonferenz stattgefunden. Diese Pläne sind bestimmt erwägenswert. Aber sie setzen ein geeintes Europa voraus, nicht als eine dritte Kraft, wohl aber als eine der Säulen, die dieses künftige Gebilde der atlantischen Gemeinschaft mit zu tragen hätten.

Wir begrüßen es aber auch ganz besonders herzlich, daß Großbritannien im Laufe des letzten Jahres eine für seine staatliche Existenz so überaus wichtige Entscheidung getroffen hat. Großbritannien hat sein Gesuch um Beitritt zum gemeinsamen Markt als Vollmitglied eingereicht. Es hat damit eine radikale Wende in einer jahrhundertelangen Tradition vollzogen. Man muß hier von einer historischen Wende in der britischen Geschichte sprechen. Unser Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Bundesregierung sich mit allen Kräften dafür einsetzen soll, daß Großbritannien in beschleunigter Weise Vollmitglied der europäischen Gemeinschaften wird, wobei wir uns der bestehenden Schwierigkeiten in vollem Umfang bewußt sind.

Die bestehenden europäischen Gemeinschaften sollen aber auch durch die Schaffung einer politischen Union ergänzt werden. (Beifall.)

Es soll diesen bereits bestehenden Organisationen, die zwar ein politisches Faktum darstellen, aber doch vorzugsweise sich mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen befassen, ein politischer Überbau oder Unterbau – wie man es nennen will – hinzugefügt werden. Die Bemühungen um die Schaffung dieser politischen Union waren aussichtsreich und wir hoffen sehr, daß der tote Punkt, auf dem diese Bestrebungen vielleicht inzwischen angelangt sind, in Bälde wieder überwunden werden kann und daß es gelingt, hier bald zu einer befriedigenden Regelung zu kommen. Hierbei interessiert uns nicht die völkerrechtliche Dogmatik und nicht die Nomenklatur der zu schaffenden politischen Union. Uns interessiert nur, daß die bestehenden Gemeinschaften gestärkt werden sollen und daß eine leistungsfähige Organisation zur politischen Einigung Europas geschaffen werden soll. Eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche mit unseren Partnern ist daher dringend erwünscht. (Beifall.)

Aber auch auf dem Gebiet der Verteidigung hängt die Bundesrepublik mit den übrigen Mächten, die der atlantischen Gemeinschaft angehören, auf das engste zusammen. Sie hat ihre Truppen der NATO

unterstellt und sie wird jeden notwendigen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung leisten. Hier im Rahmen der NATO, aber auch außerhalb ihrer Organisationen, vollzieht sich insbesondere mit den Vereinigten Staaten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir legen den größten Wert darauf, daß diese vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem großen Land als eine wesentliche Konstante unserer deutschen Außenpolitik fortgeführt wird.

Die derzeitige Spaltung Deutschlands macht die intensive Fortsetzung der Bemühungen um die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit notwendig. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein zwischen der Bundesrepublik und deren Bündnispartnern vertraglich festgelegtes Ziel. Diese vertragliche Festlegung hat es der Bundesrepublik ermöglicht, sich rückhaltlos und mit vollem Einsatz den europäischen Einigungsbestrebungen anzuschließen. Es muß hierbei alles vermieden werden, was die Teilung Deutschlands verfestigt oder verstärkt oder eine internationale Aufwertung der Zone bedeutet. Rechte bleiben auch dann bestehen, wenn sie gegenwärtig nicht zu verwirklichen sind und im Leben der Staaten und Völker bedarf es der Geduld. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes, eines großen Prinzips, das einen totalen Geltungsanspruch erhebt und das für die fremden Kontinente rückhaltlos anerkannt worden ist, muß auch in Europa, muß auch in Deutschland bejaht werden und Anerkennung finden. (Beifall.)

Wir sind dankbar, den bedeutenden Staatsmännern, die bei Gelegenheit einer Reihe von Konferenzen mit großem Mut sich dazu bekannt haben, daß dieses Selbstbestimmungsrecht nicht nur gewissen Ländern und gewissen Völkern der Erde, sondern allen Ländern und allen Völkern der Erde und auch dem deutschen Volke zukommen muß. (Beifall.)

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern erfolgt aber auch und ist notwendig in der Frage der Stadt Berlin. Hier hat sich eine erfreuliche Geschlossenheit des Westens immer wieder bekundet. Ich denke an die eindrucksvollen Sitzungen der Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union und an die Bekundungen im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben in un-zweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht, daß die vitalen Lebensinteressen Berlins, die Präsenz der alliierten Truppen, die Freiheit der Zugangswege und die Erhaltung der Lebensfähigkeit unverzichtbare Güter sind. Lebensfähigkeit bedeutet für uns die Erhaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensfähigkeit. Wir legen aber auch entscheidenden Wert darauf, daß die rechtlichen und die politischen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin erhalten bleiben und, wie es in der Ihnen vorzulegenden Entschließung heißt, normalisiert werden sollen.

Wenn in diesem Zusammenhang der Ausdruck „normalisiert“ gebraucht wird, so ist darunter zu verstehen, daß diese Bindungen sich im Sinne des Grundgesetzes und der staatsrechtlichen Praxis der

letzten Jahre reibungslos, unbehelligt und unangefochten vollziehen sollen.

Im Verhältnis zwischen Ost und West ist eine Entspannung erstrebenswert. Diese Entspannung könnte erleichtert werden, wenn die propagandistische Kampagne, die seit Jahr und Tag seitens der Sowjetunion, der Satellitenstaaten und ihrer Organe gegen die Bundesrepublik geführt wird, eingestellt würde. Wir haben sehr viel und sehr oft uns mit dem Begriff der sogenannten friedlichen Koexistenz befaßt. Bei zahlreichen Gelegenheiten ist uns von Kennern der Sowjetunion und des Sowjetdenkens immer wieder dargelegt worden, wie dieser Begriff der friedlichen Koexistenz nur einen provisorischen Charakter bedingt und wie diese Forderung nur der Vorbereitung der Einführung des Kommunismus dienen soll. Aber das, was wir wünschen, das ist ein gutes Verhältnis auch zu den Völkern und Staaten Osteuropas. Wenn wir das aussprechen, so ist es nicht das erste Mal, daß wir es tun. Wir tun es auch entsprechend dem Beschlusse des 3. Bundestages, der seinerzeit einen Bericht seines Unterausschusses über die Beziehungen mit den Oststaaten behandelt und zum Ausdruck gebracht hat, daß friedliche und gedeihliche Beziehungen zu den Oststaaten erstrebt werden; allerdings ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen.

In dieser Stunde gedenken wir aber auch aller Deutschen in der Sowjetzone. (Beifall.) Wir gedenken ihres harten und schweren Schicksals, und wir gedenken ihrer im Gefühl und im Geiste unserer Verbundenheit mit ihnen.

Außenpolitik ist zunächst Sache der Regierung. Aber keine Regierung kann im luftleeren Raum handeln. Sie unterliegt der Kontrolle des Parlaments und sie bedarf des sich immer wieder erneuernden Einverständnisses mit den tragenden politischen Kräften der Nation.

Die gestrige Besprechung unserer zentralen Anliegen im Arbeitskreis unserer Partei hat eine Übereinstimmung in den Grundfragen der Außenpolitik ergeben. Wir freuen uns über diese Übereinstimmung. In einer schwierigen Zeit wie der unsrigen bedarf die Regierung der Gewißheit, daß die stärkste Partei und die in ihr verborgenen politischen Kräfte des Volkes hinter ihr stehen.

Ich darf Ihnen nunmehr den Text der EntschlieÙung vorlesen. Dieser EntschlieÙungsentwurf ist vom Arbeitskreis unserer Partei vorbereitet worden und hat gestern abend seine endgültige Fassung im Redaktionskomitee unseres Parteitages erhalten. Dieser Text, den ich zur Annahme empfehle, hat folgenden Wortlaut:

„Die Bemühungen um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die gemeinsame Verteidigung der freien Welt und die entschlossene Mitarbeit an der Einigung Europas bleiben das Fundament der Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Unbeirrt wird die CDU auch in Zukunft jeden notwendigen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung, zur Ent-

faltung der wirtschaftlichen Kraft der freien Welt und zur Entwicklungshilfe leisten.

Die CDU/CSU hat mit ihrer Politik erreicht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein vertraglich festgelegtes Ziel der Bundesrepublik und ihrer Bündnispartner ist. Die Hinnahme der Teilung Deutschlands oder jede internationale Aufwertung der Zone würde dieser vertraglichen Übereinkunft widersprechen. Rechte bleiben auch dann bestehen, wenn sie gegenwärtig nicht zu verwirklichen sind. Das gilt auch für die Frage der deutschen Grenzen, die in einem frei zu verhandelnden Friedensvertrag zu vereinbaren sind.

An der Mauer in Berlin wird gemordet. Die Mauer muß verschwinden. Die Bedrohung der Freiheit Berlins ist die Bedrohung der Freiheit überhaupt. Westlicher Geschlossenheit und Entschlossenheit ist es zu verdanken, daß Berlin frei ist und frei bleibt. Die Erhaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensfähigkeit der Stadt ist für die CDU eine verpflichtende Aufgabe. An unserem Einsatz für Berlin wird unser Wille zur Wiedervereinigung gemessen. Die rechtlichen und politischen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin müssen erhalten und normalisiert werden. Die CDU erstrebt ein gutes Verhältnis zu den Völkern und Staaten Osteuropas. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, an diesem Ziel festzuhalten. Ein Ausgleich, der Dauer haben soll, muß die Belange aller Beteiligten berücksichtigen. Dies gilt auch für die Sowjetunion. Sie muß erkennen, daß die menschenunwürdige Behandlung von 17 Millionen Deutschen, insbesondere die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion unmöglich machen. Sie allein hat es in der Hand, diese Hindernisse zu beseitigen und damit einen entscheidenden Beitrag für den Frieden zu leisten. Der Weg zur Atlantischen Gemeinschaft führt über ein geeintes Europa. Die CDU hält dankbar an der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland fest. Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung sich entschieden dafür einsetzt, daß Großbritannien möglichst bald mit allen Rechten und Pflichten Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wird. Die bestehende Europäische Gemeinschaft muß ihre Ergänzung in einer politischen Union finden. Hier sollte es keinen Streit um Begriffe geben; wichtig allein ist, daß die bestehenden Gemeinschaften gestärkt und eine leistungsfähige Organisation zur politischen Einigung Europas geschaffen wird. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine zwingende Notwendigkeit und ein unverrückbares Element der Politik der CDU.“

(Beifall.)

Präsident ARNDGEN:

Recht herzlichen Dank, Herr Dr. Kopf, für Ihren Bericht, dieser Dank soll auch für alle die gelten, die in eingehender Diskussion zu diesem Arbeitsergebnis beigetragen haben.

Bevor ich das Wort dem Berichtersteller für den Arbeitskreis gebe, erteile ich zunächst das Wort zu einem

Wort an die Zone

Herrn

Dr. GRADL, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Gestern ist in dem Arbeitskreis, über dessen Beratungen unser Freund Kopf soeben berichtet hat, der dringende Wunsch ausgesprochen worden, dieser Parteitag möge nicht zu Ende gehen, ohne daß ein besonderes Wort der Verbundenheit mit den Deutschen in der Zone gesagt wird. (Beifall.)

Wir hören zuweilen hier im Lande, sehr viel häufiger aber bei Gesprächen draußen in der Welt, wenn wir uns darüber beklagen, was am 13. August geschehen ist, die merkwürdige Gegenfrage: Ja was ist denn eigentlich so besonders Neues geschehen? Im Grunde hat der 13. August doch nur bestätigt, was schon Tatsache war, nämlich die Teilung Deutschlands. (Beifall.)

Ich glaube, es kann nicht genug geschehen, um der Welt einzuprägen, daß dieser 13. August für uns Deutsche etwas völlig Neues und etwas ganz Unerhörtes gebracht hat. Er hat der politischen Teilung unseres Vaterlandes, die in der Tat schon seit vielen Jahren da ist, die nahezu völlige menschliche Trennung der Deutschen hinzugefügt. (Zustimmung.)

Seit diesem 13. August – und das muß die Welt wissen – ist auch das ganz einfache menschliche Zueinanderkommen über die Sektorengrenze in Berlin und über die Zonengrenze hinweg nahezu völlig unmöglich gemacht. Seit diesem 13. August ist für die Menschen in der Zone der allerletzte Ausweg, den es gegeben hat, verschlossen worden. Seitdem sind unsere Landsleute in der Zone dem System und seinen Funktionären ganz und gar ausgeliefert. Seitdem haben sie keine Möglichkeit mehr, sich dem System zu entziehen. Seitdem haben sie keine Möglichkeit, ihre Kinder vor einem lückenlosen Erziehungssystem in Sicherheit zu bringen, das sie zu Gottlosigkeit und Haß erziehen will. Seitdem müssen junge Menschen drüben, ohne daß sie sich dem entziehen können, einen Eid leisten, durch den sie auf die „Deutsche Demokratische Republik“ – das heißt: auf die Teilung Deutschlands – verpflichtet werden sollen; und seitdem müssen und sollen sie einen Eid leisten, der sie auf ein System verpflichtet, das ein System des Hasses und der Gottlosigkeit ist.

Das ist die Situation seit dem 13. August. Deshalb war es das Bedürfnis des Arbeitskreises, daß ein besonderes menschliches Wort hierzu gesagt wird. Von dieser Situation her ist die unerhört menschliche Not und Qual über unsere Landsleute drüben gekommen, eine Not, die für uns, die wir das Glück haben, hier zu leben, im 17. Jahre nach Kriegs-

ende überhaupt nicht vorstellbar ist. Das ist es, woran auch Sie gemahnt werden sollen. Jeder von Ihnen muß sich lebendig vergegenwärtigen, was das heißt, was dort heute in der Zone ist. Das kann man nicht so einfach in Worte fassen. Das läßt sich im Grunde nur für den ausdrücken, der es selber menschlich zu empfinden vermag.

Sie kennen die Bilder von der Mauer, von den großen Mietshäusern an der Bernauer Straße, die vermauert sind. Der eine oder andere von Ihnen hat vielleicht dort schon gestanden. Meine Freunde, stellen Sie sich vor, wie weit es mit einem Menschen gekommen sein muß, wenn er es fertig bringt, von der Höhe eines fünfstöckigen Mietshauses herabzuspringen, um in Freiheit zu gelangen. Stellen Sie sich vor, was es heißt, daß jemand den Mut und den Entschluß aufbringt, über die Mauer, durch die Mauer, über den Todesstreifen, durch einen Stacheldrahtverhau zu gehen oder durch einen Kanal zu schwimmen, obwohl er weiß, daß dort überall der Tod auf ihn lauert. Wenn wir wissen wollen, wie groß die Not der Menschen in der Zone ist, dann frage sich ein jeder von uns, was wohl sein und geschehen müßte, damit er selber soweit käme, dieses äußerste Wagnis der Freiheit wegen einzugehen. Wenn wir uns das vor Augen halten, dann empfinden wir, was in den Menschen in der Zone heute vor sich geht, und dann wird uns diese Not innerlich nicht mehr auslassen.

Das ist der Gedankengang, der den Arbeitskreis zu seinem Wunsch veranlaßt hat und der zu folgendem formulierten Wort dieses Parteitag es an die Zone geführt hat; ich darf es verlesen:

„An ihrem ersten Parteitag nach dem 13. August denkt die Christlich Demokratische Union Deutschlands in tiefer Verbundenheit an die Landsleute in der Zone und erklärt: Wir wissen um das schreckliche Leid, das durch die menschliche Trennung über unsere Landsleute gekommen ist.

Sie sollen wissen, daß sie trotz Mauer und Todesstreifen nicht allein sind.

Wir versprechen, unsere ganze Kraft einzusetzen, um ihr Los zu wenden.

Wir verkennen nicht, daß es hier im Westen auch Gleichgültigkeit und Trägheit gibt. Um so mehr macht es sich die CDU zur Pflicht, alle im freien Teil unseres Vaterlandes aufzurütteln und jedermann die Not und die Bedrückung der Zone ins Bewußtsein zu bringen. Unablässig werden wir auch vor aller Welt Schande und Unmenschlichkeit der Mauer und der Todesstreifen anprangern.

Alle Kräfte unseres Landes müssen mobilisiert werden, um die Welt von der Unerschütterlichkeit und Entschlossenheit des Willens zu Freiheit und Einheit aller Deutschen zu überzeugen.“
(Beifall.)

Wir werden nicht resignieren vor der Mauer, wir müssen und wir werden die Mauer überwinden.“

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte den Parteitag, daß er sich dieses Wort an die Menschen in der Zone zu eigen macht.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Präsident ARNDGEN:

Ich danke Herrn Dr. Gradl, aber auch dem Arbeitskreis I für dieses Wort an die Zone. Ich halte dieses Wort für sehr bedeutsam. Ich bin wohl berechtigt, die allgemeine Zustimmung des gesamten Parteitages zu diesem Wort festzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Jetzt hat als Berichterstatter für den

Arbeitskreis II

das Wort Herr

ETZEL, MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich erstatte den Bericht für den Arbeitskreis 2 mit dem Thema

„Die Wirtschaftspolitik in der sozialen Bewährung.“

Über dieses Thema haben in der 2. Plenarsitzung gestern morgen bereits unsere Freunde Ludwig Erhard und Theodor Blank gesprochen. Diese beiden Referate gaben daher den Grundakkord unserer Diskussion im Arbeitskreis wieder. Unsere Diskussion fand auch in Gegenwart dieser beiden Freunde statt. Der Arbeitskreis selber stand unter der Leitung unseres Parteifreundes Dr. Otto Schmidt, Wuppertal, dem ich hier an dieser Stelle für seine ausgezeichnete, vorbildliche und präzise Leitung danken möchte. (Lebhafter Beifall.) Ihm ist es im wesentlichen zu danken, wenn die Fülle des Tatbestandes, die dort behandelt werden mußte, uns nicht ertrinken ließ, und wenn wir hinterher zu klar gefaßten Forderungen, die ich Ihnen nachher vorzulesen habe, gekommen sind.

Im Arbeitskreis haben über das Thema „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“ unsere Freunde Kurt Schmücker und Hans Katzer berichtet. Beide Referate sind veröffentlicht; ich verweise auf sie und empfehle ihre Lektüre. Es sind zwei sehr inhaltsreiche Referate, man sollte sie nicht auslassen. Frau Bundesminister Schwarzaupt, Herr Bundesminister Wuermeling, Herr Bundesminister Schwarz haben sich an unserer Diskussion beteiligt. Zur Diskussion selbst haben sich 40 Damen und Herren zum Wort gemeldet, sie hat fast fünf Stunden gedauert. Ich bin daher nicht in der Lage, alle einzelnen Beiträge, so wertvoll sie im einzelnen sind, hier wiederzugeben; ich nenne auch keine Namen im einzelnen, um niemand auszulassen. Nachdem die Herren Erhard, Blank, Schmücker und Katzer das Grundsätzliche dargelegt hätten, haben wir uns auf die praktische Bewältigung der gegenwärtigen Aufgaben gestürzt. Wir haben mehr Wert darauf gelegt, praktische Lösungen uns vorzustellen als auf die Erarbeitung eines theoretischen Programms. Wir waren der Auffassung, daß die Öffentlichkeit die Maßnahmen kennenlernen will, die

die größte Partei in der Bundesrepublik in der nächsten Zukunft durchzuführen gedenkt, um mit den Gegenwartsproblemen fertig zu werden. Sie werden sie am Schlusse meines Berichtes hören. Nur wenn die Öffentlichkeit die von der CDU zu treffenden Maßnahmen formuliert kennt, kann sie dazu ein Ja oder ein Nein sagen. Die Bevölkerung will aber heute eine auf einer klaren Vorstellung beruhende Autorität spüren, von der ein Führungsimpuls ausgeht. Es genügt auch nicht, daß eine Regierung zwar weiß, was zu tun ist; sie muß es auch wirklich tun, sonst hat sie keinen Anspruch auf Vertrauen.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage der Kaufkraft der D-Mark ein. Ist ihr Verfall ein Naturereignis?, so wurde gefragt. Das Volk will wissen, was die D-Mark morgen wert ist und wie man der Lohn- und Preisspirale wirksam zu Leibe gehen könnte. Unsere marktwirtschaftliche Ordnung bleibt ein Stückwerk, wenn die Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. (Sehr richtig.) Für die Überhitzung unserer Konjunktur muß das nicht gelöste Geldproblem verantwortlich gemacht werden. Wir können es lösen, es ist nicht so, daß wir hilflos sind. Es muß daher das Problem der Konvertibilität überdacht – ich sage nicht mehr – und auch geprüft werden, um festzustellen, ob hier eine der entscheidenden Wurzeln unserer Situation liegen kann. In diesem Zusammenhang wurde – Sie finden das in der EntschlieÙung wieder – die Überprüfung und Ergänzung des währungs-politischen Instrumentariums verlangt, damit die Kaufkraft durch ein geordnetes Geldwesen gesichert wird. Wir haben ein Bekenntnis zur Geldwertstabilität abgelegt.

Einen breiten Raum der Diskussion nahm in diesem Zusammenhang naturgemäß die Finanzpolitik ein. Als die Zahl der Wünsche in der breit geführten Diskussion sehr groß wurde, kam bei grundsätzlicher Anerkennung vieler dieser Wünsche spontan aus dem Arbeitskreis die Frage, wie das denn alles finanziert werden sollte. Es wurde gefragt, ob wir hier das notwendige Maß von uns aus einhalten und wo dann die Grenzen, die der Entwicklung des Sozialprodukts gestellt sind, respektiert würden. Es gab in unserer Diskussion – das hat mich sehr froh gemacht – ein wiederholtes Bekenntnis zum Maßhalten. Bund, Länder und Gemeinden dürfen keine größeren Anforderungen an die Wirtschaft stellen, als diese maximal auch erfüllen kann. Wo das Maß überschritten wird, kommt es zu Entwicklungen wie auf dem Baumarkt, wo man schließlich in ein paar Jahren eine Preissteigerung von 24 % erlebt hat. Es wurde diskutiert, daß man nicht alle Wünsche zugleich erfüllen kann. Die Ausgabenflut müsse eingedämmt werden, das wurde sehr klar gesagt, und eine Rangordnung der Werte müsse entscheiden, was zuerst getan werden muß und was später getan werden kann.

Das Ergebnis dieses Teiles der Diskussion ist die Forderung nach ausgeglicheneren Haushalten bei sparsamer Wirtschaftsführung.

Der Arbeitskreis stellte sich auf den Boden der vom Herrn Bundeskanzler erhobenen Forderung nach einer Finanzverfassungsreform. Er war der Meinung, daß die öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und

Gemeinden wirtschafts- und finanzpolitisch als eine Einheit gesehen und auch behandelt werden müssen. Der einzelne Staatsbürger, der nur über ein Portemonnaie verfügt, von dem er Ausgaben für die Öffentliche Hand in jeder Form zu leisten hätte, hat kein Verständnis dafür, wenn die eine Öffentliche Hand in Überfluß lebt und die andere Steuern erhöhen müßte, weil sie nicht über genügend Einnahmen verfügt. (Sehr gut! – Beifall.) Darum muß mit großer Entschiedenheit gefordert werden, daß vor jeder Steuererhöhung zuerst der Steuerausgleich und der Steuerumbau kommen muß. Es wurde in der Diskussion die Steuererhöhung als solche überhaupt radikal abgelehnt. Die Einheitlichkeit der Finanzverfassung gibt auch die Grundlage für eine wirksam zu handhabende antizyklische Haushaltspolitik. Wenn Bund, Länder und Gemeinden einheitlich die Konjunktur befruchten, oder je nach Lage auch dämpfen müssen, hat das eine ganz andere Wirkung, als wenn jede einzelne Körperschaft auf sich selbst gestellt ist. Der Arbeitskreis hat auch eine Steuerreform diskutiert und verlangt. Die Einzelheiten seines Begehrens ergeben sich aus den später zu verlesenden Entschließungsanträgen.

Ein besonders wichtiger Punkt war die Forderung nach der Beseitigung der europäischen Steuergrenzen, die bei dem geltenden Recht nach Fortfall der Zölle automatisch entstehen. Es dürfen im Gemeinsamen Markt nicht an Stelle der verschwindenden Zollgrenzen die viel ärgerlicheren Steuergrenzen entstehen.

Zum Gebiet der Wirtschaftspolitik wurde die Bildung des in der letzten Zeit allenthalben diskutierten Gutachtergremiums gefordert. Über die Zusammensetzung bestanden verschiedene Meinungen; sie muß noch weiter diskutiert werden.

Die Frage des Wettbewerbs wurde unter vielen Gesichtspunkten als ein immanentes Element unserer Marktordnung behandelt, und es wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die Sie im einzelnen in der Entschließung wiederfinden.

In der Diskussion ist von verschiedenen Aspekten her die Wichtigkeit der Verbraucherpolitik aufgeklungen und damit zum erstenmal in der Diskussion auf einem Parteitag erschienen. In letzter Zeit hat sich das Selbstbewußtsein der Verbraucher – ich sage „Gott sei Dank“ – verstärkt, und angeregt durch gute Erfahrungen in Amerika und in Schweden werden objektive Warentests vorgeschlagen, um dem Verbraucher in seiner Funktion als Schiedsrichter im Wettbewerb eine bessere Kenntnis im Markt zu verschaffen. (Beifall.) Über diese Entwicklung sind wir sehr glücklich, denn im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft steht der Verbraucher. (Zurufe: Sehr gut.)

Die Energiepolitik wurde ebenfalls behandelt. Wir stehen in dieser Frage zur Erklärung der Bundesregierung im Bundestag und der Resolution des Deutschen Bundestags und den darin aufgezeigten Grundlinien.

Wir haben uns auch mit der Raumordnungspolitik beschäftigt. Die Erschließung ländlicher Gebiete und die Erschließung neuer Wohngebiete der Großstädte wurde befürwortet.

Die bisherige Wohnungsbaupolitik soll grundsätzlich in Annäherung an marktwirtschaftliche Gesichtspunkte fortgesetzt werden, um die Überführung der Wohnungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft zu beschleunigen.

Die CDU hat sich seit längerer Zeit für die Reinhaltung von Luft und Wasser und für die Lärmbekämpfung eingesetzt. Diese Pläne kosten aber Geld, und ihre Verwirklichung erfordert eine lange Zeit. Die Verwirklichung dieser Pläne ist nur durch eine Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden und Industrie möglich. Die Diskussion über diesen Punkt in Gegenwart von Frau Ministerin Schwarzhaupt war anregend.

Einen besonders breiten Raum nahmen natürlicherweise die Sozialpolitik und die Eigentumspolitik ein. Einstimmig waren die Delegierten der Meinung, daß die Eigentumspolitik eine Schlüsselstellung einnehmen müsse. Ein Delegierter erklärte mit Zustimmung, die Eigentumsfrage sei eine der Schicksalsfragen der Zukunft unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.) Hierzu wurden zahlreiche Vorschläge gemacht, die darauf abzielten, Freiheit, soziale Verantwortung und Eigenverantwortung zu stärken.

In diesem Zusammenhang wurde der Investivlohn diskutiert. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Probleme noch nicht geklärt und noch nicht ausdiskutiert sind. Im Rahmen der Eigentumspolitik werden auch hier die Diskussionen weitergeführt werden.

Die Sozialpolitik in den Händen unseres Freundes Blank hat in den letzten Monaten beachtliche Fortschritte gemacht. Die gesetzgebende Vorarbeit ist sehr weit vorwärts getrieben. Ich glaube, wir können in der nächsten Zeit mit entscheidenden Vorlagen rechnen. Im sogenannten Sozial-Paket werden die Reform der Unfallversicherung, die arbeitsrechtliche Lösung der Fortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle, die Reform der Krankenversicherung und die Neuordnung des Kindergeldes in Kürze einheitlich neu geregelt werden.

Es ist befriedigend, festzustellen, daß in diesem Punkt die Koalition in langen Verhandlungen Einigkeit erzielt hat. Darüber hinaus sollen sowohl die Kriegspflerversorgung als auch das Kindergeld verbessert werden. Die Diskussion über die Familienpolitik ergab die Feststellung, daß sie sich nicht auf die Zahlung des Kindergeldes beschränkt. Der Bund habe bei seiner Gesetzgebung, insbesondere bei den Eigentumsgesetzen, sich bemüht, familiengerecht zu werden. Ich erinnere an die Privatisierung; ich erinnere an das Sparprämiengesetz; aber auch die Gemeinden haben hier eine Aufgabe, ein übriges zu tun: Durch familiengerechte Staffelung der Tarife bei den Verkehrsbetrieben, den Theatern, den Museen, den Schwimmbädern usw., um nur einige aber wesentliche Aufgaben zu nennen und um damit den kinderreichen Familien zu helfen.

Probleme der Jugend und Probleme des Alters wurden angesprochen, die Alterssicherung der Selbständigen, die wir befürworten, und auch die individuelle Berufsausbildung.

In der Landwirtschaftspolitik war der Arbeitskreis einig, daß eine Vielzahl selbständiger, wettbewerbsfähiger bäuerlicher Betriebe erhalten bleiben müsse. Die Agrarpolitik muß deswegen auf der Grundlage des Landwirtschaftsgesetzes unter Berücksichtigung der europäischen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes fortgeführt und eine positive Preispolitik zur Sicherstellung auskömmlicher Erzeugerpreise fortgesetzt werden. Soweit in der Anwendung der EWG-Verträge nachteilige Folgen eintreten, müssen zusätzliche Hilfen gewährt werden. Die soziale Stärkung des Bauernstandes und die Fortführung des Bäuerinnen-Programmes wurden bejaht.

Lassen Sie mich jetzt zu der Vorlesung der EntschlieÙung kommen, die die ganze Diskussion noch einmal zusammenfaÙt und die gestern abend im Redaktionskomitee zusammengestellt worden ist.

Ich darf feststellen – und das scheint mir wesentlich zu sein –, daß zum erstenmal in einem Parteitag der ganze weite Komplex der Wirtschaftspolitik in seiner ganzen Weite und Breite in einer EntschlieÙung niedergelegt worden ist, und daß alle in unserer Partei an diesen Problemen arbeitenden Männer in der Formulierung sich einstimmig gefunden haben.

Bevor ich die EntschlieÙung aber vorlese, möchte ich wiederholen, daß unsere fast fünfstündige Diskussion im Arbeitskreis eine ungewöhnliche Vielfalt von Anregungen und Gedanken enthielt. Ich bitte deshalb nochmals alle Diskussionsteilnehmer herzlich, mir nicht böse zu sein, wenn sie ihren eigenen Beitrag nicht wörtlich wiedergegeben finden. Wir haben bis spät in die Nacht hinein gearbeitet, um die Beiträge noch einmal zu analysieren. Wir haben alle Beiträge sogar fast schon geschrieben, und wir werden sie weiter ausschöpfen und bearbeiten.

Nun zur EntschlieÙung! – Diese EntschlieÙung umfaÙt eine Präambel und vier innerlich geordnete Fragenkreise: Die Wirtschaftspolitik, die Landwirtschaftspolitik, die Finanzpolitik und die Sozialpolitik.

Die Präambel lautet:

„Die Soziale Marktwirtschaft ist eine der Grundlagen, auf denen wir den sozialen Rechtsstaat verwirklichen. Ihre Ordnungselemente sind persönliches Eigentum, Leistungswettbewerb und Partnerschaft. Dieses Leitbild christlich-demokratischer Politik ist deshalb richtig, weil die Wirtschaft ein Teil der Gesellschaft ist, weil das elementare Bedürfnis des einzelnen nach freier Entfaltung der Persönlichkeit zum Prinzip des freiheitlichen Rechtsstaats gehört und weil die Freiheit jedes einzelnen durch eine gerechte Sozialordnung gesichert werden muß. Der Mensch steht“

– und das war durch alle Parteitage das Grundelement unserer Diskussion –

„im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft. Zu ihrer Fortführung und Sicherung schlägt daher der 11. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union folgende Maßnahmen vor:“

– Es sind konkrete, zu realisierende Maßnahmen, über die wir diskutiert haben –

„I. In der Wirtschaftspolitik:

1. die Bildung eines sachverständigen Gutachtergremiums, das periodisch objektive Analysen der Gesamtlage der deutschen Volkswirtschaft erstellt. (Zuruf: Sehr gut!)
2. die Überprüfung und Ergänzung des währungspolitischen Instrumentariums zur Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch Bundesregierung und Deutsche Bundesbank.
3. den Ausbau des Wettbewerbs durch
 - a) Auswertung der Konzentrationsenquôte,
 - b) Verbesserung des Kartellgesetzes, insbesondere der Bestimmungen über marktbeherrschende Unternehmen, Rabattkartelle, Rationalisierungskartelle und der Preissysteme,
 - c) schrittweise Einbeziehung weiterer Wirtschaftsbereiche in die Soziale Marktwirtschaft,
 - d) Verstärkung des internationalen Warenaustausches,
 - e) Vergrößerung des Warenangebotes durch einen noch stärkeren Einsatz der Handels- und Zollpolitik;
4. die Fortsetzung aller Maßnahmen zur Vorbereitung der deutschen Wirtschaft auf den schärferen Wettbewerb im Gemeinsamen Europäischen Markt und der Atlantischen Gemeinschaft,
5. die Förderung junger Existenzen und die Ausweitung der Bereiche unserer Volkswirtschaft, in denen Selbständige tätig sein können.
6. Verbesserung der Marktübersicht des Verbrauchers durch Warentests sowie durch Aufklärung über richtiges Marktverhalten und
7. eine Raumordnungspolitik, die ländliche Gebiete für die Klein- und Mittelindustrie erschließt;

II. In der Landwirtschaftspolitik:

1. Die Fortführung der Agrarpolitik auf der Grundlage des Landwirtschaftsgesetzes unter Berücksichtigung der europäischen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes,
2. die Erhaltung und Stärkung einer Vielzahl selbständiger wettbewerbsfähiger bäuerlicher Betriebe,

3. eine positive Preispolitik zur Sicherstellung auskömmlicher Erzeugerpreise,
4. die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen,
5. die Ausgleichung nachteiliger Folgen aus der Anwendung der EWG-Verträge durch zusätzliche Hilfen,
6. die soziale Stärkung des Bauernstandes und Fortführung des ‚Bäuerinnen-Programmes‘

III. In der Finanzpolitik:

1. ausgeglichene öffentliche Haushalte bei sparsamer Wirtschaftsführung;
2. eine Reform der Finanzverfassung. Die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wirtschafts- und finanzpolitisch als eine Einheit behandelt werden; (Beifall.)
3. Steuerausgleich und Steuerumbau;
4. Verwirklichung einer antizyklischen Haushaltspolitik;
5. einen elastischen Einsatz der steuerpolitischen Mittel zur Beeinflussung der Konjunktur und zur Erleichterung strukturell bedingter Umstellungen;
6. Überprüfung des geltenden Steuerrechts auf seine Übereinstimmung mit der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, insbesondere durch die Beseitigung aller wettbewerbsverfälschenden Einflüsse des Steuerrechts; vor allem die Reform der Umsatzsteuer sowie die Beseitigung aller durch das zwischenstaatliche Steuergefälle entstehenden Verzerrungen;
7. einen Umbau des Einkommenssteuertarifs mit dem Ziel, Unbilligkeiten bei der Besteuerung zu beseitigen; den Abbau nicht mehr gerechtfertigter Steuervergünstigungen und eine Überprüfung der Grundsätze der Gewinnermittlung bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer; (Beifall.)
8. die Einbeziehung des gewerblich genutzten Vermögens der öffentlichen Hand in den Leistungswettbewerb und die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption;
9. die Harmonisierung der europäischen Steuersysteme durch Anwendung des Prinzips der Besteuerung nach dem Herkunftsland.

IV. In der Sozialpolitik und Eigentumspolitik:

1. die Reform der Unfallversicherung,
die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall,
die Reform der Krankenversicherung
und die Neuregelung des Kindergeldes.

Diese vier Reformen sind aus sachlichen und finanziellen Gründen als eine Einheit anzusehen. Bei der arbeitsrechtlichen Gleichstellung in der Lohnfortzahlung ist eine Lösung zu finden, die der besonderen Lage der Klein- und Mittelbetriebe Rechnung trägt;

2. die Verbesserung des Kindergeldes und der Kriegsopferversorgung;
3. einen Ausbau der Alterssicherung der Selbständigen;
4. verstärkte Fortsetzung der Eigentumpolitik durch:
familiengerechte Gestaltung des Sparprämiengesetzes, soziale Privatisierung gewerblichen Vermögens des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie anderer öffentlicher Körperschaften,
Ausbau des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Es ist zu überprüfen, wie dieser Ausbau, gegebenenfalls auch durch die Einbeziehung eines Investivlohnes, vorgenommen werden kann.“

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende meines Berichtes. Ich hoffe, daß ich Ihnen, um Sie nicht zu lange zu strapazieren, dieses umfassende Tableau sehr straff und konzentriert vorgesetzt habe. Ich hoffe aber noch mehr, daß die Politiker es durchsetzen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident ARNDGEN:

Herr Etzel, recht herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich danke aber auch allen denjenigen, die am Ergebnis beteiligt gewesen sind, sowohl dem Arbeitskreisvorsitzenden wie den Referenten und allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich es bei diesem kurzen Dank belasse; denn aus zeitlichen Gründen müssen wir versuchen, nunmehr weiterzukommen.

Ich erteile das Wort dem Berichtersteller für den

Arbeitskreis III

Herrn

Dr. HECK, MdB:

„Künftige Aufgaben der CDU“

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte Sie zunächst um Nachsicht bitten, daß ich Ihre Aufmerksamkeit nun in der dritten Stunde in Anspruch nehmen muß. Ich glaube aber, daß das Thema, um das es im Arbeitskreis 3 gegangen ist, wichtig genug ist, daß wir uns alle ihm mit Aufmerksamkeit widmen.

Der in den letzten Tagen zu Ende gegangene Parteitag der SPD in Köln konnte den Eindruck erwecken, er setze die Schwenkung der Partei gegenüber ihrer jahrelang vertretenen Politik fort. Der Opportunismus ist auf dem Kölner Parteitag wesentlich weitergegangen als in Godesberg.

(Lebhafte Unruhe. – Glocke der Präsidentin. – Präsidentin Dr. Rehling: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade das Thema dieses Arbeitskreises unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, unnötige Unterhaltungen und unnötiges Umhergehen im Saal, das sehr störend ist, doch zu unterlassen. – Beifall.)

Vom Godesberger Programm hat Herr Herbert Wehner mit Recht gesagt, daß es nichts enthalte, was die Sozialisten hinderte, das zu tun, was sie zu tun für notwendig hielten, wenn sie an die Macht kämen. In Köln haben sich die Sozialisten auf das Nahziel beschränkt, zunächst einmal wenigstens in die Koalition zu kommen. Meine Freunde! Die Spekulation geht an der Union vorbei, die meint, man könne sich mit Hilfe einer Splittergruppe der Fraktion in die Regierung mogeln! (Beifall.)

Die SPD will eine Volkspartei werden. Bis jetzt ist aber nicht viel mehr zu erkennen als eine Gefälligkeitspartei für jedermann. Wir sollten uns hüten, uns von der SPD auf diesem Feld den Wettbewerb aufdrängen zu lassen.

Der Arbeitskreis III hatte sich mit den künftigen Aufgaben der Union zu befassen. Das Referat von Herrn Dr. Gerstenmaier, die Denkschrift unseres Freundes Barzel und die Aussprache über beides haben nur eines ergeben: Die deutsche Politik, die Außenpolitik und die Innenpolitik, muß vom gleichen Fundament her und nach den gleichen Prinzipien weitergeführt werden, wie sie begonnen wurde; (Beifall.) das heißt nicht, daß wir uns einer selbstzufriedenen und gedankenlosen Zufriedenheit hingeben könnten, weil alles und jedes in bester Ordnung sei.

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik haben sich geändert. Rainer Barzel hat darauf hingewiesen. Die Spontaneität der Gründerjahre klingt ab. Eine neue Generation ist herangewachsen, eine Generation, die Weimar und Hitler, Verachtung und Hunger nicht elementar erlebt hat. Unsere Gesellschaft hat sich in ihrer Struktur verändert. Man mag für den Wandel unserer Situation das als Symbol nehmen, was an der Außenfront des Bundeshauses angebracht ist: den aus der Asche aufsteigenden Phönix!

Man wird Anzeichen dafür sehen, daß die Möglichkeiten des Wohlstandes vielfach schwerer zu bewältigen sind als die Not der vergangenen Jahre. Da drängt sich die Frage auf, ob sich unsere moderne Gesellschaft, die sich mehr und mehr auf den Konsum einstellt, überhaupt noch von christlichen Impulsen bewegen läßt, ob die politische Integration der Stände und Gruppen durch den Appell an die Verantwortung der Christen für die politische Ordnung überhaupt noch möglich ist.

Der Bundeskanzler hat in der Diskussion darauf hingewiesen, daß die Union als christliche Partei gegründet worden sei, weil sie auf der Weltanschauung basieren sollte, die dem größten Teil unseres Volkes eigen ist. Die Aussprache brachte klar zum Ausdruck, daß es nicht auf

den Werbewert des ‚C‘ im Namen der Partei, sondern auf den Integrationswert der christlichen Weltanschauung ankommt. (Beifall.)

Parteien, die nur die Interessen kleiner Gruppen der Gesellschaft vertreten, sind überholt. Nur eine Partei mit einer weltanschaulichen Grundlage kann die Gegensätze der Interessen überwinden, die unsere vielgegliederte Gesellschaft differenzieren. Die Zusammenfassung der christlichen Kräfte ist, wie der Bundeskanzler betonte, heute noch wichtiger als in den Jahren des Zusammenbruchs. Gerade heute, in einer Zeit, in der das materielle Denken alles zu überwuchern droht, in der der atheistische Kommunismus zum Angriff auf die ganze Welt angesetzt hat, kann nur eine in der Religion verwurzelte Weltanschauung – bei uns in Europa das Christentum – diesen Bedrohungen noch standhalten. (Beifall.)

Damit soll und darf nicht gesagt werden, daß die CDU etwa den Anspruch erhebt, Monopolpartei für alle Christen in Deutschland zu sein. Dr. Gerstenmaier stellte klar, daß wir mit politischen Methoden für Ziele kämpfen, die wir zwar christlich verantworten, die aber politische Ziele sind und bleiben. Es beruht auf barem Unverständnis, zu behaupten, daß wir einen christlichen Staat oder die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens anstreben. Christliche Politik vertritt nicht die Interessen einer kleinen christlichen oder gar klerikalen Gruppe. Zu den Prinzipien einer christlichen Politik gehört die Sicht auf das Ganze. Auch in Zukunft kann, wie immer wieder betont wurde, christliche Politik nicht etwa darin bestehen, die Bibel als Rezeptbuch für die Fragen der Politik anzusehen. Die Kenntnis des Evangeliums kann das Studium der Wirklichkeit nicht ersparen. Es ist geradezu eine christliche Forderung an den Politiker, daß er sachgerecht und aus dem nötigen sachlichen und fachlichen Wissen heraus handelt und entscheidet, wenn er seiner christlichen Verantwortung gerecht werden will. (Beifall.) Das Christentum bietet keine Rezepte für politische Entscheidungen. Es gibt aber dem politischen Handeln seine letzte Verantwortung und Sinnbedeutung. (Beifall.) Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes an seiner Spitze Politiker mit dieser letzten Bindung wünscht. (Beifall.)

Die Begegnung von christlicher Ethik und irdischer Machtausübung, wie sie in der Politik stattfinden muß, wird vielfach zum Ausgangspunkt der Kritik genommen. Manche meinen, es vertrage sich nicht mit christlicher oder demokratischer Toleranz, in den deutschen Parlamenten absolute Mehrheiten anzustreben. In diesem Punkt folgte der Arbeitskreis den Ausführungen Dr. Gerstenmaiers. Eine Partei, die eine ausreichende politische Macht nicht ernstlich anstrebt, ist weder besonders hochstehend noch beispielhaft tolerant. Sie ist einfach so dilettantisch, daß sie in der Politik nicht ernst genommen werden kann. (Beifall.) Wer als Partei die Mehrheit ernstlich nicht will, der begnügt sich allenfalls damit, schöne Programme auf dem Papier vorzuweisen. Er verzichtet von vornherein, sie in die politische Wirklichkeit übertragen zu wollen. Es wird daher die Aufgabe der Union bleiben, 1965 wieder die absolute Mehrheit zu gewinnen. (Beifall.)

Die vergangenen Jahre haben unsere Kräfte überwiegend dafür in Anspruch genommen, die äußeren Bedingungen unseres Lebens wieder in Ordnung zu bringen. Heute und in den kommenden Jahren müssen wir eine Antwort auf die Frage geben: Was kann die Union in ihrer Verantwortung im Staat dafür tun, daß der Mensch in Ordnung bleibt, daß der Bürger in diesem Staat, daß unser Volk seine Freiheit zu der Kraft entfalten kann, aus der heraus allein wir unseren Beitrag zur Erhaltung der Freiheit in der Welt leisten können. Eugen Gerstenmaier hat in seinem Referat die künftigen Aufgaben der Union mit einem Satz in vier Punkten angesprochen, die alle samt und sonders auf die Freiheit zielen: „Uns ist aufgegeben, die freiheitliche Existenz aller Deutschen zu ermöglichen, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, eine Kulturpolitik zu treiben, die den Kern der Person vor den Gewalten der Zeit schützt und die Person produktiv erhält, der Mehrheit der Deutschen eine politische Heimat zu sein.“

Der Arbeitskreis hat von vornherein darauf verzichtet, die erste Aufgabe, die unsere ganze Außenpolitik umfaßt, zu diskutieren, da dies Aufgabe des ersten Arbeitskreises war. Den Bericht darüber haben Sie bereits entgegengenommen. Mit einmütigem Beifall und wenig Ergänzungen wurde bestätigt, was Dr. Gerstenmaier zum sozialen Rechtsstaat und zur Kulturpolitik gesagt hat. Wir haben seit 1949 den sozialen Rechtsstaat aufgebaut und uns dabei an dem Begriff der Subsidiarität orientiert. Wir sind dabei – und das wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein – unsere subsidiär orientierte Sozialpolitik zu einer solidarisch gestimmten auszubauen. Daß wir dabei auf Widerstand bei den Liberalen stoßen werden, braucht uns nicht zu wundern, da ihrem Bekenntnis zur Subsidiarität die Verpflichtung zur Solidarität fehlt. Ihr individualistisches Verständnis des Menschen läßt dessen soziale Natur außer acht. Die Sozialisten werden Gelegenheit haben, zu zeigen, was es mit ihrem Bekenntnis zur Solidarität auf sich hat, von der seit Godesberg so viel die Rede ist. Eine Solidarität, welche die Subsidiarität ausschließt, ist eben nur ein neues Wort, mit dem nach wie vor die Sozialisierung der Gesellschaft und des Menschen gemeint ist.

Drei Ziele hat Dr. Gerstenmaier genannt:

1. Das innere Verhältnis des Menschen zur Arbeit muß gestärkt werden, es ist wider die Würde des Menschen, den Sinn der Arbeit auf die Möglichkeiten zu beschränken, die sie für die Freizeit schafft. Es kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, daß die Arbeit eine menschliche und eine soziale Pflicht ist. Es gibt nicht nur ein Recht auf Arbeit, es gibt auch eine Pflicht zur Arbeit.
2. Die Steigerung des Einkommens muß die Bildung persönlichen Eigentums ermöglichen.
3. Sozialfonds müssen durchgehend gesichert werden vor jeder Ausbeutung von oben und von unten. Im übrigen ist die Sicherung der Währung eine so umfassende soziale Aufgabe, daß es ohne sie einen sozialen Rechtsstaat gar nicht geben kann. (Zurufe: Bravo! – Beifall.)

Die FDP hat uns auf ihrem letzten Parteitag vorgeworfen, wir versuchen das öffentliche Schulsystem auszuhöhlen und den Kirchen in die Hände zu spielen. Die SPD machte uns in Köln die gleichen Vorwürfe, indem sie durch Herrn Waldemar von Knoeringen erklären ließ, daß wir ohne Rücksicht auf die politische Lage die trennenden Gräben eines sinnlosen Kulturkampfes wieder aufrissen. Was Herr von Knoeringen in Köln gesagt hat, ist einiges unter dem Niveau, auf dem Eugen Gerstenmaier zu antworten pflegt. (Beifall.) Aber weil dieses Schlagwort bei den Liberalen und Sozialisten gleichermaßen scheinbar unüberwindbar geistert, war es nützlich, daß einiges klargestellt wurde, und zwar so, daß es nunmehr auch Herr von Knoeringen, Professor Luchtenberg und Herr Weyer verstehen müßten.

Was wir für uns in der Kulturpolitik in Anspruch nehmen, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger, als was das Grundgesetz jedem Bürger verbrieft: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir nehmen in unserer Kulturpolitik das Recht in Anspruch, den Personenkern der Menschen den Gewalten der Zeit gegenüber widerstandsfähig und produktiv zu erhalten. Wenn wir zum Beispiel mit Nachdruck das Elternrecht verfechten, so ist es der ganz grundsätzliche und entscheidende Wille, die Erziehung und Charakterbildung nicht vorrangig oder gar vollständig an Staat oder Gesellschaft abzutreten, und auch darüber hinaus die individuelle Produktivität und Selbständigkeit des einzelnen und seine natürliche Gemeinschaftsbeziehung nach Kräften zu schützen. In diesem Staat, so will es das Grundgesetz, muß jeder das Recht haben, auch von seiner Glaubensüberzeugung einen spontanen, im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte tatsächlich freien Gebrauch zu machen. Es ist nicht wahr, daß wir dieses Recht nur für die Christen im Staat fordern, wir verfechten es für jedermann. (Beifall.)

Kulturkampf kann es in diesem Staat, von uns aus gesehen, nur geben, wenn es irgendjemand unternähme, uns oder anderen dieses Recht der freien Lebensgestaltung aus dem eigenen Personenkern streitig zu machen. (Beifall.)

In der Diskussion wurde nachhaltig gefordert, die Partei müsse künftig die Kulturpolitik stärker in ihre politische Aktivität einbeziehen. Auch auf den Parteitag – und nicht nur auf Kulturkongressen – sollte die Kulturpolitik behandelt werden. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern wurde mehrmals kritisch angesprochen. Das Grundgesetz hat die meisten Fragen der Kulturpolitik an die Zuständigkeit der Länder verwiesen. Für die Politik der CDU hat sich aus dieser Situation in der Vergangenheit viel fruchtlose Auseinandersetzung entwickelt, die sich leicht hätte verhüten lassen. Der Arbeitskreis wünscht, daß diese Fragen künftighin mehr vom Unions-Bewußtsein als vom Kompetenzdenken her angefaßt werden. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Kritik, die gleichermaßen den Politikern im Bund und in den Ländern gilt. Die Bundespartei hat gerade hier eine ausgleichende, politisch verbindende und nicht nur koordinierende Funktion. Die föderalistische Zuständigkeitsverteilung im Staat, meine Freunde, kann

keine Schranke für die kulturpolitische Aktivität der Bundespartei sein. (Beifall.)

Das in der Vergangenheit oft belastete Verhältnis zwischen Bund und Ländern muß durch den gedulden, aber tatkräftigen Einsatz der Bundespartei bereinigt werden. Die Aussprache, meine Freunde, die zum großen Teil von der jungen Generation bestritten wurde, gehörte vor allem der Forderung Dr. Gerstenmaiers, die Union müsse der Mehrheit der Deutschen eine politische Heimat sein. Die Kritik, die hier offen und freimütig geübt wurde, war sachlich und konstruktiv. Manche Enttäuschungen in der Vergangenheit wurden darauf zurückgeführt, daß die Union hin und wieder den Eindruck machte, sie wisse nicht mehr klar, was sie eigentlich wolle. Unsicherheit und Uneinigkeit in der Spitze der Partei und der Regierung schwächt die eigene Stellung auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Unsere Wähler spüren rasch, wie es um das Bewußtsein der CDU und um ihre Zielstrebigkeit bestellt ist. Auch in Zukunft dürfen wir nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir wissen, was wir wollen! Das hat nichts mit dem Aberglauben an Patentlösungen zu tun.

Rainer Barzel brachte es zum Ausdruck, indem er sagte: Solange wir selbst führen, wird uns auch die Führung übertragen bleiben. (Beifall.)

Der Arbeitskreis war sich darüber im klaren, daß der neue Geschäftsführende Vorsitzende, den der Parteitag heute nachmittag wählen wird, eine schwere Aufgabe zu übernehmen hat. Er soll nicht Erfüllungshilfe des Vorstandes und nicht Sonderbeauftragter für Öffentlichkeitsarbeit sein. (Beifall.) Der Geschäftsführende Vorsitzende hat die Partei zu führen und alle Kräfte zu mobilisieren. (Lebhafter Beifall.)

Daß dies uneingeschränkt und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Präsidium geschieht, versteht sich von selbst. Aber unser Freund Dufhues braucht, wenn er seine Aufgabe lösen soll, neben dem weiten Aktionsradius vor allem die tätige Unterstützung der Besten unserer Partei. (Beifall.)

Präsidium, Vorstand und Partei müssen ihre Führungsaufgaben mit allem Ernst wahrnehmen. Wer die Verantwortung nicht wahrnehmen kann, soll sie nicht in Anspruch nehmen. (Beifall.)

Die Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen müssen ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß zwischen der breiten Öffentlichkeit und dem politischen Handeln in Bund und Ländern der Kontakt gewahrt bleibt.

Die Fachausschüsse der Bundespartei sollen und müssen an der konkreten politischen Arbeit beteiligt werden. Die schweren Aufgaben der kommenden Jahre fordern zwingend eine lebendige und eine fleißige Partei. (Beifall.)

In der Öffentlichkeit ist seit geraumer Zeit – und auf diesen Parteitag hin besonders oft – davon die Rede gewesen, die Ära Adenauer gehe

zu Ende. Das und die souveräne Art, mit der der Bundeskanzler selber am vergangenen Sonntag davon sprach, hat wohl bewirkt, daß eine Sorge, die wir alle gemeinsam tragen, im Arbeitskreis mit Takt und mit gebührendem Respekt angesprochen wurde.

Von der Ära Adenauer sprechen Menschen, die etwas von dem geschichtlichen Rang des ersten deutschen Bundeskanzlers wissen; davon sprechen aber auch viele Leute, denen dieser Mann schon immer im Wege war, (Beifall) die ihn zehn Jahre lang mit Haß verfolgt und verleumdet haben, vom „Kanzler der Alliierten“ angefangen bis zur Gleichstellung mit Ulbricht. (Erneuter Beifall.) Diese Herren sagen Adenauer und meinen die Union. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Partei kann und wird es nie vergessen, daß sie mit Konrad Adenauer groß geworden ist. Sehr viele Gegebenheiten und Erfahrungen, viele Männer und Frauen haben daran mitgewirkt, daß das große Wagnis der Union die stabilste politische Kraft unseres Volkes geworden ist. Aber einer muß an erster Stelle genannt werden, weil ohne ihn die Christlich Demokratische Union nicht das geworden wäre, was sie heute ist: Konrad Adenauer. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Ihm waren wir, ihm sind wir, ihm bleiben wir in Verehrung und Respekt verbunden. (Lebhafter Beifall.)

Aber gerade deswegen brauchen wir und dürfen wir der Frage nicht ausweichen: was wird nach ihm? Es gibt in unserer Partei eine große Zahl von Persönlichkeiten mit großer politischer Erfahrung. Sie sind nach Veranlagung und Temperament verschieden. Einer von ihnen wird der erste sein.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer betritt den Plenarsaal und wird mit anhaltendem lebhaften Beifall begrüßt.)

Es wird der Zusammenarbeit aller bedürfen, um das Werk Konrad Adenauers übernehmen und fortsetzen zu können. Das kann und muß die Union als Partei von ihren ersten Repräsentanten erwarten. (Beifall.)

Die Ära Adenauer, von der so viel geredet wird, ist die Ära der Union. Die Ära der Union aber, meine Freunde, geht nicht zu Ende, weil gar nicht abzusehen wäre, wohin es für das deutsche Volk führen würde, wenn wir in diesem Punkte wieder in Weimarer Verhältnisse zurückfielen. (Lebhafter Beifall.) Die Ära der Union hat erst begonnen, und dafür stehen wir alle ein. (Erneuter Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen nun noch den Entschließungsantrag des Arbeitskreises III bekanntzugeben; er lautet:

„Der Bundesvorstand wird gebeten, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit den Fragen des Arbeitskreises III auf der Grundlage der Studie von Dr. Barzel, des Vortrages von Präsident Dr. Gerstenmaier sowie der Aussprache befaßt und dem Vorstand und dem Bundesparteiausschuß Bericht erstattet.“

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. Rehling:

Herr Dr. Heck, namens des Parteitages möchte ich Ihnen herzlich für diesen sehr abgewogenen und klaren Bericht danken, der auch all denen, die nicht an den Beratungen des Arbeitskreises teilgenommen haben, ein anschauliches Bild über den Verlauf der Diskussion gegeben hat. Der Arbeitskreis III wies zahlenmäßig die stärkste Beteiligung auf. Das macht uns deutlich, wie stark uns alle diese Grundsatz- und Kernprobleme unserer politischen Arbeit bewegen und wie wichtig sie für uns alle sind. Auch denen, die an den Arbeiten dieses Arbeitskreises teilgenommen haben, sei herzlich gedankt. (Beifall.)

Ich gebe nun zunächst unserem Parteifreund Herrn Etzel als Bericht-erstatte des Arbeitskreises II noch einmal das Wort zu einer kurzen Ergänzung seines Berichtes:

ETZEL, MdB:

Meine Damen und Herren! Nach meinem Referat ist von einigen Seiten eine kleine Ergänzung dessen, was ich Ihnen in dem Antrag vorgeschlagen habe, erbeten worden. Die Ergänzung, die ich Ihnen jetzt vorlesen werde, ist mit dem Redaktionskomitee besprochen; es ist einverstanden.

Ich habe bereits über die Energiepolitik und das berichtet, was dazu gestern der Arbeitskreis gesagt hat. Es wird gebeten, in dem Punkt I – „In der Wirtschaftspolitik“ – eine neue Ziffer 8 aufzunehmen, die das enthält, was ich soeben vorgetragen habe:

8. eine Energie- und Kohlepolitik, die die ausreichende und preisgünstige Versorgung der Wirtschaft sicherstellt und der Kohle die Chance gibt, die derzeitige Förderung zu erhalten.

Zweitens war die Meinung vorhanden, daß die Sowjetzonenflüchtlinge hier Erwähnung finden sollten. Es wird Ihnen vorgeschlagen, in Punkt IV Ziffer 2 zu sagen:

2. die Verbesserung des Kindergeldes und der Kriegsoferversorgung, dazu die Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge.

(Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Ich danke Herrn Etzel für diese Ergänzung und erteile nunmehr Herrn Ministerpräsidenten von Hassel das Wort zu den Entschließungsanträgen; Herr von Hassel ist Vorsitzender des Redaktionskomitees.

VON HASSEL:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (Zurufe: Frau Präsidentin! – Heiterkeit.) – Es gibt einige, die sagen: Ich bin Minister, obwohl sie eine Ministerin sind. (Erneute Heiterkeit.) Frau Präsidentin! (Fortgesetzte Heiterkeit.)

Es sind neben den Entschliefungen, die die Vorsitzenden der Arbeitskreise bzw. ihre Berichterstatter Ihnen vorgetragen haben, und zwar deren drei, noch einige andere Vorschläge eingegangen, mit denen sich die Redaktionskommission befaßt hat. Vielleicht darf ich anregen, daß wir uns mit diesen beiden Punkten, die noch dazu gekommen sind, hier insofern auch einverstanden erklären, daß die Redaktionskommission vorschlägt, diese Entschliefungen an die Bundestagsfraktion bzw. an den Bundesvorstand weiterzuleiten.

Das ist einmal eine Entschliefung der Jungen Union aus dem Landesverband Nordbaden, die vor allen Dingen auf die Verabschiedung des Parteiengesetzes verweist und folgendes erbittet:

„Die Junge Union Baden-Württemberg fordert, daß das Parteiengesetz noch in dieser Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet wird. Mit dem Parteiengesetz könnte u. a. auch eine gesetzliche Grundlage für die vom Bundestag beschlossene Gewährung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt an die Parteien geschaffen werden.“

Die Redaktionskommission hat sich damit beschäftigt und beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß dieser Antrag an die Bundestagsfraktion, die dafür zuständig ist, weitergeleitet wird.

Das zweite schließt an die Ergänzung an, die Herr Etzel soeben vorgetragen hat zu dem Abschnitt über die soziale Marktwirtschaft, und zwar im Abschnitt IV Ziffer 2 hat er noch eine Ergänzung gebracht, die heißt, „dazu die Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge“. Herr Präsident Dr. Krüger hat für die Flüchtlinge und Vertriebenen eine etwas weitergehende Formulierung vorgebracht. Ich darf anregen, daß wir diese weitergehende Formulierung gesondert an den Bundesvorstand und Bundestagsfraktion weiterleiten. Ich darf sie Ihnen vorlesen. Sie lautet:

„Hinsichtlich der Eingliederung der Vertriebenen ist vor allem die Intensivierung der Wiedereseßhaftmachung der ehemaligen Landwirte erforderlich. Der Lastenausgleich muß weiter verbessert und beschleunigt werden, insbesondere muß so schnell wie möglich dafür gesorgt werden, daß auch alle nach dem 31. Dezember 1952 ins Bundesgebiet herübergekommenen Vertriebenen die volle Lastenausgleichsleistung erhalten und die soziale Gleichstellung der Flüchtlinge, wie es die Regierungserklärung proklamiert hat, durchgeführt wird.“

Der Vorschlag geht dahin, auch diese Formulierung dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion weiterzuleiten.

Außerdem darf ich jetzt erwähnen, falls unsere Freunde darauf warten, daß noch zwei Anträge eingegangen sind, die sich mit dem Thema „Satzung“ beschäftigen.

Da wir heute nachmittag mit diesem Punkte die Nachmittagssitzung eröffnen, möchte ich nur ankündigen, daß diese beiden Vorschläge

erst dann heute nachmittag bei dem Punkt „Satzungsänderung“ vorgetragen werden.

Zu den EntschlieÙungen der Arbeitskreise muß ich aber noch auf eines verweisen. Ich darf Sie bitten, die Drucksache Nr. 20 zur Hand zu nehmen – „EntschlieÙung zur Außenpolitik“. Da ist auf Seite 2 in der sechsten Zeile ein Druckfehler, der in der Technik – es lebe die Technik! – entstanden ist. Es muß heißen – (Zurufe: Die Drucksache ist nicht verteilt!) – Dann wird sie verteilt werden, sie ist auf dem Wege dazu.

Die EntschlieÙung des Auswärtigen Arbeitskreises zur Außenpolitik ist durch den Berichterstatter vorgetragen worden. Wenn die Drucksache verteilt ist, darf ich nur darum bitten, in der sechsten Zeile auf Seite 2 folgendes zu ändern. Es heißt richtig:

„Sie muß erkennen, daß die menschenunwürdige Behandlung von 17 Millionen Deutschen, . . .“

Im Text heißt es „menschenwürdige“. Ich brauche nicht zu begründen, daß das ein Unfug und daß das ein Versehen der Technik ist. Wenn Sie das Original sehen, finden Sie das in Ordnung. Ich darf Sie bitten, dieses Wort „menschenunwürdige“ hinzuzuschreiben.

Ansonsten müÙte jetzt hier beschlossen werden, zum Vorschlag für den Arbeitskreis I der Außenpolitik, zum Vorschlag des Arbeitskreises 2 über die EntschlieÙung zur sozialen Marktwirtschaft und zum EntschlieÙungsantrag des Arbeitskreises 3 über die weitere Behandlung der Fragen, die gestern im Arbeitskreis 3 erörtert worden sind.

Ansonsten müÙte jetzt hier beschlossen werden, zum Vorschlag für den Arbeitskreis I der Außenpolitik, zum Vorschlag des Arbeitskreises II über die EntschlieÙung zur sozialen Marktwirtschaft und zum EntschlieÙungsantrag des Arbeitskreises III über die weitere Behandlung der Fragen, die gestern im Arbeitskreis III erörtert worden sind.

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Ich danke dem Herrn Vorsitzenden des Redaktionskomitees. Sie haben die Ergänzung bzw. die Berichtigung zur Kenntnis genommen. Wir kommen nunmehr zur Aussprache, zu der mir bisher drei Wortmeldungen vorliegen, und zwar zwei zu dem ersten Thema: Bericht des Bundesvorstandes.

Ich erteile zunächst Herrn Müller-Hermann das Wort und darf wohl darum bitten, daß im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit sich die Diskussionsredner der Kürze befleißigen.

Aussprache

MÜLLER-HERMANN, MdB:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben auf dem Parteitag ausgezeichnete programmatische Referate gehört und sorg-

fällig formulierte Entschlüsse vorgelegt bekommen. Wir haben unseren Bundeskanzler in alter Frische erlebt; aber ich glaube, es ist auch nötig, daß wir uns auf dem Parteitag mit der Frage beschäftigen, wie wir und mit welchen Arbeitsmethoden unsere politische Arbeit möglichst wirkungsvoll und noch wirkungsvoller als bisher in Zukunft gestalten können, vor allem für eine Zeit, in der vielleicht bekannte und verdienstvolle Namen allein nicht mehr ausreichen, um für unsere politischen Ziele das nötige Verständnis zu wecken.

Wir sollten aus diesem Grunde unsere ganz besondere Aufmerksamkeit darauf richten, daß gerade unsere Führungsgremien unsere Arbeit und unsere Kräfte koordinieren. Das gilt einmal für die Bundespolitik, das gilt zum anderen für das Verhältnis Bundespolitik und Bundespartei und Landesparteien.

Wir haben in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten widerspruchsvolle, zum Teil aus Augenblicksempfindungen geborene Erklärungen zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen gehört mit der Folge, daß sich eine gewisse Unsicherheit in der öffentlichen Meinung und zum Teil auch eine Einbuße an Glaubwürdigkeit ergeben hat. Wir werden in Zukunft einen Sprecher der Bundespartei haben, den Chef der Regierung, einen Sprecher der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion und ihren Sprecher. Das kann naturgemäß zu einem durchaus gesunden und produktiven Spannungsverhältnis führen und vielleicht ist ein solches Spannungsverhältnis gerade ein Charakteristikum unserer CDU. Aber wir müssen, glaube ich, alle Wert darauf legen, daß in Zukunft in noch größerem Umfange als bisher die Arbeit koordiniert wird und die Teamarbeit und der Teamgeist in den Mittelpunkt unserer Arbeitsmethoden gerückt wird, wenn wir nicht bei den außerordentlichen Schwierigkeiten Schiffbruch erleiden wollen, die zweifellos auf uns zukommen. Das gleiche gilt – und das ist auch schon in dem Bericht von Herrn Dr. Heck angeklungen – auch für das Verhältnis Bundespartei und Landespartei. Auf diesem Parteitag ist mit Recht immer wieder von der Notwendigkeit der Integration gesprochen worden.

Herr Präsident Gerstenmaier hat in seinem Referat darauf hingewiesen, daß unserem Grundgesetz natürliche Quellen zu einer Desintegration anhaften. Um so dringender scheint mir zu sein, daß unsere Bundespartei eine Integrationsaufgabe übernimmt in den Fragen, in denen die Zuständigkeit nach dem Grundgesetz dezentralisiert ist. Das gilt für die Kulturpolitik, aber das gilt sicherlich in gleichem Maße auch für die außerordentlich schwierigen und komplexen Fragen der Finanz- und Steuerreform. Wenn es uns nicht gelingt, hier innerhalb unserer Bundespartei zu einer Übereinstimmung zu kommen und zu gemeinsamen Aussagen, werden wir zweifellos mit den Problemen nicht fertig werden. Ich glaube, wir brauchen gerade auch zu diesen Fragen eindeutige programmatische Aussagen, die Gültigkeit für unsere Politik in Bund, Ländern und Gemeinden haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch ein Wort zu der Frage unserer Öffentlichkeitsarbeit aussprechen. Der Herr Bundes-

kanzler hat in seinem Referat am Sonntag auf die Aufgabe der Presse hingewiesen; aber, meine Freunde, ich meine, es ist eine Überforderung der Presse, es ihr zu überlassen, uns verständlich zu machen. Wir müssen daher zweifellos in unserer Öffentlichkeitsarbeit auch sehr viel intensivieren. Ich rechne dazu auch eine verstärkte Wirksamkeit unserer Partei im vopolitischen Raum und bei der Fülle von Tagungen, die zu Spezialfragen abgehalten werden. Ich verweise auf die außerordentlich rege Tätigkeit gerade der SPD und FDP im vopolitischen Raum und die Ausnutzung der Möglichkeiten, die sich für Tagungen ergeben.

Wir haben, – ich glaube, das können wir alle mit Stolz wieder einmal feststellen – und vor allem unsere Bundesregierung, unser Bundeskanzler und unser Bundeswirtschaftsminister, eine außerordentlich gute und produktive politische Arbeit geleistet; aber wir haben es immer noch nicht genügend verstanden, sie auch publikumswirksam zu verkaufen. (Lebhafter Beifall.) Ich meine, daß wir uns nicht nur darauf beschränken sollten, unsere Arbeit der breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen, sondern daß wir auch eine verstärkte Aufklärungsarbeit für unsere Mitglieder leisten sollten. (Lebhafter Beifall.) Wir können es unseren Mitgliedern nicht zumuten, sich ausschließlich aus der Tagespresse zu informieren. Wir sollten daher nach neuen und zusätzlichen Mitteln suchen, unseren Parteifreunden das nötige Rüstzeug in Gestalt von Informations- und Argumentationsmaterial zur Verfügung zu stellen. Das scheint mir besonders wichtig in einer Zeit, in der auf allen Gebieten außerordentlich schwierige Probleme auf uns zukommen und in der wir der drohenden Umklammerung durch unsere politischen Rivalen ausgesetzt sind. (Zuruf: Sehr richtig!) Wir werden, glaube ich, als CDU unsere zukünftigen Aufgaben nur meistern, wenn unsere politische Führung abseits aller persönlichen Sentiments ein Bild größter Geschlossenheit bietet, (Lebhafter Beifall.) und wenn wir die gesamte Partei, meine Freunde, ihre maßgeblichen Repräsentanten, unseren Apparat und unsere Mitglieder in die Lage versetzen, mit gesammelter Kraft unsere Politik nach außen gemeinsam zu vertreten.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Herr Müller-Hermann, wir danken Ihnen für Ihren Diskussionsbeitrag und die Anregungen, die Sie uns gegeben haben. – Ich bitte nunmehr zu uns zu sprechen Herrn

SCHNEIDER, MdB:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nur eine kurze Anmerkung zu dem Bericht des Bundesvorstandes, den uns unser Freund Ministerpräsident von Hassel vorhin erstattet hat: Ich weiß nicht, ob er das Wort von der „Demontage der Autorität“ gesprochen hat oder ob es in anderem Zusammenhang der vielen Reden gebraucht worden ist. Ich möchte den Ausdruck als etwas

übertrieben bezeichnen, soweit er auf die oberste Führung der CDU geprägt worden ist; aber immerhin bin auch ich der Meinung, daß wir sehr wohl von einem Autoritätsschwund sprechen können. Seit Jahren hat die SPD, aber auch die FDP immer wildere Angriffe nicht allein gegen die CDU, sondern insbesondere und ganz besonders gegen die oberste Parteispitze gerichtet. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sich der Dinge angenommen, und wir haben dann am Ende in dem Ergebnis der Bundestagswahl gesehen, inwieweit sich diese Dinge auswirken konnten.

Herr von Hassel ist ja auch verschiedenen Gründen nachgegangen, warum es gekommen ist. Aber da erhebt sich doch die Frage: Inwieweit haben wir nicht auch selbst schuld an dem Autoritätsschwund der obersten Parteiführung. Ich bin der letzte, der sich etwa eine Partei wünschte, die nur von einigen wenigen Köpfen geführt wird und in der die Masse der Mitgliedschaft zu allem Ja und Amen sagt. Es gereicht der CDU nur zur Ehre, daß zu allen Zeiten, insbesondere auch in der letzten Zeit, die Geister aufeinander gestoßen sind in dem einhelligen Bemühen, das Beste für die CDU herauszuholen. Ich habe aber mit Schmerz feststellen müssen, daß sich in zunehmendem Maße der Austrag der Meinungsverschiedenheiten, vor allem in hochwichtigen politischen und insbesondere in hochwichtigen Personalfragen, immer mehr und mehr von den internen Gremien auf die breite Öffentlichkeit verlagert hat.

Es ließe sich dazu sehr viel sagen. Wir sollten aber doch aus den Vorgängen und aus den Folgen dieser Vorgänge, nachdem wir doch mit diesem Parteitag einen neuen Anfang machen wollen, die Lehre ziehen, daß es so nicht weitergehen darf, daß wir uns also wieder mehr darauf besinnen sollten, unsere verschiedenen Standpunkte in den zahlreichen Gremien und Organen der Partei auszutragen, um in der Öffentlichkeit stets als geschlossene Mannschaft, als geschlossene Gruppe in Erscheinung zu treten. Wir sind uns wohl darüber klar, daß auch die SPD nicht etwa immer so einig ist, wie das nach außen erscheint. Auch Herr Brandt ist nicht ohne Kampf zum Kanzlerkandidaten bestellt worden. Als man ihn aber schließlich herausstellte, verstummte alles, was gegen ihn war, und in der Öffentlichkeit wurde eine einheitliche Richtung sichtbar und hörbar.

Ich möchte mit der Bitte an den heute neu zu wählenden Parteivorstand und an das Präsidium schließen, daß sich diese Gremien neben den anderen vielen schweren Aufgaben, die ihnen bevorstehen, doch auch einmal mit dieser Frage befassen möchten, damit wir in der Zukunft wieder zu den bewährten Grundsätzen eines echten Korpsgeistes zurückkehren.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Herr Schneider, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Wir haben Ihren Appell an unsere Selbstdisziplin verstanden und sollten ihn beherzigen.

(Beifall und Heiterkeit. – Zuruf: Beherzigen ist gut!)

Ich erteile nun das Wort Herrn Josten. Er möchte zu den vorgetragenen Berichten etwas sagen.

JOSTEN, MdB:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Ministerpräsident von Hassel sagte heute morgen, es sei eine Stärke der CDU, daß sie stets in aller Öffentlichkeit diskutieren könne. Aus diesem Grunde ein Wort zur anwesenden Presse: Ihre Berichterstattung ist im wesentlichen objektiv und sachlich. Das trifft jedoch nicht auf die Berichterstattung der Vertretung Pankows zu, die hier bei uns im Saale ist. Darum ein Wort an die Pressevertreter aus der Zone und den Ostblockstaaten: Schreiben Sie das, was heute morgen Dr. Kopf und Dr. Gradl hier gesagt haben. Schreiben Sie: Das ganze deutsche Volk ist empört über die Rücksichtslosigkeit des Ulbricht-Regimes. (Lebhafter Beifall.) Schreiben Sie: Wir werden bei unserer politischen Arbeit unsere Brüder und Schwestern in der Zone nicht vergessen! (Lebhafter Beifall.)

Und noch ein Hinweis: Wir haben vor dem CDU-Parteitag viele Briefe bekommen. Es waren gelenkte Zuschriften aus der sowjetisch besetzten Zone. Wir lassen diese Briefe unbeantwortet, und ich glaube, unser Berliner Abgeordneter, Herr Dr. Gradl, der heute morgen auch hier sagte, daß wir es ja drüben mit einem System des Hasses und der Gottlosigkeit zu tun haben, trifft den Nagel auf den Kopf. Darum, meine Damen und Herren von der Presse hinter dem Eisernen Vorhang, schreiben Sie: Die Geschichte hat es immer gelehrt; Unrecht ist nicht von Dauer. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Nach zwei Punkte! Schreiben Sie: Die Freiheit bleibt unser höchstes Gut! Darum steht die Christlich Demokratische Union wie bisher zu Adenauer, Erhard und der Mannschaft. Schreiben Sie: In der Bundesrepublik gilt das, was Herr Dr. Heck vorhin sagte: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Herr Josten, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen namen des Parteitages und möchte nur wünschen, daß die Adressaten gemäß den Vorschlägen, die Sie gemacht haben, auch verfahren möchten. (Beifall.) Es hat sich nun zum Wort gemeldet Herr Beitz von der Exil-CDU.

BEITZ, Exil-CDU:

Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Ich möchte ein Wort aufgreifen, das gestern im Arbeitskreis 1 ausgesprochen wurde. Für dieses Wort wurde die Zustimmung des ganzen Parteitages gewünscht, nämlich zu einem Wort über die politischen Häftlinge. Seit dem ersten Tage seines Bestehens hat sich das kommunistische Regime in Mitteldeutschland auf fremde Bajonette, auf Terror und Bespitzelung stützen müssen, um sich an der Macht halten zu können. 3 Millionen Landsleute haben

im Verlauf der letzten Jahre diesem Regime den Rücken gekehrt und haben mit den Füßen „gewählt“, indem sie in den freien Teil Deutschlands geflohen sind. Aufrechte Frauen und Männer, darunter Tausende aus unseren Reihen – christlich-demokratische Bescheidenheit vergißt das oft –, sind von der sowjetzonalen Klassenjustiz wegen angeblicher politischer Verbrechen, in Wirklichkeit allein wegen ihrer Überzeugung, inhaftiert worden. Nach keineswegs vollständigen Erfassungen fielen in der Zeit von 1945 bis 1960 sogenannte Gerichte der SBZ und sowjetische Militärtribunale 49 100 politische oder überwiegend politische Urteile. 528 mal wurde die Todesstrafe verhängt. 654 mal lebenslängliche Haft ausgesprochen (Pfui-Rufe und Hört! Hört!)

Mögen sich auch immer wieder nach langen Haftjahren diesen verfolgten Landsleuten, sofern sie überlebt haben, die Tore der Zuchthäuser und Lager öffnen – und ich darf als ehemaliger politischer Häftling mit Dank an unseren Parteivorstand und mit Befriedigung feststellen, daß sich auch auf diesem Parteitag wieder eine Reihe meiner Leidensgefährten befindet, die nach ihrer Entlassung aus sowjetzonaler Haft an unseren Beratungen als geehrte Gäste teilnehmen (als eine von ihnen weilte unter uns ja unsere Freundin, Frau Mrugalski aus Berlin, die noch als 72jährige die Segnungen des sogenannten sozialistischen Humanismus der Arbeiter- und Bauernmacht im Gefängnis kennenlernte) – mögen die Zonenmachthaber also auch immer wieder – oft aus Zweckmäßigkeitsgründen – politische Inhaftierte freilassen, das kommunistische Regime kann ohne Terror nicht bestehen. Nach dem Tag der Schande am 13. August 1961 leiden jetzt unsere Schwestern und Brüder unter vermehrten Verfolgungen und neuen Schikanen der roten Willkür. Annähernd 12 000 politische Gefangene sitzen im Augenblick in den Kerkern und Straflagern der Zone. Deshalb müssen wir im Namen der Menschlichkeit und des Rechts erneut vor aller Welt Ulbricht und seine Menschenschinder anklagen. (Lebhafter Beifall.) Wir fordern und sagen es bis zum Überdruß: Schluß mit den Terrorurteilen! Freiheit für die politischen Häftlinge!

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. REHLING:

Meine Damen und Herren! Die Zahlen, die Herr Beitz uns eben genannt hat, sind wahrhaft erschütternd. Aber es ist gut, daß er sie genannt hat. Wir würden uns einer Unterlassungssünde gegenüber unseren Brüdern und Schwestern, die in solch furchtbarer Unzufriedenheit leben müssen, schuldig machen, wenn wir nicht immer in die deutsche und in die Weltöffentlichkeit hineinriefen, welch ein unmenschliches Regime jenseits des Eisernen Vorgangs besteht. (Lebhafter Beifall.) Es ist nicht viel, was wir tatsächlich für diese politischen Häftlinge tun können. Aber wir wollen sie auch von dieser Stelle aus unserer Verbundenheit versichern und geloben, daß wir in der Tat nicht müde werden wollen, uns um ihre Freiheit zu bemühen. Herr Beitz, wir danken Ihnen. (Beifall.)

Wortmeldungen liegen nunmehr nicht mehr vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über die Entschließungen in der Form und Fassung, wie sie Herr von Hassel eben noch einmal vorgetragen hat. Ich bitte also diejenigen, die den Entschließungen der drei Arbeitskreise zustimmen wollen, den Delegiertenausweis zu erheben. – Ich danke Ihnen. – Gegenprobe! – Enthaltungen! – Ich stelle fest, daß die Entschließungen und die Anträge einstimmig angenommen worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind am Schluß der 3. Plenarsitzung angelangt. Die Schlußsitzung findet nicht, wie vorher bekanntgegeben, um 14 Uhr, sondern um 14.30 Uhr statt. Der Herr Bundeskanzler hat die Presse zu einem Empfang eingeladen und wir möchten in gar keiner Weise, daß diese Begegnung unter irgendeinem Zeitdruck steht. (Beifall.)

Ich möchte Sie bitten, angesichts der wichtigen Tagesordnung heute nachmittag – Satzungsänderungen, Wahlen, Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden und Schlußwort des 1. Vorsitzenden – vollzählig wieder zu erscheinen. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 12.50 Uhr.)

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.40 Uhr

Präsident LEMMER:

Meine Freunde, ich eröffne die vierte Plenarsitzung des 11. Bundesparteitages und erteile zunächst unserem Freund Blumenfeld das Wort als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission.

BLUMENFELD, MdB:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde. Die Mandatsprüfungskommission hat die Aufgabe, zu prüfen, ob die Delegierten ihr Mandat rechtmäßig ausüben. Dabei stützt sie sich auf § 5 unserer Geschäftsordnung.

Mit Schreiben vom 6. Februar 1962 hat die Bundesgeschäftsstelle die Landesverbände aufgefordert, die Wahl der stimmberechtigten Delegierten nach ihren Landessatzungen vorzunehmen. Für die Entsendung von stimmberechtigten Delegierten zum Bundesparteitag ist § 20 Abs. 2 unseres Statuts maßgebend. Danach entsenden die Landesverbände auf je 75 000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Berechnung der Delegiertenzahl erfolgte auf der Grundlage des Wahlergebnisses der letzten Bundestagswahl und auf Grund des Mitgliederstandes vom 31. Januar 1962. Die Exil-CDU entsendet 75 Delegierte, der Landesverband Oder/Neiße 20 Delegierte. Danach beträgt die Summe der heute stimmberechtigten Delegierten 528.

Die Unterlagen für die Berechnung der Delegiertenzahl wurden von der Mandatsprüfungskommission eingehend geprüft. Die Prüfung wurde gestern abend nach Schluß unserer Sitzung abgeschlossen, und die Unterlagen wurden für ordnungsmäßig befunden. Von den 528 stimmberechtigten Delegierten sind nach der pflichtgemäßen Prüfung Ihrer Kommission 525 – ich darf hinzufügen: hoffentlich auch heute noch – anwesend.

Die Prüfung der Mandate der Landesverbände und die Prüfung der Anwesenheit der Delegierten ist nach den Unterlagen des Tagungsbüros erfolgt und durch Unterschrift der jeweiligen Landesgeschäftsführer oder Landesvorsitzenden anerkannt worden. Die Landesgeschäftsführer haben die nach dieser Prüfung ihren stimmberechtigten Delegierten zustehenden Stimmzettelblocks erhalten und an die Delegierten verteilt.

Ich darf feststellen, daß die Kommission keine Beanstandungen anbringen mußte und daß bislang auch keine Anfechtungen vorgebracht worden sind. Damit bin ich am Ende meines Berichtes.

(Beifall.)



Präsident Bundesminister Lemmer und Minister Dufhues beglückwünschen Dr. Adenauer nach seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden. Am Präsidium Frau Rehling



Der Bundesminister für Verkehr Dr.-Ing. Seebohm und Dr. Fricke, MdL,
Vorsitzender der CDU in Niedersachsen

Ministerpräsident Dr. Meyers und die Vorsitzende der Vereinigung der Frauen der CDU
Frau Aenne Brauksiepe im Gespräch mit ausländischen Gästen



Präsident LEMMER:

Ich danke unserem Freund Blumenfeld für seinen Bericht. Werden Beanstandungen erhoben? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Versammlung beschlußfähig.

Ich erteile nun, entsprechend der vorliegenden Tagesordnung, das Wort unserem Freund Ministerpräsident von Hassel, der über die Satzungsänderungen berichten wird.

VON HASSEL:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie werden mir sicher genehmigen, daß ich mich zu der Frage der Satzungsänderungen sehr kurz fasse, denn der Parteitag hat sich mit dem Zentralthema der Satzungsänderungen in diesen vier Tagen an vielen Stellen beschäftigt. Ich möchte meinen Bericht in drei Abschnitte fassen.

Zunächst möchte ich den Kernpunkt behandeln, der die Änderung in der Spitze betrifft. Der Bundesvorstand hat am 7. Februar beschlossen, daß vom Amte her ein geschäftsführender Vorsitzender in die Satzung eingebaut wird. Dafür ist Freund Dufhues vorgesehen. Die Landesvorsitzenden wurden beauftragt, die notwendigen Überlegungen, wie die Satzung zu gestalten sei, anzustellen.

Die Landesvorsitzenden haben zweimal getagt, einmal Mitte März und einmal Mitte April. Sie haben einstimmig beschlossen, dem Vorstand diese Satzungsänderung vorzulegen. Am 10. Mai hat der Vorstand einstimmig entsprechend beschlossen, und am Sonnabend ist der Parteiausschuß ebenfalls einstimmig dieser Formulierung gefolgt.

Wenn Sie die in der Zwischenzeit verteilte Vorlage zur Hand nehmen, dann finden Sie den Kern in § 25. Er zeigt, wie in der Zukunft sich der Vorstand zusammensetzen soll, und zwar erstens aus einem Präsidium und, zweitens, aus folgenden weiteren Mitgliedern: Dem Bundesvorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern, insgesamt sieben an der Zahl.

Der Vorstand war der Meinung, ebenso wie die Landesvorsitzenden, daß man von vornherein eine Formel vorschlagen sollte für den Fall, daß einmal der Bundeskanzler selbst die Verantwortung der Partei aus der Hand gibt und daß man dann vielleicht nicht mehr einen Geschäftsführenden Vorsitzenden zu benötigen meint, sondern daß man dann neben dem Vorsitzenden einen Ersten Stellvertreter und einen Zweiten Stellvertreter statt dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und seinem Stellvertreter haben sollte.

Diese Formulierung finden Sie in § 25, also wie eben vorgetragen. Wenn Sie so beschließen, dann folgt daraus beispielsweise der § 21 und eine Reihe anderer Bestimmungen. Ich glaube, man sollte sich bei den Überlegungen nur auf diese Grundüberlegung konzentrieren.

Das Zweite: In § 24 und in § 28 ist eine Änderung eingetreten, die besagt, daß der Bundesausschuß (§ 24) und der Bundesvorstand (§ 28) vom Vorsitzenden, dem Bundesvorsitzenden, oder dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, einberufen wird. Sie sehen also hier, daß die Frage der Vollmacht für den Geschäftsführenden Vorsitzenden in diesen beiden Bestimmungen aufgenommen ist.

Die Landesvorsitzenden und der Bundesvorstand waren der Meinung, daß mit der Schaffung eines Präsidiums die bisher vorgesehene Regelung eines engeren Vorstandes, im § 26 bisher, entfallen solle. Sie finden also im § 26 – neu – nicht mehr die Formulierung des alten § 26, daß der Bundesvorstand aus seiner Mitte einen engeren Vorstand wählen solle. Diese Bestimmung ist entfallen.

Das zweite ist nun, daß wir in den §§ 27 und 32 noch eine Bestimmung aufnehmen über die Frage der Haftung von Vorstand und Präsidium. Es knüpft an eine Überlegung des Bundesvorstands, ob die CDU ein eingetragener Verein sein solle oder ob man es wie bisher beließe. Unser Freund, Rechtsanwalt Dr. Bender, Bundestagsabgeordneter aus Berlin, hat dazu eine eingehende Begründung vorgetragen, und er hat gesagt: nein, unter der gegenwärtigen Bestimmung, ohne ein Parteiengesetz, keinen eingetragenen Verein! Aber die Frage der Haftung der Vorstandsmitglieder des Bundespräsidiums müsse geklärt werden.

Ich glaube, daß es dazu in den §§ 27 und 32 keinerlei weiterer Erörterung bedarf.

Das dritte ist dann folgendes: Es ist im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt „Satzungsänderungen“ von einem Freund aus dem Landesverband Hohenzollern ein Antrag eingegangen, der gestern abend von der Redaktionskommission behandelt worden ist, ein Antrag, der das Verhältnis zwischen Kreispartei und Ortspartei behandelt.

Die Redaktionskommission ist der Meinung, daß dieser Antrag heute nicht behandelt werden sollte, sondern an den Vorstand aus folgender Überlegung gehen müsse: Wir haben uns darauf konzentriert, nur das Grundsätzliche in der Satzung heute zu ändern, daß wir aber all die anderen Fragen, die einer Überprüfung bedürfen, gegenwärtig sammeln. In dem Augenblick, wo ein Bundesparteiengesetz verabschiedet ist, muß ohnehin die Satzung sehr sorgfältig neu durchdacht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt also schlägt die Redaktionskonferenz vor, diesen Antrag unseres Freundes aus Baden-Württemberg, und zwar vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern, dem Vorstand als Material für diesen Zeitpunkt zuzuleiten.

Das zweite ist ein anderer, ein schwieriger Punkt: Es liegt ein Antrag der Sozial-Ausschüsse vor, unterzeichnet von Johannes Albers und Herrn Katzer. Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Frage des engeren Vorstandes, wie bisher § 26, und er stellt den Antrag, daß dieser beibehalten werden sollte.

Ein Antrag dieser Art ist bereits in der Bundesvorstandssitzung am 10. Mai behandelt, im Bundesvorstand zur Abstimmung gebracht und mit einer ganz eindeutigen Mehrheit abgelehnt worden, aus Gründen, die man, glaube ich, heute in dieser nachmittäglichen Stunde nicht behandeln sollte. Wir haben uns gestern in der Redaktionskommission mit Herrn Katzer dahin verständigt, daß dieser Antrag – Beibehaltung des engeren Vorstandes – an den gesamten Bundsparteivorstand verwiesen werden sollte und daß dieser sich im Laufe des Jahres 1962 mit dieser Frage noch einmal beschäftigt. So sind wir gestern verblieben. Ich höre in der Zwischenzeit, daß Stimmung dafür sei, den Antrag hier zur Abstimmung zu stellen. Ich darf also bitten, daß man sich darüber Gedanken macht. Meine Meinung ist allerdings, daß wir, glaube ich, hier nicht noch eine große Satzungsdebatte auslösen sollten; (Lebhafter Beifall.) denn ein jeder von Ihnen weiß, wie weit man dann über Satzungsfragen in die Länge kommt, und mir scheint, daß der Hauptpunkt der ist, den ich vorgetragen habe.

Ich wiederhole: Zum Punkte des Präsidiums, wie vorgetragen und außerdem nur gemäß Vorlage zu den Fragen der Haftung von Vorstand und Präsidium. Alle übrigen Fragen ergeben sich aus den von mir eben gemachten Kurzausführungen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident LEMMER:

Das Präsidium dankt unserem Freund v. Hassel und fragt den Parteitag, ob zu seinem Bericht und den vorgeschlagenen Satzungsänderungen das Wort gewünscht wird! – Das ist, soweit ich übersehen kann, nicht der Fall. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf an den Herrn Antragsteller vom Landesverband Baden-Württemberg die Frage richten, ob er mit der Empfehlung des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, daß sein Antrag dem Vorstand, den wir nachher wählen, als Material überwiesen wird. (Zuruf: Ich bin einverstanden!) – Danke. Der Antragsteller ist also damit einverstanden.

Satzungsänderungen

Damit treten wir nun in die Abstimmung der einzelnen Vorschläge für die Satzungsänderung ein, die vorher beschlossen werden müssen, bevor wir zu den Wahlen schreiten können. Die Wahlen beruhen auf der Satzung und den Änderungen, die dieser Parteitag beschließen wird. Die wichtigste Satzungsänderung bezieht sich auf den § 25, den ich infolgedessen zunächst aufrufen möchte.

Wird zu diesem Antrag, zum § 25, das Wort gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann darf ich ihn noch einmal verlesen. Es handelt sich darum, daß der § 25 unserer Parteiverfassung folgende Formulierung haben soll:

„Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. dem Präsidium; ihm gehören an:
der Bundesvorsitzende, der Geschäftsführende Vorsitzende,
dessen Stellvertreter, vier weitere Mitglieder.

Im Falle des § 21 a 2“

– darüber werden wir noch zu befinden haben –

„besteht das Präsidium aus: dem Bundesvorsitzenden, einem ersten Stellvertreter und zwei Stellvertretern“
(Zuruf vom Präsidium: „einem zweiten Stellvertreter“!)

fernerhin aus vier weiteren Mitgliedern, und zwar zweitens dem Bundesschatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und einem seiner Stellvertreter, der vom Vorstand der Fraktion benannt wird, den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen der Parteiorganisation, den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU, den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, natürlich, soweit sie der CDU angehören, (Heiterkeit.) und dann 15 nach § 23 b vom Bundesausschuß gewählten Mitgliedern.

Es bleibt in der bisherigen Fassung der Satz:

„Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitgliedern kooptieren.“

Das ist die wesentlichste Satzungsänderung, die nach reiflicher Überlegung und vielfachen Beratungen diesem Parteitag vorgeschlagen wird. Ich darf diese Änderung nunmehr hier zur Abstimmung stellen. Ich bitte die stimmberechtigten Anwesenden, also die Delegierten, durch Heben ihrer Stimmkarte zu erkennen zu geben, daß sie den § 25 in der von mir vorgelesenen neuen Form annehmen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich sehe zur Wahrung der Demokratie eine Gegenstimme. (Beifall und Heiterkeit.)

Enthaltungen? – Auch eine! (Zurufe: Einige!)

– Einige! Mein Auge reicht nicht mehr ganz aus, um das im Hintergrund erkennen zu können. (Heiterkeit.) – Es sind Hinterbänkler anscheinend, die sich hier der Stimme enthalten. (Heiterkeit.)

– Also, einige Gegenstimmen! – Es ist klar, daß dieser Parteitag nahezu einmütig mit der neuen Fassung des § 25 einverstanden ist.

Ich danke für diese Abstimmung. (Lebhafter Beifall.)

Jetzt ergeben sich, meine Freunde, aus dieser grundsätzlichen Änderung unserer Parteiverfassung logischerweise einige Konsequenzen. Ich möchte vorschlagen, daß wir über diese pauschal abstimmen, weil sie rein formaler Natur sind, nachdem die Entscheidung über den § 25 gefallen ist. Ich darf sie aber der Ordnung wegen verlesen.

§ 21

Der Absatz a) liegt Ihnen als Drucksache vor. Ich darf darauf verzichten, ihn hier zu verlesen. Es folgt der § 23 c. Auch diese Fassung liegt Ihnen vor. Es folgt § 24, und zwar der erste einleitende Satz. Er liegt ebenfalls als Drucksache vor. Dann folgt der § 26, der durch Fettdruck hervorgehoben die Änderung erkennen läßt, die durch die Neufassung des § 25 eintreten muß. Es folgt der Logik nach der § 28 – früher § 27 – der Parteisatzung und schließlich der § 27, der einen neuen Paragraphen darstellt, dessen Sinn sich aber ebenfalls aus der Grundsatzentscheidung ergibt. Er behandelt daneben die Haftung der Parteiführung nach dem bürgerlichen Recht, ist also auch formaler Natur, und schließlich haben wir eine Neufassung, einen neuen zweiten Absatz zum § 32, der die Finanzordnung der Partei betrifft. – Darf ich annehmen, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß über alle diese Änderungen nun pauschal abgestimmt wird.

(Zurufe: Nein!)

– Wo wird eine getrennte Abstimmung beantragt? – Zu welchem Paragraphen? –

(Zuruf: Zu § 26!)

– Zu § 26! – Darf ich zunächst über die Änderungen im § 21 abstimmen lassen – Widerspruch zeigt sich nicht. Ich darf ihn für angenommen erklären. Da aber nach der Parteisatzung eine absolute Mehrheit für jede Satzungsänderung erforderlich ist, darf ich der Ordnung wegen – ich glaube, es ist nur eine Formalität – Sie bitten, die Stimmkarte zu erheben. – Das ist zweifellos die rechtlich erforderliche Mehrheit. Ich erkläre den § 21 für angenommen.

Es folgt der § 23. Hier ist dasselbe Verfahren eingebracht. – Ich danke Ihnen; die Neufassung ist genehmigt.

§ 24: Ich bitte ebenfalls um Abstimmung. – Ich danke Ihnen; erledigt. Jetzt kommt der § 26, zu dem – wie ich vernehmen konnte – sich ein gewisser Widerspruch gezeigt hat. Es geht also darum, daß aus dem § 26 der bisherigen Parteisatzung der Satz ausfallen soll:

„Er“ – das heißt der Bundesausschuß und -vorstand – „wählt aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten.“

In der vorliegenden Drucksache heißt es:

„Das Präsidium vertritt die Bundespartei gerichtlich und außergerichtlich.

Der Geschäftsführende Vorsitzende führt die Geschäfte der Partei.“

Ich stelle den Antrag zum § 26 zur Abstimmung. – Wer für die neue Formulierung ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. – Ich bitte – nur der Ordnung wegen – um die Gegenprobe. – Wieviele sind es? – Ich

bitte, sie auszuzählen. – Gegen fünf Stimmen! – Enthaltungen? – Keine Enthaltung! (Zuruf: Doch, eine!) – Eine! Das belebt das Protokoll, daß noch eine Enthaltung verzeichnet werden kann. (Heiterkeit.)

Dann darf ich auch den § 26 in der Ihnen vorgeschlagenen Neufassung für angenommen erklären.

Ich stelle nunmehr zur Abstimmung den § 27, der neu in die Parteisatzung eingefügt werden soll. Ich bitte um Abstimmung. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Eine Gegenstimme. – Enthaltungen? – Also für die Protokollführer: Fünf Enthaltungen! Ich bitte, sie ausdrücklich zu verzeichnen.

Der § 28 wurde durch den früheren § 27 ersetzt. Er liegt Ihnen in der Neuformulierung vor. Ich darf auch hier der Form wegen um Abstimmung bitten, – damit die satzungsgemäßen Voraussetzungen erfüllt sind. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Zwei Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen diesmal. Damit ist der § 28 gleichfalls angenommen.

Die Nummernfolge ändert sich natürlich in unserer Parteisatzung durch die Einfügung des neuen § 27.

Ich stelle nunmehr zur Abstimmung die Neufassung des zweiten Absatzes des § 32 – früher 31 –, der die Finanzordnung der Partei betrifft. Ich bitte, ein Zeichen zu geben, ob Sie damit einverstanden sind. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimme! Enthaltungen! – 3 Enthaltungen. Ich danke Ihnen. Damit ist auch der § 32 erledigt, und die Satzungsänderung, wie Sie Ihnen vorgeschlagen worden ist, hat die ordnungsgemäße Zustimmung dieses Parteitages gefunden. Ich darf das feststellen und zugleich danken. (Beifall.)

Damit kommen wir zu dem nächsten Punkt unserer Tagesordnung:

Wahlen des Parteipräsidiums,

nicht zu verwechseln mit dem Bundesparteitagspräsidium. Nach § 21 a des in Kraft gesetzten Parteistatuts wählt der Bundesparteitag für 2 Jahre den Bundesvorsitzenden, den Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 4 weitere Mitglieder des Präsidiums.

Da diese Wahl von großer politischer Bedeutung ist, können wir sie nicht pauschal erledigen. (Beifall.) Persönlichkeiten, die hier zur Wahl gestellt sind, haben einen Anspruch darauf, einzeln und nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim durch Stimmzettel gewählt zu werden. (Beifall.)

Ich stelle zur Wahl zunächst den Bundesparteivorsitzenden, für den nach Vorschlag des Bundesparteiausschusses vom 2. Mai der bisherige Vorsitzende Dr. Konrad Adenauer vorgeschlagen ist. (Starker Beifall.)

Ich darf fragen, ob Gegenvorschläge gemacht werden? – Das ist nicht der Fall. Als einziger Kandidat steht also zur Wahl als Bundespartei-

vorsitzender Dr. Konrad Adenauer. Ich bitte nunmehr, Ihren Stimmzettelblock zu nehmen, und zwar den gelben Stimmzettel Nr. 1, und empfehle, nach Möglichkeit für die Erleichterung der Auszählung den Namen auf die Rückseite dieses Zettels zu schreiben. Sollte ein Name auf die Vorderseite geschrieben wären, wäre er nicht ungültig. Ich darf aber darauf hinweisen, daß nur der gelbe Stimmzettel mit dem Kennzeichen der Nr. 1 gültig ist. — Ich darf nun bitten, mit der Einsammlung der Stimmzettel zu beginnen. Es wird gebeten, daß die Delegierten während des Wahlgangs auf ihren Sitzen bleiben.

(Pause)

Präsident LEMMER:

Es wird berichtet, daß alle Stimmzettel abgegeben worden seien. Darf ich fragen, ob das der Fall ist? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen.

(Pause)

Präsident LEMMER:

Meine Parteifreunde! Zunächst bitte ich, Verständnis dafür zu haben, daß ich mich — allen Dränglern zum Trotz — geweigert habe, vor Abschluß dieses Wahlgangs schon mit dem nächsten zu beginnen. (Beifall.)

Ich habe Ihnen das

Ergebnis dieses bedeutsamen Wahlgangs

bekanntzugeben.

Es haben abgestimmt: 461 Delegierte
Eine Stimme davon ist ungültig. Das sind rätselhafte Erscheinungen, die bei allen Wahlgängen vorkommen.

Gegenstimmen: 19

Enthaltungen: 46

Zersplittert: 4

Für Dr. Konrad Adenauer
sind abgegeben worden: 391 Stimmen

(Bravo-Rufe! — Minutenlanger, lebhafter Beifall.)

Herr Bundeskanzler! Ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen?

Bundeskanzler Dr. ADENAUER:

Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an. (Erneuter Beifall.)

Präsident LEMMER:

Dann darf ich bemerken, daß zu dieser Wahl des Herrn Bundeskanzlers zur Führung der Partei für die nächsten zwei Jahre kein Brief oder eine sonstige Erklärung beim Präsidium eingegangen ist.

Herr Bundeskanzler, erlauben Sie mir, als amtierendem Parteitagpräsident durch einen herzlichen Händedruck der Freude all Ihrer Mitarbeiter und Freunde zu dieser Wahl Ausdruck zu geben.

(Geschieht. — Erneuter Beifall.)

Dieses Wahlergebnis ist wertvoller, als wenn 461 für Dr. Konrad Adenauer gestimmt hätten.

(Zurufe: Sehr gut! – Sehr wahr! – Beifall.)

Dieses Wahlergebnis ist ein ganz klarer, unmißverständlicher Ausdruck des Willens dieses 11. Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wir haben nur den Wunsch, daß der Herrgott Dr. Konrad Adenauer auch in den nächsten zwei Jahren – ich sagte übrigens dasselbe schon bei seiner letzten Wahl auf dem 9. Bundesparteitag – die Gesundheit, die Kraft und die Frische erhalten möge, um weiter unser Steuermann in schwerer Zeit, die uns bevorsteht, sein zu können. (Beifall.)

Ich stelle fest, daß der amtierende Vorsitzende der CSU soeben dem Herrn Bundeskanzler auch seinen Glückwunsch ausgesprochen hat. (Beifall.)

Weitere Worte darf ich mir ersparen. Der Herr Bundeskanzler liebt es nicht, und der Parteitagspräsident hat sich in der Rolle eines Amtswalters für diesen Parteitag zu fühlen und ohne Pathos seine Aufgabe zu erfüllen, aber persönlich darf ich bemerken – damit kein Mißverständnis entsteht –: ich freue mich gerade über diese Wahl, wie sie ausgegangen ist.

Wir kommen zur nächsten, ebenfalls bedeutungsvollen Wahl, der Wahl des Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei. Hierfür ist unser Freund Hermann Dufhues vorgeschlagen. Wird ein Gegenorschlag gemacht? – Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Dann darf ich Sie bitten, den zweiten Stimmzettel zu benutzen, der bläulich gefärbt ist; das soll nicht anzüglich sein, lieber Freund Dufhues. (Heiterkeit.)

Der Parteitag hat also darüber abzustimmen, ob er mit der Wahl unseres Freundes Hermann Dufhues zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Bundespartei einverstanden ist. Ich bitte, die Stimmzettel auszufüllen. Die Sammler bitte ich, ihres Amtes zu walten.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen! und ich bitte vor allem, den Herrn Bundesparteivorsitzenden allmählich zu schonen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich habe das

Ergebnis des zweiten Wahlganges

bekanntzugeben.

Für die Wahl des Geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden sind abgegeben worden:

469 Stimmen, mit Nein 17, Enthaltungen 24, verirrt 2,
mit Ja 426 Stimmen.

(Bravo-Rufe. – Starke anhaltende Beifallskundgebungen für Minister Dufhues. – Gratulation durch den Bundeskanzler)

– Dieser Händedruck zwischen dem Herrn Bundesparteivorsitzenden und dem Herrn Geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden macht die Frage überflüssig, ob Josef-Hermann Dufhues die Wahl annimmt. Ich glaube, ich kann für ihn sagen, er nimmt sie an. (Heiterkeit. – Erneuter Beifall.)

Lieber Freund Dufhues! Auch Ihnen darf ich im Namen dieses Parteitages den herzlichsten Glückwunsch zu dieser bedeutungsvollen Berufung im Interesse der Entwicklung unserer Partei mit ganzer Herzlichkeit hier aussprechen. (Erneuter starker Beifall.)

Wir kommen jetzt zur Wahl des Stellvertreters unseres Freundes Dufhues, des stellvertretenden Geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden. Vorgeschlagen ist unser Freund von Hassel. Werden andere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. – Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, da Sie ja allmählich Routine bekommen haben, (Heiterkeit.) noch schneller zu wählen, noch schneller einzusammeln und noch schneller auszuzählen. – Das ist der Stimmzettel Nr. 3. (Zuruf: Der rötliche!) – Das ist auch nicht anzüglich bei Herrn von Hassel. (Heiterkeit.)

(Es erfolgt Auszählung der Stimmen.)

Präsident LEMMER:

Ich darf Ihnen das

Ergebnis des 3. Wahlganges,

nämlich des Stellvertreters des Bundesparteivorsitzenden, bekanntgeben.

Abgegeben wurden 471 Stimmen; ungültig 1 Stimme, Gegenstimmen 5, Enthaltungen 24.

Unser Freund von Hassel ist mit 441 Stimmen zum Stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden gewählt. (Starker Beifall.)

Auch Ihnen, lieber Freund von Hassel, darf ich den Glückwunsch des ganzen Bundesparteitages aussprechen. (Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum

4. Wahlgang,

den wir aber etwas vereinfachen wollen, (Beifall.) wenn kein Widerspruch erfolgt. Ich muß mich an die Bestimmungen halten. Es geht um die Wahl der 4 weiteren Mitglieder des Parteipräsidiums. Vorgeschlagen sind durch den Bundesparteiausschuß – ich nenne sie in der alphabetischen Reihenfolge, damit kein Werturteil vermutet wird – unsere Freunde Theodor Blank, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier und Heinrich Krone.

Ich darf zunächst fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist, soweit ich übersehen kann, nicht der Fall. Nun bitte ich Sie, einen noch größeren Stimmzettel zu benutzen, und zwar Nr. 4. Wer mehr als 4 Namen aufzeichnet, macht seinen Stimmzettel ungül-

tig. Ich bitte Sie, die Stimmzettel auszufüllen. Soll ich die Namen noch einmal wiederholen? (Zurufe: Ja!)

Es sind: Theodor Blank, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier und Heinrich Krone. Ich bitte nunmehr, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind? Das ist der Fall. Die Wahlhandlung ist geschlossen.

Meine Freunde! Um den Ablauf dieses Parteitages nicht endlos auszu dehnen, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir nach § 21 b des Statuts und nach § 4 unserer Parteigerichtsordnung anstelle unseres Freundes Professor Dr. Süsterhenn – der sein Amt nicht mehr anstreben kann, weil er als Mitglied des Bundesvorstandes nach § 5 der Parteigerichtsordnung nicht gleichzeitig Mitglied des Parteigerichtes sein kann – nach dem Vorschlag des Bundesparteiausschusses das bisherige Stellvertretende Mitglied des Bundesparteigerichtes Rechtsanwalt Henrichs und als Stellvertreter unseren Freund Dr. Wahl wählen. Ich nehme an, daß kein Bedürfnis besteht, hier eine Stimmzettelauswahl vorzunehmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie bitten, durch Ihre Stimmkarte zu erkennen zu geben, ob Sie mit dieser Wahl einverstanden sind. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen! – Ich stelle fest, daß sie die-

Vorschlag zur Ergänzung des Bundesparteigerichtes

zugestimmt haben.

Um die Sitzung unseres Parteitages abzukürzen, möchte ich Ihnen einen weiteren Vorschlag machen. Es sind noch zwei Ansprachen vorgesehen, und zwar die des Geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden Josef Hermann Dufhues und des Bundesparteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer. Da die Auszählung der letzten Wahl wahrscheinlich einige Zeit beanspruchen wird, bitte ich um die Erlaubnis, zunächst unserem Freund Dufhues das Wort zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Ihr Beifall zeigt, daß Sie damit einverstanden sind. Das Wort hat der Geschäftsführende Bundesparteivorsitzende Minister

DUFHUES:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands entgegengebracht haben. Nur zögernd übernehme ich die mir zugedachte Aufgabe, denn ich weiß um die Schwierigkeiten meines Amtes und mache mir keine Illusionen. Aber ich bin bereit, (Beifall.) weil ich mich der Sache der Christlich-Demokratischen Union zutiefst verpflichtet fühle – mehr als den Ämtern, die Gemeinde, Land und Bund dem Politiker bereithalten, mögen solche Positionen auch im öffentlichen Bewußtsein höheren

Rang und gefestigtere Tradition haben. Über die Zukunft unseres Vaterlandes entscheiden nicht in erster Linie Positionen dieser Art, sondern die politische Kraft und der Erfolg der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. (Beifall.)

Möge niemand in dem Bewußtsein den Heimweg antreten, mit der Änderung unserer Satzung und der Wahl eines Präsidiums und eines Geschäftsführenden Vorsitzenden das Seine zur Stärkung der Union getan zu haben. Was heute geschehen ist, ist nur ein Anfang. So sehr ich mich bemühen werde, die CDU in allen Teilen mit Leben zu erfüllen, ihre Aktivität und Ausstrahlungskraft zu erhöhen und die politische Führungsaufgabe der Union nicht nur für die Zeit des Wahlkampfes sicherzustellen – was aus unserer Partei wird, hängt nicht so sehr von mir und den Mitgliedern des Präsidiums ab, sondern vor allem von Ihnen und Ihrer Alltagsarbeit, von Ihrem Können und Ihrem Fleiß, Ihrer Lauterkeit und Ihrem Mut, Ihrer Opferbereitschaft und Ihrer Überzeugungskraft.

Während der letzten Wochen sind innerhalb und außerhalb unserer Gemeinschaft Fragen an die CDU gerichtet worden. Ich will versuchen, die eine und andere zu beantworten. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß nicht wenige Fragen unbeantwortet bleiben.

1. Die Christlich-Demokratische Union ist die Partei des Aufstiegs aus der Not der katastrophalsten Niederlage unserer Geschichte. Immer werden der Name unserer Partei und der Name unseres Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer mit diesem in der Geschichte einmaligen Ereignis verbunden bleiben. (Beifall.)

2. Die Christlich-Demokratische Union ist eine moderne und fortschrittliche Partei. Sie hat – als einzige Partei nach dem Krieg – eine neue Konzeption gehabt, nämlich die Union der christlich gesinnten Menschen ohne Unterschied der Konfession, die Freiheit in Leben und Wirtschaft – Zeugen dieser Freiheit sind die nahezu 4 Millionen Flüchtlinge aus der Zone – und die Teilnahme aller am Wohlstand. Die Christlich-Demokratische Union hat diese Konzeption nicht nur gehabt und verkündet; sie hat sie zum größten Teil verwirklicht.

Unsere Außenpolitik – in Verbindung auch mit der Wehrpolitik – ist so realistisch und überzeugend, daß sie im wesentlichen schließlich von den beiden anderen Parteien auch übernommen worden ist, nachdem diese Parteien ihre eigenen Pläne als unrealistisch zu den Akten legen mußten. Das Godesberger Programm bedeutet im Grunde die Kapitulation der SPD vor der Politik der CDU. (Lebhafter Beifall. – Bravo-Rufe.)

Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik wird allgemein – auch vom Godesberger Flügel der SPD – anerkannt. Und schließlich hat unsere Gesellschaftspolitik dazu geführt, daß die gesellschaftspolitischen Ideale des 19. Jahrhunderts entweder Lügen gestraft oder aber in

langsamer Auflösung begriffen sind. Die Wirtschafts-, Sozial- und Eigentumpolitik der CDU hat das Klassendenken überwunden und den Proletarier abgeschafft. (Beifall.)

Als moderne und fortschrittliche Partei ist die Christlich-Demokratische Union eine Partei der Jugend. Keine Partei hat in der Jugend unseres Volkes stärkere neue politische Impulse gegeben als die Union. (Beifall.) Ich erinnere an die Idee der politischen Einigung Europas. Keine Partei hat von der Jugend mehr Bereitschaft zum Dienen und zum Opfer verlangt. Ich erinnere an die Einführung der Wehrpflicht und den Aufruf zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit. Darum – auch weil sie Dienst und Opfer verlangt – ist die CDU eine Partei der Jugend und die Junge Union die größte politische Nachwuchsorganisation der Bundesrepublik. (Beifall.) Dieser Jugend und der Jungen Union eine möglichst große Chance zu geben, ist unsere Aufgabe. Von der Jugend erwarten wir, daß sie überzeugt – durch Charakter, Haltung und Leistung.

3. Die CDU ist die einzige Partei, die klare geistige Grundlagen hat. Die SPD ist auf dem schwierigen Weg, das altererbte marxistische Fundament zu verlassen – ob aus Gründen der Taktik oder gewandelter Überzeugung, ob nur in programmatischen Verlautbarungen oder mit Zustimmung ihrer Mitglieder und Anhänger, das wird sich voraussichtlich nach den nächsten Bundestagswahlen entscheiden. Carlo Schmid sagte schon vor Jahren in Hamburg, daß die SPD nicht die geistige Heimat ihrer Mitglieder sei. Aber welches Fundament ist denn an die Stelle des marxistischen getreten? Die Wehnersche Formel „die CDU solange brüderlich umarmen, bis sie erstickt“, bedeutet ja schließlich kein geistiges Fundament, sondern nur ein taktisches Verhalten, ein bedenkliches Verhalten, zumal es die Parole des Wohlstandes um jeden Preis – auch um den Preis seiner Zerstörung – zur propagandistischen Waffe gegen die CDU benutzt. (Beifall. – Zurufe: Sehr wahr!)

Programme – mögen sie auch das „Godesberger“ heißen – sind oft nichts anderes als ein säkularisiertes und taktisch verbrämtes Glaubensbekenntnis, das die benötigen, die sonst keine Weltanschauung haben und die Wirklichkeit mit dem Feigenblatt eines Programms zudecken müssen. Eine moderne Partei braucht im schnellen und vielarmigen Fluß der Zeit Leitsätze, die aus klaren geistigen Fundamenten kommen und die Wirklichkeit treffen; sie braucht Persönlichkeiten, die aus solcher Grundhaltung im Wandel der Dinge richtige Erkenntnisse ziehen und sie kraftvoll durchzusetzen vermögen. Programme sind ein Requisite der ideologischen Parteien des 19. Jahrhunderts. Unsere Leitsätze aber entwickeln sich dynamisch immer wieder aus der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, also aus der Erfahrung. Leitsätze sind wie ein Kompaß, aber sie sind kein Parteikatechismus.

Ähnlich sieht es mit dem geistigen Fundament der FDP aus, soweit man davon sprechen kann. Der alte Liberalismus gehört zum großen Teil der Vergangenheit an. Die spezialisierte Vielschichtigkeit und Mas-

senhaftigkeit der Gegenwart zwingen zu neuen Antworten, auf die aber im Lager der FDP keine Antworten sichtbar sind. Wir müssen es insgesamt endlich einsehen: Weder Windhorst noch Friedrich Naumann, noch Karl Marx – so verdienstvoll sie zu ihrer Zeit gewesen sein mögen – können verbindliche und umfassende Aussagen zu den geistigen Grundlagen einer Partei unseres Zeitalters machen. (Beifall.)

Bei beiden Parteien, der SPD wie der FDP, sind deshalb an die Stelle der Fundamente taktische Bemühungen getreten, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben. Zumal aber bei den unteren und den mittleren Funktionärsschichten – und leider ist der Landesvorsitzende der FDP für Nordrhein-Westfalen ein sprechendes Beispiel –, stellt immer noch das alte und überholte ideologische Erbgut aus dem 19. Jahrhundert, gewissermaßen die geistige Noiverpflegung dar, ohne die der geistige Hungertod eintreten würde. (Beifall.) Man sieht das, meine lieben Parteifreunde, vor allem an der Praxis auf der Ebene der Länder- und Kommunalpolitik. Und diese politische Alltagspraxis kann eben weder durch das Godesberger Programm noch durch neue Broschüren, wie man sie auch nennen möge, verwischt werden.

Die geistige Grundlage der Christlich Demokratischen Union ist das christliche Sittengesetz, das im wesentlichen den evangelischen und katholischen Christen gemeinsam ist. Deswegen haben sich so unvergessene Männer wie Herman Ehlers und Robert Tillmanns, ebenso wie Jakob Kaiser und Karl Arnold mit ihrem Leben für diese gemeinsame Sache eingesetzt. Daß dieser Geist in der Union auch heute noch lebendig ist, das haben die vielfältigen Vorschläge unseres Freundes Gerstenmaier, das haben die Beiträge unseres Freundes Barzel gestern und heute, das haben die vielfältigen Diskussionsbeiträge des gestrigen Tages im Arbeitskreis III überzeugend bewiesen. Gegenüber bewußten und unbewußten Mißdeutungen sei auch hier eindeutig festgestellt: Christlich bedeutet nicht kirchlich, nicht klerikal und schon gar nicht ultramontan. Es hat nichts zu tun mit jenem verhängnisvollen Proporzdenken und der Enge eines im Grunde unchristlichen Konfessionalismus, die uns von unseren Gegnern aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen immer wieder unterstellt werden. (Beifall.) Wenn wir uns christliche Demokraten nennen, wollen wir damit bekunden, daß für uns das christliche Sittengesetz die bestimmende Grundlage ist – eine Grundlage, die von den meisten Deutschen – auch den Nichtkirchengläubigen – anerkannt werden kann. Das Christentum ist keine Ideologie – also keine verbindliche Pseudoweltanschauung, sondern Christentum bedeutet hier Freiheit, Toleranz, Achtung der Persönlichkeit, Weltoffenheit und Realismus. Die Christlich Demokratische Union kann, will und soll die politische Heimat aller wahrhaft freiheitlich gesinnten Menschen sein, die zugleich die Normen der christlichen Sittlichkeit anerkennen. (Beifall.) Christlich Demokratische Union heißt, um auch das zum Überfluß zu wiederholen, nicht, daß die anderen nicht christlich wären, wie auch sozialdemokratisch nicht heißt, daß die anderen nicht sozial wären und freidemokratisch nicht heißt, daß die anderen nicht frei wären.

Als Partei aller freiheitlich gesinnten Deutschen ist die CDU allen Teilen unseres Volkes weit geöffnet, die sich zu einer solchen Grundhaltung bekennen. Um nur eine praktische Frage anzuschneiden: Mehr als in der Vergangenheit müssen wir auch das Gespräch mit Studenten, Lehrern und Professoren suchen – überhaupt mit Menschen, die im Bereich der Kunst und Kultur wirken. (Beifall.) Deshalb ist es wichtig, daß die Führungskreise der Christlich Demokratischen Union auf besonderen Tagungen mit wichtigen Persönlichkeiten des geistigen Lebens – ohne Rücksicht auf deren Richtungen – zusammenkommen, um sich befruchten zu lassen, um den geistigen Strömungen der Gegenwart näher zu sein, daraus politische Konsequenzen zu ziehen und sich gegenseitig zu informieren. Solche Aufgeschlossenheit bewahrt vor jenem elenden Pragmatismus, der nicht selten mit Uninteressiertheit im Geistigen gekoppelt ist. (Beifall.)

4. Eine politische Partei ist nach unserer Vorstellung nicht nur eine „Wahlkampfmaschine“, die vor der Wahl unter Dampf gesetzt und nach dem Wahltag aus dem Verkehr gezogen wird. (Beifall.) Unter der Verfassung des freiheitlichen Rechtsstaates kann sie andererseits keine Institution sein, von der die Gewalt des Staates und die Rechte des Parlaments ausgehen. Die westeuropäischen Parteien haben seit altersher ihren Standort zwischen diesen beiden Extremen gewählt. Dabei räumt die sozialistische Tradition den Parteien im allgemeinen einen größeren, die bürgerliche einen geringeren Einfluß auf Parlamentsfraktionen und die von ihnen gebildeten oder getragenen Regierungen ein. Die politische Mitwirkung der Bundespartei hat sich während der Legislaturperioden darauf beschränkt, die Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestagsfraktion gutzuheißen, als Parteilinie zu übernehmen und der Öffentlichkeit gegenüber nach bestem Können zu vertreten. Solange Entscheidungen noch nicht ausgereift waren, war die Partei zum Schweigen verurteilt; gelegentliche Ausnahmen bestätigen nur diese Regel.

Die Partei – als die Vertreterin ihrer Mitglieder und Wähler – wird ihren großen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie ein Eigenleben hat und mehr ist als eine Hilfsorganisation der Regierung oder ein Anhängsel der Bundestagsfraktion. (Beifall.) Sie muß auch und gerade dann existieren können, wenn sie einmal – was Gott im Interesse des deutschen Volkes verhüten möge – nicht an der Regierung ist. Aber ich möchte geradezu sagen: Die Union wird nur dann an der Regierung bleiben können, wenn sie auch für eine Zeit der Opposition fit ist und immer fit bleibt. (Beifall.) Deshalb darf ich unserem Freunde von Brentano herzlich für das Angebot danken, das er heute morgen gemacht hat. Ich hoffe, daß der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der CDU vertrauensvoll zusammenarbeiten werden, noch vertrauensvoller als in der Vergangenheit.

Nun, meine lieben Parteifreunde, wenn die CDU aus ihrem weitgehend als unbefriedigend empfundenen Zustand herauskommen will, dann bieten sich folgende Aufgaben an:

Sie muß über die bisher üblichen formelhaften Erklärungen hinaus die politischen Sachentscheidungen vorbereiten und beeinflussen. (Beifall.) Naturgemäß kann es sich hierbei nur um Entscheidungen handeln, die Grundfragen der Politik der Christlich Demokratischen Union betreffen oder für die öffentliche Meinung von großer Bedeutung sind. Nachhaltiger als bisher muß sie die politischen Entscheidungen ihrer Mitglieder in Regierungen und Fraktionen des Bundes und der Länder koordinieren und dabei auftretende Meinungsverschiedenheiten mit der ganzen Autorität der Christlich Demokratischen Union ausgleichen (Beifall.) Die Verhandlungen über die Finanzreform, eine etwaige Änderung der Finanzverfassung und die Besoldung der Bediensteten des Bundes und der Länder könnten dadurch erleichtert werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Christlich Demokratische Union muß als solche Stellung nehmen zu neuen Ereignissen und wichtigen Fragen. Sie muß antworten auf Herausforderungen anderer Parteien, aber auch auf Fragen aus der Wählerschaft. Der Kanzler einer Koalitionsregierung ist an solcher Freiheit seiner Partei sicherlich mehr interessiert als der Chef eines Einparteienkabinetts. (Beifall.)

Die innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung sollte dadurch angeregt werden, daß die Kreisparteien zur Diskussion von geeigneten politischen Fragen sowohl von der Bundesspitze wie von der Spitze der Länderorganisationen her angehalten werden. (Beifall.) Die Bundespartei ist an der Fragestellung und der Auswirkung der innerparteilichen Diskussion maßgebend zu beteiligen, um zu erreichen, daß wir freier werden von den Ergebnissen der Meinungsumfragen (Beifall.) Dabei sollten die Kreisparteien Wert darauf legen, daß zu solchen Sachdiskussionen auch die Öffentlichkeit, auch die uns Fernstehenden und vor allem die Presse eingeladen werden.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich für die Organisation und die Arbeit der CDU Konsequenzen: Die Einrichtung eines Studienzentrums, dem qualifizierte Sachkenner angehören, kann nicht länger aufgeschoben werden. Dabei sollten die Erfahrungen anderer befreundeter westeuropäischer Parteien verwertet werden.

In der Partei muß eine realistische und praktische politische Bildungs- und Fortbildungsarbeit betrieben werden. Die Mitglieder der Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sollten tunlichst junge Leute aus dem politischen Nachwuchs zu ihren Assistenten machen, um sie in die Politik einzuführen und sich z. B. bei der Sammlung von Material, der Vorbereitung von Besprechungen und Reden zu entlasten. Unter unserem politischen Nachwuchs wird bewegte Klage darüber geführt, daß die Älteren meist keine Hilfe wünschen, weil sie alles allein machen wollen –, um dann darüber zu klagen, daß sie alles allein machen müssen. (Heiterkeit und Beifall.)

In der innerdeutschen Diskussion hat es sich eingebürgert – Herr von Hassel sprach bereits davon –, die CDU als Wählerpartei und

die SPD als Mitgliederpartei zu bezeichnen. Tatsächlich hat die SPD bei geringeren Wählerzahlen doppelt so viele Mitglieder wie die CDU. Vergleicht man die deutschen Parteien insgesamt mit den Parteien anderer europäischer Länder, stellt sich heraus, daß zwischen CDU und SPD nur graduelle Unterschiede bestehen und daß es sich in beiden Fällen um Wählerparteien handelt: Während in manchen ausländischen Parteien, z. B. in Belgien, und in Österreich, jeder dritte bis fünfte Wähler gleichzeitig Mitglied einer Partei ist, ist nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl bei der SPD nur jeder 18. und bei der CDU/CSU leider nur jeder 45. Wähler zugleich Parteimitglied.

Mit besseren organisatorischen Voraussetzungen allein ist eine erfolgreiche Mitgliederwerbung nicht zu erreichen. Selbstverständlich stehen die Qualität der Organisation und der Erfolg der Mitgliederwerbung in einem engen Verhältnis. Der entscheidende Grund für das seit Jahren feststellbare Stagnieren der Mitgliederzahl liegt jedoch an anderer Stelle: Das Parteileben ist in vielen Orts- und Kreisverbänden – ich drücke mit der Courtoisie aus, der ich fähig bin – nicht übermäßig interessant und attraktiv. (Beifall.) Es beschränkt sich nicht selten auf die Erledigung von Regularien in ein- oder zweimal jährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen. Außerdem entsteht gelegentlich der Eindruck, daß die Entscheidungen in den Orts- und Kreisparteien von einer kleinen Gruppe altgedienter Honoratioren manipuliert werden. (Beifall.)

Das bloße Bewußtsein durch die Mitgliedschaft in der CDU die Verbindung mit ihrer Politik zu dokumentieren oder durch Beitragszahlung die Partei materiell zu unterstützen, reicht als Anreiz für eine systematische Mitgliederwerbung einfach nicht aus. Die Mitglieder, und solche die es werden sollen, müssen das Bewußtsein erhalten, daß ihnen die Parteimitgliedschaft eine Chance zur praktischen Mitarbeit und einen Zugang zu intensiverer politischer Information bietet. (Beifall.)

Angesichts der zunehmenden Labilität der Wählergruppen sind wir dringend darauf angewiesen, die Zahl unserer Mitglieder zu erhöhen. Damit verstärken wir auch die personelle Reserve, die wir zur Erfüllung von Aufgaben in der Union ebenso benötigen wie in Gemeinde, Land und Bund.

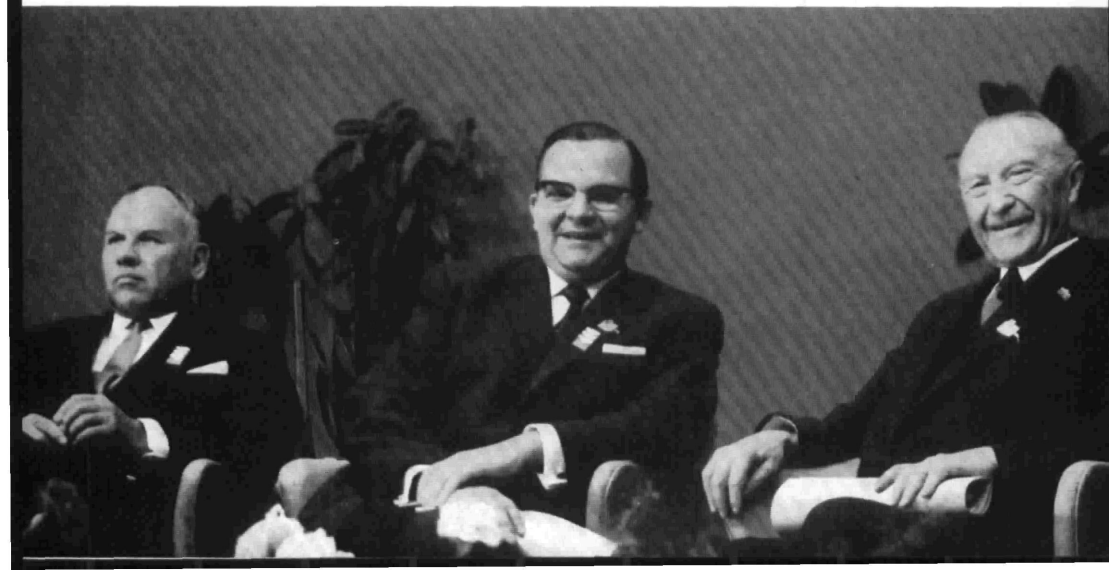
Bei der politischen und beruflichen Überlastung der meisten ehrenamtlichen Mitarbeiter der Union hängt eine intensive Parteiarbeit zum großen Teil von der Zahl und der Qualität hauptamtlicher Mitarbeiter ab. Die CDU sollte neben den Bundes- und Landesgeschäftsstellen mindestens in jedem Kreisverband – ich spreche von den kommunalen Kreisverbänden – über einen hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer mit einem arbeitsfähigen Büro verfügen. (Beifall.)

Tatsächlich hat die CDU in rund 400 Kreisverbänden nur 191 hauptamtliche Kreisgeschäftsführer, zu denen allerdings 59 nebenamtliche und 39 ehrenamtliche Mitarbeiter treten. Von den 191 hauptamtlichen Kreisgeschäftsführern verfügen nur zwei Drittel über ein Büro, während



Dr. von Brentano, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, und Bundestagsabgeordneter Schmücker

Bundeskanzler Dr. Adenauer mit Minister Dufhues und Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier bei der Kundgebung in der Westfalenhalle





Drei Ministerpräsidenten: Roeder (Saarland), Altmeier (Rheinland-Pfalz), von Hassel (Schleswig-Holstein)

Großkundgebung in der Westfalenhalle mit 20 000 Menschen



in allen anderen Fällen die Kreisgeschäftsstelle in der Wohnung des Kreisgeschäftsführers untergebracht ist, wo dann im allgemeinen die Frau das Telefon bedient und den Schriftverkehr erledigt.

Außerdem sind die Bezahlung der Kreisgeschäftsführer und ihre berufliche und materielle Sicherstellung auf längere Sicht so unterschiedlich und in vielen Fällen so unbefriedigend, daß die Qualität der Arbeit zwangsläufig darunter leidet. (Beifall.) Bei einer solchen Situation kann nicht erwartet werden, daß die Partei Mitarbeiter findet, die in der Lage sind, in befriedigender Weise die komplizierten Aufgaben einer modernen Parteiorganisation zu lösen. So wichtig die materielle Sicherung unserer Mitarbeiter ist – ebenso bedeutsam ist das soziale Ansehen, das mit der Arbeit für die Partei verbunden ist. (Beifall.) Das läßt sich zwar nicht dekretieren und garantieren. Aber wir können dazu beitragen, indem wir unseren Mitarbeitern Anerkennung ihrer Leistung und betonte Achtung entgegenbringen.

Alle Untersuchungen über den zurückliegenden Bundestagswahlkampf zeigen, daß die Meinungsbildung der Wähler kaum durch punktuelle Werbemaßnahmen während des Wahlkampfes, sondern entscheidend nur durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit – ich wiederhole: kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit – beeinflußt werden kann. (Lebhafter Beifall.) Diese Öffentlichkeitsarbeit muß selbstverständlich ihre Impulse von der Bundespartei und den Landesverbänden empfangen. Sie muß zu einem wesentlichen Teil auch auf der Bundes- und Landesebene erfolgen. Sie kann aber ohne die ständige Mitwirkung der Kreis- und Ortsverbände auf die Dauer keinen Erfolg haben. (Beifall.) Ein unmittelbarer Kontakt der Partei zu ihren Wählern ist letztlich nur im Rahmen der Kreis- und Ortsverbände möglich. Die Bundespartei und die Landesverbände können nur indirekt wirken, das heißt im wesentlichen über Presse, Rundfunk und Fernsehen. Selbstverständlich spielt diese indirekte Beeinflussung eine entscheidende Rolle. Der Wähler macht sich ein Bild von den Parteien zu einem guten Teil aus dem, was er durch Presse, Rundfunk und Fernsehen über die Partei hört. Man sollte aber nicht unterschätzen, daß dieses Bild in der unmittelbaren Begegnung zwischen Wähler und Partei wesentlich ergänzt wird. Hat der Wähler den Eindruck, daß seine Partei lediglich in den letzten sechs Wochen vor einer Wahl nach ihm fragt, wird er anders reagieren, als wenn ihm die Partei in seiner persönlichen, seiner beruflichen und seiner lokalen Umgebung ständig präsent ist. Präsent, meine lieben Parteifreunde, auch in der beruflichen Umgebung. Und das heißt vor allem: in den Betrieben. (Lebhafter Beifall.) Die Christlich Demokratische Union kann ihren politischen Auftrag als christlich soziale Partei nur erfüllen, wenn sie sich das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten erhält – ich meine: es in ständig wachsendem Maße erwirbt.

Nun, das ist in erster Linie eine Frage an unsere Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, zugleich aber auch ein Auftrag an die Führung und Organisation der Partei. Die Union wird es als einen Schwerpunkt ihres Programmes ansehen müssen, die Arbeit und die Wirk-

samkeit der christlich sozialen Arbeitnehmerschaft nachhaltig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Dazu gehört auch der Aufbau von Zellen und Stützpunkten in allen dazu geeigneten Betrieben – eine Aufgabe, die nur erfüllt werden kann, wenn die Landesverbände in verstärkter Zahl hauptamtliche Sozialsekretäre einstellen. (Beifall.)

Ich sprach von der Bedeutung von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Arbeit und den Erfolg unserer Partei. Es liegt an uns, meine lieben Parteifreunde – an jedem einzelnen von uns! –, die Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen zu verbessern, um der Union in der öffentlichen Meinung ein ihrer Größe und Bedeutung entsprechendes Echo zu verschaffen. Unabhängig davon müssen wir durch verstärkte persönliche Werbung, durch Aktivität, durch rasche, prägnante, aber auch interessante Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen und wichtigen Fragen mehr Interesse als bisher für uns und unsere Arbeit wecken. (Beifall.)

8. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Eine gut funktionierende Organisation kostet Geld – eine schlecht funktionierende ebenfalls. Nur ist das Geld in dem einen Fall gut angelegt und in dem anderen Fall zum Fenster hinausgeworfen. (Sehr wahr!) In möglichst kurzer Zeit – die Betonung liegt auf „möglichst“ – klare und gesicherte finanzielle Verhältnisse zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, für die ich mich mit dem Bundesschatzmeister persönlich verantwortlich fühle. (Beifall.)

Es wäre verfrüht, dazu bereits jetzt konkrete Vorschläge zu machen. Mir scheint, daß die Lösung dieses sowohl für die Arbeitsfähigkeit wie für die Unabhängigkeit der Partei gleich wichtigen Problems in einem ausgewogenen System von gestaffelten Beiträgen, Spenden und Mitteln der öffentlichen Haushalte liegt.

9. Auch eine Demokratie lebt von dem Rang und der Kraft ihrer Führungskräfte. Seit der Antike wissen wir: Letztlich haben sich die Herrschaftssysteme durch eigenes Versagen und durch eigene Unzulänglichkeit zugrunde gerichtet.

Die Politiker sind – das kann nicht eindringlich genug gesagt werden – für die große Mehrheit unseres Volkes so etwas wie Leitbilder. Mit Ehrgeiz oder Einbildung allein kann man weder wirksam noch glaubwürdig Politik verbreiten. (Beifall.) Es ist deshalb nötig, daß der Parteivorstand eine Übersicht über fähige und qualifizierte Männer und Frauen hat. (Sehr gut!) Es ist nötig, daß qualifizierte Mitglieder der Partei in Führungspositionen kommen. (Sehr gut!) Und mir scheint, daß unverantwortlich handelt, wer ungeeignete Parteifreunde fördert, um qualifizierte Konkurrenten auszuschalten. (Sehr gut! – Starker anhaltender Beifall.) Und es ist schließlich nötig, mutig und verantwortungsbewußt die Unfähigen aus ihren Positionen zugunsten der Guten zu entfernen. (Beifall.) Müßigkeit und Gefälligkeiten sind der Ruin jeder Gemeinschaft. (Sehr gut! – Bravo! – Starker Beifall.) – Ich weiß, es ist leicht gesagt.

10. Es ist nötig, daß – neben den Führungsqualitäten – auch der Führungswille in der Partei und bei den von ihr gestellten Mitgliedern von Regierungen und Fraktionen wächst. Je krisenhafter ein Zeitalter, um so mehr ist verantwortliche Führung nötig.

Diese feste, diese klare und mutige Führung ist auch notwendig, auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Gesellschafts-, Familien- und Jugendpolitik, die im Zusammenhang gesehen betrieben werden müssen. Hier geht es – das klang durch alle Beratungen unseres Parteitages – darum, zwischen der sozialen Utopie des Versorgungsstaates, die den Ernstfall, die Katastrophe und den Notstand meint ausklammern zu können, und dem durch die Kompliziertheit und Massenhaftigkeit unserer Zeit überholten toten Liberalismus die gesunde Mitte zu finden und diese gesunde Mitte in aller Klarheit und Radikalität anzustreben. Neiderfüllte Wohlstandsunzufriedenheit, die vielfach in unseren Landen geschürt wird, ist kein Beweis für eine schlechte Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern Ausdruck einer schlechten Moral. (Lebhafter Beifall.)

Eine feste, klare und mutige Führung ist auch notwendig auf dem Gebiet der Kulturpolitik, die sich aus den Überlieferungen des Rationalismus und Positivismus und aus der spezialisierten Zusammenhanglosigkeit lösen muß. Daß – und damit antworte ich auf eine vielfach hier gestellte Frage – die meisten kulturpolitischen Zuständigkeiten bei den Ländern liegen und der Bundestag von diesem Problem entlastet ist, kann für die Bundespartei noch lange kein Grund sein, kulturpolitische Abstinenz zu üben. (Zurufe: Bravo! – Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Wenn ich von Führung gesprochen habe, so soll zugleich gesagt werden, daß eine demokratische Führung keineswegs mit Dirigismus oder gar mit diktatorischen Methoden verwechselt werden darf. Demokratische Führung in dieser Zeit heißt: Die jeweilige Regierung, die Parlamentsfraktionen und die Parteiführung müssen klare und zusammenhängende Konzeptionen entwickeln, und sie müssen auch kundige Berater zur Seite haben, die mit Sachkunde, Denk- und Urteilsvermögen die jeweilige Lage beurteilen und die richtigen Entschlüsse vorbereiten helfen. Führung kann es in der Vielschichtigkeit unserer Zeit nur auf der Basis bewußter und ausgedehnter Teamarbeit geben. (Zurufe: Sehr gut! – Lebhafter Beifall.)

Dieser Führungswille muß von einem echten Reformgeist getragen sein, wie ihn zum Beispiel ein Freiherr vom Stein gehabt und mit dem er Bürger, Staat und Verwaltung durchdrungen hat. Das heißt zugleich auch, daß wir unser Augenmerk den großen Leitbildern deutscher Geschichte zuwenden, denn ein Volk lebt aus seiner Vergangenheit und kann sie nicht ungestraft ignorieren.

11. Auch dem Staatsmann und dem Politiker kann in dieser Zeit der Unvollkommenheit volles Gelingen nicht beschieden sein. (Zurufe: Sehr richtig!) So ist es unser großer Schmerz, daß es uns bis heute versagt war, die staatliche Einheit des deutschen Volkes wiederherzustellen.

Aber daran ist nicht die Fehlerhaftigkeit unserer Außenpolitik schuld, sondern der sowjetische Imperialismus, der die einmal eroberten Positionen nicht aufgeben will, auch wenn er sie nur unter Bruch von Verträgen, unter Nichtachtung der nationalen Grundrechte, unter dem Schutz von Wachtürmen, Mauern und Stacheldraht beibehalten kann. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Eine Alternative zu der außenpolitischen Konzeption Konrad Adenauers hat es nie gegeben. Dafür gibt es keinen eindrucksvolleren Beweis als die Tatsache, daß die Erfinder angeblicher Alternativen selbst ihre papierenen Pläne – auch den Deutschlandplan unseligen Angedenkens – aufgegeben und sich in wesentlichen Stücken unserer Politik angeschlossen haben. Im Dienste um die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes gibt es für unsere Partei eine große Aufgabe. Die Union muß dafür sorgen, daß die Wiedervereinigung nicht deswegen aufhört, unser aller großes Anliegen zu sein, weil sie durch die Härte der weltpolitischen Ereignisse zum Fernziel geworden ist. Unsere Partei muß die Verkörperung des Einheitswillens der deutschen Nation sein und sie muß werben für jene beiden Gemeinschaftstugenden, die heute allein verbürgen können, daß die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung bleibt: Geduld und Beharrlichkeit. Auch Stillstand und Umwege dürfen uns nicht ermüden, und dazu gehört der Abbau eines unwahrhaftigen Wiedervereinigungspathos der wirklichkeitsleeren Phrase. Nationale Erregungszustände nützen uns gar nichts; nur Nüchternheit, nur Sparsamkeit mit großen Worten werden verhindern, daß die Wiedervereinigung zu einer abgegriffenen Formel wird, die am Ende niemandem mehr etwas sagt. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen, meine lieben Parteifreunde. Nicht wenige werden der Meinung sein, daß meine Gedanken und Vorschläge zu ideal seien und daher nicht zu verwirklichen wären. Aber ich meine, daß Skepsis und Resignation dem Geist der Union widersprechen. Wenn wir der Union keine sogenannten idealen Forderungen mehr stellen dürfen, dann hätte sie sich bereits aufgegeben. (Lebhafter Beifall.) Im übrigen: Ich werde mich mit Klarheit und Festigkeit gemeinsam mit Ihnen darum bemühen, die Wirklichkeit dem Ideal näherzubringen.

Noch einmal greife ich das anspruchsvolle Wort von der Parteireform auf. Diese Parteireform ist nicht allein eine Sache der Zweckmäßigkeit oder gar der Optik; sie ist mehr. Sie ist eine ständige Aufgabe und ein Bemühen, das nie aufhören sollte; denn sie ergibt sich mit unbedingter Notwendigkeit aus der unaufhebbaren Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, die alles Menschenwerk in dieser Zeit, in dieser Welt kennzeichnet. Die Idee der Christlich Demokratischen Union und ihre Wirklichkeit – sie werden sich nie decken; aber wir haben die Verpflichtung, die Wirklichkeit so nahe wie nur möglich an die Idee heranzuführen; an die Vision der ersten Stunde.

Das wird da und dort nicht ohne Experimente abgehen. Wir müssen den Mut zum Wagnis haben, denn wir dürfen nicht auf der Stelle

treten. Unsere ganze Parteiarbeit ist in diesem Sinne nichts anderes als Parteireform, und deshalb kann man sie weder irgendwann einmal endgültig abschließen, noch kann man sie – lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit sagen – einem einzelnen Mann zur Erledigung übertragen. Wir alle sind sozusagen im Vertrag: Ohne Zusammenarbeit in der ganzen Breite der Partei können wir nichts erreichen. Und das heißt, daß wir in einer engen Solidarität zueinanderstehen und zueinanderhalten müssen, und erst recht dann, wenn einer unserer Freunde – vielleicht wegen hervorragender Leistungen für unsere Union und das Vaterland – unter hartem Beschuß der Gegner liegt. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Ohne eine sachliche und menschliche Kameradschaft kann kein Kampf bestanden werden, und Politik ist auch Kampf.

Die Christlich Demokratische Union ist keine Neuauflage der Parteien der Ersten Republik oder gar des Kaiserreiches. Sie hat für eine neue Zeit eine neue Konzeption gebracht, und sie kann nachdrücklich auf ihre Leistungen verweisen, die die Bundesrepublik zu einem entscheidenden Faktor der Stabilität in Europa gemacht haben. Die Union ist nicht verbraucht, weil sie Großes vollbracht hat. Der Stafettenstab der Verantwortung wird an andere Mitglieder der Mannschaft weitergegeben, weitergegeben zum Dienst am Vaterland. (Lebhafter Beifall.) Unsere Vergangenheit berechtigt uns zur Zuversicht, und unsere Leistungen machen unsere Versprechen glaubwürdig. Gehen wir gemeinsam – das ist mein herzlicher Wunsch und meine aufrichtige Bitte – gehen wir gemeinsam an die Arbeit.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Präsident KRÜGER:

Meine Damen und Herren! Ihr Beifall hat gezeigt, daß Sie den neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden verstanden haben. Er hat ja in seinen Ausführungen die geistige Grundhaltung gezeigt, von der er ausgeht, und er hat gleichzeitig die Aufgaben und Notwendigkeiten uns dargelegt, von der er ausgehen wird, und wir glauben, daß wir zu ihm auch schon deswegen Vertrauen haben können, weil er ja seit langen Jahren als Gründer der Jungen Union und ihr langjähriger Vorsitzender, als langjähriger Vorsitzender auch des Landesverbandes Westfalen der CDU und schließlich durch seine Arbeit im parlamentarischen Raum, im Landtag dieses Landes und als Innenminister dieses Landes, bewiesen hat, daß er alles das, was er uns heute vorgetragen hat, erfahren hat und daß er aus dieser Erfahrung heraus an seine neue schwere Aufgabe herangehen wird. Wir Westfalen hoffen nur, daß er uns als Landesvorsitzender auch trotz dieser neuen Aufgabe weiterhin erhalten bleibt und uns dazu weiterhin führen wird, daß wir in dieser sehr vernünftigen Organisation in Westfalen der CDU neue Erfolge bringen können. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte mit Ihrem Einverständnis den neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden, den Sohn dieser Roten Erde, auf der wir uns heute be-

finden, zu seiner schweren Aufgabe mit dem Gruß begrüßen, mit dem die Männer des Reviers ihre schwere Aufgabe immer gelöst haben: Hermann Josef Dufhues, Glückauf!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Ich erteile nunmehr das Wort dem Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, dem Herrn Bundeskanzler

Dr. ADENAUER:

Meine lieben Parteifreunde! Ich soll das vorletzte Schlußwort sprechen, weil wir danach noch das Ergebnis einer Wahl hören werden.

Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen einen herzlichen Dank an Herrn Ministerpräsidenten von Hassel richten. Herr Ministerpräsident von Hassel hat sich in vielen Jahren in aufopfernder Weise einem großen Teil der Arbeit unterzogen, die mit der Führung einer so großen Partei verbunden ist. (Lebhafter Beifall.) Er war immer bereit zu helfen. Er war immer zur Stelle mit seiner Erfahrung und seiner Geduld. Ihm gerade heute dafür besonders zu danken, ist mir ein Herzensbedürfnis. (Beifall.)

Es sind im Laufe dieser Tage, die wir gemeinsam verbracht haben, einige Äußerungen gefallen, die mich geradezu dazu verlocken, daran anzuknüpfen, obwohl es das Schlußwort ist. Seien Sie mir aber nicht böse darüber, denn die ganze Sache wird nicht lange dauern.

Das Leben einer Partei konzentriert sich weder in der Bundesgeschäftsstelle noch in den Landesgeschäftsstellen. Das Leben der Partei muß sich konzentrieren in kleinen Bereichen. (Beifall.)

Meine verehrten Freunde! Wir alle freuen uns, daß sich Herr Dufhues bereit erklärt hat, diesen Auftrag, der mit einer so überwältigenden Mehrheit erteilt worden ist, anzunehmen, aber glauben Sie nicht, daß Sie dadurch von einer weiteren Mitarbeit entlastet seien; (Beifall.) genau das Gegenteil ist der Fall: Sie werden in Zukunft noch mehr als bisher arbeiten müssen. (Beifall.) Die Leitung der Partei, die in sehr tatkräftigen Händen zum großen Teil liegt, wird – davon bin ich überzeugt – überall dahin stoßen, daß man aus seinem Schlummer erwacht! (Beifall.)

Die Bundesgeschäftsstelle hat uns bisher sehr große Sorge aus einem sehr ernstem Grund gemacht. Wir waren finanziell so schlecht gestellt, daß wir nicht die notwendigsten Bedürfnisse der Bundesgeschäftsstelle erfüllen konnten. Wir waren nicht einmal in der Lage, einem Mitarbeiter – es sei denn, daß es sich um einen Mann handelte, der von besonderem Idealismus erfüllt war – eine Lebensaufgabe und eine Sicherstellung seines Lebens zu gewähren. Das hat sich sehr nachteilig bemerkbar gemacht. Um so mehr drängt es mich heute, den Damen und Herren von der Bundesgeschäftsstelle, insbesondere Herrn Dr. Kraske, von ganzem Herzen für den Idealismus zu danken, mit dem sie ihre Arbeit erfüllt haben. (Starker Beifall.)

Meine Freunde! Ich finde es sehr richtig, daß, wie die Dinge nun einmal sind, die Länder und an der Spitze der Bund für die Parteien Mittel zur Verfügung stellen. Wenn wir jetzt diese Sicherung haben – davon bin ich fest überzeugt –, dann wird es möglich sein, daß wir die Bundesgeschäftsstelle sehr erweitern, daß Sie aber auch Ihre Landesgeschäftsstellen erweitern.

Ich will nicht von einem Gegensatz sprechen, aber das Sonderleben der Landesparteien und der Bundespartei war nicht gut; nicht etwa, als wenn da, abgesehen von Einzelfällen, bewußte Gegensätze vorhanden gewesen wären, aber wir wußten zu wenig voneinander. (Zurufe: Sehr gut!) Wir in der Bundespartei wußten zu wenig von dem, was in den Landesparteien vor sich ging. Vielleicht wußten auch die Landesparteien zu wenig davon, was in den kommunalen Organisationen vor sich ging. Darum – lassen Sie mich noch einmal darauf zurückkommen – fängt für Sie die Arbeit jetzt an. Sie müssen dafür sorgen, daß die ganze Partei – Bundesgeschäftsstelle, Landesparteien und Kreisparteien – in allen entscheidenden und wichtigen Fragen unserer Partei eine gemeinsame Meinung bekommt und offenbart. Dazu gehört vor allem das kulturelle Gebiet.

Es gibt Länder, die glauben, es sei dem Bund überhaupt verboten, sich mit Kultur zu beschäftigen. Ich habe mit meinem Staatssekretär Globke einmal überlegt: Wir wollen doch einmal vom Bunde aus ein Orchester zusammenstellen und damit durch die Länder ziehen. Dann wollen wir mal sehen, ob die Länder es wagen, beim obersten Gerichtshof eine Klage gegen uns zu erheben, mit dem Antrag, daß wir keine Musik in den Ländern machen dürfen. (Lebhafte Heiterkeit!)

Meine Freunde! Sie schütteln den Kopf; ich gebe auch zu, es klingt etwas komisch, aber es steckt doch ein Kern in dem, was ich sage. Ich wünsche und hoffe, daß unsere gesamte Partei in allen ihren Organisationen und Gliederungen nunmehr auch das kulturelle Leben gemeinsam betreut. Wir im Bund können nicht leben ohne das kulturelle Leben, umgekehrt kann in den Ländern kein kulturelles Leben gedeihen, wenn zum Beispiel in Schleswig-Holstein eine andere Kultur gepflegt wird als etwa in Bayern. Das geht nicht, meine Damen und Herren; denn wir haben eine deutsche Kultur, und diese deutsche Kultur wollen wir pflegen. (Lebhafter Beifall.)

Ich hoffe, daß es gerade Herrn Dufhues gelingt, das zu erreichen, weil er ja politisch groß geworden ist in einer Landespartei und in einer Landesregierung. Er wird nun sehen, wenn er hinausgeht, daß im Bund und in der Bundespartei manchmal eine etwas trockene Luft ist und daß deshalb das kulturelle Leben uns alle miteinander durchziehen muß; denn wenn es uns nicht gelingt, das deutsche Volk nach dem Zusammenbruch, den wir erlebt haben, und nach dem materiellen Aufbau wieder mit kulturellem Leben im weitesten Sinne des Wortes zu erfüllen, dann sage ich Ihnen, wird es dem deutschen Volk schlecht gehen, und es wird uns jedenfalls nicht treu bleiben.

Als neulich in Recklinghausen die Ruhrfestspiele eröffnet wurden, habe ich in der Presse gelesen, daß jemand – ich glaube es war Herr Brenner – gesagt hat: Die Gewerkschaften, die so etwas hier einrichten, sind das größte kulturelle Institut im Bund. (Heiterkeit.) Es gehört etwas Phantasie dazu, eine solche Behauptung aufzustellen. Aber Sie sehen doch immerhin daraus, wie ernsthaft auch die Gewerkschaften – und Herr Brenner ist ein sehr ernst zu nehmender Gegner – die kulturelle Aufgabe betrachten. Diese kulturelle Aufgabe wird in Zukunft, davon bin ich überzeugt – und die CSU wird sicher mittun, davon bin ich auch überzeugt –, unserer gemeinsamen Arbeit bedürfen, und sie wird ihr zuteil werden.

Seien Sie mir nicht böse darüber, daß ich nun hier meinen Zettel zur Hand nehme. Ich präpariere meine Reden gewöhnlich nicht, sondern ich formuliere das so, wie es mir einfällt. (Heiterkeit.)

Es ist davon gesprochen worden, daß jetzt eine Reform der Partei vorgenommen würde. Ich weiß nicht, ob der Ausdruck gerade glücklich gewählt ist. Ich möchte Ihnen einen anderen Ausdruck vorschlagen. Wir treten in die zweite Epoche dieser Partei ein (Beifall.)

Die erste Epoche begann mit dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes. Unsere Arbeit lag damals sichtbar vor Augen. Wir mußten für Brot sorgen, wir mußten für Häuser sorgen, wir mußten für Kleidung sorgen, wir mußten für das Notwendigste sorgen. Glauben Sie nicht, daß diese Sorgen in Zukunft nicht mehr auf uns lasten würden. Sie werden auch in Zukunft auf uns lasten. Aber damals hat doch keiner von uns allen daran gedacht, daß unsere Partei einmal berufen sein würde, mit an erster Stelle für die Einigung Europas zu arbeiten. Und so Gott will, werden wir auch die politische Einigung, und wenn wir klein beginnen, in diesem Jahre anfangen. (Beifall.)

Jetzt handelt es sich nicht nur um die Einigung Europas, es handelt sich nicht nur um die Wiedervereinigung, um die Rettung Berlins, jetzt handelt es sich darum, daß wir über Kontinente hinweg arbeiten, wirken und sehen müssen. Unser Blick muß sich erweitern zunächst auf Europa, dann aber über Europa hinaus auf das, was in der Welt vor sich geht. Denn das große Problem der geschichtlichen Epoche, in der Deutschland mit eine entscheidende Rolle spielen wird, das ist doch der Kampf gegen den Weltkommunismus. Über diesen Kampf müssen wir uns klar sein, über seine Bedeutung, über das, was wir ihm entgegenzusetzen haben. Wir müssen uns darüber klar werden, daß, wenn es uns nicht gelingt, gerade an dieser Nahtstelle des Kommunismus hier mitten in Europa einen Damm zu errichten, den er nicht überspringen und überfluten kann, unsere ganze christliche Kultur in Europa dem Untergang geweiht ist.

So beginnt diese neue Periode, diese neue Epoche unserer Partei. Die alte Aufgabe, für das Notwendigste zu sorgen, bleibt und diese neue Aufgabe kommt hinzu. Sie stellt an jeden von uns, insbesondere aber an die Träger unserer Organisation sehr große Anforderungen.

Es ist heute davon gesprochen worden, die Ära der Union gehe nicht zu Ende. Meine Damen und Herren, es werden immer neue Aufgaben auf uns zukommen im Laufe der nächsten Jahrzehnte, und das werden immer größere Aufgaben sein. Wenn eine Partei sie hier in der Bundesrepublik lösen kann – ich wiederhole: an einer Nahtstelle des Kampfes zwischen Ost und West –, dann wird es unsere auf christlichem Fundament gegründete Partei sein. (Lebhafter Beifall.) Fürchten Sie wirklich nicht, daß wir jemals eine Ruhepause bekommen werden. Wir werden sie nicht bekommen. Wir leben in einer so unruhigen Geschichtsepoche, daß jeder Monat, aber sicher jedes Jahr eine neue Aufgabe bringen wird, die wir in der Christlich Demokratischen Union und der zu uns gehörenden Christlich Sozialen Union – Verzeihung, Sie gehören nicht nur zu uns, sondern wir gehören auch zu Ihnen – (Heiterkeit) anfassen, bewältigen und lösen müssen.

Nun, meine lieben Freunde, ich hätte noch so einiges zu sagen. Aber die Zeit geht dahin. Ich möchte nur noch folgende Bemerkung machen. Ich glaube, wir müssen – das hohe Präsidium wird es mir wohl nicht übelnehmen, wenn ich das tue – herzlichst den Organisatoren dieses Bundesparteitages danken: (lebhafter Beifall) das sind die Partei in Dortmund, die Partei in Westfalen, die Partei in Nordrhein; das ist die Bundesgeschäftsstelle und das ist die Landesgeschäftsstelle. Wir müssen ihnen von Herzen für die große Vorbereitung auch des technischen Apparates danken. Wir sind wohl der Überzeugung: wenn je ein Parteitag – wenn ich vielleicht von Goslar absehe, wo wir uns gründeten und fanden – von großem Leben, von großer Kraft und von großer Stärke erfüllt war, dann ist es dieser Parteitag in Dortmund gewesen. (Lebhafter Beifall.)

So hoffe ich, daß, ausgehend von diesem Parteitag in Dortmund, eine neue Epoche in der Geschichte unserer Partei beginnt, eine Epoche, die noch mehr Arbeit, noch mehr Einsatz als die hinter uns liegende erfordert, bei der es aber auch gilt, noch größere Aufgaben zu erfüllen. Das ist es schließlich, was das Leben eines Menschen und auch das Leben einer Partei erst lebenswert macht: größere Aufgaben zu erkennen und zu lösen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident LEMMER:

Meine Freunde! Ich darf für das Präsidium den 11. Bundesparteitag abschließen. Nach den fröhlich besinnlichen und ernstesten Worten unseres Bundesparteivorsitzenden fällt mir das leicht. Das Präsidium schließt sich durchaus seinem Dank an alle, die an dem Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben, herzlich an. Jetzt darf ich Ihnen noch vom

Wahlergebnis des letzten Wahlganges

Kennntnis geben. Das tue ich nicht deshalb, weil ich irgendwie demokratische Schlagseite hätte, sondern darum, weil, als der Zuruf ertönte, das Resultat noch nicht vorlag.

Es haben 461 Delegierte abgestimmt. Davon haben nun gewählt:

Für unseren Freund Erhard 424, (Anhaltender Beifall.)

für unseren Freund Krone 409, (Beifall.)

für unseren Freund Blank 385, (Beifall.)

für unseren Freund Gerstenmaier 372. (Beifall.)

16 Stimmzettel waren zersplittert auf Freunde, die nicht kandidieren. Damit ist dieser letzte Wahlgang abgeschlossen.

Ich habe nicht die Absicht, noch hier eine Rede zu halten. Aber Sie gestatten mir, meine Freunde, daß ich eines tue. Um diesen Parteitag stilvoll zum Ende zu bringen, so wie er begonnen worden ist, darf ich Sie bitten, Ihre ganzen Gedanken innig und treu den Landsleuten zu zuwenden, die auf diesem Parteitag vertreten zu sein nicht in der Lage gewesen sind. Wir grüßen unsere Freunde in der Sowjetischen Zone! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Wir grüßen unsere Freunde jenseits der Mauer in Ostberlin! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Die Berliner diesseits der Mauer, die brauche ich nicht zu begrüßen; sie sind hier unter uns und sie bleiben immer unter uns. (Lebhafter Beifall.)

Dieser Gruß ist keine Formalität, ist keine Phrase. Über all dem, was hier auf diesem Parteitag gesagt worden ist, lag der Schatten unseres geteilten Vaterlandes. Darum meine ich, es wäre ein guter Abschluß, wenn so, wie begonnen wurde, wir auch jetzt unsere Nationalhymne singen. Nicht weil sie die Hymne einer Partei, nicht weil sie die Hymne eines Gott sei Dank überwundenen Nationalismus ist. Ich habe selbst auf Helgoland vor zwei Jahren die Büste des dort im Exil, in dem damals geteilten Deutschland verfolgten demokratischen Dichters Hoffmann von Fallersleben enthüllen dürfen. Dieser Mann war kein Nationalist, er war Deutscher, und er war – in unserem heutigen modernen Sinne gesehen – Europäer. Und wenn wir dieses Lied singen, ist das gegen kein anderes Volk gerichtet, aber jedes Volk hat vor Gott das Recht, sich zu seiner Einheit, zu seinem Recht und zu seiner Freiheit immerdar zu bekennen.

Ich schließe den Parteitag!

Einigkeit und Recht und Freiheit!

(Der Parteitag singt stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes.)

– Ende des Parteitages 17.36 Uhr –

Referat Dr. Rainer Barzel, MdB

vor dem Bundesparteiausschuß am 2. Juni 1962

Herr Vorsitzender! Meine Damen, meine Herren, meine lieben Parteifreunde! Ich habe die Aufgabe, einige Gedanken aus dem Gutachten, das ich im Auftrage des Bundesvorstandes erstellt habe, hier andeutungsweise vorzutragen.

I.

Bei den Beratungen zur Gründung unserer Union wurde auch der Gedanke erwogen, diese Union lediglich zu begreifen und zu verwirklichen als eine anti-kommunistische und anti-sozialistische „bürgerliche Sammlung“ zu dem vorwiegenden Zweck, die Mehrheit zu erringen. Dieser Gedanke wurde damals verworfen, weil das Anti keine geeignete Plattform einer konstruktiven Politik sei, weil es nicht ausreiche als dauerhafte Basis einer Volkspartei und als beständig wirksamer Integrationsfaktor des in der Politik immer nötigen Interessenausgleichs und weil mehr geboten wie auch verlangt werden müsse: eine geistige Neuorientierung.

So kam es zu unserer CDU, zu einer christlichen Partei also, die in ihrem Selbstverständnis wie in ihrer Existenz zugleich einen der Maßstäbe zugrundelegte, nach dem sie zu messen ist: Die geistige Neuorientierung der deutschen Politik.

Auf dem Parteitag in Karlsruhe, 15 Jahre nach dem Beginn (1960), haben wir – „demütig vor Gott und dankbar dem deutschen Volk in allen seinen Schichten“ – einstimmig bekundet, unser Erfolg sei „jedermann sichtbar“. Hatten und haben wir auch Erfolg über das Meß- und Sichtbare hinaus, auch vor dem selbst errichteten Gradmesser, nämlich der geistigen Neuorientierung?

Ich meine, daß wir diese Frage stellen müssen und sie getrost mit einem Ja beantworten können. Einer Zeit, die zwischen Kommunismus, Faschismus und mancher Art Manipulation mit dem Menschen schwankte, deren Zeitgeist damals weitgehend von Kollektivismus und Sozialismus erfüllt war, begegneten wir mit der Forderung nach Menschenwürde, Freiheit, Wettbewerb, Eigenständigkeit, Selbstverantwortung, Selbstvorsorge und der nur zusammenordnenden Funktion des (nicht omnipotenten) Staates.

Einer Zeit, die weitgehend Familie und Eigentum als Restbestände sterbenswürdiger Ordnungen begriff, stellten wir radikal in des Wortes bester Bedeutung, unser Ja zu diesen Institutionen entgegen und machten uns daran, die Gesellschaftsordnung auf sie zu gründen. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Heute gehört es zum guten Ton und zum festen Vokabular aller Parteien „nett“ von Menschenwürde, Freiheit, Verteidigung, Marktwirtschaft, Familie, Eigentum, Kirchen, Europa und so fort zu sprechen. Wer sich erinnert, mit welchen ganz anderen Grundvorstellungen Sozialisten und Liberale 1945 begannen, wer ihr Nein zu den wesentlichen politischen Schritten, die unserem grundsätzlichen Denken entsprachen, nicht vergessen hat, wird uns wenigstens die Frage erlauben, ob nicht durch unsere Union auch der politische Zeitgeist im Sinne einer geistigen Neuorientierung beeinflusst worden ist. Unser Erfolg hat – das zeigen die Entwicklungen und die Parteitage der anderen, die zu Ende gegangen sind – die anderen angesteckt und geht über die hohen Güter der Stabilität, der Wohlfahrt und der Sicherheit hinaus.

Ohne unsere Union und ihre Politik sähe vieles anders aus in unserem Vaterland.

Wir können also auch bestehen vor unserem Bemühen, zur geistigen Neuorientierung beizutragen. Und diese anspruchsvolle Begründung unserer Existenz hat uns nicht nur nicht geschadet, sondern genützt. Wir hatten lange allein die Mehrheit und sind nun, länger als die Perioden Weimar und Hitler dauerten, die führende Kraft der deutschen Politik.

In unserer Karlsruher Schluß-Entschließung haben wir – wie ich glaube mit Recht – als Grund unserer Kraft, unserer Erfolge und unserer Einheit unser christliches Fundament angegeben.

II.

Gleichwohl haben wir als Union allen Anlaß, über uns selbst, auch grundsätzlich, und über unsere Zukunft nachzudenken. Ein Blick auf die aktuellen politischen Fragen erweist bereits die Dringlichkeit solchen Tuns. Bei vielen verstärkt sich der Eindruck, wir hätten die Führung nicht mehr so fest im Griff, auch seien die Interessengruppen oft stärker als der von uns geführte Staat. Das muß nicht alles stimmen, aber auch das Ressentiment und die falsche Meinung sind politische Tatsachen.

Es kommt hinzu, daß andere Parteien uns in ihrem Erscheinungsbild, nicht in ihrem Kern, zu imitieren suchen, daß wesentliche Programmgehalte unserer Politik entweder realisiert sind oder von anderen eher übernommen als bestritten werden.

Zugleich stellt sich die FDP als die eigentliche Führungskraft der Bundespolitik dar. Sie tut so; sie sucht diesen Eindruck zu erwecken, wiewohl diese Partei durch das Erzeugen einer Kulturkampfstimmung, wie sie auf dem letzten Parteitag z. B. in der Rede von Herrn Weyer sichtbar wurde, doch gerade die Voraussetzung eben dieser Politik und ihre Erfolge im Kern angreift und obwohl doch jedermann sichtbar ist, daß den Staat schwächt, wer die dritte Kraft stärkt.

Die SPD sucht den Zusammenbruch des Glaubens an die Ideologien in einem Rückzugsgefecht zu tarnen, indem sie die pluralistische Ge-

sellschaft, einen soziologischen Tatbestand, zu einer Art neuer moralischer Anstalt zu erheben sucht. Ihr Relativismus ist amoralischer und ungeeigneter Opportunismus, ist die Grundlage: alle können philosophisch und theologisch recht haben, wenn sie nur am Schluß Sozialisten sind. Nur so kann man im Sozialismus heute auch als Christ toleriert werden. Weiter geht es nicht.

Die Ausdeutung, die die SPD kürzlich „Mater et Magistra“ gab, ist nicht nur unredlich, oberflächlich und geschmacklos, sondern eine Relativierung eben dieser christlichen Substanz, die unerträglich ist. Den Grad der Neuorientierung und die Echtheit des Müehens der SPD um eine andere Politik werde ich, für meine Person wenigstens, abhängig machen von der Redlichkeit ihres gleichzeitigen Bemühens um politische und moralische Wiedergutmachung. Was sagen die Sozialisten heute denen, die mit ihrer Parole von der Religion als „Opium für das Volk“ groß geworden sind, was den jungen Menschen, die das sozialistische „Ohne Mich“ auf politisch und moralisch schiefe Bahn führte?

III.

Gleichwohl, wie ist es mit uns? Die Zeit des Überlebens und des Wiederaufbaus geht dem Ende zu. Ist damit unsere Funktion erfüllt? Kommt etwa eine Zeit, in der aus christlichem Verständnis Antworten nicht oder nur unzureichend gefunden werden können? Sind wir etwa dabei, zur Traditionskompanie der Wiederaufbauphase zu werden?

Wir können die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließen, zu der auch die Tatsachen gehören, daß man uns fragt, ob wir verbraucht seien; daß ein Kreuz auf einem Plakat oder in einem Versammlungsort ebenso wie das „C“ in unserem Namen immer weniger ausreichen, uns allein Profil und Führung zu geben; daß die Spontaneität der Gründungsjahre abklingt; daß eine neue Generation heran gewachsen ist, die Weimar, Hitler, Krieg und Not nicht mehr elementar erlebt hat; daß die Not vergessen und Wohlfahrt selbstverständlich geworden ist; daß unser Volk soziologisch ein anderes Bild bietet, daß neue Themen und Aspekte Zeitgeist und Weltpolitik beeinflussen; daß der Kommunismus anders auftritt; daß mehr nach Staat und Rente als nach Selbstvorsorge und Eigentum gerufen wird; daß Autorität wenig geliebt und die Gesellschaft dem Staat vorgezogen wird.

Wir müssen auch dieses sehen: Pastoral-soziologische Untersuchungen beider Kirchen verzeichnen ein rückläufiges religiöses Interesse; Atomzeitalter und Automation schaffen neue Bedingungen; die Arbeitslust wird träger, die Freizeit größer wie auch die Ansprüche; die Standkraft der menschlichen Person und eigenständige Originalität werden schwächer; Wirtschaftswissenschaftler weisen hin auf das „Jenseits von Angebot und Nachfrage“, beklagen auch Unruhe, Unrast, Angst, Einsamkeit und eine „unverkennbare Gefährdung des Lebensraumes des einzelnen“ als Probleme, die der ökonomische Fortschritt zum Teil selbst schaffe, aber selbst nicht lösen könne. Ludwig Erhard, Theo Blank und Heinrich Krone haben hierzu in Karlsruhe gesprochen. Diesen Faden sollten wir wieder aufnehmen!

Es wäre unredlich, lauthals und selbstzufrieden uns oder anderen den Anspruch völlig befriedigender Ergebnisse für alle Bereiche einzureden. Indem wir das zugeben, schmälern wir in nichts den einmaligen Erfolg unserer Aufbauarbeit. Im Gegenteil: wir zeigen damit nur, daß in den wenigen Aufbaujahren nicht alles möglich war und daß auch wir wissen, wieviel noch zu tun bleibt und – nach christlichem Verständnis – immer bleiben wird.

Hierzu zähle ich auch das unterentwickelte National- und Staatsbewußtsein bei vielen in unserem Volk. Hier sind wir mit verantwortlich, hier können und müssen wir uns noch mehr mühen und engagieren. Die Lösung wird nicht nur in verstärkter politischer Bildung zu suchen sein. Es wird auch nötig sein, staatliche Autorität und Würde durch politischen Stil, durch emotional Ansprechendes, durch weniger „Gefälligkeitsstaat“ und „Stimmungsdemokratie“ zu prägen. Die Achtung der Institutionen, das Sichtbarmachen von Amt und Dienst müssen, wie ich meine, ebenso betont werden wie die Überlegenheit des Rechtes und der staatlichen Objektivität gegenüber jedweder gesellschaftlicher Macht und die Sinnhaftigkeit und gerechte Verteilung aller verlangten Opfer.

Hierher gehört auch, daß das Verhältnis Bund / Länder – virulent bis in unsere Partei hinein – ausgereifter gestaltet wird. Die Lösung dieses Problems ist vorzüglich in unseren Pflichtenkreis eingebettet; denn der föderative Gedanke war unser Programmpunkt schon zu einer Zeit, als Liberale und Sozialisten noch ausschließlich unitarisch und zentralistisch dachten.

Auch andere Fragen sind uns zur besseren Lösung gestellt. Ich kann hier nur wenige nennen und Antworten nicht einmal andeuten. Ich nenne: die Notwendigkeit breiterer Eigentumsstreuung, den Fortgang der Sozialreform, den personalen Ausbau des sozialen Rechtsstaates, die Stärkung der Familie, die nichtzufriedenstellende Lage von Gruppen aus dem Mittelstand, der Landwirtschaft und der Vertriebenen. Ich weise auch hin auf die Tatsache, daß noch Arme kärglich unter uns leben, daß Kinderreiche nachhinken, daß Mütter, Landfrauen und Sozialberufe oft am Wohlstand vorbeileben, daß 5 Millionen berufstätiger Frauen alleinstehen und auf unser Wort und unser Verständnis in so mancher Frage warten.

Diese Fragen gehen an unsere Substanz. Wir können sie nicht vor uns herschieben.

Das gilt auch für den nicht überwundenen und für die Demokratie schon als konstitutiv bezeichneten Gegensatz von Macht und Geist. Kein Staat und besonders keine Demokratie kann die geistigen Impulse entbehren. Ohne ständige Kommunikation zwischen Geist und Politik geraten Parteien, Politiker, ja Staaten leicht ins Leere und von da in Umsturz und Katastrophe.

Dieses Problem gewinnt einen dramatischen und wirklich existentiellen Aspekt, wenn man sieht, wie der materialistische Kommunismus

sich als „wissenschaftliche“ Bewegung aufführt, wie seine Politik sich wissenschaftliche Erkenntnisse zunutze und geistige Aussagen ebenso wie künstlerische Leistungen dienstbar macht.

Die Union als eine politische Bewegung, die aus geistigem und moralischem Impuls entstanden und deren Politik von einer geistigen Grundhaltung geprägt ist, muß immer auf der Höhe wissenschaftlicher Erkenntnisse und selbst eine geistige Kraft sein, darf ihre praktische Politik nie aus dem kritischen Spannungsfeld zur Theorie wie zum Prinzip entlassen.

Gewiß, staatliche Politik sollte nicht den Bereich des Geistes und der Kunst „in die Hand nehmen“. Das muß Sache freier Entfaltung bleiben. Aber, wir können ein Klima mitschaffen, uns sichtbar interessieren, an der Diskussion teilhaben, Fragen aufwerfen, Anreize geben, Begegnungen ermöglichen, Kulturpolitik umfassender sehen als in der Begrenzung auf die Schule, die Universität, die Planstelle und die öffentliche Dotierung!

Die Union muß auch beachten und erörtern, was bei den Kirchen sich ereignet. Eine ökumenische Welttagung, ein katholisches Welt-Konzil müssen sichtbar auch Thema unserer inneren Information und Fortbildung sein.

So kann die Union – und ich halte das für entscheidend – führend bleiben, weil alle sehen: Die CDU/CSU kennt die Probleme, diskutiert sie, entscheidet sachgerecht und weiß sie für morgen führend zu lösen. Gelingt uns das, so wird die Mehrheit der Deutschen auch künftig Sorge und Angst vor dem ungewissen Morgen voll Vertrauen auf die Union werfen! Auch 1945 geschah das, weil die meisten spürten, was wenige wußten: Die Union kennt den Weg in eine gute Zukunft und weiß, dorthin zu führen.

So wird eine noch stärkere kulturpolitische Aktivität im Rahmen unserer staatlichen Verantwortung ebenso dringlich wie die innerparteiliche Akzentuierung geistiger Probleme. Das Engagement der Union im Geist, ihre Kenntnis der Fragen müssen sich im Stil unserer Politik und ihrer Aussagen, in der Sachgerechtigkeit unserer Antworten niederschlagen. Jedem geistig Aufgeschlossenen müssen unsere Argumente auch dann beachtlich erscheinen, wenn er sie ablehnt. Indem wir sichtbar machen, daß wir als christliche Union auf Technik und Wissenschaft nicht Auskünfte, sondern moralisch fundierte Antworten geben, wächst uns Vertrauen zu, wirken wir der Angst der einzelnen entgegen, strahlen Sicherheit aus, stärken Zuversicht und Hoffnung. Man wende nicht ein, das sei zuviel Aufhebens um eine zahlenmäßig kleine Schicht. Auf die Dauer gibt es keine Mehrheit gegen diese Gruppe!

IV.

Sinn dieses Referates ist nur, Akzente zu setzen und – nach dem Wunsch des Bundesvorstandes – eine breite Diskussion in Gang zu bringen, – eine Diskussion, die sich weder auf heute noch auf diesen

Parteitag beschränkt. Darum werden hier eher Fragen als Lösungen vorgetragen. Und nur einiges kann angedeutet werden. Aber vielleicht kommen wir so zur Diskussion und durch Diskussion zu verbindlichen Antworten, zur kritischen Erkenntnis und dadurch auch zur geistigen Verjüngung.

Die Aufzählung nur einer Auswahl von Problemen und Phänomenen unserer Lage geschieht hier eher formelhaft. Vielleicht aber genügt schon dieser – objektiv unziemliche – Galopp durch sehr komplexe Probleme und in Wahrheit vielschichtige Aspekte, um uns mit dem Blick auf morgen jene selbstsichere Satttheit und Trägheit zu nehmen, die gar zu leicht manchen von uns beschleicht, wenn er an die großen Leistungen in der Vergangenheit denkt.

Wir müssen uns darauf einstellen, daß bald niemand mehr uns fragen wird: Was habt ihr getan und wie groß war die Not, als ihr anfangt? Das Erreichte wird nämlich als Selbstverständlichkeit konsumiert, und man fragt uns zunehmend: Kennt ihr überhaupt die Fragen von morgen und, wenn ja, wie sind eure Antworten? Seid ihr jung genug, sie zu sehen, unbekümmert genug, sie sachgerecht anzupacken? Habt ihr noch Kraft dafür?

Wir haben gute Chancen für die Zukunft, wenn wir die jetzt erfragten Antworten sachgerecht, ehrlich und moralisch verantwortet geben, wenn wir auch fleißig bleiben und vor der Kontroverse ebenso wenig zurückschrecken wie vor der fairen, aber doch saftigen Polemik.

Es genügt für morgen noch weniger als bisher, bloß an die generelle Treue zum „C“ zu appellieren, wenn wir die Mehrheit wollen. Das heißt nicht, das „C“ zu streichen oder inhaltlos werden zu lassen. So simpel ist das alles nicht. Das heißt vielmehr, das „C“ erfüllen, es verlebendigen, es konkretisieren, es auch abklopfen auf seine Aussagen für die Zukunft. Das „C“ war und ist ja nichts Restauratives, nichts Penetrantes, Peinliches, Bigottes, Enges, Hinterwäldlerisches; „C“ war, ist und bleibt etwas der Wirklichkeit Zugewandtes, Tolerautes, Weltoffenes, Weites wie Tiefes.

Hätte mich je ein demoskopischer Interviewer gefragt, warum ich CDU wählte, so hätte auch ich nicht gesagt, „weil sie eine christliche Partei ist“, sondern „weil sie die beste Politik macht“. Das „C“ wird ja erst glaubhaft, wirksam und strahlkräftig in der konkreten, guten Politik.

Ich will hier nicht theoretisch die Frage untersuchen, ob wir unsere Mehrheiten bisher wegen des „C“ oder trotz des „C“ errungen haben oder ob es gar irrelevant für die politische Entscheidung sei. Ich nehme einfach die Tatsache, daß es bisher in unserer demokratischen Geschichte erst einer Partei gelungen ist, die absolute Mehrheit zu erobern und über mehr als ein Jahrzehnt die Führung zu halten, nämlich uns! Und wir sind nicht eine „bürgerliche Sammlung“, nicht eine multilaterale Ständefusion, sondern eine Union, die nach ihrem Statut im christlichen Sittengesetz wurzelt. Von da her haben wir

Politik gemacht. Und diese Politik war und ist so gut, daß viele uns folgten und folgen, auch wenn sie für sich privat anderes zur Grundlage ihres Handelns nehmen.

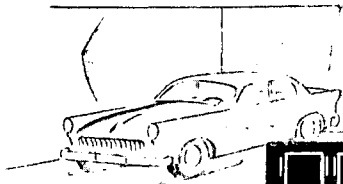
Es wäre jedoch unter unserem Niveau wie unter unserer Verantwortung, mit dem Hinweis auf diese historischen Tatsachen Fragen der Zukunft aus dem Handgelenk zu beantworten. Wir müssen uns der Erkenntnis stellen, daß die Spontaneität der Gründerjahre abnimmt, das „C“ als vorwiegendes Motiv für die Wahl der CDU mehr und mehr verschwindet und wir kritischer, konkreter, von Sachfragen her und auf Personen hin beurteilt werden.

Ich will hier auch nicht etwa für uns alle die Position beziehen, die ich mir für mich zu eigen machen würde, wenn das „C“ wirklich unopportun werden sollte; gerade dann würde ich nämlich zum „C“ stehen – und ich bin gewiß, daß ich nicht allein wäre.

Wir müssen allerdings sehen, daß – gegenüber 1945 – wohl ein eher rückläufiges religiöses Interesse festzustellen ist, daß die stärkere Mobilität der Bevölkerung, die durch Kriegsfolgen bewirkte Auflockerung von Gebieten mit religiös einheitlicher Bevölkerung zugunsten einer stärkeren Mischung und der Einbruch der Massen-Kommunikationsmittel in alle Räume Tatsachen sind. Gleichwohl ist die Religion ein sehr wesentlicher Grund auch für die politische Entscheidung geblie-

Düsen zur Flüssigkeitszerstäubung

finden vielseitige Einsatzmöglichkeiten in den verschiedensten Industriegebieten wie:



Garage
mit Regenwand

Chemische Industrie

Walzwerke

Kokereien, Hütten- und Gaswerke

Bergbau

Lufttechnische- und Textil-Industrie

Papierindustrie

Brandbekämpfung

und vorbeugender

Brandschutz

durch Regenwand-
anlagen



LECHLER APPARATEBAU KG STUTT GART

ben. Auch ist auf Grund zahlreicher Analysen festzuhalten, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen an der Spitze des Staates Politiker wünscht, die relegio=Bindung haben.

Schließlich ist in die Erinnerung zu rufen, daß der – „wissenschaftlich“ begründete – weltanschauliche Liberalismus, Positivismus und Materialismus in der Wissenschaft selbst abnehmen. Der Jurist gewinnt wieder zu vorgegebenen Normen ein Verhältnis. Der Arzt sieht die Grenzen rein physischer Diagnose und Therapie. Der Physiker beginnt, Metaphysisches zu begreifen und als Realität zu werten. Dem Sozialwissenschaftler begegnen rein rational nicht auflösbare Phänomene der Menschen und Gruppen. Der Historiker sagt Ja auch zur Wirkkraft von Ideen und geistigen Prozessen. Glaube und Wissenschaft schließen sich – auch nach breiterem Verständnis – nicht mehr aus! Der Glaube an die Ideologien, die Ersatzreligionen schwindet dahin. Und da sollten wir einen Anlaß haben, in der Politik eine gegenteilige Entwicklung zu vermuten?

Nimmt man die Realität des atheistischen Kommunismus hinzu, – dem doch auf die Dauer ohne stärkere Glaubenskraft nicht zu widerstehen ist, – so kann man, wie ich meine, nicht gegen den Zeitgeist, sondern eher mit ihm getrost auf eine Mehrheit hoffen für eine gute, konkrete, soziale Politik, die aus dem „C“ lebt. Der Kommunismus sieht – nach seinem neuen Programm in der Sowjetunion – in christlich fundierten Parteien eines der Haupthindernisse seiner baldigen weiteren Expansion.

Noch ist, um auch dieses anzudeuten, unsere Union an der konfessionellen Nahtstelle nicht so fest gefügt, daß wir dieses Unionsproblem vernachlässigen dürften zugunsten des begreiflichen Wunsches, auch andere dauerhaft bei uns zu integrieren. Integration durch Toleranz, konfessionell und soziologisch beispielhaft in uns vollzogen, wird aber die Anziehungskraft der Union auch auf andere verstärken. Wir sind es gewohnt, mehr die Gemeinsamkeit der Ergebnisse als die Differenziertheit der Motivationen unter uns zu pflegen. Das ergibt die Möglichkeit, unsere Tore noch weiter zu öffnen, ohne dadurch unsere Substanz zu gefährden oder gar den Turm der immer Treuen einzureißen. Denn was nützte eine Ausrichtung nach „Randwählern“, wenn der Turm stürzte, an den allein sie sich lehnen können?

V.

Die CDU/CSU war nicht nur 1945 die richtige Antwort auf eine schwere Zeit. Sie ist es noch heute; es gibt nichts Moderneres, und ich meine, das sollten wir sagen, und das sollte auch dieser Parteitag wieder zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Die konfessionelle Spaltung ruft nach der Union. Die „pluralistische Gesellschaft“ bedarf einer Volkspartei, die zur Integration beiträgt. Die parlamentarische Demokratie braucht heute mehr denn je eine Partei, die mehrheitsfähig ist, die dem parteiischen Geist und der Zersplitterung entgegenwirkt und Stabilität sichert. Die kommunistische

KAUTEX

Flaschen · Verpackungen · Kanister
Fässer · Ballons · techn. Hohlkörper
Platten · Schläuche aus Kunststoffen



Voll- und halbautomatische Blasanlagen
zur Fertigung von ein- und zweifarbigem
Hohlkörpern aus Kunststoffen

KAUTEX-WERKE Reinold Hagen · Hangelar/Siegburg

Ihr Vorteil!

Der gewerbliche Güterfernverkehr

befördert

alle Güter im In- und Ausland – schnell – sicher – zuverlässig

spart

Umschlagkosten – Zu- und Ablauf – Lagerhaltung – Zinsen – Zeit

bietet

individuellen Verkehrsdienst – Spezialfahrzeuge
Schonung Ihres Ladeguts – volle Deckung bei Güterschäden
erleichtertes Zollverfahren

Herausforderung erfordert eine Partei, die aus moralischer Verpflichtung, aus weltanschaulicher Verwurzelung und aus überlegener Glaubenskraft lebt und wirkt. Die Stunde Europas ruft nach einer Partei, die ihre Basis zweifelsfrei im geistigen Fundament des Westens hat und frei ist von den Schlacken nationalstaatlicher Souveränität. Das Atomzeitalter braucht eine Partei, die die mögliche Dämonie im Menschen, nicht in den Apparaten und Techniken sieht und ihr moralisch – auch durch Bildungs-, Familien- und Strukturpolitik – begegnet. Angst und Einsamkeit vieler Menschen suchen die Antwort einer Partei, die nicht im amoralischen Opportunismus, sondern in Bindung an Gottes Wort und Gebot zu Hause ist.

Die Mobilität der Menschen in der modernen Massengesellschaft ebenso wie die Ballung verlangen nach einer Partei, die durch Ja zu Familie, Eigentum und föderativer Ordnung Geborgenheiten gibt und Überschaubarkeiten schafft und dadurch zugleich Elemente der Gliederung in die gesellschaftliche Struktur einzufügen weiß. Der wachsende Wohlstand braucht eine Partei, die in ihm nicht den letzten Lebenssinn erblickt. Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums erfordert eine Partei, die mit dem Rezept, es zu bewirken, die Einsicht und Übung der Partnerschaft und eine unzweifelhafte Sozialgesinnung verbindet.

Der schwindende Glaube an die Ideologien sucht eine Partei, die ohne Voreingenommenheit, Scheuklappen und ohne ideologische Ziele die Wirklichkeit sieht, sachgerecht entscheidet, alles moralisch verantwortet und die von Gott geschaffene menschliche Natur anerkennt. Der „versachlichte Mensch“ sehnt sich nach einer Partei, deren Politik er auch zu durchfühlen vermag, die ihn nicht nur pragmatisch, taktisch, propagandistisch und opportunistisch anspricht, die ihn empfinden läßt, daß es mehr gibt als das Meß- und Berechenbare, die ihn ganz ernst nimmt und mehr kennt als seine materiellen Sorgen. Der diesseitige wie der ungeborgene Mensch erhofft heimlich, einer Partei zu begegnen, die Autorität ausstrahlt, die an Höheres gebunden ist. Die permanente Ausweitung der staatlichen Kompetenzen, auch ein Zug unserer Zeit, braucht eine zur Freiheit entschlossene Partei, die es trotz aller Kompliziertheit der gesellschaftlichen Verhältnisse verhindert, allein dem Staat das Monopol für Ordnung und Gestaltung zu übertragen, indem sie, wo immer tunlich und möglich, Freiheit wirksam werden läßt.

Die um sich greifende Sucht nach Neuem, was es auch sei, braucht eine Partei, die Tradition und Fortschritt glücklich verbindet, die mit der Zeit geht, sich aber zugleich ihren falschen „Trends“ entgegenstellt und aus der Demoskopie nicht nur entnimmt, wem sie entsprechen, sondern ebenso, wem sie entgegentreten soll, (Beifall.) eine Partei, die z. B. das Strafrecht nicht nach den bloßen Auskünften des Kinsey-Reports, sondern aus sittlicher Erkenntnis gestaltet. Die Erniedrigung der Politik zur Anpassungs-Artistik an die Demoskopie sollen wir getrost anderen überlassen und ich glaube, die SPD ist auf dem besten Wege, das zu tun. (Beifall.)

SATOB FILM

Für die Produktion von Dokumentarfilmen, Fernsehfilmen und Werbespots bedienen wir uns der personellen und technischen Kapazität der großen, modernen Hamburger Studios.

HAMBURG 1 · GROSSE ALLEE 10
RUF 249455 · PRODUKTIONSBURO:
STUDIO HAMBURG, HAMBURG-
WBK · TONNDORFER HAUPTSTR. 90



Gegr. 1872

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT) · HANNOVER, GEORGSPLATZ 8

Ausgabe von mündelsicheren
Pfandbriefen und Kommunal-
Obligationen
Hergabe von erststelligen Hypo-
theken und Kommunal-Darlehen

Verbriefte



Sicherheit

VI.

Die Union als Volkspartei hat einerseits die große Chance, aus der Anwesenheit aller Schichten in ihr ein für alle gerechtes, gesellschaftliches Konzept zu entwickeln, lebt aber andererseits in der ständigen Gefahr, den tagespolitischen Interessenausgleich schon für eine Konzeption zu halten, Union mit Summation der Gruppen, mit Proporz und Repräsentation zu verwechseln. Hier sind Gefahren der Desintegration, die wir sehen und abwehren müssen!

Der Durchbruch der Union zu sich selbst und damit zu einer moralischen Fundierung der Politik ist in Deutschland ebenso geglückt wie der Durchbruch zu westlichen Orientierung (einschließlich der Wehrpflicht) und zum Wettbewerb. Demoskopisch hätten wir diese drei Wege nie beschritten.

Was nun ansteht, ist der gesellschaftspolitische Durchbruch. Hier können wir nicht mehr zögern, wir müssen ihn vollziehen, ein Gesamtkonzept vorlegen und – durchsetzen. Zögerten wir, etwa weil wir meinten, niemanden vor den Kopf stoßen zu sollen, so wäre dieses Zögern für uns lebensgefährlicher als eine gute Konzeption, die zunächst noch nicht alle begreifen. Wir müssen wieder den Mut zur Durststrecke vor den großen Erfolgen haben. .

Die Zeit ist reif für eine Sozialpolitik, die vom mündigen Menschen ausgeht, nicht von Objekten staatlicher Sozialbetreuung zur Vermeidung des Anschwellens öffentlich zu bestreitender Fürsorgelasten. Der seelische Rest des proletarischen Bewußtseins, an dessen Auflösung bei uns nicht alle interessiert sind, kann nur verschwinden, wenn man alle als mündige Bürger behandelt und allen zumutet aus eigener Kraft und Einsicht zu handeln und jedem die Chance des Eigentums gibt. Die Operation, die dieser Schritt bedeutet, entfernt die Reste des „Proletariats“ wie des sozialen Untertanen und setzt den Arbeiter als mündigen Bürger frei. Vom mündigen Arbeiter sprechen, ihm aber Selbstverantwortung nicht zutrauen, oder ihn vom Eigentum fernhalten, offenbart Unredlichkeit und deklassiert den Arbeiter.

Wir sollten auch nicht davor zurückschrecken, der Säkularisierung des Fortschritts allein auf das Materielle den Kampf anzusagen. Unser Wasser, unsere Luft, unser Lärm beweisen, daß das nottut. Es ist eine Frage an unsere politische Substanz, ob wir nicht „Fortschritt“ künftig auch begreifen wollen als „Fortschritt“ auf mehr Sittlichkeit, mehr Menschlichkeit, mehr Rücksicht. Die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlage durch eine zügellose Expansion von Technik, Wirtschaft und Verkehr ist eine Frage auch an das Humanum unserer Politik.

Die ursprünglich dritte Säule der modernen Demokratie, die Brüderlichkeit, die Solidarität, Gemeinsinn und Opfer impliziert, sollten wir sichtbar wieder aufrichten. Wir sollten uns auch nicht scheuen, die Frage der Arbeitszeit unter diesem Gesichtspunkt öffentlich zur Diskussion zu stellen. Kann etwa die 35 Stunden-Woche unser Ziel sein,



SATOR WERBE-VERLAG

Hamburg 1 · Grosse Allee 10

Ruf 249455



Der erfahrene Spezialverlag für

FESTSCHRIFTEN

WERBEBROSCHÜREN

PROGRAMMHEFTE

FIRMENPROSPEKTE

FIRMEN-MONOGRAPHIEN

PUBLIC RELATIONS BÜCHER



Die Festschriften zum Parteitag der
CDU und zum Deutschlandtag der
Jungen Union entstehen seit 1951 in
unserem Verlag

KARLSRUHE



**DIE GROSSTADT ZWISCHEN
SCHWARZWALD UND RHEIN
EINE STADT VOLL
LEBENDIGER GEGENWART**

wenn dadurch Gemeinschaftsaufgaben ungelöst blieben oder zu spät angepackt würden?

Wir sollten daran erinnern, daß nicht nur das Eigentum eine Sozialfunktion hat, sondern auch die menschliche Arbeit! (Beifall.) Der Kommunismus lebt aus der Hypertrophie des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit. Aber er arbeitet! Wenn wir dem anderen Extrem erlagen, nämlich der alleinigen Individualisierung und nur gegenwartsbezogenen Sicht der Arbeit und ihres Ertrages, würden wir unterliegen.

Alle diese Fragen können natürlich nur aufgegriffen werden, wenn die Opfer gerecht verteilt werden und zugleich eine Sozialordnung verwirklicht wird, die allen Gutwilligen als gerecht und verteidigungswert erscheint.

Der CDU/CSU ist es immer gut bekommen, wenn sie klar und überzeugend geführt, wenn sie auch etwas verlangt hat. Unser Volk spürt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Es wird dankbar dem folgen, der ihm ehrlich sagt, was geht und was unmöglich ist, und warum dieses und jenes verlangt werden muß. (Beifall.)

Die Frage nach unserer Kraft ist böswillig von außen an uns gestellt. Sie wird am besten durch Taten beantwortet, die beweisen, daß wir die Probleme von morgen kennen und uns nicht scheuen, auch durchzusetzen, was wir als richtig erkannten. Über den Daumen peilen, wursteln und lavieren können alle. Die CDU hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß sie mehr bot wie auch verlangte. Solange wir selbst führen, wird uns die Führung übertragen bleiben.

VII.

Es ist heute nicht meine Aufgabe, detailliert konkrete Vorschläge zu machen. Ich will nur noch sagen, daß unser Grundgesetz uns als Partei einen Auftrag gibt, der mit Wahlen und Abstimmungen allein nicht erfüllt ist; daß die Gefahr eines programmatischen Vakuums für die grundsätzliche politische Debatte in unserem Volk entsteht, an der wir nicht schuldlos sind und die auszufüllen nun andere sich anschicken; daß eine Volkspartei nur einig, handlungsfähig und mehrheitsfähig bleibt, wenn sie im geistigen Ansatz ein Band und Fundament für den Alltag hat.

Wir brauchen eine Prinzipienklärung als eine generelle Aussage unseres Selbstverständnisses und unserer Ziele. Wir brauchen eine gesellschaftspolitische Gesamt-Konzeption und konkrete, befristete Sachkonzepte. Wir brauchen auch, um die Übersicht nicht zu verlieren, einen sozial-ökonomischen Lagebericht; wir geraten sonst in Gefahr, mehr die lautstark vorgetragenen Wünsche als die Sorgen der Stillen im Lande zu hören. Wir brauchen eine bessere innerparteiliche Koordination und Organisation, eine sichtbare Anwesenheit in der politischen Diskussion des Alltags wie im Bereich der politischen Grundsatz-Gespräche. Gute Politik nützt nichts, wenn die anderen das nicht merken.

Für uns alle gilt, was der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Schlußsatz seiner Eigentums-Denkschrift so formuliert: „Das Eintreten für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Ordnung gehört zu den Diensten, über deren rechte Erfüllung wir Gott Rechenschaft schulden.“ Einen ähnlichen Satz finden Sie in „Mater et Magistra“. Das Schlußwort entnehme ich Alexis de Tocqueville, jenem genialen Mann, der wohl als erster Christlicher-Demokrat angesehen werden kann. Er mahnt, „daß man die Herrschaft der Freiheit nicht ohne die der Sitten und die Sitten nicht ohne den Glauben begründen kann“.

Das bleibt wahr.

(Starker Beifall.)

INHALT

<i>Erster Tag:</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses	5
<i>Zweiter Tag:</i>	Eröffnungssitzung	
	1. Plenarsitzung	
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer:</i>	Eröffnungsworte	6
<i>Präsident Minister Dufhues:</i>	Begrüßung	6– 10
	Begrüßungsansprachen	
	Ministerpräsident Dr. Franz Meyers	10
	Bürgermeister Scherer, Dortmund ..	11
	Weiss, Christlich-Soziale Union	12
	Frau Emmet, Konservative Partei Englands	13
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer:</i>	Zur Lage	15– 26
<i>Dritter Tag:</i>	2. Plenarsitzung	
	„Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“	
	Bundesminister Prof. Erhard	27– 47
	Bundesminister Blank	48– 60
	Aussprache	
	Krüger, MdB	61– 63
	Pfeil	64– 65
	Dr. Hellwig, MdB	65– 67
	Dr. Willeke, MdB	68– 69
	Nachmittagssitzung: Arbeitskreise	
	Arbeitskreis I: „Deutschland, Europa und die freie Welt“	
	Bundesminister Dr. Gerhard Schröder	70– 82

Aussprache

Dr. Domes	82 – 83
Bundesminister a. D. Kraft	84
Teschner	84 – 86
Dr. Marx	86 – 88
Gocht	89 – 90
Dr. Gradl, MdB	90 – 92
Prof. Furler, MdB	92 – 95
Dr. von Brentano	95 – 96
Mollin	96 – 97
Blumenfeld	97 – 99
Krüger, MdB	99 – 100
Minister Dr. Lembke	100 – 101
Beitz	101 – 102
Vorsitzender Majonica, MdB (Resolutionsentwurf)	102 – 103
zu Guttenberg, MdB	104 – 106
Dr. Agnes Maxsein	106 – 108
Dumstrey	108 – 110
Frau Dr. Kühn-Leitz	111 – 112
Dr. Gradl, MdB	112 – 114
Bundesminister Dr. Schröder	114 – 117
Vorsitzender Majonica, MdB (Zur Resolution)	117 – 120

Arbeitskreis II: „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“

Vorsitzender Dr. Schmidt	121 – 122
Schmücker, MdB	122 – 129
Katzer, MdB	130 – 137
Etzel, MdB	138 – 143
Dr. Hellwig, MdB	143 – 145
Bundesminister Dr. Wuermeling ...	145 – 149
Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt	150 – 151

Burger	151 – 152
Stingl	152 – 154
Kühn, MdB	154 – 155
Häussler	156 – 158
Frau Blohm	158 – 160
Bundesminister Schwarz	160 – 163
Struve, MdB	164
Wehking, MdB	164 – 165
Steirer	166
Dr. Burgbacher, MdB	167 – 168
Krammig, MdBü	168 – 170
Dr. Marx	170 – 171
Porten	172 – 173
Dr. Frerichs	173 – 174
Mick, MdB	174 – 175
Dezelske	175
Grosse	175 – 176
Blüme	176 – 177
Maier	177 – 178
Stehle	178 – 179
Lampersbach	179 – 180
Russe	180 – 181
Vorsitzender Dr. Schmidt (Zur Aussprache)	181 – 183

Arbeitskreis III: „Künftige Aufgaben der CDU“

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier	184 – 197
Dr. Barzel, MdB	198 – 203
Bundeskanzler Dr. Adenauer	203 – 206
Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier	206 – 207

Dr. Geissler	207 – 209
Dr. Kohl	209 – 214
Peter	214 – 216
Dr. Stoltenberg, MdB	216 – 220
Dr. Gabriele Strecker	220 – 221
Erhard (Hessen)	221 – 223
Jaeger	223 – 225
Struppek	225 – 226
Minister Dr. Filbinger	226 – 227
Prof. Dr. Redeker	227 – 229
Paumen	229 – 230
Dr. Barzel, MdB	230 – 232
Vorsitzender von Hassel (Antrag Dr. Stoltenberg)	232 – 233
Dr. Gurk	233
Rock	233 – 235
Senge	235 – 236
Lauffs	236 – 238
Frau Poenicke	238 – 239
Dr. Gunst	239 – 240
Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier	240 – 248

Vierter Tag :

von Hassel:

Dr. v. Brentano:

Dr. Kopf, MdB:

Etzel, MdB:

Dr. Heck, MdB:

Etzel, MdB:

von Hassel

3. Plenarsitzung

Bericht des Bundesvorstandes 249 – 261

Bericht der Bundestagsfraktion 262 – 273

Berichte der Arbeitskreise

Bericht aus dem Arbeitskreis I 273 – 278

Dr. Gradl, MdB: Wort an die Zone 279 – 280

Bericht aus dem Arbeitskreis II 281 – 288

Bericht aus dem Arbeitskreis III ... 288 – 294

Ergänzung zur Entschließung 295

Entschließungsanträge

als Vorsitzender
des Redaktionskomitees 295 – 297

Aussprache

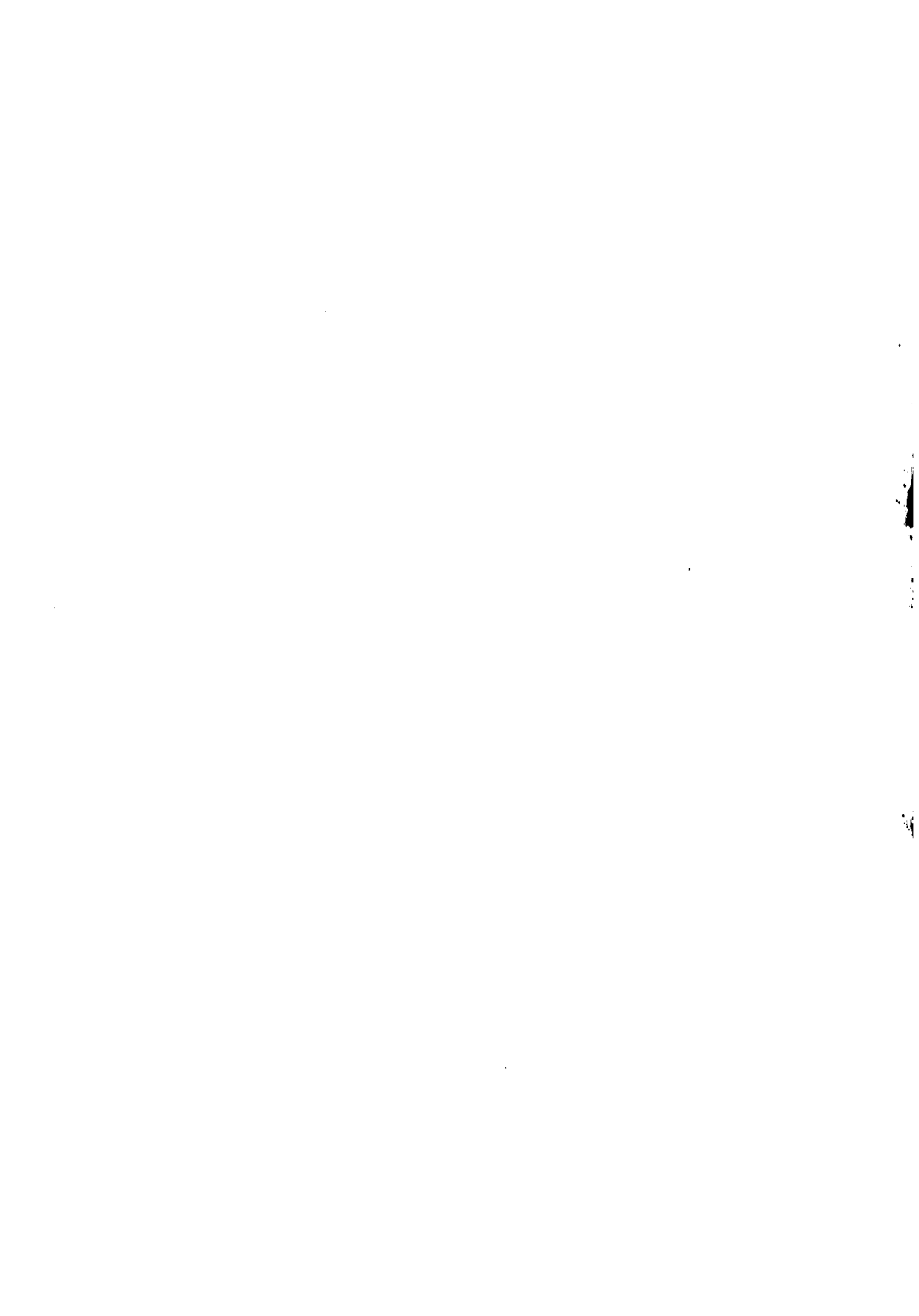
Müller-Hermann, MdB	297 – 299
Schneider, MdB	299 – 300
Josten, MdB	301
Beitz	301 – 302

4. Plenarsitzung

<i>Blumenfeld, MdB</i>	für die Mandatsprüfungskommission	304
<i>von Hassel</i>	zur Frage der Satzungsänderung ..	305 – 307
	Abstimmung über Satzungs- änderungen (Präsident Lemmer) .	307 – 310
	Wahlen des Parteipräsidiums (Präsident Lemmer)	310
	Wahlergebnisse	311 – 314
	Ergänzung des Bundespartei- gerichtes	314
<i>Geschäftsf. Bundesparteivorsitzender Minister Dufhues:</i>	Zur Situation der Partei	314 – 325
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer:</i>	Schlußwort	326 – 329
	Wahlergebnis des letzten Wahlganges	329 – 330
<i>Präsident Lemmer:</i>	Abschlußworte	330

Anhang

<i>Dr. Rainer Barzel, MdB:</i>	Referat vor dem Bundespartei- ausschuß, 2. Juni 1962	331 – 345
--------------------------------	---	-----------



Unsere Periodica

PRESSE- UND INFORMATIONSDIENSTE

der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands - Verlagsgesellschaft mbH

BONN · Argelanderstraße 173

Ruf 52931, 23140

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der CDU/CSU Deutschlands

DEUTSCHES MONATSBLATT

Bundesausgabe für Politik – Kultur – Wirtschaft

FRAU UND POLITIK

Mitteilungen der Vereinigung der Frauen
der Christlich Demokratischen Union

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Politische Briefe des evangelischen Arbeitskreises

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

Pressedienst der CDU/CSU Deutschlands

DER HEIMATVERTRIEBENE – DER FLÜCHTLING

Nachrichten und Beiträge
für die Vertriebenenpresse

DAS WIRTSCHAFTSBILD

Exklusiv-Informationen für die Wirtschaft

DER WIRTSCHAFTSBRIEF

Zusammengefaßte Informationen
aus dem „Wirtschaftsbild“

DER MITTELSTANDBRIEF

Nachrichten und Kommentare
aus der Mittelstandspolitik der CDU/CSU

DER AGRARBRIEF

Das Informationsorgan für die Landwirtschaft

BETRIEBSRÄTE-BRIEF

der christlich demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands

PROTOKOLL-BÜCHER

der CDU-Bundespartei tag 9,80 DM

FESTSCHRIFTEN

der CDU-Bundespartei tag 5, – DM
(In Lizenz bei Sator Werbe-Verlag Hamburg)

